Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Widener Library
3 2044 098 824 360
HD WID

Digitized by Google

PGerm 1421

Harvard College Library

FROM THE BEQUEST OF

MRS. ANNE E. P. SEVER

OF BOSTON

WIDOW OF COL. JAMES WARREN SEVER

(Class of 1817)

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Revue

Eine Monatsschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Vierzigster Jahrgang. Erster Band

Januar bis März 1915

Stuttgart und Leipzig 1915 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

P germ 147.1

SEP 16 1915

SEP 16 1915

Digitized by Google

Inhalt

des

Ersten Quartal-Bandes des Jahrgangs XL

(Januar bis März 1915)

Seite

Dr. **Freiherr von Jettel**: Rumänien am Scheidewege 1

Martin Conrad: Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850. Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell 6. 219. 351

Graf Géza Zichy: Die Psychologie der Einarmigen 16

Prof. **Carl v. Noorden** (Frankfurt a. M.): Ueber einige neuere Untersuchungen aus dem Gebiet der Infektionskrankheiten, der radioaktiven Therapie und der Nährschäden 18

F. v. Wantoch-Rekowski: Politische Stimmungen in Italien und die italienische Presse. Aus meinen Erinnerungen 31

Prof. Dr. **v. Romberg** (München): Der Schutz unsrer Bevölkerung vor gesundheitlichen Kriegsfolgen 42

Prof. Dr. **Galle**: Wissenschaft und Krieg 51

Vizeadmiral z. D. **Kirchhoff**: England und die Neutralen 54

Frau **Divoff**, geb. Gräfin Buturlin: Sieben Monate am Wiener Hof im Jahre 1798. Aus ihrem Tagebuch 57

Eugen Ritter v. Kuczynski: Amerikanisch-chinesische Beziehungen und ihre Rückwirkungen auf Japan 71

Generalleutnant z. D. **Leo**: Die Moral im Kriege 89

M. v. Köller: „The Germans to the Front!“ 93

A. v. Kirchenheim (Heidelberg): Völkerrecht und Krieg 97

Prof. **Eugen Oberhummer** (Wien): Aegypten und der Suezkanal . . 101

Regierungsrat **Johannes Neuberg**: Der Krieg und die Gesetze, die er brachte 113

Dr. J. **Lulvès**, Archivrat (Hannover): Auf welche Weise machte sich Frankreich zum Herrn von Tunis? 125

Wird Japan den Hilferufen der Ententemächte Folge leisten? Von einem früheren Diplomaten 142

Kämpfen Rußland und Frankreich für ihre eignen Interessen oder hauptsächlich für diejenigen Englands? 147

D. v. Stockert-Meynert: Frankreich nach der Niederlage vom Jahre 1870. Ballonbriefe des Professors Henri Montucci von der französischen Militärschule St. Cyr 150. 319

Freiherr **v. Hengelmüller**: Englische Bemühungen um die Gewinnung amerikanischer Freundschaft. Ein Beitrag zur diplomatischen Geschichte der jüngsten Zeit 159. 335

Digitized by Google

Seite

Friedrich Thimme, Direktor der Bibliothek des Herrenhauses, Berlin: Einige Mitteilungen aus meinen Erinnerungen zur deutschen Einheitsbewegung. Ein Memoirenfragment Johannes v. Miquels 171
Dr. **Otto Nordenskjöld**: Ueber Schutz gegen große Kälte 185
Professor **Lammasch**: Ueber „die Krise des Internationalismus" . . . 190
Dr. **Fr. Klein**, Minister a. D.: Entgegnung 198
Friedrich Curtius: Die patriotische Einmütigkeit des deutschen Volkes und deren Bedeutung für die Zukunft 203
F. v. Wantoch-Rekowski: Italienische Erinnerungen 207. 341
H. Wittmaack, Reichsgerichtsrat a. D.: Die Neutralität Belgiens . . . 210
Krieg und Kolonien. Von einem alten Afrikaner 229
Prof. Dr. **Goebel** (Breslau), zurzeit im Felde: Die Verwundungen des Weltkrieges 233
A. v. Kirchenheim: Ueber Neutralität. Zweiter völkerrechtlicher Brief . 238
Philipp Zorn: Wer trägt die Schuld? Eine völkerrechtliche Untersuchung 249
Archivrat Dr. **J. Lulvès** (Hannover): In welcher Weise hat sich Englands Freundschaft für Italien in der Vergangenheit geäußert? . . 265
Reinhold v. Thadden-Trieglaff: Erinnerungen an den Fürsten Bismarck 278
Professor **Otfried Müller**, Direktor der medizinischen Klinik in Tübingen: Die Bedeutung seelischer Kultur und Gesundheit im Kriege . . 291
Vizeadmiral z. D. **Kirchhoff**: Englands Allmacht zur See?! 305
Zur heutigen Kriegslage: ist Italien auf dem Irrwege an der Adria? Von einem früheren österreichisch-ungarischen Diplomaten . . 311
Generalleutnant z. D. **v. Görtz**: Die Rückkehr Napoleons I. von Elba am 1. März 1815 328
H. Wittmaack: Der Fall der „Dacia" 347
Fritz Hoffmann, Konteradmiral z. D. (Kiel): Der deutsch-englische Seekrieg 358
Geh. Sanitätsrat Prof. J. **Schwalbe** (Berlin): Aus der Organisation der weiblichen Kriegskrankenpflege 361
England und die Neutralen. Eine Berichtigung von holländischer Seite 371

Berichte aus allen Wissenschaften

Heinrich Bischoff, Universitätsprofessor (Lüttich): Deutsche Sprache und Literatur in Belgien 242

Kleine Revuen

Literarische Berichte 119. 245. 372
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 124

Digitized by Google

Vierzigster Jahrgang — Januar 1915 — Preis viertelj. 6 Mark
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

HARVARD COLLEGE LIBRARY
JAN 21 1915
CAMBRIDGE, MASS.

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Inhalts-Verzeichnis

Seite

Dr. Freiherr von Jettel: Rumänien am Scheidewege . . . . . .
Martin Conrad: Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850. Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell 6
Graf Géza Zichy: Die Psychologie der Einarmigen 16
Prof. Carl v. Noorden (Frankfurt a. M.): Über einige neuere Untersuchungen aus dem Gebiet der Infektionskrankheiten, der radioaktiven Therapie und der Nährschäden 18
F. v. Wantoch-Rekowski: Politische Stimmungen in Italien und die italienische Presse. Aus meinen Erinnerungen 31
Prof. Dr. v. Romberg (München): Der Schutz unsrer Bevölkerung vor gesundheitlichen Kriegsfolgen 42
Prof. Dr. Galle: Wissenschaft und Krieg 51
Vizeadmiral z. D. Kirchhoff: England und die Neutralen 54
Frau Divoff, geb. Gräfin Buturlin: Sieben Monate am Wiener Hof im Jahre 1798. Aus dem Tagebuch 57
Eugen Ritter v. Kuczynski: Amerikanisch-chinesische Beziehungen und ihre Rückwirkungen auf Japan 71
Generalleutnant z. D. Leo: Die Moral im Kriege 89
M. v. Köller: „The Germans to the Front!“ 93
A. v. Kirchenheim (Heidelberg): Völkerrecht und Krieg 97
Prof. Eugen Oberhummer (Wien): Ägypten und der Suezkanal 101
Regierungsrat Johannes Neuberg: Der Krieg und die Gesetze, die er brachte 113
Literarische Berichte 119
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 124

Stuttgart — Deutsche Verlags-Anstalt — Leipzig
1915
Preis des Jahrgangs 24 Mark

Digitized by Google

Karlsruher Lebensversicherung
auf Gegenseitigkeit.

Bisher beantragte Versicherungen 1500 Millionen Mark.
Bisher an Vers. bezahlte Dividenden 100 Millionen Mark.
In 1915 trotz dem Kriege gleicher Dividendensatz für die Versicherten wie bisher.

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER
Erprobt und bewährt bei
Schlaflosigkeit und Nervosität
In Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer. Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3 mal täglich.
Größere Gaben auf ärztliche Verordnung.
Dr. Carbach & Cie. in Bendorf am Rhein

Wiesbaden * Hotel Vier Jahreszeiten
Vornehmes Haus I. Ranges
Badehaus mit direkter Zuleitung von der Quelle

Die Tochter des Erbvogts
Roman aus Krakaus deutscher Zeit von
Raimund Friedrich Kaindl
Geheftet M 3.–, in Leinen gebunden M 4.–
„Nicht nur die vollkommene Vertrautheit des Verfassers mit allen geschilderten Begebenheiten und Verhältnissen zeichnet diesen Roman aus, sondern auch feiner Kunstsinn und eine lebhafte schöne Sprache. Der Erbvogt Albert, der Führer der Aufständischen, ist eine prächtig gezeichnete Gestalt, sein Töchterchen Hildegund mit allen Reizen der Dichtkunst umgeben."
(Ostdeutsche Rundschau, Wien.)
** Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart **

Digitized by Google

JAN 21 1915
CAMBRIDGE, MASS.
Lever fund

Rumänien am Scheidewege

Von

Dr. Freiherrn v. Jettel

Das Erdbeben, das Europa in den Grundfesten erschüttert, wirft Wellen weit hinaus über seinen Herd und bringt auch solche Gebiete ins Schwanken, an deren festem Gefüge man nicht gezweifelt hatte.

Der heutige Krieg stellt an die Klugheit der Staatsmänner, welche die Geschicke der nicht unmittelbar betroffenen Länder zu lenken haben, hohe Anforderungen. Sie müssen sich entscheiden, ob sie einer der kriegführenden Mächte sich anschließen oder ob sie eine mehr oder weniger wohlwollende Neutralität beobachten und sich vorbehalten wollen, sobald der Krieg zu Ende ist, ihre allfälligen besonderen Wünsche bei dem europäischen Areopag anzumelden. In diese letztere Kategorie von Staaten scheint man Rumänien einreihen zu müssen, das zwar noch zur Zeit König Carols für die Einhaltung der Neutralität sich entschieden hat, wo sich aber Strömungen bemerkbar machen, welche zwar nicht an der Fortdauer der Neutralität, wohl aber an der Uneigennützigkeit dieser Politik zweifeln lassen.

Seit dem Balkankriege, wo es erst im Zeitpunkte höchster Verwirrung eingriff, um die Dinge wieder ins rechte Gleis zu bringen, sich aber gleichzeitig eine langersehnte Gebietserweiterung zu verschaffen, spielt Rumänien, das sich so lange gewehrt hatte, als Balkanstaat behandelt zu werden, in allen dort auftauchenden Fragen eine hervorragende Rolle. Es ist begreiflich, daß der Kampf um die Vorherrschaft auf dem Balkan, der sich bisher nur in diplomatischen Formen abgespielt hatte, nun aber zum vollen Ausbruche gekommen ist, das Bukarester Kabinett nötigte, dazu Stellung zu nehmen. Die Frage, wer an der unteren Donau herrschen solle, ob in jenen von einem nichtslawischen Volke besiedelten Gebieten, die sich wie eine natürliche Barriere vor den Weg nach Konstantinopel legen, der österreichische oder der russische Einfluß überwiegen werde, bildet ja seit langem einen Zankapfel zwischen Oesterreich und Rußland. Dreimal war die habsburgische Monarchie nahe daran, dort festen Fuß zu fassen. Während des zweiten Türkenkrieges, unter Kaiser Josef II. und der großen Katharina machte der damalige preußische Minister Baron Hertzberg, der bei dem Handel auch seinem Vaterlande einen Vorteil zuwenden wollte, den Vorschlag, Oester-

Copyright 1915 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

reich die Moldau und Walachei im Austausche gegen Galizien zu überlassen. Die Tilsiter Friedensverhandlungen haben Napoleon die Vollmacht zur Friedensvermittlung zwischen Rußland und der Türkei eingetragen; eine der Bedingungen, die Napoleon stellte, von der er aber später wieder abging, war die Räumung der Donaufürstentümer durch Rußland und ihre Ueberlassung an Oesterreich. Neuerdings tauchte die Frage während des Krimkrieges wieder auf. Oesterreich hatte auf Grund eines Vertrages mit der Pforte, die so ihre Truppen gegen Rußland freibekam, die Donaufürstentümer besetzt, nachdem sie vorher durch viele Jahre von Rußland okkupiert waren. Nebenbei bemerkt bezahlten die Oesterreicher, wie Friedjung erzählt, während der ganzen Zeit ihre Truppen selbst, wogegen die russische Okkupation das Land 15 Millionen gekostet hatte; zudem hatten sich die Russen der öffentlichen Kassen bemächtigt, hohe Steuern ausgeschrieben und die Miliz unter ihre Oberhoheit gestellt. Bei den Pariser Friedensverhandlungen bestand Oesterreich auf der Unabhängigkeit der Donaufürstentümer von Rußland und bemühte sich, ihnen durch Abtretung des größten Teiles von Bessarabien einen ansehnlichen Gebietszuwachs zu verschaffen. Ein letztes Mal wurden Oesterreich diese Gebiete von Napoleon III. angeboten gegen den Verzicht auf die Lombardei. Eine neue Kombination entsprang endlich dem Kopfe des Grafen Ignatiew, der Oesterreich die Donaufürstentümer anbieten wollte, wenn es seine Ansprüche auf Bosnien aufgab. So bildeten durch Jahrhunderte die Moldau und Walachei ein Tauschobjekt unter den europäischen Mächten.

Eine neue Aera begann mit dem Tage, an dem ein kleiner deutscher Fürst, Karl von Hohenzollern, den Thron bestieg. Nachdem er sich bei Plewna kriegerische Lorbeeren errungen, trug der Berliner Kongreß dem Lande die Unabhängigkeit ein, und drei Jahre später setzte er sich die Königskrone aufs Haupt. Während der vielen Jahre, wo Mazedonien der Schauplatz blutiger Bandenkämpfe war, blieb Rumänien unter der Führung seines weisen Königs ein Element der Ordnung, das, gestützt auf Deutschland und Oesterreich, einen festen Damm gegen eine von Norden her auf Konstantinopel und die Meerengen mächtig heranbrängende allslawische oder richtiger allrussische Welle zu bilden berufen schien.

Seit dem Balkankriege und den sich daranschließenden Friedensverhandlungen machte sich ein merklicher Umschwung in der Stellung Rumäniens zu den europäischen Mächtegruppen bemerkbar. Sein Ausgangspunkt war die angebliche Bevorzugung Bulgariens zuungunsten der Ansprüche Rumäniens von seiten des Wiener Kabinetts. Zwar lieferten die im rumänischen Grünbuche veröffentlichten diplomatischen Aktenstücke einen vollen Beweis für die Unhaltbarkeit dieser Behauptung, und der damalige rumänische Ministerpräsident Majorescu trat ihr in einer Rede vom 3. Januar 1914 mit aller Entschiedenheit entgegen. Allein von gegnerischer Seite wurde die Situation nach Kräften ausgenutzt und alles getan, um Oesterreich und Deutschland in Bukarest den Boden abzugraben. Besonders eifrig am Werke war Frankreich. Seit langem bestanden bei den herrschenden Bojarenfamilien, die ihre Söhne in Paris studieren lassen,

Digitized by Google

warme Sympathien für dieses Land. Man erinnert sich noch der franzosenfreundlichen Demonstrationen in Bukarest während des Krieges von 1870/71. Französisch war in den leitenden Kreisen stets die allgemeine Umgangssprache. Französisch ist die Sprache von vier der verbreitetsten Zeitungen Rumäniens. Aus Paris beziehen die reichen Rumänen ihre Literatur, aus Paris die Rumäninnen ihre Kleider und Hüte. Das Terrain war also wohl vorbereitet, als im März 1914, zwei hervorragende französische Journalisten — die Herren Tardieu und Lauzanne — nach Bukarest kamen und in der „französisch-rumänischen Gesellschaft" unter großem Zulauf Vorträge hielten, in denen das Thema von der „lateinischen Schwesternation" kräftig angeschlagen wurde. Ob die beiden Herren außer ihren Vortragsheften noch andre Beweise der Sympathie Frankreichs für die Rumänen mitbrachten, mag dahingestellt bleiben. Die Vorträge fanden am 20. März statt. Zehn Tage später hielt die rumänische Kulturliga eine Versammlung ab, in der die traurige Lage der Rumänen in der Bukowina und in Siebenbürgen in beweglichen Worten geschildert, und die rumänische Jugend aufgefordert wurde, sich um die Fahnen zu scharen und gegen die „siebenbürgischen Alpen" zu ziehen. Die rumänische Regierung bemühte sich, den Eindruck, den diese Kundgebung in der benachbarten Monarchie hervorbringen mußte, nach Möglichkeit zu verwischen, indem sie die Demonstrationen entschieden verurteilte, allerdings mit dem bedenklichen Beisatze, daß sie ihren Ursprung in einem „begreiflichen" Gefühl hätten. Im Juni versammelte sich die Kulturliga neuerdings und gab ihrem Schmerz über die Unterdrückung ihrer Stammesbrüder zwischen den Karpathen und der Theiß Ausdruck. Zugleich sandte sie den Führern im Kampfe ihren brüderlichen Gruß, von der Hoffnung beseelt, daß sie sich in kurzem von einem Volke bejubelt sehen werden, dem sie für ewige Zeiten die Freiheit gesichert haben. Man kennt in Oesterreich-Ungarn diese Tonart. Fast zur gleichen Zeit wurde sie vom Grafen Bobrinski nach seiner ruthenischen Agitationsreise in den Sitzungen des slawischen Wohltätigkeitsvereins angeschlagen. Sie bildet auch anderwärts eine Lieblingsmelodie nationalistischer Hetzer. In ihrer Anwendung auf Siebenbürgen leidet sie freilich an verschiedenen Mängeln. Die Bevölkerung des Landes ist kaum über die Hälfte rumänischer Nationalität und nicht einmal zu einem Drittel orthodoxen Glaubensbekenntnisses. Das Land gehört seit fast einem Jahrtausend zu Ungarn und stand bis in die neue Zeit unter Fürsten ungarischer Nationalität. Die siebenbürgischen Karpathen bilden den natürlichen Grenzwall gegen Osten. Historische Rechte, wie seine geographische Lage weisen das Land also auf Ungarn. Daß die Bewegung von französischer und russischer Seite in jeder Weise gefördert und ausgenutzt wurde, ist nicht verwunderlich. Ein bekannter russischer Publizist, Durnowo, richtete im März 1914 an den Bukarester „Universul" ein offenes Schreiben, in dem es hieß, das Lebensinteresse Rumäniens verlange die Vereinigung aller Rumänen unter einem einzigen Zepter. In einem künftigen Kriege werde Rußland mit Rumänien und Serbien Arm in Arm auf das Schlachtfeld ziehen; es wäre eventuell bereit, Rumänien einen Teil Bessarabiens zurückzugeben. Die Freundschaft Rumäniens sei Ruß-

Digitized by Google

land tausendmal mehr wert als ganz Bessarabien. Da ist die Frage wohl erlaubt seit wann Rußland zu dieser Einsicht gekommen ist. Um dieselbe Zeit schreibt, der Bukarester Spezialkorrespondent eines französischen Blattes: „Die Rumänen und die Serben wissen ganz genau, daß die Zeit für sie arbeitet und der Tag kommen wird, an dem alle Stammesgenossen unter dem Zepter ihrer Könige vereinigt sein werden. Sie verstehen auch, welche Rolle Rußland bei der Lösung dieses Problems spielen wird."

Ja, das sollten und das könnten die Balkanstaaten allerdings wissen. Wären sie noch im Zweifel, würden die offenherzigen Geständnisse des Grafen Ignatiew, die er in seinen unlängst veröffentlichten Memoiren macht, sie darüber aufklären. „Die österreichischen und die türkischen Slawen" — heißt es an einer Stelle — „müssen unsre Verbündeten und die Werkzeuge unsrer Politik gegen das Deutschtum sein; nur für die Erreichung dieses Zweckes kann Rußland für sie Opfer bringen und für ihre Befreiung und Stärkung sorgen." Daß Ignatiew mit dieser Ansicht nicht allein stand, bezeugt der seinerzeit veröffentlichte Brief Professor Mitrofanows.

In Bukarest ist man freilich mit den russischen Praktiken genugsam vertraut und vor einem Vordringen des russischen Einflusses auf der Hut. Die russischen Gunstbezeigungen aus der letzten Zeit, das Projekt einer Heirat zwischen dem rumänischen Thronfolger und einer Tochter des Zaren, das durch den Großfürsten Nikolaus Mihailowitsch vorbereitet wurde, der Besuch des Zaren in Rumänien, die dabei ausgetauschten Trinksprüche, die freundlichen Worte Satonows, all dies läßt erkennen, welchen Wert man in St. Petersburg darauf legt, Rumänien für seine Pläne zu gewinnen. Freilich lassen sich dagegen auch warnende Stimmen vernehmen. Der verstorbene große rumänische Staatsmann Demeter Sturdza veröffentlichte im heurigen Frühjahr eine Broschüre, in der es hieß:

„Es bedroht uns die Gefahr einer russischen Invasion. Es werden gewaltige Anstrengungen gemacht, uns zu verführen und zu täuschen. Es wird Geld verteilt, um die Schwachen zu bestechen. Lassen wir uns von heuchlerischen Versprechungen nicht betören, die nicht zu verwirklichen sind; mögen die Rumänen als solche empfinden, aber nicht gemäß den Wünschen von Fremden, sonst werden wir von der politischen Karte Europas verschwinden." Hören wir eine zweite Stimme, die des Präsidenten des rumänischen Senates, Missir. Er schreibt: „Die rumänische Regierung läßt sich nicht von einer durch russisches Geld beeinflußten Presse leiten. Der ganze Aufschwung des Handels und der Industrie Rumäniens ist allein dem deutschen und österreichischen Kapital zu danken, von Rußland hat Rumänien noch nicht einen Heller erhalten und auch nichts zu erwarten." Und in einer Broschüre des ehemaligen Archivdirektors im rumänischen Ministerium des Aeußern, Radu Rosetti, wird vor der Gefahr eines Zusammengehens mit Rußland gewarnt. „Aus Rumänien," heißt es darin, „würde ein Vasallenstaat, der von Jahr zu Jahr etwas von seiner Würde, seiner Unabhängigkeit verlöre." Ein Sieg Rußlands würde den Untergang des rumänischen Volkes bedeuten." Ja, selbst Take Jonescu, der heutige Führer

Digitized by Google

der Demokraten und Verteidiger der nationalistischen Politik, erklärte vor einiger Zeit in einem an den „Romanul" gerichteten Schreiben, zwischen Rußland und Rumänien bestehe ein natürlicher Gegensatz. Rußland sei ein Eroberungsreich. Das Schicksal habe ihm Rumänien wie einen Riegel in den Weg gestellt, so daß Rußland nur über seine Leiche an das Ziel seiner Wünsche gelangen könne. Alles gebiete ihm den Kampf gegen das vordringende Rußland.

So standen die Dinge, als der Krieg ausbrach, zunächst zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien. Rußland machte sich sofort daran, die begonnene Arbeit fortzusetzen, um Rumänien und Bulgarien auf seine Seite zu bringen. In Sofia waren die alten Wunden, die ihm die Zurücksetzung bei der Verteilung der türkischen Beute geschlagen hatte, noch keineswegs vernarbt. Man beschuldigte Rußland, das Land durch Nichterfüllung der in einer Geheimkonvention von 1902 eingegangenen Verpflichtung, die ihm seinen territorialen Bestand verbürgte, schwer geschädigt zu haben. Im Vertrauen darauf habe sich das Ministerium Geschow den rumänischen Forderungen gegenüber reserviert verhalten, Serbien aber sei von Hartwig ermutigt worden, mit seinem Verlangen nach Revision des Bündnisvertrages hervorzutreten. Dem verstorbenen Gesandten wurde von einem russischen Journalisten die Aeußerung in den Mund gelegt, die Bulgarophilie der russischen Gesellschaft sei eine schädliche Sentimentalität, ein starkes Bulgarien wäre ein unversöhnlicher Feind Rußlands. Um der Stimmung in Bulgarien entgegenzuarbeiten, setzte man den bekannten Agitator und Präsidenten des englischen Balkankomitees, Buxton, auf ein englisches Kriegsschiff und schickte ihn nach Sofia und Bukarest. Er scheint weder dort noch da gute Geschäfte gemacht zu haben. Den Bulgaren wurde eine Gebietserweiterung auf Kosten der Türkei in Aussicht gestellt, sie schenkten aber den Versuchern kein Gehör, auch später nicht, als ihnen der zu Serbien geschlagene Teil von Mazedonien angeboten wurde.

Ministerpräsident Radoslawow erklärte, Bulgarien werde an seiner strengen Neutralität festhalten. Allerdings traten die führenden Oppositionsparteien in der Sobranje für ein Zusammengehen mit dem Dreiverband ein, allein die Regierung blieb fest und sprach die Ueberzeugung aus, daß ihre bisherige Politik die einzige den Interessen des Landes entsprechende sei. Diese Haltung, ja selbst die Aeußerungen russophiler Abgeordneter erregten in Petersburg lebhaften Unwillen. Für den Fall, als es Bulgarien in den Sinn käme, in Mazedonien einzurücken, droht ihm die „Nowoje Wremja" mit den Worten des Helden eines Tolstoischen Romanes: „Ich habe dich geboren, ich werde dich töten."

Auf was Rußland abzielt, das hat ein Artikel des Professors Jastrebow in der „Birschevija Wjedomosti" verraten: „auf die Eroberung der Dardanellen mit Bulgarien und Rumänien als Hinterland", und als Quelle dieser Behauptung wird der frühere russische Botschafter in Konstantinopel, Giers, angeführt.

Die traditionelle Politik Rußlands läßt ja in der Tat an Klarheit und Uebersichtlichkeit nichts zu wünschen übrig; da es ihm in wiederholten Kämpfen

Digitized by Google

nicht gelungen ist, die Türkei gänzlich niederzustrecken, seinen Plänen vielmehr in den jungen Balkanstaaten eher neue Hindernisse erwachsen sind, trachtet Rußland durch das Versprechen anderweitiger Gebietserwerbungen sie zur Seite zu schieben, um sich den Weg freizumachen. So hält man den Rumänen Siebenbürgen als Köder hin, den Bulgaren Mazedonien und den Serben Bosnien. Aber selbst wenn es den so Betörten gelänge, das gelobte Land zu erreichen, würden sie diesen Erfolg teuer genug bezahlen müssen. Politisch wie wirtschaftlich wäre in Zukunft Rußland ihr Herr und Gebieter. Sie würden sich dieser Umklammerung um so weniger erwehren können, je mehr sie dazu beitragen, ihre bewährten Freunde zu schwächen.

Rußland aber führt sie wie der Teufel den Herrn auf einen hohen Berg und weist ihnen alle Reiche der ganzen Welt und spricht zu ihnen: „Diese Macht will ich euch geben und alle Herrlichkeit, denn sie ist mir übergeben, und ich gebe sie, wem ich will. So du mich anbeten willst, soll es alles dein sein." Werden sie sagen: „Hebe dich hinweg, Satanas!"?

Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850

Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell

Bearbeitet von

Martin Conrad

Einleitung

Die nachstehend veröffentlichten Aufzeichnungen über einen zweimaligen Aufenthalt am Zarenhofe in dem politisch so bedeutsamen Jahre 1850 haben zum Verfasser den im September 1860 verstorbenen preußischen Generalmajor Bruno v. Schlegell. Als Offizier im 1. Garderegiment zu Fuß und als Gatte Marias v. Rhediger, Hofdame der Königin Elisabeth von Preußen, war er in nähere Beziehungen zur königlichen Familie getreten. Besonders nahe stand er dem Prinzen Friedrich Karl, der seit der 1848 erfolgten Ernennung Schlegells zu seinem militärischen Begleiter an Stelle des späteren Feldmarschalls v. Roon ihm als einem väterlichen Freunde stete Anhänglichkeit und dauerndes Vertrauen bewies.[1]) So begleitete Major v. Schlegell den Prinzen auf dessen Wunsch im Juni 1850 auf einer Reise nach Peterhof, wo ihn Kaiser Nikolaus mit besonderer Güte auszeichnete, so daß gerade ihn Friedrich Wilhelm IV. im November 1850, in der Zeit höchster Spannung zwischen Preußen und Oesterreich, mit einer

[1]) Vgl. hierzu Wolfg. Förster: „Prinz Friedrich Karl von Preußen" (1910) I, 51, 54, 102, 121, 195 und 215 und Roons Denkwürdigkeiten, 5. Aufl., 1906 I, 111—170.

Digitized by Google

diplomatischen Sendung an den Zaren betraute. Schlegells Bericht hierüber, sowie seine interessanten Gespräche mit dem russischen Kaiser über die deutschen Angelegenheiten im Sommer 1850 bringen die wohl für einen großen Teil der preußischen Armee jener Zeit charakteristische politische Auffassung eines für Preußens Größe und seine deutsche Zukunft warm begeisterten, kenntnisreichen Mannes zum Ausdruck. Sein politischer Standpunkt ist der „großpreußische", dessen Vertreter, wie z. B. Graf Brandenburg, im Gegensatze zu andern preußischen Staatsmännern und Politikern, vor allem zu Radowitz, der deutsch-nationalen Idee innerlich im Grunde doch noch ziemlich fernstanden. Diese „Großpreußen" erstrebten in erster Linie eine rein preußische Machterweiterung in Nord- und Mitteldeutschland, etwa durch Gründung eines norddeutschen Bundes; sie traten damit zugleich für den preußisch-österreichischen Dualismus in Deutschland ein. Eine solche Lösung der deutschen Frage hätte neben dem preußischen Machtgewinn doch immer noch, beabsichtigt oder nicht, den Keim in sich enthalten können zu dem von so vielen ersehnten, erst durch Bismarck verwirklichten preußisch-deutschen Nationalstaate.[1]) Außer dieser großpreußischen Auffassung dürfte vor allem aber in den Schlegellschen Aufzeichnungen manch wertvoller Beitrag sich finden für die Beurteilung der Person und Politik Nikolaus' I., des damals einflußreichsten europäischen Herrschers, der die Geschicke Deutschlands in jenen Jahren wesentlich mitbestimmt hat.

Gespräche mit Kaiser Nikolaus I. über die deutschen Angelegenheiten im Jahre 1850

Im Vordergrunde der deutschen Angelegenheiten stand seit dem Jahre 1848 die Frage der deutschen Einheit, die Friedrich Wilhelm IV. nach Ablehnung der vom Frankfurter Parlament angebotenen Kaiserkrone mit preußischer Spitze herbeizuführen suchte durch Verständigung mit den Regierungen der deutschen Einzelstaaten.[2]) Der durch diese preußische „Unionspolitik" hervorgerufene scharfe Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich drohte schon im Sommer 1850 zu ernsten Verwicklungen zu führen, für die jede der beiden Parteien den entscheidenden Einfluß Rußlands für sich gewinnen wollte. In diese Zeit fallen die hier veröffentlichten Gespräche Schlegells mit Nikolaus I. Der Zar hätte bekanntlich gegen eine Machterweiterung Preußens an sich nichts gehabt, sofern nur die russischen Wünsche bezüglich der Unterwerfung Schleswig-Holsteins unter die alte dänische Herrschaft erfüllt wurden; an der Union selbst war ihm eigentlich nur die konstitutionelle Verfassung als „revolutionärer" Bestandteil verhaßt, und die den Russen unangenehme Aussicht einer Einigung und damit Kräftigung

---

[1]) Eine sehr schöne Darlegung dieses Standpunktes bei Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution (1913), S. 214 und an andern Stellen.

[2]) Diese einleitenden und die übrigen Bemerkungen hauptsächlich nach: Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Friedjung, Oesterreich 1848—1860, und Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution (1913).

Digitized by Google

ganz Deutschlands war damals schon in ungefährliche Ferne gerückt. Danach wird man es als sehr geschickt bezeichnen dürfen, wenn Schlegell in seiner Verteidigung der preußischen Politik dem Zaren gegenüber nur den preußischen Machtstandpunkt betonte und alles andre als nebensächlich darlegte; wenn er ferner ein noch mächtigeres Preußen auch im Interesse Rußlands und Oesterreichs als sichersten Hort gegen die Revolution hinstellte, so sprach er damit des Kaisers Lieblingsgedanken einer gemeinsamen Abwehr der Revolution durch die ehemalige heilige Allianz aus. Auch die alte Vorliebe des Zaren für den Militärstaat der Hohenzollern wußte der preußische Offizier wachzurufen. Diese Gespräche hat Schlegell im August 1850 für Leopold v. Gerlach, des Königs einflußreichen Generaladjutanten, niedergeschrieben.[1]) Sie lauten folgendermaßen:

„Während meines Aufenthaltes in Peterhof vom 4. Juni bis 20. Juli [1850] haben Seine Majestät der Kaiser mehrfach Gelegenheit genommen, über die öffentlichen Angelegenheiten in Deutschland das Wort an mich zu richten. Bei Tafel sowohl als auch abends beim Tee warf der Kaiser zum öftern die Frage hin: „Sagen Sie mir, was kann aus der Geschichte werden?“ und setzte dann hinzu: „Das Schlechte kann man sich leicht denken, aber noch hat mir niemand gesagt, was daraus Gutes werden soll!“ Ich erlaubte mir einige Male die Bemerkung, daß, so trübe sich auch die allgemeine Lage gestaltet hätte, doch noch so viele gute Kräfte in der Nation vorhanden wären, daß wir uns gewiß, wenn auch nicht schnell und gewaltsam, doch allein helfen würden. Die Kaiserin[2]) fügte einmal hinzu: „Ich glaube, das wird mit einem Nord- und Süddeutschland enden,“ indem ich kurz vorher erwähnt hatte, daß unsre Not in Preußen sich nicht erst vom Jahr 1848, sondern schon von 1815 her datiere. Es trat bei diesen Gelegenheiten hervor, daß sowohl über die ersten Ereignisse des Jahres 1848 als auch über deren weiteren Fortgang und so auch über den jetzigen Zustand in unserm Vaterlande der Kaiser noch zu keiner klaren Vorstellung gekommen sei und die Dinge meist schlimmer ansieht, als sie wirklich sind. Dies stellte sich z. B. auch heraus, als von den Universitätsstudien unsrer jungen Prinzen die Rede war. Eine jede deutsche Universität, und besonders auch Bonn, wurden für die ausschließlichen Mittelpunkte anarchischer Lehren gehalten, so daß die einzelnen Beispiele, die wir sowohl von Professoren als Studenten im entgegengesetzten Sinne anzuführen uns erlaubten, wie namentlich aus Halle und Bonn, sehr überraschten. Auch über die Gegenstände, die den Prinzen vorgetragen

---

[1]) Die Veröffentlichung erfolgt nach dem im Besitze der Frau E. v. Salisch, geb. v. Schlegell, befindlichen Konzept Schlegells vom 10. August 1850. Auf Anfrage an das Königliche Geheime Staatsarchiv zu Berlin wurde festgestellt, daß sich die ebenfalls vom August 1850 datierte Reinschrift dazu dort befindet. Gemäß einer von der Archivverwaltung freundlicherweise angestellten Textvergleichung sind in unsrer Veröffentlichung die in der Reinschrift nicht enthaltenen Stellen durch eckige Klammern [...], eine nur in der Reinschrift befindliche, durch runde Klammern kenntlich gemacht.

[2]) Alexandra Feodorowna, geborene Prinzessin Charlotte von Preußen, Tochter Friedrich Wilhelms III.

Digitized by Google

wurden, konnten wir einiges bis dahin Unbekanntes anführen. Der Kaiser setzte hierbei seine Ansicht über Philosophie auseinander, die vielleicht nicht für ganz philosophisch gehalten werden würde und jedenfalls nicht schmeichelhaft war. Der Kaiser blieb aber doch bei der Meinung, daß dies auch in Berlin gelehrt werden könne, und wenn man es für nötig halte, einen jungen Prinzen eine Zeitlang aus dem elterlichen Hause in andre Verhältnisse zu schicken — was ganz zweckmäßig sein könne —, so würde er eine ferne Garnison mit einem tüchtigen Obristen immer einer Universität vorziehen. Auch die Kaiserin war sehr gegen den Aufenthalt der Prinzen auf der Universität eingenommen und schien in der Mitteilung, daß sowohl die Wahl der Lehrer als auch der Umgang mit Studenten in der Weise geregelt würde, daß die Prinzen nur mit Männern von tüchtiger Gesinnung in Berührung kämen, eine merkliche Beruhigung zu finden.

In der großen Vorliebe für die alten preußischen Zustände und Personen unerschütterlich, in dem Gespräch hierüber seine angenehmste Erholung findend, hat sich der Kaiser eine Erinnerung an diese Zeit bewahrt, die darum so tief und lebendig in seinem Herzen ruht, weil sie mit den freudigsten Eindrücken der Jugend zusammenfällt, die aber von diesen Eindrücken auch ihre Färbung erhält.[1]) Auf der andern Seite aus vielen Gründen entrüstet über alles, was von der Revolution kommt, ist es der Kaiser besonders auch, weil es so tief in das liebe Preußen eingedrungen ist; und indem hierdurch sein altes Vorbild getrübt wird, hat sich in seinem Herzen eine Scheidewand zwischen dem alten und neuen Preußen aufgerichtet, die verhindert, den Uebergang von dem einen zum andern zu finden oder auch nur zu suchen. Hieraus erklärt es sich, wenn einerseits der preußische Gesandte eine so ausschließlich bevorzugte Stellung am kaiserlichen Hofe hat, preußische Offiziere besonders gnädig empfangen und zu dem engeren Kreis der kaiserlichen Familie gezogen, in ihrer Gegenwart und mit ihnen Angelegenheiten besprochen werden, die man nur bei einem gewissen Vertrauen verhandelt, und daß anderseits sich das tiefe Mißtrauen in die gegenwärtigen Zustände unseres Vaterlandes ununterbrochen kundgibt und jede Hoffnung verschwunden zu sein scheint, durch Darstellung dessen, was doch schon wiedergewonnen ist, eine versöhnlichere Stimmung hervorzubringen. Der Kaiser wünscht nichts sehnlicher, als daß Preußen alles abschütteln möchte, was ihm die letzten Jahre gebracht haben,[2]) um Preußens willen und um sein altes Bild ungetrübt wiederhergestellt zu sehen; und da es auch um Rußlands willen gewünscht werden muß,[3]) so fallen Neigung und Politik zusammen und machen den Kaiser

[1]) Vgl. hierzu bei W. Förster, Prinz Friedrich Karl von Preußen, I, S. 123 ff. die interessante Schilderung des Kaisers durch den Prinzen.

[2]) Vgl. Sybel, I, S. 389 f., Meinecke, S. 431, Leopold v. Gerlachs Denkwürdigkeiten, I, S. 479, 492 f., Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis, II, S. 41, 58 und Berlin und St. Petersburg, Preußische Beiträge zur Geschichte der russisch-deutschen Beziehungen, S. 14 ff.

[3]) Vgl. Sybel, I, S. 369 f., Friedjung, II, S. 19, Berlin und St. Petersburg, Preußische Beiträge usw., S. 14 ff.

Digitized by Google

um so ungeduldiger und lebhafter in seinen Wünschen und um so bereiter zu helfen.

An dem Geburtstage der Kaiserin fand ich Gelegenheit, dem Kaiser meine Glückwünsche zu Füßen zu legen; er forderte mich auf, meine Hand hinzuhalten, und, indem er lebhaft in dieselbe einschlug, sagte er: „Das gilt dem alten Preußen, nicht dem neuen, verstehen Sie mich, nicht dem neuen!" So scharf trennt der Kaiser, so wenig scheint er geneigt, sich der Uebergänge von ruhigen in außerordentlich bewegte Zeiten klar und bewußt werden zu wollen. Mit trockener Logik an die Frage gehend, sagte er bei mehreren Gelegenheiten: „Ich kann nicht begreifen, warum es in Preußen hat anders werden müssen; und was ich für Unrecht halte, kann ich nicht Recht nennen!"

Der Kaiser ist in bezug auf Preußen augenscheinlich in einem innern Kampf befangen: das, was sich seit zwei Jahren als Ueberzeugung festgesetzt hat, streitet gegen die Neigung und hat bisher noch nicht vermocht, diese zu bezwingen. Es sollte mir beschieden sein, den sprechendsten Beweis für diese meine bis dahin schon gewonnene Ansicht noch am Tage meiner Abreise zu erhalten." [1])

Prinz Friedrich Karl,[2]) der sonst politische Aeußerungen in der kaiserlichen Familie streng vermieden hatte, hatte in einem von dem Kaiser selbst herbeigeführten Gespräch den Standpunkt vertreten, es sollte sich keine andre Großmacht in die deutschen Angelegenheiten mischen. Diese Forderung und die ebenfalls von dem Prinzen geäußerte Ansicht von der Wahrscheinlichkeit eines Vernichtungskrieges zwischen Preußen und Oesterreich hatte der Kaiser Schlegell gegenüber als höchst befremdlich und wohl von dem Universitätsstudium herrührend bezeichnet. Der Kaiser ging hierauf noch näher ein in dem Gespräch, zu dem er den Major einige Stunden vor der Abreise der preußischen Gäste (20. Juli 1850) auf sein Arbeitszimmer in Peterhof bescheiden ließ, worüber der Bericht folgendes enthält:

„Der Kaiser gab zunächst eine zusammenhängende Erzählung des mit dem Prinzen gehabten Gesprächs, was sich in bezug auf den Prinzen auf die eben mitgeteilten Ansichten beschränkte. Die Widerlegungen des Kaisers waren sehr wohlwollend und in der Weise belehrend gewesen, als immer nur die nächsten Folgen hingestellt wurden und dann der Prinz selbst die weiteren Konsequenzen ziehen mußte. So hatte z. B. der Kaiser gefragt: welchen Eindruck und welche Folgen der Prinz wohl erwarte, wenn die preußischen Truppen in Wien in Garnison ständen oder wenn im unglücklichen Fall ein österreichisches Regiment die Wache am Grabe seines Großvaters hätte? Ob Rußland sich dann auch nicht einmischen sollte, ob er, der Kaiser, eins oder das andre dulden könne;[3]) Deutschland sei keine Insel, vielmehr die Berührungspunkte mit den großen

---

[1]) Das Folgende, auch in der Reinschrift nicht Enthaltene, hier nur im Auszuge. Es bietet einen wertvollen Beitrag mehr für die Beurteilung des Prinzen Friedrich Karl, und ist als solcher bereits gedruckt bei Wolfgang Förster, „Prinz Friedrich Karl von Preußen", I, S. 121 bis 123, dem es von der Besitzerin des Originals, Frau E. v. Salisch, geborene v. Schlegell, zur Verfügung gestellt wurde.

[2]) In dessen Gefolge, wie schon oben gesagt, Schlegell in Peterhof war.

[3]) Nach Meinecke, Radowitz, S. 516, äußerte sich Nikolaus in demselben Sinne im Juni 1850 dem preußischen Gesandten v. Rochow gegenüber.

Digitized by Google

Mächten so eingreifend, daß diese durch so erschütternde Ereignisse in Deutschland notwendig zu einer Einwirkung aufgefordert würden. — Der Kaiser ging hiernach auf die Eigentümlichkeit des Prinzen über, lobte seine guten militärischen Eigenschaften, seinen offenen und festen Charakter und sprach die Hoffnung aus, daß die Universitätsansichten keinen zu tiefen und bleibenden Eindruck in der Seele des Prinzen hinterlassen würden, viel mehr besorge er für das weichere Gemüt des Prinzen Friedrich Wilhelm.[1]) Er sprach noch einmal seine Verwunderung aus, warum der Thronerbe auf Universität geschickt sei, und war der Hoffnung, der Prinz Friedrich Karl werde dereinst der treueste, gewissenhafteste und tätigste Diener seines Vetters werden. Es freue ihn, daß der Prinz sich in dem Familienkreise so wohl gefühlt und sich so freundschaftlich an die jüngeren Großfürsten angeschlossen habe. Er habe seinen Bruder Michael[2]) außerordentlich geliebt, „aber wir waren doch sehr verschieden, und erst in dem brüderlichen Verhältnis zu den preußischen Prinzen habe ich das wahre Glück des Familienlebens, die wahre Freundschaft gefunden; darin war die Freude meiner Jugend begründet, und darin lebe ich in der Erinnerung fort. Es ist freilich vieles anders geworden, und die Ansichten haben sich sehr verändert." [„Auch Wilhelm," [3]) sagte der Kaiser, „ist nicht mehr der alte Wilhelm![4]) Es hat der Kaiserin viele Tränen gekostet. Die drei Schwestern[5]) sind noch in der alten Gesinnung!" — Ich muß hierbei bemerken, daß der Kaiser in der ganzen Zeit in Peterhof und auch in diesem Gespräch den König nicht nannte.]

Bei der äußerst wohlwollenden Art, in welcher der Kaiser dies Gespräch führte, hatte ich mir schon bis dahin einige Bemerkungen erlauben dürfen und wagte nun die Bitte, die mir sehr gnädig gewährt wurde, sie noch näher ausführen zu dürfen.

Zunächst bemühte ich mich, die von dem Prinzen Friedrich Karl ausgesprochenen Ansichten als nicht aus den Universitätsstudien hervorgegangen darzustellen. Ich suchte darzutun, daß diese Studien gar nicht einen so ausschließlich politischen Charakter hätten, und führte nochmals Beispiele an, wie die Prinzen, sowohl was die Wahl der Lehrer wie die ihres Umgangs beträfe, eine Menge konservativer Elemente vorfänden. Ich gab dann zu, daß die Ansichten des Prinzen zu schroff ausgedrückt wären, und bemerkte, wie ich selbst bereits die Alternative von dem Untergang einer der beiden Großmächte Deutschlands bekämpft habe; es sei das Bemühen des Prinzen, sich selbst über die schwierigen Verhältnisse unsres Vaterlandes klar zu werden, doch ein lobenswertes zu nennen und um so natürlicher, als diese Dinge seit zwei Jahren von

---

[1]) Später Kaiser Friedrich III.

[2]) Großfürst Michael, gestorben 1849.

[3]) Damals Prinz von Preußen.

[4]) Vgl. Bernhardi, a. a. O., II, S. 63.

[5]) 1. Kaiserin Alexandra, geborene Prinzessin Charlotte von Preußen. 2. Alexandrine, vermählt mit Paul Friedrich, Großherzog von Mecklenburg-Schwerin. 3. Luise, vermählt mit Friedrich, Prinz der Niederlande.

Digitized by Google

jedermann in sehr lebendiger Weise besprochen würden" ...[1]) „Wenn derselbe den Wunsch geäußert habe, daß die Angelegenheiten in unserm Vaterlande sich ohne fremde Einmischung regeln möchten, so müßte ich hierzu bemerken, daß dieser Wunsch allerdings ein allgemeiner sei; wie ich denn selbst bei mehreren Gelegenheiten zu äußern mir erlaubt hätte, daß uns noch genug der besten Kräfte im Lande zu Gebote ständen, um uns allein helfen zu können.[2]) Was unsre politische Stellung Oesterreich und den übrigen deutschen Mächten gegenüber beträfe, so habe das Mißverhältnis darin allgemeiner Ansicht nach nicht seinen Grund in den Ereignissen des Jahres 1848, sondern in den Abgrenzungen des Jahres 1815. Gewiß würden die revolutionären Elemente in Preußen weniger Boden gefunden haben, wenn nicht der größte, und zwar nicht der schlechteste Teil der Nation gleichzeitig eine Veränderung der äußeren Lage für unerläßlich erachtet hätte. Die Preußen betrachteten die jetzige zerrissene Lage unseres Staatsgebiets als zu gefährlich. Wenn Seine Majestät auf das Testament des hochseligen Königs[3]) hingewiesen und bemerkt hätten: „Wir dreie müssen sein wie Brüder, die eine Faust machen!", so dürfe Preußen bei notwendiger Konsolidierung der äußeren Lage auch die brüderliche Unterstützung seiner Alliierten erwarten. Die heilige Allianz, die gegen die Revolution errichtet worden sei, habe die kleineren deutschen Staaten nicht fest genug an diese Allianz gebunden, d. h. sie nicht bestimmt genug unter den Einfluß der großen deutschen Staaten gestellt. Preußen sei materiell schon bei weitem der schwächste der drei Verbündeten, durch seine Spaltung in zwei Teile noch mehr geschwächt und dadurch, daß es dem Herde der Revolution so nahe liege, in einer Gefahr, die nun um so größer sei, als die zwischenliegenden Staaten und lauen Bundesgenossen zu Feinden geworden wären. Dem Feuer nahe, mitten in leicht zu entzündenden Spänen, könne Preußen in seiner jetzigen Lage jeden Augenblick von den Flammen der Revolution umgeben sein. Es sei daher für uns nicht tunlich, einer neuen Erschütterung, wie sie uns jeden Augenblick mit den Waffen in der Hand von Frankreich herüber kommen könne, in der jetzigen äußeren Verfassung entgegenzugehen. Wir müßten jetzt schon eine Armee halten, die so groß sei, daß sie hinreichen würde für einen kompakten Staat, der den ganzen Norden Deutschlands umfaßte; im Fall eines Krieges wären wir vielleicht genötigt, einen großen Teil davon gegen das Innere von Deutschland aufzustellen; [und doch müßten wir die dazu nötigen finanziellen Anstrengungen mit dem verhältnismäßig kleinen Staat allein tragen.] Die Regelung der deutschen Angelegenheiten sei daher für uns keine Rechtsfrage; aber auch keine Frage des Eigennutzes, sondern ganz einfach eine Existenzfrage.

---

[1]) Dies Weggelassene handelt über Prinz Friedrich Karl (vgl. W. Förster, a. a. O., I, S. 123).

[2]) Vgl. Friedjung, II_1, S. 73, wo sogar Rochow dem Zaren ähnlich entgegentritt (August 1850).

[3]) Friedrich Wilhelm III. hatte darin seinem Nachfolger das Festhalten an dem Bunde mit Rußland und Oesterreich ans Herz gelegt.

Digitized by Google

Der Kaiser stimmte im allgemeinen meiner Auseinandersetzung bei und gab zu, daß Preußen einen stärkeren Einfluß auf die norddeutschen Staaten haben müsse; dies könne aber nur auf legalem Wege erreicht werden; dann werde es auch immer die Unterstützung seiner alten Alliierten finden, die überdem niemals dulden würden, daß Preußen untergehe.

Ich erlaubte mir zu erwidern, daß der Weg des Vertrags, wie man ihn eingeschlagen,[1]) doch kein illegaler genannt werden könne; daß es aber unmöglich sei, den kleineren Staaten die völlige Unabhängigkeit zu lassen, wenn Preußen einen größeren Einfluß haben solle. Das Benehmen von Sachsen und Hannover[2]) zeigte doch deutlich, welchen Wert die Allianz mit den kleineren Staaten habe, wenn sie ohne materielle Garantien abgeschlossen sei. [Ihre Dauer reiche dann nicht weiter als die Dankbarkeit. Daß Hannover nicht nur abfalle, sondern auch die andern Bundesgenossen Preußens auffordere, sich loszusagen, und eine Abschrift dieser Aufforderung noch in unser Ministerium schicke, das sei doch, um Generalmarsch schlagen zu lassen;] und wenn wir doch keinen bessern Trost hätten, als daß uns die andern Großmächte nicht untergehen lassen würden, so sei dies eben für uns kein Trost, da es dem Gefühl unsrer Selbständigkeit zu nahe träte.

Der Kaiser war der Ansicht, daß wir besser getan haben würden, Dresden und auch Baden gleich nach der Besiegung der Anarchie zu verlassen, um unsre Uneigennützigkeit zu zeigen; daß die deutschen Staaten sich dann voll Vertrauen an uns angeschlossen hätten; daß aber jetzt Oesterreich gereizt sei, weil es Preußens Benehmen nicht ganz mit Unrecht den Vorwurf mache, die Verlegenheit des alten Alliierten benutzt zu haben, um größeren Einfluß zu gewinnen. (Hätte man die Oesterreicher aufgefordert, wenn auch nur mit einem Bataillon in Baden einzurücken, so würde die gereizte Stimmung nicht bis zu diesem Grade gestiegen sein, den man fast unversöhnlich nennen müsse; da keiner von beiden Teilen nachgeben wolle, so scheine ein Krieg unvermeidlich, und das müsse ein jeder Gutgesinnte für ein großes Unglück ansehen.)[3])

Ich glaubte hierauf bemerken zu müssen, daß das Verlassen der der Anarchie verfallen gewesenen Staaten den neuen Verfall unmittelbar zur Folge gehabt haben würde; daß der Vorwurf, Preußen habe die Verlegenheit des Alliierten eigennützig benutzt, ein ungerechter sei. Ein wirklich eigennütziges, energisches Benutzen dieser Verlegenheit würde für Oesterreich wohl bedenklichere Folgen gehabt haben. Wenn aber auf demselben politischen Terrain wie Deutsch-

---

[1]) „Dreikönigsbündnis", Preußen-Sachsen-Hannover vom 26. Mai 1849; Anfang der „Union", der zunächst außer Oesterreich, Bayern, Württemberg und wenigen Kleinstaaten alle deutschen Regierungen beitraten.

[2]) Sachsen und Hannover traten Oktober 1849 aus dem Verwaltungsrat der Union, Hannover Februar 1850 gänzlich aus; Sachsen schloß 27. Februar 1850 mit Bayern und Württemberg das gegen die Union gerichtete und von Oesterreich begünstigte „Vierkönigsbündnis". (Hannover stand ihm nahe, trat aber nicht offiziell bei.)

[3]) Diese Stelle nur in der Reinschrift.

Digitized by Google

land zwei Großmächte nebeneinander ständen, die so ungleich an materieller Macht wären wie Oesterreich und Preußen, so liege darin allein ein unüberſteigliches Hindernis für ein aufrichtiges, natürliches Bündnis. Nur reelle Parität, nicht eine auf dem Papier ſtipulierte, könne dieſe dauernde Spannung beſeitigen; erſt dann werde die heilige Allianz eine feſte ſein, und erſt dann könne Preußen die ihm zugeteilte Rolle eines Vorkämpfers gegen die Revolution mit Erfolg übernehmen, und Oeſterreich und Rußland ausſchließlich ihrer inneren Entwicklung und Befeſtigung ſich hingeben. Oeſterreich laſte jetzt, ſelbſt wenn es nicht einmal die Abſicht habe, mit ſeinem materiellen Uebergewicht auf Preußen, und Preußen folge nicht dem Eigennutz, ſondern einem Naturgeſetz, wenn es die geeigneten Gelegenheiten benutze, um ſich von dieſem Einfluß loszumachen.

Der Kaiſer lächelte und fragte, warum denn Preußen nun ein ſo großer Staat werden ſolle? Es ſei doch nur aus einem Ungehorſam gegen den Kaiſer entſtanden. Was man dann mit den kleinen Staaten machen ſolle, man könne ſie doch nicht ohne weiteres ausſtreichen; wollten ſie ſich ihrer Souveränität zugunſten Preußens begeben, ſo könne man nichts dagegen haben. Aber ſie durch die Verfaſſung vom 26. Mai [1849] binden, das ſei ein Einfluß auf revolutionärer Grundlage.[1])

Es wäre freilich nicht vorauszuſehen — erlaubte ich mir zu erwidern —, was die Vorſehung über Preußen beſchloſſen habe; wir glaubten, daß es noch nicht fertig ſei und noch wachſen müſſe, und daß man viel eher Preßfreiheit und Konſtitution wieder abſchaffen als dieſen Glauben aus dem Herzen des Volkes und der Armee reißen könne. Wären wir aber etwa nur beſtimmt geweſen, die andern großen Staaten eine Zeitlang auseinanderzuhalten, und die Zeit wäre gekommen, wo wir untergehen ſollten, ſo würden es Seine Majeſtät doch erklärlich finden, wenn wir lieber mit den Waffen in der Hand als auf diplomatiſchem Wege zugrunde gehen wollten. Wir bauten auf den guten Stern Preußens!

„Das iſt die Armee," rief der Kaiſer; „und in der Armee," erwiderte ich, „wird der König nicht nur ſein Panier aufpflanzen, wenn das Vaterland in äußere, ſondern auch, wenn es wieder in innere Gefahren geraten ſollte!"

Der Kaiſer ſchloß die Unterredung mit einigen Bemerkungen über die Reiſe des Prinzen von Preußen nach London,[2]) die als abſichtlich herbeigeführt betrachtet wurde, um die Petersburger Eindrücke zu verwiſchen, und mit Aeußerungen des lebhafteſten Mißfallens, daß der Ritter Bunſen das däniſche Protokoll nicht unterzeichnet und das Miniſterium dies gutgeheißen habe;[3]) die Nachricht

---

[1]) Dies führten auch Gerlach und ſeine Freunde bei Friedrich Wilhelm IV. gegen die Union ins Feld, da die Unionsverfaſſung ſozuſagen nur eine zweite Auflage von der durch das „revolutionäre" Frankfurter Parlament ausgearbeiteten war (vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, S. 533 u. a.).

[2]) Juni 1850 (v. Poſchinger, Unter Friedrich Wilhelms IV. Denkwürdigkeiten des Miniſters O. Freiherr v. Manteuffel, I, S. 229 und Bailleu-Schuſter, Aus dem liter. Nachlaß der Kaiſerin Auguſta, I, S. 423 Anm.).

[3]) Das Londoner Protokoll vom 4. Juli 1850 ſprach die Integrität des däniſchen Ge-

Digitized by Google

war eben eingetroffen, und der Kaiser wünschte, daß man erfahre, wie tief sie ihn geschmerzt habe.[1]) Ich [wurde noch mit Grüßen für die bekannten Offiziere beauftragt, durfte einen untertänigsten Dank für die uns bezeigte Gnade zu Füßen legen und] wurde dann in überaus gnädiger Weise entlassen ...[2])

„Einige Tage vorher hatte ich mit Herrn v. Budberg,[3]) den mir der Kaiser als einen sehr ausgezeichneten Mann und als einen treuen Freund Preußens bezeichnete, über denselben Gegenstand ein lebhaftes Gespräch; gegen Ende desselben trat General Lieven[4]) hinzu und nahm meine Partei, indem er zu Herrn v. Budberg sagte: „Das müssen Sie doch gestehen, abscheulichere Grenzen wie Preußen hat noch nie ein Staat gehabt; und wenn es gezwungen wird, die Kolbe in die Hand zu nehmen, so muß es die Revolution in die Schranken rufen; bei uns würde eine solche an Schrecklichkeit alles übersteigen, was man bisher gesehen hat." Als ich Herrn v. Budberg aufforderte, einmal die Grenzen zwischen dem Einfluß Preußens und der Unabhängigkeit der kleinen Staaten zu bezeichnen, sagte er: „Nun, etwa so, wie Katharina II. auf Polen Einfluß geübt hat!" Ich erklärte mich einverstanden, wenn dasselbe Resultat daraus hervorginge."

(Fortsetzung folgt)

---

samtstaates aus; Bunsen, preußischer Gesandter in London, lehnte die Unterschrift ab, da noch keine Prüfung der Erbfolgerechte erfolgt war (Sybel, I, S. 412).

[1]) Nikolaus I. betrachtete gleich England und Frankreich das Weiterbestehen des dänischen Gesamtstaates als unbedingt notwendig zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts (d. h. man gönnte Preußen und Deutschland nicht die schleswig-holsteinischen Häfen) und verurteilte die Erhebung der Schleswig-Holsteiner und deren anfängliche Unterstützung durch Friedrich Wilhelm IV. als „revolutionär" (vgl. Sybel, I, S. 223 ff. u. a., Bernhardi, II, S. 63).

[2]) Hier ist eine unwesentliche Aeußerung der Kaiserin weggelassen.

[3]) Andreas Freiherr v. Budberg, Legationsrat an der russischen Gesandtschaft in Berlin, hatte dem Zaren die Nachricht vom Abschluß des dänischen Friedens in Berlin (2. Juli 1850) überbracht (Gerlach, I, S. 499).

[4]) Baron Wilhelm v. Lieven, Generaladjutant und Generalstabschef im kaiserlichen Hauptquartier, einer der Hauptratgeber und Lieblinge des Zaren. Von ihm sagt Schlegell an andrer Stelle: „Er gilt für unsern Freund, hat auch unsre Politik zuweilen in Schutz genommen und war sehr liebenswürdig für uns" (vgl. auch Bernhardi, II, S. 71).

Digitized by Google

Die Psychologie der Einarmigen

Von

Graf Géza Zichy

Als die Kriegstrompete erscholl, jubelte die Menge. — Wer dachte an all den Jammer, an all das Elend, das da kommen wird, kommen muß! Die Völker hatten das Kriegsbedürfnis, der Abszeß war reif, er mußte aufgeschnitten werden. Wir haben diesen Krieg nicht begonnen, wir haben ihn aber erwartet. Als alter Idealist fällt es mir schwer, eingestehen zu müssen, daß ich den Kriegszustand für den normalen halte. Der Friede ist ein künstliches Produkt der Kultur und des Glaubens. Gesunde Knaben müssen raufen, und Völker sind ja doch nur riesengroße Kinder. Der jetzige Krieg wird mit 42-Zentimeter-Kanonen, mit bombenwerfenden Flugzeugen und Unterseebooten geführt, was für Vertilgungswerkzeuge bringt aber der nächste Krieg? Es ist unabsehbar. Die Technik kann Geschütze, Flugzeuge und Vertilgungswerkzeuge solcher Wirkung erfinden, denen kein Mensch standhalten kann und wird. Was dann? Wird eine internationale Kommission die Leistungsfähigkeit dieser Höllenmaschinen prüfen und nach deren Wirkung entscheiden, wer der Sieger und wer der Besiegte ist? Oder werden die Völker wieder zum Schwert und der Keule zurückkehren? Da ging es uns gut, den Deutschen und Ungarn. Eins steht fest, der ewige Friede wird niemals auf Erden seine Kränze flechten, und Bodenstedt hatte recht, als er einst sang:

„Wie die Blume
In der schwarzen Erdenkrume,
So wurzelt der Mensch im Tier."

*

Die Kriegstrompete schmetterte, und mein erster Gedanke war, zum Stutzen zu greifen und hinauszueilen zum Schutze des Vaterlandes. Meine Kugeln treffen noch gut, mein Arm ist stark wie zuvor.

Mein Hausarzt und Freund schüttelte sein weißes Haupt und sprach: „Ich dachte sofort an Sie, weil ich wußte, daß Sie solch einer Torheit fähig sind, Kriegsgelüste zu empfinden. Prüfen Sie die Kräfte Ihres Herzens, laufen — nicht gehen — Sie vier steile Treppen hoch in die vierte Etage hinauf, und wenn Sie ohne zu keuchen angekommen sind, dann reden wir über den Krieg." Es ging nicht, und ich überlegte nun, was ich zur Linderung des Elendes tun könnte. Selbstredend Geld geben, das habe ich getan, dies schien mir aber viel zu wenig. Da fielen mir meine Leidensgefährten ein — die Einarmigen. Ich wollte sie trösten, in ihrer Unbehilflichkeit unterstützen, sie belehren, wie man mit einem Arm ein ganzer Mann sein kann. Ich schrieb das „Buch des Einarmigen". Unterdessen besuchte ich die Lazarette und demonstrierte „ad oculos", was und wie sie es machen sollen, um unabhängig werden zu können. Ueber jene Er-

Digitized by Google

fahrungen, die ich da machte, will ich einige Worte sprechen. Vor allem konstatiere ich mit aufrichtiger Freude, daß ich verhältnismäßig wenig Einarmige fand. Im Jahre 1866 waren bedeutend mehr Einarmige als im jetzigen Krieg. Es dürfte dies dem großen Fortschritt der Chirurgie und den weniger destruktiven Gewehrkugeln zuzuschreiben sein. Arme werden nur im äußersten Notfalle amputiert; leider sieht man öfters konservierte Arme und Hände, die sehr wenig oder gar keine Arbeit leisten können. Es sind eben ästhetische Dekorationsstücke. Die Einarmigen, die ich unterrichtete, waren sehr verschiedenartige Naturen. Einige verzweifelnd, andre ganz apathisch, fast stumpfsinnig, der überwiegend größte Teil aber für meine Lehren sehr empfänglich und dankbar. Freilich war der Kulturzustand und die Intelligenz der einzelnen für den Erfolg entscheidend. Ich begegnete einigen Unglücklichen von so armseliger Geistesveranlagung, daß jede Mühe meinerseits vergebens war. Ich gab diesen Armen immer denselben Rat, in ihr Heimatsdorf zu gehen und Schweinehüter zu werden. Meine erste Aufgabe war, diesen Unglücklichen das Selbstvertrauen erwecken zu können. Wenn sie sahen, wie ich mich ankleide, die Nägel an der Hand schneide, mit dem Gewehr hantiere, so flog ein Schimmer der Hoffnung über ihr Antlitz. Durch meine Lehren angeregt, erfanden sie selbst Handgriffe, die sie zum weiteren Betrieb ihres Berufes nötig haben. Fabrikarbeiter besprachen mit mir ihre Pläne, Feldarbeiter die Möglichkeit des Grabens und Mähens, Jäger den Gebrauch des Gewehres usw. Einen meiner Zöglinge, der sich besonders geschickt benahm, ernannte ich sofort zum Jäger auf meinem Gute.

Alle Einarmigen möchten Maschinenarme und -hände haben. Ich klärte sie auf, daß künstliche Hände nur dann von Nutzen sind, wenn der Arm intakt blieb, besonders wenn noch ein Stück unter dem Ellbogen zur Verfügung steht. Da ist die künstliche Hand am Platz. Die neuesten Kunsthände schließen die Finger einfach durch Drehung des Oberarmes und können Gewichte bis zu 5 Kilogramm heben. Wo aber nur ein kurzer Stumpf vorhanden, da ist ein künstlicher Arm nur hinderlich. Meine Schüler wollten dies nicht glauben. Die meisten waren sehr deprimiert. Ein Techniker war besonders schwermütig, gab seine ganze Zukunft als verloren auf. Es war vergebens, daß ich ihm alle Handgriffe zeigte — es half nichts. Ein junger Bureaubeamter zerquälte sich, da er befürchtete, seine Braut werde ihm den Verlobungsring zurücksenden. Ich sagte, daß es für ihn nur ein großes Glück wäre, er möge dann ihren Ring mit der Bitte zurücksenden, sie möge sich denselben durch die Nase ziehen lassen, wie es bei den Wilden der Brauch ist. Im übrigen muß er den ersten Schritt tun und es ihr freistellen, die Verlobung aufzulösen. Einarmige Offiziere wollen alle weiterdienen. Sie folgten mit großer Aufmerksamkeit meinen Lehren, besonders das Reiten betreffend. Ein Tischler zeichnete nach meiner Anleitung mehrere Schraubstöcke, die ihm die Fortsetzung seines Berufes mit einer Hand ermöglichen sollen. Alle Schriftarbeiter fügten sich in ihr Los, besonders als sie bemerkten, wie leicht die linke Hand das Schreiben erlernt. Ich bestrebte mich, jedem einen Wirkungskreis anzugeben, den er auszufüllen imstande wäre.

Digitized by Google

Sehr vielen den früheren, einigen den verwandten Wirkungskreis. Nur bei einem Einarmigen war ich ratlos, er war nämlich Friseur. Ich habe im Laufe der Zeit mehrere Einarmige in mein Haus zum Abendtisch geladen. Beim Zerteilen der Speisen konnte ich helfend und belehrend eingreifen. Nach Tisch mußte ich ihnen auch Klavier vorspielen; dies paßte eigentlich gar nicht in mein Programm, da es ja für sie doch viel wichtiger ist, sich die Hose anziehen und zuknöpfen zu können, als gut oder schlecht mit einer Hand Klavier zu spielen.

Ueber einige neuere Untersuchungen aus dem Gebiet der Infektionskrankheiten, der radioaktiven Therapie und der Nährschäden

Von

Prof. Carl v. Noorden (Frankfurt a. M.)

Für praktische Heilkunde und wissenschaftliche Forschung steht nach wie vor das Studium der Infektionskrankheiten, der großen Würger der Menschheit, im Vordergrund des Interesses. Die letzten Jahre lehrten uns eine gefährliche und neuerdings in verbreiteten Epidemien auftretende Krankheit, die sog. Kinderlähmung (Poliomyelitis und Polioencephalitis acuta, Heine-Medinsche Krankheit) auf bakterielle Infektion zurückzuführen. Der Hauptsitz der Erkrankung sind die großen Ganglienzellen des Zentralnervensystems, aus denen die motorischen Nerven entspringen. Wenn Nervenzentren befallen werden, die lebenswichtigen motorischen Leistungen vorstehen (Atmung, Herztätigkeit), führt sie schnell zum Tode. Aus dem Befallensein der Nervenzentren für die Rumpf- und, was viel häufiger ist, die Extremitätenmuskeln entspringen akut einsetzende Lähmungen, die sich zwar teilweise wieder zurückbilden können, meist aber Atrophien und Schwächezustände größerer oder kleinerer Muskelgruppen hinterlassen. Die Krankheit befällt zwar auch Erwachsene, doch ist das erste Lebensdezennium weitaus am stärksten disponiert. In den Jahren 1911 und 1912 kamen namentlich in Mitteleuropa und in manchen Bezirken der Vereinigten Staaten Nordamerikas schwere Epidemien vor; inzwischen sind die Erkrankungen wieder bedeutend seltener geworden. Die Geschichte der Medizin berichtet, daß schon früher mehrfach solches plötzliches Aufflammen und Wiederverschwinden von Kinderlähmungsepidemien vorkam. Es ist ein interessantes, aber noch völlig ungelöstes Problem, worauf dieses eigentümliche, sprunghafte Verhalten einer zweifellos leicht übertragbaren Krankheit beruht. Wir sahen ähnliches bei der echten Influenza und kennen auch da die Ursachen nicht, während für das Kommen und Gehen des Typhus, der Pest und der Choleraepidemien uns die epidemiologische und bakteriologische Forschung die Erklärung gegeben hat.

Digitized by Google

Natürlich wurde versucht, der Kinderlähmung mit Schutzimpfung entgegenzutreten, wozu die Erfahrung ermunterte, daß die für die Krankheit sehr empfänglichen Affen durch Vorausbehandlung mit Kinderlähmungsimmunstoffen sicher geschützt werden können. Die beim Menschen unternommenen therapeutischen Versuche ergaben noch kein befriedigendes Resultat.

Die weitaus wichtigste und mörderischste Infektionskrankheit ist die Tuberkulose. Den internationalen Tuberkulosekongressen ist es gelungen, alle Kulturstaaten zur Erforschung der Krankheitsbedingungen und ihrer Bekämpfung mobil zu machen. Die Berichte der jährlich abgehaltenen Tuberkulosekonferenzen (zuletzt im Oktober 1913 in Berlin) legen beredtes Zeugnis ab, in welchem großen und von Jahr zu Jahr steigenden Umfang sich alle maßgebenden Faktoren zur Einschränkung dieser verheerenden, enorme Verluste an Menschenmaterial, an Menschenglück und an wirtschaftlichen Werten bringenden Volksseuche vereinen. Was durch besseres Erkennen der Frühstadien, durch rechtzeitig einsetzende und konsequent durchgeführte Behandlung und vor allem auch durch Besserung der allgemeinen hygienischen Bedingungen erreicht wurde, ist erstaunlich und geht vor allem aus der trefflich geführten Statistik der preußischen Monarchie hervor. Auf 10000 Lebende berechnet, sank die Zahl der Tuberkulosetodesfälle vom Jahre 1876 bis 1912

in der Altersklasse	von	15	bis	30	Jahren	von	26,91	auf	17,48
„ „	„	30	bis	60	„	„	48,62	„	19,49
„ „	über	60			„	„	77,62	„	19,81

Leider erstreckt sich die Abnahme noch nicht auf die Kindertuberkulose. Zu ihrer Bekämpfung wird die früher viel bestrittene, jetzt aber gesicherte Erkenntnis beitragen, daß die weitaus meisten Menschen sich im Kindesalter infizieren und daß die Infektion gewöhnlich durch Inhalation von Tuberkulosekeimen erfolgt. Der typische Entwicklungsgang der Krankheit hat eine gewisse Aehnlichkeit mit dem bei chronischer Syphilis. Zunächst bildet sich an Stelle der ersten Niederlassung der Keime ein umschriebener Herd (Primärstadium, meist als Lymphknotenerkrankung auftretend); von da aus erfolgt Aussaat der Keime durch Lymph- und Blutbahn und neue Ansiedlung an entfernten Stellen (Sekundärstadium, Metastasenbildung) und schließlich das Tertiärstadium des lokalen Gewebszerfalls in einzelnen oder in zahlreichen der inzwischen entstandenen metastatischen Herde. Glücklicherweise können sowohl Wucherung des Pilzrasens und Verschleppung der Keime wie auch der anatomische Krankheitsprozeß in jedem Stadium Halt machen, und dies ist in den Frühstadien nicht nur Ausnahme, sondern außerordentlich häufig. Es kommt dann zu Einkapselung des Herdes durch straffes Bindegewebe (Narbengewebe), eventuell unter gleichzeitiger Kalkeinlagerung. Freilich ist damit die Gefahr noch nicht beseitigt, denn selbst in sehr alten vernarbten Herden werden oft noch keimfähige Tuberkelbazillen gefunden, die gelegentlich wieder einmal ausbrechen können. Welche Bedingungen dies begünstigen, ist Gegenstand eifrigen Forschens. Daß ungünstiger Stand der

Digitized by Google

Allgemeinernährung, ungenügende und einseitige Kost, Mangel an frischer Luft und Belichtung eine wichtige Rolle spielen, dürfte erfahrungsmäßig feststehen und wird wohl mit Unrecht von manchen einseitig geschulten Bakteriologen bestritten. Daneben kommt aber sicher „Sensibilisierung" der gleichsam schlafenden Tuberkelbazillen und der umliegenden Gewebe durch andre in den Körper gelangende Bakteriotoxine in Betracht; z. B. ist die Gefahr des Wiedererwachens eines tuberkulösen Herdes sehr groß, wenn der Organismus von Masern, Keuchhusten oder echter Influenza befallen wird. Die Erkenntnis, daß eine ungeheure Anzahl von Menschen schon in früher Kindheit infiziert wird, daß aber ein großer Teil von ihnen infolge der Einkapselung der primären Herde gesund bleibt und nur bei Eintritt ungünstiger Komplikationen gefährdet ist, verdankt man teils der Röntgendurchleuchtung, teils und vor allem der systematischen Durchuntersuchung der Kinder auf „Tuberkulinreaktion", die sowohl nach dem alten R. Kochschen Verfahren (Einspritzung minimaler Mengen von Tuberkulin), wie auch nach der bequemen, eleganten und gänzlich ungefährlichen Methode von Cl. v. Pirquet ausgeführt werden kann (Einreiben von Tuberkulin in die leicht geritzte Haut). Auf Grund dessen, was jetzt feststeht, werden wir also in Zukunft die kleinen und kleinsten Kinder mit viel größerer Energie und Umsicht vor der Einverleibung von Tuberkelbazillen schützen müssen. Das ist eine Frage der Pflege und der Isolierung tuberkulöser Patienten, eine Frage der Wohnungshygiene und vor allem, ganz allgemein gesprochen, eine Frage der Reinlichkeit. Je mehr wir den Sinn für Reinlichkeit am eignen Körper, an der Gewandung und in der Wohnung in das Volk hineintragen, je mehr es uns gelingt, die heranwachsende Generation geradezu zu einem Fanatismus der Reinlichkeit zu erziehen, desto sicherer gehen wir dem Ziel entgegen, die Tuberkulose selbst in ihren geheimsten Schlupfwinkeln auszurotten.

Ehe diese gewaltige Kulturaufgabe gelöst ist, deren enorme Kosten sich unseren Nachkommen hundertfältig verzinsen würden, gilt ein Hauptstück der Tuberkulosebekämpfung der Heilung des einzelnen Kranken. Daß sich die auf das Tuberkulin gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten, ist bekannt genug. Aber der langen Periode der Resignation und Enttäuschung ist jetzt doch eine neue, hoffnungsfreudigere gefolgt. Das Tuberkulin ist zwar nicht das erträumte Allheilmittel gegen Tuberkulose, aber es leistet — wie von Jahr zu Jahr mehr anerkannt wird — doch im Kampf gegen dieselbe wertvolle Dienste; wer die Besonderheiten seiner Wirkung kennt, wer seine Vorzüge und seine Gefahren genau abzuschätzen gelernt hat, wird das Tuberkulin nicht wieder missen wollen; man muß eigentlich sagen „die Tuberkuline", die sich aber mehr durch nebensächliche Eigenschaften und äußere Aufmachung als im Prinzip voneinander unterscheiden. Leider trägt die aufdringliche Reklame, die immer aufs neue mit einzelnen der Präparate gemacht wird, die zeitweilige Erweckung übertriebener Hoffnungen und die naturgemäß folgende Enttäuschung und Ernüchterung vieles dazu bei, die Tuberkulinbehandlung von Aerzten und Laien geringer bewerten zu lassen, als sie in der Tat verdient.

Digitized by Google

Mehr als das Tuberkulin macht zurzeit die Sonnenbehandlung der Tuberkulose von sich reden. In Betracht kommt zunächst das „Sonnenbad", d. h. die Wirkung von Sonne und Luft auf die ganze Hautoberfläche. In vernünftigem Maße, ohne die leider schon allzu häufigen und zweifellos schädlichen Uebertreibungen angewandt, entspringt daraus eine kräftige Anregung des ganzen Nervensystems, eine Besserung der Blutzirkulation im Hautorgan, eine regere Wechselwirkung zwischen den Stoffwechselprozessen in der Haut und im Körperinnern, günstiger Einfluß auf Appetit, Nahrungsaufnahme und Ernährungszustand, alles wichtige Faktoren. Das ist nichts Neues. Das erzählen uns schon die Schriften der alten griechischen Aerzte, und diese wohlbekannten Tatsachen wurden der Ausgangspunkt für die moderne, kaum fünfzig Jahre alte „Freiluftbehandlung", deren Siegeszug durch H. Brehmer in Deutschland, durch den Deutschen Sir Hermann Weber in England die Bahn gebrochen wurde. Neu ist dagegen die Erfahrung, daß die lokale Einwirkung des Sonnenlichtes und seiner künstlichen Nachahmungen (Finsenlampe!) nicht nur chronische Hauttuberkulose (Lupus), sondern auch von Haut bedeckte Tuberkulose der Knochen und Gelenke und offene tuberkulös geschwürige Prozesse zur Heilung bringen kann, und daß sie das in einer so vollkommenen Weise tut, wie es früher selbst die geschickteste Chirurgie kaum vermochte. Die Zeit ist wohl nicht mehr fern, wo man nur im Notfall bei „äußerer Tuberkulose" das Messer ansetzen wird. Die Theorie betreffend, sei nur erwähnt, daß die Heilwirkung nicht den Wärmestrahlen, sondern den kurzwelligen chemischen Strahlen des Spektrums (violett und ultraviolett) innewohnt. Wie nun im einzelnen, direkt oder indirekt, Bazillen und Gewebe durch die lokale Bestrahlung verändert und beeinflußt werden, ist gerade jetzt Gegenstand lebhafter Kontroverse und soll einmal später, wenn sich die Meinungen geklärt haben, berichtet werden. Auch darüber herrscht jetzt lebhafter, von persönlichen Interessen noch nicht ganz freier Meinungsaustausch, inwieweit zur Erzielung sicherer Wirkung das Sonnenlicht selbst herangezogen werden muß und inwieweit es durch künstliche Lichtquellen ersetzt werden kann. Daß dies letztere möglich und daß der vollwertige Ersatz im wesentlichen eine Frage der Technik ist, scheinen die glänzenden, der ganzen modernen Heliolokaltherapie zugrunde liegenden Resultate des allzu früh verstorbenen Finsen darzutun.

Nächst der Tuberkulose ist für die Kulturstaaten die Syphilis die wichtigste chronische Infektionskrankheit. Die Diagnostik der Syphilis, die bekanntlich früher sehr im argen lag und in der viele Willkür herrschte, ist jetzt wesentlich verfeinert. Von den ganz einfach und klar liegenden Fällen abgesehen, rückt die Diagnose immer mehr von der rein anatomischen Betrachtung ab und schiebt sich auf das bakteriologische und biochemische Gebiet. Daß wir da eine kräftige Stütze fanden, ist um so wichtiger, als die gleichen oder wenigstens höchst ähnliche anatomische Veränderungen, wie man sie bei Syphilis auf der Haut und an inneren Organen findet, auch durch andre Schädlichkeiten erzeugt werden können. Besonders wichtig und interessant ist, daß man bei chronischen Er-

Digitized by Google

krankungen der Blutgefäße (z. B. bei chronischer Aortenentzündung, bei sackförmigen Erweiterungen der großen Schlagader), bei Tabikern und Paralytikern die Schaudinnsche Spirochaeta pallida, den Erreger der Syphilis, in den erkrankten Geweben selbst antraf. Damit wurden alte Vermutungen und Lehren bestätigt. Neuerdings machten die mit bewundernswerter Technik ausgeführten Untersuchungen von H. Noguchi berechtigtes Aufsehen. Er fand in 48 von 200 Fällen von Paralyse der Irren (Dementia paralytica) Spirochaeten im Gehirn, und zwar vorzugsweise in den Rindenzonen, die man längst als Hauptsitz der gefürchteten Krankheit erkannt hat. Die stärkere entzündliche Gefäßentwicklung, die Wucherung des Stützgewebes, die Atrophie der nervösen Elemente stehen in unmittelbarer Abhängigkeit von einer diffusen Spirochaetose der Rinde. Früher hatte man gemeint, daß an jeder beliebigen Stelle des Körpers unter dem Einfluß der syphilitischen Krankheitserreger Toxine entstehen, die dann unter besonderen Umständen von den Ganglienzellen der Hirnrinde abgefangen und verankert würden. Jetzt erweisen sich die Spirochaeten selbst als die Uebeltäter; Paralyse und Tabes sind also keine „Nachkrankheiten der Syphilis" (Metasyphilis), sondern reihen sich der Gruppe der andern altbekannten syphilitischen metastatischen Herderkrankungen ein.

Neben die bekannte Wassermannreaktion ist jetzt die sog. Luetinreaktion getreten und scheint auf dem besten Wege, die immerhin etwas umständliche und manchmal auch etwas trügerische Wassermannreaktion aus ihrer dominierenden Stellung zu verdrängen. Man versteht unter „Luetin" die Aufschwemmung von durch Hitze abgetöteten Syphilisspirochaeten (Reinkultur). Wie bei der oben erwähnten v. Pirquetschen Tuberkulinreaktion wird das Luetin der leicht geritzten Haut eingeimpft. Syphilitiker sind gegen die eingeimpften Giftspuren derart überempfindlich (anaphylaktisch, deutsch: schutzlos), daß sie an Ort und Stelle der Impfung nach einigen Tagen eine Papel, eine Blase oder Pustel bekommen; diese lokale Erkrankung der Haut läuft binnen kurzem wieder ab, ohne Schäden zu hinterlassen. Bei Nichtsyphilitischen bleibt jede Reaktion aus. Das einfache Verfahren stellt an das technische Können des praktischen Arztes viel geringere Ansprüche als die Pockenvakzination. Wenn es erst gründlich durchgearbeitet ist und wenn das Luetin in genau sterilisierter und dosierter Form erhältlich ist, wird es sich beim Praktiker sicher schnell einbürgern.

Ueber die Salvarsantherapie der Syphilis hat das vergangene Jahr eine unendlich große Literatur gebracht. Wie vom Kochschen Tuberkulin, hatte man anfangs vom Ehrlichschen Salvarsan zu viel erwartet; daß es aber ein ungemein nützliches Mittel ist, das die erfolgreiche Behandlung der Syphilis wesentlich förderte, hallt — mit wenigen Ausnahmen — durch die ganze medizinische Weltliteratur wider. Man hat inzwischen gelernt, die zweifellosen Gefahren der Salvarsantherapie (zu große Anfangsdosen!) zu vermeiden. Man verteilt die vorgesehene Gesamtmenge (etwa 1 bis 2 Gramm Salvarsan) auf mehrere Einzelinfusionen ins Blut, selten mehr als 0,3 Gramm auf einmal. Gleichzeitige Darreichung von Jodkali wird von den meisten als nützlich erachtet. Der Sal-

Digitized by Google

varsanbehandlung lassen die meisten Syphilisspezialisten Quecksilberkuren folgen. In verschiedener Stärke und Zeitfolge werden solche kombinierte Salvarsanquecksilberkuren etwa 2 bis 3 Jahre lang wiederholt. Natürlich kann erst eine längere Erfahrung zeigen, ob damit wirklich das erreicht wird, was man anstrebt: eine in relativ kurzer Zeit erfolgende gänzliche Heilung der Syphilis oder zum mindesten ein wesentlich größerer Schutz vor späteren Rezidiven als bei den alten Quecksilbermethoden.

Schmerzlich große Erfahrungen bringt die Jetztzeit über Tetanus (Wundstarrkrampf). Er ist der Schrecken der Lazarette bei Freund und Feind. Er rafft viele dahin, deren Wunden vom rein chirurgischen Standpunkt aus betrachtet harmlos erscheinen. In keinem früheren Feldzug forderte der Tetanus so viele Opfer, wie in dem jetzigen. Das hängt mit der heutigen Kampfesart zusammen. Die Tetanuskeime sind bodenständig. Wunden, die mit Erdteilen verunreinigt sind, sind daher der Tetanusinfektion bei weitem am stärksten ausgesetzt. Die Infanteriegeschosse kommen oft schon, ehe sie in die Magazinkammer eingesetzt werden, mit dem Erdboden in Berührung, da die Soldaten in den Schützengräben sie der größeren Bequemlichkeit wegen neben sich hinlegen. Wenn sie die Kleidung durchbohren, reißen sie leicht Stücke der mit Erde beschmutzten Kleider mit in die Wunde hinein. Natürlich können auch andre Mikroben auf diese Weise die Wunde infizieren, aber erfahrungsgemäß nehmen diese andern Infektionen meist gutartigen Verlauf. Auch die Granatsplitter — und zwar diese ganz besonders — sind gefürchtete Träger der Tetanuskeime; die moderne Granate schlägt zunächst auf den Boden auf, gräbt sich in denselben ein und explodiert erst dann, so daß sich die Oberfläche ihres Mantels mit Tetanuskeimen beladen kann. Mindestens ebenso groß ist aber die Gefahr, daß der Granatsplitter von der beschmutzten Kleidung Erdteile in die Wunde mit hineinreißt. Die starke Zerklüftung der Granatsplitterwunde und die starke Zertrümmerung des Gewebes an der Einschußöffnung begünstigt das Wachstum der Tetanusbazillen außerordentlich, da dieselben nur da gedeihen, wo der atmosphärische Sauerstoff keinen Zutritt hat.

Im Gegensatz zu den meisten andern Mikroben verbreiten sich die Tetanusbazillen nicht durch Lymphe und Blut im Körper — oder doch nur in höchst beschränktem Maße; sie keimen nur an der Stelle, wo sie eingeschleppt wurden, und in deren nächster Umgebung aus. Aber sie erzeugen ein Gift von ungeheurer Kraft. Die geistreichen und glänzenden Untersuchungen von H. H. Meyer haben nun gezeigt, daß das Gift nur von den peripherischen Enden (Endplatten) der motorischen Nerven aufgesogen wird. Von dort wandert es in den Nerven selbst zu den zentralen Ganglienzellen (Stammzellen der Nervenfasern) im Rückenmark und verlängerten Mark. Infolge der besonders starken chemischen Verwandtschaft dieser Zellen (Affinität) zum Tetanusgift wird dasselbe dort fest verankert. Die Aufnahme des Giftes in die Ganglienzellen versetzt sie in einen Zustand erhöhter Erregbarkeit und starker Erregung. Daraus entspringen dann die heftigen und schmerzhaften Krämpfe der von den vergifteten Zellen

Digitized by Google

versorgten Muskeln. Von Ganglienzelle zu Ganglienzelle wird das Gift weiterbefördert. Was von den erstvergifteten Ganglienzellen nicht verankert werden kann, wird teilweise auch an die Lymph- und Blutbahn abgegeben und gelangt auf diesem Wege zu entfernteren Zellen. Einige Ganglienzellenhaufen sind besonders empfänglich für das Gift, z. B. die die Gesichts- und Kaumuskulatur versorgenden Gruppen. Daher eröffnen meist nicht Krämpfe in dem primär infizierten Gebiet, sondern solche in der Gesichts- und Kaumuskulatur das Krankheitsbild. Von der allgemeinen Giftwirkung abgesehen, ist am gefährlichsten der Uebergang des Giftes auf die die Atmung beherrschenden Gangliengruppen. Anfangs durch Krampf, später durch Lähmung führt dies zum Atmungsstillstand.

Der Tetanus verläuft im allgemeinen um so leichter, je später er nach Infektion der Wunde zum Ausbruch kommt. Der späte Ausbruch zeigt an, daß die Giftproduktion keine sehr große war oder daß das Gift mit den Wundsekreten nach außen befördert werden konnte. In Fällen, wo sich erst zirka zwei Wochen nach der Verwundung oder gar noch später tetanische Erscheinungen entwickeln, beträgt die Mortalität kaum mehr als 20 Prozent; bei Tetanus, der schon in der ersten Woche ausbricht, muß man aber auf eine Sterblichkeit von 80 bis 90 Prozent gefaßt sein.

Die v. Behringsche Entdeckung des Tetanus-Antitoxins brachte die Hoffnung, die Mortalität bedeutend herabdrücken zu können. Pferde werden mit langsam steigenden Mengen abgetöteter Tetanuskeime geimpft (durch Hitze steriliſiert). Die Zellen des Tierkörpers bilden dann ein Gegengift, das das Tetanusgift neutraliſiert; es wird aber nicht nur in dem Maße, wie es zur Neutraliſierung der eingeimpften Giftmenge erforderlich wäre, sondern in großem Ueberschuß gebildet (ein allgemeines Gesetz bei der Antitoxinbildung) und wird in das Blutserum abgegeben. Nach gewissen Vorbereitungen dient dann das Blutserum der Tiere als Antitoxin. Es gilt nun, mit dem im Pferdeblutserum enthaltenen Gegengift das Tetanustoxin abzufangen. Dazu dienen Austupfen der Wunde mit Antitoxinserum, Einlegen von Verbandstoffbäuschen, die damit getränkt sind, Einspritzung des Serums in die Umgebung der Wunde, subkutane Injektionen, intravenöse Infusionen, Einspritzen von Serum in den Wirbelkanal (endodurale Injektion). Mit all diesen Methoden werden aber doch nur kleine Mengen Gift abgefangen; nur der Ueberschuß, den die Nerven nicht direkt aufnehmen können. Viel aussichtsvoller scheint das Einspritzen eines möglichst stark mit Antitoxin beladenen Serums in den Hauptstamm des Nerven zu sein, der das infizierte Gebiet versorgt; denn damit verlegt man dem Gift seine Hauptbahn. Kann man mit der Spritze nicht an den Nerven heran, so muß man ihn operativ freilegen, eine kleine und harmlose Operation. Sie wird die früher zur Ausschaltung der Giftquelle vielfach empfohlene Amputation des ganzen infizierten Gliedes verdrängen. Ich habe aus eigner Anschauung den Eindruck, daß mancher Fall von Tetanus nur durch solche endoneurale Injektion gerettet wurde.

Nicht minder wichtig, nach v. Behring sogar von äußerster Bedeutung und neuerdings von der deutschen Heeresleitung anbefohlen, ist die prophylaktische

Digitized by Google

Einspritzung von Antitoxin in der Umgebung solcher Wunden, die erfahrungsgemäß gern von Tetanus gefolgt sind. Diese Injektionen sollen möglichst früh, also schon in den Feldlazaretten, gemacht werden. Leider reicht die Menge des verfügbaren Tetanus-Antitoxins kaum aus, um allen Verwundeten diese Wohltat zukommen zu lassen. In zukünftigen Kriegen wird man wohl dafür Sorge tragen, daß jeder Soldat eine gewisse Dosis Tetanus-Antitoxin als eisernen Bestand im Tornister mit hinausnimmt. Dies ist nicht schwer zu erfüllen, da die prophylaktische Dosis von Antitoxin sehr klein ist; man kann sie leicht auf 1 Kubikzentimeter Blutserum vereinen oder nach dem neuen v. Behringschen Verfahren unter luftsicherem Abschluß als trockenes Pulver mitgeben. Es hält sich lange Zeit, und da in Friedenszeiten der Bedarf an Tetanus-Antitoxin nur gering ist, kann die Heeresverwaltung sich leicht hinreichende Mengen sichern.

Bei ausgebrochenem Tetanus ist es von größter Bedeutung, die Antitoxinbehandlung möglichst früh zu beginnen und den Körper mit möglichst großen Mengen zu überschwemmen. Alle andern Behandlungsmethoden des Tetanus, die im wesentlichen auf das Einführen nervenberuhigender Substanzen (Morphium, Chloralhydrat, Luminal, Magnesiumsulfat) und auf sorgsame Krankenpflege hinauslaufen, sind zwar wichtige und notwendige Hilfsmittel. Sie richten sich aber nur gegen Symptome und Folgeerscheinungen der Intoxikation, nicht gegen diese selbst.

Fast alle medizinischen Kongresse beschäftigten sich im letzten Jahre mit der nichtoperativen Behandlung der bösartigen Geschwülste, Karzinom und Sarkom an der Spitze. Die Chemotherapie, die vor einiger Zeit Brauchbares zu versprechen schien, hat keine sicheren Erfolge aufzuweisen gehabt. Besseres leistet die radioaktive Therapie. Teils wird die Strahlung des Radiums bzw. seiner Salze benutzt, teils das an wirksamen Strahlen reiche Mesothorium. Es ist aus allen Tagesblättern bekannt, wie stark der Bedarf der Krankenanstalten an diesen Substanzen steigt, wie schwer sie in genügender Menge zu beschaffen und mit welch enormen Summen sie zu bezahlen sind. Bei gewisser Anordnung läßt sich die Strahlenmenge so dosieren, daß das Gewebe der bösartigen Neubildung zerstört wird, während das umgebende gesunde Gewebe erhalten bleibt. Unbestrittene Erfolge sind bisher erzielt worden bei oberflächlichen Hautkrebsen, bei Rezidiven verschiedener Karzinome, die in der Operationsnarbe aufgetreten sind, und bei sekundären Drüsenerkrankungen. Außerdem wird von manchen das Karzinom der Gebärmutter als der radioaktiven Therapie so zugänglich bezeichnet, daß sie die Strahlenbehandlung dem operativen Eingriff vorziehen. Ein definitives Urteil über den wahren Wert der radioaktiven Geschwulsttherapie kann noch niemand abgeben.

Von den zahlreichen Anwendungsgebieten der Strahlentherapie sei vor allem die Sterilisierung der Frauen hervorgehoben. Man bedient sich dazu fast ausschließlich der Röntgenstrahlen und läßt sie auf die Eierstöcke einwirken. Wenige Sitzungen genügen, um den generativen Teil dieser Drüsen völlig zu zerstören. Bei Frauen reiferen Alters, die unter Blutungen schwer

Digitized by Google

zu leiden haben, ferner bei gutartigen Geschwülsten der Gebärmutter (Myome, Fibrome) sind damit in bequemster Weise vortreffliche Resultate erzielt.

Die lebhafte Bewegung, mit der die radioaktive Therapie (Radiumemanation, Thorium-X) vor einigen Jahren auch auf dem Gebiete der inneren Medizin einsetzte, ist etwas zur Ruhe gelangt. Das ist gut so, denn dieser junge, lebenskräftige Zweig der Therapie drohte rasch zu verdorren, als man zu viel Früchte an ihm reifen lassen wollte und die Radiumemanation gleichsam als Allheilmittel pries. Jetzt hat eine ruhige und besonnene Arbeit eingesetzt, der es wohl bald gelingen wird, die Spreu vom Weizen zu sondern. Man hat auch erkannt, daß man mit den übereilt eingerichteten Emanationsinhalatorien, die in großen und kleinen Städten und in allen Sanatorien wie Pilze aus der Erde schossen, nicht viel erreichen konnte, da sie meist viel zu wenig radioaktive Energie enthielten. Nur wenige Emanatorien sind mit genügenden Energiemengen beschickt. Im allgemeinen geht der Zug der Zeit dahin, bei häuslicher Behandlung die radioaktive Energie in Form von Thorium-X einzuverleiben (Trinkkuren, subkutane und intravenöse Injektionen) und die Radiumemanation lieber an Kurorten mit stark radioaktiven Quellen einwirken zu lassen. Joachimstal bei Karlsbad, mit seinen prächtigen neuen Kuranstalten, hat heute die Führung übernommen; daneben Kreuznach, Münster a. St., Gastein. Bei chronischen Gelenkleiden verschiedenen Ursprungs, sowohl gichtischer wie rheumatischer Natur, werden treffliche Erfolge gesehen. Dagegen hat man die Hoffnung, mit Radium oder Thorium-X schwere, bisher für unheilbar gehaltene Blutkrankheiten, wie Leukämie und perniziöse Anämie, dauernd gut beeinflussen zu können, wieder fallen lassen müssen. Man sieht oft erstaunliche Besserungen, aber sie halten nicht vor.

Ueberhaupt wird es immer zweifelhafter, ob man sich bei Behandlung der perniziösen Anämie mit den die Blutneubildung anregenden Methoden — und dazu gehört auch die radioaktive Therapie — auf dem richtigen Wege befand. Denn zweifellos steht sowohl bei dieser Krankheit wie bei manchen verwandten Zuständen nicht mangelhafte Blutneubildung, sondern abnorme Blutzerstörung im Vordergrund. Es ist also viel rationeller, hier den Hebel anzusetzen. Bis vor kurzem kannte man aber keine geeignete Methode. Nun hat sich herausgestellt, daß es eine der wichtigsten Funktionen der Milz ist, die gebrauchsunfähig gewordenen roten Blutkörperchen zu zerstören und ihr Blutrot abzubauen. Unter gewissen Umständen greift diese physiologische Aktion zu einem krankhaft gesteigerten Tempo aus; meist ist die Milz dabei vergrößert; dies ist aber nicht unerläßlich. Nachdem man gerade bei perniziöser Anämie Zeichen krankhaft gesteigerter Blutzerstörung gefunden hatte, wagte man den kühnen Schritt, der unheilbaren Krankheit mit Milzexstirpation zu begegnen, und schon die ersten Erfolge, die aus meiner Wiener Klinik mitgeteilt wurden, waren derart günstig, daß die Methode bald ein Bürgerrecht erlangte. Immerhin ist die Zeit noch zu kurz, um die Heilerfolge als endgültige betrachten zu dürfen. Mit größerer Zuversicht läßt sich die Milzexstirpation als beste, vielleicht als einzig

Digitized by Google

rationelle Therapie bei den chronischen Formen der sog. hämolytischen Gelbsucht bezeichnen, die früher fälschlich als primäre Lebererkrankung gedeutet wurde. Sie beruht, wie die perniziöse Anämie, auf abnormer Blutzerstörung; die Leber erkrankt erst sekundär infolge der Ueberschwemmung mit Zerfallsprodukten des Blutes. In einem Teil der Fälle wirkt die krankmachende Ursache (meist Gifte) direkt auf das Blut, in andern durch ihre klinischen Symptome wohlcharakterisierten Fällen ist aber offenbar Hyperfunktion oder Hyperplasie des blutzerstörenden Apparates in der Milz das primäre Uebel (Hypersplenismus). Neben den schönen therapeutischen Ausblicken ist die biologisch wichtige Tatsache hervorzuheben, daß jetzt nach dezennienlangen Forschungen das Dunkel, das über die physiologischen Aufgaben der Milz gebreitet war, sich zu lichten beginnt. Während das Knochenmark den Aufbau des Blutes, insbesondere der roten Blutkörperchen besorgt, regelt die Milz deren Abbau. Damit sind aber wahrscheinlich ihre Funktionen nicht erschöpft. Nach ihrer Exstirpation treten andre Organe (Lymphdrüsen) ausgleichend ein, so daß der Wegfall der Milz keinen dauernden Schaden hinterläßt und in lebensgefährlichen Krankheiten ihre Entfernung riskiert werden darf.

Unter den die Heilkunde unmittelbar berührenden biologischen Problemen steht jetzt die Abderhaldensche Lehre von den sog. Abwehrfermenten im Vordergrund des Interesses. Kurz zusammengedrängt lautet sie: wenn körperfremde Stoffe (vor allem Eiweißkörper und deren Abkömmlinge, aber auch Stoffe aus der Fett- und Kohlenhydratreihe) in die Blutbahn gebracht werden, so bildet das Blut aus der Fülle von chemischen Substanzen, die ihm zur Verfügung stehen, Fermente, die jene Fremdstoffe aufspalten und abbauen. So ist es z. B., wenn Eierklar („artfremd") direkt in die Blutbahn gespritzt wird, anstatt in üblicher Weise den Magendarmkanal zu passieren, dort in physiologischer Weise durch die Verdauungssäfte abgebaut und bei Resorption seiner Abbauelemente in „arteignes" Eiweiß umgewandelt zu werden. Diese Fermentneubildung im Blut ist eine Schutzmaßregel, die dem Körper die Eigenart seiner chemischen Zusammensetzung sichert (daher der Ausdruck „Abwehrfermente"). Doch hierauf beschränkt sich der Prozeß nicht. Er erfolgt auch dann, wenn die in den Kreislauf gelangenden Stoffe wohl körpereigen, aber blutfremd sind, d. h. wenn Stoffe, die für gewöhnlich nicht im Körper gebildet werden und an die das Blut nicht gewöhnt ist, infolge eines veränderten physiologischen Zustandes oder krankhafter Veränderungen der Organe in die Blutbahn gelangen. Auch gegen diese art- und körpereignen, dem Blut und andren Organen aber fremde Stoffe bilden sich Abwehrfermente. Das mit ihnen beladene Blut (bzw. Blutserum) hat dann die Eigenschaft, auch im Reagenzglas die Ursprungsorgane der Fremdstoffe abzubauen (gleichsam zu verdauen), während es andern Organen gegenüber inaktiv bleibt (Spezifizität der Fermente). Z. B. das Blut einer Schwangeren verdaut Plazentar(Mutterkuchen-)gewebe, das Blut eines Karzinomkranken verdaut Krebsgewebe, das Blut eines Schwindsüchtigen mit Lungenzerfall verdaut Lungengewebe usw. Darauf hat nun Abderhalden die serologische Diagnose

Digitized by Google

der Schwangerschaft, des Krebses usw. gegründet. Die sehr subtile Technik interessiert hier nicht. Die Frage nach dem Umfang, in dem solche Abwehrfermente gebildet werden, und nach der klinisch-diagnostischen Bedeutung hat eine Hochflut von Arbeiten hervorgerufen, und bei der Schwierigkeit der Methoden ist es verständlich, daß wir von einer Klärung der Fragen noch weit entfernt sind. Das biologische Grundgesetz, eine der wichtigsten und fruchtbarsten biologischen Entdeckungen, scheint erwiesen; was der Diagnostik und Therapie daraus als bleibender Gewinn zuwächst, ist aber heute noch nicht zu ermessen.

Ein anderes vielumstrittenes Problem ist die Lehre von den Vitaminen, deren Ausbau vor allem C. Funk in London zu verdanken ist. Es darf freilich sofort bei Beginn des Berichts nicht verschwiegen werden, daß die schon recht weit ausgesponnenen Theorien Funks nicht von allen Forschern gebilligt werden und daß auch die Richtigkeit mancher den Schlüssen zugrunde liegenden Beobachtungen noch strittig ist. Doch ist schon viel Interessantes und Wichtiges festgestellt worden. Funks Lehre geht dahin, daß sich in der Nahrung besondere, bisher unbeachtete lebenswichtige Stoffe befinden. Fehlen dieselben wegen ungeeigneter Mischung in der Kost oder sind sie durch zu weit gehende Denaturalisation (z. B. übermäßiges Erhitzen usw.) zerstört, so entstehen Erkrankungen von charakteristischem Gepräge. Sie treten namentlich da auf, wo ein gewisser Zwang zur Innehaltung einseitiger Ernährung ausgeübt wird, z. B. in Feldzügen, bei Gefangenen, bei Schiffsmannschaften. Der seine Nahrung vollkommen frei wählende Mensch wird dagegen die lebenswichtigen Stoffe, wenn sie in dem einen Nahrungsmittel fehlen, gleichsam instinktmäßig durch Hinzunahme anderer Nahrung sich sichern. Jedenfalls sah man die betreffenden Krankheiten nie gehäuft auftreten, wo freie Nahrungswahl besteht. Andrerseits können sie unter Zwangsernährung oder ähnlichen Verhältnissen (vgl. unten), Volksseuchen gleich, große Massen niederwerfen. Den Krankheiten, die mit schweren Ernährungsstörungen einhergehen, ist gemeinsam, daß sie auch da auftreten, wo es an den altbekannten Hauptnahrungsstoffen: Eiweißkörpern, Fetten, Kohlenhydraten und Nährsalzen nicht fehlt, wo dieselben vielmehr in kalorisch ausreichender Menge und in erfahrungsgemäß richtiger Verteilung aufgenommen werden. Es kommt, wenn nicht etwa im Verlauf der Krankheit der Appetit leidet, daher auch nicht zur Abmagerung. Der Fehler in der Zusammensetzung der Nahrung ist qualitativer Art. Man bezeichnet die Störungen daher als „partielle Unterernährungskrankheiten".

Es handelt sich hauptsächlich um Beri-Beri und Skorbut, wozu dann noch die sog. Barlowsche Krankheit der kleinen Kinder kommt.

Beri-Beri, hauptsächlich in Japan und auf den malaiischen Inseln vorkommend, ist eine mit schweren Lähmungen einhergehende degenerative Entzündung zahlreicher Nerven (Polyneuritis). Daß die Ernährungsart für ihre Entstehung maßgebend sei, wurde schon lange vermutet, aber erst in letzter Zeit lernte man die seit etwa vier bis fünf Dezennien gehäuft auftretende Krankheit mit der Reisernährung in Zusammenhang bringen. Nun ist Reis seit alters das wichtigste

Digitized by Google

Nahrungsmittel jener Gegenden; neben ihm kommt in der Küche der ärmeren Bevölkerung kaum ein anderes in Betracht. Reis ist zweifellos ein vortreffliches und gesundes Nahrungsmittel. Woran liegt es, daß er unter Umständen zu Massenerkrankungen führt (wie z. B. im Japanisch-Russischen Krieg). Dem holländisch-indischen Arzt Eykman gelang es zuerst, nachzuweisen (1897), daß Beri-Beri nur da entsteht, wo der weiße, sog. polierte Reis als Massennahrung dient. Durch den Polierprozeß wird der Reisspelz und mit ihm das trennende sog. Silberhäutchen entfernt. Und in ihm vermuteten die holländischen Autoren eine Substanz, die die aus dem Reis entstehenden „Toxine" neutralisieren sollte. Die Toxintheorie mußte wieder fallen, dagegen suchte und fand man in diesem Silberhäutchen Stoffe, die eine wichtige und notwendige Ergänzung der im Korn selbst enthaltenen Nahrungsstoffe (Eiweißkörper, Kohlenhydrate, Nährsalze) ausmachen.

Wenn nicht alle Reisvölker an Beri-Beri erkranken, so ist in Betracht zu ziehen, daß bei der alten Zubereitungsart, die die Eingeborenen dem Reis angedeihen ließen, das Silberhäutchen erhalten bleibt und mitverzehrt wird. Erst das fabrikmäßige Schälen und Polieren des Reises entfernte auch das Häutchen. Je mehr der fabrikmäßig vorbereitete Reis zur Verwendung kam und das ursprüngliche Rohprodukt verdrängte, breitete sich die Krankheit aus.

Die anfangs wenig beachteten Entdeckungen Eykmans und seiner Mitarbeiter wurden später genauer geprüft und namentlich auch durch ausgedehnte schöne Tierexperimente kontrolliert (besonders durch C. Funk in London und durch H. Schaumann in Hamburg). Körnerfressende Tiere (vor allem dienten Tauben zum Versuch) können mit Vollreis dauernd in bestem Zustand erhalten werden; mit geschältem Reis gefüttert, verfallen sie nach einiger Zeit schweren Lähmungen, als deren Ursache sich, wie bei Beri-Beri des Menschen, Polyneuritis herausgestellt hat. Gibt man den schon schwer gelähmten Tieren dann etwas Reisschale oder auch nur die Extrakte des Silberhäutchens, so erholen sie sich von einem Tage zum andern und verhalten sich bald wieder wie gesunde Tiere. Weitere Studien zeigten, daß der Ersatzstoff nicht nur in der Reisschale vorhanden ist, sondern weit im Tier- und Pflanzenreich verbreitet ist, und es wird dadurch ohne weiteres verständlich, daß die Krankheit nicht auftritt, wo neben dem Reis andere Nahrungsstoffe aushelfen, z. B. Fleisch, Fisch, Eier oder andere Vegetabilien, die teils roh, teils gekocht verzehrt werden.

Die chemische Forschung hat sich dann der Frage zugewandt, welche besonderen Stoffe es sein möchten, die dem Körper nötig sind, dem polierten Reis aber fehlen. Funk glaubt, eine sog. Pyrimidinbase als wichtigste Substanz bezeichnen zu müssen. Die Pyrimidine sind Bestandteile der Zellkerne und scheinen zu den „Bausteinen" der Eiweißkörper zu gehören, die sich der tierische Organismus nicht oder nur schwer selbst aufbauen kann. Er muß sie aus dem Pflanzenreich direkt oder — bei Fleischfressern — indirekt beziehen. Jedenfalls sind schon zahlreiche Beweisstücke dafür beigebracht, daß alle Substanzen, mit denen man der Beri-Beri-Krankheit des Menschen und ihrem experimentellen

Digitized by Google

Ebenbilde entgegentreten kann, Pyrimidinbasen enthalten. Funk hat für die von ihm isolierte und als heilkräftig bezeichnete Substanz den Namen „Vitamin" vorgeschlagen.

Derartige Vitamine, d. h. also lebenswichtige Stoffe, die der Organismus nicht selbst bilden kann, und die ihm daher neben den Hauptnahrungsmitteln, wenn auch nur in quantitativ höchst geringer Menge, von außen zugeführt werden müssen, scheint es nun zahlreiche zu geben. Die Pyrimidinbasen sind nur eine Gruppe derselben. Jene Stoffe als lebenswichtig zu erkennen, wird nur da gelingen, wo einseitige Kost zu „Nährschäden" führt. Dies ist vor allem auch beim Skorbut der Fall, jener früher weitverbreiteten Krankheit, die immer nur da epidemieartig auftrat, wo Menschen längere Zeit auf einförmige Zwangsernährung und insbesondere auf den Genuß getrockneter oder zwecks Sterilisation erhitzter Dauerware angewiesen waren. Auf langen Seereisen der alten Segelschiffe war Skorbut noch mehr als Wind und Wetter gefürchtet. Ganze Kriegsheere sind früher durch Skorbut dezimiert worden. Er äußert sich vor allem in abnormer Durchlässigkeit der Blutgefäße, so daß in Haut, Schleimhäuten, Muskeln, Gelenken und Körperhöhlen Blutungen auftreten. Außerdem fand man Veränderungen in den Nerven, die denen bei Beri-Beri ähnlich sind; immerhin ist das Gesamtkrankheitsbild ein durchaus verschiedenes.

Die chemischen Untersuchungen sind noch nicht so weit gediehen, wie die der Reiskleie, der Hefe, der Fleischextrakte usw., die alle Schutzstoffe gegen Beri-Beri enthalten; doch vermutet Funk, einen dem Reiskleievitamin ähnlichen Körper als Schutzstoff gegen Skorbut gefunden zu haben. Er fand ihn vor allem auch im Zitronenpreßsaft, der ein altes empirisch gefundenes Heilmittel gegen Skorbut ist. Während das Reisvitamin hitzebeständig ist, scheint dies beim Antiskorbutvitamin nicht in gleicher Weise zuzutreffen; außerdem leidet der Stoff offenbar durch Trockenheit und durch langes Lagern. Epidemiologische Erfahrungen sprechen dafür. Bei den experimentellen Untersuchungen bediente man sich vor allem stärkerer und langdauernder Erhitzung (A. Horst und Fröhlich) zur Denaturalisation der Nahrungsstoffe. Eine so behandelte Nahrung, ziemlich gleichgültig welcher Art, erzeugte bei Tieren typischen Skorbut, der rasch geheilt werden konnte, wenn man die gleiche Nahrung ohne vorherige Ueberhitzung darreichte.

Gleichfalls der Hitze fallen wichtige Stoffe zum Opfer, die in der Milch enthalten sind. Die Erfahrungen darüber stammen aus der künstlichen Säuglingsernährung. Die sichere Sterilisation der Milch, die der vor zirka dreißig Jahren eingeführte Soxlethapparat ermöglichte, beugte zwar den infektiösen Durchfällen der kleinen Kinder vor, aber es stellten sich oft allerlei Ernährungsstörungen ein, die man ganz allgemein mit dem Namen „Nährschäden der Säuglinge" bezeichnet. Unter ihnen war vor allem die von Sir Thomas Barlow genauer beschriebene Krankheit charakteristisch und gefährlich: Wachstumsstillstand der Knochen, Atrophie der schon gebildeten Knochen, Blutungen an der Knochenhaut und an anderen Stellen (skorbutähnlich). Man erkannte, daß die Barlowsche

Digitized by Google

Krankheit auf allzu starke Sterilisation, bzw. Denaturalisation der Milch zurückgeführt werden müsse und daß sie um so leichter auftrete, je mehr fabrikmäßig hergestellte Nährpräparate als Milchersatz herangezogen wurden (Neumann). Rohe Milch, Zitronen- und andere Fruchtsäfte, durchgeseihte rohe Bananen erwiesen sich als Heilmittel. Nach unserer heutigen Auffassung fehlt also der zwecks Sterilisation allzu stark und allzu lange erhitzten Milch ein lebenswichtiger Stoff, ein „Vitamin", dessen chemische Natur freilich noch nicht erkannt ist.

Diese höchst wichtigen Untersuchungen aus der Ernährungslehre können, wie eingangs bemerkt, noch keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden. Für die große Tragweite der grundlegenden Tatsachen sprechen aber epidemiologische Massenerfahrungen, an denen auch die nicht vorbeisehen dürfen, denen die bisherigen Laboratoriumsversuche nicht allen Anforderungen der exakten chemischen Forschung und der Experimentalkritik standzuhalten scheinen.

Politische Stimmungen in Italien und die italienische Presse

Aus meinen Erinnerungen

Von

F. v. Wantoch-Rekowski

Aller Dreibundfreundschaft ungeachtet, ist der Zwiespalt, den diese Bündnispolitik in der italienischen Volksseele entstehen ließ, bis zum heutigen Tage nicht gewichen. Nach wie vor, macht ein Teil der öffentlichen Meinung und der Presse aus ihrer Hinneigung zur „stammverwandten" und republikanischen, freigeistigen, französischen Schwesternation kein Hehl. Fast in allen Blättern fanden und finden sich stets ausgiebige Nachrichten und Korrespondenzen aus Frankreich vor, und selbst über ganz unbedeutende Vorgänge in der Seinestadt mußte berichtet werden. Unbequeme Dinge wurden gern übergangen. Aber, sei dem wie ihm wolle, sicher ist, daß freundliche Zeitungsberichte über den deutschen Bundesgenossen, über deutsche Verhältnisse oder beachtenswerte Vorgänge im Deutschen Reiche zu den Seltenheiten gehörten und daß kaum jemals ein Tag verging, an dem nicht feindselige Auslassungen gegen Oesterreich-Ungarn durch den italienischen Blätterwald liefen. Wie weit dabei, selbst bei sonst wohlunterrichteten Leuten, seltsame Vorurteile und schiefe Anschauungen in bezug auf offenkundige geschichtliche Tatsachen gingen, bewies unter anderm der öfter gehörte Vorwurf, daß die deutsche Politik an dem im Jahre 1881 erlittenen Verlust von Tunis mit die Schuld trage. Wir hätten Frankreich zur Besitzergreifung der nordafrikanischen, Sizilien gegenüberliegenden Regentschaft er-

Digitized by Google

mutigt, um es mit Italien, welches an Tunis in erster Linie interessiert gewesen sei, zu entzweien. Während offenkundig war, daß Frankreich — nach erfolgter englischer Zustimmung — den Vorstoß gegen Tunis im Frühjahr 1881 lediglich unternommen hatte, um den geplanten italienischen Unternehmungen zuvorzukommen. Welchen Grund hätten wir wohl gehabt, Frankreich in den Arm zu fallen, da doch Italien selbst keinen Einspruch dagegen erhob! Sollten wir italienischer sein als die Italiener selbst? Dem Bündnis der Zentralmächte schloß Italien sich bekanntlich erst im Jahre 1882 an, und zwar infolge der mit Frankreich in Tunis gemachten üblen Erfahrungen![1])

Alsdann wurde immer wieder die Klage laut, daß Italien auf dem Berliner Kongresse im Jahre 1878 — nach dem Russisch-Türkischen Kriege — leer ausgegangen sei und daß Fürst Bismarck dies verschuldet habe. Dagegen hat Crispi, wie folgt, das Gegenteil dargetan:

„Vom Berliner Kongresse kam jedermann mit etwas in der Tasche zurück: Oesterreich-Ungarn mit der Genehmigung, zwei slawische Provinzen der Türkei zu besetzen; England mit Cypern, Frankreich mit der Aussicht auf endgültige Einverleibung von Tunis."

Auf seiner Reise im Jahre vorher (1877) nach Paris, London, Berlin, Gastein und Wien habe er, Crispi, durch seine Unterhaltungen mit Lord Derby und dem Fürsten Bismarck[2]) sich überzeugen können, daß Europa Italien bei den Gebietsveränderungen, welche die Folge des Russisch-Türkischen Krieges sein sollten, ein Recht auf Entschädigung zuerkannte, und diese Entschädigung habe Europa sogar selbst angeboten.

„Leider," so fügte Crispi hinzu, „haben unsre Nachfolger im Amte solche Geneigtheit nicht auszunutzen verstanden — sie haben alles verdorben ... Italien hat durch ihre Schuld eine einzig dastehende Gelegenheit verloren ..."

Als dann Frankreich sich in Tunis, wo Italien damals allerdings bereits gewichtige und überwiegende Interessen geltend zu machen hatte und auch zahlreiche Ansiedelungen besaß, endgültig festsetzte, richtete sich der Sturm des Unwillens tatsächlich viel weniger gegen die geliebte, wenngleich Italien gegenüber sehr rücksichtslos vorgegangene lateinische Schwesternation, sondern gegen den Berliner Kongreß und gegen den Fürsten Bismarck! Dieser Verzerrung der Wahrheit habe ich in italienischen Bekanntenkreisen immer wieder entgegentreten müssen.

Was übrigens die lateinische Schwesternation anlangt, wo sind dort die zur Römerzeit eingewanderten Lateiner geblieben, wo die wohl noch viel zahlreicher gewesenen germanischen Franken der Völkerwanderung? Aufgesaugt sind sie worden von der eingesessenen keltischen Urbevölkerung und enthauptet zur

---

[1]) Vgl. A. Billot, La France et l'Italie, 1881—1899, Bd. 1, Kap. 1.

[2]) Crispi bei Bismarck. Aus dem Reisetagebuch eines Vertrauten des italienischen Ministers. Deutsche Verlags-Anstalt 1894.

Digitized by Google

Zeit der Französischen Revolution! Die heutigen Franzosen sind ein „Keltenvolk", nicht aber Romanen oder Germanen! „Gallia capta ferum victorem cepit." Kelten sind sie, wie diese im Altertume von Julius Cäsar mit ihren Charaktereigenschaften geschildert wurden. — Als Bismarck im Jahre 1867 preußischer Gesandter in Paris war, lernte er einen französischen Marschall (Vaillant oder Randon) kennen, der im Laufe des Gespräches bemerkte: „Wir werden eines Tages die Bajonette kreuzen!" — „Gut," antwortete Bismarck, „wenn Sie darauf bestehen, aber warum, wenn ich fragen darf?" — „Weil wir Hähne (Galli) sind, und weil ein Hahn es nicht gerne hat, wenn ein andrer Hahn lauter kräht als er selbst. Bei Sadowa habt ihr Preußen zu laut gekräht!"

Aber ganz abgesehen von solchen Beispielen italienischer Stimmung lief damals auch sonst noch, wie ein roter Faden, ein fortdauernd wenig freundlicher Ton gegen uns durch die italienische Presse. Immer wieder wurden unsre Verfassung und unser politisches Leben als rückständig hingestellt. Der deutsche Staatsbürger entbehre der wirklichen, menschenwürdigen Freiheit und stünde unter der Herrschaft eines autokratischen, feudalen und militärischen Regiments, mit einem Wort, wir lebten in einem Polizeistaat!

Und das alles nur, weil wir im Deutschen Reiche zwar eine freiheitliche Volksvertretung wünschen, wie wir sie bereits haben, nicht aber eine unbegrenzte Parlamentsherrschaft, die Herrschaft der jeweils stärksten politischen Partei auf Kosten der andern, die Herrschaft einer Mehrheit von heute, die nicht mehr diejenige von morgen ist, eine Art beständiger Anarchie, wie sie nur gar zu oft in romanischen Ländern mit republikanischer Verfassung oder mit unbeschränkter Parlamentsherrschaft bei monarchischer Regierungsform, nicht gerade zu ihrem Besten, maßgebend ist.

Dergleichen Vorurteile hinsichtlich der bei uns herrschenden Zustände, die zwar der bürgerlichen Freiheit keinerlei Fesseln anlegen, aber Zügellosigkeit nicht dulden, waren um so schwerer auszurotten, als die überwältigende Masse der Italiener, von wenigen Gebildeten abgesehen, von den Verhältnissen bei uns nur unklare, verworrene Vorstellungen hatte und leider weder durch eine bezügliche Literatur, noch durch die Presse, noch durch eigne Anschauung jemals eines Besseren belehrt wurde. Anscheinend unterhielten damals nur sehr wenige italienische Zeitungen ständige eigne, entsprechend unabhängig gestellte Vertreter in den deutschen politischen Zentren, welche, abgesehen von der zu einer gedeihlichen Tätigkeit erforderlichen vorurteilslosen und wohlwollenden Gesinnung, in der Lage gewesen wären, sich in unsre Verhältnisse einzuleben, sich in sie zu vertiefen, sie mit der nötigen Objektivität zu beurteilen und ihre Landsleute daheim über unsre deutsche Heimat aufzuklären und im laufenden zu halten. — Ob diese Herren wohl jemals über Berlin und dort über den Verkehr mit gewissen einseitigen, parteiisch urteilenden oder grundsätzlich regierungsfeindlichen Kreisen hinausgelangt waren? Ob sie wohl die deutsche Sprache beherrschten?!

Digitized by Google

Von einem verständnisvollen, auf gründlicher Kenntnis unseres, dem italienischen so ähnlichen geschichtlichen Werdeganges beruhenden, wohlwollenden und billigen Eingehen auf unsre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Tagesfragen war unter solchen Umständen nur selten die Rede. Und doch hätte so viel Lehrreiches zur Berichtigung der öffentlichen Meinung in Italien gesagt werden können, sei es über unsre mustergültige, fortschrittliche, noch von keinem andern Lande in gleicher Vollkommenheit erreichte soziale Gesetzgebung, sei es über unsre im Auslande allenthalben als vorbildlich anerkannten und nachgeahmten mustergültigen Unterrichtsanstalten und Verkehrseinrichtungen, über unsre Leistungen auf künstlerischem, literarischem, gewerblichem oder kommerziellem Gebiet oder über das sympathische Interesse, welches in jedem deutschen Herzen für das verbündete Italien lebt.

Auch über unsre herrlichen Landschaftsbilder, von denen diese Zeitungsberichterstatter wohl nie etwas gesehen hatten, wußte man nichts zu melden. Nur einmal fiel mir ein Bericht über unsern Spreewald im Hochsommer in die Hände, in welchem vorwiegend von der großen Hitze und den vielen Mücken die Rede war! Und doch sagte mir gelegentlich ein italienischer Arzt, der einen deutschen Patienten über den Gotthard und den Bodensee durch Württemberg und Bayern bis nach Oberfranken geleitet hatte: „Wahrlich, Ihr Deutschland ist ein herrliches Land, niemals hätte ich geglaubt, daß es so köstliche Landschaften enthält, so fruchtbar, wohlhabend und trefflich angebaut sei. Welche prachtvollen Eisenbahnen, welche Ordnung und Pünktlichkeit, welche herrlichen Städte! Ich begreife wirklich nicht, warum jedes Jahr so viele Landsleute von Ihnen nach Italien kommen und von unserm Lande so grenzenlos begeistert sind!“

Wie oft habe ich mir die Frage vorgelegt, ob diese sonst sicher vortrefflichen Herren jemals versucht haben, einen tieferen Blick in die deutsche Volksseele zu tun; ob sie die einzelnen Gaue unsrer herrlichen Heimat jemals mit offenen Augen und freundlich gestimmten Herzen in der schönen Frühlings- oder Herbstzeit durchstreift haben, wie es der alte schöngeistige Kaiser Hadrian, der Philosoph, Künstler, Staatsmann, Feldherr — der Reisekaiser des römischen Altertums — in den Jahren 120 bis 121 n. Chr. so eingehend getan hatte. Von Gelehrten, Künstlern und Baumeistern gefolgt, zog er wohl über die schon damals berühmte Hafenstadt Massilia, durch das blühende südliche Gallien, über dessen Hauptstadt Lugdunum (Lyon) nach Germanien, zunächst nach den Rheinlanden, nach Colonia Agrippina (Köln), Moguntiacum (Mainz), Borbetomagus (Worms), Argentoratum (Straßburg) und Rauracum (Basel) nach dem Odenwalde, wo schon Trajan große Straßen gebaut und Kastelle, wie die Saalburg, angelegt hatte. Das heutige herrliche Baden-Baden, die Perle des Schwarzwaldes, war damals schon eine römische Kolonie. Aus jener Zeit existieren römische Kaisermünzen, auf denen die wehrhafte „Germania“ als eine Frau mit Speer und Schild dargestellt ist! An dem von Domitian und Trajan begonnenen „Limes“, jenem gewaltigen, 60 Meilen langen Grenzwall von Kehlheim

Digitized by Google

an der Donau bis an die Mündung der Lahn in den Rhein, muß auch Hadrian noch gebaut haben. Und wie interessant und eingehend hat damals der alte, würdige Tacitus das alte Germanien, seine Bewohner und deren Eigenart und Sitten geschildert!

Ob wohl zeitgenössische italienische Schriftsteller, Dichter, Gelehrte und Künstler jemals unsere Rheinlande, den Schwarzwald, das Bayerische Gebirge mit seinen herrlichen Seen, Thüringen, den Harz, das liebliche Schlesierland und die prächtigen Seengebiete Pommerns und Preußens kennen gelernt haben, ob es ihnen jemals der Mühe wert geschienen hat, unsre schönen, wohlhabenden Bauerndörfer, unsre gewaltigen Industriegebiete oder unsre großen Handelshäfen Hamburg und Bremen, die bedeutendsten Europas, neben London und Antwerpen, zu besuchen, um unser Volk bei seiner Arbeit kennen zu lernen, ob sie auch nur unsre Hauptstädte kennen; ob sie jemals sich die Mühe gegeben haben, persönliche, freundschaftliche Beziehungen außerhalb ihres engen Berufes anzuknüpfen, sei es mit unsern gastfreien Großgrundbesitzern oder unsern Industriekönigen, sei es mit unsern großen Gelehrten, Künstlern und Technikern, mit den außerhalb der parlamentarischen Kämpfe und Klopffechtereien stehenden und doch im besten Sinne des Wortes unser Volk darstellenden Elementen.

Und weiter: Wir Nordländer und, ich darf wohl sagen, vorzugsweise wir Deutsche, fühlen uns von innerem Wissensdurst angetrieben, an der Hand unsrer großen Schriftsteller und Forscher das Studium des Auslandes mit eingehender und wohlwollender Teilnahme zu betreiben. Dies trifft besonders in bezug auf Italien zu, über welches bei uns eine ungeheure, wertvolle, für das schöne Land durchaus schmeichelhafte Literatur existiert. Nennen wir nur die Namen Goethe, Seume, Platen, Nicolai, Gregorovius, Ranke, Viktor Hehn, Fanny Lewald, Adolf Stahr, Allmers, Ad. Holm u. a. Nicht nur mit lebhaftem Interesse und rückhaltloser, oft überschwenglicher Anerkennung suchen wir uns in das Gute und Schöne in der Fremde und in der fremden Volksseele zu versenken. Obschon wir darüber unsre eigne herrliche Heimat niemals hintenan stellen oder gar vergessen und unser eignes Volkstum mit unerschütterlicher treuer Liebe umfangen, sehen und beurteilen wir das Fremde doch ohne Vorurteil und ohne Voreingenommenheit, ein jeder in seiner Weise und vornehmlich mit Wohlwollen. Hierzu mag uns ein gewisser Hang zur Kosmopolität besonders befähigen. Sicherlich wird uns diese von keiner Seite gedankt. Auch auf italienischer Seite fehlt es bislang an entsprechender Gegenliebe und an Verständnis für unsre Art. Meines Wissens weist die neuere italienische Literatur überhaupt nur einen schöngeistigen Reiseschriftsteller auf, der sich die Mühe gibt, in das Wesen und die Art andrer Kulturvölker liebevoll und mit warmem Interesse einzudringen, nämlich Edmondo de Amicis, in seinen Werken über Spanien, Marokko, Konstantinopel und die Niederlande (Olanda), die sämtlich Meisterwerke feinsinniger Beobachtung darstellen. Ganz besonders gelungen, obschon dem Verständnis des Südländers am schwierigsten liegend, sind die Schilderungen Hollands und der Holländer. Sehr fesselnd ist es zu lesen, wie

Digitized by Google

der heißblütige, leidenschaftliche, expansive, an die lichtvolle Mittelmeernatur und sein lebhaftes Volkstum gewöhnte Südländer den schwerblütigen, kühlen Niederländer und seine so ganz anders geartete, wennschon der Poesie keineswegs entbehrende Natur zu würdigen und zu schildern sucht und ihr gerecht wird!

Zur Beleuchtung vorstehender Darlegungen noch die folgenden Zeilen:

In seinem Roman „Feuer", der sich viel mit Richard Wagner und dessen Aufenthalt und Tod in Venedig beschäftigt, und in welchem der Verfasser, der bekannte italienische Schriftsteller Gabriele d'Annunzio, als Stelio Effrena, sich selbst schildert, sucht er dem großen deutschen Tondichter mit anerkennenswerter Anstrengung wie folgt, gerecht zu werden:

„Richard Wagners Werk ist auf germanischem Geist begründet und von speziell nordischer Beschaffenheit. Seine Reform auf musikalischem Gebiet gleicht in gewissem Sinne der von Luther angestrebten. Sein Drama ist nichts als die feinste Blüte eines Volksstammes, als die wundervoll ergreifende Zusammenfassung all der Sehnsuchten, die die Gemüter der nationalen Musiker und Dichter quälten, von Bach zu Beethoven, von Wieland zu Goethe! ... Treu den Instinkten seiner Rasse hat Wagner das Sehnen der germanischen Völker nach der heroischen Größe des Deutschen Reiches vorgefühlt und hat ihm seine Kraft geliehen. Er hat die prachtvolle Gestalt Heinrichs des Voglers heraufbeschworen, wie er sich unter der tausendjährigen Eiche erhebt: „Was deutsches Land heißt, stelle Kampfscharen, dann schmäht wohl niemand mehr das Deutsche Reich!" Bei Sadowa, bei Sedan haben diese Kampfscharen gesiegt!" ...

Diese Worte der Anerkennung klingen aufrichtig, gerecht, billig, sympathisch und wohlwollend im Munde des Romanen. Wäre er dabei stehengeblieben! Aber nein, nun folgt die Kehrseite, und die romanische Einseitigkeit, Befangenheit und Abneigung gegen alles Fremdländische, mag es noch so hoch stehen und selbst auf dem Gebiete der Kunst beruhen, die doch in erster Linie Gemeingut der gesamten Menschheit sein sollte!

Er fährt also fort:

„Stellen Sie sich nun aber Wagners Werke an den Gestaden des Mittelmeeres vor, unter Oliven und Lorbeeren, unter dem lateinischen Himmel, unter den Harmonien und dem ungeheuren idealen Gebäude unseres auserwählten (!) Volkes, so würden sie verblassen!

Ich bin stolz darauf ein Lateiner zu sein und erkenne in jedem Menschen von fremdem Blute einen Barbaren!" Weiter:

„Stelio d'Effrena, alias Gabriele d'Annunzio": „Ich fühle mich erdrückt von dem Gewichte des gigantischen Werkes jenes barbarischen Tondichters. — Eine Art „instinktiven Grolles, dumpfer Feindseligkeit, die mit dem Intellekt nichts zu tun hat", regt sich in mir gegenüber dem zähen Germanen, dem es gelungen ist, mit seinen Werken die Welt zu begeistern, obschon sein Festspielhaus nur aus Holz und Backsteinen erbaut ist und nur in Bayreuth steht und nicht aus Marmor aufgeführt ist und nicht auf dem Kapitol emporragt!"

Digitized by Google

Diese Auslassungen des lateinischen Dichters, die, mehr oder minder unbewußt, wohl in den meisten lateinischen Herzen ein Echo finden mögen, scheinen mir so bemerkenswert, daß ich sie wiedergegeben habe. Sie bilden einen Beleg für meine Behauptung, daß es dem Romanen ungeheuer schwer fällt, ja fast unmöglich ist, fremde Nationen unbefangen zu bewerten und freimütig zu würdigen und zwar, nur, weil sie „anders" geartet sind als der Lateiner und nur, wie Gabriele d'Annunzio seinen Stelio sagen läßt, aus „instinktivem Groll dumpfer Feindseligkeiten, die mit dem Intellekt nichts zu tun hat."

Diese blinde Einseitigkeit der Romanen bildet eine große Schwäche, aber auch eine große Stärke. In der dumpfen Abneigung gegen das Fremde, finden sie im gegebenen Falle den tödlichen Haß, der sie zu großen Taten und Opfern befähigt. Sie neigen in keiner Weise zur Verbrüderung, zu allgemeiner Menschenliebe, zu internationaler Friedensduselei. Darüber dürfen wir uns niemals täuschen lassen.

Freilich vergißt dieser treffliche Lateiner ganz und gar, welche erhebliche Menge germanischen, d. h. gotischen, longobardischen und normannischen Blutes, wieviel griechisches und semitisches Blut in ihren Adern rinnt. Völlig vergißt er auch, daß die Vermischung gerade mit dem jungen, gesunden und kräftigen germanischen Blut während der jahrhundertelangen Goten- und Longobardenherrschaft in Ober- und Unteritalien, dem altersschwachen Romanentum wieder aufgeholfen und ihm zu neuer Blüte mit verholfen hat. Erinnert nicht der Name der herrlich blühenden Lombardei an die Longobarden? Weisen dort nicht die standesamtlichen Register bis in die kleinen Dörfer hinein noch heute eine Menge altdeutscher Vornamen auf? War nicht, wie schon früher gesagt, der blonde, blauäugige, phantastische italienische Nationalheld Garibaldi (von Ger und bald) unzweifelhaft germanischer Abkunft und ebenso der größte italienische Dichter Dante Alighieri (Adalger) der Sohn eines Longobarden und einer Gotin?[1]) Nach alledem hätte Herr „Gabriele d'Annunzio" eigentlich keine Veranlassung, sich der deutschen Seele gegenüber so ablehnend zu verhalten!

Ein erfreuliches Bindeglied zwischen beiden Völkern bildet die deutsche Wissenschaft und Technik. Auf diesem Gebiete besteht eine ziemlich enge und fortlaufende Fühlung, besonders auf den Gebieten der Technik, der Chemie und Medizin, doch auch auf dem der schönen Künste, der Musik und der Literatur, wenngleich nur in den kleinen gebildeten Fachkreisen.

Wie hoch die deutsche Wissenschaft in Italien geschätzt wird, haben auch die hohen Ehrungen bewiesen, die unsern großen Gelehrten, wie Gregorovius, Mommsen, Virchow u. a. in Italien erwiesen worden sind, wie auch die Zahl italienischer Studenten, die unsre Universitäten und technischen Hochschulen besuchen.

Bei alledem wiesen damals schon und weisen heute noch ganz gewichtige und in den schließlich maßgebenden Kreisen Italiens auch erkannte und gewürdigte

[1]) H. St. Chamberlain, Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts.

Digitized by Google

politische und wirtschaftliche Interessen das junge Königreich nachdrücklich und handgreiflich und immer wieder von neuem und in immer höherem Maße auf ein enges, zuverlässiges und auch innerlich gefestigtes Bundesverhältnis mit dem Deutschen Reiche und auch mit Oesterreich-Ungarn hin. Daneben nötigen auch unsre unbestreitbaren Leistungen auf allen wissenschaftlichen und technischen, die Verschiedenheit der beiderseitigen Volksseelen nicht berührenden Gebieten unsre italienischen Freunde, selbst die noch immer widerstrebenden, soweit Achtung ab, daß wir Deutsche in Italien von jeher eine sehr gute und geachtete Stellung einnahmen. Indessen, wie oben ausgeführt, so gut unsre Beziehungen auch zur italienischen Regierung zu den führenden politischen Kreisen, zur italienischen Wissenschaft und zur italienischen Wehrmacht waren und noch sind, so sehr fehlte uns Deutschen damals und fehlt uns auch jetzt noch eine, im besten Sinne des Wortes, zuverlässige und aufrichtig wohlwollende Presse!

Ganz unerfreulich waren und sind daneben noch immer die Gesinnungen der Italiener dem andern Bundesmitgliede Oesterreich-Ungarn gegenüber. Träger dieser Gesinnungen, die auf eine Verewigung der alten überkommenen Gehässigkeit gegen den östlichen Nachbar ausgehen, ist die bekannte „Italia irredenta". Sie ließ die Erinnerungen an die alten, längst erledigten und auch gerächten Händel nicht aussterben, bezeichnete Oesterreich-Ungarn stets als den unter allen Umständen zu bekämpfenden und womöglich zu vernichtenden, angeblich auch noch immer bedrohlichen Erbfeind und fuhr fort, Südtirol und Triest als italienisches Eigentum zurückzufordern, obgleich, und dies ist sehr kennzeichnend, eine gleichlautende Forderung weder jemals an die Schweiz wegen des italienisch redenden Kantons Tessin mit den Hauptstädten Bellinzona und Lugano gerichtet, noch jemals Frankreich gegenüber laut wurde, welches sich die alte Stammprovinz der italienischen Herrscherfamilie, Savoyen, und die ehemals italienische Provinz Nizza, das Geburtsland der Nationalhelden Garibaldi, mit mehr oder minder gelindem Druck, angeeignet hatte. Ebensowenig ward die vorwiegend von italienischen Stammesgenossen bewohnte, unter englischer Herrschaft stehende Insel Malta von der „Italia irredenta" zurückgefordert. Vielmehr richtet die gehässige Agitation dieser Politiker sich stets nur gegen Oesterreich-Ungarn und führt noch heute zu unausgesetzten politischen Reibereien, Verstimmungen und Aergerlichkeiten, welche das gute Einvernehmen der Bundesgenossen immer wieder beeinträchtigen und die einsichtige Politik der italienischen Regierung stören und erschweren.

Was nun Triest und Tirol anlangt, so führt P. D. Fischer in seinem trefflichen Werke „Italien und die Italiener" (Berlin, Julius Springer 1899) sehr zutreffend aus: „Daß Südtirol, mit Ausnahme weniger Jahre, während derer es dem, von Napoleon I. errichteten und von ihm beherrschten Königreich Italien einverleibt gewesen war, sonst niemals in irgendwelchem politischen Verbande zu Italien gestanden hat. Die Fürstbischöfe von Brixen und Bozen sind bis zum Eindringen der Franzosen „deutsche Reichsstände" gewesen. Die Grenze, die in Südtirol zwischen Oesterreich und Italien besteht, ist dieselbe, welche seit Jahrhunderten das Gebiet der Republik Venedig vom „Deutschen Reiche" getrennt

Digitized by Google

hat. Uebrigens fällt jener uralte, politische Grenzzug auch mit der natürlichen Grenze zusammen. Denn diese folgt nicht dem Hauptkamme der Alpen, der durch die tiefen, von Norden her bequem zugänglichen Einschartungen des Rechenscheidecks und des Brenners unterbrochen ist, sondern sie wird durch die hohen, gegen die Täler der Lombardei und Venetiens scharf abfallenden Bergzüge gebildet, welche das obere und mittlere Etschtal umgeben und sich gegen Süden keilförmig zu dem alten Tore von Italien, dem Engpaß der Veroneser Klause zuspitzen. Innerhalb dieses Dreiecks, das immer zu Deutschland gehört hat, das den Schauplatz uralter deutscher Volkssagen bildet und das im Mittelalter eine Heimat des besten deutschen Minnegesanges gewesen ist, befindet sich seit dem sechzehnten Jahrhundert das italienische Idiom zwar im Vordringen, allein es hat selbst im Süden, dem Trientinischen, keineswegs die Alleinherrschaft erlangt und der übrige Teil, bis über Bozen hinaus, ist ganz deutsch. Von einem „Rechtstitel", auf Grund dessen Oesterreich zur Abtretung von Südtirol an Italien angehalten werden könnte, liegt also nicht eine Spur vor!"

„In Istrien und an der Küste von Dalmatien haben die Venezianer Besitzungen gehabt, jedoch kraft Eroberungsrechtes auf nicht italienischem Boden und unter einer fremdsprachigen Bevölkerung. Der Landstrich aber, auf welchem Triest steht, hat überhaupt nicht unter venezianischer Herrschaft gestanden und ist durchweg von Slawen bewohnt; die Stadt Triest selbst, die seit mehr als einem halben Jahrtausend zum Hausgut der Habsburger gehört, ist als Hafen und Handelsplatz durchaus eine Schöpfung österreichischer Unternehmungskraft und österreichischen Kapitals. Die Auslieferung dieses für das weite Binnenland des Kaiserstaates geradezu unentbehrlichen Seehafens deshalb zu begehren, weil zwei Drittel seiner Bewohner italienisch reden, ist eine starke Zumutung an die österreichische Gemütlichkeit."

*

Nur mit Hilfe eines furchtbaren — wider aller Wahrscheinlichkeit — glücklich ausgehenden Krieges auf Leben und Tod könnten diese utopischen Ziele der hinter der „Italia irredenta" stehenden politischen Elemente erreicht werden. Das sagen sich auch die verantwortlichen italienischen Staatsmänner, deren Tätigkeit zugunsten guter Beziehungen Oesterreich-Ungarn gegenüber durch jene sinnlosen und gefährlichen Treibereien nur gelähmt und durchkreuzt werden!...

Wenn man nun aber die politische Spekulation, welche das Endziel jener feindseligen Treibereien gegen Oesterreich-Ungarn darstellt, nämlich die Zerstörung und den Zerfall der habsburgischen Monarchie ins Auge faßt, so habe ich immer und immer wieder meine italienischen Freunde gefragt, welchen Vorteil und Gewinn sie sich von einer solchen Katastrophe versprechen. Die kurzsichtige, gleichmäßige Antwort lautete immer: „Trieste ed il Trentino!" Darauf meine Gegenfrage, ob ihnen der mögliche Gewinn das ungeheure Risiko sowie die dann sicher eintretende Nötigung Italiens, an seiner Nordostgrenze den Kampf gegen

Digitized by Google

den vordringenden, präpotenten Panslawismus auf Tod und Leben allein auf sich zu nehmen und durchzufechten, lohnend erscheinen könne?

Niemals, so fuhr ich fort, würden die Slawen das von ihnen bewohnte Istrien mit dem großen Handelshafen Triest auf die Dauer gutwillig an Italien überlassen, und von Triest ab würde Italien, nach Norden und Osten und auch längs der gesamten dalmatinischen Küste bis nach Valona hin, einer kompakten, angriffslustigen, wahrscheinlich unter russischer Hegemonie und unter dem Antriebe des Zarenreiches stehenden slawischen Masse gegenüberstehen, statt, wie jetzt, das inoffensive, stets mit tausend inneren Schwierigkeiten kämpfende Bollwerk Oesterreich-Ungarns als Bundesgenossen zur Seite zu haben!

„Wenn die habsburgische Monarchie nicht bestünde, müßten Sie, als guter italienischer Patriot, sie erfinden," so schloß ich gern meine Ausführungen und fand zu meiner Freude gelegentlich das erhoffte Verständnis.

So findet sich u. a. auch in der „Nuova Antologia", Jahrgang 1912, von der Feder des Senators Herzog d'Andria, Riccardo Carafa, ein Artikel, der mit der Ueberschrift „L'On^le Tittoni e la Politica orientale d'Italia" mit folgenden hellsehenden Sätzen schließt:

„Daß Oesterreich-Ungarn sich anschickt, eine Mittelmeermacht zu werden, sollte in Italien nicht so viel Verstimmung erregen, denn Italien bedarf zur Herstellung des maritimen Gleichgewichtes im Mittelmeer noch einer andern Seemacht. England, welches keine Mittelmeermacht war, und Frankreich, dessen Küstenentwicklung im Mittelmeer so viel geringer war als diejenige der drei großen Halbinseln Griechenland, Italien und Spanien, haben es verstanden, sich im mythischen „Mare nostrum" zwei ungeheure Reiche zu schaffen. Italien muß wünschen, mit diesen beiden Mächten in Frieden zu leben, und die Kulturmission, die sie auf dem afrikanischen Kontinent übernommen haben, würdigen. Aber um den Frieden mit ihnen in würdiger Weise und in Sicherheit aufrechtzuerhalten, ist es unbedingt erforderlich, einen mächtigen politischen Organismus zu schaffen, um jeder drückenden Uebermacht und jeder Neigung zu präpotenter Hegemonie vorzubeugen. Eine klare und ehrliche Verständigung mit Oesterreich-Ungarn in bezug auf den europäischen Orient, unter Anerkennung des dortigen selbständigen Slawentums, aber ohne maßlose Bestrebungen zu fördern oder anzuspornen, dürfte keine Unmöglichkeit darstellen. Oesterreich-Ungarn würden daraus große Vorteile erwachsen, und Italien würde, indem es aufrichtige und tatkräftige Unterstützung dazu leiht, eines Tages auf diejenige Entschädigung Anspruch haben, die geeignet sein würde, gewisse Empfindlichkeiten, Mißtrauen und die fortdauernde Gefahr bewaffneter Konflikte zwischen beiden Mächten auf immer zu beseitigen.

In den Kreis solcher Abmachungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien müßte auch Griechenland einbezogen werden, dessen legitime Bestrebungen, unter Beschützung seines festländischen und insularen Besitzes, anzuerkennen und zu befriedigen sein würden. So bildet der Zykladenarchipel eine höchst wichtige Operationsbasis. Wer die dortigen Zufluchtshäfen und die Herrschaft über die

Digitized by Google

Meerengen und Leuchtfeuer besitzt und daneben über eine Flotte verfügt, stellt eine erstklassige Kriegsmacht dar.

An dem Tage, an welchem diese Kombination in dem Bewußtsein der italienischen Staatsmänner und der italienischen Nation festen Fuß faßte, würde im Mittelmeere das Gleichgewicht und mit ihm der Friede wirklich gesichert sein, worüber auch England und Frankreich nicht Klage führen könnten.

Eine solche Politik dürfte bei den zurzeit noch herrschenden volkstümlichen politischen Strömungen in Italien vorerst nicht günstig aufgenommen werden; aber erinnern wir uns, daß die auswärtige Politik nicht von der Volksgunst abhängig gemacht werden darf, die selbst offenbare politische Notwendigkeiten immer erst spät zu erkennen pflegt!"

*

Noch eindringlicher äußert sich ein zweiter italienischer Patriot, der Herzog von Caforia, Luigi Pignatelli, im „Giornale d'Italia" über dieselben Probleme:

„Welcher Vorteil könnte Italien aus der von der Tripelentente empfohlenen Teilnahme an einem Kreuzzuge gegen die Zentralmächte Deutschland und Oesterreich-Ungarn erwachsen?

Frankreich, England und Rußland versprechen uns sehr freigebig Triest, Trient und Valona! Prüfen wir den Wert dieses Geschenkes.

Trient — das ist wohlbekannt — besitzt nur geringen Wert. Triest besitzt allerdings großen Wert, aber nur, solange es Oesterreich-Ungarn gehört; in unserm Besitz dagegen würde es auf ein niedrigeres Niveau herabsinken als der Hafen von Venedig. Valona endlich besitzt für Italien nur einen negativen Wert. Das heißt, es ist für uns lediglich von Wichtigkeit, daß weder Oesterreich-Ungarn noch eine andre Seemacht sich dort festsetzt. Im Besitze Italiens würde es sicherlich ein ausgezeichneter Flottenstützpunkt, aber auch eine Quelle schwerer Sorgen und großer Kosten sein.

Nicht genug damit! Es mag vielleicht nicht allzu schwer sein, Trient zu erlangen. Aber Triest zu erobern, ist kaum denkbar, ohne eine vorhergängige Auflösung der ganzen habsburgischen Monarchie. Doch selbst in diesem äußersten Falle (quod Deus advertat), welche Bedeutung würde der Erwerb von Triest bedeuten gegenüber der Einverleibung Galiziens und der Bukowina durch Rußland, Siebenbürgens durch Rumänien, Bosniens, der Herzegowina und Dalmatiens durch Serbien, gegenüber endlich der Annexion der deutschen Provinzen (und vielleicht Böhmens) durch Deutschland?

Wir würden dann an unsern Grenzen an Stelle eines verhältnismäßig schwachen, uneinigen Oesterreich-Ungarn eine kompakte Masse von 95 Millionen Deutschen und eine andre von 20 Millionen Südslawen haben, und beide würden uns aus verschiedenen Gründen feindlich gesinnt sein!

Auf der andern Seite hätten wir ein übermütiges, angriffslustiges Frankreich und ein England, das mehr als jemals Herrin der Meere sein würde und seinen

Digitized by Google

unermeßlichen Besitzungen noch die deutschen Kolonien hinzugefügt hätte, ganz abgesehen von der Anwartschaft auf die fette portugiesische Erbschaft.

Italien und Libyen würden einfach ersticken in einem Meer, das zu einem englisch-französischen See geworden wäre!"

*

In neuerer Zeit, namentlich seit der Festsetzung Italiens in Tripolis bei fortgesetzter Bedrohung durch Frankreich und seitdem das Slawentum zielbewußt und erfolgreich an die Adria herandrängt und Albanien gefährdet, legt sich auch die italienische Presse den beiden Bundesgenossen gegenüber eine größere Rücksichtnahme auf, obschon von einer ausgesprochen freundschaftlichen Stimmung Oesterreich-Ungarn gegenüber auch jetzt noch nicht die Rede sein kann. Da aber Italien, um seine Stellung im Mittelmeere zu sichern, einer zuverlässigen Anlehnung an die beiden Bundesgenossen mehr denn je nötig hat und eine solche nur durch eigne Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit gewinnen kann, darf wohl angenommen werden, daß der Dreibund nunmehr, trotz aller bisherigen Hemmungen, schließlich zu einer festen Interessengemeinschaft zusammenwachsen wird.

Im Frühjahr 1914 schrieb ein italienisches Blatt: „Vor der Besitznahme Libyens war unsre Haltung unsicher; von jetzt an wird sie gradlinig sein; Italien wird seine politische Richtung nicht mehr ändern!"

Der Schutz unsrer Bevölkerung vor gesundheitlichen Kriegsfolgen[1]

Von

Prof. Dr. v. Romberg (München)

Die Blüte unsers Volkes steht vor unsern Grenzen und kämpft auf den Meeren, das Vaterland zu schützen. Täglich und stündlich fallen die Opfer für Deutschlands Freiheit und Größe. Es sind Opfer vom besten, was wir besitzen. Und doch erscheint wohl uns allen das Schicksal des Einzelnen in dieser gewaltigen Zeit merkwürdig klein. Wir haben nur Sinn für das große Ganze. Dürfen wir in solcher Zeit um die eigne Gesundheit Sorge tragen? Müssen wir in der Heimat nicht alle Bemühungen um unser Wohlergehen gleich den Helden im Felde und auf der See hinter die einzige Aufgabe zurücktreten lassen, die jetzt der Arbeit und der Gedanken wert scheint, hinter die Tätigkeit

[1] Vortrag, gehalten im Deutschen Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien Stuttgart, Dezember 1914.

Digitized by Google

für die Zwecke des Krieges, hinter die Sorge um unsre Soldaten und um die Notleidenden in der Heimat. Aber vergessen wir nicht, daß die Größe des Ganzen auf der Tüchtigkeit des Einzelnen beruht. Nur die treue Pflichterfüllung auch im kleinsten stellt unser Volk auf die Höhe, vor der wir jetzt alle bewundernd stehen. Der Wert des Einzelnen wie der Einzelheit ist in Wirklichkeit nicht kleiner geworden, er ist eher größer und bedeutsamer. Nur unser Standpunkt hat sich geändert. In der Stille des Friedens schauten wir aus der weiten fruchtbaren Ebene der täglichen Arbeit nur in der Ferne das hohe und stolze Gebirge, das unser Leben vor dem Einbrechen rauher Stürme schützte. Wir wußten wohl, wie groß unser Vaterland sei, aber wir empfanden die Größe nicht als unmittelbaren sinnlichen Eindruck. Jetzt sind wir der gewaltigen Höhe nahegerückt. Sie überragt alles. Die Dinge in der Ebene treten zurück. Aber sie sind nicht kleiner geworden, ihre Bedeutung hat nicht abgenommen. Viele fleißige Hände, viele arbeitende Köpfe werden nach dem Kriege fehlen. Wollen wir Deutschlands Stellung in der Welt wiedergewinnen und so, wie wir hoffen und wünschen, erhöhen, muß die Leistungsfähigkeit des Einzelnen sich, wenn möglich, noch steigern. Seine Bedeutung für das Ganze wird so zunehmen. Die wichtigste Voraussetzung ist aber körperliche und geistige Gesundheit. So dürfen wir nicht nur, wir müssen fragen: Wie schützen wir unsre Bevölkerung vor gesundheitlichen Kriegsfolgen?

In erster Linie steht hier die zweckmäßige Ernährung. Ungenügend ernährte Menschen erkranken häufiger, fast alle Krankheiten verlaufen bei ihnen schwerer. Für viele Erkrankungen ist auch übermäßige Fettleibigkeit schädlich. Die besten Aussichten auf Erhaltung ihrer Gesundheit haben Menschen, deren Körpergewicht etwa ihrer Körpergröße entspricht, die also als Erwachsene so viele Kilogramm wiegen, als sie Zentimeter über 100 Zentimeter messen, bei denen die Muskeln und dementsprechend das Herz kräftig entwickelt sind. Zur Erhaltung des bestehenden richtigen Ernährungszustandes brauchen wir in erster Linie eine gewisse Menge von Eiweißsubstanzen, um die ständige Abnutzung unsers Körpers auszugleichen. Zur reichlichen Hälfte, zu etwa 53 Prozent, decken wir durchschnittlich den Eiweißbedarf durch tierische Nahrungsmittel, den Rest durch Pflanzenkost. Bei weitem größer ist der Bedarf an Kohlehydraten, den Mehlen, dem Zucker, und an Fetten. Durch Verbrennen der Kohlehydrate im Stoffwechsel leisten unsre Muskeln ihre Arbeit, die Muskeln für unsre Bewegungen, wie die für die Atmung, das Herz, die Blutgefäße, Magen, Darm usw. Durch die Umsetzung aller Nahrungsstoffe entsteht die gleichmäßige Körperwärme, die für den Ablauf der Lebensvorgänge erforderlich ist. Aus Kohlehydraten und Fetten, besonders aus den letzteren, bildet sich endlich das Fett unsers Körpers, das in gewisser Menge als Reservematerial in Zeiten ungenügender Ernährung, als Schutz gegen übermäßige Wärmeabgabe von größtem Wert ist. Die Leistungsfähigkeit unsres Volkes zeigt, daß unsre Ernährung trotz vieler Fehler im einzelnen durchschnittlich zweckmäßig ist. Sind wir sicher, daß der Krieg sie ungestört lassen wird?

Digitized by Google

Unsre Feinde hoffen auf unsre Aushungerung; in den Zeitungen lesen Sie recht wechselnde Ratschläge, was wir bei unsrer Ernährung tun oder lassen sollen. Der bekannte Meister der Ernährungslehre Rubner in Berlin hat sich vor kurzem eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Seine Ausführungen sind auch für unsre Ueberlegungen von großem Werte. Zur Deckung unsers Eiweißbedarfs verwenden wir Deutschen im Vergleich zu andern Völkern die größte Menge von Fleisch. Rechnet man alle Kinder mit, so genießt durchschnittlich der Deutsche pro Kopf und Jahr 52,3 Kilogramm Fleisch, der Oesterreicher 29,0 Kilogramm, der Engländer 47,6, der Franzose 33,6, der Russe 21,8 Kilogramm. Etwa zur Hälfte decken wir den Bedarf mit Schweinefleisch. Erst seit etwa zwanzig Jahren haben wir uns diese sehr kostspielige Ernährung angewöhnt. Noch 1892 kamen statt der jetzigen 52,3 Kilogramm nur 32,5, 1873 nur 29,5 in Deutschland auf Kopf und Jahr. Unsre Landwirtschaft hat den riesig gesteigerten Bedarf fast ganz aus eigner Kraft decken können. Die Preise sind allerdings entsprechend der stark erhöhten Nachfrage beträchtlich gestiegen. Der deutsche Viehstand ist aber zurzeit ausreichend groß, um uns zu ernähren. Der Ausfall an importiertem Geflügel und vielleicht auch an den für die Ernährung so schätzenswerten Seefischen fällt dagegen nicht ins Gewicht. Man hat eingewendet, daß wir wohl den nötigen Tierbestand besäßen, aber nicht genügend Futtermaterial, um ihn zu erhalten. Namentlich an Gerste sollte es fehlen, und man hat deshalb vorgeschlagen, alle Braugerste an Tiere zu verfüttern. Aber es scheint sicher, daß diese äußerst zweischneidige Maßnahme nicht erforderlich ist, daß ausreichendes Futter für den Tierbestand vorhanden ist.

Auch wenn wir unsern Tierbedarf zur Gewinnung von Milch und Butter berücksichtigen — von Milch brauchen wir Deutschen pro Kopf und Tag 341 Gramm, von Butter 18 Gramm —, können wir dank den Leistungen unsrer Landwirtschaft ohne Sorge in die Zukunft sehen, soweit die vorhandenen Bestände in Betracht kommen; und das gleiche gilt wohl auch von der Versorgung mit Eiern.

Vorausgesetzt ist dabei allerdings, daß keine spekulative Abschlachtung des Tierbestandes erfolgt. Hier ist ja aber besonders für das so wichtige Kalb durch staatliche Vorschriften ein gewisser Riegel vorgeschoben.

Ein Mangel an Tieren wird uns also bei einigermaßen verständiger Wirtschaft kaum zur Aenderung unsrer Gewohnheiten nötigen. Aber ein andrer Grund spricht nachdrücklich für eine Verminderung tierischer Nährstoffe. Wir decken mit tierischen Nährstoffen nur ein Drittel unsers Nahrungsmittelsbedarfs, zwei Drittel mit pflanzlichen Nährmitteln. Für das eine Drittel, das mit tierischen Nährstoffen gedeckt wird, bezahlen wir aber in Deutschland reichlich vier Fünftel (81 Prozent) unsrer gesamten Ausgaben für die Ernährung. Wohl können wir das unentbehrliche Eiweiß nicht durch pflanzliche Nahrungsstoffe allein zuführen, weil wir sehr große Mengen davon genießen müßten, und das unserm Geschmack und bei den meisten Menschen auch der Leistungsfähigkeit des Magens nicht entspricht. Ebensowenig können wir das tierische resp. von Tieren gelieferte Fett

Digitized by Google

entbehren. Aber wir müssen uns ganz klar darüber sein, daß wir mit dem jetzt in Deutschland üblichen Konsum von Fleisch weit über das durch den Bedarf geforderte Maß hinausgehen. Der riesige Fleischgenuß ist der größte Luxus, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten getrieben hat.

Die Beeinflussung unsers gesamten Wirtschaftslebens durch den Krieg wird sich ja erst später übersehen lassen. Sicher ist sie wohl geringer, als man zunächst fürchtete. Aber für weite Kreise unsers Volkes ist doch der Verdienst knapper geworden. Am Genuß von Fleisch und Fleischwaren können wir ohne jeden Nachteil für die Ernährung sparen. Wenn das allgemein geschähe, würde durch Verminderung der Nachfrage auch wohl unliebsamen Preissteigerungen vorgebeugt werden können. Es ist ganz unnötig, wie das jetzt in weiten Kreisen geschieht, drei- oder viermal täglich Fleisch oder Aufschnitt zu genießen. Es ist zudem direkt schädlich für alle Menschen, die zu Gicht, zu Adverhärtung, zu Nierenstörungen, zu Basedowscher Krankheit auch in ihrer leichtesten Andeutung neigen, wie sie in Süddeutschland außerordentlich häufig ist, ebenso für die meisten Nervösen und für alle Kinder. Ein- oder zweimaliger Genuß von Fleisch am Tage ist völlig ausreichend. Auch dann soll man sich an Fleisch nicht satt essen, sondern reichliche Beikost genießen. Namentlich unsre Gast- und Speisehäuser sollten endlich mit der Unsitte brechen, ihre Speisenfolge fast nur aus Fleischgerichten zusammenzusetzen.

Ja, es schadet gar nichts, wenn zeitweise kein Fleisch auf den Tisch kommt, wenn der nötige Eiweißgehalt der Nahrung durch Käse, der besonders zu empfehlen ist, durch Milch u. dgl. zugeführt wird. Die ländliche Bevölkerung zeigt in weiten Gebieten, wie gut man auch so bestehen kann.

Noch in einer zweiten Richtung ließe sich an tierischen Nahrungsstoffen sparen, am Fett. Zwar sollte das Fett, das wir wirklich genießen, nicht vermindert werden. Eher würde sich eine durchschnittliche Steigerung empfehlen, besonders wenn es sich um unterernährte Menschen handelt. Denn Fett führt unserm Körper in der Gewichtseinheit den größten Nährwert zu. Nur 18 Gramm Butter und etwa 13 Gramm in Form von Milch genießt der Deutsche durchschnittlich pro Tag. Dazu kommen natürlich noch andre, speziell Kunstfette. Im Berliner Kanalwasser gehen aber, wie Rubner bestimmen ließ, nicht weniger als 20 Gramm Fett pro Kopf und Tag ungenützt, größtenteils durch Küchenspülwasser weg. Aehnlich dürften auch anderwärts die Verhältnisse liegen. Würde aber jeder Deutsche täglich nur 1 Gramm Butter weniger gebrauchen, so hätten wir nach Rubners Berechnung 300000 Kühe weniger notwendig. Durch sparsame Ausnutzung, durch vollständigeres Aufessen des beim Kochen verwendeten Fettes ließen sich also sehr große Verluste wertvollen Nährmaterials vermeiden.

Beschränken wir in der empfohlenen Weise unsern Fleischgenuß, müssen wir den Ausfall an Nährstoffen durch andre Nahrungsmittel decken. Schon die bessere Ausnutzung der Fette hilft hier. Vor allem aber sind die pflanzlichen Nahrungsmittel unentbehrlich, die Getreidemehle und die Kartoffeln, in zweiter

Digitized by Google

Linie die grünen Gemüse als vorzügliche Träger des Fettes in der Nahrung und das weniger durch seinen Nährwert, aber sonst wertvolle Obst, der Salat u. dgl. Haben wir hier genügend Vorräte? Wenn ich auch hier wieder der Berechnung von Rubner folgen darf, so brauchen wir für die Ernährung von Mensch und Tier und für die Zwecke der Industrie pro Kopf und Jahr in Deutschland 140,2 Kilo Roggen — und wir haben 152,7, also einen Ueberschuß — ferner 80,8 Kilo Weizen — und wir haben nur 63,5 Kilo, also ein reichliches Fünftel zu wenig, das wir sonst besonders aus Rußland einführten. Weizen und Roggen sind für die Ernährung gesunder Menschen völlig gleichwertig. Auch durch vermehrtes Essen von Roggenbrot würden wir aber, wie die angeführten Zahlen zeigen, den Mangel an Weizen nur zum Teil decken können, wenngleich er nicht mehr sehr bedeutend wäre. Sicherer ist es aber, daß nach dem kürzlichen Bundesratsbeschluß der Weizen stärker ausgemahlen und schon so der Ausfall gedeckt werden soll, daß zudem in sehr zweckmäßiger Weise 10 Prozent Roggenmehl dem Weizenmehl zugesetzt werden. So ist jede Sorge eines Mangels an Brotmehl beseitigt, und es bleibt nur zu berücksichtigen, daß eine sparsame Wirtschaftsführung das Laibbrot, namentlich das Schwarzbrot, dem viel teureren Kleinbrot vorziehen muß.

An Kartoffeln kann ein Mangel nicht eintreten. Wenn wir hören, daß nur 28 Prozent der deutschen Ernte für die menschliche Ernährung notwendig sind, nahezu 50 Prozent für Tierfutter und nur 7,6 Prozent für die Spiritusbrennerei und industrielle Zwecke verbraucht werden, so liegt auch kein Grund vor, der so viele Menschen ernährenden, für die Industrie unentbehrlichen Spiritusbrennerei ihr Arbeitsmaterial zu entziehen, so dringend erwünscht auch der vollständige Verzicht auf konzentrierte alkoholische Getränke ist.

Ebenso wie durch ausgiebigeren Genuß von Brot und Kartoffeln können wir durch sonstige Mehlspeisen unsre Nahrung ausreichend gestalten. Es ist sehr bedauerlich, daß in weiten Gegenden Deutschlands dicke Suppen, Nudeln, Spatzen, Gerste, Gerichte von Hafer und Buchweizengrütze sowie süße Mehlspeisen nicht ausreichend für die Ernährung benützt werden. Hier müßte vieles anders werden. Denn alle diese Mehlspeisen haben einen viel höheren Nährwert als Kartoffeln. Bleibt auch die Reiszufuhr in genügender Menge erhalten, so bekommen wir weitere Abwechslung durch ein besonders wertvolles Nahrungsmittel. Eine große Rolle spielt es aber in der gesamten Volksernährung — man möchte sagen, leider — nicht. Der möglicherweise merkliche Ausfall von Hülsenfrüchten ist wegen ihres großen Nährwertes sicherlich bedauerlich, aber auch ohne einschneidende Bedeutung.

So sind erfreulicherweise alle für unsre Volksernährung notwendigen Nahrungsmittel zwar nicht im Ueberfluß, aber so reichlich vorhanden, daß wir ohne jede Sorge in die Zukunft sehen können. Ohne Sorge auch in der Richtung, daß eine Teuerung mit Sicherheit dank dem zweckmäßigen Eingreifen der Regierung ausgeschlossen scheint. Bringt der Krieg weiteren Volkskreisen als bisher zum Bewußtsein, worauf es bei der Ernährung ankommt, so werden wir dieser

Digitized by Google

ernsten Zeit sogar eine Verbesserung unsrer Eßgewohnheiten verdanken können: Einschränkung des in Deutschland ganz übermäßigen Genusses von Fleisch und Fleischwaren, stärkere Betonung der Mehlspeisen neben den Kartoffeln, den reichlicheren Genuß von Laibbrot, namentlich Roggenbrot und sparsame Ausnutzung des verwendeten Fettes.

Nur für eine Altersklasse können wir uns mit diesen statistischen Ueberlegungen nicht begnügen, wenn wir vor ernsten Kriegsschäden sicher sein wollen: das sind die jungen Kinder besonders der weniger bemittelten Bevölkerung. Für das Deutschland unsrer Kinder wird dieser Krieg fast in noch höherem Maße geführt als für das Deutschland unsrer Generation. Das heranwachsende Geschlecht muß möglichst rasch die Lücken schließen, die jetzt klaffen. Die Geburtenzahl wird für mehrere Jahre möglicherweise beträchtlich abnehmen. So sind die Kinder noch mehr als sonst in dieser Kriegszeit unser kostbarstes Gut. Sie alle kennen die Gefahr, welche unsern Nachwuchs vermindert, die große Sterblichkeit der Säuglinge besonders in den ersten Lebensmonaten. Wohl ist sie erfreulich geringer geworden, von 21,6 Prozent der lebend geborenen Kinder in den neunziger Jahren auf 17,8 Prozent im Jahre 1908, ist sie in manchen Städten noch mehr vermindert, so in Barmen-Elberfeld auf 9, resp. 10,4 Prozent, in Schöneberg auf 11,9 Prozent, in Dresden auf 12,8 Prozent und seither wohl noch weiter. Immerhin sterben in Deutschland jährlich etwa 300 000 Kinder im ersten Lebensjahr. Fast ein Drittel unsrer gesamten Sterblichkeit fällt auf die Sterblichkeit der Säuglinge. Alle andern Todesursachen treten dagegen zurück. Wenn wir zudem hören, daß die meisten Todesfälle von Säuglingen durch vermeidbare Fehler der Ernährung herbeigeführt werden, so wird in einer Zeit wie der jetzigen der Wunsch besonders dringend, hier zu helfen. Die Säuglingsheime, deren Gedeihen auch hier im Lande so verständnisvoll und tatkräftig gefördert wird, sind vortreffliche Pflanzstätten richtiger Anschauungen über zweckmäßige Ernährung. Sie können nicht entbehrt werden, aber für eine wirkliche Beseitigung des Mißstandes kommen sie zu wenigen Kindern zugute. Das gleiche gilt für die segensreichen Anstalten zur Pflege der Mütter. Warm zu begrüßen ist der Bundesratsbeschluß über die Fürsorge für die Wöchnerinnen, deren Mann eingezogen ist. Ausschließliche Stillprämien an die Mütter zur Verallgemeinerung der natürlichen Ernährung verfehlen nach dem ziemlich übereinstimmenden Urteil ihren Zweck. Zweifellos am wirksamsten ist die Fürsorge für die Kinder in den Familien selbst durch sachkundige Aerzte. Die ärztliche Hilfe muß für die unbemittelten Kreise unentgeltlich und mühelos zu erreichen sein. Die Leute müssen sich gewöhnen, schon bei den geringsten Verdauungsstörungen junger Kinder den Arzt zuzuziehen. Durch geschulte Schwestern kann die Einrichtung besonders wirksam gemacht werden. So hat man in Darmstadt vortreffliche Ergebnisse erzielt, so hat, unabhängig von den Darmstädter Erfahrungen, mein Nachfolger in Tübingen, O. Müller, bei seiner früheren poliklinischen Tätigkeit Hervorragendes in der Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit geleistet. Gelänge es hier im Lande, nach den bewährten Vorbildern eine

Digitized by Google

Organisation in größerem Maßstabe, wenn auch nur nach und nach zu schaffen, würde Württemberg bei der Lösung dieser Kulturaufgabe unserm Vaterlande ein glänzendes Beispiel geben.

Als eine hauptsächliche Kriegsgefahr erschien früher auch für die daheimgebliebene Bevölkerung das Auftreten von Seuchen. Wir brauchen sie in Deutschland nicht mehr zu fürchten, obgleich wir in Ländern Krieg führen, in denen gefährlichste, übertragbare Krankheiten herrschen, in Frankreich vor allem Typhus, Ruhr und Pocken, in Rußland außerdem Cholera, Fleckfieber (der früher sog. Hungertyphus), Rückfallfieber und vereinzelt auch Pest. Dank den Fortschritten unsrer Kenntnisse wissen wir jetzt, wie diese Krankheiten übertragen werden, und haben gelernt, die Uebertragung in den gewöhnlichen Verhältnissen der Heimat zu verhüten. Bei Typhus, Ruhr und Cholera erfolgt die Uebertragung sehr oft nicht von den Kranken selbst, sondern durch völlig gesunde Menschen, welche die krankmachenden Keime in ihrem Darm beherbergen. So kamen im vorigen Jahr in München mehrere Typhusfälle in einer Stadtgegend vor, die ihre Milch von einer bestimmten Molkerei bezog. Unter ihren Angestellten fand sich der selbst ganz gesunde Typhusbazillenträger. Durch seine Ausschaltung wurde die drohende Verbreitung der Krankheit im Keime erstickt. Ebenso haben wir bei den andern Erkrankungen gelernt, durch vorbeugende Maßregeln einen stärkeren Ausbruch der Seuchen zu verhindern. Gegen das Rückfallfieber, das noch 1881 eine große Epidemie in Deutschland verursachte, haben wir im Salvarsan ein Mittel, dessen Einspritzung den Krankheitserreger im Blute sofort vernichtet. Ganz sicher sind wir dank unsrer ausgezeichneten Impfgesetzgebung vor schweren Pockenerkrankungen, bei der Wiederimpfung der ganzen Bevölkerung in dem wenig wahrscheinlichen Falle wirklicher Gefahr vor jeder Pockenerkrankung.

Haben wir so begründete Hoffnung, die Pestilenz nicht mehr als den unheimlichen Genossen des Krieges zu erleben, so müssen wir im Interesse unsrer Volksgesundheit um so nachdrücklicher gegen eine andre Volkskrankheit gerüstet sein, deren starke Zunahme durch den Krieg nach früheren Erfahrungen leicht möglich ist, gegen die Syphilis.

Sie ist um so gefährlicher, weil die Ansteckung von sehr vielen Menschen, in den unbemittelten Kreisen sogar meist übersehen wird und weil sehr oft der ersten Ansteckung keine deutlichen oder lästigen Krankheitserscheinungen folgen. Erst nach Jahren, nach Jahrzehnten stellen sich schwere Störungen an Herz, Blutgefäßen, Nervensystem und andern Organen ein. Das Krankheitsgift überträgt sich auf die Kinder, vernichtet ihr Leben schon vor der Geburt oder macht sie zu kranken oder schwächlichen Menschen. Wir besitzen jetzt in der von Wassermann angegebenen Blutuntersuchung ein Verfahren, um mit großer Zuverlässigkeit festzustellen, ob eine Ansteckung stattgefunden hat oder noch nachwirkt. Wir haben in dem Ehrlichschen Salvarsan ein Mittel, das bei richtiger Handhabung neben der früher bewährten Behandlung die Krankheit in frühem Stadium mit weitgehender Sicherheit vernichtet. So hoffe ich, daß alle zu-

Digitized by Google

ständigen Stellen zusammenwirken werden, um auch diese Gefahr abzuwenden. Möge jeder, bei dem eine Uebertragung stattgefunden haben kann, auf die Pflicht zur Untersuchung seines Blutes hingewiesen werden. Viel Elend kann dadurch unserm Volke erspart werden. Spielt doch jetzt schon in einigen Großstädten die Syphilis als Krankheitsursache fast eine Rolle wie die Tuberkulose.

Einen glänzenden Schutz gegen gesundheitliche Schädigungen der Bevölkerung durch den Krieg bildet unsre soziale Gesetzgebung. Von dem gewaltigen Umfange ihrer Leistungen hat man meist keinen zutreffenden Begriff, wenn man nicht speziell sich damit zu beschäftigen hat. So deckte die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bereits 1912 etwas über 16 Millionen Menschen gegen den völligen Ausfall jeder Einnahme beim Sinken der Erwerbsfähigkeit unter ein Drittel und gewährte ihren Hinterbliebenen eine gewisse Summe. So umfaßte die neugeordnete Krankenversicherung schätzungsweise anfangs 1914 ohne Knappschafts- und Hilfs- bzw. Ersatzkassen etwas über 17 Millionen Menschen, einschließlich der durch die Kassen mitversorgten Familienangehörigen den größten Teil der deutschen Bevölkerung überhaupt. Der Krieg hat die Mitgliederzahl der Krankenkassen natürlich vermindert, aber der Kreis der durch die Versicherung gedeckten, im Krankheitsfalle mit Krankengeld, freier ärztlicher Behandlung oder Krankenhausaufnahme, mit freier Arznei usw. versorgten Personen hat sich doch nur mäßig verkleinert. So sank ihre Zahl bei der Ortskrankenkasse München (Stadt), für die ich mir zuverlässige Angaben verschaffen konnte, von 183988 Mitgliedern vor dem Krieg auf 148928 in der vierten Kriegswoche, also um ein knappes Fünftel, hob sich aber dann bis zur zehnten Kriegswoche wieder bis 159034. Um die Summen klarzumachen, welche so der Gesundheit der Bevölkerung zugute kommen, sei erwähnt, daß das wöchentlich von der Münchener Ortskrankenkasse ausgezahlte Krankengeld während der bisherigen Kriegszeit zwischen 44000 und 68000 Mark schwankte, daß dazu die Ausgaben für Arzt, Arznei usw. kommen, und daß ferner wöchentlich noch etwa 4800 bis 6100 Mark Wochengeld verausgabt wurden. Denken Sie sich diese Beträge entsprechend der Zahl der Versicherten für ganz Deutschland, so erkennen Sie, welche gewaltigen Mittel durch unsre Gesetzgebung für die Gesundheit unsers Volkes flüssig gemacht sind. Kein Volk kann darin auch nur entfernt mit uns wetteifern.

Noch einen letzten Punkt bitte ich besprechen zu dürfen. Einer unsrer hervorragendsten Heerführer soll gesagt haben, der Sieg sei nicht in erster Linie eine Frage der Kräfte, sondern der Nerven. Auch für unsre Bevölkerung ist die Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit im Krieg nicht ausschließlich gewährleistet durch die Erhaltung der körperlichen Gesundheit, auch für sie gilt es, die Spannkraft zu bewahren, um unter den aufreibenden Eindrücken des Krieges, unter den unvermeidlichen wirtschaftlichen und persönlichen Schwierigkeiten seine Pflicht zu tun, ja wenn möglich die Leistungen zu steigern. Können wir das in unsrer so oft nervös gescholtenen Zeit erhoffen? Es ist gerade in diesem Punkte nicht leicht, ein bestimmtes Urteil abzugeben. Wenn aber die ersten vier Kriegs-

Digitized by Google

monate ein zutreffendes Bild von der nervösen, ich möchte lieber sagen, seelischen Beeinflussung unsrer Bevölkerung auch in der kommenden Kriegszeit geben, so erwarte ich mit Wahrscheinlichkeit bei der großen Mehrzahl der Daheimgebliebenen eine wesentliche Verbesserung ihres Nervenzustandes wenigstens während der Kriegszeit.

Wohl sehen wir ernstere Gemütskrankheiten durch die Erregungen des Krieges bei dazu veranlagten Menschen früher auftreten oder schneller sich entwickeln. Wohl verschlechtern sich auch Menschen diesseits der Schwelle der wirklichen Geistesstörung mit schwerer nervöser Schädigung, mit den Zeichen geistiger Entartung in ihrem Befinden und auch leichtere Störungen nehmen hier und da unmittelbar durch den Krieg zu. Aber die große Masse der leichter nervenkranken Menschen, der sog. Nervösen, verhält sich anders. Die sonst übermäßig leicht ermüdbaren Naturen mit dem zu lebhaft entwickelten Affektleben, die nur unter stetem Kampf mit sich selbst ihre Stellung ausfüllen, leisten heute vielfach das Doppelte und Dreifache ihrer sonstigen Arbeit, und sie bewältigen sie mit innerer Befriedigung. Die mannigfachen körperlichen Beschwerden, welche früher als Zeichen der Ermüdung sie belästigten, sind verschwunden oder wesentlich vermindert. Und ebenso finden wir eifrige und erfolgreiche Helferinnen und Helfer bei zahlreichen Aufgaben der jetzigen Zeit unter der andern großen Klasse von Nervösen, bei denen sonst die Verknüpfung von Empfindungen und Vorstellungen unter der Einwirkung einer unbestimmten Angst meist vor Krankheit abnorm leicht sich löste oder in regelwidriger Weise ablief. Sie konnten plötzlich nicht mehr gehen, ihr Magen, ihr Herz zeigten krankhafte, nicht körperlich verursachte Störungen, ihr Seelenleben antwortete übermäßig leicht und oft krankhaft auf jede äußere Einwirkung. Jetzt laufen die Vorstellungen und Empfindungen, deren pünktliches Ineinandergreifen für jeden körperlichen Vorgang, für jede Gedankenbildung notwendig ist, wieder in regelrechten Bahnen, und nur die liebenswürdigen Seiten dieses Nervenzustandes, die Hingabe, die Aufopferungsfähigkeit, treten hervor. Woher diese Wandlung?

Der Wille hat nichts damit zu tun. Vom absichtlichen Wollen sind alle diese Nervenstörungen völlig unabhängig. Es wäre unrichtig, in der auffallenden Besserung einen Beweis dafür zu sehen, daß die Störungen durch eine Art Laune entstehen, die man auch in friedlichen Zeiten ebenso wie jetzt durch den festen Vorsatz unterdrücken könne. Jeder klar sich selbst beobachtende Kranke und jeder seelenkundige Arzt weiß, daß die Anspannung des Willens zur Unterdrückung der krankhaften Erscheinungen der sicherste Weg zu ihrer Verschlechterung ist. Viel maßgebender dürfte die energische Ablenkung der Vorstellungen von ihren gewohnten Bahnen sein, welche der Krieg mit sich bringt. Dazu kommt die freudige Begeisterung an dem vielen Großen dieser Zeit, die Begeisterung, die auch den schwersten und traurigsten Verlust lieber Menschen leuchtend verklärt, dazu gesellt sich der berechtigte Stolz, jetzt auch mit früher als schwach geltenden Kräften helfen zu können und Nutzen zu stiften, die unvergleichliche

Digitized by Google

Anregung durch den Erfolg. Wohl ist so dem Arzte, der viel über diese Dinge nachdenken muß, die erfreuliche Besserung vieler nervöser Erscheinungen erklärlich. Beruhte doch eine zweckentsprechende Behandlung stets zum guten Teil auf der Wachrufung solcher Vorstellungen. Aber bewundernd steht gerade der Arzt vor der Stärke des Einflusses unsrer Zeit.

Lassen Sie mich schließen!

Furchtlos dürfen wir auch in gesundheitlicher Beziehung dem weiteren Verlauf des Krieges entgegensehen. Nirgends drohen uns Verhältnisse, die wir nicht beherrschen können. Schon in manchen Fragen der körperlichen Gesundheit mahnt der Krieg, ungeeigneten Gewohnheiten zu entsagen und für die Zukunft unsres Volkes vorbeugend zu sorgen. Aber ein noch gewaltigerer Lehrmeister ist er in seelischer Beziehung. Bei jeder Betrachtung der Dinge, auch bei der Erörterung eines so umschriebenen Gebietes wie des heute besprochenen, tritt uns der überragende Einfluß des Idealen im Menschen entgegen. Mögen wir das auch später im Getriebe des Alltags nicht vergessen! Neben gesunder Kraft, neben tüchtigem Können, neben klarem Urteil brauchen wir einen begeisterungsfähigen, warmen Sinn, der dem vielen Großen und Schönen um uns und in uns offen ist und der versteht, es in das eigne Leben und, so viel an ihm ist, auch in das Leben der Allgemeinheit hineinzutragen.

Wissenschaft und Krieg

Von

Prof. Dr. Galle

Als die Kriegserklärung Japans erfolgte, hat ein berühmter Gelehrter seine von dort erhaltenen hohen Ordensauszeichnungen dem Gesandten vor dessen Abreise zurückgesandt, und viele sind seinem Beispiele gefolgt oder haben ihre ausländischen Orden dem Roten Kreuz überwiesen. Ein andrer großer Forscher hat dagegen seinen Standpunkt begründet, der den Verzicht auf die Ehrenbezeigungen ausländischer Akademien nicht billigt. Vielleicht sind beide Ansichten nicht unverträglich; vor meinem Geiste erhebt sich die leuchtende Heilandsgestalt in Tizians Zinsgroschen mit der Frage: Wes ist das Bild und die Ueberschrift? In unsrem, der biblischen Erzählung gewissermaßen entgegengesetzten Falle dürfen wir antworten: Haben Männer der Wissenschaft die Auszeichnung verliehen, so mag sie behalten werden; hat der Staat sie gegeben, so fort damit!

Schwieriger als diese Entscheidung des Gewissens und des innern Gefühls, die als Beispiel wirkt, aber keinen weitreichenden Einfluß ausübt, ist die Be-

Digitized by Google

antwortung einer andern Fragestellung: Wie wird nach dem Kriege das Zusammenwirken der Gelehrten der verschiedenen Nationen sich gestalten? Es könnte verfrüht erscheinen, schon jetzt davon zu sprechen, ebenso wie man über die Möglichkeit der Anbahnung von Handelsbeziehungen zwischen den kriegführenden Nationen oder über die Aussichten des Fremdenverkehrs und ähnliche einschneidende Fragen noch wenig sagen kann. Aber es handelt sich, wie dies im ersten Augenblicke erscheinen könnte, nicht so sehr und nicht allein um den Gedankenaustausch, der Gelehrte aller Völker verbindet und der zweifellos durch Aussprache im persönlichen Verkehr noch gefördert wird. Bei manchen abstrakten Wissenschaften bildet dieses Zusammenwirken den internationalen Hintergrund, vor dem sich die nationale Arbeit abhebt. Organisationen, welche die ganze Welt umspannen, sind allmählich immer zahlreicher entstanden und geben ein Zeugnis von der Wichtigkeit des Zusammenschlusses zu gemeinsamer Arbeit. Das Aufhören dieser Beziehungen würde als eine Verarmung empfunden werden, der durch literarische Studien allein nicht ganz abgeholfen werden könnte. Denn selbst unsre Zeitschriften werden zum großen Teil auch durch Beiträge von Forschern andrer Kulturländer bereichert, und viele Werke werden erst durch Uebersetzungen dem heimischen Leserkreis bekannt und zugänglich.

Jedoch erreichen alle solche Schwierigkeiten und Mängel nicht die Bedeutung der Tatsache, daß eine große Mehrzahl von Wissenschaften sich nicht auf das eigne Land beschränken kann. Es gibt Erfahrungen, Kenntnisse, Beobachtungen, die nur in bestimmten Gegenden der Erde gesammelt werden können. Ihre Verwertung ist eine Lebensfrage der Wissenschaft. Und wen würde das mehr betreffen als Deutschland, das von einer Welt von Feinden umgeben ist? Ohne Erlaubnis der Staatsbehörden ist es unmöglich, Sammlungen, Ausgrabungen, Messungen oder dergleichen in einem fremden Lande vorzunehmen. Es ist von großer Wichtigkeit für den Forscher, durch eignen Anblick oder persönliche Teilnahme diese Arbeiten kennen zu lernen, oder es muß ein Einfluß auf die Art ihrer Ausführung oder eine unmittelbare Leitung möglich sein. Es bleibt daher nichts übrig, als den wissenschaftlichen Verkehr mit den Ländern, die uns den Krieg aufgedrungen haben, später wieder aufzunehmen. Auch nach 1870/71 hat die Entfremdung zwischen Deutschland und Frankreich eine Weile gedauert, aber wie damals muß und wird eine Verständigung auf wissenschaftlichem Gebiete wiederkehren.

Wesentlich anders liegt die Sache mit wissenschaftlichen Mitarbeitern im eignen Lande. Man hat die Auffassung vertreten, daß es das Bewußtsein unsrer Stärke war, das über die Grenzen Deutschlands hinaus Gelehrte zur Mitarbeit an unsern Hochschulen und wissenschaftlichen Anstalten berief. Man erinnert vielleicht an die Befruchtung, die unser Volks- und Geistesleben durch die Aufnahme der Hugenotten oder der vertriebenen Salzburger erfahren hat. Aber damals waren andre Motive und andre Zeitumstände vorhanden. Ich fürchte, daß es dieselbe Schwäche unsers Nationalgefühls ist, welche sich in der

Digitized by Google

Nachahmung fremder Moden und in der Bevorzugung ausländischer Waren bemerkbar macht.

Freilich gehören die Fürsten des Geistes nicht einer bestimmten Nationalität an, sondern sind über alle Länder verstreut. Es könnte auch verständlich erscheinen, wenn jedes Land danach strebte, solche Männer zu besitzen. Aber eben die Gegenseitigkeit ist die Voraussetzung dabei. In früheren Zeiten sind verschiedene Fälle vorgekommen, wo hervorragende Deutsche im Auslande in Staatsstellungen berufen wurden. Es seien nur zwei genannt: der Orientalist und Sprachforscher Max Müller, der 1823 in Dessau geboren wurde und 1900 in Oxford als Professor starb; ferner Wilhelm Struve, der Stammvater der Astronomenfamilie, der, 1793 in Altona geboren, die russische Hauptsternwarte in Pulkowo erbaute, wo er 1864 starb. Mit unwesentlichen Ausnahmen, die kleinere Länder betreffen oder sich auf medizinische Professoren beziehen, bei denen andre Dinge mitsprechen, sind meines Wissens lange Zeit keine derartigen Fälle mehr vorgekommen. Nur Deutschland hat mit oder ohne Erfolg immer wieder versucht, Vertreter der Wissenschaft aus dem Auslande an hervorragenden Plätzen im Staatsdienste anzustellen. Ja selbst während der Kriegszeit ist ein Professor aus einem allerdings bis jetzt neutralen Lande an eine deutsche Universität berufen, obgleich eine Vakanz bei dem Mangel an Studierenden sich kaum fühlbar gemacht hätte.

Wir wollen den Gründen für solche Berufungen im einzelnen Falle nicht nachforschen. Auch hier berühren sich sicherlich oft die Fehler mit den Tugenden. Es ist einer der schönsten Züge in unserm Hochschulleben, daß Professoren ihre begabten Schüler in jeder Weise fördern und durch sie das eigne Lebenswerk zu sichern und zu erweitern suchen. Man denke nur an den geistigen Begründer der drahtlosen Telegraphie, Heinrich Hertz, dessen hervorragende Bedeutung frühzeitig von seinem großen Lehrer Helmholtz erkannt war. Man begreift den Stolz, der einen Dozenten erfüllt, wenn junge Männer aus allen Erdteilen zu seinen Füßen sitzen, und nach dem Gesagten ist es leicht verständlich, wie ein Ausländer dazu gelangt, durch seinen Lehrer in ein Amt im Staatsdienst Deutschlands zu kommen.

In einzelnen Ausnahmefällen mag in der Tat die Berufung eines glänzenden Talentes aus dem Ausland entschuldbar erscheinen; sicher findet sich keine Entschuldigung bei Besetzung nachgeordneter Stellen durch vielversprechende junge Ausländer. Wenn Japaner, wie die Zeitungen berichteten, als Assistenzärzte in der Charité angestellt waren, wenn Assistenten und Observatoren von fernher geholt werden, so liegt darin nicht nur eine Beleidigung für die tüchtigen jungen Kräfte im eignen Lande, die jahrelang auf eine Anstellung warten müssen, es liegt darin auch eine Geringschätzung deutscher Wissenschaft, die sie nach ihrer Stellung in der Welt, nach dem Zudrang fremder Studierender an deutschen Hochschulen und Instituten, dem nichts Entsprechendes von deutscher Seite gegenübersteht, nicht verdienen dürfte. Nicht nur für jüngere Amtsgenossen, denen der Fremde vorgezogen wurde, und die jetzt im Felde für das Vaterland

Digitized by Google

kämpfen, ist diese Sachlage bedrückend, sie ist in Zeiten, wie den jetzigen, auch für jenen selbst schwierig, wenn er nichts von der allgemeinen Begeisterung fühlt und absichtlich die deutschen Zeitungen nicht liest, weil sie die Stimmung seiner Heimat nicht wiedergeben. Aber selbst der vorsichtigere Ausländer, der sich der Umgebung anzupassen versteht, wird doch leicht falsch beurteilt und als Heuchler angesehen.

Ueber ausländische Studenten zu schreiben, möchte ich, der ich keine Lehrtätigkeit mehr ausübe, einer dazu berufeneren Feder überlassen.

Manchem mag der Kampf gegen die Ausländerei, der auf allen Linien entbrennt, zu scharf erscheinen. Im Gegenteil: in dieser Geburtsstunde des deutschen Einheitsgefühls müßten Riesenmörser der Beredsamkeit zu ihrer Ausrottung verwendet werden!

England und die Neutralen

Von

Vizeadmiral z. D. Kirchhoff

Die englische skrupellose Willkür hat besonders den kleineren neutralen Staaten gegenüber nachgerade ein solches Uebermaß an Rücksichtslosigkeit aufzuweisen, wie es selbst in den Kriegen gegen die französische Republik und gegen Napoleons Kaiserreich zu Anfang des vorigen Jahrhunderts nicht schlimmer gewesen ist. Denn zu diesen Zeiten, wo der Krieg mehr als zwei Jahrzehnte dauerte, von 1793 bis 1815, wurde auch der englische Handel oft so sehr in Mitleidenschaft gezogen, daß England nicht immer so konnte, wie es wohl wollte, weil die Vernichtung des feindlichen sowie des neutralen Handels öfter für den eignen Handel mit den größten Schädigungen verknüpft war.

Damals erfand man das sog. Lizenzsystem, d. h. Kauffahrer aller Staaten, sogar derjenigen, mit denen England sich im Kriege befand, zahlten an die englische Regierung eine bestimmte Abgabe, auf Grund derer sie von englischen Kapern und Kreuzern nicht behelligt wurden. Ja, feindliche Kauffahrteischiffe schlossen sich sogar den von englischen Geleitkriegsschiffen beschützten Konvois an. Ein Vorgehen, das von Englands Allmacht zur See beredtes Zeugnis ablegte und bei dem sich die englische Schiffahrt und der englische Handel sehr gut standen. Dies System wurde zwar nur auf den Seehandel und die Seeschiffahrt angewandt; weil die Zahl der feindlichen Kreuzer und Kaper sich infolgedessen aber verringerte, so hatte auch der Küstenhandel Nutzen davon.

Dies Lizenzsystem wurde dann auch von Napoleon angewandt, der selbst viele derartige Urkunden unterschrieben haben soll.

Anderseits versuchte Napoleon vergeblich, dem Schmuggelhandel beizukommen, der überall in Europa und besonders von dem in englischen Händen

Digitized by Google

befindlichen Helgoland aus nach dem nahen Festland eifrig betrieben wurde, wobei englischer, neutraler und feindlicher Handel zu gleicher Zeit mit großem Vorteil tätig waren.

Die Neutralen halfen sich damals noch auf andre Weise, indem z. B. die Reeder englandfeindlicher Staaten ihre Schiffe durch einen betrügerischen „Neutralitäts"prozeß Neutralen übertrugen; sie blieben die Besitzer, zahlten Gelder, damit die neutralen Firmen ihren Namen hergäben, und erhielten durch dies Verfahren neutrale Besitzpapiere.

Auf dem Festlande selbst fanden die Neutralen schließlich noch andre Wege, um ihre Waren umzusetzen; über Riga kamen Kaffee und Zucker nach Süddeutschland, über Saloniki und Serbien gelangte englische Baumwolle dorthin; in Frankreich erhielten viele fremde, über die Land- und Seegrenzen eingeschmuggelte Waren französische Fabrikatstempel u. dgl. mehr.

England beherrscht dagegen jetzt alle größeren Weltfahrstraßen, jedenfalls um Europa herum derart, daß die kleineren Neutralen jeglicher englischer Willkür ohne jede Beschränkung ausgesetzt sind. Lassen sich doch die großen Neutralen, in erster Linie die Vereinigten Staaten und Italien, von dem augenblicklich noch den Nordatlantischen Ozean und das Mittelmeer mit seinem Verbündeten gemeinsam beherrschenden skrupellosen Albion ebenfalls so gut wie alles und jedes bieten. Selbst die Union rührt sich trotz aller Nadelstiche nicht, und man kann geradezu sagen, daß trotz aller erteilten Nackenschläge dort so gut wie gar nichts geschieht. Erst ganz neuerdings scheint der Kongreß vorstellig werden zu wollen.

Worin bestehen nun der Hauptsache nach diese für die Neutralen nachgerade schier unerträglichen Handlungen Großbritanniens, bei denen sämtliche Verträge und internationalen Abmachungen vollständig unbeachtet gelassen und dauernd mit Füßen getreten werden. England kehrt sich an kein Völkerrecht, ja selbst das private Recht der Gegner sowie der Neutralen wird rücksichtslos vergewaltigt und nur in rein englischem Interesse ausgelegt, ohne jede Rücksichtnahme auf die andern.

In erster Linie ist es das willkürliche Auslegen der selbst gegebenen Bestimmungen über Konterbande, so daß kein neutraler Kaufmann und Reeder mehr ein- und ausweiß. England gibt dann und wann neue bestimmte Erklärungen ab, um sie alsbald wieder zurückzunehmen, so wie es ihm paßt. England durchsucht alle nach Europa befrachteten Schiffe, selbst in der unmittelbaren Nähe des Eingangs von Neuyork. England nimmt Schiffe und deren Ladungen in Beschlag, die nach neutralen Häfen bestimmt sind, wenn nur irgendeine Wahrscheinlichkeit oder gar nur Möglichkeit vorliegt, daß die Waren über die neutralen Landgrenzen nach Deutschland weiterbefördert werden könnten. Die Niederlande haben sich sogar gefallen lassen müssen, daß England in Rotterdam einen Kommissar eingesetzt hat, der die Ausschiffung und weitere Verfrachtung solcher Waren beaufsichtigt. Ferner sind schon manchmal Schiffe mit solchen Waren mit Beschlag belegt worden, die man zurzeit in England benötigt.

Digitized by Google

Sodann hat England im freien Fahrwasser der Nordsee Minenzonen geschaffen, wodurch die neutrale Schiffahrt außerordentlich geschädigt worden ist. In Verbindung hiermit sind die neutralen Schiffe gezwungen worden, besondere Kurse an der englischen Küste entlang zu nehmen, bei denen sie aber oft auf Minen geraten sind, von deren Anwesenheit an Ort und Stelle die Engländer keine genaue Kunde hatten.

Dieser Zwang der Schiffahrt ist deshalb eingeführt worden, wie dies jetzt selbst die englische Presse in zynischer Offenheit zugesteht, um die englischen Kriegsschiffe besser vor den Angriffen der deutschen „Pestpflanzen" zu sichern. Diese Sicherung soll nicht nur im allgemeinen Nutzen bringen, sondern vor allem während der Augenblicke des gefährlichen Stilliegens englischer Kriegsschiffe beim Anhalten und Untersuchen neutraler Handelsschiffe. Genutzt hat dies den Engländern jedoch in keiner Weise, wie die Erfahrung deutlich gezeigt hat.

Aber nach alter heuchlerischer Art wurde als Grund angegeben: zum Schutze der armen, durch deutsches barbarisches Vorgehen schwer geschädigten neutralen Schiffahrt, für die England nach wie vor selbstlos einträte, müßten diese Maßnahmen ergriffen werden.

Den würdigen Schluß aller getroffenen Maßregeln bilden alsdann die schier beispiellos zu nennenden Rechtssprüche der englischen Prisengerichte, die wahre Rechtsbrüche sind. Auch die Neutralen haben öfter unter diesem Gerichtsverfahren schwer zu leiden. Eines der neuesten Beispiele ist, daß ein solcher Prisengerichtshof nach längeren Verhandlungen endlich dem deutschen Besitzer von Schiff und Ware Anwälte zur Verteidigung zugestanden hatte. Der Spruch lautete schließlich etwa so: Aussage stände Aussage gegenüber, und habe selbstverständlich lediglich die Aussage des englischen Anklägers als die allein richtige zu gelten, da der deutsche Besitzer zur feindlichen Partei gehöre. Das nennt man englische Rechtsprechung! Genau so wie in den letzten beiden Jahrhunderten bei all und jeder Gelegenheit!

Die neutralen Staaten, in erster Linie Holland, leiden unter allen diesen unerträglichen Behandlungen weit mehr als das Deutsche Reich und Oesterreich selber, so daß man sich wundern und fragen muß, weshalb gegen solch skrupelloses Auftreten von ihnen noch keinerlei Gegenmaßregeln gefunden sind. Solcherlei Repressalien würden wohl anfänglich dem betreffenden Lande schaden, aber in nicht gar zu langer Zeit zu einer Umkehr englischen Auftretens führen. Ausfuhrverbote nach England würden z. B. dazu gehören und Wandel zu schaffen imstande sein.

Und für einen Staat von der Bedeutung der Union gäbe es endlich noch anderweitige Mittel, die man dort aber einstweilen noch nicht anwenden zu wollen scheint. Der zunehmende Einfluß der in den Vereinigten Staaten wohnenden Deutschen, Oesterreicher, Ungarn, Irländer u. a. wird aber nach und nach hier wohl einen gewissen Umschwung herbeizuführen imstande sein. Einstweilen wiegt dort aber der englische Einfluß weit vor; die Gelegenheit zu glänzendem schnellen Gewinn ist doch gar zu günstig und wird noch längere Zeit ausgenutzt werden.

Digitized by Google

Eine gewisse Abhilfe führt die schon mehrfach gemeldete Weigerung von Schiffsmannschaften herbei, die sich zu Fahrten in der Nordsee, vor allem nach England nicht mehr heuern lassen wollen, weil die Schiffahrt denn doch gar zu gefährlich ist.

Schwer benachteiligt werden durch das englische rechtlose Verfahren in erster Linie, ja fast allein die armen Neutralen. Das zeigt sich nicht nur bei unsern Nachbarn, sondern bereits bei allen übrigen neutralen Ländern.

Es geht aus allem klar hervor, daß England lediglich darauf hinzielt, die an Deutschland-Oesterreich angrenzenden neutralen Staaten mürbe zu machen. Sie sollen durch unabläßig fortgeführte gewaltsame Behinderungen ihres Handels und ihrer Schiffahrt allmählich gezwungen werden, ihre Neutralität aufzugeben und sich mit den Mächten des Dreiverbandes zu verbünden. Aber alle diese unerhörten Belästigungen haben nicht den erwarteten Erfolg gehabt und werden ihn nicht haben. Jetzt gibt es nicht mehr solche Dumme in der Welt, die auf den Leim gehen und sich von England betören lassen, wie es bisher so oft geschehen ist. Was ihnen bevorsteht, wenn sie Englands „Freunde" geworden oder richtiger, gewesen sind, das wissen sie schon im voraus ganz genau.

Wir schauen allen diesen Handlungen rücksichtsloser Willkür gehalten zu, uns schaden sie nicht sonderlich. Aber ein mitleidiges Bedauern für das Leid der bedrängten Neutralen vermögen sie jederzeit bei uns auszulösen. Ihre Geduld wird voraussichtlich noch lange Zeit auf die Probe gestellt werden.

Sieben Monate am Wiener Hof im Jahre 1798

Aus dem Tagebuch

von

Frau Divoff, geb. Gräfin Buturlin

Immer verrückt (sempre pazza) war der Wahlspruch der Frau Elisabeth Divoff, der ihr von Mandini, dem Sänger in der Opera-Bouffe, für den alle lebenslustigen Frauen von Petersburg schwärmten, angewiesen worden war. Wie sie es selbst in einem ihrer Tagebücher sagt, die in der kaiserlichen Bibliothek aufbewahrt werden, namentlich in dem vom Jahre 1798, war sie eine fast vom Wahnsinn befallene, tiefsinnige Frau. Eine geborene Gräfin Buturlin[1]) und Hofdame der Kaiserin Katharina, heiratete sie 1784 den Kammerherrn Adrian Divoff, der um vieles älter als sie war. Im Jahre 1792 nahm Divoff an der Gesandtschaft teil, welche nach Stockholm geschickt wurde, um den jungen König Gustav IV. zu seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen. Frau

[1]) Gräfin Elisabeth Buturlin wurde 1762 geboren.

Digitized by Google

Divoff begleitete ihren Mann nach Schweden, und verdankt es durch Intrigen und durch ihr einschmeichelndes Wesen die Gunst des Regenten, des Herzogs Karl von Südermanland und der Herzogin Charlotte.

Die Lust zur Intrige verließ Frau Divoff nicht, als sie nach Petersburg zurückkehrte. In ihrem Salon versammelten sich die französischen Emigranten; im „kleinen Coblentz", wie man ihn nannte, wurden alle anregenden Ereignisse des Hofes besprochen. Im Jahre 1794 machten Divoffs ihre erste Reise ins Ausland nach Berlin und in die Bäder Deutschlands; vier Jahre später besuchten sie das Ausland zum zweitenmal, und Frau Divoff hat die Beschreibung ihres Aufenthalts in Wien hinterlassen. Sie schrieb in französischer Sprache für sich, wenn auch ohne Sorgfalt, so doch mit Aufrichtigkeit. Wie ihre Zeitgenossen es bestätigen, waren sie und ihr Mann unbedeutende Persönlichkeiten. Adrian Divoff hatte nichts zu sagen, seine Frau gab den Ton an. Sie war in der Gesellschaft sehr beliebt, verstand das Gespräch zu führen und angenehm zu sein. Sie machte leicht Bekanntschaften und wußte sie zu pflegen. Man kann ihr nicht ein gewisses Talent zu Beobachtung versagen. Unter anderm hatte sie die Gewohnheit, ihre Eindrücke niederzuschreiben.

I

Den 21. März 1798, schreibt Frau Divoff, verließ ich Petersburg; die Aerzte gaben mir den Rat nach Karlsbad, in Böhmen, zu reisen, denn mein Befinden verschlimmerte sich von Tag zu Tag. Ich befand mich in einem schrecklichen Zustand, welcher sechs Monate gewährt hatte, als Kaiser Paul die Güte hatte, meinem Manne zu erlauben, mich ins Ausland zu begleiten. Wir reisten durch Riga, Mitau, Polangen nach Berlin, wo wir den 9. Juli ankamen und im Hotel de Russie abstiegen.

Ich sah die Stadt, welche mir unter allen andern, die ich während meiner Reisen gesehen hatte, am meisten gefiel, mit einer schwer zu beschreibenden Empfindung wieder, denn ich fand dort nicht mehr meinen lieben König; er war seit einem Jahre tot. Die Königin-Mutter [1]) befand sich auf dem Lande, meine Gesundheit erlaubte es mir nicht, sie dort zu besuchen. Ich bin während meines Aufenthalts in keiner Gesellschaft gewesen in Berlin, aber alle meine Freunde besuchten mich. Was mir große Freude machte, war die Freundlichkeit, die man mir erwiesen und trotz meiner vierjährigen Abwesenheit erhalten hat; ich fand alle unverändert gegen mich, als ob ich sie nicht verlassen hätte: die Königin-Mutter schrieb mir, vom Hof des Prinzen Ferdinand [2]) schickte man täglich zu mir und die Prinzessinnen erkundigten sich nach mir.

---

[1]) Die Königin Frederike Luise, geb. Prinzessin von Hessen-Darmstadt; Witwe des Königs Friedrich Wilhelm II.

[2]) August Ferdinand, Prinz von Preußen, jüngster Bruder Friedrich II., gest. 1815; seine Gemahlin war die Prinzessin Luise, Tochter von Friedrich Wilhelm, Markgraf von Brandenburg-Schwedt.

Digitized by Google

In Berlin habe ich den Doktor Brun wiedergesehen, welcher so gut mein Leiden verstand und mir die Quellen von Karlsbad, die Bäder von Töplitz mit Nachkur in Eger, verordnete.

Nach einem achttägigen Aufenthalt in Dresden kamen wir auf einem recht schlechten, steinigen Wege nach Töplitz an. Töplitz gehört dem Fürsten Clary,[1]) der mit einer Tochter des Fürsten von Ligne[2]) verheiratet ist. Der Aufenthalt ist wegen der vielen Badegäste, die dahin strömen, teuer.

Ich habe dort die Herzogin von Kurland[3]) wiedergesehen, welche ich auf meiner ersten Reise in Berlin kennen gelernt hatte. Der Herzog war mit ihr, ebenso ihre vier Töchter, die beiden ältesten sind reizend, hübsch wie Engel und voller Anmut. Den 9. August sind wir nach Karlsbad gefahren, doch kehrten wir nach einigen Wochen wieder nach Töplitz zurück, wo ich zwanzig Bäder nahm und wo wir drei Wochen verbrachten. Wir sahen oft die Familie des Herzogs von Kurland, der im Winter mit seinen Töchtern Prag bewohnte. Die älteste, Prinzessin Wilhelmine, die schön, anmutig, gutherzig war, durcheilte im Sommer mit ihrer Mutter, die noch schöner war, alle Bäder Böhmens, und wurde im Winter bei ihrem Vater auf einem hochgelegenen Schlosse eingesperrt. Die Einsamkeit und dieser romantische Ort hatten ihre Phantasie überspannt, und um sich für die Langeweile des in der Einsamkeit verbrachten Winters zu entschädigen, suchte sie sich im Sommer zu amüsieren. Es ist nicht schwer, auf falsche Wege zu geraten, wenn man mit achtzehn Jahren schön, reich und ohne Leitung ist. Ich sah sie in Prag im Bett, in größter Verzweiflung, schön wie ein Engel, mit zerzaustem Haar. Sie hatte eine Leidenschaft für den Fürsten Plato Zuboff[4]) gefaßt, welcher um ihre Hand beim Herzog angehalten hatte; letzterer haßte aber den Fürsten wegen des Verlustes von Kurland und verweigerte sie ihm. Zuboff wollte die Prinzessin entführen, was ihm nicht gelang, und in derselben Nacht, als wir in Prag ankamen, mußte der Fürst Zuboff auf Befehl des Kaisers Paul nach Rußland abreisen. Die arme Prinzessin war zum Gespött der ganzen Stadt geworden. Man sprach nur von dieser Geschichte, die von

---

[1]) Fürst Leopold Clary und Aldringen (1736 bis 1800), Staatsmann.

[2]) Karl Joseph, Fürst von Ligne (1735 bis 1814), österreichischer Feldmarschall.

[3]) Anna Charlotte Dorothee, Herzogin von Biron-Sagan (1761 bis 1821), geb. Gräfin Medem, Gemahlin des Herzogs Peter von Kurland (1724 bis 1800). Ihre Töchter: 1. Katharina Friederike Wilhelmine Benégue (1781 bis 1839), vermählt 1800 an den Prinzen Jules Armand Louis v. Rohan (1768 bis 1836), von dem sie 1805 geschieden wurde; dasselbe Jahr heiratete sie den Fürsten Basil Trubetzkoi, von dem sie sich 1806 scheiden ließ; 1819 heiratete sie den Grafen Rudolf v. Schulenburg, Kammerherr und Leutnant-Oberst im österreichischen Dienst. 2. Maria Luise Pauline (1782 bis 1845), vermählt 1800 mit dem Fürsten Friedrich Hermann Otto von Hohenzollern-Hechingen (1776 bis 1838). 3. Johanna Katharina (1785 bis 1876), vermählt 1801 mit Franz Pignatelli de Belmonte, Herzog d'Acerenza. 4. Johanna Dorothea (1793 bis 1862), vermählt 1809 an Edmund Graf Talleyrand-Périgord, Herzog von Dino, Leutnant im französischen Dienst (1787 bis 1872).

[4]) Der Fürst Plato Zuboff (1767 bis 1822), der mächtige Günstling Katharinas II., General der Infanterie, Mitglied des Reichsrats.

Digitized by Google

Mund zu Mund ging; das ist recht schade, denn ich habe sie während meiner Reise oft gesehen, sie ist sehr anziehend und hat mir immer viel Freundlichkeit erwiesen.

II

Am 19. Oktober kamen wir von Prag nach Wien. Nachdem wir im Hotel „Zum weißen Ochsen" eine hübsche Wohnung gefunden hatten, stiegen wir am Nachmittag dort ab und setzten unsern Botschafter, den Grafen Razumovsky,[1]) von unsrer Ankunft in Kenntnis. Er suchte uns sofort auf. Uns verbindet mit ihm eine langjährige Freundschaft. Er versprach uns bald eine Winterwohnung zu besorgen, und brachte mir am nächsten Tage seinen Arzt, den berühmten Doktor Frank, mit, dem ich mich anvertraute und der während meines Aufenthalts in Wien beständig für mich Sorge trug, mein Freund war und während sieben Monaten mich täglich, zuweilen auch zweimal täglich, besuchte. Beim Abschied habe ich ihm 50 Dukaten gegeben, welche damals 250 Rubeln in Kupfergeld entsprachen. Er war so liebenswürdig, auch unsre Dienstboten zu behandeln (es ist nicht wie in Moskau).

Der Botschafter, der Fürst Poniatowsky,[2]) und der Fürst von Ligne kamen schon am nächsten Tage zu uns, und ich war entzückt, sie zu sehen. Ich blieb zwei Tage zu Hause, um mich auszuruhen. Nach einer Woche fanden wir schon eine Wohnung an einem großen Platze, genannt Hoher Markt, im kleinen Hause Schwarzenberg. Mitten auf dem Platze befindet sich eine wunderschöne Fontäne, und obgleich dieser Platz nicht einer der größten der Stadt ist, ist er immer voller Menschen; es ist ein beständiges Gewimmel. Wir hatten in der zweiten Etage zehn Zimmer mit Küche und zahlten 45 Dukaten monatlich; alle Zimmer waren klein. Die Wohnungen sind sehr teuer in Wien, ebenso wie das Holz und die Wagen; sonst ist alles sehr billig, sogar die Toilette, wenn man die Stoffe des Landes benutzen will. Kaiser Josef hat eine Menge Fabriken dort eingerichtet, und man findet reizende Seidenstoffe.

Zu Beginn meines Aufenthalts in Wien habe ich mich sehr gelangweilt. Da meine Gesundheit mir nicht erlaubte viel auszugehen, und ich eben angekommen war, konnte ich nicht jeden Abend bei mir empfangen. Ich wußte nicht, wie ich meine Abende verbringen sollte. Wenn man aus dem Schauspielhaus kommt, hört man nur diese Worte „nach Hause", welche die Diener den Kutschern zurufen, nachdem sie die Wagentür hinter ihren Herrschaften geschlossen.

Unser Botschafter, der Graf Andreas Razumovsky, ist ein sehr kluger und gebildeter Mann, in seiner Jugend hatte er den Ruf des schönsten Mannes der Welt, und noch jetzt, obgleich über fünfzig, ist er schön. Man muß ihn kennen, um ihn zu schätzen, denn er hat ein sehr stolzes Aeußere, welches am Anfang abstößt, aber sobald man ihn näher kennt, gewinnt er alle Herzen. Er

[1]) Graf, später Fürst Andreas Razumovsky (1752 bis 1836), heiratete 1788 die Gräfin Elisabeth Thun-Hohenstein-Klösterle, gest. 1806.

[2]) Fürst Stanislas Poniatowsky (1754 bis 1833), russischer Geheimrat.

Digitized by Google

ist in Wien sehr beliebt, und ich glaube, er selbst fühlt sich da so wohl, daß er es nicht verlassen will. Er hat ein Stück Land, wo er ein Haus gebaut hat, unmittelbar bei Wien gekauft, und der Kaiser hat ihm sogar erlaubt, eine Brücke über die Donau zu bauen, die seinen Besitz mit dem Prater verbindet.

Der Graf gab zweimal wöchentlich Diners für die Russen und einige Freunde; seine ganze Familie nahm daran teil. Sie fanden an den Posttagen, Mittwoch und Sonnabend, um drei Uhr statt. Nach dem Kaffee zog er sich zurück, um seine Briefe zu erledigen. Die Gräfin Elisabeth empfing bis acht Uhr abends und ging dann selbst aus, um ein Souper von zwei Gängen bei Frau Rombeck einzunehmen, der Schwester des Grafen Cobenzl,[1]) der bei uns in Rußland Botschafter ist. Die ganze Gesellschaft vereinigte sich bei ihr am Abend, denn sie ging niemals aus. Sie gab ein Souper, welches aus kaltem, vom Mittag nachgebliebenem Fleisch und Eiern bestand. Die Fürstin Marschallin von Lubomirska ließ zwei weitere Speisen aus ihrem Hause bringen, und so blieb man bis drei oder vier Uhr morgens auf. Was ich am Anfang an dieser angenehmen Gesellschaft auszusetzen hatte, ist dies, daß es für eine Fremde recht schwer ist, die Familiennamen und die in Wien noch erforderlichen Taufnamen zu behalten. Außerdem wurden noch Spottnamen gebraucht, z. B. Diedrichstein wurde wegen seiner großen Nase „Naso" genannt, Kronenburg „der Lahme", Fräulein von Specht „die große Schöne" usw. Wenn man alle diese Namen nicht kennt, weiß man gar nicht, was man sagen soll.

Bald fing ich an, auch bei mir zu empfangen. Wien ist wirklich eine prachtvolle Stadt, und man kann dort leben wie man will. Sobald man ein kleines Heim hat, wo man im Salon zwei Lampen anzündet, zwei oder drei Speisen und ein paar Flaschen Wein anbietet, ist man sicher, jeden Abend Gäste zu haben. Ich hatte mich mit der ganzen Gesellschaft der Botschafterin befreundet, und fand viel Gefallen an allen diesen liebenswürdigen Menschen, die größtenteils Ausländer waren, denn was die Männer des Landes anbetrifft, so haben sie für sich bloß Höflichkeit anzuführen.

III

Die Familie der Botschafterin bestand aus ihrer Mutter, zwei Schwestern ihrer Cousine, der Gräfin Kinsky und ihrem Vetter, dem Grafen Diedrichstein.

Die alte Gräfin Thun war eine sehr freundliche und liebenswürdige Frau, mit der Kaiser Josef sehr befreundet war, er schätzte sie hoch und suchte sie oft auf. Sie vergißt nicht ihre 48 Ahnen, ebenso wie alle Frauen Wiens, aber sie hat die Sanftmut eines Engels, den besten Ton und eine sehr interessante, anregende Konversation.

---

[1]) Johann Ludwig Joseph Graf v. Cobenzl (1753 bis 1809), Botschafter in St. Petersburg. Sein Bruder Johann Philipp Graf v. Cobenzl (1741 bis 1811), Minister des Aeußern.

Digitized by Google

Ihre beiden Töchter Christine, Fürstin Lichnowsky, und Milady Karoline Guillefort, sind schön, groß, tugendhaft, aber außerordentlich kalt und unfreundlich. Die Fürstin Lichnowsky besonders scheint keine Seele zu haben, und sogar im Hause ihrer Schwester, der Botschafterin, ist sie unfreundlich und spricht in unsrer Gegenwart deutsch, welche Sprache wir ebensowenig verstehen wie ihre eisigen Manieren.

Ihre Cousine, die Gräfin Therese,[1]) genannt die „schöne Kinsky", Schwester des Grafen Diedrichstein, ist eine sehr schöne Frau, groß von Wuchs, schön gebaut, sanft und gut, mit reizenden Augen. Sie wurde gegen ihren Willen von ihrem Vater verheiratet und war sehr unglücklich mit ihrem Mann, von welchem sie sich trennte. Ungeachtet der großen Leidenschaften, die sie einflößte, konnten die bösen Zungen ihrem guten Ruf nicht schaden, sie ist, wie ich überzeugt bin, tugendhaft, aber auch kalt; ich finde sie weder zart noch gefühlvoll, aber ihre Augen haben etwas Göttliches.

Graf Diedrichstein,[2]) ihr Bruder, ist ganz unbedeutend, mager, blond, sehr wenig mitteilsam; er war nach Rußland gesandt worden, um Kaiser Paul bei seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen, und damals heiratete er die Gräfin Schuwaloff. Diese Heirat machte das Unglück einer reizenden Frau, der Vicomtesse Uduart, einer wunderschönen Kreolin, Cousine des Grafen Ségur in Brüssel, an einen Kammerherrn des Kaisers von Oesterreich verheiratet, einen Mann von sechzig Jahren, während sie kaum dreißig zählte. Sie war eine Emigrantin, die, nachdem sie in der Revolution alles verloren hatte, sich in Wien niederließ. Sie war eine meiner nächsten Freundinnen, die ich täglich sah.

Was die Herren anbetrifft, bildeten einige sehr liebenswürdige Männer die Gesellschaft des Botschafters.

Der Fürst von Ligne,[3]) den ich nicht zu beschreiben versuchen werde, da jedermann ihn kennt; er ist der liebenswürdigste Mensch der Welt, immer heiter und unternehmend, ungeachtet seines Alters; er hat sein ganzes Vermögen in den Niederlanden verloren und besitzt fast gar nichts mehr als seinen Frohsinn, den er bei all seinem Unglück behalten hat.

Der herbste Schlag für ihn war sicherlich der Tod seines geliebten Sohnes, der ihm ganz unerwartet kam und ihn wie ein Blitz traf. Dieser Sohn war ein sehr guter Junge. Wir kannten ihn von Rußland her, er war tapfer, hat

---

[1]) Maria Theresia Kinsky, geb. Gräfin Diedrichstein (1768); ihr Mann Fürst Philipp Joseph Kinsky (1741 bis 1827).

[2]) Graf, nachher Fürst Franz Joseph Johann v. Diedrichstein, Proskau-Leslie (1767 bis 1854), Oberhofmeister, Humanist, vermählt mit der Gräfin Alexandra Schuwaloff 1797. Sein Vater Fürst Johann Baptist Karl Walter v. Diedrichstein, Proskau-Leslie (1728 bis 1808), Staatsmann, vermählt mit der Gräfin Maria Christine Thun (1738 bis 1788).

[3]) Karl Joseph Fürst v. Ligne (1735 bis 1814), österreichischer Feldmarschall; sein Sohn fiel im Jahre 1792 im Kampf gegen die Franzosen.

Digitized by Google

sich im Kriege ausgezeichnet, und liebte seinen Vater sehr. Von dieser Zeit an litt der arme Vater an trübsinnigen Stimmungen, die er zu zerstreuen versuchte. Er ist in ganz Wien sehr beliebt, und von seinen Töchtern angebetet. Als Frau von Rombeck nach Rußland ging, kam Elisabeth mit ihrer Gesellschaft häufig zum Souper, das von der schon erwähnten Art war: zwei kalte Speisen in einem ganz kleinen Zimmer serviert, in dem einer auf dem andern saß, aber in dem man sich köstlich amüsierte.

Der Fürst von Ligne hat sich einmal über Giamboni, auch einen alltäglichen Gast der Botschafterin, auf folgende Weise lustig gemacht. Giamboni beklagte sich bald nach seiner Ankunft in Wien beim Fürsten über die „nach Hause", die er jeden Abend beim Ausgang aller Theater hörte, und darüber, daß er, der Aermste, genötigt sei, alle Abende allein zu verbringen. Der Fürst erwiderte ihm: „Lieber Freund, diese Frau „nach Hause" ist die schönste Frau Wiens, jedermann geht zu ihr, ohne vorgestellt zu sein. Wenn Sie heute das Theater verlassen, sagen Sie Ihrem Diener in deutscher Sprache: Fahren Sie nach Hause, dann wird er Sie zu ihr bringen, und Sie werden vom Hause dieser Dame entzückt sein. Ich bürge Ihnen dafür, daß Sie alle Abende, solange Sie in Wien sind, dahin zurückkehren werden." Giamboni, der ein Toskaner ist und kein Wort deutsch versteht, bedankt sich beim Fürsten, macht höchst erfreut schöne Toilette, und träumt den ganzen Tag vom bevorstehenden Abend. Als er das Theater verläßt und in den Wagen steigt, sagt er dem Diener das so oft gehörte Wort. Wie groß ist sein Erstaunen, als er entdeckt, daß er in seine Herberge gebracht worden ist; er gerät in Zorn; die Wirtin kommt zur Hilfe. Giamboni wiederholt unaufhörlich: „Ich wollte zu Frau nach Hause fahren, und der Spitzbube bringt mich zu mir." Man erklärte ihm, was „nach Hause" deutsch bedeutet, und daß sich keine Dame solchen Namens in Wien befindet. Nun versteht er den Scherz des Fürsten und begibt sich zu ihm, um mit ihm darüber zu lachen. Beide haben es mir erzählt.

Von den Ausländern habe ich noch den Prinzen Ludwig von Rohan[1]) gekannt. Es ist ein sehr guter Mensch, hat das beste Herz und ist immer unglücklich. In Frankreich geboren, um dort zu glänzen, ohne Vermögen, machte er tolle Streiche in Wien; seitdem hat ihn das Glück nur für einen Augenblick begünstigt. Während einer Reise, die er den nächsten Winter nach Prag machte, gelang es ihm, der schönen Wilhelmine, Prinzessin von Kurland, zu gefallen. Er heiratete sie. Ich habe oft den guten Prinzen Ludwig in Wien, in den Bädern und in Paris getroffen, wo er sich mit seiner Frau, mit der er wie Bruder und Schwester lebte, und dem Baron Armfeld befand.

Was nun die Wiener und Wienerinnen betrifft, will ich versuchen, diejenigen, die ich am öftesten sah, zu beschreiben.

---

[1]) Der Prinz Julius Armand Ludwig v. Rohan (1768 bis 1836), heiratete 1800 die Herzogin Wilhelmine von Sagan und wurde 1805 von ihr geschieden.

Digitized by Google

IV

Der Fürst von Colloredo,[1]) Vizekanzler des Reiches; er lebt am Hof und ist in zweiter Ehe mit einer Frau, die wie eine ägyptische Mumie aussieht, vermählt. Seine erste Frau war die Mutter meiner guten Freundin, Frau von Eltz, die ich viel in Dresden gesehen habe, und welche mir einen Empfehlungsbrief an ihren Vater, der sie vergöttert, gegeben hat. Dank diesem Briefe wurde ich von ihm sehr gut aufgenommen, und jedesmal, daß ich bei ihm war, unterhielt er sich mit mir, während er mit den andern fast niemals sprach. Ich gestehe, daß die Art, in den ersten Häusern Wiens zu empfangen, mich erstaunte. Die Frau des Hauses, geschmückt wie eine Puppe mit Diamanten, und am Empfangstage stets in einem seidenen Kleide, sitzt auf dem Diwan, erhebt sich für niemand, und erwartet ihre Gäste zum Mittag von zwei Uhr. Nach dem Essen spielt sie ihre Partie Boston und spricht nur mit denen, die mit ihr spielen. Dann erscheint Besuch. Weder die Ausländerinnen noch die Frauen des Landes können dort in Mull- oder Batistkleidern erscheinen, sondern nur in Seidenstoffen. An den Höfen der Prinzen und Prinzessinnen von Preußen ist man viel weniger anspruchsvoll.

Der Graf Kolowrat[2]) war in der Gesellschaft sehr unbedeutend und verdrießlich, aber recht höflich, seine Frau ist Hofdame der Kaiserin Maria Theresia gewesen. Sie war sehr höflich und war die einzige, die sich noch nach der alten Mode kleidete, mit einer unendlich langen Taille, Graf Trauttmansdorff[3]) ist mit der Schwester des Fürsten Colloredo verheiratet. Er hat sich seit dem Verlust der Niederlande vom Dienst zurückgezogen; er war dort Statthalter gewesen und wurde in Brüssel sehr beliebt. Es ist ein Wunder, daß dieser Graf Trauttmansdorff liebenswürdig war, denn in Wien war es Graf Cobenzl allein, der diese Eigenschaft besaß. Er hatte keine Stelle, strebte nach nichts, war also gar nicht genötigt hauszuhalten; statt dessen war das seinige das schönste, das am besten möblierte und das angenehmste in der Stadt; immer gut erleuchtet. Er spielte nicht Karten, machte aber den Frauen den Hof und war immer bereit, Gäste zu sehen, die er zu empfangen verstand. Er gab Gesellschaften am Mittwoch und war sehr liebenswürdig gegen alle; man verzieh gern seiner Frau ihren Stolz über ihre 16 oder 48 Ahnen, was die Fremden sehr wenig interessierte. Man ließ sie in Ruhe, nachdem man sich ihr genähert und sie gefragt, wie es ihr ging. Sie gaben auch einmal wöchentlich ein großes

---

[1]) Franz de Paul Gundakar I., Fürst von Colloredo-Mansfeld (1731 bis 1807), Reichskanzler. Seine erste Frau Maria Isabella Anna Ludomilla, Reichsgräfin von Mansfeld.

[2]) Graf Leopold v. Kolowrat-Krakowsky (1727 bis 1809), seine Gemahlin Maria Theresia, Prinzessin Khevenhüller-Metsch (gest. 1805).

[3]) Der Graf, später Fürst Ferdinand Trauttmansdorff-Weinsberg (1749 bis 1827), bevollmächtigter Minister in den Niederlanden; seine Frau war eine geborene Prinzessin Colloredo.

Digitized by Google

Diner, und während des Karnevals, der in Wien sehr lange dauert, verwandelten sich ihre Gesellschaften in Bälle; sobald meine Gesundheit es mir erlaubte, versäumte ich nicht einen einzigen. Sie waren sehr hübsch und amüsant, die Anzahl schöner Frauen und Mädchen, die man dort sah, war unglaublich groß. Nie in meinem Leben habe ich so viele Schönheiten gesehen wie in Wien. Das Geblüt ist prachtvoll. Aber im Gegenteil gibt es keinen Mann, nicht einen einzigen, der schön, interessant und liebenswürdig wäre. Es scheint mir, daß das Herz der Frauen dort ewig ruhen soll, ebenso wie die Eifersucht der Männer. Graf Trauttmansdorff, ein Mann von fünfzig Jahren, ist der einzige Wiener, mit dem man plaudern möchte. Seine Konversation ist sehr interessant.

Der Fürst Starhemberg,[1]) großer Kammerherr, war mit der Tochter des Fürsten Aremberg vermählt. Er ist der reichste und der geizigste Herr im Reiche, sein einziger Sohn ist der Graf Ludwig von Starhemberg,[2]) den wir in Rußland gekannt haben. Es tat mir sehr leid, ihn in Wien nicht zu treffen, er war bei seiner Botschaft in London.

Der Fürst besitzt ein prachtvolles Haus, und da er und die Fürstin ihr Leben in Frankreich verbracht haben, wo der Fürst Botschafter gewesen ist, haben sie ihr Haus auf französische Art mit viel Geschmack eingerichtet, und die gute, anbetungswürdige Fürstin, die ich bis zum Wahnsinn liebe, hat ganz das Aussehen der früheren französischen Damen; sie saß auf ihrem Diwan und empfing jeden Tag auf die liebenswürdigste Weise Ich bin dort soviel wie möglich gewesen. Sie gaben oft große Diners, die herrlich schmeckten.

Die Gräfin Pergen,[3]) Mutter der Gräfin Brenner, die ich in Kopenhagen während meiner ersten Reise gekannt habe, ist eine sehr ehrwürdige Frau, vom besten Ton; ungeachtet ihrer sechzig Jahre ist sie heiter und sehr liebenswürdig und hat eine anregende Konversation. Sie war eine nahe Freundin Kaiser Josephs, der sie oft besuchte und viel von ihr hielt. Um zu zeigen, wie hoch in der österreichischen Nation die Ahnen geschätzt werden, will ich folgendes Ereignis erzählen.

Kaiser Joseph hatte viel Güte für Frau von Frieß, Frau eines bekannten Bankiers, er war mit ihr sehr befreundet und ging öfters zu ihr. Mehrere Male hatte er die Gräfin Pergen gebeten, sie einzuladen und bei sich zu empfangen. Niemals konnte er es erreichen. Da ging eines Tages der Kaiser zu Frau

---

[1]) Georg Adam Fürst von Starhemberg (1724 bis 1807), Gesandter in Frankreich. Seine Frauen: 1. Maxima Therese Esther, Gräfin Starhemberg (1747). 2. Maria Franziska Prinzessin Salm-Salm.

[2]) Ludwig Joseph Max Fürst Starhemberg (1762 bis 1833), Botschafter in London.

[3]) Graf Johann Baptist Anton Pergen (1725 bis 1814), Polizeiminister. Seine Frau Philippine Gabrielle Johanna Freiin v. Groschlag. Seine Tochter Maria Anna, Gräfin Brenner (1775 bis 1801), vermählt mit dem Grafen Joseph Franz Brenner, Minister in Kopenhagen.

Digitized by Google

von Frieß, nahm sie in seinen Wagen und brachte sie zur Gräfin, der er sie vorstellte. Es war nichts mehr zu machen, der Kaiser hat viel darüber gelacht ebenso wie alle Damen mit ihren achtundvierzig Ahnen, die genötigt waren gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Graf Pergen war Polizeiminister, er ist ein sehr ehrwürdiger Greis, der an den Augen leidet und sich deshalb früh in seine Gemächer zurückzog. Die Art und Weise, wie die Gräfin lebte, war ganz wienerisch und nicht russisch.

Sie empfing jeden Abend um 7 Uhr auf ihrem Diwan. Um ihren Salon zu erreichen, mußte man durch eine große kalte Halle und eine kalte Treppe gehen, die nie geheizt wurden, sogar mitten im Winter nicht; dann kam man in ein Vorzimmer, wo sich die Diener befanden. Da gab es einen geheizten Ofen. Wenn man dies angenehme Vorzimmer, wo man geneigt war, mit den Dienern zu bleiben, um sich zu wärmen, passiert hatte, mußte man, bevor man zur Gräfin gelangte, noch durch drei oder vier große Säle wandern, die auch ungeheizt waren, und wo es kälter war als auf der Straße. Wenn man sie erreichte, wurde man durch ihre Güte, Liebenswürdigkeit und ebenso kluge wie angenehme Konversation für alles, was man durchgemacht hatte, belohnt. Man ging zu ihr, teils weil es zum guten Ton gehörte, teils von ihr selbst angezogen, wenigstens war letzteres mein Fall. Um 8 Uhr erschien ihr Kammerdiener mit einer Tasse Schokolade und Butterbroten, es war ihr Souper. Den übrigen bot sie niemals etwas anderes als ein Glas Wasser an. Wenn sie ihre Schokolade getrunken hatte, fing sie ihre Partie Boston an mit den drei Personen, die bleiben wollten, um bis 11 Uhr zu spielen, und es wurde ihnen nichts angeboten, weder ein Stück Brot, noch ein Glas Wein. Nun, ungeachtet dessen war man ganz glücklich, mit ihr einen Abend zu verbringen, und jedermann eilte zu ihr; sie war ihrer Macht zu sicher, um zu fürchten, einen Abend des Jahres ohne Boston zu bleiben.

Die Gräfin von Brenner, Mutter jenes Grafen Brenner, den ich als Gesandten des Kaisers in Dänemark gekannt habe, war eine Frau von sechzig Jahren, die sehr gut und liebenswürdig gegen die Fremden war, denn sie hat längere Zeit in Venedig gelebt, wo ihr Mann[1]) Botschafter gewesen ist. Sie hat es selbst empfunden, wie es für eine Fremde peinlich ist, nur eisigen Gesichtern zu begegnen. Wie oft während meines Aufenthalts in Wien bin ich versucht gewesen, zu glauben, daß die Natur sich geirrt habe, indem sie die Wienerinnen in den Süden und uns Russinnen in den Norden pflanzte.

Der regierende Fürst von Lobkowitz[2]) ist mit einer Prinzessin Schwarzenberg verheiratet. Er ist ein sehr braver Mensch, ungeheuer reich und besitzt in Wien ein prachtvolles und großes Haus. Er liebt leidenschaftlich die Musik und sang selbst in allen Gesellschaftskonzerten, er hat eine sehr schöne Baßstimme

---

[1]) Graf Karl Brenner.

[2]) Joseph Franz Maximilian Herzog von Tradnitz (1772 bis 1816), seine Frau Karoline, Prinzessin Schwarzenberg (1775 bis 1816).

Digitized by Google

und veranstaltete oft bei sich Konzerte. Sein Saal war sehr groß, er lud viele Gäste ein, und es wurden Erfrischungen angeboten, aber kein Souper; um 9 Uhr ging man nach Hause, und durch die geöffnete Tür erblickte man einen großen Tisch, der für den Fürsten, seine Familie und die Gewohnten des Hauses gedeckt war.

Als siebenjähriger Knabe hat er das Unglück gehabt, lahm zu werden; er geht auf Krücken und hat sich daran so gewöhnt, daß er sich schneller bewegt als wir mit beiden Beinen. Er ist immer guter Laune, fröhlich, und scheint das Leben zu genießen, dabei hat er das beste Herz. Seine Frau ist auch sehr angenehm und gutmütig.

Was den Fürsten Schwarzenberg[1]) anbetrifft, kenne ich ihn sehr wenig; die Männer sind in Wien so wenig mitteilsam! Ich habe nur sein Palais gesehen und habe nur seine großen Konzerte, zu denen Eintrittsbillette nötig waren, besucht. Er ist mit der Prinzessin Pauline von Aremberg vermählt, sie ist eine reizende, hübsche Frau. In ihrem Hause führte man Haydns „Schöpfung" auf, und Haydn,[2]) dieser gute Greis, war selbst dabei. Es war recht interessant, ihn nach dem Konzerte zu beobachten; unterstützt von zwei Männern wurde er unter unendlichem Beifall auf die Bühne geführt.

Der Fürst ist der reichste Mann Wiens und der einzige, der keine Schulden hat.

Der Fürst Esterhazy,[3]) verheiratet mit einer Prinzessin von Liechtenstein, war Kapitän der schönen ungarischen Garde in Wien. Er hat ein sehr großes Vermögen, aber empfängt niemand, obgleich er ein schönes, prachtvoll möbliertes Palais besitzt. Während der sieben Monate, die ich in Wien verbrachte, hat er nur einen großen, wahrhaft wunderschönen Ball gegeben. Aber wozu der Reichtum, wenn man ihn auf die Weise des Fürsten Nikolaus Esterhazy verwendet! Er beschäftigte sich nur mit seinen Pferden, Hunden und mit der Jagd. Er wurde damals zum Empfang unsres Großfürsten Konstantin[4]) geschickt und war dessen Person während dessen Aufenthalt in Wien attachiert. Ungeachtet seines Reichtums fuhr er ihm in einem einfachen Kabriolett mit einem einzigen Diener entgegen. Man sagte, er hätte auch Schulden. Es war ein toller Kopf, aber ein gutmütiger Mensch, der Freund seiner Freunde. Er hatte es wohl dem Grafen Razumovsky bewiesen, dessen innigster Freund er war; obgleich der Graf noch mehr mit seiner Gemahlin, einer reizenden Frau, befreundet war. Sie war gut und liebenswürdig, und es war be-

---

[1]) Joseph Johann Nepomuk Fürst v. Schwarzenberg (1769 bis 1833), seine Frau Pauline Karoline Iris, Prinzessin Aremberg (1774 bis 1810).

[2]) Franz Joseph Haydn (1737 bis 1810), berühmter Komponist.

[3]) Nikolaus Fürst Esterhazy v. Galantha (1765 bis 1833), Feldzeugmeister. Seine Frau Maria, Prinzessin von Liechtenstein.

[4]) Der Großfürst Konstantin, Sohn des Kaisers Paul (1779 bis 1830). Er begab sich im Jahre 1798 nach Italien, um den Feldmarschall Suworoff zu treffen.

Digitized by Google

dauernswert, daß man sie so wenig sah. Die Familie Liechtenstein ist sehr reich; der Besitzer des schönen Palais mit einer prachtvollen Bildergalerie ist wahnsinnig.

Die Gräfin Bellegarde und ihr Mann[1]) waren sehr nette Leute; er besonders war sehr liebenswürdig, war aber eben kein Wiener. Er stammte aus Piemont, hatte einen sehr guten gesellschaftlichen Ton, hatte eine sehr angenehme Art zu sprechen und hatte nichts Gemeinsames mit den Wiener Herren. Er plauderte, lachte, trieb Scherze mit den Frauen, sprach in ihrer Gegenwart nicht von Pferden, Hunden und der Jagd. Ich hatte ihn sehr gern und nannte ihn stets „mein Lieblingsgeneral"; seine Frau, die mich sehr liebte, erlaubte es mir, denn sie sah wohl, daß es ohne jede Folge war. Sie war sehr klug, und da ihr Mann auch nicht ohne Schlauheit ist, glaube ich sie beide zur Intrige geneigt.

Der Fürst von Clary, dessen Frau die Tochter des Fürsten von Ligne ist, ist der glückliche Besitzer von Töplitz, um welches ich ihn beneide. Er ist ein vortrefflicher, braver Mann ohne Ansprüche. Er war der Anbeter von Frau von Keller,[2]) Frau des Gesandten von Preußen, die ein sehr gutes Betragen hatte, ihren Mann und ihre Kinder sehr liebte und eine vortreffliche Hausfrau war; er aber folgte ihr wie ein Schatten, obgleich sie seine Leidenschaft nicht erwiderte. Uebrigens machte es ihn nicht unglücklich, denn man sagte, es sei eben seine Art und Weise zu lieben. Er war einer Frau zugetan, solange sie ihm nicht ihre Gunst gespendet hatte.

Die Fürstin war eine sehr gute Frau, sie liebte ihren Vater abgöttisch, verließ ihn nie, verbrachte ihre Abende da, wo ihr Vater war, aber wie alle Wienerinnen empfing sie nicht bei sich. Ich war mit ihr sehr befreundet, besonders mit ihrem Mann, aber ich habe ihr Haus nie betreten.

Die Fürstin von Ligne, ihre Mutter, war eine komische Dame von sechzig Jahren und hatte das Aussehen einer französischen Marquise aus vergangener Zeit, aber sie war wenig geistreich und gebildet. Sie hatte noch zwei nette Töchter; eine, die hübscheste, heiratete damals einen jungen, reichen Ungarn, den Grafen Palfy,[3]) Neffen der Fürstin Colloredo. Ihre dritte Tochter, Flora genannt, war gut gewachsen, angenehm und elegant, aber gar nicht hübsch. Man suchte für sie überall, in Wien und in den Bädern, einen Bräutigam, der sich bis jetzt noch nicht finden ließ; die Gelegenheit, ihre Freiheit zu verlieren, hat sich noch nicht eingestellt.

---

[1]) Friedrich Heinrich Graf von Bellegarde (1760 bis 1845), Feldmarschall. Seine Frau war eine Deutsche, geborene Auguste Berlichingen (1765 bis 1831).

[2]) Dorotheus Ludwig Christoph Graf v. Keller (1757 bis 1827), preußischer Diplomat. Seine Frau war eine geborene Gräfin Wittgenstein, Schwester des russischen Generals desselben Namens.

[3]) Johann Leopold Graf Palfy-Erdöd (1775 bis 1821), Sohn der Gräfin Gabrielle Palfy, geborene Colloredo-Mansfeld. Seine Frau Euphemia, Prinzessin von Ligne.

Digitized by Google

Die Gräfin Czernin,[1]) eine Nichte der Fürstin von Starhemberg, hatte ein sehr angenehmes Aeußere. Sie war ebenso höflich wie ihr Mann, beide haben mir viel Freundlichkeit erwiesen. Ich hatte an sie einen Empfehlungsbrief von ihrer Cousine, der Gräfin Eltz, gebracht, und deshalb hatte ich das Vergnügen, sie näher kennen zu lernen; sonst wäre ich ihnen nur in den Gesellschaften begegnet. Beide waren seltene Leute. Sie hatten nichts von der Steifheit der Wiener, und wenn sie nicht anders lebten, so war es nur deshalb, weil es nicht Brauch war, offenes Haus zu halten. Während des Winters haben sie drei große Soupers gegeben. Der Graf hatte sich vom Dienst zurückgezogen; er besaß ein prachtvolles Haus und das große Gut Schönhoff in Böhmen. Wenn die Gräfin in Gesellschaft erschien, war sie mit Diamanten und Perlen bedeckt. Ich habe überhaupt nirgends so viel Reichtum wie in Wien gesehen. Es gibt ein Gesetz, welches, finde ich, bei uns wegen unserer großen Vorliebe zur Verschwendung eingeführt werden sollte. Eine Frau kann nie ihre Schmucksachen verkaufen, sie bilden ein Fideikommiß; die Juwelen gehen in der Familie von Vater zu Sohn über, deshalb gibt es in Wien so viel Diamanten und Edelsteine von sehr hohem Wert.

Das sind die Wiener, die ich während meines Aufenthalts in Wien gesehen und gekannt habe. Ich bin auch öfters bei Frau von Arenstein aus Berlin gewesen. Sie war eine Jüdin und an einen jüdischen, sehr reichen Bankier aus Wien verheiratet. Er war ein sehr ehrlicher, sehr edel gesinnter Mann. Sie hatten eine einzige, sehr hübsche und wohlerzogene Tochter, die von mehreren Edelleuten zur Frau begehrt worden war, aber sie hatte allen abgesagt, denn sie wollte nur einen Juden heiraten.

Das Arensteinsche Haus war das angenehmste in Wien, es war jeden Tag allen Fremden geöffnet, und jeden Abend fand man dort ein gutes Souper. Alle Minister gingen dahin, ebenso viele Adlige, der Graf Trauttmansdorff, der Graf Philipp Cobenzl usw., aber keine einzige Dame, obgleich sie es furchtbar gerne getan hätten, aber es wäre eine Schmach für den Adel gewesen. Frau von Arenstein war eine sehr angenehme und wohlerzogene Frau mit den Manieren der besten Gesellschaft, sie war wohltätig und gab ihr Geld auf eine bessere Weise aus als die reichen Wiener.

V

Da die Botschafterin wegen ihrer Gesundheit nicht an den Hof ging, bat sie ihre Mutter, mich vorzustellen. Diese brachte mich an einem Vormittag ohne jede Zeremonie ins Palais. Der Kaiser und die Kaiserin befanden sich in demselben Zimmer, empfingen mich stehend und erwiesen mir viel Güte. Den Zügen des Kaisers war die Güte und Offenheit eingeprägt. Er war im höchsten

[1]) Maria Theresa Schönborn-Heussenstamm (1758 bis 1861), Gemahlin des Grafen Johann Rudolph v. Czernin, Oberstkämmerer.

Digitized by Google

Grade gütig. Wenn er mit seiner Gemahlin ausfuhr, so war es in einem offenen Wagen, den er selbst lenkte. Er fuhr jeden Sonntag auf diese Weise in den Prater, und da man, um dahin zu gelangen, die Vorstadt Leopoldstadt und zwei Brücken passieren mußte, war es von der Polizei verboten, jemand auf der großen Allee des Praters und auf den Brücken zu überholen. Die einen fuhren dahin, die andern kamen zurück und begegneten sich. Dort bin ich Zeuge von der Güte des Kaisers gewesen. Da er selbst lenkte und die Grüße nicht erwidern konnte, hatte er verboten, ihn zu grüßen. Eines Sonntags im Prater wurden wir von einem schrecklichen Gewitter, gefolgt von einem Platzregen, überrascht, und ich habe selbst gesehen, wie dieser gute Kaiser, ganz durchnäßt, in der Wagenreihe fuhr, ohne jemand überholen zu wollen.

Man empfing nicht am Wiener Hof, nur für den Großfürsten Konstantin gab man große Herrendiners, denen meine Landsleute, darunter auch mein Mann, beiwohnten.

Die Kaiserin ging fast jeden Abend ins Theater, in eine Loge, die sich keineswegs von den andern unterschied.

Am Neujahrstag gab es eine Zeremonie am Hof, den sog. Cercle: alle Frauen begaben sich dahin in faltenreichen Kleidern und die ungarische Garde in großer Paradeuniform, die wunderschön aussieht. Der Fürst Esterhazy, ihr Kapitän, ging an ihrer Spitze; seine Uniform war vollständig mit Perlen ausgenäht, und seine Mütze war damit bedeckt. Die deutsche Garde befand sich auch dort, ihre Hauptleute waren der alte Marschall Lobkowitz[1]) und sein Schwiegersohn, der Fürst Auersperg.[2]) Als der Cercle zu Ende war (er fand nach Verlassen des wundervollen Stephansdoms statt), setzte sich die kaiserliche Familie auf Thronstühlen an den Tisch. Dort befanden sich auch Erzherzog Ferdinand von Mailand mit Gemahlin und Sohn und der Großherzog von Toskana, Bruder des Kaisers, mit seiner Frau (die recht häßlich, aber angenehm war). Die beiden lebten in Wien, seitdem die Franzosen in ihr Land eingedrungen waren.

Dieses Diner, welches „großes Couvert" genannt wird, hat ein besonderes Zeremoniell. Man trägt drei Gänge auf, dann das Dessert und niemand rührt daran. Die Trompeten werden unaufhörlich geblasen. Nachdem niemand was gegessen und die Tische abgedeckt worden sind, bringt man eine große goldene, mit Wasser gefüllte Schale, der Kaiser wäscht sich die Hände, grüßt rings umher und zieht sich zurück.

Während dieses merkwürdigen Diners, das eine halbe Stunde dauert, läßt der Kaiser alle fremden Gesandten an seinen Tisch kommen und unterhält sich mit ihnen.

---

[1]) Joseph Maria Karl Fürst Lobkowitz (1725 bis 1802), k. k. Feldmarschall.

[2]) Franz Xaver Graf Auersperg (gest. 1808), Feldmarschalleutnant.

Digitized by Google

Herzog Albert[1]) lebte auch in Wien seit der Revolution. Er war Statthalter in den Niederlanden gewesen, seine Frau, die Prinzessin Christine,[2]) die dort gestorben ist, war allgemein beliebt. Der Herzog war ein sehr angenehmer, guter, höchst höflicher Mann, der sehr gut zu empfangen verstand. Ich war bei ihm mehrmals zum Diner, und während des Winters hat er prachtvolle Bälle gegeben, auf denen seine Nichte, die Herzogin von Reario, die Honneurs machte. Sie war die Schwester des Chevalier von Saxen, eine sehr schöne, aber kokette Frau, die allen die Köpfe verdrehte, besonders den Engländern, deren es eine ganze Menge gab; alles Reisende und Säufer, die sich sogar so weit vergaßen, auf dem Ball des Herzogs Albrecht Punsch bis auf Verlust des Bewußtseins zu trinken.

Ich habe in Wien auch die Tochter Ludwig XVI.[3]) getroffen und bin ihr durch die Botschafterin vorgestellt worden. Sie ist höchst interessant und hat ein reizendes Auftreten voll Höflichkeit und Freundlichkeit. Ich bin bei ihr am Vormittag gewesen und habe sie gefunden umgeben von allen französischen, nach Wien emigrierten Damen.

Das Leben in Wien entsprach am meisten meinem Geschmack. In Berlin gab es mehrere Höfe, die genierten; wenn man da zum Souper eingeladen wurde, mußte man sich dahin begeben. Die Gesellschaft war so klein, daß alle sich begegneten, und man konnte niemand bei sich empfangen. Aber in Wien ist es ganz anders. Man brauchte nur ein warmes Zimmer zu erleuchten und seinen Bekannten zu sagen: ich empfange jeden abend nach dem Theater, und man war sicher, die liebenswürdigsten Leute Wiens bei sich zu sehen, und der Winter verging in einer angenehmen und heiteren Weise. In meinen Augen ist Wien ein kleines Paradies!

Amerikanisch-chinesische Beziehungen und ihre Rückwirkungen auf Japan

Von

Eugen Ritter v. Kuczynski

„Pazifische Aera" nennen die Amerikaner die imperialistische Politik ihres Landes, welcher in der berühmten San Franzisko-Rede Roosevelts im Jahre 1903 in feierlicher Weise Richtung und Name gegeben worden sind: „Der Umfang unsrer territorialen Herrschaft ist noch immer größer als der Bannkreis unseres Einflusses. Unsre geographische Lage am Stillen Ozean ist

---

[1]) Herzog Albert von Sachsen-Teschen (1738 bis 1822).

[2]) Erzherzogin Christine, Tochter der Kaiserin Maria Theresia.

[3]) Marie Therese von Frankreich (1778 bis 1851), vermählt mit dem Herzog von Angoulême.

Digitized by Google

derart, daß sie Amerika in der Zukunft die friedliche Beherrschung seiner Gewässer sichern muß, wofern wir nur die Vorteile unsrer Stellung mit der nötigen Entschiedenheit erfassen."

Diese denkwürdigen Worte wurden gesprochen fünf Jahre nach dem ersten Vorstoße der Unionsstaaten in dem Großen Ozean. Drei wichtige Ereignisse markieren dieses Vordringen Amerikas in die ostasiatische Welt: die Eroberung der Philippinen (1898), die Annexion des ehemaligen kanadischen Königreiches Hawai, endlich die Erwerbung der Panamakanalrechte nach dem Zusammenbruche des Lesseps'schen Unternehmens. Zur Sicherstellung dieser Rechte vor fremden Einflüssen (die Verträge von 1901 und 1903) erzwangen die Vereinigten Staaten die Lostrennung Panamas von Kolumbia als einer unabhängigen Republik unter amerikanischem Protektorat.

Was vor dieser Zeit gelegen war, ging nicht hinaus über ein wenn auch zeitweise, wie z. B. gelegentlich der Expedition des Commodore „Perry" nach Japan, recht lebhaftes, so doch sonst mehr allgemeines Interesse der Amerikaner an dem Schicksale der asiatischen Staaten an der gegenüberliegenden Küste des Pazifik. Der amerikanische Bürgerkrieg und der Niedergang der amerikanischen Handelsflotte ließen auch dieses Interesse auf lange Jahre hinaus wieder erkalten.

Inzwischen war das durch mannigfache unfreiwillige Berührung mit dem immer aggressiver auftretenden Abendlande unsanft aufgerüttelte Inselreich Nippon aus seiner Verschollenheit herausgetreten. Die Feudalmonarchie der Shogune war von ihrer einstmaligen Höhe seit mehr als einem Jahrhundert scheinbar auf das Niveau degenerierender schwächlicher orientalischer Staaten hinabgesunken. Mit einem Male aber ward aus ihr ein modernes Staatswesen. In der Tat, geradezu beispiellos stehen in der Geschichte aller Zeiten der Aufstieg und die Entwicklung da, welche seit der revolutionären Umwälzung von 1868 das wiedererstandene Reich des Mikado durch eigne Willenskraft, durch den noch nicht erstorbenen kriegerischen Geist und das hervorragende Anpassungsvermögen seiner Bevölkerung genommen hat. Ein neuer Stern war über dem Stillen Ozean aufgegangen, ein Stern von rasch zunehmendem Glanze. Im neuen Japan aber erstand den pazifischen Herrschaftsplänen Amerikas ein höchst beachtenswerter Nebenbuhler. Ein selbstbewußter Rivale, wie dies bald die Sprache seiner Staatsmänner bezeugen sollte, zwar nicht in offiziellen Schriftstücken, wohl aber dort, wo sie frei mit derselben heraustreten durften. „Japan muß sein möglichstes tun, um die Beherrschung des pazifischen Ozeans den Amerikanern streitig zu machen und seinerseits die östlichen Märkte zu beherrschen." Dies war die stolze Antwort, die Baron Kaneko in der Oktobernummer der Zeitschrift „The Pacific Aera" zwei Jahre nach dem glücklichen Feldzuge gegen Rußland, der mit der Festsetzung Japans auf mandschurischem Boden geendet hat, auf die Rooseveltsche Enunziation gab.

Es ist erstaunlich, wie lange es bedurfte, um in den Yankees das Bewußtsein von der Gefährlichkeit des neuerstandenen Nebenbuhlers aufdämmern zu lassen. Bei dem Friedensschlusse von Portsmouth, der die überragende Stellung

Digitized by Google

des östlichen Inselreiches im Wettkampfe mit dem Moskowitismus um die Vorherrschaft um Ostasien besiegelte und dasselbe zur anerkannten ostasiatischen Großmacht hinaufrückte, hat bekanntlich Amerika zu Gevatter gestanden. Präsident Roosevelt hat die Friedenskonferenz angeregt und durch seine unermüdlichen Verhandlungen mit beiden Teilen zu deren Gelingen in hohem Maße beigetragen. Tatsächlich war er es, der diesen Frieden zustande gebracht hat. Während des Krieges noch standen die tapferen kleinen Japaner in der höchsten Gunst des amerikanischen Publikums. Man sah in Japan das bedrängte, für das eigne Leben kämpfende Land, den schwächeren Teil, „den fähigen Schüler Europas und Amerikas, und als die Japaner ihre glänzenden Siege erfochten, in ihnen den Beweis der Tüchtigkeit der von Japan übernommenen westlichen Zivilisation gegenüber der barbarischen Rückständigkeit Rußlands". War Roosevelt sich bei seiner Vermittlungsaktion der Gefahr in vollem Umfange bewußt, die Amerika aus der neuen Konstellation, zu welcher er so großmütig die Hand bot, drohte? Eher möchte man das Gegenteil glauben. Er dachte offenbar die Aufnahme des Zugeständnisses von der „offenen Türe" und „den gleichen Handelsmöglichkeiten" in den Vertrag werde genügen, um die Gefahr zu beschwören. (Schon das Haysche Uebereinkommen [1899] hatte den gleichen Grundsatz definiert und mit den in China interessierten Großmächten festgelegt.) Durch diese Bestimmung sollten dem aufstrebenden Handel seines Landes mit der Mandschurei freie Bahnen für die Zukunft geschaffen werden. Die Optimisten hatten damals überhaupt das Oberwasser. Sie erwarteten von der Unterzeichnung der Friedensinstrumente einen totalen Umschwung in den politischen und ökonomischen Bedingungen des fernen Ostens. „Als ob," so ruft der englische Essayist J. O. Bland, der Verfasser verschiedener Werke über China, aus, „als ob durch irgendeine mysteriöse Kunst der Diplomatie das Gesetz von dem Ueberleben des Geeignetsten aus der Welt geschafft werden könnte."

Die Japaner begriffen wohl, was Amerika mit jener Vertragsklausel bezweckte. Sie sahen, daß man ihnen den Weg nach dorthin verrammeln wollte, wohin ihr natürlicher Expansionsdrang *vor allem* gravitieren mußte. Denn nach dem amerikanischen Kontinente wurde die japanische Emigration immer mehr erschwert und die Behandlung ihrer Landsleute in den westlichen Staaten der Union war nur mehr die von unwillkommenen Gästen, wenn nicht schlimmer. Doch Japan fiel nicht aus der Rolle. Es machte gute Miene zum bösen Spiel und schien sich mit der Pflicht der Dankbarkeit abzufinden, die ihm der rasche Friedensschluß in einem Augenblicke höchster Erschöpfung seiner Kräfte auferlegte. Seine Stellung gegenüber China als Befreier der Mandschurei vom russischen Joche wurde von Japan zur Befestigung seiner kommerziellen Position gründlichst ausgenützt in der Zeit des Honigmondes, der nun zwischen den beiden ostasiatischen Reichen folgte und eine Weile in Blüte stand.

Die Vereinigten Staaten glaubten mit der diplomatischen Neuordnung der Dinge eine Sicherheit für die Zukunft ihrer handelspolitischen Stellung auf dem ostasiatischen Festlande erworben zu haben. Durch die rechtzeitige Intervention

Digitized by Google

Roosevelts zugunsten der Befreiung der Mandschurei gewann Amerika in den Augen Chinas beträchtlich an Ansehen und an Vertrauen. Eine gewisse Störung in dieses vertrauensvolle Verhältnis wurde allerdings kurz nach dem Friedensschlusse durch den antiamerikanischen Warenboykott gebracht, der als nationalistischer Rückschlag gegen die amerikanische Einwandererausschließungsakte namentlich im südlichen Teile Chinas rasch um sich griff und von nachhaltiger Wirkung auf den amerikanischen Handel war. Der chinesischen Regierung gelang es allmählich, diese Bewegung zu unterdrücken, so daß sie wenigstens keinen moralischen Schaden verursachte. Nach wie vor erblickten die Chinesen in den Amerikanern ihre aufrichtigen Freunde und gaben ihnen freudigen Herzens, was Japan an Geschäften übrig ließ. Wenn die ausdauernden und rührenden Japaner durch ihre staatlich mächtig geförderte Handelstätigkeit und ihre gern angenommenen „uneigennützigen" Ratschläge auf allen Gebieten in China dennoch die Sahne abschöpfen konnten, so lag die Schuld nicht an den dankbaren Chinesen, sondern in den besonderen Bedingungen des amerikanischen Wirtschaftslebens. In Nordamerika fehlte es noch an einer geschlossenen Organisation des Handels und der Industrieinteressen zu Exportzwecken, mit Ausnahme einiger weniger mächtiger Trustvereinigungen, wie die Standard Oil Company, der Tabaktrust und die Stargesellschaft. Indessen erwuchs dem amerikanischen Tabakimport durch das japanische Tabakmonopol in China eine äußerst starke Konkurrenz. Auch den amerikanischen Bankinteressen fehlte es damals noch an der wünschenswerten kräftigen Vertretung in Anwendung auf den überseeischen Handel, was vor allem an der gesetzlichen Beengung der National- und Staatsbanken lag. Die Gründung der International Banking Corporation und ihrer Filialen in Schanghai und Peking fiel erst in eine spätere Zeit. In den Unionsstaaten verfügt man nur zeitweise über flüssige Gelder für größere Investitionen im auswärtigen Handel. In solchen Augenblicken tritt der amerikanische Geschäftsmann, Bankier oder Kaufmann mit seinen Plänen auf die Weltbühne. Er übernimmt weitreichende Engagements und wird hierin von seiner Regierung kräftigst unterstützt. Tritt dann der Zeitpunkt der Erfüllung dieser Engagements ein, so hat sich vielleicht inzwischen die Konstellation des heimischen Geldmarktes geändert. Die Projekte fallen ins Wasser, der ausländische Partner hat das Nachsehen; ein stets bereiter Konkurrent springt für die Amerikaner ein. Das unzeitige Ausspannen aber schädigt nicht nur das geschäftliche Vertrauen, sondern kompromittiert auch das politische Prestige der amerikanischen Regierung. Wir wären nicht verlegen, zahlreiche Beispiele dieser Art zu zitieren, die sich speziell in China ereignet haben. Seinerzeit stand Amerika unter den glücklichen Eisenbahnkonzessionswerbern im chinesischen Reiche obenan; aber nicht eine dieser Konzessionen haben die amerikanischen Syndikatäre auch wirklich durchgeführt. Sie haben sie entweder in den Wind geschlagen oder an Dritte weitergegeben. Dies oft unter Umständen, welche ihre politische Verläßlichkeit und Ehrlichkeit China gegenüber in einem ganz eigentümlichen Lichte erscheinen ließen. Zu spät kommt der Moment der Einsicht des Versäumten und die Erkenntnis des Vorsprunges,

Digitized by Google

die andre in der Zwischenzeit gewonnen haben. So war es auch in diesem Falle. Die Gelegenheit, die der Portsmouther Frieden, wenigstens zu Anfang, reichlich geboten hätte, wurde nicht mit aller Kraft ausgenutzt. Es ist eine Tatsache, daß der amerikanische Handel in den Jahren nach dem Russisch-Japanischen Kriege im Export einen starken Rückgang aufwies. Im Kriegsjahre hatte die amerikanische Ausfuhr speziell nach China 53 Millionen Dollars betragen, im Jahre 1906 sank sie auf 22 Millionen, 1910 aber betrug sie nur mehr 16 Millionen. In Amerika war man damals nur zu sehr geneigt, die innere Schwäche der eigenen Außenhandelsbewegung, welche so ungünstige Exportziffern zutage förderte, zu übersehen und Japans einseitige Ausnutzung seiner privilegierten Stellung in der Mandschurei für den Rückschritt des amerikanischen Handels in China allein verantwortlich zu machen. Es ist richtig, daß Japan bei der Verfolgung seiner kommerziellen Zwecke und in der politischen Ausbeutung des Portsmouther Friedens in der Wahl seiner Mittel nicht sonderlich skrupulös war. M. Bland erzählt uns in dem 1912 erschienenen Buche „Recent Events and Present Policies in China" von einer äußerst charakteristischen Episode eines versuchten Zusammenwirkens amerikanischer und japanischer Unternehmungsluft in der Mandschurei. M. Harriman — wir folgen der Blandschen Darstellung —, der bekannte amerikanische Eisenbahnkönig, hatte noch vor der Ratifizierung des Portsmouther Vertrages mit Marquis Ito und Marquis Katsura ein Projekt gemeinsamer Erwerbung des Eigentums und des Betriebes der südmandschurischen Bahn sowie der damit im Zusammenhang stehenden früheren russischen Kohlen-, Holz- und Bergbaukonzessionen ausgearbeitet. Das Unternehmen sollte mit amerikanischem Gelde finanziert werden. Am 22. Dezember 1905 (am 25. November erfolgte die Ratifizierung des am 5. September abgeschlossenen Portsmouther Vertrages) schloß der damalige japanische Minister des Aeußern Baron Komura in Peking die Nachtragskonvention mit China zur Ausführung jenes Friedensvertrages in der südlichen Mandschurei. Diese Konvention fand aber in einer Reihe geheimgehaltener Protokolle, welche eine detaillierte Auseinandersetzung aller einschlägigen ökonomischen Fragen in der Mandschurei enthielten, ihre Ergänzung. Sie war jedoch durchaus nicht sinngemäß. Im Gegenteil. Die in der Nachtragskonvention festgelegten Grundsätze der „offenen Tür" usw. wurden von den Geheimbestimmungen geradezu totgeschlagen. Im Besitze dieser der chinesischen Regierung durch List und Bestechung abgerungenen Erklärungen ließ nun Komura M. Harriman wissen, daß die chinesische Regierung nicht gewillt sei, amerikanisches Kapital beim Ausbau des südmandschurischen Bahnnetzes zuzulassen, da sie beabsichtige, die Angelegenheit mit Japan zusammen in die Hand zu nehmen! Auf diese Art wurde der große amerikanische Finanzier geprellt und Amerika kam um die ersten materiellen Früchte seiner Errungenschaften auf dem Portsmouther Friedenskongresse.

Da weder Japan noch China über die nötigen Geldmittel verfügte, wurden dieselben ohne Schwierigkeit in England aufgebracht, Amerika aber mit der Zuweisung ansehnlicher Materialbestellungen für die Bahn abgefunden. Nicht viel

Digitized by Google

besser erging es den Amerikanern mit dem von ihrem Generalkonsul in Mukden, M. Straight, gefaßten Projekt der Errichtung einer großen Mandschurischen Bank mit amerikanischem Kapital. Diese Bank hätte die Provinz für ihre dringenden Investitionen von fremdem Kapital unabhängig machen sollen. Ein andres Projekt war das der Herstellung der Eisenbahn von Hsin-min-tun nach Aigun. Eine bald darauf eingetretene finanzielle Panik in den Vereinigten Staaten schob diese Prospekte hinaus. Sie wurden zwar im Jahre 1908 wieder aufgenommen, führten aber auch dann nicht zu positiven Ergebnissen. Daß solche Erfahrungen ernüchternd auf den bisherigen Enthusiasmus der amerikanischen Geschäftskreise für Japan wirken mußten, ist klar. Unter diesen Umständen, und als man die affenartige Geschwindigkeit beobachten konnte, mit welcher die Japaner den Yankees das Handelsterrain in der Mandschurei abzubauen begannen, wandelten sich die lebhaften Gefühle der Sympathie Amerikas für das östliche Inselvolk rasch in ihr Gegenteil um. Anstatt die Mandschurei zu räumen, wozu sie im Friedensvertrage verpflichtet waren, saugten sich die Japaner hier nur immer mehr fest. Japan beschränkte seine unbequeme Tätigkeit durchaus nicht auf China. Dieses sollte nur der eine Stützpunkt ihrer erträumten Vormachtstellung im äußersten Osten sein. Bald trachteten sie auch auf der andern Seite des Ozeans Anlehnung zu finden und Fuß zu fassen. Es soll den Amerikanern nicht unbekannt gewesen sein, daß Japan mit Mexiko wegen der Erwerbung einer Kohlenstation in Fühlung trat. Auch von Wühlereien auf den Philippinen wollte Amerika Kenntnis erhalten haben. Solchen Bestrebungen dauernd einen Riegel vorzuschieben, votierte der amerikanische Senat in einem späteren Jahre die Lodgesche Resolution. Diese lautet auf Ausschließung ausländischer Gesellschaften von dem Ankaufe von Häfen oder Plätzen an der Westküste des amerikanischen Kontinents. Der durch die fortgesetzten amerikanischen Einwanderungsverbote, den kalifornischen Schulkonflikt sowie andre ähnliche nationalistische Abwehraktionen gesteigerte politische Gegensatz zwischen den beiden Bewerbern um die Hegemonie im Stillen Ozean gewann bereits zu Ende des vorigen Jahrzehnts Formen, welche die ostasiatische Welt und die an ihr interessierten Mächte mit ernster Besorgnis für die Erhaltung des Friedens im äußersten Osten erfüllen durften.

Die amerikanische Flottenvereinigung des Jahres 1908 im Großen Ozean war ein solches Symptom bestehender Spannung. Ihr hatte die Rundreise des damaligen Kriegsministers Taft präludiert. Die energischen, von ungewöhnlichem Selbstbewußtsein des Unionministers während seines vielgefeierten Aufenthalts in Schanghai gehaltenen Aussprachen deuteten auf eine entschiedenere Stellungnahme der Vereinigten Staaten zugunsten des von Japan bereits arg drangsalierten himmlischen Reiches. „Die Vereinigten Staaten und andre, welche die Politik der offenen Tür ehrlich begünstigen, werden das große chinesische Reich nicht nur dazu beglückwünschen, sondern dasselbe in jeder Weise ermutigen, daß es durch weitreichende Verwaltungs- und Regierungsreformen auf die Entwicklung seiner natürlichen Hilfsquellen und die Verbesserung der Wohlfahrt seiner Völker hin-

Digitized by Google

arbeitet. Auf diese Art wird China widerstandskräftiger gegen alle äußere Aggression werden und ohne fremde Hilfe die „Offene-Tür-Politik" für alle zur Wahrheit machen! ... Der Ruf „China für die Chinesen" braucht für niemand Schreckhaftes zu haben. Er bedeutet nichts andres, als daß das Reich der Mitte seine Willenskraft der Erschließung seiner enormen Hilfsquellen zuwenden will. Fortschritte auf diesem Gebiete werden nur unserm Handel zugute kommen. Von den Philippinos haben wir gelernt, daß die Politik, welche für diese die beste ist, auch die meisten Vorteile jenen Ländern bietet, welche mit den Inseln Geschäfte machen!" Dies war freilich eine ganz neue Tonart, ein nicht mißzuverstehender Wink an alle jene, die der Einflußsphärenpolitik des Jahres 1898 noch anhingen. In den Ohren der in China angesiedelten Europäer klangen die Worte Tafts wie eine Häresie. Den Chinesen aber waren sie eine frohe Botschaft. Das erste deutliche Wort aus offizieller Quelle, welches den neuen chinesischen Bestrebungen Gerechtigkeit widerfahren ließ. So standen die Dinge in Ostasien, als die zum erstenmal vereinigten atlantischen und pazifischen Geschwader Amerikas ihre mit großer Emphase vom Präsidenten der amerikanischen Republik angekündigte Fahrt nach dem Stillen Ozean antraten. Es verlautete alsbald, die Schiffe wollten bei der Gelegenheit den ostasiatischen Häfen einen Besuch abstatten. In Tokio erfuhr man die chinesischen Empfangsvorbereitungspläne aus Peking, und noch bevor von hier aus die offizielle Einladung erfolgt war, erließ die japanische Regierung ihre Einladung nach Washington, dafür Sorge tragend, daß dieselbe einen Tag früher der Welt kundbar wurde als die chinesische.

Noch ein andres Ereignis markierte diesen Augenblick. Die chinesische Regierung hatte kurz vorher zur Abstattung ihres Dankes für den Nachlaß des Restes von 12 Millionen Dollars der an Amerika zu zahlenden Boxerentschädigung eine Mission unter der Leitung Tong-shao-i's, des Vertrauten des damaligen Ministers des Aeußern Juanschikai über Japan nach Washington entsendet. Der letzte Zweck dieser Mission aber sollte in der Anknüpfung eines intimeren politischen Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten bestehen. Japan roch Lunte. Und seiner Diplomatie gelang noch vor dem Eintreffen des offenbar nur deshalb so lange in Tokio zurückgehaltenen chinesischen Gesandten ein glänzender Coup. Es war dies der Austausch gleichartiger Deklarationen Amerikas und Japans über ihre politischen Ziele im fernen Osten vom 30. November. Das Uebereinkommen in der diplomatischen Geschichte Ostasiens, bekannt unter dem Namen des Root-Takahira-Arrangements wurde am Tage der Ankunft Tongs, allerdings nach dessen Kenntnisnahme, in Washington unterzeichnet. Was konnte der chinesische Delegierte auch dagegen einzuwenden haben, nachdem es in Peking keinen direkten Widerspruch hervorrief. Das Arrangement enthielt in seinen fünf Artikeln nur die Anerkennung des Statusquo im Stillen Ozean und eine neue Bekräftigung der Hayschen Formel in China, endlich eine ziemlich vage gehaltene Zusage, im Falle eines den Statusquo bedrohenden Ereignisses sich miteinander ins Einvernehmen zu setzen. So inhaltsleer dieses

Digitized by Google

Abkommen an sich, so wertvoll war dessen Abschluß für Japan in diesem Zeitabschnitte. Denn dieses empfand schon eine Weile das dringende Bedürfnis nach einer Annäherung an die Unionsregierung, um sein durch das bisherige Spannungsverhältnis geschädigtes Ansehen in der politischen und vielleicht noch mehr in der Finanz- und Geschäftswelt wieder aufzufrischen. Zunächst jedoch war es den Japanern darum zu tun, die Mission Tong-shao-i's zum Scheitern zu bringen, das Demonstrative des Flottenbesuches zu vereiteln und den etwa drohenden Konflikt mit Amerika noch für länger hinauszuschieben. So gewann es Zeit zur finanziellen Erholung und konnte sich wieder unauffällig der Ausrüstung und Verstärkung der eignen Wehrkraft widmen. Der um seine Hoffnungen bei dem Handel Betrogene aber war China, wie sich sofort zeigte. Statt der vereinigten Flotte wurde nur mehr der kleinere Teil derselben für den Besuch in einem chinesischen Hafen ausersehen; und statt des großen Handelsemporiums von Schanghai war es nunmehr die kleine südliche Stadt Amoy, die diesen Besuch empfing. Die Reise der Offiziere nach Peking und der feierliche Empfang durch den Hof entfielen. Was Roosevelt bewogen hatte, Japan diesen Triumph zu bereiten, ist nicht aufgeklärt. Vielleicht hat der Amerikaner Thomas Millard recht, wenn er in seinem 1909 über die ostasiatische Frage erschienenen Buche die Schuld daran englischen Einflüsterungen des amerikanischen Gesandten in Peking beimißt. Die Engländer sahen, so behauptet dieser Autor, in dem projektierten offiziellen und feierlichen Empfange der amerikanischen Flotte in Schanghai eine gefährliche politische Demonstration, einen Einbruch in *ihre* Einflußsphäre im Yangtsetal, und die engherzigen Ausländer, an ihrer Spitze wiederum die Briten, besorgten davon ein ungemessenes Anwachsen des ohnedies „unerträglichen" Selbstbewußtseins der Chinesen.

Wie dem auch sei, die Chinesen fühlten sich in ihrem Nationalstolze tief gekränkt. Sie sahen, daß der große Freund die dargebotene Hand wieder zurückzog, und erkannten, daß es ihnen niemals gelingen werde, eine achtunggebietende Stellung einzunehmen. Solange sie sich dieselbe nicht durch die Macht der Waffen erringen konnten. In dem Arrangement vom 30. November erblicken sie nichts andres als eine neuerliche Besiegelung ihrer bisherigen unbefriedigenden internationalen Position, für Japan dagegen eine ausdrückliche Anerkennung seiner privilegierten Stellung in Ostasien. Die auch in diesem Vertrage wiederkehrende Klausel von der Respektierung der Integrität Chinas hatten sie bereits zum Ueberdruß aus früheren, über ihren Kopf hinweg getroffenen Vereinbarungen in ihrer absoluten *praktischen* Bedeutungslosigkeit kennen gelernt. Um so mehr, als *jenen* andre internationale Einverständnisse gegenüberstanden, wie beispielsweise das französisch-japanische Separatübereinkommen vom 10. Juni 1907, dessen Spitze sich gegen eben dieselbe Integrität Chinas richtet. Desgleichen war die am 30. Juli desselben Jahres zwischen Japan und Rußland abgeschlossene Nachtragskonvention zum Portsmouther Friedensvertrage, in welcher beide Staaten sich die Erhaltung ihrer Sonderrechte auf chinesischem Territorium verbürgen, eine Bedrohung der chinesischen Integrität und der

Digitized by Google

Vorbote zu den noch viel schärferen vertraglichen Uebergriffen aus den Jahren 1910 und 1912.

Noch vor dem Scheitern der Mission Tong-shao-i's starb die große Kaiserin Tsehsi, und das Reich der Mitte hatte nun andre Sorgen vor sich, als Prestigefragen und politische Annäherungsversuche an laue Freunde.

Wenn ich länger als gebührlich bei dieser an sich so wenig entscheidenden Episode aus der jüngsten Geschichte des fernen Ostens verweilte, geschah dies, um die Unverläßlichkeit der politischen Wege Amerikas an einem augenfälligen Beispiel zu illustrieren. „Inefficiency of american Policy" (Unwirksamkeit der amerikanischen Politik) nannten amerikanische Schriftsteller das immer wiederkehrende unerwartete und unzeitige Nachlassen eines genommenen Anlaufes ihrer Landsleute. Natürlich steckt da noch mehr dahinter wie etwa ein bloßer Temperamentsfehler der Regierenden im Weißen Hause. Abgesehen von den oben erwähnten inneren Mängeln der wirtschaftlichen Organisation Amerikas, wird nicht mit Unrecht in dieser Hinsicht die Schwierigkeit für jede amerikanische Regierung hervorgehoben: die Monroepolitik auf dem eignen Kontinent mit den Aspirationen des Imperialismus im fernen Osten in den richtigen Einklang zu bringen. Die auswärtige Politik der großen Republik trägt seit dem Jahre 1898 den Stempel dieses inneren Widerspruches deutlich auf der Stirne. „Daheim der Dingleyzolltarif, nach außen das Evangelium der offenen Türe! Zu Hause Ausschluß der Asiaten, in Ostasien Verbrüderung der Menschen und die Lehre von den gleichen Handelsmöglichkeiten! In der einen Hand die Dollarpolitik und die Monroedoktrin, auf der andern Seite Vermeidung alles dessen, was Amerika in europäische Händel verwickeln könnte!" Der idealistische Altruismus politisierender Gelehrtenkreise (wie das heutige Staatsoberhaupt Wilson); mit ihm im Kampfe der egoistische Realismus des amerikanischen Wirtschaftspolitikers mit seinem scharfen, geschäftsmäßigen Blick für die Bedürfnisse des von Tag zu Tag industriekräftigeren und absatzbedürftigeren Exportlandes Amerika! Hat nun dieses durch seine traditionelle Politik der Monroedoktrin gebundene Amerika ein Anrecht darauf, in ostasiatischen Angelegenheiten ein Wort mitzusprechen und eine maßgebende Rolle zu spielen? „Der angelsächsische Geist," antwortet Mr. Bland auf diese Frage, „besitzt die besondere Gabe, aus der Not eine Tugend zu machen." Das „Gesicht" der Monroedoktrin wurde gewahrt, auch wenn es dabei einen etwas anderen Zug bekam. Das Prinzip der Nichteinmischung in europäische Dinge vertrug sich ganz wohl mit der Annexion der Philippinen und andrer Inseln im Stillen Ozean. „Afrika, die Levante und Indien (!) gehören in den Aktionskreis Europas, der Pazifik, Japan und China dagegen fallen außerhalb desselben." Diesen gefälligen Auffassungen maßgebender amerikanischer Kreise entspricht der moderne Inhalt der Monroedoktrin. China mit den 400 Millionen Einwohnern, seinen wachsenden Bedürfnissen, dem mächtig erwachten abendländischen Kulturdrang eröffnet natürlich ein ganz enormes Gebiet für amerikanische kommerzielle und industrielle Unternehmungen, solange dessen territoriale Unabhängigkeit, Unversehrtheit und innere

Digitized by Google

Bewegungsfreiheit geschützt bleibt. Deshalb muß der Einflußsphärenpolitik Dritter ein Ende bereitet werden. Daher die Hayschen Vereinbarungen und die Uebernahme ihrer Grundsätze in die späteren internationalen Verträge. China liegt im Mittelpunkt dieser Bestrebungen. Wäre es mächtig und stark, dann gäbe es keine ostasiatische Frage für die Vereinigten Staaten. So aber ist es das Sturmzentrum für kommende diplomatische Kämpfe in der pazifischen Welt. Mit der Erwerbung der Philippinen sind neue Verantwortlichkeiten und Probleme an Amerika herangetreten; ihnen muß sich die Republik widmen, ob sie will oder nicht. „Wir haben keine Wahl, ob wir in der Welt eine große Rolle spielen wollen oder nicht," klagt Mr. Taft, „von uns hängt nur ab, wie wir diese Rolle spielen werden, gut oder schlecht." Drum muß vor allem das chinesische Reich vor den Uebergriffen andrer ehrgeiziger Staaten bewahrt werden. Unter diesen ist Japan der gefährlichste. Mit seinem unersättlichen Länderhunger, seinen monopolistischen Handelsvelleitäten, seinem Anspruche, die Vormacht im Pazifik zu werden, ist Japan der wahre Störenfried des fernen Ostens. Das internationale Gleichgewicht muß wieder hergestellt werden, und zwar auf einer neuen und stabilen Grundlage. Die geographische Lage der Vereinigten Staaten, ihre Küstenausdehnung am östlichen Ufer des Stillen Ozeans prädestiniert diese, ihr Interesse an dem Schicksale der an dessen westlichen Gestaden gelagerten orientalischen Staatswesen in wirksamer Weise zu betätigen. Hauptsächlich mit China, dem größten dieser Staaten, verbindet die Union, das andre größte pazifische Staatsgebiet, eine innige Interessengemeinschaft, wie mit keinem andern orientalischen Lande. „Daher darf kein internationales Arrangement, das sich auf China bezieht und unsern Anforderungen nicht gebührend Rechnung trägt, Bestand haben." Sich selbst und ihrer natürlichen Entwicklung überlassen, werden die ostasiatischen Staaten, welche heute noch unabhängig sind, ein dauerndes Mächtegleichgewicht unter sich mit der Zeit bilden. Dieser Prozeß darf nicht künstlich aufgehalten werden, das muß das Bestreben und oberste Ziel der Politik der amerikanischen Republik bleiben. So ungefähr also spiegelt sich im Gehirne des modernen Yankeepolitikers die Weltstellung seines Vaterlandes. Das ist es, was unter der friedlichen Beherrschung des Pazifik Roosevelts zu verstehen ist. Wer der Geschichte unsrer Tage auch im äußersten Osten folgt, mag entscheiden, ob die seitherige amerikanische Staatskunst den Ausspruch des großen Mitbürgers und Präsidenten seiner Verwirklichung nähergebracht hat oder nicht. Uns scheint es fast, als ob die friedliche Beherrschung der pazifischen Regionen nur um den Preis blutiger Kämpfe zu erreichen sein wird. Den Zeitpunkt dieser gewaltsamen Lösung vorher zu bestimmen, ist heute unmöglich. Er wird in erster Linie von dem Willen Amerikas abhängen. Von der Bereitwilligkeit der dortigen berufenen Faktoren, d. i. vor allem der des amerikanischen Volkes, für die angestrebte politische Stellung im Stillen Ozean mit den Waffen einzustehen. Es mögen sich aber die Ereignisse mächtiger erweisen und den Amerikanern den Zeitpunkt des Waffenganges auch gegen ihren Willen aufzwingen. In den auf die oben geschilderten Begebenheiten folgenden

Digitized by Google

Jahren machte der zum Staatsoberhaupte der Union aufgestiegene Taft einen neuen Vorstoß zur Hinwegräumung der Hindernisse, welche die natürliche Fortentwicklung der durch den Portsmouther Vertrag gegebenen internationalen Verhältnisse in Ostasien den Bestrebungen Amerikas nach Befreiung der Mandschurei aus den eisernen Klammern Japans und Rußlands entgegenstellte.

Der Knoxsche Vorschlag des Jahres 1909 zum Rückkaufe und zur Neutralisierung der mandschurischen Bahnen, deren Hauptstränge sich im japanischen und russischen Besitze befinden, endete bekanntlich mit einem eklatanten Mißerfolge. Diplomatisch war derselbe so unglücklich eingeleitet worden, daß, trotz der, wie es scheint, damals auf russischer Seite vorhanden gewesenen Geneigtheit, auf den amerikanischen Gedankengang einzugehen, wofern Japan das gleiche tue, auf ein Gelingen nicht zu rechnen war. Dieser Versuch ebenso wie die späteren langwierigen Unterhandlungen behufs Durchführung einer Konzession zum Bau der Chinchou-Aigun-Bahn führten nur zu der politischen Annäherung Japans und Rußlands, sowie zu den Verträgen von 1910 und 1912. In diesen Vereinbarungen machten die beiden bisherigen Nebenbuhler geschlossene Front gegen jene Staaten, die ihre Vorrechte in der Mandschurei und in der Mongolei anzufechten versuchen würden. Die Zusicherungen bezüglich der Integrität Chinas, die Beteuerungen der Respektierung der offenen Tür wurden zwar auch in diesen Schriftstücken erneuert, doch ihnen widersprach der Geist des Abkommens. Speziell der Vertrag des Jahres 1912 — dessen Text übrigens auch heute noch nicht feststeht — scheint eine radikale Korrektur des Portsmouther Friedensvertrages vorgenommen zu haben. Dieselbe liegt vor allem in der gegenseitigen Einräumung größerer Freiheit in bezug auf die Truppen in ihren respektiven Sphären. Damit ist die in Portsmouth auferlegte Verpflichtung der militärischen Evakuierung der nördlichen und südlichen Mandschurei (exklusive des Pachtgebietes) für die Verpflichteten unter sich endgültig beseitigt. Es erfolgte weiters eine Abgrenzung der Einflußsphären in der Mandschurei und in der Mongolei. Der „Times" zufolge hätten sich Rußland und Japan Waffenhilfe für den Fall garantiert, wenn sie in ihren Rayons angegriffen würden. Die zu jener Zeit in Umlauf gewesenen Gerüchte von dem Abschlusse eines formellen Bündnisses wurden von beiden Seiten in der Oeffentlichkeit dementiert. Zeitlich fallen diese Abmachungen und Pourparlers bereits nach Ausbruch der großen chinesischen Revolution. Doch hörte man damals nichts von einer Stellungnahme zu denselben seitens Amerikas. Im Gegenteile, Amerika suchte sich den russischen Plänen die Ausländer in Kharbin und in der Eisenbahnzone bis zu einem gewissen Grade ihrer territorialen Privilegien zu entkleiden, gefällig zu erweisen. Seine Konsuln gaben ihre Reklamationen auf, die sie kurz vorher noch mit großer Vehemenz bei den russischen Behörden angebracht hatten. Der Eifer der amerikanischen Diplomaten war durch die widrigen Erfahrungen, die sie mit dem Knoxschen Vorschlage gemacht hatten, zweifellos abgekühlt.

Digitized by Google

In der chinesischen Revolution nun bot sich abermals eine günstige Gelegenheit für die Union zur Festigung und Verstärkung der freundlichen Beziehungen mit China. Die nationale, oder besser gesagt, antidynastische Bewegung im Reiche der Mitte hatte, insoferne sie bald republikanische Tendenzen annahm, von Haus aus mancherlei Berührungspunkte mit Amerika. Außerhalb Chinas durch die zahlreichen, schon seit Jahren höhere amerikanische Schulen besuchenden Studenten. Diese brachten nicht nur nützliche wissenschaftliche Kenntnisse, sondern, wie begreiflich, auch republikanische Gesinnung mit nach ihrer Heimat zurück. In China aber selbst waren es amerikanische Missionäre, die durch Schulunterricht und Beispiel schon lange zur Verbreitung republikanischer Lehrmeinungen beigetragen hatten. Die rühmliche Tätigkeit dieser Missionare als Kulturträger, unvergleichlich mehr denn als Glaubensapostel, wird wohl erst später in ihrer vollen Bedeutung für China gewürdigt werden. Die Zahl der über das chinesische Reich verstreuten geistlichen Sendlinge Amerikas ist außerordentlich groß. Zum Unterschiede von der ausländischen Laienbevölkerung steht ihnen das ganze Land überall offen. Die reichen, frommer Mildtätigkeit von daheim entstammenden Mittel, über die speziell die amerikanischen Missionare jahraus, jahrein verfügen, werden von ihnen zumeist zum Ankaufe von Landbesitz in China verwendet, allerdings per nefas, denn nach den bestehenden Verträgen sollte dieser Besitz strikte auf Kirchen und Schuleinrichtungen beschränkt sein. So wuchs das unbewegliche Eigentum der amerikanischen Missionare in allen Teilen Chinas beträchtlich an und mit ihm auch ihr Einfluß. Natürlich stieß die Bekehrung Chinas zur republikanischen Regierungsform jenseits des Ozeans alsbald auf die lebhaftesten Sympathien. Den Anregungen der Missionare folgend begrüßte man in Amerika schon den Sturz der Mandschudynastie als einen Sieg der republikanischen Idee und als den ersten Staffel einer Aera durchgreifender Reformen auf allen Gebieten. Ueberdies versprachen sich die Yankees aus der Umwandlung Chinas mannigfachen Nutzen und Vorteil für ihr eigenes Land. Es scheint, daß man dieser Meinung in Washington aus vollster Ueberzeugung beipflichtete. Hierin wurde man von der diplomatischen Vertretung und den Konsularorganen in China bestärkt. Diese hatten sich gleich auf die Seite der Umstürzler gestellt. Die amerikanische Regierung gab denn auch bei Ausbruch der Revolution im Konzerte der Mächte die Parole strengster Neutralität und der Nichteinmischung mit Erfolg aus, wodurch, wie sie behauptete, es China leichter würde, „eine neue rechtliche Regierung" ins Leben zu rufen. Dann, als sich dieselbe zur Not konstituiert hatte, nahm Amerika auch in der internationalen Anleihefrage eine ihr ausgesprochen freundliche Haltung ein. Darin aber war die Hand der amerikanischen Diplomatie nicht besonders glücklich, denn sie sollen es gewesen sein, die, wenn auch im besten Glauben und im wohlgemeinten Interesse Chinas, das frondierende Rußland und Japan zum Eintritt in das Viermächtesyndikat einluden. Durch diesen Schritt wurde der Grund zu den endlosen Intrigen des späteren Sechsmächtesyndikates zum schweren Schaden Chinas gelegt. Vielleicht geschah den

Digitized by Google

Amerikanern kein so himmelschreiendes Unrecht, wenn behauptet wurde, sie hätten in der Unterstützung der republikanischen Aufstandsbewegung überdies ein geeignetes und willkommenes Mittel gesehen, um den Japanern den Rang abzulaufen. War dies wirklich ihre Absicht, dann blieb ihnen auch die Enttäuschung nicht erspart.

Für das monarchisch regierte Japan war der republikanische Umsturz in China eine höchst unwillkommene Ueberraschung. Es ist eine Tatsache, daß die Tokioer Regierung anfänglich den Versuch machte, die Mandschudynastie auf dem Throne zu erhalten. Sie hatte aber dabei weder mit der Korruption und der inneren Zersetzung des chinesischen Hofes, noch mit den sehr starken Sympathien für die Revolutionäre im eignen Lande gerechnet. Als nun im Parlamente von den mächtigen radikalen Parteien Vorwürfe gegen sie erhoben wurden, war sie bald bekehrt. Denn auch sie erkannte den praktischen Vorteil, der aus einer Unterstützung der Aufständischen, mit denen ihre eignen Untertanen durch vielfache Interessenfäden verbunden waren, zu ziehen wäre. Sie besann sich also nicht mehr lange und vollzog eine vollständige Schwenkung. Von da an unterstützte sie die chinesische Revolution in ihrem Kampfe mit der Dynastie und in der Aufrichtung der Republik. Und im darauffolgenden Jahre, als die Aufständischen die sogenannte Strafexpedition gegen den provisorischen Präsidenten Juanschikai ausrüsteten, nahm sie fast offen Partei für den rebellischen Süden. In diesem Zeitpunkte scheint es der amerikanischen Regierung bereits aufgedämmert zu haben, daß sie vielleicht besser daran getan hätte, weniger energisch zugunsten der republikanischen Umsturzbewegung einzutreten. Ihr eigner Gesandter in Peking sprach das Pater peccavi, denn er erkannte, daß das Jungchinesentum sich ganz unfähig erwiesen hatte, eine wirkliche und ehrliche Republik aufzubauen, und daß noch weniger das Volk für derartige Ideen reif war. Dieser Erkenntnis entsprang offenbar die ganz entschiedene Parteinahme der Vereinigten-Staaten-regierung für den provisorischen Präsidenten der Republik gegen die rebellische Opposition der Jungchinesen, die durch ihren leidenschaftlichen persönlichen Kampf gegen den „Tyrannen" das Land in völlige Anarchie zu stürzen drohte. Die freundliche Haltung Mr. Wilsons fand in der kritischen Epoche unmittelbar vor dem Ausbruche der zweiten Revolution, der sogenannten Strafexpedition der aufständischen südlichen Provinzen, ihren sichtbaren Ausdruck in der Anerkennung der Republik seitens Amerikas, die am 3. Mai 1913 erfolgte, während die übrigen Mächte für ihre Anerkennungserklärung erst den Zeitpunkt der Wahl Juanschikais zum definitiven Präsidenten abwarten wollten und auch abgewartet haben.

So wie in diesem für die Beständigkeit der Regierung Juanschikais wichtigen Punkte ging Mr. Wilson auch in andern Fragen weiterhin in China seine eignen Wege, unabhängig von den übrigen Mächten. Am auffallendsten war dies in der internationalen Anleihefrage, von deren glücklicher Lösung das Wohl und Wehe Chinas abzuhängen schien. Es wurde oben gezeigt, wie Amerika durch seine Mitwirkung in der Heranziehung Rußlands und Japans in das bis dahin

Digitized by Google

viergliedrige internationale Bankenkonsortium, ohne es zu wollen, den Grund dazu gelegt hat, daß aus der einen rein wirtschaftlichen Charakter an sich tragenden Anleihe eine politische Angelegenheit geworden ist; denn von diesem Augenblicke an hatte unter allerlei Vorwänden eine regelrechte Kampagne eingesetzt, um China den Sonderbestrebungen dieser beiden Mächte gefügig zu machen und es vor allem daran zu hindern, sich aus den Mitteln der Anleihe militärisch zu regenerieren, d. h. sich gegen die inneren und äußeren Feinde wehrhaft zu machen. Amerika war also von da an ein Mitschuldiger an den endlosen Intrigen und an den Drangsalierungen, denen China seitens des Sechsmächtesyndikates ausgesetzt gewesen ist. Man mag im übrigen über die Notwendigkeit der Finanzkontrolle, die häufig nur den Vorwand abgab, denken wie man will. Jetzt sagte sich Präsident Wilson offen und vor aller Welt los von dieser Mitschuld seines Landes. Nach einer Reutermeldung lautete seine Erklärung folgendermaßen: „Die Bedingungen der Anleihe scheinen nur einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Verwaltung Chinas mit sich zu bringen. Die Regierung der Vereinigten Staaten will sich auch nicht stillschweigend an diesen Bedingungen beteiligen. Dies könnte in Zukunft möglicherweise zu einer gewaltsamen Einmischung in die finanziellen oder politischen Angelegenheiten Chinas führen."

Die unmittelbare Folge dieser Erklärungen war der Austritt der amerikanischen Bankgruppe aus dem Sechsmächtesyndikat. Die Wilsonsche Entscheidung hatte übrigens noch einen andern Zusammenhang. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen amerikanischen Staatsoberhauptes war die offizielle Absage an die sogenannte Dollarpolitik. Unter dieser verstand man jene von seinen unmittelbaren Vorgängern beobachtete handelspolitische Richtung, welche in dem Zusammenwirken der Regierung mit Finanzinteressenten besteht und die wegen des Verdachtes kapitalistischer Ausbeutung nie recht auf die Sympathien des großen Publikums in Amerika rechnen durfte. Naturgemäß wurde durch diese Verbindung mit der Regierung eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Mitgliedern der Hochfinanz unter Ausschluß andrer Banken bevorzugt, was begreiflicherweise manche Unzukömmlichkeiten nach sich ziehen konnte. Der Austritt der amerikanischen Gruppe aus dem internationalen Syndikat schien anfänglich gleichbedeutend mit der Sprengung desselben. Denn auch andre Mächte waren durch den Wilsonschen Schritt stutzig gemacht und nahe daran, seinem Beispiele zu folgen. Doch Japan gelang es, die zurückgebliebenen fünf Mächte zusammenzuhalten. Immerhin waren diese gezwungen, Wasser in ihren Wein zu gießen, was sie nicht hinderte, zu behaupten, daß bei dem später zustande gekommenen Darlehensgeschäft mit China keine der ursprünglichen Bedingungen aufgegeben worden sei. Wilson konnte um so mehr handeln, wie er es getan hat, als wegen der damaligen Anspannung des Geldmarktes der von der Regierung gegebene Anstoß zu ihrem Austritte der amerikanischen Bankgruppe nicht ganz unwillkommen gewesen sein dürfte. Natürlich gewann Amerika durch den doppelten Freundschaftsdienst, den es China in knappen Intervallen geleistet, außerordent-

Digitized by Google

lich an Volkstümlichkeit, mag es auch anderseits durch den Verzicht auf den Mitgewinn an der Anleihe an materiellem Einflusse unter den Mächten und in China eingebüßt haben. Jedenfalls trug der neue Kurs der amerikanischen Politik nicht unwesentlich zur Kräftigung der neukonstituierten, wenn auch kaum mehr auf echt republikanischen Pfaden wandelnden Zentralgewalt bei.

„Die Amerikaner ernten jetzt." So schrieb der „Ostasiatische Lloyd" in seiner Nummer vom 13. März 1914. „Dem Riesengeschäft der mittelchinesischen Stromregulierung (darunter ist die Regulierung des durch seine Ueberschwemmungen berüchtigten, die reichen Provinzen von Antrui und Kiangsu durchquerenden Huaiflusses gemeint) und der Erschließung der nordchinesischen Petroleumvorkommen ist eine amerikanische Anleihe für den Ausbau des Hafens Hu-lu-tao gefolgt. Außerdem ist eine andre Anleihe zum Ausbau des Hafens von Foochou und andrer Plätze als chinesische Kriegshäfen in Aussicht. Damit ist die hohe, weltpolitische Bedeutung der jetzt mit einem scharfen Ruck erfolgten neuen Einstellung Chinas im Gefolge Amerikas gegen Japan deutlich gegeben."

Der „Ostasiatische Lloyd" ist mit dieser seiner Notiz den Ereignissen in manchem vorausgeeilt. So weit sind die Dinge auch heute noch nicht gediehen. Die Ueberrumpelung der Japaner in der von ihnen lange umstrittenen Erwerbung der ausgedehnten Oelfelder in den Nordprovinzen von Shansi und Chili durch die Standard Oil Company ist allerdings eine Tatsache. Die chinesische Regierung hat zu ihrer eignen Deckung gegen nationalistische Angriffe im Innern den Text des mit der amerikanischen Gesellschaft abgeschlossenen, auch für Chinas staatliche und öffentliche Interessen sehr vorteilhaften Vertrags veröffentlicht. In Japan erregte die Nachricht von dem zustandegekommenen enormen Geschäfte, mit dem auch die Lieferung des ganzen Betriebsmaterials verbunden ist, einen wahren Entrüstungssturm des Neides. Es erscholl sofort der Ruf nach Kompensationen, nach der Schaffung eines Gegengewichtes, und die japanische Erpresserkampagne zur Aneignung der bedeutenden Han-Ye-ping-Eisenwerke im Yangtsetale setzte von neuem ein. Auch der englische Gesandte soll sich — wie ein chinesisches Blatt erzählte — bald darauf als guter Freund Chinas mit der schüchternen Anfrage bei der Regierung Juanschikais eingestellt haben, ob denn die traditionelle Freundschaft Englands zu China nicht auch verdiene, bei der Bewerbung um die Bergbaugerechtsame der Provinz Sze-chuen berücksichtigt zu werden.

Das Standard Oil Co.-Geschäft hängt übrigens noch von dem Prüfungsergebnisse auf die Ergiebigkeit der Quellen für die großkapitalistische Ausbeute ab. Was aber die andern beiden Anleihetransaktionen, die Verteidigungsanlagen von Hulutai (neu eröffneter Hafen an der mandschurischen Küste) und die Kriegsausrüstung von Foochou und andern an der Küste der südlichen Provinz Fukien gelegenen Hafenplätzen betrifft, so steht bereits fest, daß es sich hierbei nur um Gerüchte handelt, die sich die Chinesen freilich nicht ausreden lassen. Der amerikanische Gesandte in Peking, Dr. Reinsch — selbst ein großer Freund Chinas — erklärte, von solchen Anleiheverhandlungen, die eine unmittelbar

Digitized by Google

politische, ja militärische Bedeutung haben und den Japanern wenig behagen müßten, nichts zu wissen. Hierzu sei bemerkt, daß Hulutai, ebenso wie Fukien, in den chinesischerseits anerkannten japanischen Einflußsphären liegen.

Nach Reuter sollen zwischen der British-American Tobacco Company und der chinesischen Regierung in diesem Frühjahre Verhandlungen wegen zolltechnischer Erleichterungen der Einfuhr und der Betriebe des amerikanischen Zigarettenmonopoles in China geschwebt haben. Auf kulturellem Gebiete ist es wieder die Gründung einer großen Medizinschule für die Provinz Hunan mit amerikanischem Kapitale und das Projekt der Errichtung eines amerikanisch-chinesischen Museums in Peking, die von sich reden gemacht haben.

Aus alldem und manch andern kleineren amerikanischen Unternehmungen erhellt, daß die Amerikaner in letzter Zeit auf vielen Gebieten in China eine besonders große Regsamkeit zu entfalten begonnen haben, die den Neid andrer Nationen, vor allem aber den Japans, in höchstem Grade erregt hat. Sie spielen derzeit bei der wieder an der Tagesordnung befindlichen wirtschaftlichen Aufteilung Chinas ohne Zweifel eine ansehnliche, wenn nicht die erste Rolle. Das Aufgeben der Dollarpolitik, das von mancher Seite als geradezu ruinös für den geschäftlichen Einfluß Amerikas in Ostasien hingestellt worden war, hat also durchaus nicht die übeln Folgen gehabt, die vorausgesagt wurden. Aehnliche Wahrnehmungen veranlaßten den bekannten deutschen Nationalökonomen und Finanzschriftsteller Jolles, einen Artikel im „Berliner Tag" mit den Worten zu schließen: „Präsident Wilson hat allen Grund, positive Erfolge seiner Politik nachzuweisen, und so wird er wahrscheinlich auf seinen alten Wunsch nach einer möglichst weiten Peripherie der Auslandsgeschäfte zurückkommen." Daß Herr Jolles mit seiner Voraussage recht behält, zeigt auch die Haltung der Union im jetzigen Weltbrande. Amerika liefert den kriegführenden Mächten Waffen, Kriegswerkzeuge aller Art und Munition unbeschadet ihrer Neutralität.

Mr. Wilson nahm dieses öfter bestrittene Recht für die Industrie seiner Landsleute offen und ausdrücklich in Anspruch; er intervenierte erfolgreich in England zugunsten der Freigebung von amerikanischem Kupfer, Kupferdraht, von Benzin und Petroleum auf neutralen Schiffen.

Er trachtet die günstige Konstellation für die Hebung der amerikanischen Schiffahrt durch Ankauf der fremdnationalen, in amerikanischen Häfen ankernden Handelsschiffe, für den amerikanischen Exporthandel aber durch die zielbewußte Anknüpfung von Verbindungen zur Ausfüllung der Lücken auszunutzen, die die Blockade und die allgemeine Kriegslage in den Handel andrer Staaten — in erster Linie Deutschland — geschlagen haben. Auf dem handelspolitischen Felde zeigt der nur für einen großen humanistischen Theoretiker gehaltene jetzige Präsident der Vereinigten Staaten — in dessen sich so glücklich anlassender Amtsperiode auch die Eröffnung des Panamakanals und trotz aller entgegenstehender Hemmnisse vielleicht auch noch die Abhaltung der San Franziskoer internationalen Ausstellung fällt — zweifellos praktische Begabung und Erfolg. Was speziell China anlangt, muß einbekannt werden, daß Amerika und dessen jetziger diploma-

Digitized by Google

tischer Vertreter Dr. Reinsch sich alle Mühe geben, das altbestehende freundschaftliche Verhältnis mit diesem Lande nach Möglichkeit zu vertiefen, getreu dem Grundsatze der amerikanischen Politik, die ökonomische Einheit Chinas, seine völkerrechtliche Stellung und seine zentrale Regierungsgewalt durch friedliche Einwirkung und diplomatische Mittel nach Kräften zu stärken. Ueber diese hinaus wird aber allem Anscheine nach auch die Regierung Wilsons kaum gehen wollen; da auch jetzt noch „das Interesse des amerikanischen Volkes zurzeit an der mandschurischen Frage für nicht genügend stark gehalten wird, um die Regierung bis zu einem bewaffneten Vorgehen zu unterstützen". Das zeigte sich schon deutlich bei den gegenwärtigen Konflikten, die zwischen China und Japan wegen der Aufrechthaltung der Neutralität des ersteren schweben. Amerika vindiziert sich allerdings das Verdienst im Sinne der Rückgabe Kiautschaus an China vermittelt zu haben. Von einem Erfolg kann jedoch in dieser Beziehung bis jetzt nicht die Rede sein. Von den schönen Versprechungen Japans bis zur Tat ist auch ein weiter Weg. China ist dermalen allein auf sich und seine Kraft bezüglich der Abwehr der japanischen Uebergriffe im Hinterlande von Tsingtau, in der reichen Provinz von Schantung angewiesen. Die ehemals deutschen Eisenbahnen, die Bergwerke und andern deutschen Industrieunternehmungen in Schantung sind in japanischen Händen. Japan schickt sich an, sogar den südlichen Teil der Tientsin—Pukaubahn unter den bekannten Vorwänden als eine durch den Krieg verfallene deutsche Domäne an sich zu reißen. Zwar soll Amerika gleich nach der Kriegserklärung mit der Regierung des östlichen Inselreiches einen Vertrag geschlossen haben, in dem sich letzteres verpflichtete, wenn es in seiner Kriegführung über den Rahmen des zu erobernden Pachtgebietes von Kiautschau hinausgreift, zuerst das Einverständnis mit Amerika herzustellen. Es ist ein Vertrag ähnlich dem Root-Takatiraübereinkommen. Hat diese Abmachung — wenn sie wirklich besteht — Japan abgehalten, sich zum Herrn von Schantung zu machen? Wurde Japan von Amerika daran gehindert, das von letzterem protegierte chinesische Reich bis zu einem solchen Grade zu drangsalieren, daß dasselbe, trotz der mit elementarer Gewalt aufstrebenden japanfeindlichen Volksstimmung, trotz der vehementen Protestationen des Senates und der übrigen autonomen Körperschaften Chinas, wohl oder übel ernstlich an ein versöhnliches Arrangement mit dem Bedränger denken muß, bei dem es eines Teiles seiner Hoheitsrechte nicht nur in den besprochenen Gebietsteilen, sondern vielleicht für das ganze Reich verlustig gehen wird. Amerika, heißt es, habe seine pazifische Flotte nach den Philippinen dirigiert. Die Nachricht blieb bis jetzt ohne authentische Bekräftigung. Auch das hat Japan, welches sich heute als politischer und militärischer Anwalt der Ententemächte in Ostasien gebärdet, nicht vermocht, seine Eroberungspläne in der Südsee aufzugeben; Pläne, durch die es direkt in die politische Sphäre der Vereinigten Staaten, in dessen maritime Stellung im Stillen Ozean einbricht.

Ließ die bisherige Haltung des Washingtonkabinetts einige Zweifel über ihre Endabsichten in bezug auf die militärischen und politischen Vorgänge im

Digitized by Google

fernen Osten, so dürften dieselben durch den Inhalt der jüngsten Botschaft des Präsidenten an dem Kongreß als zerstreut betrachtet werden. Vom Senate war der Antrag auf Untersuchung des Standes der Wehrkraft der Union, betreffend deren allerlei dunkle Gerüchte umherschwirrten, eingebracht worden. Wilson hält nun diese Prüfung im gegenwärtigen Augenblick für gefährlich und dem Prestige Amerikas abträglich. „Wir sind zwar gerüstet," setzt er fort, „wir wollen aber Amerika nicht in ein bewaffnetes Lager verwandeln. In der Stunde der Gefahr müssen wir uns nicht auf das stehende Heer oder die Reservearmee, sondern auf die waffengeübte Bürgerschaft verlassen." Was soll's mit diesen Andeutungen für eine fernere Zukunft? Liegt ihre Erklärung etwa in den nachfolgenden Worten?: „Wir haben mit dem Weltkriege nichts zu tun und wollen unsre Selbstbeherrschung durch denselben nicht verlieren." Besagt das, daß Amerika seinen Grundsätzen der Nichteinmischung in europäische Händel, wie dem Streite zwischen Deutschland und Japan oder auch dem Konflikt zwischen diesem und China aus dem Wege gehen will? Die äußere Politik Amerikas hat seit den Tagen Roosevelts gewiß eine unverkennbare Schwenkung von Japan zu China vollzogen. Heute stehen die Sympathien des amerikanischen Volkes ungeteilt auf seiten der chinesischen Republik. Amerika hat, wie wir sahen, es an Anläufen zur Kräftigung der Hoheitsrechte, zur Erhaltung der durch Japan und Rußland wiederholt bedrohten Integrität, endlich zur Erhaltung der staatsrechtlichen Einheit des Reiches der Mitte nicht fehlen lassen. Niemals aber ist es über das Maß der diplomatischen Intervention hinweggegangen.

Laut eines Pekinger Telegrammes vom 11. September stand der Abschluß eines Schiedsvertrags zwischen China und den Vereinigten Staaten nach dem Muster der von den letzteren mit England und andern Mächten geschlossenen Verträge unmittelbar bevor. Derselbe soll versuchsweise für ein Jahr in Kraft treten. Alle Streitfragen, die auf diplomatischem Wege nicht erledigt werden können, sollen einer internationalen Kommission zur Entscheidung unterbreitet werden. Solange diese anhängig ist, verpflichten sich die Vertragsmächte, weder Feindseligkeiten zu beginnen noch die Rüstungen zu vergrößern, außer es droht eine Gefahr von dritter Seite. Die japanische Presse sah nun in diesem Vertrag eine gegen Japan gerichtete Maßregel, die leicht die Anknüpfung weitergehenden Einverständnisses zwischen den beiden Mächten vorbereiten könne. An sich fehlt dieser Auffassung die reale Grundlage. Es ist nur ein Zeichen des herrschenden Mißtrauens, denn Japan hat keinen solchen Vertrag mit Amerika. An dieser beobachtenden Politik Amerikas, die bisher stets vor den letzten Konsequenzen zurückschreckte, wird auch dieser Vertrag kaum etwas ändern.

Wenn wir zum Schlusse die wirklich geleistete Tätigkeit Amerikas in seiner auswärtigen Politik mit dem eingangs erwähnten politischen Programme für Ostasien vergleichen, so gelangt man zu der Konklusion, daß zwischen beiden noch immer ein großer Abstand zuungunsten der ersteren besteht. Amerika hat

Digitized by Google

bis zu einem gewissen Grade die Rolle eines Beschützers Chinas im letzten Jahrzehnt gespielt, doch vielleicht mehr gespielt als durchgeführt. Denn wir sahen, daß es in der Verfolgung seiner Ziele im äußersten Osten nie bis ans Ende gegangen und immer wieder, wenn ernstliche Schwierigkeiten entstanden, mit bewaffneter Komplikationsgefahr auftraten, diese Ziele seinem bleibenden Friedensbedürfnisse untergeordnet hat. So wird es wohl auch weiterhin bleiben, mit Milizen und dem Volksheere kann man heutigestags sich mit Japan allein in keinen erfolgversprechenden Kampf einlassen. Es muß erst gewartet werden, bis China bündnisfähig wird.

Heute steht die Sache so, daß das weite Himmlische Reich mit 100000 Mann beherzter und modern geschulter feindlicher Soldaten über den Haufen geworfen werden kann. Es war öfters schon die Rede von der Entsendung militärischer Instruktionsoffiziere aus Amerika nach China. Erst wenn diese ihrer Aufgabe gerecht geworden sein und China sich einigermaßen konsolidiert haben wird, wozu vor allem Geld, viel Geld gehört, und wenn Amerika den Chinesen dieses zur Verfügung stellen wird, erst dann wollen wir davon sprechen, daß Amerika der selbstgewählten Aufgabe der Lösung der pazifischen Frage wirklich näher gekommen sein wird. Während der gegenwärtigen welterschütternden Kämpfe ist hierzu keine Aussicht.

So brauchen wir denn unsern Aufsatz mit keinem großen Fragezeichen zu enden. Denn die Entschiedenheit, von welcher Taft und Roosevelt den Erfolg der pazifischen Politik abhängig machen zu müssen glaubten — sie ist gegenwärtig jenseits des Atlantischen Ozeans bei den Yankees trotz Panamakanal und trotz der auch sonst günstigen Gelegenheiten nur in negativem Sinne zu finden.

Die Moral im Kriege

Von

Generalleutnant z. D. Leo

In dem gegenwärtigen, alle Erdteile berührenden Kriege zeigen die kämpfenden Parteien, obgleich beide den Anspruch erheben, auf der Höhe der Kultur zu stehen, sowohl im Zweck wie in der Wahl der Mittel und in der Anteilnahme der Bevölkerung Verschiedenheiten der Auffassung, die nicht auf äußere Bedingungen der Kriegführung, sondern auf die inneren Beweggründe derselben zurückzuführen sind, welche als solche der moralischen Beurteilung unterliegen und den Krieg zugleich als den Widerstreit moralischer Grundsätze kennzeichnen.

Die sich bekämpfenden Parteien verfolgen entgegengesetzte Zwecke. Rußland in Verbindung mit Serbien und Montenegro, England in Verbindung mit Belgien und Japan sowie auch Frankreich vertreten die aggressiven Bestrebungen, bestehende politische und wirtschaftliche Zustände zu ihrem Nutzen zu ändern; die

Digitized by Google

hierdurch in ihrem Bestande bedrohten Staaten Oesterreich und Deutschland, denen neuerdings die Türkei zur Seite trat, führen den Krieg zur Abwehr jener Bestrebungen. Dort ist der Kriegszweck Machtgewinn durch kriegerische Gewalt, hier die Behauptung des jedem Staate zustehenden Selbstbestimmungsrechtes hinsichtlich seiner militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Betätigung. Die moralische Berechtigung dieser Abwehr ist nicht zu bestreiten; der Machtgewinn als Kriegszweck hat nur moralischen Wert, wenn er dazu dient, eine auf äußerem oder innerem Zwange beruhende minderwertige Kultur durch eine sittlich wertvollere, größere Freiheit der Willensbestimmung gewährende, zu verdrängen. Das trifft jedoch für das Verhältnis nicht zu, in welchem Frankreich, sowie England und Rußland, mit ihren Verbündeten zu Deutschland und Oesterreich stehen, auch nicht für das Kulturverhältnis Rußlands zur Türkei. Wenn auf jener Seite dem Kriege diese sittliche Bestimmung untergelegt wird, so ist das eine bewußte Täuschung und vermehrt das Unmoralische des Entschlusses zum Kriege.

Mag auch der Kriegszweck mehr oder weniger unter dem Zwange geschichtlicher Entwicklung stehen und dies die moralische Verantwortlichkeit einigermaßen vermindern, so besteht ein solcher Zwang doch nicht hinsichtlich der Wahl der den Erfolg bedingenden Mittel der Kriegführung. Hierbei sind militärische, wirtschaftliche und politische Kampfmittel zu trennen.

Der jetzige Krieg fordert die Inanspruchnahme des ganzen Volkes zur Vermehrung und Stärkung der Kampfmittel, und erhebt die ungezwungene, freiwillige entsprechende Beteiligung Aller zur moralischen Pflicht. Die Befreiung der wohlhabenden Teile des Volkes von dieser Pflicht durch Beschränkung des militärischen Dienstes auf die hierfür bezahlten unbemittelten Teile des Volkes in England widerspricht der moralischen Forderung ebensosehr wie die zwangsweise Aufbringung der Streitkräfte, wenn auch in gesetzlicher Form, in Rußland. Die hohe sittliche Bedeutung, welche demgegenüber die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in den andern Staaten der Kriegführung verleiht, wird auch dadurch nicht vermindert, daß nur die waffenfähige Bevölkerung an der Kampfhandlung teilnimmt, weil die nicht waffenfähige ihre Pflicht durch wirtschaftliche Arbeit zur Erhaltung der Kampfkraft und Vermehrung der Streitmittel zu erfüllen vermag.

Die Hereinziehung der nicht oder nicht mehr Kampffähigen in die Kampfhandlung kann die Kampfkraft nicht erhöhen, ist hingegen geeignet, die moralisch berechtigte Kampfhandlung durch barbarische, der Zivilisation und Humanität schroff widersprechende Betätigungen schwer zu schädigen. Daher ist auch die deutliche Unterscheidung des für den Kampf organisierten Volksteiles, d. i. der Armee, von dem von der Kampfhandlung auszuschließenden Teile eine moralische Forderung, deren Nichterfüllung in Frankreich und Belgien nur das Uebel des Krieges vermehrt hat. Trotzdem werden auch in England Stimmen laut, welche jedermann, auch Frauen, zum Kampfe aufrufen wollen, falls der Feind das Land betritt! Wird aber die Truppe, wie in Belgien, zugleich mit Zivilkleidung versehen, die gelegentlich mit der Uniform vertauscht wird, ohne auf den Waffen-

Digitized by Google

gebrauch zu verzichten, so fehlt die Möglichkeit, den Soldaten vom nicht kämpfenden Bürger zu unterscheiden. Wenn dann so beklagenswerte Ereignisse eintreten, wie z. B. in Löwen, so kann die solchen Ueberfall abwehrende feindliche Truppe für die Folgen nicht verantwortlich gemacht werden.

Wenn der Krieg das ganze staatliche Leben ergreift, kann keine Einschränkung bestehen hinsichtlich der Verwendung von Hab und Gut der Staatsbürger für die Kriegführung; die Sonderstellung Einzelner und deren Besitzes ist eine Pflichtverletzung dem Staate gegenüber; unmoralisch ist daher auch das Bestreben, sich dieser Pflicht durch „Rettung" des Besitzes ins Ausland zu entziehen.

Die Vernichtung der der Kriegführung dienenden materiellen Güter, die Behinderung ihrer Ergänzung durch Fabrikation und Handel beim Gegner kann als moralisch berechtigtes Kampfmittel nicht ausgeschlossen werden. Weil indes hiermit in die Freiheit des Handels zugleich zum schweren Schaden der neutralen Staaten eingegriffen wird, so bestehen hierauf bezügliche, auch die kriegführenden Staaten bindende völkerrechtliche Vereinbarungen, deren Nichtbeachtung als Verletzung übernommener Pflichten moralisch verwerflich ist; um so mehr, wenn den davon betroffenen Staaten die Macht fehlt, die Sühne zu erzwingen. England hat, gestützt auf seine überlegene Macht zur See, durch willkürliche Auslegung jener Vereinbarungen, lediglich zum eignen Nutzen, auch die neutralen Staaten schwer geschädigt.

Die politischen Mittel des Krieges können materielle und ideelle sein.

Materiell wirken die Besetzung fremder Landgebiete und die Wegnahme oder Zerstörung fremder Güter und Verkehrsmittel. Die Besitzergreifung feindlichen Gebietes ist ein von der Kriegshandlung nicht zu trennender Akt. Die Besetzung und Ausnutzung neutralen Gebietes, sofern sie auf Vergewaltigung des staatlichen Selbstbestimmungsrechtes beruht, ist moralisch nicht zu rechtfertigen; es sei denn, daß der betroffene Staat in einseitiger Parteinahme durch militärische, wirtschaftliche oder politische Maßnahmen die Vergewaltigung herausgefordert habe. Denn ein solches Verhalten hebt die Neutralität auf, auch wenn sie auf zwischenstaatlichen Vereinbarungen beruht, die hinfällig werden, wenn der neutralisierte Staat seine Pflicht strikter Unparteilichkeit nicht erfüllt. Dies ist in Belgien nachweislich der Fall gewesen. Da Deutschland hierdurch in seiner Kriegführung gefährdet wurde, war es zu diese Gefahr abwendenden Maßregeln berechtigt.

Die Wegnahme und Verwendung neutralen Gutes zu Lande oder zu Wasser ist als gewaltsamer Eingriff in fremdes Eigentum zum eignen Vorteil immer moralisch verwerflich; nötigt die besondere Kriegslage hierzu, so bleibt die Pflicht voller Entschädigung.

Von erheblicher Bedeutung ist die ideelle Beeinflussung des Erfolges der Kriegführung durch die öffentliche Meinung, wie sie durch die Presse und sonstige Betätigungen bewirkt wird. Sie ist nicht nur geeignet, den Willen zum Kampfe zu stärken oder zu schwächen, sondern auch in den neutralen Staaten einseitige Zustimmung oder Ablehnung hervorzurufen und zur Parteinahme zum Vorteil

Digitized by Google

oder Nachteil der Kriegführenden zu steigern. Dies an sich berechtigte Mittel der Kriegführung wird in hohem Grade unmoralisch, wenn der es anwendende Staat durch Unwahrhaftigkeit bis zur bewußten Lüge und Verleumdung nur den eignen Vorteil und den Schaden des Gegners im Auge hat, diese Tendenz auch der freien Berichterstattung aufnötigt und zugleich den Weg zur Wahrheit versperrt. Frankreich, England, Belgien und Rußland haben in dieser Richtung das Mögliche geleistet unter Erniedrigung der bestochenen Presse zu Organen der Haßerregung und unbegründeter Parteinahme. Neben dem ehrlichen Kampfe mit der Waffe geht so ein unehrlicher mit der Feder einher. Wenn auch die Wucht der Ereignisse des ersteren schließlich die Erfolge des letzteren überwinden werden, so bleibt doch die Fälschung der Ursachen des Kampfes und der Gesinnung ein den Ausgleich der Gegensätze hemmender und hindernder Faktor.

Im Wesen des Krieges liegt es, daß die Erregung der Leidenschaft die besonnene Willensbetätigung im Kampfe zurückdrängt, sowie daß einzelne, überall vorhandene bösartige Elemente freie Bahn finden zu Gewalttaten und Ausschreitungen; um so notwendiger ist es, daß die leitenden Stellen diesem Uebel rückhaltlos entgegentreten, um so verwerflicher, wenn diese selbst die auch im Feinde zu achtende Menschenwürde verletzen, die schimpfliche, unwürdige Aufnahme der Gefangenen im Lande dulden, sogar die Verwundeten und die sie pflegenden Aerzte und Schwestern nicht vor brutaler Behandlung schützen und in übertriebener Besorgnis vor Spionage und Verrat gegen die im Lande befindlichen Glieder des feindlichen Volkes beiderlei Geschlechtes Maßregeln ergreifen, welche der Zivilisation Hohn sprechen. Die Roheiten und Grausamkeiten russischer und serbischer Soldaten gegen die waffenlose Bevölkerung fallen der niedrigen Kulturstufe bewaffneter Horden zur Last, in Frankreich, England und Belgien aber auch gebildeteren Elementen auf ihre hohe Kultur eingebildeter Nationen. Wie wenig aber diese Kultur der vermeintlichen sittlichen Höhe entspricht, erweist auch die würdelose Inanspruchnahme der Hilfe Farbiger und Schwarzer, die von ihren Beherrschern selbst als unwürdig der gleichstellenden Beziehungen zu den Weißen erachtet werden.

Alle diese Auffassungen und Betätigungen verwerflicher Art entspringen weder dem überkommenen nationalen Charakter noch zwingenden äußeren Verhältnissen, sondern der Gesinnung als freier innerer Triebfeder des Willens. Indem hier Selbstüberschätzung, Selbstsucht und materielle Nützlichkeit vorherrschen, wird das sittliche Pflichtbewußtsein geschwächt oder unterdrückt, welches den Wert des Lebens nicht in dem, was es für sich selbst, sondern allein in dem erkennt, was es für die engere und weitere Lebensgemeinschaft leistet, in die es gestellt ist. Das gilt nicht nur für die einzelnen Personen, sondern auch für die Nationen und Staaten als selbständige Willenssubjekte.

Der deutschen Auffassung entspricht die Bedeutung des Krieges als Prüfstein des moralischen Wertes der Völker im guten wie im schlechten Sinne, sowie die Zuversicht, daß die moralischen Faktoren von weit größerer und nachhaltigerer Wirkung für die Zukunft der Völker und Staaten sind, als die materiellen und

Digitized by Google

politischen Erfolge und Mißerfolge. Als die entscheidenden moralischen Werte im Kriege aber begreifen wir: die Tapferkeit, d. i. der unerschütterliche Wille, der der Gefahr fest ins Auge sieht, ihr nicht ausweicht, sondern sie durch offene mannhafte Tat überwindet; die strenge, uneigennützige Pflichterfüllung, welche auch die rückhaltlose Einsetzung von Gut, Leib und Leben nicht scheut; die Achtung der Menschenwürde auch im Feinde und die Schonung der zum Kampfe Unfähigen und der friedlichen Bürger; bei alledem endlich Wahrhaftigkeit.

Der Krieger, der Staat, die Nation, welche diese Forderungen der Moral erfüllen, werden den Kampf, wie er auch ausgehen mag, mit Ehren bestehen und die Zukunft des Landes, dem sie dienen, am besten, nämlich sittlich begründen.

„The Germans to the Front!“

Von

M. v. Köller

In den nach amtlichen Quellen zusammengestellten Berichten über die Beteiligung der deutschen Marine an den Kämpfen in China — „Marine-Rundschau“ 1900, Oktober-, November- und Dezember-Heft — wird der unbefangene Leser, der den Weltkrieg miterlebt, den England jetzt gegen Deutschland entfesselt hat, ganz eigentümlich berührt, wenn er die Ausdrücke höchster Anerkennung und eines fast väterlichen Wohlwollens hört, mit denen der Leiter der zum Entsatz nach Peking bestimmten internationalen Flottenmacht, der englische Vizeadmiral Seymour, die Leistungen des deutschen Kreuzergeschwaders — große Kreuzer „Hertha“, „Hansa“, „Kaiserin Augusta“; kleine Kreuzer „Irene“ und „Gefion“ — und besonders diejenigen seines Kommandanten, des Kapitänleutnants v. Usedom, hervorhebt.

Mit der Entsatzexpedition des Admirals Seymour waren, wie bekannt, neben deutschen und englischen Kriegsschiffen aus Rußland, Frankreich, Italien, Oesterreich, Vereinigte Staaten Nordamerikas und Japan größere und kleinere Flottendetachements entsendet worden, um die durch den Boxeraufstand in Peking auf das äußerste gefährdeten fremdländischen Gesandtschaften zu schützen resp. zu befreien.

Am 11. Juni 1900 verließ das Entsatzkorps mit dem Admiral Seymour Tientsin, um nach Peking weiterzufahren. Die vereinigten Landungstruppen waren in vier hintereinander fahrenden Zügen untergebracht; die Deutschen im dritten Zuge. Die Fahrt bis Tientsin war gut vonstatten gegangen. Von Station Lofa an begannen die Spuren des Krieges; überall Brückenzerstörungen auf der Bahnlinie, und man bemerkte auch chinesische Truppenabteilungen. Kurz vor Lanfang wurden die in den ersten Zügen fahrenden Engländer von Boxern angefallen. Es kam zum Gefecht: „the battle of Lanfang“, in dessen Verlauf

Digitized by Google

Admiral Seymour den Kommandanten der Deutschen, den Kapitänleutnant v. Usedom, ersuchte, ihm Unterstützung zu senden. Die Kaiserin-Augusta-Kompagnie (Kapitän Buchholz) rückte vor. Die Boxer wurden zurückgeschlagen und die Eisenbahnfahrt fortgesetzt. Mit vieler Mühe kamen die Züge noch bis Station Lanfang durch. Von da an mehrte sich die Zerstörung der Brücken und der Bahneinrichtungen — in deren Folge Wassermangel für die Lokomotiven eintrat — in solchem Maße, daß die Weiterfahrt unmöglich wurde. Man beschloß haltzumachen, die Bahnlinie abpatrouillieren zu lassen und die Bahnhöfe Lofa und Lanfang einstweilen zu besetzen. Dabei kam es zu fortwährenden Gefechten mit den umherschweifenden Boxerhorden, die für die Expedition nicht ohne viele Verluste, aber immer mit der Flucht des Feindes endeten.

Am 18. Juni wurde zum erstenmal die Entdeckung gemacht, daß sich auch reguläre chinesische Truppen — Infanterie und Kavallerie — von Peking her den Boxern angeschlossen hatten. An 5000 Mann drangen vor und schossen aus gedeckten Stellungen mit großem Erfolg auf die vereinigte Entsatzexpedition. Trotzdem wurde auch dieser Angriff glänzend zurückgeschlagen, und die Chinesen gingen in wilder Flucht davon.

Es ist bekannt, daß mit dem Erscheinen der Ausländer in China der Boxerkrieg dort endete. Die regulären chinesischen Truppen schlossen sich den Boxern an, um vereint die Fremden von dem gemeinsamen, geheiligten Boden des Vaterlandes zu vertreiben.

Am 19. Juni beschloß der Kriegsrat der Kommandeure der Entsatzexpedition angesichts der Tatsache, daß von Tientsin keinerlei Nachricht, weder Munition noch Proviant mehr eintraf, aller Wahrscheinlichkeit nach also die Bahn nach dort nunmehr auch in großem Umfang zerstört worden sei — nach Tientsin zurückzukehren, um die von beiden Seiten abgeschnittene Position des Entsatzkorps, die verhängnisvoll werden mußte, zu verlassen, wobei auch ein erneuter Vormarsch auf Peking so in Betracht gezogen wurde, daß die Bahnlinie ganz aufzugeben sei und der spätere eventuelle Vormarsch auf Peking sowohl als der derzeitige Rückmarsch nach Tientsin, am Ufer des Peihoflusses — unter Mitbenutzung der Wasserstraße zum Transport der Verwundeten — ausgeführt werden sollte.

Der Abmarsch erfolgte am Nachmittag desselben Tages. Sehr bald stellte sich heraus, daß die Dörfer zu beiden Seiten des Peiho besetzt waren, und daß das immer wieder einsetzende Gewehrfeuer des Feindes den Marsch erschwerte und verzögerte. Admiral Seymour, „der immer an der Spitze seiner Leute marschierte", wie der Bericht sagt, beschloß daher, die Tagesmärsche aufzugeben und nur nachts weiterzugehen. Am 22. Juni nachts 1 Uhr wurde aufgebrochen. Der Bericht sagt:

„Gegen 2 Uhr nachts entstand eine Marschpause, da vorn geschossen wurde, und gleich darauf hörte man den Ruf: „The Germans to the Front!" Ein gleichlautender Befehl des Admirals Seymour wurde kurz darauf dem deutschen

Digitized by Google

Kommandeur durch einen englischen Seekadetten überbracht. Kapitän v. Usedom rückte mit den vier deutschen Kompagnien vor und fand sich bei Admiral Seymour ein, der dicht hinter den die Spitze bildenden Marinen hielt. Admiral Seymour ersuchte Kapitän v. Usedom: Erstens mit seiner Kolonne vorn zu bleiben, da von seiten des demnächst zu passierenden Hsikuarsenals ernstlicher Widerstand zu erwarten sei; zweitens im Falle seiner (Admirals Seymour) Verwundung oder seines Todes den Oberbefehl über das Expeditionskorps zu übernehmen, da er der Aelteste sei. Seinen Offizieren habe er bereits entsprechende Anweisungen gegeben. Der amerikanische Kapitän Mc Calla war dabei anwesend und sprach ebenfalls seine Bereitwilligkeit aus.“

Inzwischen näherte sich die Expedition dem vor Tientsin gelegenen Arsenal Militärmagazin Hsiku, das sehr stark mit feindlichen Truppen belegt war und der Einnahme den heftigsten Widerstand entgegensetzte. Derselbe wurde zwar siegreich überwunden, das Arsenal von dem Entsatzkorps besetzt, aber die ganze Truppe war so ermüdet, daß die völlig erschöpften Mannschaften vorderhand in dem Arsenal untergebracht werden mußten, um dort bis zur Fortsetzung ihrer Aufgabe Kräfte und Ruhe wiederzufinden. Kapitän v. Usedom wurde mit der Unterbringung der Leute, Leitung und Verteidigung des Arsenals beauftragt, nachdem derselbe schon vorher als Chef des Stabes bei Admiral Seymour Dienst getan hatte, da der englische Inhaber des Postens, Kapitän Jellicoe, verwundet worden war.

Der Brief des Admirals Seymour an den Höchstkommandierenden, die Leistungen der Deutschen und des Kapitäns v. Usedom betreffend, schließt mit folgenden Worten:

„I cannot close this letter without, Sir, expressing to Your Excellency both my personal admiration of the ability and unfailing energy which Captain v. Usedom, of H. I. G. M. S. „Hertha“, displayed throughout the expedition, and also my high sense of the value of his services. The allied force at the battle of Lanfang on 18th instant was under his command, I myself being some miles away at the time. In this determined attack on us, the first in which Chinese Imperial Troops joined with the Boxers, Captain v. Usedom was wounded. To his skilful conduct and arrangements for withdrawing the trains when it had become necessary the avoidance of a disaster then should be ascribed.

As second to myself in rank of all Officers present, I often consulted him with much benefit, and I also officially nominated him to succed me in the direction of the expedition, should I fall, and then felt our general interests would not suffer. When my Flag Captain was disabled by a wound, I requested Captain v. Usedom to do me the honour to act as Chief of my Staff which he acceded to, and was of the greatest value to me.

As regard the courage and high discipline shown by all His Imperial Majesty's Officers and men accompanying us, I can only say they were well worthy of the high traditions of the Great German Empire.“

Digitized by Google

„The Germans to the Front!“ Das Wort ist von den Ufern des Peiho her nach Deutschland herübergeklungen und hat in dem patriotischen Sinn der Deutschen einen Widerhall gefunden von Stolz und kameradschaftlicher Freude; ein Gefühl, für das die Engländer wohl kaum ein Verständnis gehabt haben dürften. Seit der Zeit her hört Deutschland jetzt zum erstenmal wieder die englischen Kriegsrufe „to the front“. Diesmal aber ergeht der Ruf nicht an „the Germans“ — es heißt Belgier, Franzosen, Inder, Japaner, Russen, Portugiesen „to the front“.

Unwillkürlich drängt sich der Vergleich auf — es zieht sich eine Parallele zwischen damals und jetzt, und die Frage erhebt sich: Ruft England immer andre Nationen „to the front“, wenn der Krieg ihm vor der eignen Front droht? Der Blick der Gegenwart wende sich in die Vergangenheit.

Englands Kampfesweise ist nie eine andre gewesen.

Seitdem das heutige England in die Periode der Entwicklung zu seiner modernen Welt- und Seemachtstellung eingetreten ist, seitdem es alle Auf- und Niedergangszeiten der hervortretenden kontinentalen Reiche und ihrer Handelsgebiete zu Wasser und zu Lande überdauert und überflügelt hat, geht derselbe Zug, dieselbe Taktik der Politik, der Kriegführung und der Kriegsmittel durch die englischen Unternehmungen. Sir Grey folgt genau seinen Vorgängern und Vorbildern aus alter Zeit.

England beginnt fast keinen Krieg aus eigner Initiative. Seine Politik wird von Palmerstons Wort: „Right or wrong, my country“ geleitet; es spinnt Intrigen, knüpft und löst Verbindungen zwischen andern Völkern, ganz nachdem wie sein Interesse es gerade verlangt: Wenn der Krieg aktiv ist — stellt es seine Hilfsaktionen auf die Seite der Gegner seiner Interessenfeinde, tritt selbsttätig nur soviel hervor, als unumgänglich notwendig ist, und treibt die Welt auf gegen die Feinde seiner Bundesgenossen.

Es würde zu weit führen, in einer historischen Wanderung durch die aufeinander folgenden, sich selbst empor- und freiringenden Kriege Englands gegen die Hansa, Portugal und Spanien, Holland und zuletzt — last, not least — gegen Frankreich die Beweise dafür klarzulegen. Der Weltkrieg, in dem wir stehen, bestätigt die Tatsachen.

Man kann und muß, von einem Standpunkt des Materialismus aus, dem skrupellosen Verkehr Englands mit andern Staaten seine Erfolge, seinen Platz lassen. Semper ego ist seit Urzeiten her die größte weltbewegende Macht der materialistischen Weltanschauung gewesen.

Aber — die Geschichte beweist durch den Aufgang und den unzweifelhaft — vielleicht erst nach Jahrhunderten — darauffolgenden Niedergang aller Völker und Staaten der Erde, daß diese „Semper-ego-Politik“ keinen Bestand hat.

Damit wird auch England rechnen müssen.

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!

„The Germans to the Front!“

Digitized by Google

Völkerrecht und Krieg

Von

A. v. Kirchenheim (Heidelberg)

Häufiger als sonst hat man in den letzten Monaten nicht nur in den breiteren Volkskreisen, sondern auch unter Politikern und Gelehrten es hören können: es gibt eben kein wirkliches Völkerrecht, das ist alles Theorie! Verträge — ein Blatt Papier! Völkerrecht — Schein! „du sprichst von Nichts zu mir". Und wer es trotzdem wagte, am Vorhandensein eines „Völkerrechts" festzuhalten, den suchte man mit einem gewissen Hohn unter Hinweis auf die bekannten traurigen Ereignisse in Belgien oder in Rio d'Oro zu widerlegen.

Demgegenüber ist es vielleicht geboten, mit wenigen Worten weitere Kreise aufzuklären. Trotz allem und allem gibt es ein wirkliches Völkerrecht, machtvoll und hoheitsvoll wie das Recht überhaupt, als Wissenschaft durchgebildet wie jeder andre Zweig der Rechtswissenschaft, und vor allem auch praktisch bedeutsam. Zunächst muß man sich klarmachen, daß das Kriegsrecht ja nur ein einzelner kleiner Teil des Völkerrechts ist. Der Krieg unter den Staaten ist heutzutage geradeso wenig der Normalzustand, wie der Prozeß unter den Menschen. Völkerrecht sind aber alle die Rechtsverhältnisse der Völker (Staaten) in ihrem wechselseitigen Verkehr beherrschenden Rechtsnormen. Wer das Leben der Gegenwart kennt, der weiß, wie in den letzten Menschenaltern der Ausbau der internationalen Beziehungen erfolgt ist, wie diese durch die technischen Erfindungen vervielfacht sind. Durch Eisenbahnen und Telegraphen hat die Erde gewissermaßen ihr motorisches und sensibles Nervensystem erhalten, hat Tausendmeilenstiefel und Feenhände bekommen. Die gesamte Entwicklung ist international geworden, kosmopolitisch, wie man sagt, das darf man zugeben, auch wenn man als Staatsmann durchaus national ist und nationale Ziele verfolgt. Gerade durch die Wechselwirkung nationaler und kosmopolitischer Gedanken entsteht das Völkerrecht, es liegt sozusagen am Kreuzungspunkt dieser Ideen, beruht auf der Notwendigkeit ihres Ausgleichs. Ueber den Staatengebilden der Gegenwart schaut das geistige Auge schon das Gerüst neuer Ordnungen. Welch eine Fülle von wirklichem Recht und Organisationen auf allen Gebieten! Man kann dies „internationales Verwaltungsrecht" nennen (ich bin selbst 1885 in meiner „Einführung ins Verwaltungsrecht" dafür eingetreten) es ist seiner Entstehung und seinem Wesen nach wirkliches Völkerrecht. Man denke an internationales Privat- und Strafrecht, Urkundenrecht und Auslieferung, an Erbrecht und Eheschließung, an Wechsel- und Schiffsverkehr usw. Zahllose Vereinbarungen sind getroffen zum Schutz gegen physische Gefahren (Reblaus), gegen Sklaven- und Mädchenhandel; Gesundheitswesen, Patent- und Markenschutz, Maß- und Münzwesen sind geregelt, vor allem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen (Weltpostverein) haben internationales Recht und sogar inter-

Digitized by Google

nationale Organisationen. Das Eigentümliche dieses Rechts ist nicht so sehr verschieden vom Wesen des Rechts überhaupt. Im einzelnen Staate bildet sich bald Recht und Gesetz, das den einzelnen zügelt, und dieser begreift früh die Notwendigkeit der Ordnung als in seinem Interesse gelegen; im Verhältnis von Staat zu Staat zeigt sich zuerst der Gedanke der Macht, des Seinerselbstgewißwerdens, und erst allmählich erkennen die Völker im Austausch der Kräfte ihre Stärke, würdigen den Wert von Leistung und Gegenleistung. Es handelt sich um Gemeinwesen, die kulturell, in Wirtschaft und Wissenschaft, tausendfach von einander abhängig, die aber als selbständige Persönlichkeiten politisch unabhängig sind. Aus diesen Grundkräften entsteht das Völkerrecht ganz natürlich. Die Staaten verbinden sich, die ein gemeinsames Rechtsbewußtsein haben; nur unter solchen kann es bestehen. Unus homo, nullus homo; so ist auch der Staat allein nichts, er steht in der Völkerfamilie.

Nach diesem Gedankengang ist klar, daß es ein Völkerrecht gibt, ganz unabhängig vom Krieg; es ist aber auch ohne weiteres klar, daß einzelne Teile dieses Rechts, geradeso wie einzelne Teile von Landesgesetzen, während eines Krieges außer Kraft treten können, z. B. Handelsverträge u. dgl. Nun hat aber das Völkerrecht der Neuzeit insofern Erweiterung erfahren, als man versucht hat, auch für den Krieg allgemeine Normen aufzustellen. Man sieht, das ist nur ein kleiner Teil des Völkerrechts, und der russische Jurist Martens rechnet dies auf das Zwangsverfahren unter den Völkern bezügliche Recht auch zum „internationalen Verwaltungsrecht". Es ist ein Fortschritt der Gesittung, daß man mitten im Getöse der Waffen der Stimme der Menschlichkeit und des Rechts Gehör schenkt; man hat allerlei geregelt, am bekanntesten ist wohl die Genfer Rote-Kreuz-Konvention, die Verwundete und Sanitätspersonal besonders schützt.

Nun sind im gegenwärtigen Krieg empörende Verletzungen allgemein anerkannter Sätze des Völkerrechts und gerade des Roten Kreuzes vorgekommen. Beweist dies, daß es kein Völkerrecht gibt? Keineswegs. Solche Verletzungen werden immer vorkommen, geradeso, wie trotz aller Strafgesetze die Verbrechen nicht aufhören und wie trotz aller Paragraphen des bürgerlichen Rechts mal Schulden nicht bezahlt werden. Bedenklicher ist es natürlich, wenn solche Verletzungen nicht von einzelnen, sondern vom Staate selbst ausgehen. Daß ein Wallone — aus diesem Stamm ging ein Tilly hervor — mal aus dem Hinterhalt schießt, das wird niemand wundern, der am Niederrhein die Bedeutung des „Wallonen" kennt. Aber daß die belgische Regierung ihre Bevölkerung von Schandtaten nicht zurückhielt, das ist zu mißbilligen. Ueber England braucht man kaum etwas zu sagen, es ist das klassische Land der Völkerrechtsbrüche, der berüchtigtste ist die Beschießung Kopenhagens 1801. Daß man nun in der ganzen Welt, wo man die Wahrheit erfährt, über solche Völkerrechtswidrigkeiten sittlich entrüstet ist, das scheint mir gerade zu bestätigen, daß eine allgemeine Ueberzeugung vom Vorhandensein eines Völkerrechts besteht. Uebrigens muß noch bemerkt werden, daß die vielbesprochenen und mit Mühe formulierten Sätze

Digitized by Google

der Haager Konferenz meist eine wirklich formelle Geltung nicht haben. Sie sind schön abgedruckt in den meisten völkerrechtlichen Werken, aber wenn der Fachmann nachsieht, findet er, daß sie meist nicht oder nur mit Vorbehalt ratifiziert sind. Die Festsetzung z. B. betreffend Verbot des Werfens von Geschossen aus Luftschiffen hat bezeichnenderweise von europäischen Großstaaten nur England unterzeichnet, das sonst bekanntlich sehr zurückhaltend, nicht einmal die Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 über das Beuterecht im Seekriege unterzeichnet hat. Und dann findet sich mehrfach folgender herrliche Satz: Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind!

Aber auch ohne Haager Konferenz gibt es tatsächlich ein modernes Kriegsrecht, das die Kulturnationen beachten, ja wir Deutsche, wie oft behauptet wird, allzu peinlich beachten. Als wir 1870 in Frankreich einrückten, erklärte König Wilhelm: „Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten, nicht mit den französischen Bürgern." Durch das Verhalten Englands und Belgiens ist nun leider ein Rückfall erfolgt und dem Krieg eine bedauerliche Schärfe gegeben. Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß die Grundlage des Völkerrechts gemeinsames Rechtsbewußtsein, d. h. gleichartige sittliche Anschauung ist, daß also jene Staaten sich außerhalb des Völkerrechts und unsrer Kultur befinden. Die Kluft, die Griechen und Barbaren schied, trennt uns heute von Wilden, aber schließlich auch von denen, die sich diesen gleichstellen, und ganz selbstverständlich gilt die Notwehr des gewöhnlichen Rechts auch im Kriege.

Dann nützt also das Völkerrecht wenig, wird so mancher einwenden, wenn es ohne Schutz einer höheren Macht ist. Gewiß, ohne zwingenden Antrieb hat es allein durch seinen Gedanken Macht, und Wächter des Kriegsrechts bleibt allein die nationale Ehre. Das ist ideal! In der Praxis hat man daher etwas Realeres finden müssen, das sind die Repressalien. Sie sind ein schneidiges, ja zweischneidiges Mittel, fast grausam erscheinend, aber doch unter Umständen notwendig und sehr wirksam. Repressalien im Kriege bezwecken, eine völkerrechtswidrige Handlung zu vergelten, vor ähnlichen abzuschrecken und den Feind dadurch zu ordnungsmäßiger Kriegführung zu zwingen. Sie dienen also in hervorragendem Maße dem Recht, indem sie dies zur Geltung bringen wollen. Freilich ist ihre Anwendung mißlich und schwierig. Unvermeidlich, aber traurig ist, daß Unschuldige leiden. Aber man muß auch nicht sentimental sein: wie viele Tausende leiden im Kriege unschuldig! Wenn für jeden durch ein Dumdumgeschoß getroffenen Deutschen zehn gefangene Engländer und Belgier erschossen oder aufgehängt würden,[1]) wer könnte dies unbillig finden! Er müßte denn von jener Art sein, die auch sonst über die Strafe gegen vertierte Verbrecher winselt, mit dem Opfer des Verbrechens aber nie das entsprechende Mitleid hat. Trotz aller Schattenseiten und Mängel werden Repressalien in

[1]) Vgl. Kriegsgeschichtl. Einzelschr. des Großen Generalstabs. Kriegsgesch. Abt., H. 31, 1912, S. 15, 16. Nr. 3. Dazu Beinhauer, Kriegsgefangenschaft. Koblenz 1908, S. 70.

Digitized by Google

einzelnen Fällen geradezu eine Befriedigung sittlichen Gefühls und eine Förderung des Rechts enthalten.[1])

Doch darauf können wir hier nicht eingehen. Aber nicht Sühne für einzelne Rechtsbrüche ist die Hauptsache, vielmehr wird auch dieser Krieg, wenn er siegreich für uns ausgeht, die Rechtsidee fördern. Der Krieg ist der Vater aller Dinge, er ist auch der Vater des Völkerrechts. Wenn das kleine Menschengeschlecht, am Strom der Ewigkeit lauschend, in Erdbeben und andern Katastrophen wohl, ohne göttlichen Ratschluß zu kennen, zwecklose Verwüstungen der Elemente sieht, winken im Völkerkampfe ihm große Ziele. Und jetzt ist das Ziel, die Anschauung zum Siege zu bringen, die oben dargelegt ist: England muß zu der Anerkennung gezwungen werden, daß alle Entwicklung darauf beruht, daß die Staaten Trotz und unlautern Wettbewerb in den Austausch der Kräfte, in die verkettende und verstärkende Gemeinschaft von Leistungen und Gegenleistungen überführen und ihre Beziehungen durch das Band sittlicher Begriffe befestigen. Mit der Geltendmachung dieser Gedanken entstand das heutige Völkerrecht, als vor dreihundert Jahren Hugo Grotius sein „mare liberum" den Ansprüchen Großbritanniens entgegensetzte, das die Alleinherrschaft über das Meer und von allen Schiffen Gruß ohne Gegengruß verlangte! Auch heute ist das Verhalten der englischen Regierung und die Gesinnung ihres leitenden Staatsmanns nicht so sehr verschieden von dieser rohen Anschauung, die man überwunden glaubte; es ist jener Macchiavellismus, der die Maximen des natürlichen Menschen zur Norm erhebt, die unverhohlene Moral des Barbaren, oder, wenn man will, des Ichlings, dessen erstes und letztes Gesetz Selbsterhaltung, dessen Affekte Neid und Eifersucht sind. Es ist klar, daß diese Grundsätze den Gegensatz alles Völkerrechts bedeuten und daß eine Macht, die sie vertritt, Feind aller Staaten ist ... zu dieser Erkenntnis muß der gegenwärtige Krieg zwingen! Keine Frage, daß England (trotz einiger einsichtigen Engländer) dazu am schwersten zu zwingen sein wird, und, wenn man England kennt, nur zu zwingen sein wird durch die Ueberzeugung, daß es — vorteilhafter ist. Hat doch ein tüchtiger englischer Staatsmann dereinst zynisch offen gesagt: Wir halten das Völkerrecht, solange es uns nützlich ist!

Hier ist der große Gegensatz deutscher und englischer Weltanschauung, und danach darf man, nicht aus nationalem Gefühl, sondern vom welthistorischen Standpunkt aus, auf den Sieg unsrer Sache schließen und ihn erhoffen. Eine Ertötung dieser Ideen durch russisch-englische Tyrannei hätte die Folge, die niemand treffender und schöner geschildert hat wie Wildenbruch:

„Durch alle Menschen würde alsdann ein Fragen gehen: Wie kommt es, daß die Völker sich heut nicht mehr verstehen? Wo ist sie hingegangen, die große, stille Macht, die eines Volkes Seele der andern nah gebracht? Dann würden sie sich schlagen verzweifelnd Brust und Haupt: Wir haben unsers

[1]) Bismarck zog Repressalien gegen Verwendung außereuropäischer (schwarzer) Truppen in Erwägung.

Digitized by Google

Reichtums uns frevelnd selbst beraubt! Die Welt, die große, reiche, ward öde, arm und leer, die Welt hat keine Seele, sie hat kein Deutschland mehr!"

Ueber einige hieraus folgende Fragen und ihre praktische Lösung, insbesondere über die „Neutralität" der Zukunft ein andermal!

Aegypten und der Suezkanal

Eine politische Betrachtung

Von

Professor Eugen Oberhummer (Wien)

England ist in Gefahr, einen der wertvollsten Teile seines zwar nicht rechtlichen, aber tatsächlichen Besitzes zu verlieren. Die Herausforderung der Türkei durch die Mächte des Dreiverbandes und die Verkündung des Heiligen Krieges haben den Weltkampf auch vor die Tore Aegyptens getragen, und vielleicht sind schon schwerwiegende Entscheidungen gefallen, während diese Zeilen zum Druck gehen.

Wir sind durch das Auftreten Englands in Aegypten seit geraumer Zeit daran gewöhnt, dieses Land als englischen Besitz und sein Verhältnis zur Türkei als ein rein nominelles zu betrachten. Tatsächlich ist letzteres Band jedoch auch jetzt noch ein sehr starkes, während die Ansprüche Englands sich auf bloßen Machteinfluß ohne staats- und völkerrechtliche Grundlage stützen. Nirgends, auch nicht in englischen Staatshandbüchern, war Aegypten bisher als ein Teil des britischen Reiches oder auch nur als Schutzgebiet verzeichnet wie etwa Sansibar oder das Ugandaprotektorat. Tunis ist durch den Bardovertrag von 1881 unter französische Schutzherrschaft gestellt und dem französischen Kolonialreich angegliedert, ähnlich Marokko durch den Vertrag von 1912; doch ist hier das Verhältnis ein loseres und wird durch die Anerkennung einer spanischen Einflußzone und eines neutralen Gebietes um Tanger, dem Sitz der diplomatischen Vertreter, noch mehr verwickelt. Daher wird Marokko im Gothaer Hofkalender, der in solchen Dingen als Autorität gelten kann, noch als selbständiger Staat behandelt. In beiden Fällen sind natürlich die Verträge dem Lande mit Gewalt aufgezwungen worden, aber sie bilden seither doch einen formellen Rechtstitel. Ein solcher fehlte bisher in Aegypten und sollte jetzt erst durch die angekündigte Annexion geschaffen werden. Wir können nur hoffen, daß es bei dieser Ankündigung bleibt und die Türkei sich stark genug zeigt, ihre angestammten Rechte zur Geltung zu bringen.

Das Recht der Türkei gründet sich auf die Eroberung des Landes durch Sultan Selim I. im Jahr 1517. In gleicher Weise hatte der arabische Feld-

Digitized by Google

herr Amr im Jahre 640 das Land, bis dahin eine Provinz des oströmischen Reiches, für den Kalifen Omar erobert. Das war der größte Wendepunkt in der Geschichte des Landes gewesen. An Stelle der aus dem Altägyptischen entwickelten koptischen Landessprache und des daneben in Literatur und Verwaltung gebräuchlichen Griechischen trat allmählich im ganzen Land das Arabische, und das schon frühzeitig hier verbreitete und eifrig gepflegte Christentum mußte dem Islam weichen. Aegypten wurde dank seiner natürlichen Beschaffenheit und der nirgends auf der Erde in gleicher Art sich wiederholenden Anhäufung einer dichten Bevölkerung in einem schmalen, überaus fruchtbaren Landstreifen das volkreichste Land arabischer Zunge und eines der Zentren arabischer Kultur. Anfangs eine Provinz des Kalifenreiches, wurde es schon 868 bis 905 unter den Tuluniden und dauernd 969 seit der Eroberung durch die in Kairuan herrschenden Fatimiden wieder ein selbständiger Staat. Denn die Fatimiden verlegten alsbald den Schwerpunkt ihres Reiches hierher und gründeten die neue Hauptstadt Kairo, die Erbin der Lage und Bedeutung des alten Memphis. Den Höhepunkt der Macht erstieg das Reich nach dem Aussterben der Fatimiden unter der glänzenden Regierung des Sultans Saladin (1171 bis 1193), des Begründers der Dynastie der Ejubiden. Der letzte dieses Stammes, Turanschah, der Sieger über Ludwig IX. von Frankreich, fiel 1250 seiner aus türkischen Sklaven (Mamelucken) bestehenden Leibgarde zum Opfer. Auch unter den nun folgenden Mameluckensultanen fanden sich mehrere kraftvolle Herrscher, und Aegypten nahm damals in der Zeit zwischen dem Verfalle des Kalifates und dem Emporkommen der Türkenmacht die erste Stelle in der mohammedanischen Staatenwelt ein. Wie unter den Ptolemäern und den Römern war es der Vermittler des Handels und Kulturaustausches von Europa nach Indien und Ostasien. Den Zwang dieser Vermittlung zu umgehen, war für Portugal und Spanien der treibende Anlaß zur Verfolgung des Seeweges nach Ostindien. Seit Vasco da Gamas kühner Fahrt (1498) war diese Mittlerrolle ausgeschaltet, aber der Suezkanal hat sie wieder an Aegypten geknüpft.

Auch in religiöser Hinsicht ist Aegypten stets ein Schwerpunkt des Islam gewesen, sowohl durch seine Volkszahl wie durch seine geographische Lage. In dem langen Gürtel mohammedanischer Länder von Marokko und dem Senegal bis China und Indonesien nimmt Aegypten mit Arabien etwa die Mitte ein. Steht Arabien auch als Heimat des Islam und seiner heiligen Städte voran, so hat Aegypten doch durch die große Zahl seiner Gläubigen und seine politische Machtstellung ein starkes Uebergewicht. Nirgends kommt dies deutlicher zum Ausdruck als in Kairo, der größten Stadt Afrikas und des ganzen arabischen Kulturkreises, nächst Konstantinopel auch der größten Stadt des Islam. Seine berühmte Moschee el Azhar ist die größte und vornehmste Bildungsstätte der mohammedanischen Welt. Sie zählt an 10,000 Schüler verschiedener Altersstufen und 500 bis 600 Lehrer. Aus dem ganzen Umkreis des Islam von Marokko und Innerafrika bis Indien strömen hier die Studierenden zusammen, um nach den vorbereitenden Studien die Unterweisung in mohammedanischer Theologie

Digitized by Google

und Rechtswissenschaft zu empfangen. Eine Wanderung durch die weiten Höfe der Moschee mit ihren am Boden kauernden Gruppen von Schülern und Lehrern verschiedenster Herkunft gehört zu den stärksten Eindrücken, die der Fremde von orientalischem Leben erhalten kann.

Die führende Stellung Aegyptens in der mohammedanischen Staatenwelt erreichte ihren Höhepunkt, als nach dem Sturze des Kalifates von Bagdad durch die Mongolen im Jahre 1258 ein Sproß der letzten Kalifendynastie der Abbasiden am Hof des Mameluckensultans Beibars in Kairo Zuflucht fand und von diesem als rechtmäßiger Kalif, freilich ohne politischen Einfluß, anerkannt wurde. Der Sultan verband so das Ansehen der höchsten Würde des Islam, der Stellvertretung des Propheten in der äußeren Leitung der Gemeinde der Gläubigen, mit seinem Thron und gewann so auch formell den Vorrang vor allen andern mohammedanischen Herrschern. So blieb durch die Nachkommen der Abbasiden das Kalifat mit Aegypten verbunden, bis das Land im Jahre 1517 türkische Provinz wurde. In richtiger Würdigung dieses Verhältnisses nahm Sultan Selim I. den letzten Scheinkalifen Mutawakkil mit nach Konstantinopel und nötigte ihn dort, die Kalifenwürde feierlich auf das Haus Osmans zu übertragen. Seitdem nimmt der türkische Sultan die vornehmste Stelle unter den mohammedanischen Fürsten ein, wie etwa der römisch-deutsche Kaiser unter den christlichen Herrschern des Mittelalters. Die Erwerbung Aegyptens mit der Kalifenwürde war um so bedeutsamer, als damit zugleich die Schutzherrschaft über die heiligen Städte Mekka und Medina auf den türkischen Sultan überging. Auf dem Kalifat und dem Besitz der genannten Städte beruht die Stellung der Türkei als Vormacht des Islam.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht war die Erwerbung Aegyptens von außerordentlicher Tragweite. Es war die reichste Provinz des Reiches, und seine Abgaben standen an erster Stelle der Staatseinkünfte. Die oberste Verwaltung lag in den Händen des von der Pforte ernannten Paschas in Kairo. Aber neben ihm bestand der Mameluckenadel; ihre Beis waren die eigentlichen Herren des Volkes. Das System war nicht unähnlich der Feudalherrschaft im Mittelalter und kehrt in der alten Türkei vor der Zeit des Reformators Mahmud II. auch sonst mehrfach wieder.

Die Mameluckenherrschaft stand noch in voller Blüte, als in das von der Außenwelt ziemlich abgeschlossene Land wie eine Bombe die Expedition Bonapartes (1798) platzte. Die Wechselfälle dieses merkwürdigen Unternehmens, militärisch mit großem Elan unternommen und kläglich geendigt, brauchen hier nicht im einzelnen verfolgt zu werden. War auch das Hauptziel, der Schlag gegen England, durch die Vernichtung der französischen Flotte bei Abukir gescheitert, so hatte die Expedition doch den Erfolg, Frankreich auf lange hinaus die erste Stelle unter den europäischen Mächten in Aegypten zu sichern. Französische Sprache und Bildung drangen in die höheren Gesellschaftskreise ein und haben sich dort bis heute erhalten. Was der arabische Efendi von europäischer Kultur sich angeeignet hat, ist ihm durch französische Vermittlung zugeflossen.

Digitized by Google

Daneben hat Frankreich durch die systematische wissenschaftliche Erforschung des Landes sich ein unvergängliches Verdienst erworben. Das große Werk der „Description de l'Egypte" und die Entzifferung der Hieroglyphen durch Champollion wirkten wie eine Offenbarung. Man begreift, daß Frankreich sich nur widerstrebend aus seiner führenden Stellung in Aegypten verdrängen ließ.

Kaum hatten die letzten französischen Truppen 1801 das Land verlassen, als sich die Vorboten einer Veränderung seiner politischen Stellung ankündigten. In dem Konflikt zwischen der Pforte und den Mameluckenbeis tat sich der Führer eines kleinen albanischen Aufgebotes, Mohammed Ali aus Kawalla in Makedonien, durch geschickte Ausnützung der Vorteile auf beiden Seiten so hervor, daß er nicht nur sein Kommando rasch erweiterte, sondern 1805 auch die Stelle eines Statthalters erlangte. Seine unbedingte Herrschaft im Innern sicherte ein kühner Handstreich gegen die Mameluken, deren 480 Beis am 1. März 1811 in der Zitadelle zu Kairo niedergemetzelt wurden. So hatte Mohammed in seinem Lande durch rücksichtslose Gewalt noch früher eine neue Ordnung der Dinge herbeigeführt, als es seinem Lehensherrn, Sultan Mahmud, durch die Niederwerfung der Janitscharen im Jahre 1826 gelungen war.

Mohammed Ali war jetzt wirklich Herr über Aegypten. Er hat der Bedrückung des Landes durch die kleinen Tyrannen und seiner kulturellen Abgeschlossenheit ein Ende gemacht und seine militärische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aufs äußerste angespannt (Helmolts Weltgesch. II). Seine Hofhaltung stand an Glanz kaum hinter den Zeiten eines selbständigen ägyptischen Reiches zurück. Diese eigne Machtentfaltung innerhalb des osmanischen Reiches war allerdings ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel, da um dieselbe Zeit Ali-Pascha in Janina (gest. 1822) sich eine ähnliche Herrschaft begründet hatte und sogar Vertreter europäischer Mächte an seinem Hof empfing. Gefährlich wurde für die Pforte das Auftreten ihres Statthalters erst, als dieser, unterstützt von seinem kriegserfahrenen Adoptivsohn Ibrahim, den Kampf um die Oberherrschaft aufnahm. In zehnjährigem Ringen (1831 bis 40) war er dem Ziele der vollen Unabhängigkeit nahegekommen, als das Eingreifen europäischer Mächte ihn in seine Schranken zurückwies. Doch erlangte er von der Pforte 1841 die Anerkennung der Erblichkeit seiner Statthalterschaft und andre Vorrechte gegen Entrichtung eines jährlichen Tributes von 80000 Beutel = 6378611 Mark. Die Souveränität des Sultans über Aegypten blieb indessen unberührt.

Mohammeds dritter Nachfolger Ismail-Pascha, ein Sohn Ibrahims, hat die staatsrechtliche Stellung Aegyptens im Verhältnis zur Pforte so ausgebaut, wie es noch jetzt zu Recht besteht. Gegen Erhöhung des Tributes auf 133635 Beutel erhielt er die Anerkennung der Erbfolge nach dem Rechte der Erstgeburt statt des bisher nach türkischer Thronfolgeordnung geltenden Seniorates, und 1867 den seine Herrscherstellung umschreibenden Rang eines Khediv. Dieses Wort ist, wie mir mein Kollege M. Bittner bestätigt, persischen Ursprungs und hängt mit dem persischen Worte chudâ, „Herr" (auch „Gott") zusammen. Es

Digitized by Google

wird neupersisch und arabisch chidiw gesprochen und bedeutet Herr, Fürst, Gebieter. Die in Europa angenommene Uebersetzung Vizekönig ist sonach zwar sprachlich willkürlich, aber zur Bezeichnung des tatsächlichen Verhältnisses nicht unzutreffend. Der Khediv — die Schreibung Khedive entspricht der französischen Aussprache — ist eben nicht Souverän seines Landes, sondern er regiert im Namen und kraft der Territorialhoheit des Sultans.

Obwohl Ismail noch weitere Zugeständnisse erlangte, so die Unabhängigkeit der Justiz und Verwaltung, die Finanzhoheit und damit das Münz- und Zollrecht, die selbständige Armee bis zum Höchstbestand von 30 000 Mann u. a., ist die Macht des Vizekönigs doch vielfach beschränkt und die Zugehörigkeit zum osmanischen Reiche gewahrt. Die Landesflagge ist die türkische, weißer Stern und Halbmond im roten Felde. Das Land hat keinerlei diplomatische Vertretung nach außen, weder Gesandte noch Konsulate. Die Interessen Aegyptens im Auslande können sonach nur durch die Missionen der Pforte vertreten werden. Wohl aber haben die in Kairo residierenden Generalkonsuln den Charakter von diplomatischen Agenten, und einige derselben, wie die Vertreter des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns, ad personam den Rang von Gesandten. Ihre Funktion tritt rechtlich in Kraft durch ein Berat des Sultans. Ehe dieses in Kairo eingetroffen ist, kann der Vertreter einer fremden Macht nur privatim, nicht offiziell vom Khediv empfangen werden. Das Verhältnis Aegyptens zum Ausland ist sonach beschränkter als das des tributären Fürstentums Bulgarien von 1879 bis 1908, das diplomatische Agenten nicht nur in Sofia empfing, sondern auch im Ausland unterhielt. Anderseits erhellt aus der Stellung der diplomatischen Vertreter in Kairo die grobe Verletzung des Völkerrechts durch England, das die mit Berat des Sultans beim Khediv beglaubigten Vertreter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns bei Beginn des Krieges durch Brachialgewalt zwang, das Land zu verlassen. Bekanntlich hat sich Frankreich ganz derselben Völkerrechtsverletzung in Marokko schuldig gemacht.

Die auch unter dem englischen Einfluß fortbestehenden engen Beziehungen Aegyptens zur Türkei finden noch in andern, weniger allgemein bekannten Tatsachen Ausdruck. Das Recht, Anleihen aufzunehmen und Verträge zu schließen, ist beschränkt. Aegypten kann Handelsverträge, aber kein Bündnis schließen und ist der Türkei rechtlich zur Heeresfolge verpflichtet, ebenso wie einst die Tributärstaaten der Balkanländer. Die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen, ein äußeres Merkmal der souveränen Staatsgewalt, ist dem Khediv nur insoweit zugestanden, als er eine beschränkte Zahl türkischer Auszeichnungen — ägyptische gibt es nicht — in seinem Wirkungskreis, aber im Namen und mit dem Siegel des Sultans, zu verleihen berechtigt ist. Zur Vertretung der türkischen Interessen residiert in Kairo ein Oberkommissär; ein Einfluß auf die Staatsgeschäfte kommt ihm jedoch nicht zu. Ebenso unterhält der Vizekönig für seinen Verkehr mit der Pforte einen Vertreter in Konstantinopel, und in Kairo neben seinem arabischen ein türkisches Kabinett. Jeder neue Vizekönig huldigt persönlich nach seiner Thronbesteigung in Konstantinopel dem Sultan als seinem Oberherrn

Digitized by Google

(Suzerän). Die türkische Abkunft der Dynastie findet, wie mir von kompetenter Seite mitgeteilt wird, auch darin Ausdruck, daß am Hof und in der Familie des Khediv noch jetzt das Türkische die Umgangssprache ist, während nach außen und im amtlichen Verkehr die arabische Landessprache gilt. Auch in manchen vornehmen Kreisen der Hauptstadt wird mit Vorliebe Türkisch gesprochen. In der Armee ist die Dienstsprache zwar arabisch, das Kommando aber türkisch. Auch die englischen Offiziere in der ägyptischen Armee kommandieren, wie mir Slatin-Pascha mitteilt, türkisch. Die Zahl der Türkisch Sprechenden ist allerdings gering; sie betrug 1907 nur 27600 von 70000 türkischen Staatsangehörigen (Syrer, Armenier usw.) bei einer Gesamtbevölkerung von 11,3 Millionen. Mit der Regierung Ismail-Paschas (1863 bis 1879) ist untrennbar eines der größten Ereignisse in der neueren Geschichte Aegyptens, die Eröffnung des Suezkanals, verbunden. Der Gedanke einer Wasserstraße vom Roten zum Mittelmeer ist bekanntlich uralt. Angeblich schon von Ramses II., sicher von Necho (609 bis 593 v. Chr.) wurde der Plan in Angriff genommen, von dem Perserkönig Darius I., den Ptolemäern und dem römischen Kaiser Trajan weitergeführt und von den Arabern schon gleich nach der Eroberung des Landes unter Amr übernommen. Doch handelte es sich dabei nicht um eine direkte Verbindung von Meer zu Meer, sondern von der Spitze des Roten Meeres durch ein altes natürliches Tal, das Wadi Tumilat, zum Nildelta und durch einen Nilarm zum Mittelmeer. Der Gedanke einer wirklichen Durchstechung der Landenge gehört der Neuzeit an. Die Venezianer, Leibniz (1671), Sultan Mustafa III. (1757 bis 1773), Bonaparte (1798), haben sich damit beschäftigt, aber zur Ausführung war das Projekt nicht reif. Seine Verwirklichung ist für die Welt mit dem Namen von Ferdinand Lesseps verknüpft.

Soviel auch das Geschick und die Energie dieses Mannes zur Durchführung beigetragen haben, scheint sein Anteil doch erheblich überschätzt worden zu sein. Vor allem ist daran zu erinnern, daß Lesseps nicht, wie im Publikum vielfach angenommen wird, Ingenieur, sondern Diplomat war. Er verstand es, die schon von andern vorbereitete Leitung des Unternehmens in die Hand zu bekommen, das Ganze zu finanzieren und zu organisieren. Darin liegt sein Hauptverdienst. Die technische Ausführung beruhte auf den Vorarbeiten englischer, französischer und ägyptischer Ingenieure, insbesondere aber auf dem nach sorgfältigen Vermessungen in den Jahren 1847 und 1855/56 durchgearbeiteten Projekt des Oesterreichers Negrelli. Dasselbe unterschied sich von andern Vorschlägen dadurch, daß es von Anfang an einen Niveaukanal von Meer zu Meer ohne Schleusen ins Auge faßte. Es fand die Zustimmung einer 1856 in Paris einberufenen internationalen Kommission, worauf Negrelli von Said-Pascha, dem Vorgänger Ismails, 1857 zum Generalinspektor der Kanalarbeiten ernannt wurde. Er starb jedoch schon am 1. Oktober 1858; seine Pläne und Studien wurden von Lesseps erworben, der nun nach außen als Bauunternehmer auftrat.

Der Anteil Negrellis an der technischen Vorbereitung des Werkes, lange Zeit ganz mit Stillschweigen übergangen, ist schon in mehreren neueren Dar-

Digitized by Google

stellungen[1]) entsprechend gewürdigt worden. Neuerlich veröffentlichte Dokumente[2]) werfen ein überraschendes Licht auf die Vorgeschichte des Unternehmens.

Uns genügt es, hier festzustellen, daß ein Oesterreicher die Grundzüge des Bauplanes entworfen hatte und Oesterreich sowie das übrige Deutschland in der 1846 zu Paris gegründeten Société d'études durch je fünf Stimmen vertreten waren, auch die hierfür vorgesehenen Einzahlungen leisteten. Schon 1843 hatte der Staatskanzler Fürst Metternich in Aegypten die Ausführung eines Kanalprojekts angeregt und 1847 die Untersuchung des Terrains durch eine internationale Kommission — für Oesterreich Negrelli — veranlaßt. Als aber die von Lesseps zur Durchführung des Unternehmens gebildete Compagnie universelle du Canal maritime de Suez Ende 1858 mit der Ausgabe von Aktien in die Oeffentlichkeit trat, wagte man in Oesterreich angesichts des von Napoleon beim Neujahrsempfang 1859 angedrohten Krieges nicht, sich weiter finanziell zu beteiligen. Dadurch ging nicht nur eine damals in ihrer finanziellen Tragweite noch nicht vorauszusehende Kapitalanlage, sondern auch die Gelegenheit verloren, in einem für den österreichischen Schiffsverkehr nach Indien und Ostasien entscheidenden Werk sich den entsprechenden Einfluß zu sichern. Die in der Société d'études durch Negrelli für Oesterreich gesicherten fünf Stimmen (Niederösterreichischer Gewerbeverein, Oesterreichischer Lloyd, Stadt Triest, Handelskammern Triest und Venedig) wurden in der neugegründeten Aktiengesellschaft beiseite geschoben.

Das Aktienkapital betrug 200 Millionen Franken in 400000 Aktien zu 500 Franken. Hiervon wurde mehr als die Hälfte von Frankreich, der größte Teil des Restes vom Vizekönig für die Türkei gezeichnet und persönlich übernommen. Nur ein kleiner Teil der Aktien, wenig über 10000 Stück, wurde in andern (meist romanischen) Ländern untergebracht. Dadurch wurde das als international gedachte Unternehmen von vornherein zu einem wesentlich französischen und wurde auch in Frankreich immer als eine nationale Ehrensache betrachtet, seitdem Napoleon nach dem siegreichen Feldzug in Italien sie zu der seinigen gemacht hatte.

Große Hindernisse und Widerstände technischer, finanzieller und politischer Art waren bei der Durchführung des Baues zu überwinden. Sie zu besiegen, war das unablässige Bemühen von Lesseps und sein größtes Verdienst; in der Wahl der Mittel war er allerdings nie ängstlich. Die Eröffnung des Kanals im November 1869 wurde mit ungeheurem Glanz und Aufwand gefeiert. Aber der ersehnte Gewinn blieb anfangs aus. Die Baukosten beliefen sich auf über 600 Millionen Franken und mußten zum Teil durch Anleihen gedeckt werden.

---

[1]) M. Voß, Der Suezkanal und seine Stellung im Weltverkehr. Wien 1904 (Abh. der k. k. Geogr. Ges., V). S. 5. — A. Ungard v. Oethalom, Der Suezkanal. Wien 1905. S. 7. — Meyers Konversationslexikon. 6. Aufl. (1908). 19, S. 189.

[2]) „Die Geschichte des Suezkanals." Prag 1912 (S. —A— aus „Rundschau für Technik und Wirtschaft"). — O. Georgi und A. Dufour-Feronce, Dokumente zur Geschichte des Suezkanals. Leipzig 1913.

Digitized by Google

Der Deutsch-Französische Krieg erschütterte den Kredit der Gesellschaft gewaltig, so daß 1871 die zu 500 Franken ausgegebenen Aktien auf 163 sanken. Dann aber folgte ein erst langsamer, später immer schnellerer Aufstieg. 1874 wurde zum erstenmal ein Betriebsüberschuß erzielt und der Parikurs überschritten. 1902 war die Aktie bereits über 4000 Franken, das Achtfache des Nennwertes, gestiegen.

Inzwischen hatte sich ein Ereignis von größter Tragweite für die weitere politische Entwicklung Aegyptens vollzogen. Ismail-Pascha war durch seine maßlose Verschwendung — die Eröffnungsfeierlichkeiten hatten ihn allein 20 Millionen Franken gekostet — in finanzielle Bedrängnis geraten und sah sich 1875 genötigt, die in seinem Besitz befindlichen 177642 Aktien abzustoßen, nachdem er schon vorher die Coupons bis 1894 verkauft hatte. Frankreich lehnte aus politischen und finanziellen Erwägungen ab. Der Vizekönig wandte sich an England, und dort vollzog sich der große Umschwung, der erst den Suezkanal und dann ganz Aegypten dem Rivalen Frankreichs in die Hände spielen sollte. England war von Anfang an dem Kanalprojekt mit großem Mißtrauen gegenübergestanden, da es den Uebergang seines indischen und ostasiatischen Handels in französische Hände befürchtete. Lord Palmerston, von 1859 bis zu seinem Tode (1865) neuerdings mit der Regierung betraut, war der heftigste Widersacher und versäumte keine Gelegenheit, dem Unternehmen diplomatische Schwierigkeiten zu bereiten. Vor dem Ankauf der Aktien wurde amtlich gewarnt, und tatsächlich gelangte bei der ersten Aufteilung kein Stück in englischen Besitz. Da hielt im November 1875 der gewiegte Geschäftsmann Benjamin Disraeli (ein Jahr später Earl of Beaconsfield) das Angebot des geldbedürftigen Vizekönigs in Händen. Disraeli überlegte und entschloß sich rasch. Das Parlament war vertagt. In Erwartung seiner späteren Zustimmung übernahm das Bankhaus Rothschild im Auftrage des Ministerpräsidenten die Aktien um den Preis von 4 Millionen Pfund, was einem Betrag von 568 Franken das Stück, etwas unter dem damaligen Kurs, entspricht. Als später das Unterhaus Schwierigkeiten machte, sagte Disraeli in der Sitzung vom 21. Februar 1876: „Ich habe den Ankauf niemals als eine finanzielle Spekulation empfohlen, ich empfehle ihn nur als eine politische Angelegenheit." Die oben gekennzeichnete Kurssteigerung zeigt, daß der Kauf für England auch finanziell ein gutes Geschäft war.

Europa war starr, als die Abmachung Disraelis mit dem Vizekönig bekannt wurde, ähnlich, wie einige Jahre später nach der Veröffentlichung des Cypernvertrages mit der Türkei. In Frankreich war man wie vor den Kopf geschlagen, Lesseps selbst völlig überrumpelt. Man fühlte, daß der Stern Frankreichs in Aegypten zu sinken und England dort das Haupt zu erheben begann. Das schildert alles sehr hübsch ein erst vor wenigen Jahren erschienenes Buch von Charles Lesage.[1])

[1]) L'Invasion anglaise en Egypte: L'Achat des actions de Suez. Paris 1906.

Digitized by Google

Die finanzielle Zerrüttung des Landes bot England bald Gelegenheit, seinen Einfluß weiter geltend zu machen. Schon 1876 wurde die Zahlung der Zinsen aus der Staatsschuld eingestellt, und der Khedive mußte im Interesse der ausländischen Staatsgläubiger eine Kontrollkommission annehmen, in der England das erste Wort hatte. Der französische Einfluß ging nebenher und dem englischen oft entgegen. Die weitere Entwicklung bis zur Absetzung Ismails, 1879, und dem militärischen Eingreifen Englands kann hier nur angedeutet werden. Die Einmischung der fremden Mächte, d. h. Frankreichs und Englands, in die inneren Angelegenheiten des Landes und das Anziehen der Steuerschraube führten 1881 zu einer Erhebung unzufriedener Offiziere, an ihrer Spitze der nachmalige Kriegsminister Arabi-Pascha. „Aegypten für die Aegypter" wurde die Losung. Ausschreitungen gegen die Europäer veranlaßten England 1882 zu einer Beschießung von Alexandria durch die Flotte und der Landung eines Heeres, das bei Tell el Kebir einen entscheidenden Sieg erfocht. Seitdem haben die englischen Truppen, unter dem Vorwand, die Ordnung aufrechtzuerhalten, das Land nicht mehr verlassen. Die militärische Besetzung wurde zwar von der englischen Regierung immer nur als eine vorübergehende Notwendigkeit bezeichnet und die Räumung in Aussicht gestellt; dem Verlangen nach einem bestimmten Termin hierfür wich die Regierung sorgfältig aus. Da gleichzeitig England sich auch in der Zivilverwaltung einen maßgebenden Einfluß sicherte, wuchs das Unbehagen in Frankreich merklich. 1895 bildete sich dort ein „Comité d'Egypte" zur Wahrung der französischen Interessen. Mehrere Nummern seiner Veröffentlichungen liegen mir vor. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt zur Zeit der Faschodakrisis 1898. Damals gewann England durch die Niederwerfung des Mahdireiches an der Spitze ägyptischer Truppen den ganzen ägyptischen Sudan. Der Sudan war unter Mohammed Ali und Ismail-Pascha von Aegypten aus erobert worden, dann seit 1883 an die Mahdisten verloren gegangen und wurde jetzt als Kondominium der ägyptischen und englischen Regierung neu organisiert. Die Hoheitsrechte der Türkei wurden dort völlig beiseite geschoben und die in Aegypten als einem Teil des osmanischen Reiches geltenden Kapitulationen für den Sudan aufgehoben; die Folge davon war die Auflassung aller Konsulate im Sudan. Eine nähere Schilderung der dortigen Verhältnisse, die hier zu weit führen würde, im Zusammenhang mit Beobachtungen auf einer dorthin von mir unternommenen Reise, muß ich mir für eine andre Stelle[1]) vorbehalten.

Frankreich hat seinen historisch wohlberechtigten Ansprüchen in Aegypten stufenweise entsagt. Der Beilegung des Faschodastreites zugunsten Englands folgte das Marokkoabkommen von 1904, worin England verspricht, an den bestehenden Verhältnissen in Aegypten nichts zu ändern, während Frankreich darauf verzichtet, einen Termin für die Räumung des Landes zu fordern. Jetzt scheint sich Frankreich auch mit der von England in Aussicht genommenen

[1]) In der Zeitschrift der Ges. für Erdkunde in Berlin.

Digitized by Google

Annexion abzufinden. Eine solche würde, wenn sie zustande käme, mehr das rechtliche als das tatsächliche Verhältnis ändern, wie es sich im Laufe der englischen Einflußperiode gestaltet hat.

Ein englischer Fachgenosse sagte mir vor einiger Zeit, es sei bezeichnend, daß die englische Regierung in Kanada, einer britischen Kolonie, gar nichts zu sagen habe, während sie in Aegypten, das kein Teil des britischen Reiches sei, die Verhältnisse vollständig beherrsche.

Die englische Verwaltung in Aegypten ist in der Tat ein Meisterstück der Vergewaltigung eines Landes, ohne dessen scheinbare Selbständigkeit anzutasten. Offiziell ist England, abgesehen von der als nicht normaler Zustand angesehenen militärischen Besetzung, wie die andern Mächte nur durch einen „Generalkonsul" vertreten. Dieser Generalkonsul ist der eigentliche Herr des Landes, der Vizekönig, und die Regierung ist gegen seinen Willen ohnmächtig. Dem Ministerium ist ein „Financial Adviser" beigegeben, ohne dessen Zustimmung keine die Finanzen betreffende Entscheidung getroffen werden kann. Der Generalgouverneur des Sudan wird vom Khedive auf Vorschlag der englischen Regierung ernannt, was natürlich praktisch einer Ernennung durch die letztere selbst gleichkommt. Er führt als „Sirdar" den Oberbefehl über die gesamte, zum größten Teil im Sudan garnisonierende Armee, deren höhere Offiziere, vom Oberst aufwärts, wieder Engländer sind; d. h. sie sind in dieser Eigenschaft nicht Offiziere der britischen, sondern der ägyptischen Armee. Ebenso sitzen in allen einflußreichen Stellen der Zivilverwaltung Engländer als ägyptische Beamte. Auch die Sudan Agency, die Vertretung der Sudanregierung in Kairo, wird von einem Engländer geleitet. So ist die einheimische Verwaltung durch die ihr im Laufe der Jahre immer zahlreicher aufgedrungenen englischen Beiräte an allen Gliedern gefesselt und der Willkür der englischen Regierung ausgeliefert. Das hat sich besonders jetzt nach Ausbruch des Krieges gezeigt, da die Engländer mit völliger Willkür wie in einem unterworfenen Lande schalten.

Es wäre unrecht, zu verkennen, daß die englische „Durchdringung" dem Lande auch viele Vorteile gebracht hat, wie ja überhaupt die Engländer in der Verwaltung ihrer Kolonien unter oft recht schwierigen Verhältnissen ein beneidenswertes Geschick gezeigt haben. An Stelle des orientalischen Schlendrians unter Ismail-Pascha ist Ordnung und Sicherheit getreten, Finanzen und Landwirtschaft wurden wesentlich gehoben. Das Hauptverdienst hieran gebührt dem langjährigen Generalkonsul (1883—1907) Sir Evelyn Baring, jetzt Lord Cromer. Sein auch ins Deutsche übersetztes Buch,[1]) ein umfassend angelegter Rechenschaftsbericht über die englische Verwaltung in Aegypten, ist die beste Quelle für die Kenntnis der neuesten Entwicklung des Landes. Es ist mir eine wertvolle Erinnerung, gelegentlich meiner ersten Reise durch das Land 1887 die Bekannt-

[1]) Earl of Cromer, Modern Egypt, 2 Bde. London 1908. Ausg. in 1 Bd. 1911. Deutsch von M. Plüddemann. 2 Bde. Berlin 1908.

Digitized by Google

schaft dieses bedeutenden Mannes gemacht zu haben. Ihm folgte 1911 Lord Kitchener, der Sieger über die Mahdisten und jetzige Kriegsminister.

Im Schlußkapitel seines Buches bezeichnet Lord Cromer selbst den dermaligen Zustand als auf die Dauer unhaltbar. „Aegypten muß entweder selbständig oder dem britischen Reiche einverleibt werden." Er selbst entscheidet sich für das erstere. Aber von einer Räumung Aegyptens durch die englischen Truppen will er nichts wissen, wenigstens nicht für absehbare Zeit. Er empfiehlt den englischen Beamten, dem ägyptischen Volk aufrichtige Sympathien entgegenzubringen; aber er verhehlt sich nicht, daß bei der einheimischen Bevölkerung niemals ein Gefühl echter Loyalität wie für eine einheimische Regierung zu erzielen sein werde. Er verweist auf einen Brief von Sir Herbert Edwards an Lord Lawrence (1863 bis 1869 Vizekönig von Indien) nach der Annexion des Pendschab: „Wir sind nirgends beliebt (we are not liked anywhere) ... Das Volk begrüßte uns als Befreier von der Mißwirtschaft der Sikhs, und wir waren populär, solange es Wunden zu heilen gab. Aber der Kranke ist jetzt gesund und der Arzt für ihn eine Last. Man kommt nicht darüber hinweg, daß wir keine Mohammedaner sind und mit den Leuten weder essen noch trinken noch eine eheliche Verbindung eingehen."

Ich habe Aegypten zum erstenmal im Jahre 1887, also bald nach der englischen Besetzung, und dann wieder 1913 bereist.[1]) Der Fortschritt der Entwicklung des Landes war schon äußerlich vielfach sichtbar, in dem Wachstum der Städte und in den Einrichtungen für den außerordentlich gesteigerten Fremdenverkehr, in der Ausdehnung des Eisenbahnverkehrs, zahlreichen am Nil sichtbaren industriellen Anlagen, ganz besonders aber in den der Bodenkultur dienenden großen Stauwerken. Ehedem war der Anbau ganz abhängig von der natürlichen Ueberflutung des Landes durch das Nilhochwasser. Für Unterägypten war allerdings schon unter Mohammed Ali ein solches Stauwerk im „Barrage du Nil" angelegt worden, der Betrieb mußte aber wegen mangelhafter Ausführung 1867 eingestellt werden, und erst der Umbau 1885 bis 1890 machte das Werk dauernd nutzbar. In Oberägypten wird das Niltal jetzt an drei Stellen in seiner ganzen Breite von Staudämmen durchzogen, bei Siut (erbaut 1898 bis 1902), Esneh (1906 bis 1909) und Assuan (1898 bis 1902, erhöht 1907 bis 1912). Letzterer, fast 2 Kilometer lang und 47 Meter hoch, ist neben dem Rooseveltdamm in Arizona das großartigste Werk seiner Art und für die Regulierung der Wasserzufuhr von größter Bedeutung. Leider ist ihm eine der Perlen ägyptischer Kulturlandschaft, die Insel Philä, zum Opfer gefallen.

Für die so wichtige Bewässerung des Landes hat also die englische Verwaltung in der Tat Großes geleistet. Doch sind die hieraus sich ergebenden Folgen für Aegypten von einem zweifelhaften Wert. Aegypten war seit unvor-

[1]) Ein Bericht über diese Reise erscheint gleichzeitig in der Wiener Wochenschrift „Urania".

Digitized by Google

denklichen Zeiten ein ackerbauendes Land, wie uns zahlreiche bildliche Darstellungen auf Denkmälern der Pharaonenzeit lehren. Unter römischer Herrschaft war es die wichtigste Kornkammer des Reiches und nahm deshalb unter den Provinzen eine Ausnahmestellung ein, als Krondomäne unter direkter Verwaltung des Kaisers durch den Praefectus Aegypti.[1]) Bis zur Neuzeit ist der Getreidebau die fast ausschließliche Quelle der Volkswirtschaft gewesen. Das hat sich geändert, seitdem infolge des amerikanischen Bürgerkrieges die Baumwolle in größerem Umfang angebaut wurde. Die ägyptische Baumwolle stellte sich als ein hochwertiges Handelsprodukt dar und war England, als es die Hand auf Aegypten legte, um so willkommener, als sie im Verein mit der indischen Baumwollerzeugung den englischen Markt von Amerika wenigstens zum Teil unabhängig machte. Der Baumwollbau wurde daher so gefördert, daß jetzt Aegypten neben Amerika und Indien an dritter Stelle steht, hinsichtlich der Qualität aber an erster. Da die Baumwolle im März oder April gesät wird, wo unter natürlichen Verhältnissen in Aegypten schon die Trockenperiode einsetzt, um die Flutzeit aber zur Ernte kommt, so war erst durch die Stauwerke ein Anbau in größerem Umfange möglich. Denn die Baumwolle bedarf der künstlichen Bewässerung. Etwa ein Drittel des gesamten Ackerlandes ist mit Baumwolle besetzt. Der Getreidebau genügt infolgedessen nicht mehr dem Bedarf der steigenden Bevölkerung; die Einfuhr an Mehl ist von 114 627 ägyptischen Pfund (1 Pfund = 20,74 Mark) in den Jahren 1890 bis 1894 auf 1 600 676 ägyptischen Pfund im Jahre 1911 gestiegen. Die Ausfuhr an Baumwolle betrug im genannten Jahre 22 988 211 ägyptische Pfund bei einer Gesamtausfuhr von 28 598 991 Pfund. Im Gegensatz zu Indien, wo eine große Baumwollindustrie besteht, fehlt eine solche in Aegypten vollständig. Das Land ist also ganz auf den Absatz nach außen angewiesen, was bei einer Krise des Baumwollmarktes die verhängnisvollsten Folgen haben kann. Ein französischer Schriftsteller hat die jetzt geradezu auf die Baumwolle gestellte Volkswirtschaft Aegyptens deshalb als Monokultur bezeichnet.[2]) Der Vorteil liegt offenbar mehr auf seiten Englands als Aegyptens.

Zum Schluß noch einige neuere Daten über den Suezkanal. Die Zahl der passierenden Schiffe ist von 3795 im Jahre 1908 auf 5373 im Jahre 1912, ihr Bruttogehalt von 19 Millionen auf 28 Millionen Tonnen gestiegen, die Einnahmen von 108 auf 136 Millionen Franken. Von den Schiffen des Jahres 1912 waren 3335 englische, 698 deutsche, 343 niederländische, 248 österreichische, 221 französische usw. Hieraus erhellt einerseits die Bedeutung des Kanals für Deutschland, Oesterreich (Lloydfahrten nach Indien und Ostasien) und Holland (wegen Niederländisch-Indien), anderseits aber die überwältigende Wichtigkeit für Englands Beziehungen zu Indien und Australien. Im Suezkanal kann Eng-

---

[1]) Mommsen, Römische Geschichte, Bd. V, S. 554 f.

[2]) L. Polier, Die Volkswirtschaft Aegyptens in ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung. Weltwirtschaftl. Archiv von B. Harms. II, 2 (1913), S. 343 ff.

Digitized by Google

land an seiner verwundbarsten Stelle getroffen werden, aber auch die andern Mächte, in erster Linie die mitteleuropäischen, haben ein Interesse daran, den Suezkanal nicht zu einem englischen Binnengewässer werden zu lassen.

Der Krieg und die Gesetze, die er brachte

Von

Regierungsrat Johannes Neuberg

Bei Shakespeare heißt es in „König Heinrich VI.“: Im Krieg ist's Sitte, jeden Vorteil zu nutzen.

Fast schien es, als solle das Wort auch bei uns Geltung bekommen, da kurz nach dem ersten Mobilmachungstag an den verschiedensten Plätzen innerhalb Deutschlands eine ungewöhnliche und unangebrachte Preissteigerung eintrat. Gab es hiergegen einen Schutz? In der Tat war das Reich sehr bald auf dem Plan und veröffentlichte nach ordnungsgemäßer Beratung durch die zuständigen Organe unter dem 4. August 1914 ein Gesetz betreffend Höchstpreise. In seiner Begründung heißt es, daß, wenn auch an sich genügend Vorräte zur Versorgung der Bevölkerung vorhanden, erfahrungsgemäß mit Kriegsbeginn schon infolge Stockung des Verkehrs die Gegenstände des täglichen Bedarfs plötzlich stark im Preis steigen. Um nun übertrieben hohen Preissteigerungen entgegenzuwirken, die nicht in der Natur der Verhältnisse begründet und durch unlautere Machenschaften einzelner hervorgerufen sind, empfiehlt es sich, unüberschreitbare Höchstpreise festzusetzen. Dem steht aber § 72 der Gewerbeordnung entgegen, der alle polizeiliche Taxen verbietet und, sofern solche früher bestanden haben, sie aufhebt. Es mußte deshalb ein Ausnahmegesetz geschaffen werden, nach dessen erstem Paragraphen — aber nur für die Dauer des gegenwärtigen Krieges — für die Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie für rohe Naturerzeugnisse (z. B. Früchte, kleineres Vieh), endlich für Heiz- und Leuchtstoffe Höchstpreise festgesetzt werden können. Bei Festsetzung der Höchstpreise darf nun aber, soviel der Not auch durch den Krieg entstehen mag, nicht lediglich des Konsumenten Interesse gewahrt werden, es wäre das eine Ungerechtigkeit gegen Produzent und Händler, der durch die Veränderung der Verhältnisse am normalen Verkauf seiner Ware nur zu leicht gehindert sein mag, man denke an die schon erwähnte erschwerte Zufuhr oder an die Verminderung des Kundenkreises durch die militärischen Einziehungen u. dgl. mehr. So muß jede Festsetzung in gleichmäßiger Erwägung der sich entgegenstehenden Interessen erfolgen, und möglichst nach Abhörung geeigneter Sachverständiger, sonst stockt der Handel und der Händler zieht es vor, überhaupt nicht zu verkaufen. Anderseits soll ihm diese Freiheit nicht uneingeschränkt bleiben. Denn weigert sich trotz Aufforderung der zuständigen

Digitized by Google

Behörde ein Besitzer der in Betracht kommenden Gegenstände, sie zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen, so kann die zuständige Behörde die Gegenstände in Besitz nehmen und auf Rechnung und Kosten des Besitzers zu den Höchstpreisen verkaufen. Nur das, was für des Besitzers eignen Bedarf vonnöten ist, muß ihm erhalten bleiben. Wie die Behörde verfahren wird, ob sie die übernommenen Waren durch den Besitzer eines ähnlichen Ladens mitverkaufen läßt, ob sie den Verkauf durch einen ihrer Angestellten bewirken läßt, ob sie einem Angestellten des Warenbesitzers den Kauf überträgt, das soll und muß sie selbst am besten entscheiden können. Natürlich wird der behördliche Verkauf auf Rechnung und Kosten des Besitzers erfolgen, denn die Behörde soll aus dem Kauf keinen Schaden haben, der Besitzer aber soll gerade durch diese Bestimmung noch besonders angehalten werden, lieber selbst den Verkauf vorzunehmen, als eben Schaden und überdies Strafe zu haben. Denn auch Strafe setzt es nach § 4 des angezogenen Gesetzes für den, der die nach § 1 festgesetzten Höchstpreise überschreitet oder den nach § 3 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt oder Vorräte an derartigen Gegenständen verheimlicht oder der Aufforderung zum Verkauf, sofern solche von der zuständigen Behörde ausgeht, nicht nachkommt. Die Strafe kann bis zu 3000 Mark, im Unvermögensfall bis zu sechs Monaten Gefängnis gehen. Bemerkt sei noch, daß die erforderlichen Anordnungen und Ausführungsbestimmungen zu erlassen Sache der Landeszentralbehörden ist, daß diese aber die Befugnis andern Behörden übertragen können — in Preußen erfolgt die Festsetzung der Höchstpreise in Städten mit über 10 000 Einwohnern durch den Magistrat, im übrigen durch den Landrat, der Zwangsverkauf, wie er oben geschildert war, durch den Gemeindevorstand (Gutsvorsteher).

Das ebenerwähnte Gesetz ist aber nun nicht das einzige, was der 4. August 1914 gebracht hat, denn dieser Tag wird in den Annalen der deutschen Gesetzgebung als ein solcher sozialen Segens weiterleben, was möglich war, Kriegsnöte zu lindern, das hat er geschaffen. Bleiben wir zunächst bei des Leibes Nahrung und Notdurft, so ist ein Gesetz betreffend vorübergehender Einfuhrerleichterungen zu nennen. Dadurch wird der Bundesrat ermächtigt, während der Dauer des Krieges Getreide, Reis, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Rüben, Grün- und Rauhfutter, Küchengewächse, Vieh, Fleisch und Zubereitungen von Fleisch, Fische, Fette zum Genusse, Käse, Eier, Müllereierzeugnisse, gewöhnliches Backwerk, eingedickte Milch, andre Nahrungs- und Genußmittel sowie Mineralöle zollfrei einzulassen. Welche Waren des näheren in Betracht kommen, hat der Bundesrat in einer Bekanntmachung vom 4. August gesagt, in einer andern desselben Tages wird im Zusammenhang hiermit eine hemmende Bestimmung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes wie durch einen Federstrich beseitigt, die Untersuchung des in das Zollinland eingehenden Fleisches in luftdicht verschlossenen Büchsen und ähnlichen Gefäßen, von Würsten u. dgl. soll sich fortan während der Kriegstage auf die Feststellung der äußern guten Beschaffenheit beschränken. Diese und alle Einfuhrerleichterungen bezwecken, es bedarf das kaum der Hervor-

Digitized by Google

hebung, eine Verstärkung der inländischen Vorräte und eine Minderung der Preissteigerung. Gleichem Zwecke dienen Ausfuhrverbote, auch solche sind erlassen worden, um dem Abschluß von Nahrungs- und Futtermitteln sowie von Mineralölen in das Ausland vorzubeugen.

Doch nun einmal zu dem wesentlichsten der am 4. August erlassenen Gesetze, wenn man diesen Ausdruck nach Lage der Sache gebrauchen darf. Es betitelt sich als Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse. Nach dem ersten Teil seines Titels ist es gewissermaßen ein Segensquell, der nach den verschiedensten Richtungen hin befruchtend und erquickend wirken soll. Wie die Begründung zum Gesetze sagt, erfordern die gegenwärtigen ernsten Zeiten solches Gesetz, doch soll der Bundesrat dabei eine Grenze innehalten, es sollen alle Aenderungen der sozialpolitischen und der Arbeiterschutzgesetze unterbleiben. Im einzelnen bringt das Gesetz zunächst eine Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts. Bekanntlich muß die Vorlegung des Wechsels zur Zahlung und die Erhebung des Protests mangels Zahlung bei Verlust der Regreßansprüche gegen den Aussteller und die Indossanten spätestens am zweiten Werktag nach dem Zahlungstag geschehen. Ebenso kann das Regreßrecht aus einem im Inland ausgestellten und zahlbaren Scheck nur ausgeübt werden, wenn der Scheck binnen zehn Tagen nach der Ausstellung dem Bezogenen am Zahlungsort zur Zahlung vorgelegt ward. Nach geltendem Rechte würde jede Versäumung solcher Frist nicht mit der Berufung auf sog. höhere Gewalt entschuldigt werden können. Kriegerische Ereignisse bedingen eine Aenderung. Wird in Veranlassung solcher die rechtzeitige Vornahme der Handlung durch höhere Gewalt verhindert, so soll sich die für ihre Vornahme vorgeschriebene Frist um so viel verlängern, als zur Vornahme der Handlung vonnöten ist, mindestens aber um sechs Werktage nach Wegfall des Hindernisses. (Eine Bekanntmachung des Bundestags vom 6. August ordnete anfänglich eine Verlängerung um dreißig Tage an. Weitere Verlängerungen sind erfolgt.) Verhinderung durch höhere Gewalt soll insbesondere in zwei Fällen angenommen werden: Zunächst, wenn der Ort, wo die Handlung vorgenommen werden muß, vom Feind besetzt ist, es sei denn, daß die Handlung bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt trotzdem bewirkt werden kann, zweitens — wiederum eine Erleichterung der Beweisfrage — wenn die zwecks Herbeiführung der Handlung zu benutzende Postverbindung derart unterbrochen ist, daß ein geregelter Postverkehr nicht mehr besteht. Das Gesetz geht hierbei von der zutreffenden Erwägung aus, daß in einem solchen Falle, wie dem erwähnten, dem Inhaber der Versuch einer Vorlegung des Wechsels durch andre Mittel nicht zugemutet werden kann.

Außer von der Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts spricht das Gesetz weiter von der Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen. Auf Grund dieser Ermächtigung sind schon am Tage des Erlasses oder kurz darauf mehrere recht wichtige Bekanntmachungen

Digitized by Google

erfolgt; so sollen, um mit der jüngsten zu beginnen, inländische Gesellschaften, die nach ihrer Satzung ausschließlich die Befriedigung der aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges hervortretenden geschäftlichen Kreditbedürfnisse bezwecken, Befreiung von Stempelabgaben in gewissem Umfang genießen. Weiter sind Bekanntmachungen ergangen, wonach die Gerichte auf Antrag des Schuldners in einem zu erlassenden Urteil anordnen können, daß Folgen, die an sich wegen Nichtzahlung einer Geldforderung eintreten (Räumung einer Wohnung), unterbleiben, daß ferner Zahlungsfristen von längstens drei Monaten bewilligt werden — dies, wenn die Lage des Beklagten solche Frist rechtfertigt und die Zahlungsfrist nicht unverhältnismäßige Nachteile dem Kläger schafft. Die Bewilligung kann dabei für den Gesamtbetrag oder einen Teilbetrag der Forderung erfolgen und von der Leistung einer nach freiem Ermessen des Gerichts zu bestimmenden Sicherheit abhängig gemacht werden. Weitere Bekanntmachungen beziehen sich auf die Fälligkeit im Auslande ausgestellter Wechsel, auf die Erhöhung der Wechselsumme bei solchen Wechseln, auf die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, auf die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, auf die Außerkraftsetzung einzelner Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, soweit nämlich solche die Verpflichtung, bei Zahlungsunfähigkeit einer Gesellschaft oder einer Genossenschaft die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen sowie das Verbot von Zahlungen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit betreffen u. dgl.

Was die Bundesratsverordnungen über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und die Anordnung der Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens anbetrifft, so hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe am 11. August an die Handelsvertretungen ein Rundschreiben erlassen, in dem bemerkt wird, daß diese Verordnungen ergangen seien, um in den jetzigen Kriegszeiten den wirtschaftlich schwächeren Kreisen möglichst zu Hilfe zu kommen, ohne doch den Weg eines in seinen Wirkungen schwer zu übersehenden allgemeinen Moratoriums betreten zu müssen. In der Verordnung sei nur von Geldforderungen (die überdies vor dem 31. Juli 1914 entstanden sein müssen) die Rede. Sie sei aber sinngemäß auf Forderungen auf Lieferung von Waren u. dgl. anzuwenden, insoweit sich solche Forderungen im Fall der Nichterfüllung in Geldforderungen verwandeln. Dabei seien als vor dem 31. Juli 1914 entstanden die Geldforderungen anzusehen, wo die Warenforderung vor diesem Tage entstanden sei.

Für die Bewilligung einer Zahlungsfrist sei namentlich an den Fall gedacht, daß ein Schuldner dadurch in Not gerate, daß er seinerseits nicht imstande sei, die ihm geschuldeten Beträge einzutreiben. Böswilligen Schuldnern müsse die Vergünstigung selbstverständlich vorenthalten bleiben. Ueberhaupt sei immer im Auge zu behalten, daß die einem Schuldner gewährte Zahlungsfrist wieder dessen Gläubiger nötigen könne, eine Zahlungsfrist nachzusuchen. Auf Forderungen des öffentlichen Rechts (Steuern, Abgaben, Versicherungsbeiträge)

Digitized by Google

beziehe sich die Verordnung überhaupt nicht, wohl aber auf solche Forderungen, die dinglich gesichert seien (Hypotheken), auch Mietszinsen seien nicht ausgenommen. In bezug auf beide Verordnungen kommt das ministerielle Rundschreiben zu dem Schluß, daß die Handelsvertretungen die Angehörigen ihres Bezirks bei der Ausübung der ihnen zustehenden Rechte beraten und namentlich auf Auswahl geeigneter Personen bedacht sein sollen, die als Aufsichtspersonen (zur Abwendung des Konkursverfahrens) in Frage kommen können — sicherlich würden sich Persönlichkeiten finden, die früher im Geschäftsleben gestanden und bereit seien, ehrenamtlich ihre Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst der Aufgabe zu stellen, Existenzen, die durch den Krieg zahlungsunfähig, vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. Auch das sei ein Dienst, dem Vaterland geweiht.

Mit all dem Genannten ist aber die segensreiche Wirkung der Anfangstage des August noch nicht genügend dargetan. In Anlehnung an ein Gesetz, das bereits vor dem letzten Deutsch-Französischen Krieg erging, ist nämlich auch jetzt ein Gesetz erlassen worden, das *den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen erstrebt*. Es kommt infolge dieses Gesetzes zu einer Unterbrechung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bei den ordentlichen Gerichten, den Gewerbegerichten und den Kaufmannsgerichten. Voraussetzung ist, daß die zu berücksichtigende Partei vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufs zu den mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teilen der Land- oder Seemacht oder zu der Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung gehört, oder daß sich die eine Partei dienstlich aus Anlaß der Kriegsführung des Reichs im Ausland aufhält, oder daß eine Partei als Kriegsgefangener oder Geisel sich in der Hand des Feindes befindet. Außer der Unterbrechung des Verfahrens zeigt sich der gewährte Schutz noch in der *Beschränkung der Zwangsvollstreckung*. Auch davon war in dem 70er Gesetze schon die Rede, dagegen enthielt dieses bezüglich des *Konkursverfahrens* über das Vermögen der Militärpersonen noch keine ausdrücklichen Bestimmungen. Ob daraus zu folgern, daß jenes Gesetz die Eröffnung und die Fortsetzung des Konkursverfahrens unbeschränkt zulassen wollte, das steht dahin. Jedenfalls erheischt der Zweck, den das in Betracht kommende Schutzgesetz verfolgt, auch nach dieser Richtung hin besondere Maßregeln, da der Konkurs in die Rechtslage des Schuldners tiefer eingreift als jede Zwangsvollstreckung. Mit Rücksicht hierauf erschien es zunächst geboten, die Eröffnung des Konkursverfahrens nur auf den Antrag des Schuldners zuzulassen, wenngleich der hierin liegende Eingriff in die Rechte der Gläubiger, insbesondere auch die Beschränkung des Anfechtungsrechts, unter Umständen erhebliche Nachteile für die Gläubiger zur Folge haben wird. Ebenso wie die Eröffnung kann auch die Fortsetzung eines anhängigen Konkursverfahrens mit unbilligen Härten für den Gemeinschuldner verknüpft sein, wenn er infolge Einberufung zum mobilen Heere verhindert ist, seine Rechte wahrzunehmen. Das Gesetz gibt daher dem Gerichte die Befugnis zur Aussetzung des Konkursverfahrens auf Antrag des Gemeinschuldners. Diese Befugnis erstreckt sich auf

Digitized by Google

jedes anhängige Konkursverfahren, mag es vor Verkündung des Gesetzes oder vor Begründung des mobilen Verhältnisses oder später zufolge Antrag des Gemeinschuldners eröffnet sein.

Auf dem Geldmarkt machte sich der Kriegsbeginn bekanntlich recht merkbar durch das Anschwellen des Papiergelds. Auch dieser Tatsache lagen gesetzgeberische Maßnahmen zugrunde, so die Münzgesetzänderung, die dem Reich die Befugnis gibt, an Stelle der Goldmünzen Reichskassenscheine und Reichsbanknoten zu verabfolgen gegen Einzahlung von Silber-, Nickel- und Kupfermünzen, ferner das Gesetz betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten, wonach Reichskassenscheine bis auf weiteres gesetzliche Zahlungsmittel sind, bis auf weiteres auch die Reichshauptkasse zur Einlösung der Reichskassenscheine und die Reichsbank zur Einlösung ihrer Noten nicht verpflichtet sein soll, bis auf weiteres endlich die im Deutschen Reich noch bestehenden Privatnotenbanken berechtigt sein sollen, zur Einlösung ihrer Noten Reichsbanknoten zu verwenden, endlich das Darlehnskassengesetz. Um nämlich für die Befriedigung der in Kriegszeiten hervortretenden Kreditbedürfnisse fördernde Einrichtungen zu treffen und auf diese Weise namentlich Stockungen in den Handels- und Gewerbebetrieben tunlichst zu begegnen, sollen Darlehnskassen errichtet werden, die sich für diesen Zweck bereits in den Jahren 1848, 1866 und 1870 bewährt haben. Für die seitens dieser Kassen gegen Sicherheit zu gewährenden Darlehen ist ein besonderes Geldzeichen unter der Benennung „Darlehnskassenscheine" aufgekommen, das bei allen Reichskassen sowie allen öffentlichen Kassen der Bundesstaaten nach dem vollen Nennwert in Zahlung genommen wird. Dadurch dient das Gesetz zugleich dem Zweck, die während des Kriegszustands stark begehrten Umlaufsmittel zu mehren und für die Inanspruchnahme der Metallbestände der Reichsbank eine wünschenswerte Einschränkung herbeizuführen.

Im großen und ganzen sind hiermit die für die Allgemeinheit wesentlichsten Gesetze und Verordnungen betrachtet. Bemerkt sei noch, daß auch einzelne Behörden, so das Patentamt, infolge des Kriegs Bekanntmachungen und Verfügungen erlassen haben, die zur Abwendung von Schäden geeignet sind. Geschlossen sei die kurze Betrachtung mit Anführung der gesetzlichen Bestimmung betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen jugendlicher Arbeiter. In der Begründung zum Gesetze heißt es, daß, während für manche Industriezweige (solche, die für den Heeresbedarf und die Nahrungsmittelindustrie arbeiten) mindestens vorübergehend eine Häufung der Arbeit eintreten wird, für andre die Gefahr des Stilliegens besteht. Um beiden Erfordernissen Rechnung zu tragen und der Bevölkerung in weitestem Maße Beschäftigung zu sichern, dazu ist vor allem nötig, auf die Beseitigung der die jugendlichen Arbeiter beschränkenden Bestimmungen bedacht zu sein. Das Nähere bestimmt der Reichskanzler.

(Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Literarische Berichte

Das große Welt-Panorama der Reisen, Abenteuer, Wunder, Entdeckungen und Kulturtaten in Wort und Bild. Vierzehnter Jahrgang. Verlag von W. Spemann, Stuttgart. Preis geb. M. 7.50.

Das Buch, das in jedem Jahre von unsrer Jugend mit Spannung erwartet wird, bringt außer fünf größeren Erzählungen eine Fülle von interessanten Aufsätzen über Reisen, fremde Länder und Völker, Technik und Verkehr, Jagd und Sport, sowie kleine naturwissenschaftliche Abhandlungen und dazu eine Menge sehr schöner Abbildungen. Auch die gewaltigen Kriegstaten unsrer Tage finden in dem Bande einen Widerhall, denn die einleitende Haupterzählung schildert den Siegeszug der deutschen Truppen über Lüttich, Namur und Brüssel bis tief nach Frankreich hinein und zeigt, wie drei junge deutsche Männer wacker ihre Schuldigkeit tun und sich das Eiserne Kreuz erwerben. Besonderes Interesse beansprucht auch der Aufsatz über den Suezkanal, der über dessen Bau und wirtschaftliche Bedeutung wertvolle Mitteilungen macht. Wir können das Werk als eine Quelle von Belehrung und Unterhaltung für die Jugend warm empfehlen. H.

Geister. Novellen von Grete Meisel-Heß. Leipzig, S. Rabinowitz. 161 S.

Daß die Verfasserin über eine beträchtliche schriftstellerische Begabung verfügt, hat sie durch frühere Werke bewiesen. Das vorliegende enthält wohl einige lesenswerte Skizzen, wie etwa die „Tragigroteske“ „Die Frau Direktor“, ist aber im ganzen wenig gehaltvoll und erfüllt in keiner Weise die hohen Erwartungen, die durch das Vorwort erweckt werden. Wenn die Verfasserin versichert, daß alle diese Geschichten aus dem einen Trieb entstanden sind, „im bunten Lebensbild das innerste treibende Agens zu entdecken“, so mag man ihr das wohl glauben, wird aber doch finden, daß die Ausführung mehr absonderliche und krasse Züge als tiefe Seelenforschung bietet. Br.

Das verborgene Leben. Von Ludwig Reeg. München, C. H. Beck. Geb. M. 2.—.

Man wird an Nietzsches Aphorismenbücher erinnern müssen, an die Sprachkunst des Zarathustra, um die Muttererde zu bezeichnen, aus der diese zarten Meditationen wie lichte Blüten gewachsen sind. Doch ist der Dichter nicht einer von denen, die seit Jahren die Pfade jenes Einzigen nach- und ausgetreten haben und die nachgerade eine Plage geworden sind, sondern einer, der tiefe Anregungen erfuhr, der sich frei machte, um ein Eigner zu sein, dessen seelische und gestaltende Kraft stark genug war, um doch sich selber zur Geltung, zum Ausdruck zu bringen. Seine oft köstlichen Skizzen, Stimmungen und Gedanken, auf das feinste gefeilt und ausgearbeitet, sind seltene Werkstücke für solche, denen es gegeben wurde, tiefe seelische Klänge zu erlauschen, sie in sich zum Wiedertönen zu bringen; ihnen wird dies schmale Buch mit seinem reichen Inhalt, den man langsam, stückweise, mit innerem Ruhegefühl aufnehmen muß, wirklich ein Geschenk bedeuten. O. Beyer.

Hebräische Rhythmik. Die Gesetze des alttestamentlichen Vers- und Strophenbaues. Kritisch dargestellt von Ed. König. Halle, Buchhandlung des Waisenhauses (VIII, 76).

Der Wunsch, die inhaltlich so weithin bekannten Psalmen und andern althebräischen Dichtungen auch nach ihrem formalen Aufbau kennen zu lernen, muß natürlich ein weitvorbereiteter sein. Aber kann er leicht befriedigt werden? Diese Frage war bisher mit nein zu beantworten, weil in bezug auf die formale Eigenart der alttestamentlichen Poesie noch bis in die unmittelbare Gegenwart herein mehrere verschiedene Theorien (von Sievers, Grimme, Schlögl, Rothstein u. a.) unausgeglichen nebeneinander standen. Gerade in diesem Moment erscheint aber eine Darstellung der Gesetze des althebräischen Vers- und Strophenbaues, die sich das Ziel gesteckt hat, nicht bloß diese Gesetze aus den Quellen zu schöpfen und durch komparative Betrachtung andrer alten Literaturen zu beleuchten, sondern auch die noch schwebenden Streitfragen unter Berücksichtigung der ganzen neueren Fachliteratur zu erörtern und ihrer Lösung entgegenzuführen. Um dem Interesse der Literarhistoriker und Stilistiker zu dienen, sind alle Texte, die zur Veranschaulichung der Gesetze der hebräischen Poesie dienen, in Transkription dargeboten. Demselben Interesse wird auch ein ausführliches Register über alle Kunstausdrücke der Poetik dienen.

Ed. K.

Spemanns Kunstkalender für 1915. Dreizehnter Jahrgang. Verlag von W. Spemann, Stuttgart. Preis M. 2.—.

Spemanns Kunstkalender hat sich längst einen festen Freundeskreis erworben. Dies dankt er vor allem der sehr sorgfältig und mit gutem Geschmack zusammengestellten Auswahl von Bildern, plastischen Kunstwerken, Bauwerken usw. aus allen Zeiten. Den ein-

Digitized by Google

zelnen Bildern sind kurze Texte beigegeben, die über das betreffende Kunstwerk oder dessen Schöpfer wertvolle Mitteilungen machen und für jeden Tag des Jahres neue Anregung geben. Der Kalender verdient seine große Verbreitung in vollem Maße.

Aus dem Vogelleben unserer Heimat. Ornithologische Plaudereien. Von Martin Braeß. Herausgegeben vom Dürerbund. Verlag von Georg D. W. Callwey, München. Preis geheftet M. 2.50, geb. M. 3.50.

Auf dieses warmherzig und mit großer Liebe und Verständnis für unsre heimatliche Vogelwelt geschriebene Buch möchten wir unsre Leser ganz besonders aufmerksam machen. Der Verfasser führt uns hinaus in Wald und Feld, in Busch und Ried, und in seinen frischen Schilderungen erleben und erlauschen wir mit ihm im Wechsel der Jahreszeiten Freud und Leid, Sorgen und Singen der anmutigsten Geschöpfe unsrer Heimatflur. Heute, wo durch Selbstsucht und Unverstand das Dasein einer recht großen Anzahl seltener heimischer Vögel ernstlich bedroht erscheint, wo es gilt, der Verödung unsrer Heimatnatur entgegenzuarbeiten, kommt das Buch zur rechten Zeit. Es ist recht dazu angetan, das Verständnis allem Lebenden gegenüber zu wecken und die Liebe zur Natur in die Herzen der Menschen einzupflanzen. Möge es recht viele empfängliche Herzen, namentlich auch bei der Jugend finden. H. H.

Spemanns Alpen-Kalender 1915. Verlag von W. Spemann, Stuttgart. Preis M. 2.—.

Bergsteiger und Touristen werden den neuen Jahrgang dieses Kalenders, der eine Fülle von sehr interessanten Bildern in vortrefflicher Wiedergabe bringt, wieder mit Freuden begrüßen. Unter den Abbildungen finden sich Ansichten von zahlreichen bekannten, aber auch solche von seltener bestiegenen Bergriesen, Bilder von interessanten Kletterpartien, Landschaftsbilder und eine Reihe von humoristischen Szenen aus dem Leben des Bergsteigers. Textlich enthält der Kalender viele nützliche Hinweise und Ratschläge für jeden Bergfreund.

U. S. A. Aus dem Dollarlande. Sitten, Zustände und Einrichtungen der Vereinigten Staaten. Von Spiridion Gopčević. Leipzig, Eduard Heinrich Mayer. 388 S.

Der Verfasser will in seinem Buche auf Grund langjährigen Aufenthalts in den Vereinigten Staaten eine wahrheitsgetreue Darstellung des Lebens und Treibens in der Union geben, er will, wie er sich ausdrückt, das wurmstichige Innere des von außen scheinbar so herrlichen Riesenbaumes zeigen. Es ist nun sehr zu begrüßen, daß endlich einmal gegen die urteilslose Bewunderung alles dessen, was amerikanisch heißt, Front gemacht wird, daß endlich der Oeffentlichkeit das zugängig gemacht wird, was bisher nur der Mund weniger Leute, die offenen Blickes die Vereinigten Staaten durchwandert haben, mitteilen konnte. Aber der Verfasser verfällt in denselben Fehler wie seine Gegner, er wird einseitig, er sieht überall nur das Verderben, und so sehr man dies in seinem Bestreben, auch die Schattenseiten der Union zu kennzeichnen, verstehen kann, so verlieren doch seine Ausführungen an Wert. Trotz alledem ist das Buch als Ergänzung zu der bisherigen Amerikaliteratur hochwillkommen zu heißen.

Dr. Johannes Riedel.

Winter. Gedichte von Elisabeth Gnade. Magdeburg-N., R. Zacharias. M. 1.80.

E. Gnade hat schon früher einen Band Gedichte, die sehr gute Aufnahme fanden, und acht Bände Romane bzw. Novellen veröffentlicht. Auch diese neue Gedichtsammlung verrät eine echte Dichterin, die ihren Gedanken und Gefühlen beredten Ausdruck zu geben weiß. Man erkennt in allen Gedichten die starke Persönlichkeit, die hinter ihnen steht.

E. M.

Ernst von Wildenbruch. Von Berthold Litzmann. Erster Band 1845 bis 1885. Mit 11 Bildnissen. Berlin, Verlag von G. Grote. Preis geh. M. 8.—, geb. M. 10.

Das deutsche Volk hat alle Ursache, Ernst von Wildenbruch dankbar zu sein und ihn zu ehren. Denn er war es, der zu jener Zeit, als die deutschen Bühnen am stärksten unter französischem Einfluß standen und frivole französische Machwerke sowie sog. moderne deutsche Dramen sich breit machten, ganz energisch protestierte. Wildenbruch versuchte wieder Ideale im Geiste Schillers aufzustellen und ein Drama großen Stils zu schaffen. Aber nicht bloß als Dichter, sondern als furchtloser deutscher Mann hat Wildenbruch zu wiederholten Malen seine Stimme erhoben und ist das gute Gewissen seiner Nation gewesen, z. B. zu der Zeit, als Bismarck von seinem Posten ging und als ihm der Reichstag Dank und Gruß verweigerte. Deshalb muß man auch Berthold Litzmann dankbar sein, der uns nun ein Lebensbild des Dichters und Mannes vermittelt. Kaum ein andrer war mehr berufen, eine Biographie Wildenbruchs zu verfassen, als Litzmann; denn er hat dem Dichter Zeit seines Lebens als Freund nahegestanden und dessen Schaffen bis ins einzelne verfolgt. Das bestätigt der uns vorliegende erste Band der Biographie in vollem Maße, in dem Litzmann eine bis ins einzelne gehende und dabei von einheitlicher, großer Anschauung getragene Analyse von Wildenbruchs Schaffen gibt. Der Band entläßt den Leser in dem Augenblick, wo Wildenbruch den

Digitized by Google

Lebensbund mit der ihm geistig ebenbürtigen Frau schließt, und in der Empfindung, daß das in diesem Leben sich offenbarende heldenhafte Streben eines großen, edlen Menschen etwas Vorbildliches hat und Wildenbruchs Werk und Wesen uns Deutschen als ein nationales Gut stets lebendig bleiben muß. Wir sehen dem zweiten Bande des großangelegten Werkes mit besonderem Interesse entgegen. H. H.

Kosmos-Kalender 1915. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franckh'sche Verlagshandlung). M. 1.60.

Der vorliegende Kalender von 1915 ist reicher ausgestattet als der vom Vorjahre, so daß seine Benutzung jedem Naturfreund eine Fülle von wertvollen Anregungen bringen wird. Der vorzügliche Bilderschmuck ist begleitet von trefflichem, naturwissenschaftlichem Text. Die Auswahl aus dem Tier- und Pflanzenreich ist der Jahreszeit geschickt angepaßt, ebenso die astronomischen Blätter, unter denen besonders die über den Sternhimmel vielen willkommen sein werden.

Der gefesselte Faust. Der Menschheitskomödie letzter Schluß. Von Johannes Gaulke. Berlin-Tempelhof. 395 S. M. 4.—.

Der Verfasser hat in diesem Buche einige Motive aus Dantes „Göttlicher Komödie" und Goethes „Faust" zusammengestückt und auf unsre Zeit übertragen. In allerlei Offenbarungen und Höllenfahrten sucht er ein Bild der Vergangenheit und der Gegenwart zu entwerfen und insbesondere über die Sitten, Religions- und Rechtsanschauungen der Menschen Gericht zu halten. Er ist ein durchaus verneinender Geist: das Leben ist nach seiner Meinung völlig sinnlos und nichtig, eine alberne Komödie ohne die Spur einer höheren Entwicklung. Trotz mancher anregender Einfälle im einzelnen macht das Buch im ganzen einen platten und unerfreulichen Eindruck: auf die Dauer vermag weder der Gedankeninhalt unsern Verstand zu überzeugen noch die dichterische Form unser Gefühl zu erwärmen. Br.

Das Buch des Einarmigen. Ratschläge zur Aneignung der Fähigkeit, mit einer Hand selbständig zu werden. Von Géza Graf Zichy. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 2.—, geb. M. 3.—.

In seinen Lebenserinnerungen hat uns Géza Graf Zichy erzählt, wie er als ganz junger Mensch durch einen Unglücksfall seinen rechten Arm verlor und wie seine Energie und Lebenskraft siegreich aus dieser Katastrophe hervorgingen. Er ist ein ausgezeichneter Klavierspieler geworden und hat als „Virtuose der linken Hand" auf großen Konzertreisen überall Beifall und Ruhm geerntet. Immer hat ihm der Wunsch vorgeschwebt, seinen Leidensgefährten in aller Welt einmal in einer eignen Schrift zu zeigen, wie er sich mit seinem Gebrechen abgefunden hat, durch was für Griffe und Mittel es ihm gelungen ist, sich bei allen Hantierungen von der Beihilfe seiner Umgebung unabhängig zu machen, so daß er so gut wie keine Handreichung von andern braucht. Diese Schrift ist nun fertiggestellt; in einem knapp gefaßten Text und vierzig vortrefflichen Abbildungen gibt Graf Zichy seine Anleitungen allen, die des einen Armes — des rechten oder des linken — beraubt sind. Keine der Verrichtungen, zu denen uns beide Hände unentbehrlich dünken, ist da vergessen: vom Schneiden der Fingernägel und Obstschälen bis zur Benutzung der Jagdflinte und zum Lenken eines Zweispänners. Für jene Tapferen, die in diesen Tagen eine feindliche Kugel zu Einarmigen gemacht, und die sich nun vor die schwere Aufgabe gestellt sehen, durch unermüdliche Energie von ihrem schweren Los das verbitternde Gefühl der Abhängigkeit fernzuhalten, ist Graf Zichy der denkbar beste Lehrer und Führer, nicht nur, weil er aus voller, durchweg selbst erkämpfter Erfahrung spricht, sondern auch dank dem Ton, in dem er spricht: dies herzliche, gütige Zusprechen, der liebenswürdige Humor des Verfassers werden seine Geduld und Ausdauer bei den schwierigen Anfängen immer aufs neue anspornen. -y-

Drei psychologische Fragen zur spanischen Thronkandidatur Leopolds von Hohenzollern. Von Dr. Hermann Hesselbarth. Leipzig, B. G. Teubner. M. 3.60.

Das Buch ist nicht nur deshalb wertvoll, weil es über eines der interessantesten Probleme der modernen Geschichtsforschung helles Licht verbreitet, sondern auch aus einem methodologischen Grunde: wer sich den Reiz gönnen will, nicht bloß an den Ergebnissen, sondern am lebendigen Fortschritt einer geschickt geführten Untersuchung teilzunehmen, der lese diese Schrift. Daß sie dank ihrer klaren und ansprechenden Darstellungsweise auch für Laien verständlich ist, sei besonders hervorgehoben. H. Z.

Kongogeschichten. Von Jürgen Jürgensen. Aus dem Dänischen übersetzt von Hermann Kiy. Mit einer Einleitung von Dr. Kuno v. d. Schalk und Bildern von Ernst M. Heims in Berlin. Hamburg-Großborstel, Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung. 131 Seiten. Gebunden M. 1.—.

Der Band vereinigt vier Geschichten aus Jürgensens Novellenbuch „Fieber", Geschichten voll eigenartiger, packender Kraft, voll düsterer Tragik und kindlichem Humor. Wenn uns die hier geschilderte Welt auch

Digitized by Google

gelegentlich etwas brutal anmuten mag, so nehmen die Erzählungen doch kulturgeschichtlich wie künstlerisch eine achtbare Höhe ein und verdienen wohl empfohlen zu werden.
Br.

Deutschlands Orientpolitik im ersten Reichsjahrzehnt 1870—1880. Von Dr. Maximilian Fliegenschmidt. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht.

Die vorliegende Darstellung bringt vielfaches Material über unsre Orientpolitik auf Grund gedruckter Quellen, die hier gesammelt sind (Hohenlohes Tagebücher, österreichische Rotbücher, Loftus' Denkwürdigkeiten usw.), und ebenso eine Anzahl von Stellen aus den Geschichtswerken von Bulle, Lenz u. a. Das Ganze macht mehr den Eindruck einer Stoffsammlung als einer zielbewußten Darstellung. Bismarck erhält dafür großes Lob, daß er durch den Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs das Uebergewicht von Rußland und Frankreich eindämmte.
E.

Dante, Gedichte von zweifelhafter Echtheit. Neu übertragen und mit Originaltext versehen von Richard Zoozmann. Leipzig, Xenien-Verlag. 277 Seiten. M. 4.— (5.50).

Der als Uebersetzer der Göttlichen Komödie rühmlich bekannte Herausgeber bietet hier den Danteforschern und -liebhabern eine erlesene Gabe: des großen Florentiners Gedichte von zweifelhafter Echtheit; teilweise sind sie auch wohl von zweifelhaftem Wert, aber, soweit man sie eben für echt halten kann, als Entwicklungsstufen oder Gelegenheitsäußerungen des Meisters von hoher literaturgeschichtlicher Bedeutung. Der Band enthält als erstes Buch Kanzonen, Balladen, Sonette und Epigramme, als zweites die sieben Bußpsalmen, das Glaubensbekenntnis und den Briefwechsel des Dichters mit Giovanni di Virgilio. Der deutschen Uebersetzung ist jedesmal der italienische oder lateinische Urwortlaut gegenübergestellt. Wieder bewährt sich Zoozmann als kundiger und formgewandter Uebertrager. Gründliche und anregende Erläuterungen beschließen das Buch.
Br.

Das deutsche Universitäts- und Hochschulwesen. Von Dr. Karl Hoeber. (Sammlung Kösel, Band 54.) Kempten und München, Jos. Kösel'sche Buchhandlung. Geb. M. 1.—.

Ein Nachschlagebuch über die deutschen Hochschulen, gewissermaßen eine Enzyklopädie dieses Gebietes in möglichst kurzer Fassung zu gelegentlicher Orientierung und als Gedächtnisstütze, fehlte uns schon lange: Karl Hoeber hat es uns gegeben. Mit großem Geschick hat er auf den 207 Seiten seines Buches nicht bloß eine Entwicklungsgeschichte des Hochschulwesens von der scholastischen Zeit des Mittelalters bis auf die jüngste Gegenwart gegeben, sondern auch über die moderne Hochschulverfassung, die Promotion, das Frauenstudium und das komplizierte Korporationswesen alles Nötige klar, übersichtlich, objektiv und fesselnd gesagt. Besonderen Dank aber verdient der Hauptteil des Werkes, eine knappe Geschichte und Charakterisierung der einzelnen Universitäten, technischen Hochschulen, Forstakademien, Bergakademien, tierärztlichen Hochschulen, landwirtschaftlichen Hochschulen und Handelshochschulen Deutschlands.
Leipzig. Dr. Hans Zimmer.

Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis je 50 Pf.

In rascher Folge ist wieder eine Reihe dieser trefflichen Flugschriften erschienen, die in ihrer Gesamtheit eine Fülle gründlichen Wissens und praktischer Erkenntnis darstellen und ein rühmliches Zeugnis ablegen von der politischen Bildung, mit der das deutsche Volk in dem gewaltigen Kampf um seinen nationalen Bestand, um seine weltgeschichtlichen Aufgaben hineingegangen ist. Wir geben einen kurzen Ueberblick über die nun zuletzt herausgekommenen Hefte. Dr. Carl Anton Schäfer schildert (in Heft 13) die „Deutsch-türkische Freundschaft" auf Grund der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen; er weist nach, daß im Gegensatz zu der immer zweideutigen Politik Englands die unsre stets auf Stärkung und Verjüngung der Türkei bedacht war; daß „die Kraft Deutschlands die Kraft der Türkei" ist. Daß wir heute die Türkei als unsern Bundesgenossen im Kampf gegen den Dreiverband zur Seite haben, ist die schöne, langsam gereifte Frucht dieser Freundschaft. — Dr. Fritz Wertheimer hat seine Schrift „Deutschland und Ostasien" (Heft 14) den deutschen Helden von Tsingtau gewidmet; mit Stolz und Wehmut sehen wir aus seiner sachlichen und doch hinreißend warmen Darstellung das Bild der großartigen, für Ostasien vorbildlich gewordenen Kulturleistung wieder erstehen, die Deutschland in der Kolonie von Kiautschau geschaffen hat und deren Bedeutung die Tage der japanischen Besitzergreifung überdauern wird. — Aus dem nahen und fernen Osten führt uns Heft 15 in die Heimat zurück: Dr. Gertrud Bäumer, eine der bewährtesten Führerinnen auf dem Gebiet der Frauenfrage, behandelt darin das schöne, inhaltschwere Thema: „Der Krieg und die Frau." Neben der unwägbaren Wehrleistung der Frauen und Mütter, von der jeder Soldat sein Stück mit hinausträgt, zeigt sie vor allem die besonderen, einzelnen Kriegsaufgaben, die Mitarbeit der Frauen an der Widerstandskraft unsrer wirtschaftlichen und sozialen Richtung auf dem

Digitized by Google

Gebiet der Hauswirtschaft, der Pflege, der Wohltätigkeit und der sozialen Organisation. Die deutschen Frauen werden ihrem Lande mit täglich gefestigter Kraft und täglich geklärter Einsicht durchhalten helfen, und sie werden einst die Schwelle des Friedens reifer, treuer und ernster überschreiten. — Heft 16 hat den Grafen Ernst zu Reventlow zum Verfasser und ist betitelt „England, der Feind." Graf Reventlow, der sich durch eine Reihe politischer Bücher einen bekannten Namen geschaffen hat, setzt auseinander, welcher Mittel sich England zur Verwirklichung seines Zieles, der Zurückdrängung Deutschlands aus seiner Weltstellung, bediente. Als „einen Verneiner unsers Daseins" kennzeichnete er uns England, und jedermann wird seinen Schlußworten zustimmen müssen: „Dieser haßerfüllte Feind unsrer Art und unsrer Arbeit muß unschädlich gemacht werden." — Mit England beschäftigt sich auch, aber von einem andern Gesichtspunkt aus, der Rostocker Historiker Professor Arnold Oskar Meyer (Heft 18). „Worin liegt Englands Schuld?" betitelt dieser gründliche Kenner englischer Geschichte und Gegenwart seine Darlegungen, in denen er es zunächst durchaus wahrscheinlich macht, daß England den Krieg nicht eigentlich gewollt und lange vorbereitet habe; Englands Schuld erblickt er darin, daß es, ohne den Krieg zu wollen, zur Stärkung seiner diplomatischen Stellung gegenüber Deutschland Mittel angewendet hat, die ungemein gefahrdrohend für den Frieden waren. „Es war eine Politik von gigantischer Frivolität, die England zwar in der Macht des Zweibunds eine unvergleichliche Rückendeckung bot, aber gleichzeitig unmittelbar und vor aller Augen am Abgrund des Weltkriegs entlang führte", bis es nicht mehr in der Macht der englischen Diplomatie lag, Einhalt zu gebieten: „England konnte gar keinen Druck auf seine Ententegenossen ausüben, denn die Leitung der Entente war ihm völlig entglitten." Von den Trägern dieser unheilvollen Politik, Grey und Churchill, gibt der Verfasser auf Grund persönlicher Anschauung lebendig gesehene und durchgeführte Bildnisse. — In „Das deutsche Elsaß" führt uns Friedrich Lienhard im 17. Heft dieser Flugschriften. Lienhard, von Geburt Elsässer, in seinen schönen dichterischen Werken wie als politischer Schriftsteller einer der besten, aufrichtigsten Vorkämpfer deutschen Wesens im Reichsland, zeigt nach einem historischen Rückblick, wie im Elsaß deutsches Gemütsleben, deutsche Dichtung und Kunst die französische Herrschaft überdauerten; er berichtet uns von den Vorkämpfern dieses elsässischen Deutschtums und von dem stillen Martyrium, das sie durchmachen mußten, als es den französischen Elementen des Landes gelang, mit dem betörenden Schlagwort von der „Doppelkultur" und unter der Maske eines pietätvollen „culte du passé" die Geister immer mehr zu verwirren und deutschem Wesen zu entfremden, bis endlich, unter den furchtbaren und gewaltigen Eindrücken des Kriegs, der große Umschwung eintrat. Diesen schildert Lienhard zum Schluß; mit freudiger Zuversicht, der jeder gute Deutsche gern beistimmen wird, blickt er in die Zukunft des nun hoffentlich für immer und ganz deutsch gewordenen Elsaß. Die Flugschrift wird als ein wichtiges Dokument für die Stimmung des Elsaß und seiner besten Elemente den Tag überdauern. — In weite geschichtliche Zusammenhänge, vor die tiefsten und ernstesten Fragen der sittlichen Verantwortung und des nationalen Gewissens stellt Professor Erich Marcks, unter unsern lebenden Historikern einer der höchstangesehenen, die unmittelbare Gegenwart mit der Schrift: Wo stehen wir? die politischen, sittlichen und kulturellen Zusammenhänge unsers Krieges. Er erhebt die Fragen: Ist das Außerordentliche, das wir durchleben, ganz neu und anders? Welche Fäden führen auf das Bekannte zurück? Die Antwort darauf gibt Marcks durch eine Schilderung der staatlichen, sittlichen und kulturellen Entwicklung Deutschlands mit Beziehung auf seine Umwelt; durch eine knappe Skizzierung der Staaten, die uns bekriegen, der Mittel, durch die wir den Sieg erringen müssen, und der Ziele. Als Ziele nennt er: Die Einheit von Fürstentum, Reich, Staat und Volk, die in der Reichstagssitzung vom 4. August den schönsten Ausdruck fand und die der Zukunft die Züge einpressen muß; im Aeußern als Mindestes die Anerkennung unsers Weltdaseins durch Großbritannien und eine greifbar feste Garantie dieser Anerkennung; wir werden ausgreifen müssen, nicht um zu annektieren, sondern um uns als Deckung zu nehmen, was wir militärisch unbedingt brauchen. Als ein imposantes Zukunftsbild in weit gespanntem Rahmen schildert Marcks den schon von dem Schweden Kjellén entwickelten Gedanken eines neuen Mitteleuropa unter deutscher Führung. — In die Weiten der Weltpolitik führt uns auch Prof. Georg Kampffmeyers Schrift „Nordwestafrika und Deutschland" (Heft 21). Der Verfasser, von der Marokkokrisis her als ein guter Kenner der wirtschaftlichen und ethnographischen Verhältnisse Marokkos bewährt, schildert die Kolonisationsarbeit der Franzosen in Algerien und Tunesien, deren Bevölkerung großenteils wirtschaftlich abhängig von den Franzosen und auch sonst aufs engste mit ihnen verknüpft ist; an ein Aufflammen des „Heiligen Krieges" in diesen Gebieten ist nach Kampffmeyer nicht zu denken; anders in Marokko, wo die französische Kolonisierung im Innern erst vereinzelte Gebiete erfaßt hat. Marokko ist auch für uns Deutsche noch

Digitized by Google

ein Platz für Kolonisationsarbeit, und der Verfasser wirft die Frage auf, ob nicht ein Teil Marokkos in Besitz genommen werden soll als strategische Sicherheit gegen das jenige Frankreich, das etwa dort nicht mit uns in Frieden leben wollte, wenn — wie der Verfasser hofft — in Europa nach Beendigung des Kriegs beide Nationen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. — Ein heimatliches Kulturproblem behandelt (in Heft 20) Gustav E. Pazaurek, der verdiente Leiter des Stuttgarter Gewerbemuseums: „Patriotismus, Kunst und Kunsthandwerk". Die selbstverständliche, wenn auch weniger erfreuliche Begleiterscheinung unsrer großen Zeit ist der Mißbrauch, der da und dort mit dem Patriotismus getrieben wird. Demgegenüber ist beizeiten an einen großzügigen Mobilmachungsplan für die nachfolgende Friedenskulturarbeit zu denken, wenn wir Deutsche die uns zugewiesene Führerrolle übernehmen und mit Erfolg durchführen wollen. Selbstverständlich gehört zur Durchführung solcher Weltkulturmissionen, wie der Förderung von Kunst und Kunsthandwerk, daß die Scheuklappen eines einseitig „nationalen" (aber nicht patriotischen) provinziellen Bierbankpolitikers abgelegt werden. Wir werden dem Verfasser recht geben müssen, wenn er ausführt, daß es nicht damit getan ist, das Fremde zurückzudrängen, sondern daß wir dafür Sorge tragen müssen, daß an seine Stelle etwas Besseres und Solideres tritt. Seine Flugschrift ist im Grunde ein Aufruf im Geiste der Bestrebungen des Deutschen Werkbundes an alle, die es angeht, Künstler, Industrielle, Gewerbetreibende: deutsche Form und deutscher Stil möge auf der Durchdringung echten Materials mit deutschem Geiste bestehen.

-y-

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Fried, Dr. Alfred H., Kurze Aufklärungen über Wesen und Ziel des Pazifismus. Berlin, Verlag der Friedens-Warte.

Sartori, Paul, Handbücher zur Volkskunde. Band VII/VIII. Sitte und Brauch. III. Teil. Zeiten und Feste des Jahres. Leipzig, Verlag von Wilhelm Heims.

Stockmann, Alois, S. J., Alban Stolz und die Schwestern Ringseis. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Geh. M. 5.—, geb. M. 6.—.

Sträter, August, S. J., Die Vertreibung der Jesuiten aus Deutschland im Jahre 1872. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Brosch. M. 1.60.

Tews, J., Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte. Leipzig, Verlag Quelle & Meyer. Brosch. M. 3.—, geb. 3.60.

Thaler, Christine v., Erziehungskunst. Wien, A. Hartleben's Verlag. Geh. M. 2.—.

Thespis, Monatsblätter für moderne Literatur und Musik. 3. Halbjahr. Heft 13. Berlin, Thespis-Verlag, Alfred v. Sommaruga.

Ulmenried, Wilhelm Wingolf v., Ein Ketzer. Die Jahre des Lernens. Leipzig, Gustav Leuckenbein, Verlag. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Valentin, Dr. Veit, Die Mächte des Dreiverbandes. München, R. Oldenbourg. Geh. 40 Pf.

Verhandlungen der ersten deutschen Konferenz für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung. Leipzig, B. G. Teubner. Geb. M. 2.—.

Vermeersch, Arthur, S. J., Die Toleranz. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Brosch. M. 3.50, geb. M. 4.50.

Wehrhan, Karl. Bd. 1: Die Sage; Bd. 2: Das Märchen; Bd. 3: Das Volkslied; Bd. 4: Kinderspiel; Bd. 5: Sitte und Brauch, I. Teil; Bd. 6: II. Teil; Bd. 7/8: III. Teil. Leipzig, Verlag von Wilhelm Heims.

Weibel, Rosa, Von Lieb und Leid. Skizzen. Zürich, Art. Institut Orell Füßli. Geb. Fr. 3.50.

Wendel, Georg, Kritik des Erkennens. Bonn, Carl Georgi. Geh. M. 4.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Neues Buch von Rudolf Presber

Soeben wurde ausgegeben:

Der Tag des Deutschen

Kriegsgedichte. Geheftet M 1.50, in Pappband M 2.—

Gedichte von zwingendem Ernst und grimmigem Humor; mit schneidenden Worten wendet sich der Dichter gegen die Feinde ringsum. Er findet die richtigen Klänge für die Einnahme von Lüttich und die Tat des U9, aber auch für eine kräftige Antwort an Maeterlinck und die Protestler von Reims.

Ein Geschenkbuch von anfeuerndem Reiz für unsere Soldaten im Feld und die Verwundeten zu Hause.

Aber auch jeder Nichtsoldat wird diese Gedichte wegen des ihnen innewohnenden künstlerischen Wertes zu schätzen wissen.

Der Ertrag ist für Zwecke des Roten Kreuzes bestimmt.

Früher sind erschienen:

Dichtungen erzählenden Inhalts

Von Leutchen, die ich liebgewann. Skizzenbuch. Geh. M 3.50, geb. M 4.50 30. Auflage.

Die Diva und andere Satiren. Geheftet M 3.—, geb. M 4.— 8. Auflage.

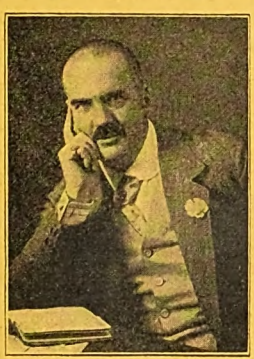
Die sieben törichten Jungfrauen. Humoristische Novellen. Geheftet M 4.—, geb. M 5.— 7. Auflage.

Von Kindern und jungen Hunden. Humoristische Novellen. Geheftet M 3.50, geb. M 4.50 12. Auflage.

Von Torheit und Freude. 2 Bde. In Lederbd. M 12.—
Inhalt: Von Leutchen, die ich liebgewann. Die Diva u. andere Satiren. Die sieben törichten Jungfrauen. Von Kindern und jungen Hunden.

Die bunte Kuh. Humoristischer Roman. Geheftet M 5.—, geb. M 6.— 11. Auflage.

Der Tag von Damaskus. Humoristische Novellen. Geh. M 3.—, geb. M 4.— 5. Auflage.



Rudolf Presber

Schauspiele

Auge um Auge. Drei Einakter. M 3.—, geb. M 4.—

Die Dame mit den Linien. Lustspiel. M 2.50, geb. M 3.50

Der Jünger — Das Versöhnungsfest. Einakter. Geh. M 2.50, geb. M 3.50

Der Retter in der Not. Lustspiel in 3 Akten. Von Franz von Schönthan u. Rud. Presber. M 2.—, geb. M 3.—

Dichtungen erzählenden Inhalts

Von Ihr und Ihm. Dialoge. Geh. M 3.—, geb. M 4.— 7. Auflage.

Das Mädchen vom Nil. Novellen. Geheftet M 2.50, geb. M 3.50 6. Auflage.

Theater. Ein Bündel Satiren. Geh. M 2.—, geb. M 3.— 3. Auflage.

Der Vetter aus Köln. Schwänke. Geh. M 1.—, geb. M 1.80 3. Auflage.

Späne. Geheftet M 2.—, geb. M 3.— 3. Auflage.

Ein Buch der Lebensfreude

Freut euch des Lebens! Ein Blütenstrauß deutscher Lyrik. Kart. M 3.—, geb. M 4.— 6. Tausend.

Verschiedenes

Vom Weg eines Weltkinds. Ein Buch Sprüche. M 2.50, in vornehmem Geschenkband M 4.— 2. Auflage.

Aus zwei Seelen. Neue Gedichte. Geheftet M 3.—, geb. M 4.— 2. Auflage.

Ein ausführlicher Prospekt über sämtliche in unserem Verlag erschienenen Werke Rudolf Presbers ist kostenlos durch jede Buchhandlung, auf Wunsch auch direkt von uns zu erhalten.

Stuttgart. **Deutsche Verlags-Anstalt.**

Digitized by Google

Der Deutsche Krieg

Politische Flugschriften, herausgegeben von **Ernst Jäckh**

Preis jedes Heftes 50 Pfennig

Neue Hefte:

17. Heft: **Friedrich Lienhard,** Das deutsche Elsaß.
18. Heft: **Prof. Dr. Arnold Oskar Meyer,** Worin liegt Englands Schuld?
19. Heft: Geheimrat **Professor Dr. Erich Marcks,** Wo stehen wir?
20. Heft: **Professor Dr. Gustav E. Pazaurek,** Patriotismus, Kunst und Kunsthandwerk.
21. Heft: **Prof. Dr. G. Kampffmeyer,** Nordwestafrika und Deutschland.
22. Heft: **Richard Charmatz,** Österreichs Erwachen.

Von dieser Flugschriften-Sammlung sind früher erschienen:

1: **Dr. Paul Rohrbach,** Warum es der Deutsche Krieg ist?
2: **D. Friedrich Naumann,** Deutschland und Frankreich.
3: **Prof. Dr. C. H. Becker,** Deutschland und der Islam.
4: **Gottfr. Traub,** Der Krieg und die Seele.
5: **M. Erzberger, M. d. R.,** Die Mobilmachung.
6: **Prof. Dr. H. Oncken,** Deutschlands Weltkrieg und die Deutschamerikaner.
7: **Axel Schmidt,** Die russische Sphinx.
8: **Geheimrat Prof. Dr. R. Eucken,** Die weltgeschichtliche Bedeutung des deutschen Geistes.
9: **Prof. Dr. G. Roloff,** Deutschland und Rußland im Widerstreit seit 200 Jahren.
10: **Oberfinanzrat Dr. Hermann Losch,** Englands Schwäche und Deutschlands Stärke.
11: **Dr. Paul Nathan,** Die Enttäuschungen unserer Gegner.
12: **Geheimrat Prof. Dr. O. Binswanger,** Die seelischen Wirkungen des Krieges.
13: **Dr. Carl Anton Schäfer,** Deutsch-türkische Freundschaft.
14: **Dr. Fritz Wertheimer,** Deutschland und Ostasien.
15: **Gertrud Bäumer,** Der Krieg und die Frau.
16: **Graf Ernst zu Reventlow,** England, der Feind.

Was die Presse sagt:

„Eine wertvolle Lektüre für alle, die darnach streben, sich lehrreiche Einblicke in die gegenwärtigen Weltereignisse zu verschaffen."
(Posener Zeitung.)

„Heute, wo es die Pflicht jedes Deutschen ist, sich mit weltpolitischen Fragen zu beschäftigen, ist diese Sammlung doppelt zu begrüßen."
(Berliner Tageblatt.)

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Verantwortlich für den Inseratenteil: Richard Neff in Stuttgart.
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart. — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württbg.

Digitized by Google

Vierzigster Jahrgang — Februar 1915 — Preis viertelj. 6 Mark
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

HARVARD COLLEGE LIBRARY
FEB 23 1915
CAMBRIDGE, MASS.

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Inhalts-Verzeichnis

Seite

Dr. J. Lulvès, Archivrat (Hannover): Auf welche Weise machte sich Frankreich zum Herrn von Tunis? 125

Wird Japan den Hilferufen der Ententemächte Folge leisten? Von einem früheren Diplomaten 142

Kämpfen Rußland und Frankreich für ihre eignen Interessen oder hauptsächlich für diejenigen Englands? 147

D. v. Stockert-Meynert: Frankreich nach der Niederlage vom Jahre 1870. Ballonbriefe des Professors Henri Montucci von der französischen Militärschule St. Cyr 150

Frhr. v. Hengelmüller: Englische Bemühungen um die Gewinnung amerikanischer Freundschaft. Ein Beitrag zur diplomatischen Geschichte der jüngsten Zeit 159

Friedrich Thimme, Direktor der Bibliothek des Herrenhauses, Berlin: Einige Mitteilungen aus meinen Erinnerungen zur deutschen Einheitsbewegung Ein Memoirenfragment Johannes v. Miquels 171

Dr. **Otto Nordenskjöld:** Ueber Schutz gegen große Kälte 185

Professor **Lammasch:** Ueber „die Krise des Internationalismus" 190

Dr. **Fr. Klein,** Minister a. D.: Entgegnung 198

Friedrich Curtius: Die patriotische Einmütigkeit des deutschen Volkes und deren Bedeutung für die Zukunft 203

F. v. Wantoch-Rekowski: Italienische Erinnerungen I. 207

H. Wittmaack, Reichsgerichtsrat a. D.: Die Neutralität Belgiens 210

Martin Conrad: Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850. Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell (Fortsetzung) 219

Krieg und Kolonien. Von einem alten Afrikaner 229

Prof Dr. **Goebel** (Breslau), zurzeit im Felde: Die Verwundungen des Weltkrieges 233

A. v. Kirchenheim: Ueber Neutralität. Zweiter völkerrechtlicher Brief . . . 238

Berichte aus allen Wissenschaften: Heinrich Bischoff, Universitätsprofessor (Lüttich): Deutsche Sprache und Literatur in Belgien 242

Literarische Berichte 245

Stuttgart **Deutsche Verlags-Anstalt** Leipzig
1915
Preis des Jahrgangs 24 Mark

Digitized by Google

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER
Erprobt und bewährt bei

Schlaflosigkeit und Nervosität

In Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer. Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3 mal täglich.
Größere Gaben auf ärztliche Verordnung.

Dr. Carbach & Cie. in Bendorf am Rhein

Wiesbaden * Hotel Vier Jahreszeiten
Vornehmes Haus I. Ranges
Badehaus mit direkter Zuleitung von der Quelle

Ein unentbehrlicher Ratgeber
für Aktiengesellschaften, Banken, Genossenschaften, Großindustrielle, Versicherungs-Gesellschaften etc.

Soergels Rechtsprechung 1914

SoergelsRechtsprechung verdankt ihre große Beliebtheit vor allem der musterhaften Anordnung des Gesamtstoffes, der ausführlichen und zuverlässigen Fassung der Rechtssätze und den nach Hunderten zählenden, sonst noch nirgends mitgeteilten Reichsgerichtsentscheidungen

SoergelsRechtsprechung enthält auch die gesamte Literatur und sämtliche bis Mitte Dezember 1914 erschienenen Entscheidungen zu den Kriegsnotgesetzen u. Verordnungen

zum gesamten Zivil-, Handels- und Prozeßrecht des Reiches und der Bundesstaaten, **enthaltend die Literatur und Rechtsprechung zu 327 Gesetzen**

Unter Mitwirkung von Oberlandesgerichtsrat Dr. **Scherling** und Landrichter Dr. **Karl Becker** herausgegeben

15. Jahrgang
Ein Band von 1153 Seiten
In Leinen geb. M 10.60

SoergelsRechtsprechung bringt ferner zu jedem Paragraphen die ihn erläuternden Zeitschriftenaufsätze und außerdem in ausführlichen Auszügen sämtliche im Jahre 1914 veröffentlichten Entscheidungen zum Landesrecht der Bundesstaaten

SoergelsRechtsprechung ist seit langem ein unentbehrliches Quellen- und Nachschlagewerk für die gesamte deutsche Juristenwelt u. trotz der nach ihr entstandenen ähnlichen Unternehmungen

weitaus das verbreitetste und inhaltreichste Jahrbuch der oberstrichterlichen Rechtsprechung

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT IN STUTTGART

Digitized by Google

COLLEGE LIBRARY
1915
CAMBRIDGE, MASS.

Auf welche Weise machte sich Frankreich zum Herrn von Tunis?

Von

Archivrat Dr. J. Lulvès (Hannover)

Nizza und Tunis, für uns zwei Schlachten gleichwertig, die wir an eine Nation verloren haben, welche möglicherweise einmal unser wirklicher Feind sein kann!" Es soll Francesco Crispi[1]) gewesen sein, der sich so in einem Briefe vom 24. April 1881 einem andern italienischen Minister, dem großen Finanzmann Quintino Sella, gegenüber ausgedrückt hat.

Eine Tatsache beweisen die eingangs genannten Gebietsnamen, nämlich, daß alle Ländererwerbungen Frankreichs in Europa oder in Europas nächster Nähe während der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts auf Italiens Kosten bzw. zu seinem Schaden erfolgt sind.

Für die damaligen und mehr noch für die weiteren Wechselbeziehungen zwischen Frankreich und Italien, welche zugleich maßgebend für das Schicksal der von beiden begehrten „Regentschaft" Tunis sein sollten, zeitigte der Berliner Kongreß im Sommer 1878 ein entscheidendes Ergebnis, nämlich eine geheime Verständigung zwischen Frankreich und England hinsichtlich mehrerer türkischer Vasallenstaaten am Mittelländischen Meere, zu denen u. a. Tunis gehörte.

Der maßgebende Staatsmann auf dem Kongreß, Fürst Bismarck, hatte auch diesen nordafrikanischen Staat in den Kreis seiner politischen Erwägungen gezogen. Am 8. Juli 1878 war das bereits vor dem Kongreß getroffene Ab-

---

[1]) Crispi dürfte wohl der als „un eminente uomo politico di sinistra" bezeichnete Verfasser jenes Briefes sein (vgl. Luigi Chiala, Pagine di Storia contemporanea, II, S. 295, Nr. 2). Ueber Nizzas Erwerbung durch Napoleon III., der ich im Dezember-Heft der „Deutschen Revue" (1914), S. 245 ff. eine längere Untersuchung gewidmet habe, äußert sich Crispi in seinen Memoiren (Deutsche Ausgabe, S. 205): „Ein französisches Nizza ist ein geographischer Widersinn; mit den 50 Millionen Kriegsentschädigung waren Napoleon alle Kriegskosten bezahlt." — „Nizzas Italienertum leugnen zu wollen, ist dasselbe, wie das Licht der Sonne zu leugnen," sagte Garibaldi in einem inzwischen von der „Concordia" in Rom zum ersten Male veröffentlichten Briefe vom 25. November 1871 an Lavagna.

Copyright 1915 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

kommen zwischen England und der Türkei über die Ueberlassung Cyperns an ersteres bekannt geworden. Oesterreich hatte sich Bosnien und die Herzegowina gesichert, die übrigens (nach R. Bonghi) bereits Cavour unter gewissen Bedingungen dem Kaiserstaate zugedacht haben soll. Italiens Stellung war demnach im Mittelländischen sowie im Adriatischen Meere sehr verschlechtert. Da sagte dem darüber niedergedrückten Vertreter Italiens, dem Grafen Corti, der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes, Bernhard Ernst v. Bülow: „Warum wollen Sie sich nicht mit England verständigen und sich Tunis nehmen?“ [1])

Fraglos hat der Vater des späteren vierten Reichskanzlers diesen direkten, absolut nicht mißzuverstehenden Hinweis nur im Auftrage seines Chefs, des Fürsten Bismarck, gemacht und machen können.[2]) Leider ist die Tatsache dieser Anregung des deutschen Staatsmanns in der politischen Literatur nicht genügend bewertet worden.

Charakteristisch für die damalige italienische Politik war die Antwort, welche Italiens Vertreter dem Mitarbeiter Bismarcks gab. „Sie wollen uns wohl mit Frankreich entzweien?“ Tunis mußte schon durch seine geographische und politische Lage auf jeden Fall Zankapfel zwischen Frankreich und Italien werden, sobald einer dieser Staaten Anspruch auf eine dortige Vorherrschaft erhob. Welchen der beiden Staaten dabei Bismarck lediglich durch Passivität förderte, kam in der Beziehung nicht in Betracht; im Prinzip mußte der deutsche Reichskanzler eine außereuropäische Ableitung für die von Treitschke so scharf gegeißelte „Ländergier der Franzosen“ fördern, gleichgültig, auf welches Ziel.

Es war nicht das erstemal, daß eine derartige Anregung Italien von seiten der beiden Zentralmächte gegeben wurde, die sich am 7. Oktober 1879 zum Zweibunde vereinigen sollten.

Bereits im Jahre 1868 war es durch den preußischen Gesandten Grafen v. Usedom auf die Bedeutung von Tunis für seine Interessen hingewiesen worden, die Preußen unterstützen würde.

1876 legte Graf Andrássy dem italienischen Gesandten General Robilant die Besetzung von Tunis durch seine Regierung nahe, erhielt aber den Bescheid: „Von afrikanischen Gebieten wollen wir nichts wissen.“ Eine ähnlich ablehnende Antwort holte sich etwa ein Jahr darauf Baron Haymerle in Rom von Cairoli bei den Vorverhandlungen für den Berliner Kongreß. Also neu war in den deutschen und österreichischen Regierungskreisen der Gedanke einer Besetzung von Tunis durch Italien durchaus nicht.

Nach der Ablehnung, welche Graf Corti Herrn v. Bülow hatte zuteil werden lassen, trat auf dem Berliner Kongreß eine andere Kombination für die Zukunft von Tunis auf — ein Abkommen zwischen England und Frankreich, vereinbart von Lord Beaconsfield, der England volle Freiheit in Aegypten sichern wollte,

---

[1]) Vgl. „La Triple Alliance“ in „Revue des deux mondes“, Vol. 130 (1891), S. 888.

[2]) Die Beweise für die Glaubwürdigkeit der Anregung und ihres Ursprungs bei Bismarck hat L. Chiala, Pagine usw. II, S. 91, Nr. 1 zusammengestellt.

Digitized by Google

Lord Salisbury und dem französischen Minister des Aeußern Waddington: als Entgelt für die Duldung einer ungestörten Inbesitznahme Cyperns durch England erhielt Frankreich das Zugeständnis, sich dauernd in Tunis festzusetzen, sobald ihm ein geeigneter Zeitpunkt dazu gekommen zu sein schiene.

Salisbury soll hierbei Frankreich die Berücksichtigung einer Entschädigung für Italien anempfohlen haben, etwa, wie behauptet wurde, eine Insel im Archipel oder besser Tripolis.

Die französisch-englische Verständigung, die schon in den allernächsten Tagen in dem veränderten Tone der französischen Staatsmänner und ihrer Organe gegenüber England zutage trat, war den italienischen Bevollmächtigten nun doch nicht so ganz verborgen geblieben. Die Vermutungen des Grafen de Launay veranlaßten die italienische Regierung zu entsprechenden Anfragen durch ihre Botschafter in London und Paris; dort erfuhr sie eine absolute Dementierung, hier die Erklärung des Ministers des Aeußern, Waddington, daß die Tunisfrage niemals erörtert, auch nicht einmal in einem flüchtigen Gespräch im Ministerium berührt worden sei ... „Sollte sich die Notwendigkeit oder das Bedürfnis einstellen, im Becken des Mittelmeeres Vorsichtsmaßregeln zum Schutze französischer Interessen zu ergreifen, so würde nichts, absolut nichts, ohne ein vorhergehendes Einverständnis mit Italien geschehen ... Er persönlich sei gegen die Erwerbung von Tunis. „Immerhin," meinte er, „könnte eine andre Ansicht als die meine einmal ausschlaggebend werden. Aber ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß, solange ich in der französischen Regierung mitarbeite, nichts Derartiges versucht werden, keine Einnahme von Tunis oder irgendeines andern Punktes erfolgen wird, ohne ein gemeinschaftliches Vorgehen, ohne eine vorherige Anerkennung des Rechts, das Italien zustehen würde, einen andern Punkt von entsprechender und angemessener Bedeutung zu besetzen." [1])

Die Zukunft sollte erweisen, wie diese Zusagen, dieses Ehrenwort gehalten wurde. Gleichzeitig hatte Léon Gambetta dem italienischen Botschafter Cialdini eine inhaltlich ähnliche, schon früher gegebene Versicherung wiederholt, nämlich, „daß die gegenwärtige Regierung und die sie stützende republikanische Partei niemals an die Besetzung von Tunis gedacht hätten; sie läge durchaus nicht in ihrer Absicht. Sollten sie sich jemals mit einem solchen Projekte zu beschäftigen

---

[1]) Wie verträgt sich mit dieser Aeußerung, die am 18. August 1878 vom Botschafter Cialdini nach Rom gemeldet wurde, die Behauptung in einem auch von der „Times" wiedergegebenen Schreiben desselben Waddington an seine Wähler (Ende 1893), daß er auf dem Berliner Kongreß „mittels einer heimlichen Vereinbarung für Frankreich „carte blanche" für Tunis erwirkt habe, später das französische Protektorat über Tunis zu errichten, ohne daß sich daraus ein europäischer Konflikt entwickelte." — Vgl. Memoiren Franc. Crispi's (deutsch von W. Wichmann, S. 98, 105). Die Pubblicazioni dell' archivio Crispi (II, 77, 82), schon durch die beigefügten Aktenstücke eine historische Quelle ersten Ranges, sind herausgegeben von Crispi's Neffen T. Palamenghi-Crispi, der kürzlich ein unparteiisches Blatt, die „Concordia", im Sinne der auswärtigen Politik seines Onkels gegründet hat.

Digitized by Google

haben, so würden sie sich vor allem mit Italien verständigen, weil es nicht nach Frankreichs Sinn wäre, sich Italien zu einem unversöhnlichen Feinde zu machen".

Genau zwei Jahre später gab der Ministerpräsident Freycinet demselben Botschafter Freundschaftsversicherungen gleichen Inhalts; aber er empfahl Italien, doch dabei von einer Konkurrenz in Tunis abzulassen und die Augen lieber auf Tripolis zu richten.

Alle diese Zusagen betörten jedenfalls den gegen Frankreich vertrauensseligen Leiter der italienischen Politik in jenen Jahren, Cairoli!

Daß Bismarck nach der Abweisung, die sein erster Vorschlag bei Corti gefunden hatte, das französisch-englische Abkommen über Tunis geschehen ließ, ist leicht zu verstehen. Daran weitere und möglichst gehässige Folgerungen anzuknüpfen, war, wie wir unten sehen werden, der Phantasie, vorzüglich französischer Publizisten, vorbehalten.

Aus dem Abkommen für Frankreich sofort die Konsequenz zu ziehen und Tunis schon jetzt zu besetzen, war die Idee des Präsidenten der Republik Mac Mahon, des Kabinettschefs Dufaure und des Generals Chanzy. Tatsächlich soll damals wenigstens der spätere sog. Bardovertrag für den Bey von Tunis ausgearbeitet worden sein. Frankreich wartete nun eine günstige Gelegenheit für seinen Anschlag auf Tunis ab.

Welches Anrecht aber hatte Italien auf den Besitz der Regentschaft? Das ergab sich aus ihrer geographischen Lage und aus ihrer Geschichte.

Die ursprünglich zusammenhängenden, erst nach vulkanischen Bodenveränderungen durch die Meerenge von Pantelleria getrennten Länder Sizilien und Tunis weisen fast durchweg gemeinsame Schicksale auf.

Von der Epoche der Phönizier, die seit dem Ende des zweiten vorchristlichen Jahrtausends die wichtigsten Küstenplätze beider Länder beherrschten, und der Karthager an, die mit den nach Westen vordringenden Griechen jahrhundertelang um den Besitz von Westsizilien kämpften, bis zu den Römern, die von Sizilien aus den entscheidenden Schlag gegen Karthago, nunmehr Roms gefürchtete Rivalin, führten, — stets zeigt es sich, daß eine starke Macht auf der einen Seite der Meerenge eine beständige Bedrohung für die andere Seite ist.

Tunis bildet den ersten und dauerndsten Besitz Roms auf afrikanischem Boden; für ein halbes Jahrtausend bleiben die Gebiete beider Seiten der Meerenge politisch geeint. Dann nach den Vandalen, Oströmern, Arabern, Normannen — die Italiener. Im elften Jahrhundert bemächtigen sich Pisaner und Genuesen des Handels an der nordafrikanischen Küste. 1317 empfangen die Venetianer besondere Handelsprivilegien in Tunis. Die italienischen Handelsfaktoreien dehnen sich bis nach Ceuta aus.

Nach dem Falle der Barbareskenstaaten, welche sich seit dem Niedergange des italienischen Seehandels im sechzehnten Jahrhundert gebildet, hat mit der Verjüngung und Vereinheitlichung Italiens die Einwanderung aus Sizilien, Sardinien und Kalabrien in gesteigertem Maße wieder zugenommen, ungeachtet

Digitized by Google

aller Gegenbestrebungen Frankreichs, welches das Nachbarland Algier in fünfzigjährigen Kämpfen erobert hatte.[1])

Um 1880 zählte die italienische Kolonie in Tunesien mindestens 15000 Köpfe nach der Angabe des Franzosen G. Valbert, der die großen Interessen Italiens in Tunis vollauf anerkannte,[2]) mindestens 30000 bei kaum 15000 sonstigen Europäern nach italienischen Angaben.[3]) Die bedeutendsten Handelsherren, Bankiers, Advokaten und Aerzte waren Italiener. Durch den über ein Jahrtausend währenden Verkehr mit den Orientalen hatten die Italiener gelernt, sich deren Gewohnheiten und Verkehrsformen anzupassen, und umgekehrt. Der Handel lag damals zum großen Teil in ihren Händen[4]) und bediente sich ihrer Sprache, die die dortige Umgangssprache für Europäer war.

Das Naturgemäße war demnach für die wirtschaftliche Entwicklung Tunesiens die Weiteritalienisierung, der sich dann in logischer Folge die politische Angliederung an das geeinte Königreich Italien anschließen mußte.

Vorbereitet war eine solche bereits 1864 unter dem Ministerium Marco Minghetti's; eine Expedition sollte dazu von Genua abgehen unter dem Oberbefehl des Generals Ambrogio Longoni. Mit der Umgestaltung von Tunis in eine italienische Kolonie war auch Napoleon III. einverstanden. Leider ließ die italienische Politik den überaus günstigen Augenblick unbenutzt vorübergehen!

Vier Jahre später hingegen (1868) ward durch den Konsul Pinna mit dem damaligen Bey ein günstiger Vertrag abgeschlossen, der den ansässigen Italienern gewisse Vorrechte, darunter die Ausnutzung der im Altertum bereits bekannten Bleiminen von Djebel Rças, sicherte. Bald darauf erfolgte die Einrichtung einer Finanzkommission in dem arg verschuldeten Lande durch ein Dekret des Bey.

Der Versuch desselben Konsuls im Januar 1871, während eines Aufstandes in Algier, seine Flagge in Tunis zu hissen und das Auslaufen eines Geschwaders von Spezia dorthin zur Unterstützung zu erwirken, wird durch die Intervention von England und Türkei rückgängig gemacht.[5]) Letztere war Oberherrin (Suzerän) über Tunis, ersteres aber wachte eifersüchtig darüber, daß schon prinzipiell die alleinige Beherrschung der Meerenge zwischen Sizilien und Tunis keiner andern Macht zufiele; schon besaß es in Malta eine drohende Zwingburg gegen Italien.

Hatte Napoleon III. sich den italienischen Bestrebungen auf Tunis wohlwollend gezeigt, so kehrte die ihm folgende liberale Republik eine Italien minder geneigte Politik hervor.

---

[1]) Nähere Daten bringt die Darstellung Professor Theobald Fischers: „Die Küstenländer Nordafrikas" in der „Deutschen Revue", VII, Bd. 1 (1882), S. 235 ff.

[2]) In einem längeren Aufsatze, erschienen im 45. Bande der „Revue des deux mondes" (1881), S. 207 f.; dort führt er die Gewerbe auf, welche fast nur von Italienern betrieben werden.

[3]) In der „Rassegna settimanale di Roma", 29. Sept. 1878.

[4]) Schon nach Valberts Berechnung waren 1879 von 683 Handelsschiffen im Hafen von Goletta mehr als 500 italienisch.

[5]) G. Hanotaux, Geschichte des zeitgenössischen Frankreich, III, S. 489.

Digitized by Google

Die sog. „italienische Politik" überhaupt, die Duldung eines großen und geeinten Staates an der Alpengrenze Frankreichs, der man, mit Unrecht, Napoleon III. Schuld gab, war gar nicht nach dem Sinne der Liberalen, Republikaner, Legitimisten und Klerikalen. Bereits 1869 scheute sich Adolf Thiers nicht, in einem höflichen Dankbriefe an den italienischen Politiker L. Chiala sein tiefstes Bedauern über die Neugestaltung Italiens auszudrücken, sie als „funeste" und „déplorable" pour notre grandeur et notre sûreté" zu bezeichnen.[1]) So sprach der erste Präsident der dritten französischen Republik.

Diese wenig freundliche Stimmung[2]) in den maßgebenden politischen Kreisen bekam Italien in recht empfindlicher Weise im Jahre 1877 zu fühlen, als der bereits fast zwei Jahre zuvor vorbereitete französisch-italienische Handelsvertrag abgeschlossen werden sollte; nach einer Verlängerung des Anfangstermins hätte er am 31. Mai 1878 in Kraft treten müssen. Das italienische Parlament beeilte sich mit der Durchberatung und genehmigte ihn am 3. April; die Genehmigung durch den Senat folgte am 8. Mai: Italien hatte dem Vertrage seine Unterschrift erteilt!

Auf mißtrauische Interrogationen hin hatten die Vertreter der Regierung im italienischen Parlament ihre feste Ueberzeugung ausgesprochen, daß der Handelsvertrag rechtzeitig in der französischen Kammer zur Durchberatung kommen würde. Da traf die ernüchternde Nachricht ein, daß diese auf den November verschoben werden sollte. Mit Rücksicht auf den peinlichen Eindruck, den die Nachricht allgemein in Italien hervorgerufen hatte, machte der franzosenfreundliche Ministerpräsident Benedetto Cairoli der französischen Regierung so dringende Vorstellungen, daß nunmehr die dortige parlamentarische Kommission wenigstens für den tatsächlichen Beginn der Diskussion am 6. Juni sorgte. Da zeigte sich deutlich das geringe Entgegenkommen der französischen Kammer gegen Italien. Mit zwei Stimmen Majorität ward der von den italienischen Parlamenten bereits angenommene Handelsvertrag im französischen abgelehnt, die Gegenmotion sah allerdings neuen Unterhandlungen mit Italien zur Modifizierung des Entwurfs entgegen.

Die Ablehnung des Handelsvertrags verletzte die Italiener in ihrem Nationalgefühl ... „Wir hatten uns eingebildet, daß Frankreich eine treue Freundin Italiens sei," so schrieb damals der parlamentarische Referent Luzzatti, und der Abgeordnete Branca konnte, bei allen Sympathiebezeugungen gegenüber Frankreich, nicht umhin, am 17. Juni 1878 im Parlament die Nichtrespektierung der Unterschrift Italiens durch Frankreich zu beklagen. Der Abgeordnete Ercole wies darauf hin, daß das italienische Parlament, trotz drohender Nachteile für manche Industrieinteressen, opferfreudig den Handelsvertrag angenommen habe.

---

[1]) Brief abgedruckt bei L. Chiala, Pagine di Storia contemporanea, II (1892), S. 70, Nr. 1.

[2]) Aehnlich wie Thiers äußerte sich z. B. eine dem späteren zweiten Präsidenten nahestehende Persönlichkeit, der ehemalige Ordonnanzoffizier Mac Mahons, des Siegers von Magenta, der Graf d'Hérisson.

Digitized by Google

Von nicht geringem Einfluß sei dabei der politische Gedanke gewesen, Frankreich die Gefühle der Freundschaft und Ehrerbietung zu erweisen.

Solche Gefühle habe Frankreichs Kammer nicht besessen. Sie hätte ja den Handelsvertrag auf zwei Jahre, auch auf eins genehmigen können, in Rücksicht auf neue Verhandlungen bis dahin, oder auch zwei oder drei ungeeignet erscheinende Artikel ausscheiden können. So aber bleibe ein italienisches Gesetz wirkungslos und ohne Autorität durch die Willkür einer ausländischen Versammlung ... Es sei beispiellos in der Geschichte, daß eine Nation, die unter einen Vertrag ihre festen Treuglauben versichernde Unterschrift gesetzt hat, diese selbst hernach zurückweisen muß, ohne daß sie ihrerseits die allgemeinen Interessen verletzt und geschädigt hätte. Unvereinbar mit der Würde der Nation sei es, daß das Parlament eines Staates von der Willkür und dem Gutdünken des Parlaments einer andern Nation abhänge.

Gefühlt hatten es die italienischen Politiker, daß ihr Vaterland von Frankreich in herabwürdigendster Form als „quantité negligeable" behandelt worden war. Leichter setzte sich darüber in seinem frankophilen Optimismus der diplomatisch ungewandte Ministerpräsident Cairoli hinweg; er vertröstete auf die zugesagten neuen Unterhandlungen.

Trotz derartiger Erfahrungen mit Frankreichs angeblicher Neigung zu Italien, erteilte Corti auf dem Berliner Kongreß im folgenden Jahre die obenerwähnte abweisende Antwort auf Bismarcks Anregung[1]) bezüglich Tunis für Italien. Sie ergab sich aus der ganzen Richtung der italienischen Gefühlspolitik gegenüber Frankreich, die stetige zartfühlende Rücksichtnahme auf alle Wünsche und Launen der mächtigen „Consorella latina". Der schön klingende, aber nur mystische[2]) Begriff „lateinische Schwesternation" schien nur erfunden zu sein, damit Frankreich ihn mit zielbewußter Gewandtheit zum eigenen Vorteil ausnutze.

Die freundschaftliche Zuneigung der Italiener erwiderte es mit recht trockenem Realismus, mit rücksichtslosestem Eigennutz.

Eine neue Enttäuschung mit Frankreich ward Italien bald nach dem Berliner Kongreß zuteil; sie war zugleich ein Ergebnis des neuen französisch-englischen Abkommens.

Zum Schutze der Finanzinteressen seiner Untertanen in Aegypten hatte Italien seit 1876 im obersten Schatzrat des dortigen Khedive Ismail als tüchtigen und sachkundigen Vertreter den ehemaligen Minister Antonio Scialoja, eine Autorität auf seinem Gebiete. Auf Betreiben Frankreichs und Englands mußte aber Scialoja das ihm formell vom Khedive übertragene Amt nieder-

[1]) Daß der deutsche Reichskanzler bei jenem Vorschlage auch Italiens Enttäuschung hinsichtlich des französischen Handelsvertrags berücksichtigt hat, ist zweifellos.

[2]) Daß Frankreich seinen Namen von einem urdeutschen Volksstamm hat, daß dieser einen starken Einschlag der ursprünglich keltischen Bevölkerung gegeben hat — das dem italienischen Publikum an der Hand der Geschichte und der Völkerkunde nachzuweisen, läge nicht im Interesse der französischen Politik.

Digitized by Google

legen. An die Spitze der Regierung berief bald darauf der Khedive Nubar-Pascha, der die Bildung eines Ministeriums durchsetzte; in diesem hatten England und Frankreich je einen Vertreter. Italiens entsprechender Wunsch nach einer Vertretung begegnete in Paris beim Minister des Auswärtigen, Waddington, einer unzweideutigen Ablehnung mit dem Hinweise auf das französisch-englische Abkommen, das eine Vertretung Italiens, Oesterreichs, Deutschlands usw. im ägyptischen Ministerium nicht wünschenswert erscheinen lasse. „Wenn Ihnen jenes Abkommen nicht gefallen sollte, so täte mir das sehr leid!"

„In beleidigender Weise wurden wir abgewiesen" (fummo ingiuriosamente respinti), so bezeichnete später, am 15. März 1880, Crispi die Situation; nicht anders empfand sie der Franzose Jules de Lafosse: „Un refus brutal, presque blessant" (am 18. Juni 1880 in der französischen Kammer). Die vorurteilsfreien unter den Politikern Italiens konnten sich jetzt ausrechnen, was ihr Vaterland in der nunmehr spruchreif gewordenen Tunisfrage zu erwarten haben würde.

Im Jahre 1878 hatte Cairoli den Abgeordneten Giovanni Mussi zum italienischen Interimskonsul in Tunis ernannt, bei Abtreten des bereits erwähnten verdienten Konsuls Pinna. Mussi, durch langen Aufenthalt in Aegypten erfahren im Umgange mit Mohammedanern, wußte sich bald das Vertrauen des Bey und seines ersten Ministers (Mustafa-ben-Ismail) zu gewinnen. So fand das von der „Neuen Freien Presse" in die Welt gesetzte Gerücht allgemeinen Glauben, daß durch ihn ein Allianz- und Freundschaftsvertrag zwischen der italienischen Regierung und dem Bey von Tunis, der gegen Italiens Schutz dessen Oberhoheit anerkennen wolle, angebahnt oder sogar bereits abgeschlossen sei; nach andern hätte Mussi sogar schon Vorkehrungen getroffen, das durch seine Lage für eine Beherrschung des Mittelmeers wichtige Biserta — gewissermaßen den „afrikanischen Brückenkopf der Apenninhalbinsel" — zum Freihafen unter der Aufsicht von Italien, England und Frankreich erklären zu lassen.

Ein scharfer Gegenartikel im offiziösen „Temps", der sogar andeutete, daß auf dem eben abgeschlossenen Berliner Kongreß von einem Protektorate Frankreichs über Tunis die Rede gewesen sei, eine nicht gerade sanft gehaltene Mitteilung an die italienische Regierung durch den Botschafter in Rom, Marquis de Noailles, daß Tunis schon seit langem „bestimmt sei, in den französischen Interessenkreis gezogen und seinem Einfluß unterworfen zu werden ... Italien könne an eine Eroberung von Tunis nicht denken, ohne auf den Widerstand Frankreichs zu stoßen", dazu — die Abberufung Mussis waren die unmittelbaren Folgen.

Einen entscheidenden Einfluß beim Bey suchte nun, gestützt auf die passive Haltung stets eifersüchtigen England, der französische Geschäftsträger Theodor Roustan zu gewinnen. Der neue italienische Konsul Macciò, schon früher mit ihm verfeindet, mußte in derartigen Bestrebungen naturgemäß sein Rivale werden.

Mit Roustan gerierte sich Frankreich, nach dem Ausdruck des italienischen Abgeordneten Massari, in Tunesien wie im eignen Hause, fühlte sich als „alleiniger

Digitized by Google

Herr der Geschicke des Landes". Seine steigende Ueberlegenheit beruhte, bei der starken Verschuldung des Landes, größtenteils auf seiner finanziellen Stärke, auf der noch dazu durch Politiker gestützten Konkurrenz der französischen Spekulation. Da konnten Beunruhigungen und Zusammenstöße mit Italien bei dessen zahlreichen Industrie-, Handels- und sonstigen Interessen nicht ausbleiben.

Den ersten Zusammenstoß ergaben Unterhandlungen, welche der italienische Konsul im Frühjahr 1880 beim Bey behufs Anlegung eines unterirdischen Telegraphenkabels zwischen den nachbarlichen Küsten von Tunis und Sizilien angeknüpft hatte. Der Bey hatte unter anerkannt ausreichender Berücksichtigung französischer Interessen bedingungsweise seine Genehmigung erteilt. Der französische Generalkonsul ruhte aber nicht, als bis er sie zurückgezogen hatte.

Nachhaltigere Folgen zeitigten Verhandlungen wegen Ankaufs der englischen Eisenbahnlinie, welche die Hafenstadt Goletta mit der 40 Kilometer entfernten Hauptstadt Tunis verband. Da sie zu fallieren drohte, bemühte sich um ihre Erwerbung auf Veranlassung Cairolis, der eine staatliche Garantie zusicherte, die italienische Dampfschiffgesellschaft Rubattino, die auch eine Verbindung zwischen Italien und Tunis unterhielt. Ihre Offerte überbot die französische Eisenbahngesellschaft Bona—Guelma. Doch gelang es Rubattino, den Ankauf wegen eines Formenfehlers vor dem obersten Gerichtshof in London zu annullieren und, unterstützt von seiner Regierung, die Linie selbst zu erhalten, allerdings für den unverhältnismäßig hohen Preis von 4 125 000 Lire, wo er selbst zuerst 1 200 000 geboten hatte. Cairoli, Luzzatti und andre Politiker Italiens glaubten den italienischen Einfluß in Tunis damit gesichert und gefestigt zu haben; sie träumten davon, Italien könne nun den Status quo dort aufrechterhalten, das Vorwalten einer andern Macht als der italienischen verhindern.

Frankreich zögerte nicht, diese schönen Träume jäh zu vernichten! Daß die italienische Regierung Rubattino eine Garantie zugesagt hatte, daß Cairoli für diese die Zustimmung von Parlament und Senat im Juli 1880 einholte, deutete die französische als ein provozierendes Vorgehen des italienischen Staates in Tunis, als eine Verletzung des Status quo als welchen sie ihren ausschlaggebenden Einfluß in Tunis betrachtete.[1]) Das gab ihr die Veranlassung zu gewaltsamen Maßregeln.

Damals zog es der auch ohne Ministerportefeuille allmächtige, derzeitige Kammerpräsident Gambetta vor, einem italienischen Freunde (Maraini) auf dessen, im Einverständnis mit den leitenden Staatsmännern geschriebenen, politischen Brief, der auch an die „Fratellanza" erinnerte, und dann auf die persönlich gestellte Frage, ob Frankreich daran denke, Tunis einfach zu annektieren — es wäre besser, man sage das ohne Umschweife —, keine Antwort zu geben!

Deutlicher drückte sich jedoch die Regierung selbst durch ihren Geschäftsträger in Tunis aus. Roustan verlangte vom Bey die Nichtanerkennung der

[1]) Bereits ein halbes Jahr zuvor hatte der „Temps" geschrieben: „Qui touche à la Tunisie, touche à la France."

Digitized by Google

Erwerbung Rubattinos, allerdings erfolglos, dann aber stellte er, unterstützt durch drei französische Kreuzer, die auf der Reede von Tunis erschienen, Forderungen, die eine Reihe von Bahnlinien französischen Gesellschaften sichern und die Vollmacht zum Bau eines Hafens in Tunis erzwingen sollten.

Dem eingeschüchterten Bey blieb nichts andres übrig, als, ohne Rücksicht auf seine älteren Verträge mit Italien, nachzugeben, „um seine Freundschaft und Zuneigung für Frankreich zu verewigen". Aber Roustan's Mitteilung über seine angeblich von dem Sultan beschlossene Absetzung, welche den Anlaß zu einer französischen Flottendemonstration hatte abgeben sollen, war von ihm sofort als Vorwand zur Anbahnung des Protektorats durchschaut worden. Mit diesem Manöver hatte die französische Politik ihr Ziel nicht erreichen können.

Die als italienischer Sieg gefeierte Errungenschaft Rubattinos war illusorisch geworden! Die politische Erniedrigung Italiens in Tunis ward im Mutterlande tief empfunden.[1]) Crispi sagte es wenig später (am 28. November 1880) dem Ministerpräsidenten im Parlament direkt ins Gesicht: „Nicht gegen den Bey waren jene französischen Kreuzer gesandt worden, sondern gegen euch! Und so hat es auch Europa aufgefaßt."

Damals soll Bismarck Crispi vor den Annektierungsabsichten Frankreichs auf Tunis gewarnt haben. Jedenfalls begannen zu jener Zeit die Annäherungen Italiens an den ein Jahr zuvor gestifteten Zweibund mit den Verhandlungen des Grafen Maffei aus dem italienischen Ministerium des Auswärtigen; diesen gegenüber verhielt sich Deutschland vorerst noch reservierter als Oesterreich-Ungarn, wo sie besonders durch Baron Haymerle gefördert wurden. Schon verlautete, wenigstens gerüchtweise, der Dreibund sei fertig; er wäre es tatsächlich gewesen ohne die geheime Zuneigung Cairolis zum Regierung und Land bloßstellenden Irredentismus in Oberitalien, mehr noch ohne seine Unfähigkeit, sich von Frankreich entschieden trennen zu können.[2])

Noch immer hoffte er dort eine Verständigung, trotz all dem Vorgefallenen. Er hatte im November 1880 den Botschafter in Paris, General Cialdini, zu Verhandlungen mit dem neuen Ministerium veranlaßt, an dessen Spitze Ferry stand, und in welchem Barthélemy de Saint-Hilaire die auswärtigen Angelegenheiten vertrat — Verhandlungen, die von französischer Seite dazu benutzt wurden, mit friedlichen Versicherungen die italienische Regierung einzuschläfern. Präsident Grévy erklärte, die ganze Tunisfrage habe für Frankreich nicht einmal den Wert einer 10-Centimes-Zigarre; viel wertvoller und teurer sei Frankreich die Freundschaft Italiens.

---

[1]) Caponi schrieb am 29. August 1880 aus Paris an die „Perseveranza": „Es bleibt ein Problem, die Ursachen für die Antipathie herauszufinden, welche beim kleinsten Anlaß zutage tritt zwischen Nationen desselben Ursprungs, die dieselben Interessen haben und vereint sein müßten wie Brüder."

[2]) Cairoli schien sich nicht mehr jenes französischen Feldzugs gegen die Garibaldiner zu erinnern, der mit der Schlacht bei Mentana endigte und Italien mit Entrüstung gegen seine ehemaligen „Wohltäter" erfüllte. Cairolis beiden Brüdern hatte er das Leben gekostet.

Digitized by Google

Die wahre Gesinnung Frankreichs sollte sich aber zuerst bei einer Gelegenheit zeigen, bei welcher man von der französischen und Italien angeblich befreundeten Nation ein anderes Verhalten erwartet hätte, nämlich dem italienischen Königspaare gegenüber!

Der erste Besuch König Umbertos und der Königin Margherita in Sizilien zu Anfang Januar 1881 ward zu einer Begrüßung des erlauchten Herrscherpaares von seiten der italienischen Kolonie und des Beys von Tunis, als Nachbarn, benutzt. Es war natürlich, daß der Entsendung einer Deputation ersterer unter dem Konsul Maccio auch politische Beweggründe beigemessen wurden, zumal da der Ministerpräsident das Königspaar begleitete. Die Adresse an den König erinnerte an die einstige Zugehörigkeit Tunesiens zu Rom und an die Verheißungen Viktor Emanuels auf eine zukünftige glänzende auswärtige Politik Italiens.

Das war am 10. Januar 1881; bereits am folgenden Tage brachte die offiziöse französische „Agence Havas" als Telegramm von jenem Datum die Antwort Frankreichs: einen angeblichen Brief aus Algier über dort stattgehabte Plünderungen durch unabhängige tunesische Stämme, durch die Krumir. Es war der Vorwand für die Besetzung von Tunis, — ausgesprochen zugleich mit der Drohung, daß Frankreich in Tunis keinen rivalisierenden Einfluß dulden würde. Frankreichs Interessen zwängen es, in Rücksicht auf Algier, über Tunis ein tatsächliches Protektorat auszuüben; allerdings — und nun folgt ein Zusatz, voll spitzfindiger Heuchelei — beabsichtige Frankreich keine Annexion, ja betrachte eine solche als schädlich. „Wir würden uns sehr täuschen, sollte beim Empfange der italienischen Deputation aus Tunis die Höflichkeit des Königs sich bis zu Worten versteigen, die Frankreich vor den Kopf stoßen und Algier in Unruhe versetzen würden."

Das war nicht mehr allein der Ausdruck einer gehässigen, Italien feindlichen Politik, es waren sogar Drohungen, an die Adresse König Umbertos gerichtet!

Frankreich, dessen Absichten auf Tunis nunmehr außer Zweifel waren, wie Crispi in seiner „Riforma" ausführte, hielt es jetzt, anläßlich der Ereignisse beim Königsbesuch in Sizilien, gemäß den Ratschlägen Roustan's in seinen Berichten anriet, für angebracht, in Tunis rasch zuzugreifen, und zwar aus verschiedenen Gründen: Schon in Rücksicht auf Italien, angesichts seiner damaligen militärischen Schwäche, angesichts der Möglichkeit, daß es bei längerem Zögern die diplomatische Vermittlung Englands anrufen könnte, welches Frankreich gewisse Rücksichten und die Möglichkeit einer Entschädigung für Italien empfohlen hatte, daß es sich sogar an Deutschland wenden könnte, dem es sich in letzter Zeit zu nähern gesucht hatte; denn verpflichtet hatte sich Bismarck nirgends dazu, Frankreich in Tunis freie Hand zu lassen.

Bedeutsamer noch war Italiens derzeitige ökonomisch-finanzielle Notlage. Es befand sich in dieser Hinsicht Frankreich gegenüber in einem verhängnisvollen Abhängigkeitsverhältnis. Seit kurzem hatte die italienische Regierung die Unterhandlungen wegen des Handelsvertrages wieder angeknüpft und eine Anleihe

Digitized by Google

von ungefähr 640 Millionen Franken Gold von dem Hause Rothschild in Paris eingeleitet.

Der französische Historiker Gabriel Hanotaux sagt in dem betreffenden Kapitel seiner „Geschichte des zeitgenössischen Frankreich“:[1]) „Der mächtigste Faktor der Zerstörung ist die Anleihe. Er verändert die Bedingungen der Beziehungen der Völker untereinander und beschleunigt, selbst ohne Krieg und ohne Einfall, den Niedergang.“

Vollkommen zutreffend schrieb am 7. April 1881 die „Perseveranza“: „Italien wird nichts tun, es wird nicht einmal protestieren: Se non sta quieta, niente denaro! Stillhalten, sonst gibt es kein Geld!“

Die stärkere der beiden „consorelle latine“ packte in vollem Frieden, lächelnd, ja hohnlachend, die geliebte schwächere Schwester mit Eisenfäusten an der Gurgel!

Rasches Handeln empfahl auch das Herannahen der Wahlen zur französischen Kammer, für welche ein Geschenk wie Tunis, dem französischen Volke dargebracht, der Regierung einen günstigen Ausgang versprach. Gründe der inneren Politik, Rücksichten auf die französische Nationaleitelkeit traten also hinzu, wie einst bei Nizzas Erwerbung.

Gambetta, der bis dahin entschieden gegen eine Expedition nach Tunis, wenigstens für die nächsten Jahre, gewesen sein soll, und Grévy, der bei einer Beratung kurz zuvor erklärt hatte: „Selbst wenn man mir Tunis als Geschenk darbrächte, ich würde nichts davon wissen wollen“, — beide Staatsmänner wurden jetzt durch Ferry, Barthélemy de Saint-Hilaire und durch den Direktor der politischen Angelegenheiten, Baron de Courcel, zu besserer Ansicht bekehrt.

Noch konnte sich Cairoli eine solche Feindseligkeit Frankreichs nicht denken, trotz aller Warnungen und Mahnungen aus Paris von seiten des Botschafters Cialdini, des seit Jahren unermüdlichen Warners[2]), im Parlamente von seiten der Abgeordneten Messari, Di Rudini und Damiani, der in der tunesischen Frage am kompetentesten war.

Cairoli, der an die Abmachungen auf dem Berliner Kongreß nicht glaubte, eine Zustimmung Englands für absolut unmöglich hielt, hoffte auf dessen Beistand, dachte noch an die Möglichkeit einer Aufrechterhaltung des Statusquo in Tunis.

Tatsächlich waren die Beziehungen Italiens zu England damals äußerlich freundschaftliche. Italien hatte England bei dessen Vorgehen gegen die Türkei durch Teilnahme an der Flottendemonstration wegen Dulcigno im Herbst 1880 seinen Beistand gewährt.

---

[1]) Bd. III, S. 491; er spricht da von der Regentschaft Tunis selbst.

[2]) Vgl. gegen die auch noch von Hanotaux wiederholten Angriffe auf Cialdinis Unachtsamkeit: Andrea Torre in der „Rivista di Roma“ (April/Mai 1899). Sein dort veröffentlichter, bedeutsamer Aufsatz über die Tunisangelegenheit scheint, ebenso wie Chialas bereits angeführtes Werk, bei dem großen Publikum Italiens so gut wie völlig in Vergessenheit geraten zu sein (vgl. über ersteren jetzt die Concordia).

Digitized by Google

Folgte aber daraus für das englische Kabinett Gladstone nun, seinerseits Italien auch dort zu unterstützen, wo englische Interessen nicht in Betracht kamen? Das glaubte nur Cairoli!

Gerade in jenen Tagen (am 25. März 1881) warf Lord Stanley d'Alderley im englischen Oberhause den Italienern Anstiftung von Intrigen in Tunis vor: „Nicht zu Unrecht stehe die italienische Regierung im Verdachte, die internationalen Verpflichtungen nicht genügend geachtet zu haben, seitdem es bekannt ist, daß sich das Königreich Italien unter offener Verletzung solcher konstituiert hat".

Unterdessen machte die Republik ein Korps von 20000 Mann heimlich zur Expedition nach Tunis mobil. Roustan sorgte für den Vorwand. Er hatte sich am 14. März eine Adresse feierlichst überreichen lassen, in welcher 200 in Tunis ansässige Franzosen die Werke und Wohltaten von Franzosen für Tunis aufzählten, die französische Regierung um Schutz gegen angebliche Rechtsverweigerungen und Gewalttätigkeiten, gegen jegliche fremde Einmischung in Tunis und um Sicherung der Grenzen Algiers baten, von der in Zukunft die Erhaltung dieser schönen Kolonie abhinge.

Die prompte Verbreitung dieser Adresse erzielte in Paris und im übrigen Frankreich die für das Folgende gewünschte Stimmung.

Anfang April erhielt Europa die überraschende Kunde, daß am 30. und 31. März die einen Teil Tunestens bewohnende „mächtige Tribu der Krumir" eine algerische Tribu angegriffen und in algerisches Gebiet eingefallen sei.

Der Engländer Montague-Guest, Mitglied des Unterhauses, behauptete, soeben aus Tunis nach London zurückgekehrt, in einem Briefe vom 5. April an den „East", daß Roustan schon seit langem die Aufreizung der Krumir — von deren Macht übrigens bis dahin niemand etwas erfahren hatte — plane, um durch deren Gebietsverletzung Frankreich einen einleuchtenden Vorwand zu einer Aktion gegen den Bey, gegen seine Rechte und seine Unabhängigkeit zu verschaffen. Von französischen Emissären ausgestreute Gerüchte über französische Truppenansammlungen an der tunesisch-algerischen Grenze, über eine demnächstige Ueberschreitung derselben riefen dann die zweckdienliche Aufreizung hervor.

Am 9. April stellte der „Temps" als einziges Ziel der Expedition gegen die Krumir die Wiederherstellung der Ordnung an der Grenze dar; die weiteren Maßregeln hingen jedoch von dem Verhalten des Bey ab. Er versagte dabei Italien nicht die bittere Bemerkung, daß Frankreichs Freundschaft ihm in diesem Momente überhaupt notwendig sei. Am 11. April erklärte Ferry feierlich in der Kammer, daß die Regierung der Republik keine Eroberungen suche, sie habe solche nicht nötig. Sie wolle nur ihre herrliche Besitzung Algier sichern.

Auch England (Lord Granville) versicherte der italienischen Regierung, daß Frankreich nicht eine Annektierung von Tunis beabsichtige. Nach Mitteilung dieser mit Zweifeln aufgenommenen Nachricht im italienischen Parlament mußte Cairoli infolge einer ihm ungünstigen Abstimmung die Entlassung des Mini-

Digitized by Google

steriums einreichen. Daß eine andre Kombination, etwa mit Quintino Sella oder Crispi an der Spitze, zustande kommen konnte, und daß Cairoli in jener kritischen, eine energische Persönlichkeit erfordernden Zeit wieder mit der Neubildung des Ministeriums betraut werden mußte, bedeutete einen Triumph für Frankreich. Die Aktion in Tunis war vor jeglicher Behinderung gesichert.

Während die französischen Truppen an der tunesischen Grenze zusammengezogen wurden, um am 23. April den Einmarsch zu beginnen, setzte Cairoli seine Hoffnungen noch immer auf England und auf Gambetta.

Durch den Botschafter in London, den General Menabrea, ließ er dem englischen Minister des Aeußern, Lord Granville, den Vorschlag machen, einige Kriegsschiffe nach Tunis zu entsenden, vorgeblich zum Schutze der englischen und italienischen Staatsangehörigen vor einem etwa ausbrechenden Fanatismus der Muselmanen. Der Vorschlag ward abgelehnt. Ausweichend und ungenügend waren ebenso die Antworten des Staatssekretärs des Auswärtigen, Charles W. Dilke, am 28. April und 3. Mai auf eingehende Interpellationen über das militärische Vorgehen der Franzosen und die Erhaltung des Statusquo in Tunis.

Italien war vollständig isoliert! Auf eine Intervention von seiten Oesterreichs und Deutschlands war nicht zu rechnen!

Auch die Verhandlungen mit Gambetta entsprachen nicht dem Freundschaftsvertrauen, das dem Kammerpräsidenten von italienischer Seite damals und auch noch später entgegengebracht wurde; sie ergaben außer andern schönen Worten nur die wenig ermutigende Versicherung, daß die Republik keine Eroberungsabsichten gehabt hätte.

Der zu ihm entsandte ehemalige Finanzminister Seismit-Doda wußte über die feindliche Erregung der Blätter, der öffentlichen Meinung, der Militär- und Finanzkreise Frankreichs gegen Italien, gegen dessen Anleihe („Emprunt antinational") zu berichten.

Wohl den tiefsten Eindruck in Italien machte von den Vorgängen in Tunis die Besetzung Bisertas, des Sizilien gegenüber gelegenen, es bedrohenden großen Hafens. Angesichts dieses Ereignisses, das nach einer Aeußerung di Rudinis das politische Gleichgewicht der am Mittelmeer gelegenen Staaten beträchtlich störte, stand auch jetzt die französische Regierung nicht an, dem englischen Gesandten Lord Lyons die Versicherung zu geben, daß sie in Tunis weder an Eroberungen noch an Annektion dächte, wie Lord Granville am 6. Mai dem Oberhause kundgab. Die entsprechende Erklärung, daß sie weder Biserta noch einen andern Punkt von Tunis annektieren wolle, wiederholte übrigens am 16. Mai Minister Barthélemy de Saint-Hilaire Lord Lyons unter ausdrücklicher Betonung, daß die französische Regierung keine Umwandlung Bisertas in einen Kriegshafen je planen würde: Die einzige Eroberung werde die der Zivilisation in diesem stark vernachlässigten Lande sein!!

Wohlverstanden! Diese Mitteilungen von Anfang Mai betreffend Biserta hatte der französische Minister des Aeußern dem englischen Gesandten in Paris gemacht. Aber keine derartige Mitteilung ward, wie der Deputierte

Digitized by Google

Guiccioli am 9. Mai im Parlament hervorhob, Italien, also dem Lande gemacht, das am meisten bei der Angelegenheit interessiert war, trotz der einstigen unzweideutigen Zusicherungen Waddingtons!

Italien war von Frankreich als Großmacht einfach beiseite geschoben! Italiens Versuch, im Anschluß an die für bare Münze genommenen Erklärungen Frankreichs von Anfang Mai, zwischen beiden Mächten bei England betreffs der Klagen über den Bey ein Schiedsgericht anzuregen, das den politischen Status quo in Tunis zur Grundlage genommen hätte, begegnete bei Barthélemy de Saint-Hilaire einer schroffen Abweisung.

Den französischen Diplomaten im Auslande hingegen ließ dieser ein Zirkular zusammen mit einem Gelbbuche über die tunesische Frage zugehen, in der die suggestions étrangères beim Bey als Anklagen gegen Italien hervorgehoben wurden. Der italienischen Regierung ließ er durch den Botschafter in Rom dann wenigstens erklären, daß es sich für Frankreich bei Tunis nur um Regelung der Beziehungen zur lokalen Verwaltung handle, nicht um Anschläge gegen eine befreundete Regierung; gerade ihr gegenüber sollte jegliche Ursache zu einem Mißverständnisse beseitigt werden, behufs Aufrechterhaltung der höflichen und herzlichen Beziehungen.

Das war am 12. Mai 1881; am gleichen Tage mußte der Bey von Tunis den bereits seit 1878 fertig ausgearbeiteten Vertrag in seinem Palaste Bardo unterzeichnen, der ihm das Protektorat Frankreichs aufzwang und ihn zum Scheinherrscher erniedrigte; denn daß „Protektorat" nur ein die tatsächliche Annexion mangelhaft verhüllender Name sei, sollte die Zukunft lehren!

„Frankreich hat das Recht, mit dem Bey allein zur Entscheidung zu kommen in dem Geiste der Gerechtigkeit, der Mäßigung, der gewissenhaften Achtung vor dem europäischen Rechte, von dem die gesamte Politik der republikanischen Regierung durchdrungen ist," das proklamierte emphatisch der Ministerpräsident Ferry am folgenden Tage in der französischen Kammer. „Auf Italien übte der Vertrag dieselbe Wirkung aus, wie eine elektrische Erregung auf einen zu irgend welcher Handlung unfähigen Körper," heißt es in dem unter Ferry's Aegide erschienenen Werk über Tunis![1])

Noch war dem italienischen Botschafter Cialdini am 11. Mai mitgeteilt worden, daß die Truppen in Tunis nicht einziehen würden, wenn der Bey den vorgelegten Vertrag unterschreibe; daß die militärische Besetzung aufgehoben und Biserta geräumt werden würde, sobald man von ihm einen Beweis seiner Achtung vor dem Vertrage haben würde.

Neue Unruhen gaben den willkommenen Vorwand, die Kriegsoperationen auszudehnen. Am 9. Oktober 1881 zogen die republikanischen Truppen in der Stadt Tunis ein!

Alle Versprechungen, die Italien bzw. seinem Botschafter von den drei französischen Ministern Waddington, Freycinet, Barthélemy in der Tunis-

[1]) La Tunisie, I, S. 293.

Digitized by Google

frage gemacht worden waren, wurden, wie Crispi in seinen Memoiren sagt, der Reihe nach gebrochen! Auch von Gambetta, wie wir hinzufügen müssen. Um die von ihm einst hervorgehobene „unversöhnliche Feindschaft Italiens“ kümmerte er sich dabei wenig! Denn Italien stand isoliert da, und er war — und blieb auch nachher als Ministerpräsident — davon überzeugt, daß es isoliert oder vielmehr von der Gnade Frankreichs abhängig[1]) bleiben würde, da Trient, Triest und die Irredentistenfrage ihm den Anschluß an die Zentralmächte versperrten!

Der in seiner zu großen Vertrauensseligkeit bitter getäuschte Ministerpräsident Cairoli mußte am 13. Mai seine Entlassung nehmen. Zu dem französischen Botschafter äußerte er resigniert: „Ich war der letzte italienische Minister, der Frankreich geliebt hat.“

Das glaubte er wenigstens!

Der greise Garibaldi, dem, bei dieser neuen Enttäuschung mit Frankreich,[2]) die bitteren Erinnerungen an Nizza und Korsika wiederkehrten, sah jetzt in Tunis „einen französischen Keil, eingetrieben in italienisches Land!“

Die französische Volksstimmung, welche den Hintergrund zu der Aktion in Tunis bildete, sollte den Italienern nunmehr durch einen fast elementar wirkenden Zwischenfall schmerzlich zum Bewußtsein kommen. Bei der Ankunft der ersten französischen Truppen aus Tunis, kam es in Marseille am 17. und 18. Juni 1881 zu blutigen Auftritten, zu den ärgsten Mißhandlungen der seit vielen Jahren dort ansässigen italienischen Arbeiter, deren Gesamtzahl auf 50000 geschätzt wurde. In hellen Flammen brach da die alte, gehässige Verachtung hervor, welche der Franzose als selbst überzeugter Vertreter einer höheren Kultur über die tiefer stehende, angeblich ihm so viel Dank schuldende Schwesternation, über die „mangeurs de macaroni“ empfindet.

Die gesteigerte Entrüstung in Italien darob gelangte durch scharfe Volksdemonstrationen in Neapel, Turin und Genua zum Ausdruck. Aber was nutzten derartige Proteste?

Italien als Nation, nach Giovanni Lanza „noch jung und dabei arm“, nach Francesco Crispi „vereinsamt und wehrlos“, ohne ausreichende Kriegsmacht, mußte sich ja resigniert mit den vollendeten Tatsachen abfinden. Es war damals auch nicht in der Lage, dem Gedanken an eine Kompensation näherzutreten, die ihm hinsichtlich Tripolis von Salisbury, von den französischen Ministern Herzog Decazes und Freycinet, augenscheinlich nicht ohne einen gewissen Hohn, angedeutet war.

---

[1]) Aus seiner Umgebung sollen sich hervorragende Persönlichkeiten aus Spekulationsrücksichten um die Verdrängung des italienischen Einflusses in Tunis bemüht haben (vgl. Crispi's Memoiren S. 107).

[2]) In seinen durch die Reinheit und Naivität der Gesinnung so ansprechenden Memoiren (Memorie, S. 410) hat Garibaldi wiederholt Klage über die frostige Behandlung geführt, welche, nach dem Sturze des verhaßten Napoleon III., ihm auf das Angebot seiner Dienste die neue republikanische Regierung zuteil werden ließ. Er gesteht offen ein, daß er auf dem Punkte war, nach Italien zurückzukehren.

Digitized by Google

Frankreich hatte es mit seiner rücksichtslosen, kalt berechnenden Politik in die Arme der Zentralmächte getrieben.[1]) Cialdini hatte die französischen Machthaber davor gewarnt, jedoch ohne auch nur einmal Beachtung zu finden!

Nun aber galt es den Franzosen, Italien die Lust zum Anschluß an den Zweibund zu verleiden. Als den eigentlichen Urheber dafür, daß ihm Tunis weggeschnappt worden war, bezeichneten sie laut und mit Emphase Bismarck, an den sich die Italiener gerade anklammern wollten. Er, der deutsche Mephisto, hätte die Franzosen, die Erbfeinde, gewissermaßen als willenlose Werkzeuge verführt mit dem Kleinod „Tunis", um seine jungfräuliche Eroberung „Elsaß-Lothringen" zu erhalten. Das taten vor allem die deutsch-feindliche Schriftstellerin Juliette Adam und Henri Rochefort,[2]) früher schon und minder aggressiv auch Gambetta, und ohne Scheu verwies Ferry die ihnen so unbequeme Tatsache der Bismarck-Bülowschen Aufforderung an Italien, sich Tunis zu nehmen, in das Reich der Fabel.[3])

Doch das durchsichtige Spiel erfüllte nicht den beabsichtigten Zweck!

Der Beitritt Italiens zu dem am 7. Oktober 1879 gestifteten Zweibund war von Bismarck von Anfang an als wahrscheinlich angenommen; er war vorbereitet durch die Tätigkeit des ehemaligen italienischen Ministers Jacini, durch politische Zusammenkünfte in Custozza und Pegli, und nach den Störungen infolge der Umtriebe der Irredentisten, durch die bereits erwähnten Verhandlungen des Grafen Maffei. Aber erst nachdem Cairoli gestürzt war, dessen Grundgefühle für Frankreich und gegen Oesterreich hinderlich waren, konnte eine Reise des italienischen Königspaares nach Wien verwirklicht werden (Ende Oktober 1881). Sie bildete einen Markstein in der politischen Entwicklung Italiens!

Der 20. Mai 1882 war dann der Stiftungstag des Dreibundes, der für Italien die Aera einer neuen, von französischer Bevormundung und — Mißhandlung freien Politik, eines sicheren, auch ökonomischen Aufschwungs zur wirklichen Großmacht einleiten sollte.

---

[1]) Daß der Anschluß an die Zentralmächte auch ohne den Tunis-Zwischenfall erfolgt wäre, suchte Jules Ferry im Vorworte zu R. Faucon, La Tunisie, seinen Landsleuten nachzuweisen.

[2]) Die Unwahrscheinlichkeit und innere Haltlosigkeit der dem Fürsten Bismarck zugeschriebenen Absicht hat auch der frühere italienische Ministerpräsident Giovanni Lanza damals in einem Briefe an den Herausgeber der „Deutschen Revue" vom 12. August 1881 angedeutet (vgl. Jahrg. VI, 3, S. 274).

[3]) Ferry, Le Tonkin et la mère patrie, S. 29 ff.; Faucon, La Tunisie, I, S. 253.

Digitized by Google

Wird Japan den Hilferufen der Ententemächte Folge leisten?

Von einem früheren Diplomaten

Die in den Tagesblättern vielfach erörterte Frage, ob Japan mit der Eroberung von Kiautschau und der Wegnahme einer Anzahl deutscher Niederlassungen im Stillen Ozean seine Aktion im Weltkrieg als beendet ansehen oder ob es sich zu einer unmittelbaren militärischen Unterstützung der Ententemächte auf den europäischen Kriegsschauplätzen herbeilassen wird, dürfte nunmehr bis auf weiteres in verneinendem Sinne zu beantworten sein. Eine neuestens aus Tokio herrührende Meldung bezeichnet nämlich in klaren Worten alle Gerüchte, daß Japan die Absicht hätte, Truppen nach Europa zu entsenden, und daß japanische Offiziere bei der russischen Artillerie in Polen bereits dienen, als falsch; Japan habe sich an dem Krieg beteiligt, um seine Bündnispflicht gegen England zu erfüllen, die nur eine Mitwirkung zum Schutz der Interessen im fernen Osten auferlege, aber keineswegs Hilfe in europäischen Kämpfen. Japanische Truppen werden nicht gegen Lohn nach Europa vermietet. Da Kiautschau sich jetzt in japanischen Händen befinde und die deutschen Kriegsschiffe im Stillen wie im Indischen Ozean zerstört oder entwaffnet seien, sei Japans Rolle im Krieg praktisch ausgespielt; es warte ruhig und mit Geduld den Schluß des allgemeinen Krieges ab.

Ihrer Form nach ist diese Meldung allerdings nicht einer offiziellen Erklärung des japanischen Kabinetts gleichzuachten, wohl aber liegen mannigfache Gründe innerer Wahrscheinlichkeit vor, welche die Annahme rechtfertigen, daß Japan den Rahmen seiner bisherigen Betätigung im Weltkrieg nicht zu erweitern gedenke und somit das vorstehend skizzierte Programm zur Richtschnur seiner Politik nehmen werde.

Ein flüchtiger Blick auf die in Betracht kommenden Verhältnisse dürfte genügen, um diese Annahme plausibel erscheinen zu lassen.

An die technischen Schwierigkeiten, welche zu überwinden wären, um eine irgendwie ins Gewicht fallende japanische Streitmacht an die Front der Truppen unsrer Gegner zu bringen, soll hier nur nebenhin erinnert werden. Es bedarf keiner fachmännischen Kenntnis, um sich ein Urteil über den enormen Aufwand an Material, Zeit und Geld zu bilden, der für den Transport auch nur *eines* japanischen Armeekorps nach dem Westen unbedingt erforderlich wäre, gleichviel ob die Truppen nach zweitägiger Seefahrt von Japan nach Wladiwostok, dann von dort aus bis Moskau auf der trotz mancher Verbesserungen noch immer wenig leistungsfähigen, 8682 Kilometer Länge aufweisenden sibirischen Bahn oder ob sie auf dem Seeweg nach dem von Yokohama via Suez 11 000 Seemeilen entfernten Ausschiffungshafen Havre gebracht werden sollen. Ueberdies

Digitized by Google

ist zu berücksichtigen, daß, falls die gegen Aegypten operierende türkische Armee an einem Punkt des Suezkanals festen Fuß zu fassen vermag, der japanische Truppentransport bemüßigt wäre, die um so vieles längere Route um das Kap der Guten Hoffnung zu nehmen.

Die im gegenwärtigen Weltkrieg gemachten Erfahrungen tun dar, daß in der Art der Kriegführung, in dem Aufgebot der Heeresmassen, im Angriff wie in der Verteidigung gigantische, früher kaum geahnte Erscheinungen zutage treten, es mag daher, wenigstens theoretisch, auch die Möglichkeit des Auftretens japanischer Truppen in den Reihen unsrer Feinde zugegeben werden. Aber wenn überhaupt, wird ein derartiges kolossales Unternehmen nur in der Voraussetzung gelingen, daß alle Beteiligten einmütig und mit größter Entschlossenheit für dasselbe eintreten, daß sie bereit sind, die zu diesem Zweck erforderlichen Opfer bis zu den letzten Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Mit dieser Einmütigkeit scheint es aber schon auf der einen Seite, nämlich auf jener der Bewerber um die japanische Hilfe, recht schlecht zu stimmen. Am lautesten und dringendsten ist der Ruf nach Unterstützung von belgischer und französischer Seite erhoben worden, ein Symptom dafür, daß diese beiden durch die Kriegsereignisse in erster Linie betroffenen Länder sich außerstande fühlen, aus eigner Kraft ihr Territorium zurückzuerobern, wie auch ein Beweis, wie gering das Vertrauen ist, daß der englische Alliierte, dessen Aktion mehr und mehr die eigne Sicherung ins Auge faßt, in der Lage oder willens sei, für seine Partner einzutreten. König Albert und seine Minister, eine Regierung ohne Land, haben nichts mehr zu verlieren, ihre Blicke richten sich also sehnsuchtsvoll nach der Macht im fernen Osten, wobei sie freilich außerstande sind, ihr eine Kompensation für die erbetene militärische Assistenz anzubieten. Aehnlich verhält es sich mit Frankreich. Auch dieses Land zeigt sich unvermögend, die vom Feind festgehaltenen Gebietsteile wiederzugewinnen, geschweige denn den Traum, der wie hypnotisiert auf Elsaß-Lothringen blickenden Revanchepolitiker zu verwirklichen. Aber Frankreich besitzt in Ostasien Territorien, die den Gegenstand uneingestandener Begehrlichkeit Japans bilden. Wenn ein Staatsmann vom Rang des Herrn Pichon, der als langjähriger Vertreter Frankreichs in China und späterer Minister des Auswärtigen als Autorität in ostasiatischen Fragen anzusehen ist, sich nicht scheut, die Entsendung japanischer Truppen nach Europa wärmstens zu empfehlen, so muß er wissen, daß diese Hilfeleistung nicht ohne entsprechenden Preis zu haben wäre. Erfahrungsgemäß hat Frankreich sich besser darauf verstanden, seinen Kolonialbesitz auszudehnen, als ihn durch die Art der Verwaltung sich zu sichern. Möglich, daß, von dieser Erkenntnis geleitet, mancher französische Politiker einen Vorteil für sein Land darin erblicken würde, wenn es sich bereit fände, auf Indochina zugunsten Japans als Entgelt für dessen aktive Beteiligung an dem europäischen Krieg Verzicht zu leisten.

Sicherlich läge eine Pikanterie der Geschichte darin, wenn Rußland die Rolle eines Supplikanten um japanische Unterstützung übernehmen sollte, wenn sohin die Truppen des Mikado Schulter an Schulter mit den vor einem Jahrzehnt

Digitized by Google

in einer Reihe blutiger Schlachten von ihnen Besiegten in den Kampf ziehen würden. Wohl hat die Rivalität von einst einer Art Interessengemeinschaft in der Mandschurei auf Kosten Chinas Platz gemacht, deren Aufrichtigkeit und Dauer allerdings problematisch ist. Aber mag Rußland mit den Bestimmungen des Portsmouther Friedensvertrages sich abgefunden und einstweilen gute Gründe haben, mit dem Nachbar im Osten im besten Einvernehmen zu leben, so ist die Erinnerung an die Zeit, wo Rußland auf Japan verächtlich herabblickte, wo in russischen Kreisen, abgesehen von vereinzelten Warnern, ganz allgemein bis zum unerwarteten Ausbruch des damaligen Krieges im wegwerfendsten Ton von dem unbequemen Mitbewerber im Osten gesprochen wurde — „il faut exterminer cette vermine" hieß es doch —, zu frisch, als daß eine japanische militärische Rettungsaktion für Rußland nicht einer argen Demütigung des Zarenreiches gleichgeachtet werden müßte. Ob nun solche Erwägungen den Beschluß der russischen Regierung beeinflußten oder ob diese den von Japan angeblich geforderten Gegendienst, nämlich die Abtretung des noch in russischem Besitz verbliebenen nördlichen Teils der Insel Sachalin für unangemessen fand, gleichviel, die Gerüchte über bezügliche russisch-japanische Verhandlungen wurden von Petersburg aus alsbald kategorisch als falsch bezeichnet.

Für den dritten der gegen die Kaisermächte Mitteleuropas im Feld liegenden Großstaaten, nämlich für England, ist die Frage der japanischen Intervention in Europa besonders heikel; man versteht leicht die reservierte, wo nicht ablehnende Haltung des Londoner Kabinetts. Mag es noch so sehr von der Sehnsucht, Deutschland niederzuwerfen, verblendet sein, so kann es sich doch der Einsicht nicht verschließen, daß eine Initiative Englands zur Heranziehung seines japanischen Verbündeten für die aktive Beteiligung an dem Krieg in Europa seine Stellung in der angelsächsischen Welt in Australien und Amerika bedenklich erschüttern müßte. Dort mochte man mit dem infolge englischer Anregung und unter englischer Mitwirkung unternommenen japanischen Raubzug gegen Kiautschau sich abgefunden haben, wurde doch behauptet, daß die Aktion nur als Abwehrmaßregel zum Schutz der durch Deutschland angeblich bedrohten anglo-japanischen Interessen im fernen Osten gedacht sei. Dabei spielte Japan in seinem an Deutschland gerichteten Ultimatum die Rolle eines freilich ungebetenen Sachwalters Chinas, machte dieser Komödie aber sofort ein Ende, als die Eroberung der deutschen Kolonie geschehen war.

Die militärische Intervention Japans in Europa trüge einen ganz anderen Charakter. Innerhalb des Gebiets der gelben Rasse läßt England sich herab, die Japaner als gleichberechtigten politischen Faktor anzuerkennen, aber es würde seinen eigenen Traditionen und dem unausrottbaren nationalen Hochgefühl seiner Stammesgenossen in der ganzen angelsächsischen Welt ins Gesicht schlagen wenn es daran dächte, die Japaner zur Waffenbrüderschaft auf europäischem Boden einzuladen und ihnen auf diese Weise in unserm Kontinent das Bürgerrecht zu gewähren. Ein vom Bewußtsein der eigenen Größe erfülltes Volk wie die Japaner denkt selbstverständlich nicht daran, an dem Weltkrieg etwa wie die

Digitized by Google

Hindus, Gurkhas und Sikhs, die Turkos, Anamiten und Senegalschützen und wer die sonstigen exotischen Hilfsaufgebote der Westmächte noch sein mögen, teilzunehmen. Ja schon der Verdacht, es könnten die sieggewohnten japanischen Truppen jenen Kontingenten irgendwie assimiliert werden, müßte in Japan aufreizend wirken, wird die dortige Regierung, falls sie mit einem Ansuchen der Ententemächte um Hilfeleistung befaßt werden sollte, zweifellos als allererste Vorbedingung begehren, daß nicht bloß die Stellung des Expeditionskorps entsprechend geregelt, sondern daß die Japaner auch in den ihren nationalen Stolz und zugleich ihre nationalen Interessen berührenden Fragen befriedigt werden. Hierzu gehört unter anderm jene der Zulassung japanischer Einwanderer nach den australischen Staaten, eine Frage, die schon lange zwischen den Kabinetten von Tokio und London erörtert wird und in welchen dieses, angesichts der dezidiert ablehnenden Haltung der Australier, nicht in der Lage war, den dringenden Wunsch der japanischen Alliierten zu erfüllen. Dies jetzt zu tun, wäre aber für England bedenklich, weil Nordamerika an seinem Grundsatz, das Zuströmen ostasiatischer Kolonisten zu verhindern, festhält. Sollte England Japan zuliebe die Interessen der Weißen an den Ufern des Pazifischen Ozeans minder eifrig vertreten als die Unionsregierung, so liefe es Gefahr daß das ohnehin nicht besonders feste Band zwischen dem Mutterland und den australischen Kolonien noch mehr gelockert, wenn nicht ganz zerrissen würde. Mögen daher Belgien und Frankreich, mag selbst Rußland, sein Selbstgefühl verleugnend, japanische Hilfe herbeisehnen, und wäre diese, angesichts der durch das bisherige Ergebnis des Weltkrieges bewiesenen Unzulänglichkeit des gegen den Zweibund ins Feld gestellten militärischen Aufgebots, gewiß auch für England äußerst erwünscht, so wird doch diese letztere Macht aus zwingenden Gründen sich scheuen, zu einem Mittel zu greifen, das sich für sie leicht als zweischneidiges Schwert erweisen, ihr mehr Schaden als Vorteil bringen könnte.

Supponieren wir indes, auch die andre Eventualität in Betracht ziehend, es bestände in der erwähnten Hinsicht unter den Mächten des Dreiverbandes vollste Uebereinstimmung und es hätte die japanische Regierung sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Stellung sie gegenüber dem an sie gerichteten Ansuchen einzunehmen habe.

Wie bereits erwähnt, scheint es plausibel, daß die jüngst erfolgte Kundgebung, derzufolge Japan sich nicht herbeilassen will, seine Truppen nach Europa zu senden, die Intention des dortigen Kabinetts wiedergibt. Schon die Politik, welche zu dem an Deutschland gerichteten Ultimatum und sohin zu dem Kriegszug gegen Kiautschau geführt hat, erfreut sich keineswegs der allseitigen Billigung im Lande. Dabei hatte doch die Aktion ihren Schauplatz auf dem Gebiet der unmittelbaren Einflußsphäre des Landes, und ihr uneingestandenes Ziel bestand in der Stärkung des japanischen Einflusses in China. Die Richtigkeit dieser Berechnung muß sich erst erweisen, einstweilen zeigt sich, daß Japan, indem es sich anschickt, seiner anfänglichen Erklärung entgegen, dauernd in

Digitized by Google

Kiautschau zu bleiben, dem Mißtrauen Chinas begegnet, während die Unionsstaaten diesen Einbruch sowohl als auch die Festsetzung Japans in den deutschen Niederlassungen Ozeaniens augenscheinlich als eine unerwünschte Veränderung des Besitzstandes ansehen. Wird überdies die triste Finanzlage Japans bedacht, die seit dem russischen Krieg zu einem chronischen Uebel herangewachsen ist, erwägt man weiters die inneren Schwierigkeiten, welche jüngst angesichts der mit bedeutender Majorität erfolgten Ablehnung der geforderten Mehrkredite für das Heer zur Auflösung des Abgeordnetenhauses geführt haben, so ist die Lage des Landes sicherlich nicht derart, um dessen Regierung zu einem so weit ausschauenden und riskanten Unternehmen wie das Eingreifen in den europäischen Krieg zu ermutigen.

Vor allem aber drängt sich die Frage auf, welche praktischen Vorteile Japan von einem solchen Abenteuer zu erwarten hätte. Die ostasiatischen Alliierten der Briten sind wie diese selbst zu nüchtern rechnende Geschäftspolitiker, um, ohne entsprechender Kompensationen sicher zu sein, Gut und Blut für die Sache der Ententemächte aufs Spiel zu setzen. Als Macht im Osten ist Japan zu imponierender Größe aufgestiegen, dort sind die Wurzeln seiner Kraft, dort kann es bei kluger Ausnutzung künftiger Konjunkturen auch die Möglichkeit noch weiterer politischer Entwicklung finden; ein Kriegszug nach dem fernen Westen läge ganz außerhalb der Interessensphäre des Inselstaates, die öffentliche Meinung im Land hätte dafür kein Verständnis, und es ist kaum denkbar, daß eine Regierung den Entschluß fassen könnte, sich auf ein derartiges Abenteuer einzulassen.

Asien den Asiaten, genauer formuliert: Ostasien den Japanern, dies ist der je nach Umständen mehr oder weniger verborgen gehaltene, darum aber nicht minder beharrlich befolgte Leitsatz des japanischen Volksgeistes. Die Kriege gegen China und Rußland, das an das Deutsche Reich gerichtete Ultimatum wegen der Räumung von Kiautschau und der gegen diese Niederlassung sohin erfolgte Gewaltstreich sind Etappen auf dem Wege zur Verwirklichung jenes politischen Ideals. Wer könnte zweifeln, daß Japan nicht gewillt ist, aus freien Stücken sich mit dem Erreichten für immer zufrieden zu geben, daß der jüngst gegen Deutschland vollführte Ueberfall bei günstiger Gelegenheit auf Kosten des französischen oder russischen Besitzstandes in Ostasien wiederholt werden, ja daß selbst der englische Alliierte des Inselstaates in naher oder ferner Zukunft am eignen Leib die Folgen seiner heutigen Politik zu spüren haben wird. Wenn daher unter dem unmittelbaren Eindruck der Nachricht von der Vernichtung des deutschen Kreuzergeschwaders in der Seeschlacht bei den Falklandsinseln der Erste Lord der englischen Admiralität dem japanischen Marineminister für die „unschätzbare Hilfe Japans" dankt und triumphierend beifügt, „die Deutschen seien nunmehr gänzlich aus Ostasien vertrieben, ihre Rückkehr dorthin dürfte schwierig und gefährlich sein", so darf man billig fragen, ob vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte dieser Freudenausbruch seine Rechtfertigung finden werde. Nein, der Jubelruf Mr. Winston Churchills enthält einen schrillen Mißklang; der Name

Digitized by Google

dieses von Deutschenhaß und Schadenfreude verblendeten Staatsmannes wird dereinst unter jenen genannt werden, die das Grab der Größe ihres Vaterlandes geschaufelt haben.

Anfang Januar 1915.

Kämpfen Rußland und Frankreich für ihre eignen Interessen oder hauptsächlich für diejenigen Englands?

In seiner Broschüre: „Die englische Invasion in Deutschland" sagt der Verfasser, ein französischer Generalstabsoffizier, im Sommer 1912: „Die Engländer gehen selten allein in den Krieg, sie lassen selten ihre Streitkräfte ohne Unterstützung verbündeter Truppen landen, besonders in Europa." Das ist richtig und durch Beispiele aus dem achtzehnten, neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert beweisbar. Das Bestreben, Bundesgenossen zu haben, ist ein verständiges, nützliches. England ist im Landkriege auf solche sogar angewiesen, denn da es infolge seiner insularen Lage und seiner Kolonien wegen in erster Linie Seemacht sein will und sein muß, wird es ihm schwer, auch ein Landheer zu halten, das allein einer Kontinentalgroßmacht entgegentreten könnte. Das ist alles begreiflich. Schwerer zu verstehen ist es, daß gegenwärtig Rußland und Frankreich nebst Belgien sich dazu hergegeben haben, für und mit England die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Daß Englands Eifersucht Deutschland gegenüber auf dem Gebiete des Welthandels und, mit ihm in Verbindung stehend, auf dem Gebiete der Flotte liegt, ist bekannt. Um Deutschland — die große Landmacht — zu schädigen, bedarf es gleichfalls einer solchen. Sie wird ihm durch die russische Menschendampfwalze und die Franzosen bereitwillig zur Verfügung gestellt. Die große Geschicklichkeit englischer Diplomatie besteht nun darin, daß es ihr gelungen ist, Ost- und Westeuropa dazu zu bewegen, sich für seine (Englands) Interessen einzusetzen. Welchen Grund hätte Rußland sonst gehabt, sich an einem Kriege gegen Deutschland zu beteiligen, die sog. traditionelle Freundschaft mit diesem aufzugeben? Rußland hat, seit es ist, geistige Anregung von Deutschland empfangen, das ihm auch die Vermittler, die Lehrer auf den Gebieten von jeglicher Wissenschaft und Kunst lieferte. Umgekehrt fehlen die Interessengegensätze. Solche liegen vielmehr nur Oesterreich gegenüber vor. Der Mord von Serajewo war der äußere Anstoß. Recht erhebliche Gegensätze dagegen sind zwischen England und Rußland vorhanden. Sie knüpfen an die Begriffe Dardanellen und Zentralasien an. Daß trotz dieser Reibungsflächen es England seit König Eduard gelungen ist, in seinem Interesse Rußland gegen Deutschland zu hetzen, ist wesentlich dem Einflusse zu danken, den England sich durch Ankauf russischer Zeitungen („Nowoje Wremja") auf die öffentliche Meinung im Lande des Zaren verschafft hat. Auch Personenfragen spielen mit. Die Kaiserinmutter von Ruß-

Digitized by Google

land, die Königinmutter von England — jene beiden Schwestern aus Kopenhagen — haben zweifellos geholfen. Anderseits fehlen an der Newa Leute vom Schlage des alten Grafen Schuwalow, des einstigen russischen Botschafters in Berlin, der die Pflege deutsch-russischer Freundschaft sich in solchem Grade angelegen sein ließ, daß Kaiser Wilhelm II. ihm die Rede bei dem Abschiedsessen hielt, welches das Offizierkorps des Alexanderregiments dem scheidenden Botschafter gab. Auch seitdem hat Deutschland durch seine Haltung während des mandschurischen Krieges Rußland Gutes erwiesen. Das alles ist in Petersburg vergessen. Der russische Soldat blutet und stirbt für England, das bis auf den letzten Russen kämpft.

Anders liegt die Sache in bezug auf das Bündnis England-Frankreich. Diese beiden Länder, die im Gegensatze zu Deutschland-Rußland eine traditionelle Feindschaft durch viele Jahrhunderte getrennt hat, haben sich auf dem Boden des Deutschenhasses zusammengefunden. „Treppenwitz der Weltgeschichte" möchte man es nennen, daß diese Tatsache hundert Jahre nach Waterloo zum Ausdruck kommt. Immerhin erscheint es begreiflich. Die Franzosen kämpfen für die Revanche, für ihre verlorenen, ihnen „geraubten" Provinzen. Bei der ihnen eignen Unkenntnis und mangelnden Objektivität in allen historischen Dingen vergessen sie immer, daß Frankreich die Reichslande dem Deutschen Reiche fortgenommen hat, daß einzelne Landschaften sogar erst durch den famosen Wiener Frieden von 1814 französisch geworden sind. Immerhin aber, die Franzosen haben doch einen Grund, wenn es auch ein falscher, unberechtigter ist, mit uns anzubinden, und es ist sehr begreiflich — wieder von ihrem Standpunkt aus —, daß sie mit ihrem einstigen Feinde Rußland sich einigten, dem sie überdies unermeßliche Summen vorgestreckt haben. Auch daß sie sich von England mißbrauchen lassen, wird dadurch begreiflich, daß sie eben meinen, damit den eignen Interessen zu dienen. Gänzlich „reingefallen" bei dem Geschäft erscheint Belgien. Freilich wohlverdient. Wie vor hundert Jahren ist es auch diesmal Kriegstheater, und es ist kaum anzunehmen, daß es angesichts der Schäden, die dem Lande gerade auch von der verbündeten englischen Flotte zugefügt werden, dem französischen Besitzer von 1870 gleich mit dem Gedanken an seine zerstörte Besitzung sich trösten wird: „C'est que ma ferme était un point stratégique."

Daß König Eduard und seine Nachahmer bei Einkreisung Deutschlands, „das zwischen den Kinnbacken des französisch-russischen Schraubstockes sitzt", wie „La France Militaire" so geschmackvoll sagte, die Unterdrückung deutschen Handels, Wettbewerbs auf dem Weltmarkt und der deutschen Flotte bezweckt und zu erreichen hofft, ist klar und nächstes Ziel. Dann aber könnte es sich gegen Rußland der asiatischen Frage wegen wenden. Ihm kann es auf dem Lande schwer beikommen. Ein Belgien fehlt, das das erforderliche Gebiet zum Kampf etwa zur Verfügung stellte. Doch ist durch Bündnis mit Japan von langer Hand her dafür gesorgt, daß dieses den Landkrieg besorgt. Von Indien her kann englischerseits immerhin eingegriffen werden. Schwerer wird es sein, an Frankreich heran-

Digitized by Google

zukommen. Das englische Landungsheer allein wird mit Frankreich schwer fertig werden, trotz aller Zähigkeit, und der Bundesgenosse von der Pyrenäenhalbinsel wird nicht viel helfen. Doch geht es Frankreich gegenüber vielleicht mit „Aushungern", wozu die überlegene Flotte wohl dienen kann.

Aber England rechnet wohl darauf, gegen Rußland und Frankreich des Krieges gar nicht zu bedürfen. Man sagt sich in London vielleicht, daß selbst bei Niederwerfung Deutschlands Frankreich wie Rußland derartig geschwächt aus dem Ringen hervorgehen werden, daß sie im Wettbewerb um die Weltherrschaft keine gefährlichen Gegner — auf lange Zeit wenigstens — sein werden. Solchen Gedanken dient ja auch die Schonung der englischen Flotte.

Eduard Driault schrieb schon vor längerer Zeit: „Sie (die deutsche Gefahr) besteht in der ganzen Welt für England in dem beträchtlichen Aufschwung der deutschen Industrie und des deutschen Handels sowie gleichzeitig der deutschen Kriegsflotte, in dem festen Willen der deutschen Regierung, den Interessen ihres Landes einen angemessenen Spielraum zu eröffnen, in dem erbitterten wirtschaftlichen Wettbewerb, der sich fortan zwischen Deutschen und Angelsachsen entspann."

Den englischen Interessen in diesem Kampfe dienen Rußland wie Frankreich. Für Englands Nutzen und Vorteil opfern sie Geld und Menschen in Mengen. Sie bedenken dabei nicht, daß, selbst wenn den vereinten Anstrengungen Deutschland erliegen sollte, sie selbst das Ziel britischer Herrschsucht und Skrupellosigkeit im Anschluß sein werden. Belgien sollte als warnendes Beispiel dienen! Dem Standpunkte Englands gaben die „Times" kürzlich überaus treffenden Ausdruck, als sie schrieben: „Es ist ihr (der Franzosen) Unglück, aber unser großes Glück, daß der Krieg auf dem Boden Belgiens und Frankreichs ausgefochten wird ... Auf jener fremden Erde kämpfen wir für Englands Boden, für unsre eigne Zukunft wie für die der Welt. Und die lange Linie von Franzosen vom Meer bis zur Schweiz kämpft, leidet und stirbt für England nicht weniger als für Frankreich." Mit dieser Leistung ist das englische Blatt doch einmal aus der Rolle gefallen und hat „trotz seiner vollendeten Technik im Lügen" einmal die Wahrheit gesagt!

Digitized by Google

Frankreich nach der Niederlage vom Jahre 1870

Ballonbriefe des Professors Henri Montucci von der französischen Militärschule St. Cyr

Mitgeteilt von

D. v. Stockert-Meynert[1])

Carte-poste (Poststempel: Paris, Corps législatif 3 Octobre 1870)
Dr. Hermann Meynert, Vienne, Autriche.

Mon cher ami! Je t'écris en français, pour éviter des embarras avec la poste. Je suis très curieux de savoir, si la présente envoyée par ballon non monté, te pas viendra. Je t'écrivai aussi par ballon monté, nous sommes complètement bloqués. Voilà 15 jours que je n'ai plus de nouvelle de ma fille, toujours en Angleterre. Mais c'est une chose curieuse que le siège de Paris. Pendant que le canon tonne dehors, on vois les dames en toilette se promener en voiture aux Champs Elysées. Notre garnison est plus forte que l'armée assiégeante. Paris ne se prend pas, sois bien sûr. H. Montucci.

Paris, den 4. Oktober 1870,
par ballon monté.

Lieber alter Bruder!

Vor zwei Tagen schrieb ich Dir auf eine Carte-poste, die mit unbemanntem Ballon abgegangen. Ob Du sie bekommst, ist stark die Frage. Gegenwärtiger Brief geht mit bemanntem Ballon ab, und so wirst Du ihn wahrscheinlich bekommen.

Unsre Lage ist hier höchst sonderbar und gewiß nicht erfreulich. Seit jetzt siebzehn Tagen habe ich von meiner Tochter, die in England ist, keine Nachricht, und so geht's natürlich allen. Von dem, was einige Stunden von Paris vor sich geht, wissen wir keine Silbe. Natürlicherweise gibt das zu allerlei eitlen Plaudereien Anlaß, die uns beunruhigen, wenn sie gleich nicht wahr sind. Dazu kommt noch, daß die wahren Neuigkeiten, der Fall Straßburgs und Toul gar nicht erfreulich sind. Nun scheint es, wir haben nicht Fleisch genug für mehr als vierzehn Tage, und da die Regierung jetzt Fleischer geworden ist, so mißt sie uns diese Gaben Gottes sehr karg zu. Korn und Wein haben wir die Fülle, auch Gesalzenes aller Art, aber leider auch einen unverständigen Pöbel und tolle Revolutionisten! Gehst Du nun aber auf den Straßen spazieren, so merkst Du nichts, außerdem eine Menge Kompagnien, die sich im Exerzieren üben.

---

[1]) Die obigen Ballonbriefe wie alle folgenden Professor Henri Montuccis waren an den Großvater der Herausgeberin, Dr. Hermann Meynert, den bekannten österreichischen Militärschriftsteller, gerichtet. Die Redaktion.

Digitized by Google

Sonst aber Damen in Toilette, die zu Wagen spazieren fahren, alle Läden offen, Kaffeehäuser vollgestopft wie gewöhnlich. Und draußen donnern die Kanonen.

Wir können 250 000 Mann ins Feld stellen und ebensoviel zur Besetzung der Wälle. Nach gewöhnlichen Kriegsberechnungen wäre also Paris nicht einzunehmen, denn Proviant müßten wir immer hineinschaffen können; dabei sammelt sich auch eine neue Armee in den Departements.

Leider gibt's hier so viel Nebenelemente der Schwäche, daß ich nicht ohne Sorge die Zukunft betrachte.

Wir können von dato an etwa zwei Monate aushalten, denn was die Festungswerke und Forts betrifft, die lassen sich nicht einnehmen.

Können wir aber dem Pöbel echte Vaterlandsliebe einflößen? Wird er aushalten wollen? Wird unsre neue Armee zur rechten Zeit fertig sein? Das sind Fragen, die mir sehr bedenklich erscheinen.

Eines scheint unterdessen ausgemacht zu sein, nämlich daß eine stark befestigte Hauptstadt von ungeheurem Umfange in unsern Zeiten eine Notwendigkeit ist. Bedenk einmal, wäre Wien mit allen seinen Vorstädten so befestigt gewesen, Sadowa hätte schwerlich solche ungeheure Folgen gehabt. Wir haben schon siebzehn Tage ausgehalten, also auf so lange unsern Fall, wenn er geschrieben ist, verspätet. Was hätte sich alles in siebzehn Tagen zutragen können! Was kann sich noch alles in den künftigen vierzig Tagen zutragen? Das ist, wie Du siehst, eine gar kostbare Frist, und wenn wir fallen sollen, so können wir wenigstens sagen, daß wir einige Karten mehr in unserm Spiele gehabt, als wir sonst gehabt hätten. Fällt nun Frankreich, so ist bald die Reihe an Oesterreich, dann an England, und ganz Europa teilt sich zwischen Rußland und Preußen. Das hätten wir erlebt!

Leb wohl, alter Bruder. Allen den Deinigen Gruß. H. M.

*

Paris, den 1. Januar 1872.

Lieber Bruder!

Ich habe Dir gestern eine Broschüre über Thiers geschickt, woraus Du ersehen kannst, was man von ihm sagt und druckt. Nun kann er aber auf zweierlei Art fallen: entweder parlamentarisch, d. h. gesetzlich, und da wird der Herzog d'Aumale, der kein Thronerbe ist, als Präsident an die Spitze kommen, oder die Radikalen unter Gambetta stürzen ihn entweder durch Gewalt oder List hinunter, und da seh' ich am Ende: den Kaiser wiederkommen.

Kommt d'Aumale zur Obergewalt, so kann die Republik so lange dauern, bis Heinrich V. stirbt. Dann wird das alte Königreich wiederhergestellt, und, ist man gescheit, was noch stark die Frage ist, kann die jüngere und in dieser Voraussetzung die einzige Linie der Bourbons wohl bis aufs zwanzigste Jahrhundert hinaus regieren. Ist man nicht gescheit, so bleibt nach einer neuen Republik der Imperialismus das letzte Wort, wenn nämlich zu der Zeit von Frankreich noch etwas übrig bleibt.

Digitized by Google

Ich habe meiner Ansicht nach so ungefähr alle Möglichkeiten des Moments hier in Anschau genommen, und nun komm ich zu Deinem Kandidaten. Für den sehe ich unter solchen Umständen nicht die mindeste Hoffnung. Denn erstlich: diejenigen, welche irgendeine Aussicht haben, spielen schon lange in der Geschichte Frankreichs eine Rolle. Gewisse Volksmassen haben sich an sie angeschlossen; die verschiedenen Anhänger jeder Partei haben ihre persönlichen Hoffnungen auf ihren Götzen gebaut und wissen im voraus, daß sie von den andern nichts zu hoffen haben. Dabei hat jede Partei ihre schon berühmten oder berüchtigten Anführer, deren politische Existenz von ihrer Treue zu ihrer Fahne einzig und allein abhängt. Da scheint also für einen neuen Kandidaten durchaus kein Platz mehr da zu sein. Was hat er übrigens im französischen Sinne getan? Worauf beruhen seine Ansprüche? Hat er sich irgendwie gezeigt? Einen Tumult gestillt, eine Schlacht gewonnen? Welche Gründe kann man zu seinem Vorteil anführen? Oder wäre er bereit, bei einem etwaigen Bürgerkrieg sich ins Getümmel zu stürzen?

Zweitens, und das ist eine wichtige Frage, was würde Preußen dazu sagen? Denn diese Macht ist jetzt überwältigend, vorzüglich was Frankreich angeht. Du könntest einwenden, daß letzteres, mit Oesterreich verbunden, Preußen ziemlich gewachsen wäre; aber dann vergißt Du, daß unsre Voraussetzung gerade diese ist, daß Frankreich von Parteihaß zerrissen und daher nur mit unorganisierten und geteilten Kräften ins Feld rücken könnte. Einen Oesterreicher litte Preußen gewiß nicht auf einem französischen Throne.

Drittens muß man auch mit dem Chauvinismus Frankreichs rechnen. Der Franzose ist unbesonnen, toll und eitel, aber eben deswegen ist er auch insofern patriotisch, daß er keinen fremden Fürsten auf seinem Thron leiden würde. Keinen Augenblick wäre der Regent sicher, und auf die Armee könnte er gar nicht zählen. Sogar seine eignen Anhänger wären lau gegen ihn, um sich zeitlich einen Rückzug vorzubereiten. Sein Katholizismus würde ihm wenig nützen, weil die Klasse der Priester ihren Vorteil ebensogut unter einem Bourbon als unter einem Bonaparte finden würde und dabei immer französisch gesinnt bleiben könnte.

Viertens, um eine solche Kandidatur ins Feld bringen zu können, wäre viel Geld vonnöten. Ich schätze es nicht unter 20 Millionen Franken, denn da müßte man erstlich Journale besolden und stiften; man müßte verschlagene Emissäre im Lande herumreisen lassen, eine Menge Leute klassenweise bestechen, die Armen kaufen usw., und wozu? Um am Ende erbärmlich fehlzuschlagen.

Von Revanche brauchte nicht die Rede zu sein, denn die Idee wird nur von Journalisten, und zwar äußerst nachteilig, gepredigt; aber wo käme der herzliche Ruf der Nation her, den Du zur Bedingung setzest? Nein, verlaß Dich drauf, außer den drei Namen Bourbon, Orleans und Bonaparte hat keiner Macht genug, die französische Nation zu bewegen. Leb wohl!

Dein alter Bruder.

*

Digitized by Google

Paris, den 10. Dezember 1872.

Lieber alter Bruder!

Du verlangst von mir ein schweres Urteil: was nämlich aus unserm französischen „Durcheinand" hervorkriechen wird. Mich würde es gar nicht wundern, wenn es ein Basilisk wäre, denn was wir vor Augen haben, ist nicht minder rar als ein Hahnsei. Du willst wissen, ob ein Orleans, ein Heinrich V., ein Bonaparte oder eine Soldatenhand endlich das Zepter bekommen wird? Das ist zuviel gefragt, aber den Zustand der Sache kann ich Dir beschreiben.

Die Grundlage der ganzen Geschichte ist diese: Schurkerei und Feigheit stehen einander gegenüber. Die Schurkerei stellt der vor, welcher unter dem Vorwande, die Monarchie wiederherzustellen, sich mit der revolutionären Partei verbunden. Die Feigheit gehört denen, die, indem sie durch Volkswahl mit unumschränkter Gewalt bekleidet, bisher keinen Gebrauch davon machen wollen, weil sie zueinander kein Vertrauen hatten. Ein jeder hatte seinen Götzen, den er ausschließlich auf den Thron setzen wollte. Darum fand man es bequem, einem Dienstboten, der sie alle hinterging, die Macht zu überlassen. Das merkte der Schalk und spielte den einen seiner Herren gegen den andern, bis er sich Anhänger genug gesammelt, um den ersteren zu trotzen. Da aber nun endlich seine Pläne zu klar geworden, und die Konservateurs endlich einsahen, daß er damit umging, sie unter irgendeinem Vorwande loszuwerden, und daß sie nur die Wahl zwischen einem lächerlichen Tode und einem verzweifelten Kampfe hatten, haben sie endlich letzteres gewählt; so wie der Hirsch, wenn er einmal sieht, daß es mit ihm aus ist, sich endlich auch verteidigt.

Du sprichst von Auflösung der Assemblee! Rechtmäßig kann sie Thiers nicht auflösen. Also Gewalt. Aber wo nähm' er diese her? Von der Armee gewiß nicht, denn niemand möchte gern seine Zukunft auf das Leben eines sechsundsiebzigjährigen Greises, der keine zweckmäßigen Erben hat, ausspielen. Lieber verkaufte er sie einem Orleans oder Bonaparte. (Von Heinrich V. ist gar nicht die Rede.)

Soll also die Auflösung mit Gewalt verrichtet werden, so kann dieses nur durch die Roten geschehen, und dann haben wir wiederum Bürgerkrieg, in welchem Falle wir erst Gambetta und dann ganz sicher den Bonaparte bekommen. Aber an die Auflösung ist vorderhand gar nicht zu denken, denn erstens wird es Preußen nicht leiden, solange wir ihm noch einen Heller schuldig sind, und zweitens ist Thiers selbst dazu zu feig. Er weiß übrigens sehr wohl, daß, wenn ihm auch ein solcher Streich gelingen sollte, er selbst das erste Opfer der Roten sein würde. Alles dieses hat die Rechte ziemlich genau berechnet, und darauf gründet sich ihre Kriegstaktik. Die Masse der Nation ist übrigens konservativ und monarchisch gesinnt.

Da ich darauf halte, daß Dir meine Meinung sicher in die Hände kommt, rekommandiere ich diesen.

Leb wohl, Dein treuer Bruder.

*

Digitized by Google

Paris, den 26. Dezember 1872.

Lieber Bruder!

Daß kein Mensch etwas davon wissen soll, das versteht sich von selbst.

Wenn ich ein großes Wort „gelassen ausgesprochen", so hab' ich's mit voller Ueberzeugung und auch mit Bedacht getan. Es gibt in Frankreich 10 Millionen Wähler, die fast alle am 8. Februar 1871 gestimmt; im Juli desselben Jahres, als Thiers die supplementarischen Wahlen handhabte, trugen es zum allemeinen Erstaunen die Roten davon, aber wie? Mehr als die Hälfte der Wähler stimmte nicht; die übrigen waren so verteilt, daß die Konservativen die Stimmenmehrheit erhalten hätten, wären sie nicht so dumm und unpatriotisch gewesen, ihre Stimmen unter mehrere Kandidaten zu verteilen, während die Roten mit prächtiger Disziplin nur für einen einzigen stimmten. Von Ränken spreche ich nicht einmal. So ergibt sich denn, daß höchstens ein Viertel der Nation rotrepublikanisch gesinnt wäre, und davon sind noch alle abzuschlagen, die weiter nichts als Wetterhähne sind. Es würde mich stark wundern, wenn es nur eine Million Republikaner in Frankreich gäbe, und von dieser Anzahl nur die Hälfte ehrliche Leute.

Wie geschieht es aber, daß so viele nicht haben stimmen wollen? Das erklärt sich auf mancherlei Weise. Unter dem Kaisertum fehlte immer ein Viertel. Das waren die, welche entweder zu faul waren oder zu den Legitimisten und Orleanisten gehörten; Republikaner waren's nicht, denn der Republikaner stimmt sicher. Heute aber können Legitimisten und Orleanisten stimmen; die Abstehungen muß man also anders erklären. Manche haben aus Feigheit nicht gegen die Republik stimmen wollen, weil sie fürchten, es möchte doch Gambetta an die Spitze kommen; aber das kann die Mehrzahl nicht sein. Ich glaube daher, daß es Imperialisten sind, welche darauf rechnen, daß es die Republik endlich so weit treiben wird, daß man nur froh sein wird, den Kaiser oder seinen Sohn wiederzuhaben. Die Imperialisten, die ich kenne, sind gerade dieser Meinung. Sie warten ruhig ihre Stunde ab und finden, daß niemand besser die Rückkehr des Kaisertums vorbereitet, als eben Thiers und Gambetta. Dazu kommt noch, daß der Bazainesche Prozeß, die Depositionen des Bourbaki und des Gramont ganz und gar den Kaiser eine ehrenvolle Rolle spielen lassen, und man nun den Kontrast zwischen seiner Regierung und der jetzigen immer stärker gewahr wird.

Kurz, die Parteien im Lande lassen sich ungefähr so abmessen:

1. Republikaner, 1 Million, darunter 500000 disziplinierte Kerle, die bei einer Revolution alles zu gewinnen, nichts zu verlieren haben.

2. Legitimisten, $1^1/_2$ Millionen, stark katholisch, ängstlich und unentschlossen, deren Recht aber das stärkste ist.

3. Orleanisten, 1 Million, nur aus Eigennutz katholisch, auf den Tod Heinrichs V. lauernd, um sein Recht zu erben, übrigens nicht sehr unternehmend.

4. Imperialisten, 4 Millionen, darunter 400000 Mann von der Armee, katholisch, nicht übel diszipliniert, ebenso keck als die Republikaner und vorderhand sich im Hintergrund haltend.

Digitized by Google

5. Echte Katholiken, $2^1/_2$ Millionen, die mit den Legitimisten und Bonapartisten in Hinsicht des Hofes gegen die Republik eins sind und sich zu der Partie unter den beiden schlagen werden, die sich am ersten zeigt. NB. die Priester.

Daraus folgt nun, daß, wenn z. B. Heinrich V. morgen stürbe, die Nation sich ziemlich in zwei Hälften teilen würde, denn die Bonapartisten würden sich dann mit den Republikanern koalisieren. Bleibt er am Leben, so haben in diesem Augenblick die Bonapartisten 99 Chancen gegen 1, wieder die Obergewalt zu bekommen. Stirbt Thiers morgen, so bekommen wir acht Tage Bürgerkrieg, und der Kaiser kehrt zurück. Wie aber, wenn er am Leben bleibt? Ja, in dem Falle, so sehr Du Dich auch sträuben magst, fällt er. Freiwillig das Feld räumen, das tut er nicht, aber fallen, das wird er. Du hast meine Schlangenlinie neulich bewundert, nun noch die Anwendung. Der alte Fuchs ist bis auf den höchsten Gipfel hinaufgeklimmt, aber jetzt geht's bergab. Denn die ganze konservative Partei, sie mag heißen wie sie wollte, nach ihren verschiedenen Abteilungen, hat er greulich geprellt, um sich an die Republikaner, die nur eine Million zählen, zu schließen. Nun haben es aber die andern 9 Millionen satt, und ihre Abgeordneten belagern ihn jetzt regelmäßig. Das ist der Anfang des Sinkens. Dazu kommt, daß man ihn ein paarmal diese Woche Lügen gestraft.

*

Paris, den 9. Januar 1873.

Lieber alter Bruder!

Das muß man Dir lassen: wenn Du fragst, so tust Du es tüchtig. Um gewöhnliche Hausmannskost ist Dir's nicht zu tun: Rebhühner oder gar nichts. Ich sage Dir frei heraus, daß ich Dir nicht gleich geantwortet, weil ich selbst, vom großen Donnerschlage verblüfft, mir gar nicht vorstellen konnte, was die Folgen sein möchten. Ich mußte mich selbst ein wenig umsehen, um daraus klug zu werden.

Den Franzosen ist's gegangen wie mir: es hatte sich niemand den Tod des Kaisers so nahe gedacht. Man gab ihm immer fünf bis sechs Jahre Leben, und ein jeder war überzeugt, der jetzige Spuk könne doch nicht länger als die Besetzung der östlichen Departements dauern. Da wär' er zurückgekommen, unterdessen wäre sein Sohn herangewachsen und wäre dem Vater ruhig nachgefolgt. Daran glauben sogar die Roten.

Nun ist's aber freilich ein andres. Die Imperialisten und das ganze Volk sind von diesem Todesschlage tief gerührt (der siebzigjährige Vater einer meiner Bekannten ist diese Woche, Du wirst's nicht glauben, obgleich gesund und stark, aus Gram über die Hiobsbotschaft gestorben); man hat geweint, man klagt noch und schüttelt den Kopf; die imperialistischen Blätter haben auch schon gesagt, wie Du es vermutetest: „Der Kaiser ist tot, es lebe der Kaiser!" Dem ungeachtet aber kann man nicht umhin, zu bekennen, daß ein sechzehnjähriger Regent nicht für das zerrüttete Frankreich taugt, und daß er in einem solchen Lande, wo aller moralischer Sinn ausgestorben scheint, nicht lange regieren könnte.

Digitized by Google

Was ist nun zu tun? Einige große imperialistische Familien werden sich vom Tummelplatze zurückziehen und auf bessere Zeiten warten, aber die Mehrzahl kann das doch nicht tun, der Beamte, namentlich der Offizier, die müssen leben und Beförderung suchen; bei den Soldaten und dem Landvolke wird der Tod des Kaisers eine Legende bleiben, aber man wird gehorchen und arbeiten wie vorher. Zehn Jahre lang stillstehen kann man nicht. Vorderhand also sind die Imperialisten paralysiert.

Was werden sie tun? Sich zu den Radikalen schlagen, das wäre doch etwas zu früh. Das könnte allenfalls nach einigen Jahren fruchten, falls die neue Regierung durch dumme Streiche einen neuen Aufruhr vorbereiten sollte. Die Partei wird also wohl ihren Kultus im stillen beibehalten, öffentlich aber sich zu den Legitimisten schlagen, denn die Orleans kann sie nicht leiden.

Bei dieser Stimmung der großen Partei gewinnen also die Legitimisten ein ungeheures Uebergewicht und sie sind dessen schon gewahr. Die Orleanisten scheinen auch ihren Fehler von 1830 gutmachen zu wollen, und da seh' ich wirklich nicht ein, was noch zu einer Restauration der Bourbonen für Hindernisse im Wege liegen könnten. Ich urteile aber leider nur nach dem gesunden Menschenverstande, und der ist heutigestags in Frankreich teuer.

Eins scheint mir ausgemacht. Ich weiß nicht, ob sich Thiers über den Tod seines persönlichen Feindes gefreut hat, in dem Falle aber hat er sich stark verrechnet. Sowohl Legitimisten als Bonapartisten hassen ihn mit Wut; die Orleans hat er zum Narren gehalten, es bleiben ihm also nur seine alten Freunde, die Radikalen, zur Stütze. Nun, damit geht man nicht weit! Unter seinen Pfiffen war dieser, daß er immer das Schreckbild des Bonapartismus hervorzauberte, wenn die Bourbonisten unartig waren! Jetzt aber hilft die Ruhe nicht mehr viel; und ich denke, er wird von nun an andre Seiten aufziehen, die Roten nach und nach im Stich lassen, Präsident bleiben, solange er kann, und wenn er endlich sieht, daß man ihn durchaus nicht mehr haben will, so ist er kapabel, eine Restauration selbst zu versuchen und dem von ihm eingesetzten König weiszumachen, ohne ihn wär's nicht geschehen. Wenn ein Schuft im Spiele ist, so läßt sich nichts voraussehen.

Kurzum, nach jetziger Aussicht der Dinge haben die Bourbonen viel gewonnen, Thiers hat viel verloren, und die Roten, die über die Todesnachricht so sehr gejubelt haben, sind am schlimmsten daran. Denn ihre einzige Hoffnung, den Gambetta einzusetzen, lag in Thiers, und wenn dieser nicht toll ist, muß er ihnen den Rücken zukehren, wenn er selbst das Ruder noch einige Zeit führen will, d. h. wenn die Bourbonen keine Esel sind und zu spielen wissen!

Leb wohl, grüße die Deinigen.

Dein alter Bruder.

*

Paris, den 3. Mai 1873.

Lieber alter Bruder!

Dein Brief vom 17. März enthält manches, das mir Stoff zu einem andern Briefe bieten wird; vorderhand aber wirst Du aus den letzten Wahlen ersehen

Digitized by Google

haben, daß ich mich nicht geirrt, als ich Dir schrieb: Der Bonapartismus hätte sich verstärkt. Wir Konservativen wollen es nicht gerne bekennen, weil wir uns eine Waffe daraus gemacht haben, aber Dir kann ich's wohl schreiben, daß so ein stinkender Popanz wie der Barodet nimmermehr 180000 Stimmen erhalten hätte, wenn ihm nicht die Bonapartisten dazu verholfen hätten. Denn es ist eine Maulschelle, die Thiers und seinesgleichen bekommen. Paß auf! Am 19. d. M. dürfte wohl manches Unvermutete sich zutragen. Thiers ist nicht mehr oben am Rad, sondern er steht schon schief.

*

Paris, den 3. Juli 1873.

Lieber alter Bruder!

In Hinsicht meines Wahrsagergeistes muß ich Dir gestehen, daß ich fast ebenso überrascht wurde wie Du. Mir sagte zwar meine absolute Philosophie, daß das Ding der Theorie nach schon viel zu lange gedauert, aber ich hielt die Leute für zu feig oder zu selbstsüchtig, um so einen vollkommenen Sieg davonzutragen. Meiner Ansicht nach sollte Thiers nur vorderhand gezwungen werden, mit der Linken zu brechen; der wahre Sturz sollte erst nach dem Abzuge der Preußen stattfinden. Ich gestand mir zwar, daß die Manövers, durch welche Barodet 180000 Stimmen bekam, echt strategisch waren (ich hatte ehrlicherweise für Stoffel gestimmt, dadurch aber doch dazu beigetragen, den Remüsat aus dem Wege zu schaffen), indes konnte ich den Deputierten, die bisher solche Esel gewesen, einen so hohen Grad Staatskunst nicht zumuten. Der Purzelbaum war so komplett, daß ich meinen Augen nicht trauen wollte, als ich die Anzahl der Stimmen las. Aber siegen ist zwar viel, doch muß man den Sieg zu benutzen wissen, und das scheinen die Leute nicht recht zu verstehen. Thiers war ein viel zu großer Schuft und er mußte fort; aber Mac Mahon ist für Frankreich ein viel zu ehrlicher Mann; wir hatten König Storch und nun haben wir König Klotz. Er tut wenig oder nichts. Wir gehen zwar nicht mehr bergab, wie mit Schwager Thiers, aber auch nicht wieder bergauf, wie wir unter Schwager Mac Mahon hoffen konnten. Seine Minister greifen nicht derb hinein, sie jagen eine Menge Septembristen, die noch Stellen haben, nicht zum Henker; das erzdumme Munizipalgesetz wissen sie nicht abzuschaffen usw. Das sehe ich alles nicht ohne Bangigkeit und ich fühle, daß wir noch nicht über alle Hindernisse weg sind.

Ihr habt ja neulich einen fürchterlichen Sturm gehabt, welcher unsre Lyoner Waren in der Weltausstellung ganz zugrunde gerichtet haben soll!

Grüße alle die Deinigen. Herzlich Dein alter Bruder.

*

Paris, den 13. Dezember 1873.

Gestern habe ich gar nicht ans Schreiben kommen können, trotz meines guten Willens meiner Prophetenstelle bei Dir Ehre zu machen. Die Katze im Sack will ich Dir übrigens nicht verkaufen. Als Du Nachricht bekamst, daß Mac Mahon erwählt worden, hast Du bei Dir selber gewiß gedacht, „mein

Digitized by Google

Prophet ist ein ganzer Kerl" und gingst wohl gar damit um, mir mein Gehalt zu verdoppeln. Ich muß Dir leider die Binde wegreißen und Dir bekennen, daß ich ein blinder Esel war. Ich hatte mich nämlich auf eine Mehrheit von 5 oder 10 gefaßt gemacht; als ich aber eine Mehrheit von 68 sah, blieb ich mit offenem Maule stehen. So viel politischen Sinn, so viel Vaterlandsliebe hätt' ich den Leuten gar nicht zugetraut und kann mir's nur dadurch erklären, daß sie auf kurze Zeit eine Art Wahnsinn ergriffen. Frag doch einmal Deinen Sohn, ob's nicht ein Symptom von Verrücktheit ist, wenn tolles Gesindel einmal was Gescheites tut? Uebrigens ist die natürliche Tendenz nicht lange ausgeblieben. Naturam expellas furca, tomen usque recuret. Elf Tage haben die Kerle damit zugebracht, eine Dreißigerkommission zu ernennen, was sie in einer einzigen Sitzung hätten tun können. Der Philipotteausche Gesetzentwurf, laut welchem Offiziere sich zu keiner Kandidatur zur Nationalversammlung vorstellen dürfen, hat sich vierzehn Tage lang in der Militärkommission herumgeschleppt, ehe diese, welche ihm von Haus aus günstig war, sich darüber ausgesprochen; von Debatten darüber ist noch gar keine Rede. Das Mairengesetz, welches unumgänglich notwendig ist, kommt nicht von der Stelle. Den Leuten sitzt das Messer an der Kehle: feuerrote Wahlen werden bald der Zerstörungspartei die Wahrheit in der Versammlung verschaffen und dennoch kommt nichts zustande. Die äußerste Rechte stimmt mit der äußersten Linken und die Bonapartisten stimmen gar nicht. Bazaine ist verurteilt, aber die zehn Schurken des 4. Septembers sind nicht nur *nicht* verhaftet, geschweige denn gefangen, sondern prahlen noch mit ihren unsinnigen Theorien mitten in der Versammlung, welche sie in eine Menagerie verwandelt haben. Das ist so der echte unselige Parlamentarismus.

*

Paris, den 10. Januar 1874.

Hab' ich Dir nicht gesagt, daß die Nationalversammlung tolles Gesindel ist? Vorgestern kommen die Kerls nur zur Hälfte zusammen, was an sich ein dummer Streich war, und dann, da sie doch sehen, daß so viele der Ihrigen fehlen, haben sie nicht einmal den gesunden Menschenverstand, den Gesetzentwurf über die Maires zu vertagen. Ich weiß nicht, ob Du Dir von der Wichtigkeit dieses Entwurfes eine Vorstellung machst; er ist der Eckstein aller künftigen konservativen Reformen. Und gerade darauf befindet sich das Ministerium in einer Minderheit von 42 Stimmen. So verludert sich die Zeit und so bleibt das Land immerwährend in einem Kessel siedenden Wassers. Heute wird gesagt, man werde auf irgendeine Weise das Kabinett wieder zusammenflicken; es ist aber doch schändlich.

*

Paris, den 20. März 1874.

Was soll ich Dir nun über unsre Politik sagen? Der Mac Mahon ist ein ehrlicher Kerl, und wir klammern uns an ihn, als ob er der liebe Gott wäre, aber das Handwerk scheint er durchaus nicht zu verstehen. Mit einer solchen Versammlung, die in fünf oder sechs Parteien zerstückelt ist, müßte er gerade-

Digitized by Google

wegs gegen eine dieser Parteien wirken, da würden sich die andern stärker an ihn schließen. Gesetzt, er verlangt, daß die zehn Halunken des 4. Septembers gerichtlich verfolgt würden (und dazu haben wir Ueberfluß an Materialien, ganz abgesehen vom Kaisertum), die würden sich auf der Stelle aus dem Staube machen, und da wär er sie los. Gesetzt, er täte hernach dasselbe mit den dreißig bis vierzig Kommissionen, die noch in der Kammer sitzen, die liefen auch davon; so hätte er gleich auf völlig gesetzmäßigem Wege seine Stimmenmehrheit um wenigstens fünfzig verbessert, ohne in Betracht zu nehmen, daß so ein energisches Verfahren ihm aus den Uebrigbleibenden noch eine Menge Rekruten herbeibringen würde. Was tut er aber? Seine an Parlamentarismus schwer daniederliegenden Minister lassen sich alle vierzehn Tage durch eine Interpellation angreifen, die lauter Unsinn ist, und können von Glück sagen, wenn etwa zwanzig ihrer Anhänger nicht krank sind und andre zwanzig nicht auf Reisen oder gar spazieren gegangen. So ein Hundsfott wie der Challemel-Lacour, der als Präfekt schrieb: Fusillez-moi tous ces gens-là! kann da zwei Stunden lang allerlei Revolutionäres herpredigen — als hätte der allmächtige Gott! — das Chiragra, könnte nicht dreinschlagen? Ne, lieber Freund, auf die Art wird ein krankes Land nicht regiert.

*

Paris, den 2. März 1874.

Unsre Nationalversammlung ist doch die dümmste, die ich je gesehen. Nicht den geringsten praktischen Sinn. Immer klarer wird es mir, daß der Kleine auf den Thron kommt. (Schluß folgt)

Englische Bemühungen um die Gewinnung amerikanischer Freundschaft

Ein Beitrag zur diplomatischen Geschichte der jüngsten Zeit

Von

Freiherr v. Hengelmüller

I

Konsequent und erfolgreich hat England durch Jahre an der Herstellung freundlicher Beziehungen zu Amerika gearbeitet. Die Geschichte dieser Bemühungen gehört zu den interessantesten und lehrreichsten Kapiteln der Geschichte moderner Diplomatie und gewinnt durch den Wert, welcher der Haltung Amerikas im jetzigen Weltkrieg zukommt, erhöhte Bedeutung. Ich habe deren einzelne Phasen in nächster Nähe zu beobachten Gelegenheit gehabt.

In einem der Artikel, welche der ehemalige Präsident Mr. Roosevelt über diesen Krieg und die aus ihm hervorgehenden Lehren geschrieben hat,[1]) bemerkt

[1]) „New York Times", 18. Oktober 1914.

Digitized by Google

er, daß vor hundert Jahren die beiden Englisch sprechenden Völker Großbritanniens und Amerikas sich als eingefleischte und prädestinierte Feinde betrachtet hätten, heute aber ein Krieg zwischen ihnen undenkbar sei.

In Wahrheit braucht man indessen nicht auf ein Jahrhundert zurückzugehen, um die eben erwähnte Feindschaft noch am Leben zu finden. Ihr Erlöschen ist viel neueren Datums. Es sind noch nicht ganz zwanzig Jahre her, daß, einige Monate nach meiner Ankunft in Washington, der damalige Staatssekretär mir gegenüber in einer akademischen Konversation die Bemerkung fallen ließ, wie ein Krieg mit England keinesfalls zu den politischen Unmöglichkeiten, vielmehr zu jenen Eventualitäten gehöre, mit denen die Fürsorge amerikanischer Staatsmänner stets zu rechnen habe. Auf meinen Einwurf, daß ich den alten Groll gegen England, den ich in den siebziger Jahren durch dessen Haltung im Sezessionskriege neu entfacht, in voller Kraft gefunden hatte, jetzt für abgestorben geglaubt habe, erwiderte Mr. Gresham, daß auch in Amerika kein Mensch den Krieg mit England wünsche, das alte Gefühl aber nicht erstorben sei.

Tatsächlich waren die Beziehungen zwischen den beiden Englisch sprechenden Ländern durch ein volles Jahrhundert heikle, zuzeiten sehr gespannte. Deren einzelne Phasen finden sich in jeder Geschichte der Vereinigten Staaten dargestellt.[1]) Die Stimmung in Amerika war England gegenüber eine empfindliche und gereizte, und auch dessen Nachgiebigkeit in der Alabamafrage hat diesfalls noch keine dauernde Besserung erzeugt. Charakteristisch für jene noch vor einem Vierteljahrhundert herrschende Stimmung ist der bekannte Inzidenzfall der Verabschiedung des englischen Gesandten, Lord Sackville, aus den Vereinigten Staaten, wobei die Motive und angeführten Argumente ebenso bezeichnend sind wie die Tatsachen.

Im November 1888 sollten die neuen Präsidentenwahlen stattfinden. Einen Monat vorher erhielt Lord Sackville einen von einem ihm nicht bekannten Charles Murchison unterzeichneten Brief, worin dieser seinen Rat erbat, für welchen der beiden Kandidaten — Cleveland oder Harrison — er seine Stimme abgeben sollte. Der Schreiber berief sich darauf, nur die Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Amerika im Auge zu haben und für jenen Kandidaten stimmen zu wollen, von dem eine solche Förderung am besten zu erwarten wäre. Bisher habe er Cleveland dafür gehalten, nun sei er aber durch dessen Haltung in der schwebenden Fischereifrage mit Kanada an ihm irre geworden. Anderseits sei Harrison Hochschutzzöllner und Feind englischer Interessen. Vielleicht wäre auch Clevelands jetzige Haltung bloßes Wahlmanöver und Rückkehr zu freundschaftlicher Politik nach seiner Wiederwahl zu erwarten. Darum frage er um Rat.

---

[1]) In übersichtlicher Weise sind sie in dem Werke Mr. Coolidges, „The United States as a world power", Neuyork 1908, Kap. XIII, zusammengestellt. Vgl. auch Goldwin Smith, „History of the United States", und Foster, „A century of American diplomacy".

Digitized by Google

Charles Murchison existierte gar nicht. Der Brief war eine von unbekannt gebliebenen Wahlleitern ersonnene Falle. Lord Sackville fiel in dieselbe hinein und antwortete, zwar allgemein und ausweichend, aber doch genug, um sich den Hals zu brechen. Er bemerkte Herrn Murchison, daß bei der gegenwärtigen Stimmung des Landes jede Partei, welche sich dem Mutterlande freundlich zeige, Popularität verlieren würde. Die Demokraten wüßten dies, es müsse daher die politische Situation Mr. Clevelands in Betracht gezogen werden, immerhin könne man aber annehmen, daß er im Falle seiner Wiederwahl einen Geist der Versöhnlichkeit bekunden würde.

Dieser Brief Lord Sackvilles erschien sofort in der Presse, welche einen Entrüstungsfeldzug gegen ihn eröffnete und ihm ungehörige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes vorwarf. An maßgebender Stelle im Auswärtigen Amte war man anfangs geneigt, die Sache zu belächeln und zu ignorieren, als aber die republikanische Partei dieselbe aufgriff und so darstellte, als habe der englische Gesandte sich für die Wiederwahl Mr. Clevelands ausgesprochen, daher dieser als im Dienste englischer Interessen stehend anzusehen sei, wandte sich das Blatt. Die Bundesregierung ließ in London Lord Sackvilles Abberufung verlangen, und als dieselbe nach zwei Tagen nicht erfolgt war, machte sie selbst seiner Mission ein Ende und sandte ihm seine Pässe zu.

Der Fall erregte seinerzeit großes Aufsehen in Amerika sowohl wie in Europa. In England nahm man ihn mit Gelassenheit hin. An Stelle Sackvilles wurde Sir Julian, später Lord Pauncefote, nach Washington ernannt, und es ist sicher, daß Lord Salisbury bei dieser Wahl für das von ihm schon damals ins Auge gefaßte Ziel der Verbesserung der Beziehungen beider Länder eine besonders glückliche Hand gehabt hat.

Gar so rasch ging die Sache indessen nicht. Wie begründet Mr. Greshams mir im April 1895 gemachte Bemerkungen waren, bewies der acht Monate später ausgebrochene Venezuelakonflikt und die vom Präsidenten Cleveland aus diesem Anlasse aufgeworfene direkte Kriegsgefahr.

Seit mehr als fünfzig Jahren schwebte zwischen England und Venezuela wegen der beiderseitigen Grenzen von Britisch-Guayana ein Grenzstreit, welcher 1887 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen geführt hatte.[1]) Die Vereinigten Staaten hatten in denselben zu verschiedenen Malen vermittelnd einzugreifen versucht in der Absicht, England zu direkter gütlicher Einigung oder schiedsgerichtlicher Austragung zu bewegen, ihre Bemühungen waren aber in London jedesmal höflicher Ablehnung begegnet. Im Frühjahr 1895 begann mit einem Male die amerikanische Presse der Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und dieselbe unter Ventilierung der Monroedoktrin im aggressiven Sinne gegen England zu erörtern, ohne daß indessen damals die Bundesregierung

[1]) Die ganze Geschichte der Frage findet sich in den der Botschaft des Präsidenten Cleveland vom 17. Dezember 1895 beigeschlossenen Noten Mr. Olneys und Lord Salisburys ausführlich dargestellt. Congressional Document Nr. 31, 54. Kongreß, 1. Session.

Digitized by Google

irgendeinen Schritt unternommen oder die Frage England gegenüber in Washington oder London zur Sprache gebracht hätte.

Im Juli aber ließ die Bundesregierung durch ihren Botschafter in London das amtliche Begehren an die englische Regierung stellen, den Grenzstreit mit Venezuela schiedsgerichtlicher Entscheidung zu unterwerfen. Begründet wurde dieses Verlangen mit der Monroedoktrin, welche dahin formuliert wurde, daß erstens kein Teil Amerikas mehr europäischer Kolonisation offen stehe, und zweitens es keinem europäischen Staate gestattet sein solle, irgendeinen amerikanischen Staat seines Rechtes der Selbstregierung zu berauben und fremder politischer Kontrolle zu unterwerfen. Der erstere Satz werde von niemand mehr bestritten, aus dem zweiten folgerte der amerikanische Staatssekretär das Recht seines Landes, jeder gewaltsamen Aneignung venezuelanischen Gebietes entgegenzutreten.[1])

Lord Salisbury antwortete hierauf im November. Er stellte die Anwendbarkeit der Monroedoktrin auf den vorliegenden Fall in Abrede, weil England Venezuela kein politisches System aufzwingen und sich in dessen politische Institutionen nicht einmengen wolle. Weiter aber wies er darauf hin, daß die Monroedoktrin keinen Grundsatz des internationalen Rechtes bilde und den Vereinigten Staaten kein andres Interventionsrecht gebe, als sie in jedem beliebigen Falle aus der Tangierung ihrer Interessen schöpfen könnten. In einer zweiten, am selben Tage geschriebenen Note erörterte er den Streitfall mit Venezuela vom englischen Standpunkte und schloß mit der bestimmten Ablehnung, denselben in seiner Gänze schiedsgerichtlicher Entscheidung zu unterwerfen.

Mr. Clevelands Erwiderung auf diese Weigerung war seine außerordentliche Botschaft an den Kongreß vom 17. Dezember, worin er nach Darlegung des Streitfalles ausführte, daß angesichts der Sachlage den Vereinigten Staaten nichts andres übrig bliebe, als die streitige Grenzlinie auf Grund sorgfältiger Erhebungen selbst festzustellen und jede Verletzung des — Venezuela auf diese Art zugesprochenen — Territoriums seitens Englands zum Kriegsfalle zu machen. Gleichzeitig verlangte er vom Kongresse die Bewilligung der Geldmittel für die mit jenen Erhebungen zu betrauende Kommission, welche auch innerhalb drei Tagen von beiden Häusern votiert wurde. Damit war England vor die Wahl gestellt, entweder seinen in der Novembernote Salisburys mit Entschiedenheit ausgesprochenen Standpunkt zu ändern oder den von Amerika hingeworfenen Fehdehandschuh aufzuheben. Bekanntlich hat es das erstere gewählt.

Das Vorgehen Mr. Clevelands erscheint um so merkwürdiger, als er durchaus keine Jingonatur war. Er war eine der bedeutendsten und willensstärksten Persönlichkeiten, die jemals auf dem amerikanischen Präsidentenstuhle gesessen sind, ließ sich aber vornehmlich von juridischen Erwägungen und der Erkenntnis dessen, was er für recht hielt, leiten. Im Jahre 1885 war es eine seiner ersten Amtshandlungen, daß er das von der vorhergehenden Administration geschlossene,

[1]) Diese Note ist wohl eine der längsten, die je geschrieben worden ist. Sie nimmt in der kongressionellen Druckschrift siebzehn Seiten ein.

Digitized by Google

noch im Senate schwebende Abkommen mit Nikaragua zur alleinigen Erbauung des dortigen Kanals durch die Vereinigten Staaten zurückzog, weil er es dem Bulwer-Clayton-Vertrage widersprechend hielt. Das gleiche tat er bei seinem zweiten Amtsantritt mit dem vom Präsidenten Harrison abgeschlossenen Vertrage zur Annexion Hawais. In der kubanischen Frage nahm er eine gerechte und mäßigende Haltung ein, unbekümmert um den Widerspruch, in den er dadurch mit den auch von der öffentlichen Meinung seines Landes geteilten Tendenzen des Kongresses, insbesondere des Senates geriet. Wo er sich aber im Rechte fühlte, zögerte er auch vor den äußersten Konsequenzen nicht zurück, und dies war ohne Zweifel bezüglich der Venezuelafrage der Fall.

Am 2. Januar 1896 ernannte der Präsident die Mitglieder der amerikanischen Kommission für Erhebung der Grenzlinie. Die Wahl fiel auf solche Persönlichkeiten, daß die amerikanische Regierung mit Recht hervorheben konnte, wie es ihr ausschließlich um rechtliche und unparteiische Feststellung des Sachverhaltes zu tun wäre. Viel bemerkt wurde damals die Haltung der englischen Presse, welche dieser Kommission gegenüber keine absolut feindliche oder sie ignorierenwollende Haltung einnahm.

Gleichzeitig begannen die eigentlichen diplomatischen Verhandlungen zwischen Amerika und England. Früher hatten sie in London stattgefunden, jetzt wurde ihr Sitz nach Washington verlegt, wo sie von Mr. Olney und Sir Julian Pauncefote geführt wurden. Ihre Aufnahme bedeutete an und für sich schon die englische Anerkennung des amerikanischen Anspruches auf Einmischung. Von beiden Seiten wurde die Zuversicht auf eine erfolgreiche friedliche Lösung zur Schau getragen, nur mit dem Unterschiede, daß jede Seite die gleiche Zuversicht auf Durchsetzung ihres Standpunktes empfinden wollte.

Der Ausgleich kam auch tatsächlich zustande, aber erst im November. England hatte alle theoretische Einwendungen gegen die Monroedoktrin und sonstige Fragen fallen gelassen und den Schwerpunkt auf die praktische Frage gelegt, die von Engländern besiedelten Grenzdistrikte der Kontroverse zu entziehen. In dieser Form trat Amerika dem englischen Verlangen nicht bei, aber die Ausgleichsbrücke wurde durch die Vereinbarung gefunden, daß fünfzigjährige Ansiedlung als hinreichender Eigentumstitel gelten solle, daher solche Landstriche nicht als streitig anzusehen wären. Auf dieser Grundlage hatten sich die Herren Olney und Pauncefote schon im Juli geeinigt, später war dann Mr. Joseph Chamberlain nach Amerika gekommen, um eine Einigung auf andrer Grundlage zu erzielen, was ihm aber nicht gelang.

Das im November unterzeichnete formelle Uebereinkommen enthielt die folgenden vier Punkte:

1. Der Grenzstreit zwischen England und Britisch-Guayana soll in seiner Gänze schiedsgerichtlicher Entscheidung unterworfen werden;

2. das Schiedsgericht soll aus zwei vom amerikanischen obersten Gerichtshof und zwei vom englischen ernannten Mitgliedern bestehen, und

3. diese einen Obmann wählen, eventuell den König von Schweden um die Uebernahme dieser Obmannschaft ersuchen.

Digitized by Google

Der vierte Punkt enthielt die obenerwähnte Bestimmung über die Anerkennung fünfzigjähriger Ansiedlung als Eigentumstitel.

Damit endete die Kontroverse mit einem vollen Triumph der Vereinigten Staaten. England hatte ursprünglich das Schiedsgericht abgelehnt und den Rechtstitel, auf welchen Amerika sein diesfälliges Verlangen gestellt hatte, bestritten. Die Diskussion über diesen war zwar fallen gelassen worden, aber sicher involvierte die schließliche Annahme des zurückgewiesenen Schiedsgerichtes dessen moralische Anerkennung. Mr. Olney konnte mir daher auch mit Recht bemerken, daß die Bundesregierung alles erreicht habe, was sie gewollt hatte. Es dürfte in der Geschichte Englands kaum ein zweites Beispiel geben, wo es einem derartigen, in solcher Form gestellten Verlangen einer andern Macht nachgegeben hätte.

Materiell hat England durch diese Nachgiebigkeit nichts verloren, denn der Schiedsspruch ist zu seinen Gunsten ausgefallen. Ein weit größerer Gewinn war noch, daß die Lösung dieser Frage der Wendepunkt in der Geschichte der Beziehungen beider Länder geworden ist. Und nicht nur die offiziellen, sondern auch die psychologischen Beziehungen sind damit umgestaltet worden. Das Zerren an dem Schwanze des Löwen („twisting the lion's tail") war bis in die Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine der Lieblingsbeschäftigungen der amerikanischen Presse gewesen. Seit dem Venezuelaausgleich hat es aufgehört.

Eine weitere Verbesserung erfuhren die Beziehungen der beiden Länder während des Amerikanisch-Spanischen Krieges, wobei indessen Suggestionen mehr als reelle Tatsachen mitwirkten. In Amerika ist nämlich damals die Legende entstanden, als seien die europäischen Kontinentalmächte begierig und bereit gewesen, die Vereinigten Staaten an dem Kriege gegen Spanien mit Gewalt zu verhindern und von der Ausführung dieser Absicht nur durch Englands amerikafreundliche Haltung verhindert worden. Die englische Presse ist zu jeder Zeit bemüht gewesen, den Glauben an diese Legende zu nähren, derselbe hat auch in weiten Kreisen Amerikas festen Boden gewonnen und den Krieg von 1898 überlebt. In Wahrheit aber ist die Sage grundfalsch.

Die diplomatische Vorgeschichte des Amerikanisch-Spanischen Krieges fällt außerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Studie, nur jene Punkte sollen hier erörtert werden, welche die Unstichhaltigkeit der erwähnten Legende erweisen. Spanien allerdings hat den Gedanken an eine Intervention der europäischen Mächte zweimal ins Auge gefaßt, aber die Vorbedingungen für eine solche Intervention haben zu keiner Zeit bestanden, und keine europäische Macht hat zu irgendeiner Zeit daran gedacht, das Schwert für Spanien gegen die Vereinigten Staaten zu ziehen. Das erstemal, daß der Interventionsgedanke in Madrid auftauchte, war im April 1896. Damals hatte Präsident Cleveland die spanische Regierung auf die durch die lange Dauer des Aufstandes in Kuba hervorgerufenen Gefahren aufmerksam machen und ihr nahelegen lassen, denselben durch Reformen zu beenden und sich zu diesem Zwecke der Vermittlung der

Digitized by Google

Vereinigten Staaten zu bedienen. In Madrid perhorreszierte man aber nichts mehr als eben dieses, und obgleich dem Schritte der Bundesregierung kein komminatorischer Charakter innewohnte und ihre Vorstellungen in freundschaftlichem Tone gehalten waren, erschrak man in Spanien nicht wenig über denselben und faßte den Gedanken eines Appells an die europäischen Mächte gegen die drohende amerikanische Intervention ins Auge. Die Initiative zu einem in Entsprechung dieses Appells in Washington zu unternehmenden Schritt wurde vom englischen Botschafter in Madrid Oesterreich-Ungarn zugedacht, und angesichts der verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Höfe und das speziell für die Königinregentin von Spanien empfundene Mitgefühl hätte ein solcher Appell auch günstigen Dispositionen begegnet. Tatsächlich ist es aber nicht dazu gekommen, denn Spanien hat jenen Hilferuf an die Mächte nicht gerichtet. Mr. Tailor, der damalige amerikanische Gesandte in Madrid, hatte von der Sache Kenntnis bekommen und die dortige Regierung auf deren Gefahren aufmerksam gemacht, und offenbar waren seine Vorstellungen nicht ohne Wirkung geblieben. Merkwürdigerweise erschien acht Monate später in den amerikanischen Zeitungen vom Dezember 1896 eine im ganzen wahrheitsgetreue Darstellung dieser Episode, in welcher nur Englands Anteil ganz unterdrückt und Oesterreich-Ungarn als der eigentliche Spiritus rector des Projekts hingestellt wurde.

Tatsächlich erfolgte der Appell Spaniens an die europäischen Mächte im März 1898. Damals war die Kriegsgefahr imminent, denn nach der Katastrophe des Kriegsschiffes „Maine" vor Habana hatte die öffentliche Meinung in Amerika einen derartig erregten Charakter angenommen, daß keine Regierung ihr hätte widerstehen können, und es klar ward, daß Präsident Mac Kinley ihr werde folgen müssen. In Wahrheit sah sich Spanien vor die Wahl gestellt, entweder das künftige Schicksal Kubas dem Schiedsspruch der Vereinigten Staaten zu unterwerfen oder den Kampf mit dem überlegenen Gegner aufzunehmen. In seinem Stolze getroffen und seiner Schwäche bewußt, wandte es sich an die europäischen Mächte, um ihnen den ihm drohenden Angriff zu signalisieren und ihre Vermittlung zu dessen Abwehr zu erbitten.

In Europa interessierten sich aber nur zwei Großstaaten wirklich für Spanien, nämlich Oesterreich-Ungarn und Frankreich. Deutschland stand der Frage nicht ohne Interesse gegenüber, nahm aber eine abwartende Haltung ein und enthielt sich jeder Initiative. Rußland trug die größte Indifferenz zur Schau, nicht viel anders verhielt sich Italien, und England war bemüht, die Situation für eine weitere Annäherung an die Vereinigten Staaten auszunutzen. Bei dieser Sachlage konnte es eventuell zu einer gemeinsamen Friedensdemarche der Mächte in Washington kommen, es war aber ausgeschlossen, daß diese einen drohenden Charakter annehmen oder gar Amerika vor die Gefahr einer europäischen Koalition stellen könnte.

Von allen europäischen Großmächten gab es wohl keine, deren eigne direkte Interessen bei der Frage weniger ins Spiel kamen, wie die Oesterreich-Ungarns.

Digitized by Google

Das Interesse, welches die dortige Regierung an der Abwehr des Krieges und der Herbeiführung einer Vermittlung zu diesem Zwecke nahm, beruhte allein auf dem menschlichen Mitgefühl des Kaisers Franz Josef für die bedrängte Lage seiner Cousine, der Königin Marie Christine, und hatte keine Spitze gegen die Vereinigten Staaten. Dort ist dies auch, sowohl damals als später, anerkannt worden, und es haben die bezüglichen österreichisch-ungarischen Bemühungen sowohl in politischen wie sozialen Kreisen und selbst in der Presse eine billige Beurteilung gefunden.

Schon Anfang März hatte der englische Botschafter in Washington der Bundesregierung erklärt, daß ihr die guten Dienste Englands zur Erhaltung des Friedens über ihren Wunsch zu jeder Zeit zu Gebote stünden, hierauf aber die Antwort erhalten, daß England Amerika allerdings einen wertvollen Dienst leisten könne, wenn es Spanien zum Aufgeben seiner Herrschaft in Kuba bewöge. Aehnlicher Ablehnung hatte ein gleicher Schritt des französischen Botschafters begegnet. Anfang April kam dann eine Einigung der sechs europäischen Mächte über einen gemeinsam in Washington zu unternehmenden Friedensschritt zustande.

Präsident Mac Kinley hatte in Madrid vier Forderungen stellen lassen, nämlich erstens die sofortige Proklamierung eines Waffenstillstandes auf Kuba, zweitens die Zustimmung zur amerikanischen Unterstützung der Rekonzentrados, drittens die Erweiterung der bereits zugesagten Autonomie und viertens das Zugeständnis, daß, wenn die weiteren Verhandlungen der spanischen Regierung mit den Insurgenten bis zum 1. Oktober nicht zum definitiven Frieden führen sollten, die ganze Frage dem Schiedsspruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten anheimgegeben werden solle. Den zweiten und dritten Punkt nahm Spanien an, den ersten knüpfte es an Bedingungen, den vierten lehnte es ab. Die auf Grund der erfolgten Einigung der sechs Mächte ihren Vertretern in Washington erteilten Instruktionen liefen nun darauf hinaus, daß sie unter Berufung auf die bekannten Gefühle der Humanität und Mäßigung des Präsidenten Mac Kinley der amerikanischen Regierung die letzten spanischen Vorschläge zur wohlwollenden Prüfung empfehlen und dabei hinzufügen sollten, daß die Mächte, um das Unglück eines Krieges zu verhüten, aus humanitären Gründen bereit seien, ihre guten Dienste den beiden beteiligten Regierungen zur Verfügung zu stellen. Die Idee einer Pression auf die Vereinigten Staaten war bei diesem Schritte von Anfang an ausgeschlossen, England aber hatte seine Einwilligung an die Bedingung geknüpft, den Präsidenten über die Aufnahme desselben vorher zu sondieren und sich seiner Zustimmung zu versichern. Die englische Presse kam hierdurch in die Lage, dem amerikanischen Publikum die Teilnahme ihrer Regierung an dem gemeinsamen Schritt als Zügel für den Eifer der andern Mächte erscheinen zu lassen.

Mr. Mac Kinley hatte die Vertreter der Mächte verständigen lassen, daß ihm der beabsichtigte Schritt nicht unwillkommen käme, wenn er den Charakter eines freundschaftlichen Appells an seine Friedensliebe und nicht den eines Vermittlungsantrags trüge. Ueberdies wurde vom Auswärtigen Amte der Wunsch

Digitized by Google

ausgesprochen, daß die Empfehlung der spanischen Vorschläge aus der dem Präsidenten zu übergebenden Note wegbleiben möge, weil die amerikanische öffentliche Meinung dies als Parteinahme für Spanien ansehen könnte. Auf dieser Grundlage wurde dann die Note entworfen, welche dem Präsidenten in einer Kollektivaudienz der sechs Vertreter am 7. April 1898 vom englischen Botschafter, als deren Doyen, verlesen und überreicht wurde.

Die Antwort des Präsidenten war ebenso allgemein gehalten wie die Note. Er erklärte, die freundliche Intention der Mächte anzuerkennen und deren Hoffnung auf Beendigung der Lage in Kuba unter Aufrechthaltung des Friedens zu teilen, durch Gewährung der notwendigen Garantien für die Herstellung der Ordnung auf der Insel, deren chronische Wirren die Interessen der Vereinigten Staaten schädigen, ihre Ruhe bedrohen und ihre Gefühle der Humanität beleidigen. Er erklärte, daß die Vereinigten Staaten den humanitären Charakter des Schrittes der Mächte anerkennen, zugleich aber das Vertrauen hegten, daß auch diese ihre ernsten und selbstlosen Bemühungen zur Beendigung einer unerträglich gewordenen Lage würdigen werden. Vertraulich fügte er noch hinzu, daß wohl noch niemand an der Erhaltung des Friedens härter gearbeitet habe als er. Damit war die Audienz zu Ende und auch jegliche Aktion der europäischen Mächte.

Präsident Mac Kinley hatte Europa durch die Entgegennahme dieses Anrufes wahrlich kein tiefes Kompliment gemacht. Die Vertreter der Mächte waren als Bittende und nicht als Fordernde vor ihm gestanden. Er hatte zwar ohne jede Ueberhebung, aber mit dem Selbstgefühl des Oberhauptes einer großen Macht gesprochen. Dennoch wurde ihm die Annahme des gemeinsamen Schrittes im Kongresse wie in der Presse verübelt und Europa daran gemahnt, daß Washington nicht Konstantinopel wäre und Amerika sich die Verpflanzung dortiger diplomatischer Gewohnheiten auf seinen Boden nicht gefallen lassen werde. Daß die Fabel von den feindseligen Absichten der europäischen Kontinentalmächte und von dem großen Dienste, den England den Vereinigten Staaten geleistet, in diesem so leicht Eingang finden und sich festsetzen konnte, beweist nur für die Schulung der englischen Presse und die Aufnahmsfähigkeit des amerikanischen Publikums.

In letzter Stunde erfolgte noch ein weiterer Versuch, den Ausbruch des Krieges durch eine europäische Vermittlung zu verhindern oder zum wenigsten aufzuhalten. Derselbe ging aber nicht von den europäischen Kabinetten, sondern ihren Vertretern in Washington aus, wurde nie verwirklicht und würde hier keine Erwähnung verdienen, wenn er nicht einige Jahre später zu einer erbitterten Preßfehde zwischen England und Deutschland Anlaß gegeben hätte, in welche auch die beiden Regierungen eingriffen.

Am Karsamstag, 9. April, hatte Spanien nach langem Sträuben in die Gewährung des bedingungslosen Waffenstillstandes eingewilligt, die Wirkung dieser Konzession war aber in den Vereinigten Staaten völlig flach gefallen. Die eventuelle Anheimstellung der ganzen kubanischen Frage an den Präsidenten der Vereinigten Staaten hatte Spanien auch in seinem letzten, seine Konzessionen

Digitized by Google

zusammenfassenden Memorandum verweigert. Daraufhin erließ am Ostermontag Mr. Mac Kinley seine Botschaft an den Kongreß, in der er die ganze Geschichte der kubanischen Frage rekapitulierte, über alle von ihm zu deren Schlichtung unternommenen Schritte berichtete und mit der Erklärung schloß, daß seine Anstrengungen erschöpft seien, die Entscheidung nun beim Kongreß stehe und er bereit sei, seine konstitutionellen Pflichten zu erfüllen. Damit war die Frage wieder dahin zurückgelangt, wo von Anfang an deren treibende Kraft gesessen hatte. Ueber die Entscheidung des Kongresses konnte kein Zweifel obwalten.

Präsident Mac Kinley hatte dem Kongreß auch erklärt, daß die bevorstehende gewaltsame Intervention der Vereinigten Staaten unter dem Beifall der gesamten zivilisierten Welt erfolgen würde. In dieser Fassung war die Erklärung wohl nicht richtig, denn so wenig die europäischen Regierungen an eine gewaltsame Verhinderung der amerikanischen Intervention dachten, so sympathisierten doch weder sie noch die öffentliche Meinung der meisten ihrer Länder mit dem amerikanischen Vorgehen. Dem österreichisch-ungarischen Vertreter schien es, daß jene Erklärung den Mächten eine geeignete Handhabe zu einer gegenteiligen Manifestation böte, eine solche in Washington doch Eindruck machen und damit wenigstens Zeit gewonnen werden könnte. Er sprach in diesem Sinne mit seinen Kollegen von Frankreich, Deutschland und England. Der erste war im voraus für die Sache gewonnen, der zweite verhielt sich ihr gegenüber skeptisch, beim dritten fand sie sympathische Aufnahme. Dieser ergriff auch als Doyen des Diplomatischen Korps die Initiative, um die sechs Vertreter zu einer Beratung über die Möglichkeit und Art der Ausführung eines derartigen Schrittes zu sich einzuladen. Die Konferenz fand am 14. April statt, und die sechs Vertreter einigten sich über die Absendung eines identischen Telegramms an ihre Regierungen, daß die Haltung des Kongresses nur wenig Hoffnung auf Erhaltung des Friedens übriglasse und die amerikanische öffentliche Meinung an den Beifall der europäischen Großmächte zu ihrem beabsichtigten Kriege glaube. Das Memorandum des spanischen Gesandten vom vorigen Sonntag scheine eine billige Basis für ein Arrangement zu bieten und jeden Grund zum Kriege zu benehmen. Die Vertreter schlügen daher ihren Regierungen vor, die Aufmerksamkeit der Bundesregierung nochmals auf dieses Memorandum zu richten und den Irrtum zu berichtigen, als erfreue sich die beabsichtigte gewaltsame Intervention auf Kuba tatsächlich des Beifalls der zivilisierten Welt.[1])

Dieser Vorschlag ist nie zur Ausführung gekommen. Die europäischen Kabinette haben ihn nicht angenommen, und er wäre in den Ministerial- und Botschaftsakten verborgen und vergessen geblieben, wenn er nicht durch die von englischer Seite hervorgerufene spätere Fehde ausgegraben worden wäre.

Mitte Januar 1902 war im „New York Herald" ein Artikel erschienen, in welchem das Märchen, als habe allein Englands Haltung den von Oesterreich-

[1]) Der volle Wortlaut des identischen Telegrammes ist von der deutschen Regierung im Februar 1902 veröffentlicht worden.

Digitized by Google

Ungarn gewünschten Kreuzzug verhindert, besprochen, als falsch hingestellt und zum erstenmal des bis dahin geheim gebliebenen, über Initiative Lord Paunce-fotes erfolgten Schrittes vom 14. April 1898 Erwähnung gemacht wurde. Die Fassung des Artikels, sowie die Beziehungen und Sympathien des Blattes legten die Vermutung nahe, daß die betreffenden Ausführungen russischer Inspiration entstammten. Jedenfalls waren sie wahr, hätten aber wohl nur vorübergehende Aufmerksamkeit gefunden, wenn die ganze Frage nicht wenige Tage später im englischen Parlamente aufgerollt worden wäre.

Mr. Norman hatte eine bezügliche Interpellation an die englische Regierung gerichtet, und Lord Cranborne, damals Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, hatte dieselbe mit der Erklärung beantwortet, daß nach Ausbruch des Krieges keinerlei Mitteilung der Mächte an die amerikanische Regierung erfolgt sei. Er erzählte hierauf die Geschichte des gemeinsamen Schrittes vom 7. April 1898 und fügte hinzu, daß die englische Regierung spätere Vorschläge abgelehnt habe, weil sie dem Bedenken offengestanden hätten, eine Pression auf die Vereinigten Staaten ausüben zu wollen.

Diese Antwort Lord Cranbornes wurde von London im Begleite angeblich aus dem englischen Auswärtigen Amte stammender weiterer Mitteilungen nach Amerika hinübergekabelt, welche die Behauptung enthielten, daß nach Ausbruch des Krieges der österreichisch-ungarische Botschafter in London Lord Salisbury eine Kollektivnote der Mächte gegen den Krieg vorgeschlagen, dieser abgelehnt habe. Weiter wurde behauptet, daß Oesterreich-Ungarn von Deutschland, Frankreich und Rußland vorgeschoben worden wäre, die nur auf Englands Zustimmung warteten, um selbst auf den Plan zu treten. England habe wegen seiner Freundschaft für Amerika nicht geringe Feindseligkeit geerntet.

Der behauptete Ursprung dieser Behauptungen aus dem Auswärtigen Amte ist nicht erwiesen, aber auch nicht amtlich dementiert worden. Jedenfalls waren sie unwahr. Kein Schritt war nach der Kriegserklärung unternommen worden. Diese war am 20. April erfolgt. Die erste Friedensdemarche geschah am 7., der Vorschlag der Washingtoner Vertreter erfolgte am 14. April, die englische Ablehnung des letzteren am 19. April.

Die Kontroverse griff nun in andere Länder hinüber. Auch Frankreich beteiligte sich an derselben. Herr Hanotaux, der im Jahre 1898 Minister des Aeußeren gewesen war, erzählte, daß Frankreich gleich England bereit gewesen wäre, sich an einem Mediationsvorschlag zu beteiligen, wenn alle Mächte einverstanden gewesen wären. Der russische Minister, Herr Murawieff, habe dies aber in emphatischer, beinahe brüsker Weise abgelehnt.

In Deutschland erregten die Erklärungen Lord Cranbornes und die daran geknüpften Ausführungen der englischen Presse um so größere Gereiztheit, als die Interpellation Mr. Normans eine bestellte zu sein schien und man dahinter den Wunsch vermutete, den Effekt des bevorstehenden Besuches des Prinzen Heinrich von Preußen auf die öffentliche Meinung in Amerika zu verderben, oder wie man sich damals in diplomatischen Kreisen hierüber ausließ, dem

Digitized by Google

Prinzen in die Suppe zu spucken. Im Reichsanzeiger erschien eine Erklärung der deutschen Regierung über ihre Haltung im Jahre 1898, und zugleich brachte die „Kreuzzeitung" Enthüllungen über das identische Telegramm vom damaligen April. Im englischen Parlament erfolgte tags darauf — 11. Februar — eine neue Interpellation Mr. Normans, auf welche Lord Cranborne kategorisch, aber etwas rabulistisch mit dem Dementi antwortete, daß die englische Regierung niemals, weder durch ihren Botschafter noch andrer Weise eine der Aktion Amerikas in Kuba feindliche Erklärung vorgeschlagen habe. Hierauf antwortete die deutsche Regierung mit der Veröffentlichung des Wortlautes des identischen Telegramms vom 14. April.

Es war eigentlich schwer verständlich, was die über alle Vorgänge vom April 1898 unterrichtete englische Regierung veranlassen konnte, die nicht zur aktuellen Tagespolitik gehörige Frage neu aufzurollen oder zu ihrer Aufrollung beizutragen. Ueber die Tatsache des identischen Telegramms war nicht hinwegzukommen, und ebensowenig darüber, daß dasselbe sowie die ganze Botschafterkonferenz vom 14. April über Initiative des englischen Botschafters zustande gekommen und hinter dieser die ursprüngliche Anregung des österreichisch-ungarischen Vertreters ganz verschwunden war.

Am empfindlichsten wurde persönlich durch die ganze Kontroverse der englische Botschafter in Washington getroffen. Er hatte in Amerika stets für einen Träger und für ein überzeugtes Organ der angelsächsischen Verbrüderungspolitik gegolten, ist es auch wirklich gewesen, hatte durch Jahre an der Ausgestaltung dieser Beziehungen erfolgreich gearbeitet und seinen Bemühungen erst vor kurzem durch den mit seinem Namen verknüpften neuen interozeanischen Kanalvertrag die Krone aufgesetzt und sah sich jetzt der amerikanischen Meinung gegenüber bloßgestellt. In den amerikanischen Blättern erschien zwar ein vom Staatsdepartement inspiriertes Communiqué, welches jede feindselige Interpretation der in Rede stehenden Tätigkeit Lord Pauncefotes für ein Mißverständnis erklärte und darauf hinwies, daß der österreichisch-ungarische Gesandte im Jahre 1898 in seinen Bemühungen für Spanien unermüdlich gewesen sei, was ihm übrigens die amerikanische Regierung im Hinblick auf die Blutsverwandtschaft der beiden Höfe niemals verübelt habe. Seiner Initiative wäre auch der Schritt vom 14. April entsprungen, und Lord Pauncefote habe hierbei nur als Doyen den Vermittler gespielt. Damit war aber die Polemik in der Presse noch lange nicht zu Ende, da sich sofort Stimmen erhoben, welche darauf hinwiesen, wie schwer glaublich es wäre, daß ein Diplomat von der Stellung und Erfahrung Pauncefotes bloß aus Gefälligkeit für einen Kollegen oder dessen Ueberredungsgabe folgend einen solchen Schritt unternommen habe.[1])

[1]) Eine wahre Darstellung der ganzen Kontroverse findet sich in einem Artikel der „Washington Post" vom 6. September 1903, der als Entgegnung auf eine englische Schilderung in „Colliers Weekly" vom 29. August geschrieben wurde.

Digitized by Google

Ueber die Motive, welche Lord Pauncefote bei demselben leiteten, lassen sich auch heute nur Vermutungen anstellen, da seine bezügliche Korrespondenz mit dem englischen Auswärtigen Amte niemals veröffentlicht worden ist. Der Verfasser dieser Erinnerungen war immer geneigt, Lord Pauncefotes Vorgehen mit der Bitte in Verbindung zu bringen, welche Königin Marie Christine in ihrer bedrängten Lage an Königin Viktoria um deren Hilfe und Vermittlung direkt gerichtet hatte. Die letztere hatte ihr sympathisch und teilnehmend geantwortet, und die Vermutung liegt nahe, daß hierauf eine Weisung an den englischen Botschafter in dem Sinne ergangen ist, sich für die Erhaltung des Friedens nach Tunlichkeit zu bemühen und er hierdurch zu seinem Vorgehen bewogen worden ist. In dieser Vermutung liegt nichts, was der englischen Regierung oder ihrem Botschafter zum Vorwurf gereicht oder eine Spitze gegen die Vereinigten Staaten gehabt hätte. Um so unverständlicher erscheint die vier Jahre später geführte Polemik, welche den Anschein erwecken mußte, daß es England nicht nur um die Anbahnung herzlicher Freundschaft mit Amerika zu tun war, sondern daß es den gleichen Wunsch Deutschlands mit scheelen Augen ansah. (Schluß folgt.)

Einige Mitteilungen aus meinen Erinnerungen zur deutschen Einheitsbewegung

Ein Memoirenfragment Johannes v. Miquels

Veröffentlicht von

Friedrich Thimme,

Direktor der Bibliothek des Herrenhauses, Berlin

Jüngst konnte man in der Presse unsrer Feinde, die uns den großen Weltkrieg aufgezwungen haben, lesen: „Wenn Europa sich eines Jahrhunderts des Friedens und des Gedeihens erfreuen wolle, sei es unumgänglich notwendig, daß das Deutsche Reich verschwinde, wohlgemerkt das Reich, nicht aber die deutschen Staaten. Unter der Voraussetzung, daß die Einzelstaaten sich nie wieder zusammenschließen dürften, werde Deutschland nicht mehr gefährlich sein."

Das alte zerrissene Deutschland möchten also unsre Gegner wiederherstellen, den deutschen Bundesstaat, wie er von 1815 bis 1866 ein unrühmliches Dasein gefristet hat, oder gar den Rheinbund unseligsten Angedenkens, jenes lose Staatenbündel, das sich, um überhaupt nur zu existieren, an Frankreich klammern mußte. Unter uns leben noch viele, die Deutschland vor seiner Einigung gekannt haben: ein ohnmächtiges Staatswesen, das in Schwachheit und innerem Hader am Boden lag, das jeglichen Anteils an der großen Politik des Erdteils bar war, ein Spott dem übermütigen Auslande. Wie haben sie, wie haben unsre Väter sich mit aller Glut ihres Herzens aus diesem unwürdigen Völkerdasein

Digitized by Google

hinausgesehnt nach einem großen einigen Vaterlande! Wie lange, wie unendlich lange hat es gedauert, bis sich nach Irrungen und Wirrungen ohne Zahl die eine Vormacht Deutschlands, Preußen, und das liberale Bürgertum zu einem gangbaren Wege zusammengefunden haben; wieviel schwere Opfer hat es noch gekostet, bis auf dem Umwege über den Norddeutschen Bund auch Nord und Süd sich mitten im Kriege gegen den Erbfeind zum festgefügten Deutschen Reiche verbanden. Und dieses Deutsche Reich, das wir schon um der Schmerzen willen lieben, unter denen es zustande gekommen ist, dieses Deutschland, das uns seither immer mehr ans Herz und ins Herz hineingewachsen ist, in dessen steigender Macht und Größe wir unsers Daseins froh und stolz geworden sind, das sollten wir wieder aufgeben, um zu der ganzen Kläglichkeit schutzloser Einzelstaaten zurückzukehren! Eine solche Vorstellung kann uns nur ein Lächeln ablocken. Wir wollen und wir werden uns nicht vor unsern Vätern schämen, wir wollen, was wir von ihnen ererbt haben, nicht allein von neuem erwerben, um es zu besitzen; wir wollen vielmehr dieses Erbteil mehren an äußerer Macht und innerer Stärke. Es soll heißen: Deutschland in der Welt voran; solange wir noch mit der Uebermacht unsrer Feinde zu kämpfen haben, in den Werken des Krieges, dann aber erst recht in den Werken des Friedens und der Kultur!

Es kann uns Deutschen nur frommen, wenn wir in dieser Zeit, wo unsre Heere in Ost und West für den Bestand, die Ehre und die größere Zukunft unsers Vaterlandes kämpfen, die Blicke wieder und wieder in jene Zeiten zurücklenken, wo dieses nur eine Hoffnung und ein sehnlicher Wunsch aller Deutschen war. Und wer könnte uns diese Zeiten besser vor Augen führen als jene großen Männer, die ihr Bestes darangesetzt haben, um die deutsche Einheitsbewegung, die in dem Sturmjahr 1848 so kläglich gescheitert war, trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände bis zur endlichen Erfüllung hinaufzuführen. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnen die Erinnerungen doppelte Bedeutung, welche der spätere Finanzminister Johannes v. Miquel gegen Ausgang der siebziger Jahre einer befreundeten Dame, der Frau Frieda Soltmann, geb. Pagenstecher, in Berlin in die Feder diktiert hat. Leider sind sie ein Torso geblieben, denn sie umfassen nur die Zeit vom Jahre 1848 bis zu der Gründung des Nationalvereins im Jahre 1859; aber sie lassen doch mit voller Schärfe und Deutlichkeit erkennen, wie schmachvoll die damaligen politischen Zustände Deutschlands waren. Man glaube nicht, daß Miquel aus der Erinnerung heraus zu sehr grau in grau gemalt habe; ganz ebenso hat er schon in seinen Reden[1]) aus jener Zeit die deutschen Zustände geschildert. So in einer Festrede, in der er am 31. August 1863 zu Göttingen die deutsche Turnerei und das deutsche Vaterland gefeiert hat: „Wenn wir hinausschauen nach dem Schicksale unsrer fernen Brüder in andern

[1]) „Johannes v. Miquels Reden." Herausgegeben von Walther Schultze und Friedrich Thimme. (Halle a. S., Buchhandlung des Waisenhauses.) I, S. 50. Die Reden Miquels, deren Sammlung und Herausgabe auf eine Anregung des Ministerialdirektors Althoff erfolgten, sind auch heute noch eine Fundgrube vor allem praktischer Staatsweisheit, und sie sollten auch bei dem Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege beachtet werden.

Digitized by Google

Weltteilen, nach unsern Brüdern, die sich durch eisernen Fleiß und Kräfte eine Stätte außerhalb Deutschlands gebildet haben, so finden wir sie machtlos und schutzlos der Willkür fremder Despoten preisgegeben; wenn wir hinaussehen nach unsrer reichen Handelsflotte, der zweiten in ganz Europa, die auf allen Meeren der Welt herumschwimmt, so finden wir keine Kriegsschiffe, die zu ihrem Schutze da wären; wenn wir hinaussehen in die weite Ferne, überall finden wir deutsche Brüder und nirgends Abgesandte der deutschen Nation, die mit entsprechender Macht die Schicksale unsrer Brüder in fernen Ländern beschützen; wenn wir um uns sehen, finden wir eine Nation von vierzig Millionen wehr- und machtlos zwischen den beiden Militärmächten Rußland und Frankreich; ja wir finden uns — man muß es sagen — in ganz Europa verachtet und geschmäht... Wir haben ein herrliches Land, einen herrlichen deutschen Boden, gelegen mitten in Europa an drei großen Meeren, der fruchtbarste Boden, den wir in Europa finden, bewohnt von einem fleißigen, ruhigen, intelligenten, ausdauernden Volke, und doch stehen wir fast tiefer als die kleinsten Nationen um uns, die uns sogar zu bedrohen und die uns den Handschuh frech ins Gesicht zu schleudern wagen."

Was Miquel hier als Redner, mitten aus den verrotteten und unerträglichen Zuständen des ungeeinten Deutschlands heraus, in kurze und eindrucksvolle Sätze zusammengefaßt hat, das ist auch der Refrain seiner rückschauenden Betrachtungen in den „Erinnerungen". Wir können uns die Schilderungen eines Mannes, der unter jenen Zuständen wie wenige andere geseufzt und gelitten, der für ihre Beseitigung auf der Grundlage eines geeinten und freiheitlichen Deutschlands nächst einem Bismarck vielleicht das meiste an Geist und Kraft aufgewandt hat, nicht eindringlich genug vor Augen halten, angesichts zumal des Zieles unsrer Gegner, uns wieder in den Hades eines in seine Bestandteile aufgelösten Deutschlands zurückzuschleudern. Wenn je, so gilt hier das olim meminisse juvabit!

Von einem besonderen politischen Interesse gerade im gegenwärtigen Moment ist auch, was Miquel in seinen Erinnerungen über die Antriebe erzählt, die die deutschen Einheitsbestrebungen im Jahre 1859 aus den gleichartigen Bewegungen in Italien gewonnen haben. Man sollte sich in der Tat heute mehr wie je daran erinnern, wie ähnlich sich in vieler Beziehung die Entwicklung zur Einheit diesseits und jenseits der Alpen vollzogen hat. Wie nahe liegt nicht auch der oft gezogene Vergleich zwischen einem Bismarck und einem Cavour! Man darf hoffen, daß die Erinnerung an die gleichartige Genesis der beiden Nationen, die sich auch in Zukunft so vieles sein könnten, in Italien stark genug sein wird, um das Bündnis mit uns festzuhalten.

Höher freilich noch als der Patriot und der Politiker mag der Historiker den Wert der Miquelschen Erinnerungen einschätzen. Sie enthalten doch neben vielem Bekannten manche neue Einzelheiten zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung. Vor allem tritt der Anteil schärfer ins Licht, den gerade Miquel an dieser Bewegung genommen hat. Die Nachwelt ist bisher geneigt gewesen, unter den Führern

Digitized by Google

der Einheitsbewegung dem nahen Freunde Miquels, Rudolf v. Bennigsen, dem ja in dem Deutschen Nationalverein wie später in der Nationalliberalen Partei das Präsidium zugefallen war, die Palme zu reichen. Jetzt erfährt man, wie sehr dieser niedersächsische Edelmann, dem doch auch ein gut Teil von der Bedächtigkeit und der Schwerfälligkeit des Hannoveraners eigen war, von dem Feuergeiste Miquels angetrieben werden mußte. Das klingt ja auch schon ein wenig in der schönen und geistvollen Biographie an, die Hermann Oncken vor einigen Jahren den Manen Rudolf v. Bennigsens gewidmet hat, und ebenso in dem Lebensbilde, das jüngst Ferdinand Frensdorff von dem dritten jener drei Göttinger Freunde, Gottlieb Planck, entworfen hat; heute aber dürfen wir sagen, daß der eigentliche Vater des Gedankens, den Kampf um die freiheitliche Entwicklung der Einzelstaaten aufs innigste mit dem Kampf um die Herstellung des Nationalstaats in Miquel zu suchen ist. Es mag hier nur angedeutet werden, daß die Erzählung Miquels von seinem Anteil an der Wiederaufnahme der deutschen Einheitsbewegung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre durch andre Papiere seines Nachlasses, der dem Schreiber dieses von den Nachkommen des großen Staatsmannes im Hinblick auf eine künftige Biographie anvertraut ist, gestützt wird. Von einer Tendenz, seinen Anteil an dem großen Werk der Einigung Deutschlands irgend aufzubauschen, sind die Aufzeichnungen Miquels, dessen ganze Persönlichkeit immer nur auf Tat und nie auf Schein gestellt war, durchaus freizusprechen.

Daß Miquel mit besonderer Ausführlichkeit auf die Verhältnisse des ehemaligen Königreichs Hannover eingeht, dem er entstammte, ist nur natürlich; sie sind ja der Ausgangspunkt für die Entfaltung seiner politischen Talente geworden. Die herbe Kritik, die Miquel an den hannoverschen Zuständen übt, darf freilich die Anschauung nicht aufkommen lassen, als ob gerade hier die Verhältnisse besonders schlimm gelegen hätten. Der rückschauende Historiker wird doch kaum anders sagen können, als daß die Reaktion der fünfziger Jahre in Preußen nicht weniger gewalttätig verfahren ist als in den Mittel- und Kleinstaaten. Erst die Einheit Deutschlands konnte zu größerer Freiheit der Einzelstaaten führen.

Bedeutungsvoll sind die Erinnerungen Miquels auch für unsre Kenntnis von der inneren Entwicklung, die der große Staatsmann genommen hat. Man weiß, daß der junge Miquel eine Weile den sozialistischen Lehren eines Marx angehangen hat. Erst kürzlich sind von Eduard Bernstein in der „Neuen Zeit“ [1]) die Briefe veröffentlicht worden, die Miquel in den Jahren 1849 bis 1857 an Marx gerichtet hat, und die heute im Archiv der Sozialdemokratischen Partei ruhen. Wenn aber Bernstein die spätere Abwendung Miquels von den Lehren des Sozialismus in das Licht des Renegatentums rückt, so ergibt sich aus den „Erinnerungen“, wie jene sozialistischen Kinderjahre Miquels und sein Herauswachsen aus ihnen in Wahrheit zu beurteilen sind. Da diese innere Wandlung

[1]) Jahrg. 1914, Nr. 1 bis 3.

Digitized by Google

Miquels von höchstem psychologischem und geistesgeschichtlichem Interesse ist, so mag sie an der Hand neuer Aeußerungen Miquels über Kommunismus und Sozialismus aus dem Anfang der fünfziger Jahre in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift besonders untersucht werden. Zunächst lauschen wir der zusammenhängenden Erzählung Miquels über die politischen Zustände Deutschlands in der Zeit von 1848 bis 1859.

*

„Die Bewegung von 1848 war gescheitert an der politischen Unerfahrenheit des deutschen Volkes und dem romantischen Legitimismus des Königs Friedrich Wilhelm IV. Beide verhinderten das für die Begründung des Deutschen Reiches unentbehrliche Bündnis des deutschen Volkes mit der organisierten Macht des preußischen Staates. Während die deutschen Volksmänner in den ersten Monaten der revolutionären Bewegung des Jahres 1848 die nationale Bewegung auf freiheitlichen Grundlagen, ohne Anlehnung an die bestehenden Staaten, insbesondere Preußen, ja gegen dieselben, durchführen zu können glaubten, versäumten sie den richtigen Augenblick, in welchem es vielleicht möglich gewesen wäre, den König von Preußen auch wider dessen Willen an die Spitze der Bewegung zu stellen. Als die in ihrer Kraft bereits gebrochene Volksbewegung schließlich dennoch in den leitenden Männern von 1848 die Einsicht reifte, daß die ungeheuren Hindernisse, welche die partikularistische Natur der deutschen Volksstämme, die offene Feindseligkeit der Landesfürsten und die Eifersucht des gesamten Auslandes der nationalen Einigung entgegenstellten, nur mit Hilfe der preußischen Armeen zu überwinden wären, wurde von dem bereits vollständig wieder in das reaktionäre Fahrwasser geratenen König-Romantiker die von der Nationalversammlung zu Frankfurt angebotene Kaiserkrone zurückgewiesen und damit das Scheitern der volkstümlichen Bewegung besiegelt. König Friedrich Wilhelm IV. verweigerte die Annahme der Kaiserkrone, weil er sie nicht aus des Volkes Händen empfangen wollte. Nicht, wie die Zukunft zeigen sollte, weil die hohenzollernsche Dynastie ihren Traditionen zuwider auf die deutsche Führerschaft für immer verzichtete.

Dieses klägliche Ergebnis der nationalen Bewegung hatte aber auch einen tieferen, für die Zukunft lehrreichen Grund. Die Volksbewegung des Jahres 1848 war wesentlich eine Freiheitsbewegung, ein Anlauf des Bürgertums gegen die Feudalität und die bureaukratisch-polizeiliche Organisation und Verwaltung der deutschen Einzelstaaten. Letztere Richtung der Bewegung ging tiefer als die nationale und berührte weitere Interessen des gesamten Volkes; sie lenkte daher von dem Kern- und Mittelpunkt ab und brach die Gewalt der Wogen, indem sie den Strom in tausend kleine Bäche leitete. Die sog. freiheitlichen Errungenschaften innerhalb der Einzelstaaten beruhigten und befriedigten ganze Volksteile und Landschaften und machten sie gleichgültig gegenüber den Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung. Die deutsche Reaktion unter der Führung Oesterreichs allein war einig; sie schlug den richtigen Weg ein, zuerst die schwächere Nationalbewegung

Digitized by Google

niederzuschlagen, und nachdem dies gelungen und der Bundestag wiederhergestellt, mittels der so gewonnenen Gesamtorganisation der Fürsten die freiheitliche Bewegung innerhalb der Einzelstaaten wieder zu unterdrücken. Oesterreich stellte sich an die Spitze dieses Feldzuges; Preußen, gehemmt durch einen mächtigen reaktionären Adel und die Schwäche des Königs, versuchte zwar anfänglich, Norddeutschland unter seiner Führung zu einigen, wich aber bald auch seinerseits dem vereinten Andrängen Oesterreichs und seiner Verbündeten, unterwarf sich im Frieden von Olmütz[1]) halb freiwillig, halb widerwillig dem Gebot seines mächtigen Gegners.

Eine Zeit der widerlichsten Reaktion begann. Ohne jedes höhere Ziel, lediglich von dem Bestreben [geleitet], zur alten Machtvollkommenheit zurückzugelangen, hatten die Anhänger des Alten nur den einen Wunsch, alle Errungenschaften des verhaßten Jahres zu beseitigen und jede volkstümliche Einrichtung als eine Ausgeburt der Revolution durch bureaukratische Institutionen zu ersetzen. Sei es auf dem Wege der nackten Gewalt, sei es auf dem Wege künstlicher Interpretation, wurden fast alle eben eingeführten neuen Verfassungen der deutschen Staaten aufgehoben oder in reaktionärem Sinne revidiert. Die an der Bewegung des Jahres 1848 beteiligten Abgeordneten des Volkes wurden verfolgt, zu schweren Strafen verurteilt oder mußten ins Ausland fliehen. Die von einem so harten Schicksal nicht Betroffenen wurden überall im bürgerlichen Leben zurückgesetzt und unterlagen den Kleinlichkeiten oder empfindlichsten polizeilichen Schikanen. Eine tiefe Entmutigung bemächtigte sich des deutschen Volkes. Es begann an sich, an seiner Zukunft zu verzweifeln. Die Reaktion fand kaum noch im Anfange der fünfziger Jahre einen erheblichen Widerstand. In Preußen hatte sich die demokratische Partei ganz von dem politischen Leben zurückgezogen. Das Ministerium Manteuffel regierte den Staat in absolutistischer Weise, unterstützt von der sog. Landratskammer und dem neugeschaffenen Herrenhause, dessen Koryphäen die Herren Stahl, v. Raumer,[2]) v. Kleist-Retzow u. a. waren. Ein großer Teil der Jugend, welche die politische Erregung des Jahres 1848 mit unreifem Enthusiasmus begrüßt hatte, geriet, erbittert über die Täuschungen ihrer Hoffnungen, in die Netze des äußersten sozialistischen Radikalismus, oder vergaß das Jahr 1848, legte den Idealismus wie einen abgetragenen Rock beiseite, ergab sich den materialistischen Vergnügungen oder dem ausschließlichen Fachstudium und vergrößerte so die Reihen der herrschenden Bureaukratie.

Dieses war in allgemeinen Zügen die Lage in Deutschland im Anfang der fünfziger Jahre. Das Königreich Hannover war anfänglich glücklicher als die übrigen deutschen Staaten. Die durch englische Erfahrungen gereifte politische

---

[1]) Miquel meint die Olmützer Punktation vom 29. November 1850.

[2]) Karl Otto v. Raumer, der bekannte Kultusminister im Ministerium Manteuffel, hat zwar oft die reaktionäre Haltung des Ministeriums im Herrenhause vertreten, diesem aber nicht, wie Stahl und Kleist-Retzow, als Mitglied angehört.

Digitized by Google

Einsicht des Königs Ernst August sowie die Festigkeit des konservativ-liberalen Ministers Stüve, vor allem aber die verständige Haltung des allem Extremen abgeneigten hannoverschen Volkes hatten im Jahre 1848 sehr bald die hochgehenden Wogen der Volksbewegung in das ruhige Bett einer wohldurchdachten und planmäßigen Reform geleitet. Die Verfassung war nicht gewaltsam umgestürzt, vielmehr in der Wahrung aller Rechtsformen mit Zustimmung des Königs und der alten Stände im liberalen Sinne revidiert oder richtiger weiter entwickelt, indem man sich von aller doktrinären politischen Weisheit fernhielt und sich sorgfältig an das historisch Gewordene und Bestehende anschloß. Der innere Ausbau des Staats war auf demselben Wege und nach den gleichen Grundsätzen durchgeführt. Die Justizorganisation, welche heute das Vorbild der deutschen Reichsgesetzgebung geworden ist, wurde ohne blinde Nachahmung wesentlich auf der Grundlage der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit den Prinzipien des französisch-genfischen Prozeßrechts entlehnt. Die von der Justiz getrennte Verwaltung beruhte auf den Grundsätzen der Unmittelbarkeit und der Selbstverwaltung der Gemeinden in Stadt und Land, ohne irgendwo in demokratische Gleichmacherei zu verfallen. Die alten Streitpunkte des hannoverschen Verfassungsrechts, welche zum Bruch der Verfassung von 1837 geführt hatten, wurden friedlich geschlichtet. Das große Domanialvermögen wurde Staatsvermögen, die Zivilliste des Königs jedoch realiter auf demselben radiziert. Eine Reihe tief eingreifender Gesetze ordnete die Verfassung der Landgemeinden und der Städte, die Teilnahme der Laien an der Verwaltung der königlichen Aemter und Landdrosteien und griff ordnend und befreiend fast in alle Gebiete des Volkslebens ein. Eine im ganzen einsichtige und wohldenkende Beamtenschaft befreundete sich bald mit diesen Reformen und war überall bemüht, die Hindernisse hinwegzuräumen und einer ruhigen Entwicklung auf der neuen Grundlage die Wege zu ebnen. Nur die Ritterschaft, welche allerdings auch in der Bureaukratie weitverzweigte Verbindungen hatte und am Hofe und in der Armee stets mächtig blieb, stand von Anfang an den Reformen feindlich gegenüber und empfand die Beseitigung der adeligen Standesvorrechte und Privilegien, namentlich der ausschließlichen Vertretung in der Ersten Kammer, von Anfang an als eine schwere Kränkung wohlerworbener, althergebrachter Rechte.

Solange der König Ernst August lebte, hatte jedoch diese feindselige Stellung der Ritterschaft wenig Bedeutung. Der alternde Monarch hatte keine Neigung oder nicht die genügende Energie, noch einmal die durch sein frei gegebenes Wort bekräftigte Verfassung umzustürzen. Die Ereignisse des Jahres 1848 boten hierfür nicht, wie in andern deutschen Staaten, erwünschte Rechtsvorwände. Die Reformbewegung in Hannover geriet ja einigermaßen ins Stocken, konnte aber nicht gewaltsam gehemmt werden. Wohl trat das Ministerium Stüve-Bennigsen ab, aber auch das nachfolgende Ministerium v. Münchhausen-Lindemann blieb im ganzen bei den liberalen Grundsätzen stehen und führte nach und nach die zum Abschluß gelangten Reformgesetze durch.

Digitized by Google

Der Tod des Königs Ernst August[1]) änderte diese Sachlage vollständig. Der des Augenlichts beraubte König Georg V. hatte schon als Kronprinz vielfache Beweise einer autokratisch-absolutistischen Gesinnung gegeben, und man erzählte sich, daß er schon beim Thronwechsel sich gesträubt habe, die durch die Verfassung vorgeschriebene unverbrüchliche Beobachtung der Verfassung zu versprechen. Bald wurde das Ministerium v. Münchhausen entlassen; das Ministerium v. Schele-Windthorst trat an seine Stelle. Es begannen die Beschwerden der Ritterschaft beim Bundestage, fanden jedoch vorläufig noch einen genügenden Widerstand in der Haltung der hannoverschen Regierung, deren Stellung bei Hofe durch die Einflüsterungen einheimischer und auswärtiger Reaktionäre von Tag zu Tag mehr erschüttert wurde. Wenn es dem Ministerium auch nach mannigfachen Kämpfen gelang, die Justizorganisation trotz der Abneigung des Königs ins Leben zu rufen, so begann doch die hannoversche Bevölkerung mehr und mehr mit Besorgnis der Zukunft entgegenzusehen. Die wachsenden Intrigen der Hofpartei, die täglich entschiedener auftretenden Bestrebungen der Ritterschaft, deren Mut die allgemeine Reaktion in Deutschland steigerte, erfüllten alle Einsichtigen mit lebhaften Befürchtungen und ließen die kommenden Ereignisse nur zu klar ahnen. Das Ministerium v. Schele mußte weichen. Der aus den Verfassungskämpfen der dreißiger Jahre übel berüchtigte Herr v. Lütcken bildete ein konservatives Koalitionsministerium des Adels und der reaktionären Bureaukratie, deren Repräsentant der Minister des Innern, Herr Wedemeyer, war. Sofort traten offen, vom Könige unterstützt, die Bemühungen des neuen Ministeriums hervor, mit Hilfe des Bundestags die Verfassung vom 5. September 1848 umzustürzen und insbesondere die adlige Erste Kammer und die korporative Vertretung in der Zweiten Kammer nach Art der Verfassung vom Jahre 1840 wiederherzustellen. Die Beschwerden der Ritterschaft in Frankfurt fanden keinen Widerstand mehr, wurden vielmehr von der hannoverschen Regierung als berechtigt anerkannt und mit Entschiedenheit unterstützt. Das Interesse des Königs Georg, sich wieder in den Besitz der Domänen zu setzen, harmonierte nur zu gut mit den ehrgeizigen Aspirationen der ehemals Privilegierten. Das Land leistete nur einen schwachen Widerstand. Es war entmutigt durch die Niederlage der liberalen Ideen in ganz Deutschland. Den jüngeren Kräften fehlten die erfahrenen Führer; die bewährten Vorkämpfer aus der früheren Zeit waren alt geworden, zogen sich teilweise mißmutig zurück oder versuchten durch schwache Kompromisse zu retten, was zu retten war. Zum zweiten Male wurde das hannoversche Verfassungsrecht gebrochen, die rückschrittliche Erste Kammer wiederhergestellt, das Wahlgesetz zur Zweiten Kammer aufgehoben, eine mehr oder weniger altständische Vertretung wieder eingeführt und das Domanium noch einmal für ein unter Verwaltung des Königs stehendes Fideikommiß des Königlichen Hauses erklärt. Alle reformatorischen Errungenschaften der früheren Jahre waren in Gefahr und fanden nur entmutigte Verteidiger.

[1]) 18. November 1859.

Digitized by Google

Dem Ministerium v. Lütcken folgte (1855) das Ministerium v. Borries, welches noch rücksichtsloser den Weg des Rückschrittes einschlug und alle reaktionären Kräfte des Landes zur vollen Durchführung der konservativen Politik sammelte.

Um diese Zeit war ich Rechtsanwalt in Göttingen. Die Sturm- und Drangperiode der Jugendzeit war vorüber; von den politischen Kräften und Gegenkräften hatte ich durch juristische und nationalökonomische Studien allmählich eine leidlich ausreichende Kenntnis gewonnen. Je reifer mein Urteil wurde, je gemäßigter wurden meine Gesinnungen. Die im Jahr 1848 eingesogenen unklaren republikanischen und halb sozialistischen Anschauungen waren überwunden, ohne daß das lebhafte politische Interesse abgeschwächt war. Der Verkehr mit Gelehrten und Professoren der Universität hielt das wissenschaftliche und vorzugsweise historische Interesse wach und verhütete das Aufgehen in der praktischen Tätigkeit eines ausgedehnten advokatorischen Berufes.

Zu meinen näheren Freunden gehörte der damalige Obergerichtsassessor Rudolf v. Bennigsen, welcher als solcher beim Obergericht in Göttingen fungierte; er hatte sich damals mit der praktischen Politik noch nicht befaßt, und selbst auch infolge seiner vornehmen Erziehung, seiner Stellung zum hannoverschen Adel, seiner Vorliebe für philosophische und historische gelehrte Studien wenig Neigung für ein tätiges Eingreifen für die Dinge der Gegenwart. Ein gemeinsamer Freund von uns beiden, der Obergerichtsrat Planck,[1]) dessen Eltern in Göttingen wohnten, war oft längere Zeit dort und lebte später, als er wegen eines Richterspruchs gegen den erfolgten Verfassungsbruch seine richterliche Stellung aufgeben mußte, ganz in Göttingen. Wir kamen fast täglich zusammen, unterhielten uns über wissenschaftliche Fragen, namentlich aus dem Gebiet der Geschichte, der Volkswirtschaft und Philosophie; allmählich schlossen sich eine Reihe talentvoller junger Männer von der Universität und vom Beamtenstande uns an und bildeten mit uns einen ziemlich geschlossenen Kreis, voll regen wissenschaftlichen Sinnes, aber ohne bestimmten politischen Zweck.

In diese Harmlosigkeit fiel nun das Patent des Königs Georg von 1856 wie eine Bombe ein. Wir waren aufs höchste entrüstet über den dreisten, durch nichtige Rechtsvorwände schlecht verhüllten zweiten Bruch des hannoverschen Verfassungsrechts, dessen Rechtskontinuität im Jahre 1848 so sorgfältig gewahrt war. Anfänglich zweifelhaft darüber, ob die liberale Partei, dem Beispiele der preußischen Demokratie des Jahres 1850 folgend, sich des Wählens gänzlich enthalten und der Reaktion das Feld allein überlassen sollte, kamen wir bald zu der Ueberzeugung, daß ein solches wirkungsloses theoretisches Protestieren nur den Gegnern zugute kommen würde, und daß man auch das freilich rechtswidrigerweise aufgezwungene Feld benutzen müsse, um vom Lande die äußersten Konsequenzen der Reaktion abzuwenden, die Stüveschen Reformen zu retten und die Schäden der Domänenausscheidung, des eigentlichen Zweckes des Ver-

[1]) Planck war damals erst Obergerichtsassessor.

Digitized by Google

fassungsbruchs, möglichst zu mildern. Planck und ich hatten noch nicht das von der oktroyierten Verfassung geforderte dreißigjährige Alter zu dem Eintritt in die Kammer;[1]) Bennigsen war daher der einzige, der die von den Freunden geplante Mission übernehmen konnte. Er besann sich auch nicht lange; wenn auch anfangs zögernd, so überwog doch bei ihm das Pflichtgefühl. Er erklärte sich bereit, eine etwaige Wahl anzunehmen und zu diesem Behuf seine Stellung als Richter aufzugeben. Nun galt es, ein Wahlkollegium zu finden, welches den Mut hatte, den von dem reaktionären Ministerium v. Borries schon vor seinem Eintritt wegen seiner Unabhängigkeit und Fähigkeit gefürchteten und gehaßten Mann zu wählen. Das Wahlrecht auf dem Lande war so korrupt und gab der Regierung einen so entscheidenden Einfluß auf die wenigen aus den Gemeindevorstehern hervorgehenden Wahlmänner, daß hier das Durchdringen eines obendrein noch unbekannten Mannes undenkbar war. Auch in den Städten herrschte große Mutlosigkeit; als Wahlkollegien fungierten die Magistrate und Bürgervorsteher, welche auch nur teilweise dem reaktionären Ansturm standhielten; zumal die alten liberalen Führer sich größtenteils ermüdet zurückzogen, teilweise durch königliche Ordonnanzen von der Wiederwahl ausgeschlossen wurden. So blieb nichts andres übrig, als die Kandidatur in Göttingen aufzustellen, wo der Kandidat wenigstens einigermaßen persönlich bekannt war. Glücklicherweise fanden vor der Wahl Neuwahlen der Bürgervorsteher statt und konnte ich mich auf diese Weise in das Bürgervorsteherkollegium wählen lassen, lediglich um die Wahl Bennigsens durchzusetzen. Von diesem Umstande schreibt sich meine Tätigkeit als Kommunalbeamter her, und bin ich infolgedessen insbesondere zehn Jahre lang Wortführer im Göttinger Bürgervorsteherkollegium gewesen.

Die Wahl von Bennigsen gelang, wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit, trotz aller offenen und geheimen Gegenbemühungen der Regierung. In der Kammer wurde v. Bennigsen sehr bald der anerkannte Führer der liberalen Minderheit. Es ist hier nicht der Ort, die glänzende Tätigkeit v. Bennigsens während der sechsjährigen Kammerperiode von 1857 bis 1863 zu schildern. Es gehört der Geschichte an, daß die Opposition unter der Führung Bennigsens, obwohl sie stets in der Minderheit war, den reaktionären Ansturm brach, und wenn sie auch nicht alles verhindern konnte, dennoch die wichtigsten Institutionen im wesentlichen intakt erhielt und schließlich das Ministerium v. Borries geradezu lahmlegte. Das entschlossene Auftreten v. Bennigsens, seine fast täglichen vernichtenden Reden klärten das Land auf und gaben ihm seinen Mut zurück. Kein Name war populärer als der von Bennigsens. Als endlich das Jahr 1863 Neuwahlen brachte, war die liberale Partei unbestritten Herr der Situation. Die jüngeren Freunde v. Bennigsens, welche nicht in der Kammer waren, insbesondere ich selbst, halfen ihm in der Stille nach Kräften. Wir hielten die populäre Bewegung wach und

[1]) Miquel irrt hier; Planck (geb. 24. Juni 1824) war noch einige Wochen älter als Bennigsen, hatte auch bereits der hannoverschen Ständeversammlung von 1852 bis 1855 angehört. Nach 1855 konnte Planck nicht wieder kandidieren, weil er doch nicht die Erlaubnis zum Eintritt in die Ständeversammlung erhalten hätte.

Digitized by Google

unterstützten ihn durch Bearbeitung von Regierungsvorlagen, durch Herbeischaffung von Material zur Bekämpfung derselben und auf jede sonst zulässige Weise.

Die Ausscheidung der hannoverschen Domänen zur ausschließlichen Nutzung für das königliche Haus war vom Könige durchgesetzt. Eine besondere Kommission führte diese Ausscheidung durch, indem sie den zwanzigjährigen durchschnittlichen Reinertrag ermittelte und diesen auf die verfassungsmäßige sog. Bedarfssumme des königlichen Hauses anrechnete. Dieser Kommission präsidierte der Geheime Finanzrat Bar, und auch im übrigen bestand dieselbe aus willfährigen Werkzeugen oder in diesen Dingen unerfahrenen Abgeordneten beider Kammern. Die Auswahl der Objekte und die Art der Berechnung des Reinertrags in den letzten zwanzig Jahren fand in einer die Finanzen des Landes schwer schädigenden Weise statt. Hatte die Domänenausscheidung selbst schon großen Unmut erregt, so rief die Art der Ausführung durch die Kommission selbst in den gemäßigten Kreisen, insbesondere auch in dem so redlichen hannoverschen Beamtenstande die größte Entrüstung hervor. Ueberall sprach man von den falschen Berechnungen und angewandten Künsten. Schlimme Einzelheiten wurden erzählt und vom Gerücht noch übertrieben. Die Stimmung des Landes wandte sich von der Dynastie ab, und man kann wohl behaupten, daß die Ausscheidung der Domänen der erste Grabstein für das welfische Königshaus geworden ist. Es fehlte aber dem Lande an Klarheit und an Beweisen. Bei der Massenhaftigkeit des Materials und der Schweigsamkeit der Kommissionsmitglieder konnten auch die Debatten in der Kammer keine volle Aufklärung geben. Die Presse war schlecht unterrichtet oder wagte sich nicht auszusprechen. So entschloß ich mich, das gesamte Material zu verarbeiten und in einer Schrift („Das neue hannoversche Finanzgesetz vom 24. März 1857") zu veröffentlichen. Durch ein befreundetes Mitglied der hannoverschen Kammer war mir die Einsicht in die umfangreichen Akten der Kommission geworden und wurden mir sogar Abschriften von den wichtigsten Verhandlungen zugestellt. Die bei Otto Wiegand in Leipzig verlegte — die hannoverschen Buchhändler wagten die Herausgabe nicht — Schrift erregte das größte Aufsehen; in zwei Tagen war die erste Auflage vergriffen. Nun war dem Lande der aktenmäßige Beweis über die den Finanzen des Landes zugefügten schweren Nachteile und über das in vielen Fällen geradezu unqualifizierbare Verfahren der Kommission geführt. Es dauerte lange, ehe die Gegner sich aufraffen und in der Presse anonym und in einzelnen Fällen mit unterzeichneten Artikeln die Schrift und die Person des Verfassers auf das heftigste anzugreifen begannen. Ich geriet in einen fast täglichen Zeitungskrieg, der die Aufmerksamkeit des Landes nur noch schärfer auf die Ausscheidungsfrage lenkte. Endlich erschien eine Gegenschrift des Präsidenten der Kommission, welche jedoch wichtige Zugeständnisse machen mußte und mir Gelegenheit gab, in einer zweiten Broschüre[1]) die Gegengründe zu

[1]) „Die Ausscheidung des hannoverschen Domanialguts und das Verfahren der Festsetzungskommission auf Grund des Gesetzes vom 24. März 1857."

Digitized by Google

widerlegen und das neue mir von allen Seiten zugekommene Material zu verwerten. Das Urteil des Landes hatte sich unwiderruflich gebildet, die Domänenausscheidung und vor allem die Art ihrer Ausführung war verurteilt.

Dieser Kampf wie die inzwischen eingeleitete deutsche Bewegung, auf welche ich später zurückkomme, hatten meinen Namen im Lande bekannt gemacht, so daß ich im Jahre 1863 bei den Neuwahlen von drei Wahlkollegien: Celle, Münden und den kleinen Göttingenschen Städten gleichzeitig in die Kammer gewählt wurde. Oft unterhielten die politischen Freunde während dieser inneren hannoverschen Kämpfe sich über die allgemeinen deutschen Fragen, ohne jedoch eine bestimmte Stellung zu denselben zu finden. Man beklagte die Isolierung der liberalen Männer der einzelnen Staaten, man fühlte das Bedürfnis der Wiederherstellung persönlicher Beziehung, welche seit der Niederlage der Jahre 1848 bis 1850 gänzlich abgebrochen war. Wir begriffen wohl, daß alle Erfolge innerhalb der einzelnen Staaten unsicher, und solange es dem deutschen Volke an jedem Mittelpunkt fehle, stets der gemeinsamen Aktion der verbündeten partikularistischen und reaktionären Elemente ausgesetzt sein würden. Es wurde uns immer klarer, daß eine wirklich gesicherte bürgerliche Freiheit nur auf nationalem Boden möglich sei und daß die Wiederherstellung des Deutschen Reiches die letzte aller unsrer Bestrebungen sein müsse. Auch hatten die Erfahrungen des Jahres 1848 unsre Ansichten über Mittel und Wege so weit gereift, daß wir ohne Preußen die Erreichung dieses Ziels für unmöglich hielten.

Trotz alledem wußten wir die Sache nicht anzugreifen und wagten daher kaum, öffentlich mit unsern Ansichten hervorzutreten. Kaiser und Reich, Zentralgewalt und Parlament waren verpönte Dinge, hatten selbst im Volke nur wenig Anhänger und lebten fast nur noch in den Liedern der Jugend, welche nicht die Gegenwart, sondern die Zeit der romantischen Klage über die verlorenen Früchte der Freiheitskriege geschaffen hatte. Die weisen und verständigen Männer lächelten über das Jahr 1848 und das Frankfurter Parlament, glaubten wohl an die deutsche Sprache und deutsche Bildung, aber nicht an die Möglichkeit eines deutschen Staates. Das Jahr 1859 brachte zuerst eine gewaltige Wendung in diese Lage und diese Stimmungen. Der Krieg Frankreichs und Italiens gegen Oesterreich in Italien brachte zuerst die Gemüter des deutschen Volkes wieder in lebhafte Erregung; alles fühlte, daß am Po auch deutsche Interessen entschieden würden. Allen wurde die militärische und politische Schwäche des Deutschen Bundes handgreiflich und sonnenklar. Die Meinungen über die Politik, welche das deutsche Interesse gebiete, gingen zwar weit auseinander. Selbst die besten politischen Freunde waren nicht einig. Die einen, und zu diesen gehörte Bennigsen, verlangten die Unterstützung Oesterreichs, weil dieses in Italien auch deutsche Interessen vertrete und der Rhein am Po gegen französische Uebermacht verteidigt werden müsse. Andre verlangten Unterstützung des italienischen Freiheitskampfes und Schwächung Oesterreichs, weil dieses die Vorbedingung eines einigen Deutschlands unter Preußens Führung

Digitized by Google

sei.[1]) Andre, und diese Politik verteidigte ich damals mit großer Lebhaftigkeit, verlangten ein Eingreifen Preußens zugunsten Oesterreichs nur unter der Bedingung einer Umgestaltung des Deutschen Bundes und einer Anerkennung des Prinzipats Preußens bis zum Main, wenn dieses nicht zu erlangen, kriegerische Durchführung dieses Programms, nötigenfalls mittels eines italienischen Bündnisses.

Wie weit die Ansichten auch auseinandergehen mochten, darüber waren alle liberalen Männer einig, daß der politische Zustand Deutschlands ein schmachvoller sei, der uns nötige, den größten Krisen in Europa taten- und waffenlos zuzusehen, und der Deutschland gegenüber einer aggressiven Politik Frankreichs, von deren Vorhandensein der italienische Krieg einen nur zu schlagenden Beweis lieferte, nahezu wehrlos machte. Die Unsicherheit der Politik Preußens, welches zwar mobilisierte, aber anscheinend ohne jedes bestimmte Ziel war und vielleicht nur die eine Wirkung hatte, den eifersüchtigen Kaiser von Oesterreich zum raschen Abschluß des Friedens von Villafranca zu bewegen, konnte nicht dazu beitragen, die wachsenden Befürchtungen für die Sicherheit der deutschen Grenzen zu vermindern.

Auf der andern Seite klärten die Erfolge der italienischen Einheitspartei, die klar hervortretende Schwäche und der wachsende Verfall der dortigen Einzelstaaten über die für die Herstellung eines deutschen Nationalstaates unerläßlichen Mittel und Wege auf. Wir hatten in Preußen ein viel mächtigeres Piemont, es brauchte nur zu wollen, und das Bündnis einer organisierten großen Staatsmacht mit dem deutschen Volke war fertig und unwiderstehlich.

Um diese Zeit kam der österreichische Dichter und Reichstagsabgeordnete in Frankfurt v. Hartmann[2]) nach Göttingen; er erzählte uns von dem italienischen Nationalverein und dem großen Aufschwung der dortigen deutschen nationalen Bewegung. Wir besprachen eifrig unsre Lage und die Möglichkeit der Aufnahme einer deutschen Volksbewegung, selbstverständlich innerhalb der gesetzlichen Schranken. Ich war ein entschiedener Verteidiger der Ansicht, daß es Zeit sei, voranzugehen, öffentlich ein Programm für eine deutsche Partei aufzustellen, die nationalgesinnten Elemente der deutschen Staaten zu sammeln, mit einem Worte, die populäre Agitation in Fluß zu bringen.

Schon im Mai des Jahres 1859 entwarf ich einen Aufruf an das deutsche Volk, dessen Unterzeichnung jedoch an dem Bedenken von Bennigsen scheiterte, welcher sich von dem Unternehmen keinen Erfolg versprach.

Im folgenden Monat tagte in der Stadt Hannover ein Anwaltstag, während gleichzeitig die hannoversche Kammer versammelt war. Diese Gelegenheit benutzte ich aufs neue, die Bildung einer deutschen Partei in Anregung zu bringen. In einer gemeinsamen Versammlung der liberalen Seite der Kammer und der

---

[1]) Vgl. dazu Hermann Oncken, Rudolf v. Bennigsen I, 317 ff.

[2]) Gemeint ist der österreichische Publizist Moritz Hartmann (gest. 1873), 1848 Mitglied der Nationalversammlung.

Digitized by Google

Anwälte wurde die Frage diskutiert und endlich ein Ausschuß niedergesetzt, bestehend aus Bennigsen, dem Rechtsanwalt Bauermeister und mir, welcher den für die Oeffentlichkeit bestimmten Aufruf entwerfen sollte. Wir waren bald darüber einig, daß es darauf ankomme, eine deutsche Verfassung mit fester Zentralgewalt und Volksvertretung zu fordern, und daß nur dem Staate Preußen die Zentralgewalt übertragen werden könne. Ebenso klar war es uns, daß es für eine Volksbewegung notwendig sei, den Aufruf vorläufig auf dies einfache Programm zu beschränken. Der nach diesen Gesichtspunkten verfaßte Aufruf fand die allgemeine Zustimmung und wurde noch am selben Tage (dem 19. Juli 1859), mit zahlreichen Unterschriften angesehener Männer versehen, der Oeffentlichkeit übergeben.[1]) Damit war die deutsche Bewegung aufs neue eingeleitet.

Es ist für die damaligen Stimmungen in Deutschland sehr charakteristisch, daß um dieselbe Zeit, irre ich nicht, am selben Tage,[2]) ohne jede Verständigung mit uns, eine dem Sinne nach ganz gleiche Erklärung von einer Anzahl von Männern aus Thüringen (u. a. von Fries, Schüler, Streit) veröffentlicht wurde. Wir erblickten darin eine gute Vorbedeutung für unser Unternehmen und einen Antrieb, entschlossen weiter zu gehen und der Idee eine feste Gestaltung zu geben. Viele Zuschriften von bedeutenden Männern aus Preußen und andern Landesteilen bestärkten uns in dieser Absicht. Bald wußten wir, daß wir auf Männer wie Schulze-Delitzsch, v. Unruh, Rießer aus Hamburg, Reyscher aus Württemberg, Brater aus Bayern, Metz aus Darmstadt, Friedrich Oetker aus Kassel u. a. rechnen konnten.[3]) Die Korrespondenz mit diesen Männern führte zu dem Entschluß, eine Versammlung nach Frankfurt zu berufen, um daselbst einen deutschen Nationalverein zu gründen. Diese Versammlung fand noch im Herbst desselben Jahres unter zahlreicher Beteiligung von deutschgesinnten Männern aus allen Teilen Deutschlands statt und führte zur Gründung des Deutschen Nationalvereins, welcher, wie die Vereinsgesetze es erforderten, als ein einheitlicher Verein über ganz Deutschland sich verbreiten sollte und, geleitet von einem Vorstande und einem Ausschuß, der seinen Sitz in Frankfurt, Residenz des Deutschen Bundestags, nehmen sollte, um auch äußerlich der Organisation der Landesfürsten und des Partikularismus im Bundestage eine volkstümliche Organisation im nationalen Sinne entgegenzusetzen. Letztere Absicht mißlang nun zwar. Der Senat der Freien Stadt Frankfurt, größtenteils aus österreichischen Kreaturen bestehend, verweigerte dem Verein das erbetene Domizil. Die Bildung des Vereins selbst wurde dadurch aber nicht verhindert, weil der deutschgesinnte Herzog von Koburg-Gotha den Mut besaß, trotz der Drohungen Oesterreichs und Preußens dem Verein in Koburg ein Asyl zu gewähren. Unmittelbar darauf wurde zur Organisation des Vereins geschritten, ein Vorstand aus drei

---

[1]) Gedruckt u. a. bei Oppermann, Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832 bis 1860, II, Anlagen S. 195 ff.

[2]) Sie war vom 17. Juli.

[3]) Ueber alle diese Männer siehe Onckens Bennigsenbiographie.

Digitized by Google

Mitgliedern gewählt, dessen Präsident Herr v. Bennigsen war, und der Ausschuß, aus allen Teilen Deutschlands zusammengesetzt. Das Bureau des Vereins in Koburg sollte von einem besoldeten Geschäftsführer geleitet werden, dessen Wahl auf den Rechtsanwalt Streit daselbst fiel. Wie sich später zeigte, war diese Wahl ein schwerer Mißgriff.

Die liberale Presse Deutschlands nahm diese Vorgänge sehr gut auf; schon in den ersten Tagen erhielten wir zahlreiche Beitrittserklärungen von bekannten politischen Männern und bekannten Vaterlandsfreunden. Ueberall, und zwar nicht am wenigsten in den kleinen Staaten Deutschlands, zeigte sich das liberale Bürgertum der Bewegung günstig. Um so größer war die Wut der partikularistischen Elemente, des Adels, der Beamtenschaft und vor allem der Hofkreise. Die Mitglieder des Nationalvereins wurden überall scheel angesehen, vielfach polizeilich schikaniert und in manchen Staaten als Landesverräter betrachtet, deren Vorsicht in der Beachtung der Gesetze man lebhaft bedauerte. Insbesondere war dieses in Hannover der Fall, wo der Verein sich infolge der lebhaften Opposition gegen das Regiment des Königs Georg und auf der andern Seite des Ansehens des Herrn v. Bennigsen und der übrigen Vertreter des Vereins sehr rasch in Stadt und Land ausbreitete. Die Mitglieder des Vereins wurden von der herrschenden Partei geradezu in Acht und Bann getan. Die von derselben am meisten gefürchteten Leiter des Vereins wurden tatsächlich unter Polizeiaufsicht gestellt. Ich selbst wurde damals auf Schritt und Tritt polizeilich überwacht."

Ueber Schutz gegen große Kälte[1])

Von

Dr. Otto Nordenskjöld

Der Kampf gegen das Klima, den man auf den Polarreisen führen muß, bereitet, wie ja aus allen Expeditionsberichten bekannt ist, oft große Schwierigkeiten. Allerdings kaum im Sommer, denn wenn auch die Durchschnittstemperatur zu dieser Jahreszeit oft nach unsern Begriffen recht winterähnlich ist, so sind doch die Wirkungen der fast beständig leuchtenden Sonne so stark, daß man die niedrige Temperatur nicht viel empfindet. Auch das Wetter des eigentlichen Winters hat meistens weniger zu sagen, weil die Dunkelheit dann längere Reisen und Ausflüge hindert, freilich nicht in den äußersten Polargebieten und auch sonst nicht immer bei hellem Mondschein. Aber auch im Spätwinter und Frühling, zu welchen Jahreszeiten die meisten Schlittenexpeditionen unternommen werden, hat man oft monatelang mit einer Durchschnitts-

[1]) Der vorstehende Artikel ist auch von Interesse für unsre Kriegführung, besonders im Osten. Die Redaktion.

Digitized by Google

temperatur von —30 Grad Celsius oder noch bedeutend niedriger zu kämpfen, und noch dazu häufig mit Stürmen, deren Ueberwindung auf längeren Märschen schon an und für sich eine außerordentliche Leistung verlangt. Es läßt sich direkt nachweisen, daß die Abkühlung, auf die es für den menschlichen Körper ankommt, bei Sturm außerordentlich viel schneller geht als bei ruhigem Wetter, und eine Temperatur von —20 Grad bei frischem Wind ist tatsächlich viel schwerer zu ertragen als —40 Grad oder gar —50 Grad bei ruhiger Luft.

Meine eignen Erfahrungen an langdauerndem kaltem Polarwetter während der Jahreszeiten, in denen längere Schlittenexpeditionen unternommen wurden, knüpfen sich hauptsächlich an Temperaturen von etwa —20 bis —35 Grad Kälte, die aber häufig von furchtbaren Schneestürmen begleitet waren, wo es gar nicht möglich war, gegen den Wind anzugehen. Auch wenn bei solchem Wetter die Wanderung nicht überhaupt unmöglich ist, wird sie doch häufig durch das Schneetreiben verhindert, das jede Beobachtung vom Wege oder von der Umgebung unmöglich macht. Uebrigens lassen sich die Hunde bei solchem Wetter nicht vorwärts treiben. Aber auch abgesehen von diesen schlimmsten Witterungsverhältnissen, wo man im Zelte oder in der Schneehütte still liegen muß, geben doch solche Schlittenfahrten Erfahrungen genug von so ziemlich allen Schwierigkeiten, die eine große Kälte bereiten kann.

Die gewöhnliche Methode, um bei uns zu Hause die Kältewirkungen zu vermeiden, liegt ja darin, daß man die Zahl und die Dicke der Kleidungsstücke vergrößert, ohne aber die Form in höherem Grade zu verändern. Wenn im Winter die Kälte einsetzt, legen wir dickeres Unterzeug und einen Ueberzieher an; wenn es noch kälter wird, tauschen wir eventuell den letzteren gegen einen Pelzrock von demselben Modelle aus und legen Pelzmütze und gelegentlich Außenstiefeln aus Tierfell an. Dies geht ja auch gut, solange die Kälte nicht zu übermäßig ist und vor allem, solange man mindestens jeden Tag die Kleidungsstücke ablegen, trocknen und für den nächsten Tag in Ordnung bringen kann. Dies ist aber bei längeren Polarschlittenfahrten ausgeschlossen, und dann muß man auch besondere Vorrichtungen treffen. Dasselbe muß ja auch oft bei einem Winterfeldzug bei großer Kälte vorkommen. Nun dürfte es einleuchtend sein, daß die Verhältnisse in einem solchen Feldzuge ganz andre sind als diejenigen, denen man auf einer Polarexpedition begegnet. Immerhin werden vielleicht einige kurze Mitteilungen über Kleidung und Lebensweise während einer Polarexpedition in Winterkälte gerade jetzt zum Vergleich von einigem Interesse sein.

Die Kleidung wird ganz verschieden sein, je nachdem man darauf angewiesen ist, längere Zeit in der Kälte stillzustehen, z. B. bei Beobachtungen oder bei gewissen Formen der Jagd, oder zu sitzen, wie z. B. auf Schlittenfahrten, wo die Hunde kräftig genug sind, um ein Fahren zu ermöglichen; oder anderseits, wenn man sich bei Skifahren, Schlittenziehen usw. schnell und kräftig bewegt. In ersterem Falle sind Pelzkleider fast unbedingt notwendig. Soweit sich meine eignen Erfahrungen erstrecken, können diese nach drei verschiedenen Modellen angefertigt werden, und zwar entweder nach dem Typus des lappländischen

Digitized by Google

Pelzes oder nach demjenigen des grönländischen „Anorak", oder man benutzt die Modelle unsers gewöhnlichen zivilisierten Pelzrocks. Der lappländische Winterpelz, „Muoddar", ähnelt im Aussehen einem gewöhnlichen Hemd mit einer kurzen Oeffnung vorn an der Brust. Er ist sehr weit, was durch starke Aufschürzung noch mehr hervortritt, nicht sehr lang, und aus weichem Renntierfell angefertigt. Die Lappen selbst tragen im Winter noch ein verziertes Fellstück als Brustschutz, oder bei strenger Kälte ein Innenhemd aus Renntierfell, was ja aber für uns bei Benutzung von gutem Unterzeug wegfällt. Dazu tragen sie kurze, enge Fellhosen. Auf die Schuhe komme ich unten zu sprechen. Die Vorzüge dieser Kleidung liegen darin, daß sie durch ihre Weite bei milderem Wetter oder schneller Bewegung eine Lüftung, zum Vermeiden einer zu starken Perspiration erlauben, welche sonst die Kleidungsstücke feucht machen würde, und dabei gleichzeitig eine Häufung von besonderen Unterkleidungsstücken und ein dichtes Abschließen gestattet, sobald das Wetter dies verlangt.

Im Gegensatz zu dem beschriebenen besteht der Eskimopelz aus einem ziemlich enganschließenden, kurzen Wams mit einer Kapuze und mit möglichst kleinen Oeffnungen für Gesicht und Hände. Auch er ist aus weichsten Renntier- oder Fuchsfellen oder gar aus Vogelbälgen verfertigt, und bei sehr großer Kälte wird noch ein zweiter ähnlicher Pelz, nur mit den Haaren nach außen, angezogen. Gegen Sturm und Kälte bildet er wegen der Abwesenheit aller Oeffnungen einen viel besseren Schutz als der Lappländerpelz, der ihm aber bei langdauernder Bewegung im Freien unzweifelhaft überlegen ist. Beide Modelle sind leicht und materialsparend, sehr bequem zum Tragen und schön warm. Sie übertreffen wohl in diesen Beziehungen unter sonst ähnlichen Umständen unsre gewöhnlichen Pelzmäntel, die aber doch unter zivilisierten Verhältnissen durch das leichte An- und Abziehen sowie durch die bequeme Möglichkeit zum Luftwechseln große Vorteile bieten.

Wenn es sich aber um tagelange Märsche unter schwerer Arbeit, z. B. in Verbindung mit Schlittenziehen, handelt, und gleichzeitig die Temperatur nicht sehr weit unterhalb 30 Grad liegt, dann wird meiner Ansicht nach auch der Lappländerpelz zu schwer und zu unangenehm dadurch, daß er die Verdunstung hindert und den Schweiß zurückhält. Um die Körpertemperatur zu erhalten, genügt meistens unsre gewöhnliche Männertracht, selbstverständlich aus erstklassigem dicken Stoff, etwa wie die Militäruniformen, angefertigt, und mit einigen kleinen Veränderungen, auf die hier nicht eingegangen zu werden braucht. Das Unterzeug sollte dabei doppelt sein: innen aus bestem weichem Jägerstoff, nach außen grober, vielleicht ein gestricktes Hemd. Wenn aber die Temperatur weiter heruntergeht oder wenn es, wie das so oft der Fall ist, im geringsten windig oder gar stürmisch ist, dann genügt selbstverständlich der erwähnte Anzug nicht. Statt dann einen schweren Extrapelz mitzuschleppen, benutzt man in solchen Fällen als Außenkleid eine „Windjacke" aus dünnem, ziemlich winddichtem Stoff. Diese Schutzjacke wird am besten nach dem Modelle des schon beschriebenen Eskimoanoraks angefertigt, kurz, enganschließend und mit den kleinstmöglichen Oeffnungen,

Digitized by Google

die außerdem zugeschnürt werden können. Ueber den geeignetsten Stoff herrschen Meinungsverschiedenheiten; selbst habe ich das einfachste von allem, dünnes Segeltuch, benutzt, und dies hat sich gut bewährt, hält vor allem alle Strapazen aus. Zu dieser Jacke kommen noch Hosen aus demselben Stoff, und dann ist man tatsächlich, solange man sich bewegt, gegen alle Witterungsverhältnisse geschützt, die überhaupt freie Bewegung in der Luft erlauben. Eine Bekleidung, die sich besser nach allen Verhältnissen anpassen ließe, gibt es unter diesen Umständen nicht, solange man nachts in einem warmen Fellsack schläft, und also nicht für ein Stilliegen in der Nacht bekleidet sein muß. Daß sich alle Kleidungsstücke leicht trocknen lassen und daß die Transpiration in keiner Weise gehemmt wird, sind dabei besondere Vorteile.

Etwas anders stellt sich die Sache, wenn man damit rechnen muß, unter Umständen bei strenger Kälte zur Abwechslung von den Märschen längere Zeit stillsitzen oder stehen zu müssen. Wenn man dann keinen eigentlichen Pelz mitbringt, kann es doch leicht vorkommen, daß man einen Extraschutz für Brust, Magen und Rücken braucht. Dazu läßt sich am besten eine Weste oder ein „Hemd" aus sehr leichtem und dünnem Fell benutzen, über die man dann die Windjacke zieht. Eine solche Weste läßt sich leicht mittransportieren, sie braucht, da sie von den Windkleidern beschützt wird, nicht sehr stark zu sein — die grönländische Herstellungsart (Vogelbälge) genügt schon vollständig — und sie bildet in Verbindung mit den übrigen Kleidungsstücken einen vorzüglichen Schutz gegen die schlimmsten Witterungsverhältnisse.

Auf dem Kopf ist bei großer Kälte eine Pelzmütze mit gutem Ohrenschutz unbedingt notwendig, sie kann aber sonst billig und einfach sein, wenn die Jacke eine Kapuze hat. Ein wollener Tuchstreifen zum Schutz für die Nase muß auch für schlimme Umstände bei der Hand sein. Viel schwieriger und dabei außerordentlich wichtig ist es, eine geeignete Fußbekleidung zu finden. Die gewöhnlichen hohen Lederstiefel versagen bei großer Kälte fast ganz, besonders wo man nicht Gelegenheit hat, sie jede Nacht in der Wärme zu trocknen. Durch die Transpiration werden sie bei der Bewegung auf der Innenseite feucht und frieren dann, wenn man still bleibt, zu einem harten Panzer, so daß es fast unmöglich ist, sie auszuziehen, und noch schwerer, sie anzuziehen. Schnürstiefel vermeiden allerdings diese Schwierigkeit, sind aber ebenso hart und unbequem und geben dabei ebensowenig Schutz gegen die Kälte. Bedeutend besser sind dann die dünnen, weichen Sommerschuhe der Lappen, versteift an einigen schmalen Linien entlang, um ein Anbinden der Skis zu gestatten. Sie sind auch sehr geräumig und geben dadurch die Möglichkeit, den Fuß durch eine wirklich isolierende Masse von Socken und Strümpfen vor Kälte und Erfrierungen zu schützen. Darin kann man überhaupt nicht zu weit gehen. Amundsen benutzte auf seiner Polarfahrt sieben Paar dicke Strümpfe. Die Lappen verwenden bekanntlich eine Packung von Heu, „Sennegras", um den Fuß, aber dies eignet sich vor allem zum Sommergebrauch.

Am besten vermeidet man auf schweren Eiswanderungen in strenger Kälte soweit als möglich das Leder im Schuhzeug. Statt dessen kommen als Material

Digitized by Google

vor allem Tierfelle oder Segeltuch zur Verwendung. Erstere lassen sich nur benützen, wo der Boden einigermaßen weich ist, Schnee, nicht hartes Eis, und wo man nicht riskiert, Feuchtigkeit oder Wasser in flüssiger Form zu treffen. Die Eskimostiefel, „Kamick", kommen außerhalb Grönlands überhaupt kaum in Betracht. Viel wichtiger sind die Pelzschuhe der Lappen, niedrige, weiträumige Stiefel aus ausgewählten Stücken des Renntierfells, die Haare nach außen. Zusammen mit dicken Haarsocken, mehreren Strümpfen und mit oder ohne Gras, durch Umwicklung mit mehrfachen breiten, weichen Bändern mit den Hosen und dem Bein fest verbunden, bilden sie eine ideale Fußbekleidung, obschon sie viel Aufmerksamkeit verlangen und keine sehr starken Strapazen aushalten. Außerdem wird diese Bekleidung etwas zu weich bei langen Fahrten mit fest angebundenen Skiern. Deshalb hat man in letzter Zeit versucht, sie durch Stiefel aus dickem Segeltuch mit festen Ledersohlen und Lederverbindungen zu ersetzen, und diese haben sich sehr gut bewährt. Man macht sie weit genug, um mehrere Strümpfe, darunter, wenn möglich, auch ein Paar Pelzstrümpfe, anziehen zu können. Sie sind leicht, bequem und verhältnismäßig billig; man kann sie leicht von Eis und Schnee rein bürsten; und sollten sie feucht werden, so lassen sie sich ohne Schwierigkeit trocknen.

Die sonstigen Ausrüstungsgegenstände eines Polarschlittenfahrers, soweit sie einen Schutz gegen die Kälte bezwecken — Zelte usw. —, dürften in dieser Verbindung weniger Interesse haben und sind wohl außerdem aus den zahlreichen Expeditionsberichten allgemein bekannt. Wichtig ist ja vor allem der Schlafsack, der leicht, stark und warm sein muß. Renntierfell eignet sich dafür als Material gut, da ein solcher Sack nicht zu leicht vereist.

Zuletzt wären noch einige Worte über die Nahrung eines Polarfahrers hinzuzufügen. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß der Menschenkörper unter derartigen Verhältnissen viel mehr Fett als sonst verlangt. Deshalb wird Pemmikan dabei stets die Hauptnahrung bilden. Pemmikan besteht in der Form, in welche die modernen Polarfahrer diese indianische Nahrung umgebildet haben, aus getrocknetem und feingepulvertem Fleisch, mit der gleichen Menge Fett zusammengeschmolzen. Allerschlimmstenfalls kann man es auch roh essen, wenn immer möglich, wird es aber zu einer Suppe oder einem dünnen Brei gekocht. Sobald sich überhaupt Feuer machen läßt, ist Pemmikan also sehr leicht und mit sehr geringem Aufwand an Brennmaterial zuzubereiten; es ist dabei außerordentlich nahrhaft und auch recht schmackhaft. Soweit sich meine Erfahrung erstreckt, wird man auch bei monatelangem täglichem Genießen dieser Suppe als Hauptnahrung ihrer nicht überdrüssig.

Endlich wäre noch die Frage zu berühren, inwieweit während eines solchen harten Lebens in großer Kälte stärkere Stimulantien vorteilhaft sind. Daß eine reichliche Menge von Schokolade oder Kaffee als Getränk für den Körper nur nützlich ist, läßt sich wohl nicht bezweifeln. Viel schwieriger ist die Beantwortung der so häufig erörterten Frage über die Benutzung des Alkohols. So viel dürfte aber jetzt sicher sein, daß jeder übermäßige Gebrauch spiritushaltiger

Digitized by Google

Getränke gerade in der Kälte schädlich und unter Umständen gar verhängnisvoll ist. So groß ist anderseits der Nutzen des Alkohols nicht, daß man nicht, wenn überhaupt das Risiko vorliegt, daß nur einer der Gesellschaft es nicht versteht, das richtige Maß einzuhalten, am besten von seiner Benutzung ganz absieht. Persönlich würde ich selbst auch sonst auf Schlittenfahrten überhaupt jeden regelmäßigen Gebrauch stark spirituöser Getränke vermeiden und verhindern: Dagegen halte ich gerade unter diesen Verhältnissen einen gelegentlichen Schnaps für Leute, die keine Aversion dagegen empfinden, aber auch zu keinem Mißbrauch verleitet werden, für sehr nützlich. Ich spreche hier nicht nur von rein medizinischem Gebrauch, denn auch, wenn man, um ein Beispiel zu geben, nach der anstrengenden und erhitzenden Arbeit des Tages in ein Bett hineinkriechen soll, dessen Temperatur vielleicht —30 Grad beträgt, kommt leicht eine Reaktion, eine Art Schock, mit Kältezitterung. Wenn diese durch einen Schnaps gebrochen werden kann, so daß man in Ruhe die allmähliche Erwärmung des Körpers abwartet, so bleibt das ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Selbstverständlich wäre auch sonst viel über die jetzt so fein entwickelte Technik der Schlittenfahrten zu sagen, aber diese kleinen Andeutungen mögen genügen, um die Möglichkeit zu einem Vergleich zu geben mit dem, was die Verteidiger des Reiches in der Strenge des Winters auf den offenen Feldern und in den Schützengräben im Osten zu ertragen haben.

Ueber „die Krise des Internationalismus“[1])

Von

Professor Lammasch

Einer der schärfsten und geistreichsten Denker Oesterreichs, dessen Name mit vollem Recht internationale Geltung besitzt, Franz Klein, hat in diesen Blättern über den Internationalismus das harte Urteil gefällt, er habe „schwer enttäuscht“; zwar sei „ihm noch keinesfalls jede Zukunft abgeschnitten“, „man darf ihn nicht schon schlechthin zu den Toten werfen“. Aber aus dem Ganzen der pessimistisch angehauchten Untersuchung geht doch hervor, daß Klein zum mindesten für die nächsten Jahrzehnte nach Beendigung des „Weltkrieges“ dieser bisher so mächtigen Geistesrichtung nur eine sehr untergeordnete Wirksamkeit im Streit mit ihren „zähen Widersachern“, „der nationalen Idee und der zunehmenden Energie des wirtschaftlichen Strebens“ zuerkennt.

Was ist Internationalismus? Klein unterscheidet staatlichen und gesellschaftlichen Internationalismus. Unter dem ersteren versteht er „die Gesamtheit der zwischen verschiedenen Staaten bestehenden Abmachungen und beiderseits

[1]) Die Krise des Internationalismus im Dezember-Heft dieser Zeitschrift.

Digitized by Google

gewollten Kongruenzen, die unter ihnen Austausch- oder Verkehrsmöglichkeiten herstellen oder befördern sollen“, unter dem letzteren „die Vereinigungen und Gemeinschaften verschiedener Art, die Arbeiten oder Werke oder bloßen Gedankenaustausch unter Mitwirkung von Angehörigen verschiedener Länder bezwecken“. Beides umfassend und tiefer in das Wesen der Sache eindringend scheint mir die Definition Murray Butlers, des Präsidenten der Columbia University,[1]) „jene Gewohnheit des Denkens, die die verschiedenen Nationen der zivilisierten Welt als einander Gleiche ansieht, die freundschaftlich zusammenwirken, um den Fortschritt der Zivilisation, Handel und Industrie, Aufklärung und Kultur über die ganze Welt zu verbreiten“.

Vielleicht könnte man das Wesen des staatlichen Internationalismus am kürzesten und schärfsten in der Formel zusammenfassen: die Ueberzeugung der Staaten, daß jeder von ihnen nur einer unter mehreren gleichberechtigten sei. Möge auch jeder sich als primus inter pares dünken, das wesentliche ist, daß er auch die andern als pares anerkennt, daß er darauf verzichtet, Verhältnisse, die unmittelbar in einen andern Staat übergreifen, völlig autonom zu regeln, wofür er dann auch von dem andern ein reziprokes Zugeständnis eintauscht. Dieser Internationalismus ist also keineswegs ein Verzicht auf Patriotismus, auf Nationalismus, vielmehr eine höhere Entwicklungsstufe desselben. Jeder Staat ist sich selbst der nächste, aber er ignoriert auch nicht die andern, sondern er berücksichtigt sie und fördert sie sogar, soweit dies mit seinen eignen dauernden Interessen vereinbar ist. Selbst im Kriege wird diese Rücksicht auf andre, neutrale oder selbst feindliche Mächte nicht völlig verleugnet. Darauf beruhen jene völkerrechtlichen Beschränkungen, die sich die Staaten in der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856, in der Petersburger Konvention von 1868, in der Genfer Konvention, im Haager Reglement für den Landkrieg, in den Deklarationen über die Stickgase und Dumdumgeschosse von 1899 sowie in einigen das Seekriegsrecht betreffenden Haager Konventionen von 1907 auferlegt haben.

Von diesen meint nun Klein: „Wer bloß auf die Außenseite sah, konnte an dem internationalen System von Regeln und Grundsätzen, zu welchen sich die Staaten für Krieg und Frieden verpflichtet hatten (und an dem Wachstum der internationalen Arbeits- und Diskussionsvereinigungen), seine helle Freude haben.“ „Wenn man den Dingen auf den Grund geht,“ so fährt er fort, „erkennt man aber bald, daß diese Freude unbegründet gewesen.“ „Sobald das Los gefallen ist und die immensen Angriffs-, Zerstörungs- und Verteidigungsenergien, die durch Jahre aufgespeichert wurden, mit einem Male entfesselt werden, dann von Normen, hinter denen keine überlegene Macht steht, erwarten, daß sie inmitten der aufschäumenden Leidenschaften befolgt werden, ist fast ein unmögliches Postulat.“

Haben wirklich die oben angeführten Normen sich als solche erwiesen, die nicht befolgt werden können und sind sie deshalb auch tatsächlich so regel-

[1]) International mind, Neuyork 1912, S. 102.

Digitized by Google

mäßig übertreten worden, daß man von einem Versagen des Internationalismus auf diesem heikelsten aller seiner Gebiete sprechen kann und muß? Klein nimmt dies zweifellos an, da er ganz allgemein von den „mißachteten Regeln des Land- und Seekriegsrechtes" spricht, die, „selbst wenn sie im künftigen Frieden wieder zu Gnaden aufgenommen und urkundlich anerkannt würden, kaum einen Wert hätten". Obwohl die meisten seiner Leser ihm in diesem Urteile beigestimmt haben werden, möchte ich dennoch dessen Richtigkeit bezweifeln. Zunächst wäre eine genauere Präzisierung des damit erhobenen Vorwurfes der praktischen Wertlosigkeit des „staatlichen Internationalismus" nach zwei Richtungen hin wünschenswert, erstens die Bezeichnung der einzelnen mißachteten Normen und zweitens die Anführung der Tatsachen, in denen diese Mißachtung zum Ausdrucke gelangt sein soll. Aber, wird man einwenden, eine solche Anführung ist ja nicht nötig; fast jeder Tag bringt uns neue Anklagen in dieser Richtung; was notorisch ist, braucht nicht bewiesen zu werden.

Gewiß, jeder Tag bringt uns neue Anklagen; aber nur Anklagen, nicht Beweise, und nicht nur uns, sondern auch unsern Gegnern. Nur hören wir von diesen Anklagen gegen uns weniger und sind wir, gewiß mit Recht, wenn sie uns zu Gehör gelangen, von vornherein überzeugt, daß die meisten von ihnen, wenn nicht geradezu alle, Verleumdungen sind. Könnte nun nicht auch dasselbe bei den Anschuldigungen gegen unsre Feinde der Fall sein? Ich bin überzeugt, daß Europas erster Prozessualist die Möglichkeit dessen nicht von sich weisen wird.

Abgesehen von einigen amtlich geprüften und durch Vermittlung neutraler Regierungen — insbesondere durch jene der Vereinigten Staaten von Amerika — der Gegenpartei übermittelten Anklagen solcher Art sind wir in unsrer Kenntnis dieser Vorfälle auf Zeitungsnachrichten beschränkt. Die Zahl der amtlich festgestellten Fälle ist, so bedauerlich diese immerhin an und für sich sind, im Verhältnis zu den Millionen der Kämpfer, zu der 1000 Kilometer übersteigenden Ausdehnung der gesamten Schlachtlinien, zu der Gluthitze der hüben und drüben entfachten Leidenschaften, zu der inferioren Zivilisation mancher der kämpfenden Truppen eine nicht sehr große. Um so größer ist die Zahl der Anklagen in den Zeitungen. Allerdings mußte ein nicht ganz geringer Teil davon bereits widerrufen werden. Aber verdient darum alles, was nicht widerrufen wurde, vollen Glauben? Sind die gemeldeten Tatsachen über geblendete und verstümmelte Gefangene und Verwundete, über Mißbrauch oder Mißachtung des Roten Kreuzes, über die Beschießung von Kirchen und historischen Bauwerken, über die Teilnahme von Zivilpersonen, von Frauen und Geistlichen am Kampf und von der Vergeltung dieser Rechtsbrüche durch Zerstörung von Ortschaften, über Plünderung von Privathäusern objektiv richtig? Für die Richtigkeit von Zeitungsmeldungen in diesem Kriege nur zwei Beispiele. Neulich hat eine amerikanische Zeitung zusammengestellt, daß nach russischen Berichten eine österreichisch-ungarische Armee, die 350 000 Mann stark war, an Toten, Verwundeten und Gefangenen 780 000 Mann verloren habe, und wie oft ist nicht in einzelnen

Digitized by Google

österreichischen Zeitungen berichtet worden, daß die serbische Armee durch Cholera, Hunger und Desertion schon völlig aufgerieben sei, und dennoch leistet sie noch immer Widerstand.

Aber auch wenn die Tatsachen, auf die die Anklagen wegen Verletzung des Völkerrechts gegründet werden, richtig sind, sind darum diese Anklagen selbst berechtigt? Sind dem Verwundeten die Augen wirklich ausgestochen worden oder hat er das Augenlicht nicht vielleicht durch einen Granatsplitter eingebüßt? Fälle, in denen die ursprünglich erhobene Beschuldigung sich in dieser Weise aufklärte, sind mir aus Wiener Spitälern bekannt. War das rote Kreuz nicht etwa unbefugt über einer Batterie aufgepflanzt? War der Kirchturm nicht vielleicht als Beobachtungsposten benutzt? Waren die Zivilpersonen nicht etwa im Stande der Notwehr? Oder war die Zerstörung der Ortschaft nicht durch die militärische Notwendigkeit oder wirklich durch unerlaubtes Eingreifen der Zivilpersonen in den Kampf gerechtfertigt? Wurde geplündert oder vielmehr rechtmäßig requiriert?[1])

Und wenn wirklich einzelne der Kämpfenden in der furchtbaren Erregung des Kampfes, der ja auch um ihr Leben geht, die eine oder die andre jener Normen, entgegen ihren Instruktionen, übertreten haben sollten, kann man deshalb sagen, daß die Staaten das Völkerrecht verletzt haben, daß das Völkerrecht versagt habe? Versagt denn das Recht des Friedens, das bürgerliche Recht und das Strafrecht, weil jahraus, jahrein Tausende von Verbrechen verübt werden? Hat nicht Artikel 3 der Konvention über das Landkriegsrecht ausdrücklich solche Verletzungen vorausgesehen, indem er die schuldtragende Kriegspartei „gegebenfalls“ zum Schadenersatz verpflichtet?

Denken wir uns die Normen des Kriegsrechtes aus dem Bewußtsein der Kriegführenden weg. Wie würde es aussehen? Wer in die Gewalt des Feindes gefallen ist, er sei Kombattant oder Nichtkombattant, würde niedergemetzelt, keine Partei würde sich mit der Sorge um Gefangene belasten; jede im Kampfe genommene Ortschaft würde geplündert und nachher niedergebrannt; auch dem ruhigen Bürger im okkupierten Gebiete würde seine Habe genommen und er würde vielleicht gezwungen, Arbeiten zu leisten gegen sein Vaterland. Statt dessen finden wir in den Ländern der beiden Kriegsparteien zusammen nicht viel weniger als eine Million Kriegsgefangener, die natürlich bewacht werden, aber eine Verpflegung wie die eignen Militärpersonen genießen; wir sehen, wie die Verwundeten des Feindes ebenso aufgelesen werden wie die eignen Verwundeten, wie sie in den Spitälern der Gegenpartei ebenso gepflegt werden wie in den ihrigen; wie Plünderung bestraft wird; wie an Stelle des Raubes das System der Requisitionen getreten ist. Freilich sind Ausschreitungen mannigfacher Art zu beklagen. Aber

---

[1]) Auch der den Lesern dieser Zeitschrift wohlbekannte ehemalige niederländische Minister des Aeußern Beaufort warnt in seiner von wahrhaft staatsmännischem Geiste getragenen Schrift „De Oorlog en het volkenrecht“, Amsterdam 1914, S. 1 und 19, vor allzugroßer Leichtgläubigkeit in bezug auf solche Anschuldigungen.

Digitized by Google

ist nicht jeder Kriegsgefangene und jede Quittung über requiriertes Gut ein beredtes Zeugnis für die Fortdauer des internationalen Geistes selbst im Kriege? Zeigt sich nicht darin, daß hinter jenen Normen doch „eine überlegene Macht" steht, wenn auch keine physische, aber die des Gewissens? Schwerer Sünden gegen das Völkerrecht haben sich unsre Kriegsgegner schuldig gemacht, und auch wir sind vielleicht nicht ganz rein von allem Fehle. Aber setzen wir unsre Zivilisation nicht noch tiefer herab, als tatsächlich geschehen ist! „Brüche des Völkerrechts sind vorgekommen; einen Zusammenbruch des Völkerrechts haben wir nicht".[1]) Insbesondere die Normen des von den Rechten der okkupierenden Kriegsmacht im okkupierten Gebiet handelnden Kapitels des Haager Reglements sind in vielen Beziehungen zweifellos nicht nach ihrem Geiste angewendet worden; inwieweit selbst Verletzungen des Buchstabens dieser Vorschriften erfolgt sind, läßt sich, wenigstens für manche Fälle, noch nicht genau feststellen.

Noch mehr Klagen fast als über Verletzungen des Landkriegsrechts finden wir in den Tagesblättern über Nichtbefolgung der Londoner Seerechtsdeklaration von 1908. Aber ist diese geltendes Recht? Freilich sagt die einleitende Bestimmung: „Die Signatarmächte sind einig in der Feststellung, daß die in den folgenden Kapiteln enthaltenen Regeln im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechts entsprechen." Aber Art. 67 sagt, „diese Erklärung soll möglichst bald ratifiziert werden", und Art. 68 setzt fort, „diese Erklärung wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung der Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen ist". Nun ist diese Deklaration aber bisher von gar keiner der Signatarmächte ratifiziert worden. Gilt sie also oder gilt sie nicht? Der berufenste Interpret, der Geheime Admiralitätsrat und Vortragende Rat im Reichsmarineamt Dr. G. Schramm, sagt klipp und klar: „Die Bestimmungen der Erklärung erlangen erst nach der Ratifikation durch die Mächte verpflichtende Kraft; die Unterzeichnung der Erklärung durch die Bevollmächtigten ... der Mächte ... ist rechtlich bedeutungslos."[2]) Wenn es sich also auch bei manchen jener Klagen nicht um Verletzungen des vertragsmäßig fixierten Völkerrechts handelt, sondern nur um eine harte, rücksichtslose und schikanöse Anwendung von Rechtssätzen, die bisher als Gewohnheitsrecht angesehen wurden, so sind trotzdem zwar die Beschwerden, insbesondere der neutralen Mächte über solches Vorgehen, nicht aber ebenso die Anklagen über ein Versagen des Völkerrechts begründet. Das Völkerrecht war nur nicht ausgebildet genug.

Als Zeugen dafür, daß der Internationalismus im Kriege zusammengebrochen sei, beruft Klein sich darauf, daß „der neue Seelord der britischen Admiralität sein taktisches Prinzip in die rauhen Worte gefaßt habe: Der Krieg verlange die brutalste Energie; Mäßigkeit und menschliches Rücksichtnehmen im Kriege seien unverzeihliche Schwächen". Im Munde Lord Fishers nehmen diese Worte

---

[1]) Niemeyer, „Echtes Völkerrecht", in dieser Zeitschrift, November 1914, S. 217.
[2]) „Das Prisenrecht in seiner neuesten Gestalt." Berlin 1913. S. 591.

Digitized by Google

mich nicht Wunder. Noch, obwohl seither fünfzehn Jahre verflossen, steht mir der damalige Sir John Fisher, unter zahlreichen Lichtgestalten, als eine der minder sympathischen Erscheinungen der ersten Haager Konferenz — neben jenem serbischen Militärdelegierten, der als der Mörder seiner Königin, die auch seine Schwägerin war, später eine so traurige Berühmtheit erlangte — lebhaft vor Augen, wenn er, allerdings außerhalb der Sitzungen, sein Urteil über die Konferenz in den Satz zusammenzufassen pflegte: „Nonsense, might is right!“ Aber Lord Fisher ist nicht Großbritannien, und die mit den seerechtlichen Problemen befaßten britischen Delegierten zur zweiten Konferenz, Sir Ernest Satow, Lord Reay und Captain Ottley, haben ebenso wie unser Admiral Haus, der Stolz unsrer Marine, der deutsche Admiral Siegel und der Franzose Arago, der Enkel des großen Astronomen, bereitwilligst an der Humanisierung des Seekriegsrechts mitgearbeitet.

Zur Begründung seines absprechenden Urteils über die Haager Konventionen führt Klein auch aus, daß „sich der öffentliche Geist seit Abschluß der Genfer Konvention (die er offenbar von jener Ablehnung ausnimmt) von Grund aus geändert hat und daß auch die Kriegsmittel ganz andre geworden sind“. In der ersten Richtung weist er auf „die steigende Virulenz und Zuspitzung der nationalen Idee und die zunehmende Energie des wirtschaftlichen Strebens wie dessen politische Infiltration“ hin. Aber hat nicht Grillparzer schon vor jener Zeit das prophetische Wort gesprochen:

„Von Humanität
Durch Nationalität
Zur Bestialität?“

Gewiß ist seither der nationale Chauvinismus noch ärger geworden, und er hat mancherorten jene Siedehitze erreicht, die in früheren Jahrhunderten nur die religiöse Intoleranz charakterisierte, und ebenso gewiß ist mit der dem Idealen abgekehrten und dem Materiellen zugewendeten Richtung der neueren Zeit auch der Kampf um wirtschaftliche Vorteile schärfer geworden. Aber diesen mächtigen Hemmungen internationaler Verständigung steht doch eine andre Macht entgegen, die mindestens im gleichen Maße in jener Zeit gewachsen ist: die fortschreitende Interdependenz der Staaten und Nationen und insbesondere das Bewußtsein dieses Aufeinanderangewiesenseins. Man vergleiche nur, wie viele Millionen Menschen mehr seither außerhalb ihres Vaterlandes ihren Erwerb finden, wie viele Milliarden an Werten mehr seither von einem Staate in den andern abströmen, wie viele Milliarden mehr die Staaten einander kreditieren oder schulden, und wie dadurch die Interessen aller miteinander verflochten sind, wie sich der Nachrichtenverkehr entwickelt hat usw. Und diese gegenseitige Penetration aller Interessen sollte wirkungslos sein? Drängt sie nicht unwiderstehlich nach wechselseitiger Anerkennung, wechselseitiger Verständigung und nach gegenseitigen Zugeständnissen? Nicht „Humanitätsdusel“, Interessengemeinschaft oder Interessenverflechtung ist die Grundlage des modernen Internationalismus, und diese Interessengemeinschaft liegt im Wesen der menschheitlichen Entwicklung begründet.

Digitized by Google

Und was soll die Aenderung der Kriegsmittel mit dem Versagen der geltenden kriegsrechtlichen Normen zu tun haben? Trotz mancher Versuche ist 1907 (leider!) über die neuen Kriegsmittel: Luftschiffe, Unterseeboote, Sperrschiffe gar keine und über die Minen nur eine äußerst verstümmelte Konvention zustande gekommen. Und auch dieser Torso hat für den gegenwärtigen Krieg keine Geltung, da eine der kriegführenden Mächte — Rußland — die Konvention nicht ratifiziert hat und sie infolgedessen, nach Art. 7, auch für die übrigen Kriegsparteien nicht verbindlich ist. Nicht über die Undurchführbarkeit, nur über die Lückenhaftigkeit dessen, was beschlossen worden, kann man also klagen. Der Internationalismus hat sich auf diesem Gebiete gewiß nicht „übernommen", sondern er hat sich hier nicht durchgesetzt. Die einzigen neuen Vereinbarungen in dieser Richtung betreffen das in der beschlossenen Gestalt rein theoretische Verbot der Stickgase sowie das von Klein gewiß nicht mißbilligte Verbot der Dumdumgeschosse. Die 1899 beschlossene Konvention, Bomben aus Luftfahrzeugen zu werfen, wurde 1907 nicht wieder in rechtsverbindlicher Weise erneuert. Leider scheinen die Mächte übereinstimmend der Ansicht zu sein, daß die Art. 28 ff. des Landkriegsreglements hierauf keine Anwendung finden, was allerdings der Anschauung der Konferenz (III, 152) nicht entspricht.

Von Kleins Beweisführung bleibt in dieser Richtung nur noch das Argument, daß die kriegsrechtlichen Normen heute nicht mehr befolgt werden können, „weil heute ungleich mehr am Spiele steht, wenn es zum Kriege kommt, als früher". Aber blicken wir ein Jahrhundert zurück. Stand in den Napoleonischen Kriegen für Oesterreich 1809, für Preußen 1806, für Rußland 1812, für Frankreich 1815 nicht ebenso alles am Spiel?

Mußte ich dem hochverdienten Autor in seinen bisher angeführten Ausführungen entgegentreten, so kann ich ihm um so rückhaltloser in andern zustimmen. Gewiß hat er recht, zu sagen, daß zur Milderung der Kriegssitten die Gesamtkultur mehr beitrage als Vertragsregeln, und daß in dieser Richtung manches, vieles versäumt und verfehlt worden ist. Soll dies nachgeholt und gutgemacht werden, so ist aber gerade dazu die Orientierung der geistigen Entwicklung nach der Seite internationaler Verständigung notwendig. Ebenso recht hat unser Autor, der gerade auf diesem Gebiet die größte praktische Erfahrung besitzt, wenn er sich mit scharfen Worten gegen „die Manie" wendet, alles zu vereinheitlichen, selbst auf Gebieten, „die wie Religion und Recht mit Natur und Gemüt eines Volkes am innigsten zusammenhängen". Aber welcher Vernünftige will das? Es mag sein, daß auf den Gebieten des Verkehrsrechtes, wie auf dem von Klein angeführten des Scheckrechtes, manche Enthusiasten zu weit gegangen sind. Aber ich wüßte nicht, wer auf dem Gebiete der Religion „Uniformierungsversuche" gemacht hätte, etwa abgesehen von dem 1893 in Chikago verunglückten „Weltparlament der Religionen". Und was die Legislation betrifft, sind wir doch — dank der historischen Schule — ebensowohl über die Zeiten hinaus, in denen Bentham von den verschiedensten Staaten aufgefordert werden konnte, für sie auf rein deduktivem Wege Gesetze zu schaffen, als über jene, in

Digitized by Google

denen man in blinder Nachahmungssucht und Experimentierlust fremde Gesetze kopierte. Mit manchen dieser Rezeptionen haben wir so schlimme Erfahrungen gemacht, daß man heute überall sorgfältig vorerst den Boden untersucht, bevor man es unternimmt, eine solche exotische Pflanze zu versetzen. Der Justizminister Dr. Klein hat dies, wie ich aus eigner Erfahrung bestätigen kann, stets aufs gewissenhafteste beobachtet. Aus derselben Erfahrung heraus muß ich aber der Wahrheit die Ehre geben und bezeugen, daß bei den internationalen Konferenzen, an denen ich die Ehre hatte, mitzuwirken, „die heutige kriegerische, damals bloß diplomatische Gruppierung“ der Mächte auf deren Abstimmung keinen bestimmenden Einfluß übte. Für die Haager Konferenzen war in kriegsrechtlichen Fragen geradezu das Zusammengehen des Deutschen Reiches mit Frankreich charakteristisch.

Daß „alles wieder gleich gut sein werde, wenn der Krieg vorüber ist“, glaube ich ebensowenig als Klein; aber wenn wir wünschen, daß „von einer Rückkehr zum isolierten Staate weder in administrativer noch wirtschaftlicher oder geistiger Richtung die Rede sein kann“, dann vereinigen wir auch unsre Kraft, um der Gefahr jener Verkümmerung, jener sordid, not splendid isolation zu begegnen, und um das Zusammenarbeiten der in Nationen und Staaten getrennten Menschheit zu gleichen Zielen und nach gleichen Methoden wieder zu ermöglichen! Vor allem muß dazu, wie Klein besonders betont, „das gottlose Sichbesserdünken und die absurde Vorstellung von Herren- und Knechtvölkern“ überwunden und jene Bündnispolitik ad hoc für die Zukunft abgeschworen werden, die den politischen Gegner durch den kulturellen Feind zu überwinden sucht, was um so leichter geschehen kann, als diejenigen, die sich ihrer schuldig gemacht haben, die Folgen davon aufs schwerste empfinden werden.

Vor den ab irato gefaßten Beschlüssen eines Boykotts der Waren der einen Kriegspartei durch die andre hege ich keine ernstliche Besorgnis. Sie mögen kurze Zeit störend wirken; auf die Dauer haben sich die egoistischen Tendenzen der beteiligten Gesellschaftskreise noch immer mächtiger erwiesen als die in momentaner Aufwallung gefaßten „patriotischen“ Entschlüsse. Deutsche Chemikalien und deutsche Instrumente werden ihren Weltmarkt behaupten, so wie die deutschen uud österreichischen Damen ihr Herz nicht dauernd der Rue de la paix verschließen werden.

Was schließlich das Wort „international“ betrifft, so ist dieses zweifellos vielfach eitel genannt worden. Es ist nichts als Spielerei — allerdings harmlose Spielerei —, von „internationalen Turner-, Radfahrer- und Schlittschuhlaufkongressen“ zu sprechen. Doch lasse man diesen Leutchen die Freude, die sie an dem hochtönenden Worte haben mögen.

Die wichtigste Aufgabe zur Wiederanknüpfung der durch den Krieg abgerissenen Beziehungen wird den Neutralen zukommen. In ihre Hand ist das Schicksal der Menschheit gelegt, soweit es von dem der einzelnen Staatsvölker unterschieden werden kann. Von ihrem Takte wird es abhängen, ob es ihnen rascher oder langsamer gelingt, die beiden Parteien zur Mitwirkung an

Digitized by Google

der Arbeit heranzuziehen, die die Neutralen zuerst vielleicht allein — aber in ihrem engeren Kreise um so intensiver — betreiben werden.

Nächst den neutralen Mächten wird insbesondere die Wissenschaft — der seriöse Teil dessen, was Klein den „gesellschaftlichen Internationalismus" nennt — zu diesem Mittleramte berufen sein. Der andern Partei aufdrängen wird sich niemand; aber niemand wird es auch hoffentlich ablehnen, der Einladung der wissenschaftlichen Kreise neutraler Mächte zu folgen, bei Verhandlungen mitzuwirken, an denen auch Vertreter der Gegenpartei beteiligt sind. Werden die Angehörigen der beiden entgegengesetzten Mächtegruppen zuerst vielleicht auch nur aneinander vorbeireden, so werden sie durch das gemeinsame Interesse an der Wissenschaft und am Wohle der Menschheit doch bald veranlaßt werden, auch miteinander zu sprechen. Und das wird auch bald bei offiziellen Konferenzen der Fall sein. Müssen doch soundso viele Verträge im Interesse aller erneuert und den veränderten Umständen angepaßt werden. Mögen auch die Diplomaten vorerst noch zugeknöpft und frostig bleiben, die technischen Delegierten werden das Eis brechen.

So hoffe ich, wird der Internationalismus aus der Krise, die er durchzumachen hat, verjüngt und neugekräftigt erstehen. Ich wenigstens sehe an ihm kein hypokratisches Gesicht.

Entgegnung

Von

Minister a. D. Dr. Fr. Klein (Wien)

Mit Schweigen dient man der Wahrheit wenig. Es ist daher sehr dankenswert, daß Hofrat Lammasch, einer der vorzüglichsten Kenner des Völkerrechts und seiner Praxis, in den voranstehenden Blättern meine Anschauungen über die Lage des Internationalismus einer Kritik unterwirft. Seiner Autorität glaube ich es schuldig zu sein, auf einige seiner Bedenken und Zweifel Rede und Antwort zu geben. Es handelt sich dabei nur um sachliches Klarstellen, nicht um Rechtbehalten.

Mein hochgeschätzter Opponent ist vor allem mit der Bestimmung des Begriffes Internationalismus nicht einverstanden, doch seine und meine Definition treffen ganz verschiedenes. Mir ist dieses Wort ein Name für die positiven zwischenstaatlichen Anstalten und Ordnungen, während Hofrat Lammasch damit ein Psychisches meint, eine Denkgewohnheit oder Ueberzeugung. Von diesem Gesichtspunkte aus werden Einrichtungen und Denkweise als identisch vorausgesetzt, während meiner Ansicht nach das Problem gerade darin liegt, ob den internationalen Einrichtungen heute wirklich noch eine kongeniale Geistesrichtung entspricht. Was Lammasch von dem wahrhaftig internationalen Geiste sagt, ist

Digitized by Google

unbestreitbar richtig. Es soll auch nicht bestritten werden, daß dieser Geist bei vielen zwischenstaatlichen Abmachungen des letzten halben Jahrhunderts lebendig mitwirkte. Wenn aber nun die zwischenstaatlichen Einrichtungen die an sie geknüpften Hoffnungen nicht erfüllen, so muß sich ein Umschwung vollzogen haben. Es hat sich eben die internationale Denkweise abgeschwächt oder sie ist verschwunden, weil man nun vielfach die andern nicht mehr als seinesgleichen ansieht und die Wahrung politischer oder ökonomischer Vorteile höher zu stellen geneigt ist als die Mission, Fortschritt, Aufklärung und Kultur über die ganze Welt zu verbreiten. Daß just dies Züge sind, die unsrer Zeit den Charakter geben, wird kaum zu leugnen sein.

Meine Ansicht, es seien während des Krieges die völkerrechtlichen Grundsätze der Kriegsführung häufig schwer verletzt worden, ist alles eher denn originell. Hofrat Lammasch erhebt jedoch die Einwendung, daß dafür Beweise fehlen. Was er über lügenhafte Berichte, einseitige und entstellte Nachrichten usw. vorbringt, ist gewiß wahr; kein halbwegs kritischer Kopf wird alle solche Meldungen sofort für bare Münze nehmen. Von den vielen Mitteilungen über Verstöße gegen die international vereinbarten Kriegsregeln ist aber doch schon genug festgestellt worden, um jene Ansicht äußern zu dürfen. Als ein Beispiel dafür, da auf einzelnes einzugehen hier nicht der Ort ist, sei auf die Abhandlung „Die Haager Friedenskonferenzen und der europäische Krieg" verwiesen, die Reichsgerichtsrat Dr. Neukamp vor kurzem veröffentlicht hat.[1]) Die juristische Ueberprüfung der wichtigsten Verletzungen der Haager Abkommen schließt der genannte Verfasser mit den Worten ab: „Das Bild, das wir im vorstehenden über die Art der gegenwärtigen Kriegsführung ... den Tatsachen entsprechend gezeichnet haben, muß jeden Menschenfreund mit wahrem Schauder erfüllen. Der Beweis, daß die Haager Friedenskonferenzen, die im Haag geschlossenen Abkommen und die dort abgegebenen Erklärungen vollständig versagt haben, dürfte auch für den begeistertsten Anhänger des Völkerrechts erbracht sein." Zwischen den Soldaten und den Staaten unterscheiden, die völkerrechtswidrigen Akte den ersteren zur Last legen, um das Völkerrecht für die Staaten unversehrt zu erhalten, geht meines Erachtens nicht an. Für die Befolgung der Kriegsregeln sind die Armeen, d. h. die in den entscheidendsten Augenblicken den Staat vertretenden Organe verantwortlich, und wenn einmal, hat in diesem Falle die Staatsgewalt alle Mittel, um ihren Willen aufzuzwingen. Daß es ohne Völkerrecht noch ärger würde, darin stimme ich Hofrat Lammasch unbedingt zu. Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche Existenz oder Notwendigkeit des Völkerrechts verneinen, sondern zu jenen, die über dessen nun offenbar gewordene Schwäche betroffen sind und weil sie ihm mehr Macht wünschen, nach den Ursachen dieser Schwäche vorurteilslos forschen und nach Mitteln suchen, um es zu stärken. Es scheint übrigens auch auf den Kriegsschauplätzen inzwischen ein wenig besser geworden zu sein, und gerade wir Deutsche werden unsrer Innerlichkeit nach die ersten sein, die es

[1]) „Zeitschrift für Völkerrecht", VIII, Heft 6, S. 557 ff.

Digitized by Google

gern und froh anerkennen werden, wenn wieder Besinnung einkehrt. Für die unzulässigen Uebergriffe der englisch-französischen Flotte im Seeverkehre sind die offiziellen Schritte, die Anfangs Januar von den Vereinigten Staaten und Holland zur Wahrung ihrer Handelsfreiheit unternommen wurden, und die gleichen Beschwerden der Schweiz, Italiens und der skandinavischen Länder hinreichender Beweis. Sie beweisen um so mehr, als wohl alle diese Staaten es vorgezogen hätten, derlei Reklamationen zu unterlassen und Erörterungen mit der englischen Regierung aus dem Wege zu gehen.

Hofrat Lammasch bezweifelt weiters die Möglichkeit, daß die geringere Wirksamkeit der Kriegsregeln mit der größeren Intensität der Kriegsmittel im Zusammenhange stehe. Doch diese Annahme stützt sich auf eine allgemeine Erscheinung, die auch für den Krieg Gültigkeit beanspruchen darf. Die Rechtsentwicklung zeigt durch die ganze Geschichte hin, besonders deutlich aber in der neueren Zeit, einen Parallelismus mit dem jeweiligen Stande der Technik. Der Eisenbahntransport hat in den verschiedensten Richtungen auf das Recht zurückgewirkt, ebenso der Uebergang zum elektrischen Betriebe und der Automobilismus. Wegen der Aenderungen in der Technik des Handels, des Geldverkehrs, der Börsenoperationen usw. ist die Rechtsbildung im Bereiche des Aktienwesens nun fast immer im Flusse, und die Kartellierungstechnik stellt der Gesetzgebung gleichfalls neue Aufgaben. Eines der lehrreichsten Beispiele dieser Wechselbeziehung ist aber die moderne Sozialpolitik; in diesem Falle waren die großen Umwälzungen in der Technik der Güterproduktion der Ausgangspunkt einer wachsenden Gruppe ganz neuer Rechtsnormen. Jede Periode der Technik und der Energien, die im Leben verwendet werden, hat so ihr Recht. Es wäre kaum zu erklären, warum dann, wenn man überhaupt Recht im Kriege für möglich hält, gerade dieses Recht von den technischen und Energieveränderungen nicht berührt werden sollte, die in ungeahntem Maße in der Kriegsführung Platz gegriffen haben und jedenfalls viel unmittelbarer für das zu regelnde menschliche Verhalten von Belang sind als in irgendeinem der vorher erwähnten Bereiche. Auf der einen Seite immer vollendetere Werkzeuge der Zerstörungskunst zu dem Zwecke erfinden, um damit dem Feinde überlegen zu sein und ihn zu vernichten, auf der andern Seite dagegen Rechtssätze und Regeln, die daran hindern sollen, diese Mittel in dem durch ihre Bestimmung geforderten Energiegrade zu benützen, das ist ein Widerspruch, über dessen Hervorbrechen überrascht zu sein, eine ideale Selbsttäuschung verrät. Es ist sehr zu empfehlen, bei etwaigen späteren Kodifizierungen von Kriegsregeln auf diese Beziehung mehr als bisher zu achten. Ebensowenig ist das heutige Völkerrecht auf das rücksichtslose Abschneiden der überseeischen Lebensmittelzufuhr behufs Schädigung der Zivilbevölkerung eingerichtet; gleichfalls eine neue Kriegstechnik, die über die geltenden Normen hinaustreibt.

Beizufügen wäre noch, daß die Kriege zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wie an elementarer Gewalt der in Bewegung gesetzten Kräfte, so auch in bezug auf ihren Einsatz mit den gegenwärtigen Kriegen nicht gut verglichen

Digitized by Google

werden können. Das politische Größenbewußtsein war damals, vielleicht von Napoleon abgesehen, nicht entfernt schon so klar wie heute. Der erobernde Nationalitätsgedanke war noch nicht geboren, die damaligen Kriege waren rein staatspolitische Unternehmungen, und die Tragweite einer Niederlage war der Jetztzeit gegenüber, man könnte sagen, eine nur lokale. Seither ist aus dem damaligen Preußen das im Welthandel stehende Deutsche Reich geworden, und deutsche Länder, die damals mit Frankreich im Bunde waren, sind ihres Volkstums bewußt geworden und bereit, ihr Letztes einzusetzen, um sich das Reich zu erhalten. Die Gegner wollen dessen Auflösung, ein Sieg Englands bedeutet die Vernichtung der deutschen Industrie und des deutschen Handels, ein Sieg Rußlands bedeutet für Mitteleuropa die Gefahr eines ungeheuren Kulturverlustes, und für Oesterreich könnte er unselige Folgen heraufbeschwören. Alle diese Momente haben die von Sieg und Niederlage beeinflußten Interessensphären außerordentlich vervielfacht, vergrößert und an Wichtigkeit gesteigert. Es ist eine ziemlich allgemeine Ansicht, daß schon seit langem im Kriege nicht für so viele Staaten gleichzeitig so viel am Spiele gestanden ist wie jetzt.

Was den Friedens-Internationalismus anlangt, so bezieht es sich vorzugsweise auf ihn, wenn in meinem Artikel über die Krise davon gesprochen wurde, daß sich der Internationalismus zum Teil übernommen habe und bei internationalen Verhandlungen schon seit geraumem die politischen Gegensätze zwischen den europäischen Ländern sich zeigten. Die Anspielung auf den Versuch, zu einer Universalreligion zu gelangen, betrifft einen im Sommer 1913 abgehaltenen Kongreß, auf dessen Tagesordnung diese Frage stand. Das Mittleramt der Wissenschaft, das Hofrat Lammasch schon einmal in dieser Revue in den Vordergrund gestellt hat (November-Heft 1914), ist zweifellos im Berufe dieser vornehmsten, abgeklärtesten und edelsten Geistesarbeit gelegen. Die Wissenschaft hat sich aber allem Anscheine nach bis nun noch nicht durchwegs zu einem von allen politischen Antipathien geläuterten Denken durchzuringen vermocht. Die namentlich in Frankreich betriebenen Ausschließungen deutscher und österreichischer Mitglieder aus Akademien, die Streitschrift der Professoren von Oxford, die jüngste Kundgebung sämtlicher französischer Universitäten, die letzte Rede des Philosophen Bergson, die Vorstellung, daß die Deutschen zum Frieden überhaupt unfähig seien, die aus den Aeußerungen so vieler französischer Schriftsteller von P. Bourget bis A. Capus herausleuchtet, das sind durchwegs schlechte Symptome für die Geistesverfassung in den höchsten intellektuellen Schichten unsrer Gegner. Die aphoristischen Gerechtigkeitsanwandlungen eines Bernard Shaw wiegen sie nicht auf. Wenn möglich noch niederdrückender war jedoch die Notiz, die vor einigen Wochen in den Zeitungen zu lesen war, daß die internationale Assoziation der Akademien der Wissenschaften sich aufgelöst habe, wobei zugleich mitgeteilt wurde, daß die Wirksamkeit dieser Assoziation in den letzten Jahren durch die Obstruktion der englischen und französischen Akademien schon sehr gelähmt war.

Digitized by Google

Die Angehörigen der kriegführenden Staaten werden sich auf neutralem Boden auch nach dem Kriege begegnen, das ist selbstverständlich. Die Tagung des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom mitten im Kriege war eine Vorprobe dafür. Aber die bloße Präsenz tut es nicht, es ist auch der gute Wille notwendig, sich zu verstehen, und die zu Einigungen erforderliche Nachgiebigkeit. Darüber etwas vorauszusagen, ist fast unmöglich. Es heißt Geduld haben. Die deutschen Gelehrtenkreise bezeigen schon ein größeres Entgegenkommen, als es sich irgendwo bei unsern Gegnern kundgegeben hat, wenn sie, statt vorgefaßt ein Nein auszusprechen, bereit sind, ihr Verhalten nach dem ihrer Berufsgenossen im feindlichen Auslande einzurichten.[1])

Diese paar Aufklärungen wollen verhindern, daß sich in den Lesern dieser Zeitschrift die Ansicht festsetze, meine Urteile und Konklusionen in dem mehrerwähnten Artikel beruhen auf irrigen oder falschen Grundlagen. Wenn Hofrat Lammasch manches in meiner Beurteilung nicht billigen kann, so mag dabei mitwirken, daß er, an der Haager Friedenskonferenz und noch mehr an der Ausübung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in hervorragender Weise beteiligt und mit ganzer Seele diesen schönen Zielen ergeben, die internationalen Ordnungen unwillkürlich vielleicht mit anderen Augen ansieht als derjenige, der sie nur nach ihren praktischen Wirkungen, sozusagen sozial-experimentell, abschätzt, wenn auch mit dem aufrichtigsten Bestreben, nichts von dem Guten zu übersehen, das sie hervorgebracht haben oder noch bringen können. Hinsichtlich der Folgerungen glaube ich mit meinem ausgezeichneten Kollegen zu meiner Freude mehr im Einklange zu sein. Bevor mir noch seine kritischen Glossen zu Gesicht gekommen waren, habe ich meine Schlußfolgerungen in einer Wiener Zeitung[2]) in einer Formulierung wiederholt, die den Auffassungen, von welchen sich Hofrat Lammasch leiten läßt, vielleicht — wenigstens hinsichtlich des Friedensverkehrs — etwas näher kommt, als es den meritorisch gleichen Aufstellungen beschieden war, mit welchen mein Artikel in dieser Revue endigte. Es sei erlaubt, diese Worte als Abschluß meiner Entgegnung anzuführen. „Der Ausblick in die Zukunft der internationalen Institutionen ist somit" — so schrieb ich am Neujahrstage — „kein allzu froher, doch auch kein verzweifelter. Was den Friedensverkehr anlangt, ist es eine gewisse Bürgschaft für eine annähernde Restitution des früheren Zustandes, daß der Krieg die maßgebenden Interessenrichtungen der Gegenwart kaum ändern wird. Sowohl die wirtschaftlichen wie die sozialen und geistigen Hauptströmungen mögen durch ihn zunächst einen etwas stärkeren politisch-nationalen Einschlag erhalten, doch die Zeit des engeren Territorialismus ist für immer vorüber, und die Zeit des expansiven Territorialismus, der, wenn man sagen darf, Weltmachtterritorien will, wie z. B.

[1]) Die österreichische geographische Gesellschaft hat sogar beschlossen, im Verhältnis zu ihren Ehren- und korrespondierenden Mitgliedern in feindlichen Staaten keinerlei Aenderung eintreten zu lassen, sofern diese nicht sich direkter Verunglimpfungen oder andrer feindseliger Handlungen außerhalb des Kriegsdienstes schuldig machen.

[2]) „Die Zeit", vom 1. Januar 1915.

Digitized by Google

der Panslawismus, ist noch nicht gekommen, wenn sie überhaupt je kommen wird. Dem nun weit über die Landesgrenzen hinausgewachsenen Wirtschaften, Spekulieren, Forschen und Kunstschaffen bleibt sonach nichts als die internationale Verkehrsfreiheit. Lebensinhalt und Lebensformen der Gegenwart können sie nicht entbehren; sie ist die moderne „Menschheitsstimmung des Humanismus". Dieser Grundzug unsrer Zeit ist ein starkes Gegengewicht gegen den politischen und wirtschaftlichen Nationalismus, der, vielen Zweigen internationaler Ordnungen und Anstalten feind, auch den Krieg veranlaßt hat."

Die patriotische Einmütigkeit des deutschen Volkes und deren Bedeutung für die Zukunft

Von

Friedrich Curtius

Als die Führer der Parteien bei der Eröffnung des Reichstags dem Kaiser die Hand reichten und die gesamte Volksvertretung alle durch die Lage geforderten Vorlagen der Regierung einstimmig annahm, da fühlten wir das plötzliche Schweigen des Parteihaders als eine beglückende Entlastung des Gemüts. Der Kampf der Parteien ist so unvermeidlich wie das Dasein der Parteien selbst. Die wirtschaftliche Entwicklung erzeugt Gegensätze der Interessen und zwingt die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft zu entschiedener und rücksichtsloser Vertretung ihrer Forderungen. Dies folgt aus der Natur des wirtschaftlichen Lebens, welches einen jeden nötigt, für sich selbst zu sorgen und sich zu diesem Zwecke mit seinesgleichen zu verbinden. Aber diese Vereinigung für gleiche Zwecke wird dem öffentlichen Frieden und der Einheit der Nation dadurch gefährlich, daß jede Klasse, jede gesellschaftliche Gruppe ihre eigne Weltanschauung und Staatsauffassung hat, infolge deren ihr politisches Programm als die Konsequenz eines sittlichen Prinzips oder einer allgemeine Geltung beanspruchenden Auffassung vom Staat erscheint. So haben wir ein besonderes politisches Dogma des Adels, des Proletariats, des Bürgertums, der katholischen Kirche. Infolgedessen bekämpft jede Partei ihre Gegner mit einem ethischen Pathos, das in den tatsächlichen Gegensätzen gar nicht begründet ist. Der unvermeidliche Parteikampf wird dadurch zum unerlaubten Parteihader, bei dem das gleiche Recht aller Staatsbürger auf politische Betätigung verleugnet und der Wettstreit gleichberechtigter Konkurrenten in einen Vernichtungskampf gegen angebliche Feinde des öffentlichen Wohls verwandelt wird. Der Gegner ist dann „staatsgefährlich", „reichsfeindlich", und jedes Mittel zu seiner Herabsetzung und Schädigung scheint erlaubt wie im Kriege. Dieser innere Krieg ist die Gefahr des modernen öffentlichen Lebens. Wir atmen er-

Digitized by Google

leichtert auf, wenn im kritischen Moment die unversehrte Einheit der Nation zutage tritt und es jedermann klar wird, daß alle Parteien an dem Bestande, der Ehre und der machtvollen Entwicklung des Staats in gleicher Weise interessiert sind.

Unabweisbar aber ist die Frage, ob zur Klarstellung dieser fundamentalen Tatsache, die doch schließlich eine Existenzfrage ist, kein andres Mittel ausreicht als der Völkerkrieg. Wenn sich dies so verhielte, so müßte man anerkennen, daß der Krieg für den Staat unentbehrlich ist und nachträglich denen recht geben, welche die dreiundvierzigjährige Friedenszeit für eine viel zu lange Pause in dem normalen Kriegszustand hielten. Friedensliebe und Patriotismus wären dann unversöhnliche Gegensätze. Eine friedliche Politik wäre nur so lange berechtigt, als die Wiederherstellung erschöpfter Kräfte und neue Rüstungen sie fordern.

Eine solche Lehre müßte, in Deutschland wenigstens, das Licht scheuen. Die unabläßige Steigerung der Rüstungen wurde vier Jahrzehnte lang immer nur als ein Mittel zur Sicherung des Friedens gefordert und ertragen. Daß der Krieg um seiner selbst willen gerechtfertigt und erstrebenswert sein könne, hat kein deutscher Staatsmann je behauptet. Die Eindrücke, unter denen wir jetzt stehen, machen eine solche Behauptung unmöglicher denn je. Wir sehen die unermeßliche Steigerung der Schrecknisse des Kriegs durch die Teilnahme der nicht zum Heere gehörenden Bevölkerung und die unvermeidliche Reaktion dagegen. Diese Verschlimmerung des Kriegs folgt daraus, daß nicht mehr die Herrscher sich bekämpfen, sondern die Völker miteinander ringen. Der Krieg ist nicht mehr ein Staatenduell von vornehm ritterlichem Charakter, sondern eine Entfesselung von Kräften, die zu wildem Wüten und schließlich zum Untergange aller Kultur führen müßte. Nach dem Ende dieses Kriegs wird die Predigt des Friedens sehr empfängliche Hörer finden, und ein noch so bedingtes Preisen des Krieges wird mit Entrüstung abgewiesen werden. Also stände es schlecht um die Sache des inneren Friedens, wenn dieser nur als eine Konsequenz des Völkerkriegs gedacht werden könnte.

Was ist aber der Grund, weshalb der Ausbruch des Kriegs den Parteihader zum Schweigen brachte? Doch wohl die Erkenntnis, daß in Wahrheit keine der Parteien, die sich im Verlaufe des Alltagslebens bekämpften, als Feind des Gemeinwesens zu betrachten ist. Denn wäre dies der Fall, so müßte man eine solche Partei als einen Bundesgenossen des feindlichen Auslands betrachten und sie zu vernichten suchen, ehe man ins Feld zieht. Besorgnisse dieser Art bestanden 1870. Gleich zu Beginn des Kriegs wurden die Häupter der welfischen Partei in Hannover festgenommen, ihr Organ unterdrückt. Im September folgte die Verhaftung des Ausschusses der sozialdemokratischen Partei und Johann Jacobys in Königsberg. Bei der Erhebung der Nation im August dieses Jahres war ein grandioser Zug des Vertrauens das Band der Gemeinschaft zwischen allen Deutschen. Allgemein war die Ueberzeugung, daß auch die radikale Partei mit voller Entschiedenheit für die Verteidigung des Vaterlandes bis zu einem ehrenvollen Frieden eintreten werde. Offenbar hatte sich also, entgegen dem

Digitized by Google

Anschein, während der langen Friedenszeit eine Entwicklung vollzogen, deren Ergebnis der Ausbruch des Kriegs offenbarte. Eine schwere Gefahr, welche erbitterte Feinde gleichmäßig trifft, kann diese wohl veranlassen, ihre Feindseligkeiten zeitweise einzustellen und zunächst einmal die gemeinsame Not abzuwehren. Aber gerade darum handelte es sich ja, ob die Bedrohung der europäischen Stellung Deutschlands von allen Parteien als eine gemeinsame Not empfunden werden würde. Es war doch denkbar, daß die radikale Opposition die führenden Kreise des eignen Landes mehr verabscheute und fürchtete als den auswärtigen Feind. Im Jahre 1870 forderte der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei nach dem Sturze des Kaiserreichs die Einstellung der Feindseligkeiten und rief die Arbeiter auf, die Fortsetzung des Kriegs mit dem Ziele der Erwerbung Elsaß-Lothringens nicht zu dulden. Gemeinsame Gegenwirkung des Proletariats aller Länder gegen den Weltkrieg war auch in den letzten Jahren sehr oft ernsthaft erörtert worden. Daß von solcher inneren Gefahr bei dem Ausbruch des Kriegs keine Spur sich zeigte, vielmehr die Schicksalsstunde das deutsche Volk einig fand, das war die Folge nicht des Kriegs, sondern des Friedens und des in langen Jahren mühsam errungenen Fortschritts der politischen Kultur Deutschlands. Darum dürfen wir hoffen, daß der Frieden nicht wieder vernichten wird, was der Ausbruch des Kriegs an das Licht gebracht hat. Darum aber ist es schon jetzt eine aktuelle Frage, wie diese innerliche Verbundenheit der Nation trotz der unvermeidlichen Spaltungen erhalten und befestigt werden kann.

Offenbar gibt es dazu keinen andern Weg als den der Gerechtigkeit. Wir können wohl eine politische Theorie verwerfen und ihre Unvereinbarkeit mit dem Bestande des Staats behaupten. Aber es kommt im Leben nicht auf Theorien an, sondern auf Menschen. Sobald hinter einer politischen Lehre ein großer Teil unsers Volks steht, haben wir diese Tatsachen zu respektieren und dürfen nicht das Verdammungsurteil über die Lehre auf die Menschen, die ihr anhängen, übertragen. Denn unsre Gegner haben dasselbe Recht auf Geltung und Betätigung wie wir, aus dem einfachen Grunde, daß sie Deutsche sind wie wir. Der Staat ist nicht wie die Kirche eine Gemeinschaft von Glaubensgenossen, der man durch freien Entschluß angehört, wo deshalb der Andersdenkende sich über Ausschließung nicht beschweren kann. Wir werden in den Staat hineingeboren und sind an ihn gebunden durch eine Tatsache der Natur. Er ist das Haus, in dem wir wohnen müssen, und dieses Haus ist nur dann menschenwürdig, wenn die Forderungen der Gemeinschaft auf das beschränkt sind, was zur Bewohnbarkeit des Gebäudes für sehr verschiedene Individuen notwendig ist. Darum ist die Freiheit, die so oft als gegensätzlich zum Staatswohl hingestellt wird, in Wahrheit dessen wesentlichste Voraussetzung. Ein gewisser schulmeisterlicher Zug erschwert dem Deutschen die Anerkennung des freien Denkens und des freien Worts. Jeder fühlt sich als den geborenen Erzieher seines Nebenmenschen und für dessen korrektes Denken und Empfinden mit verantwortlich. Zuweilen steigert sich dieser schulmeisterliche Zug durch einen mili-

Digitized by Google

taristischen Zusatz zur gewalttätigen Unduldsamkeit. Dem muß Widerstand geleistet werden. Es kommt nicht auf richtige Theorien an, sondern auf guten Willen und patriotische Gesinnung. Und diese kann nur auf dem Boden der Freiheit gedeihen.

Wo Freiheit des Denkens und des Worts als Grundgesetz des Staats über alle Anfechtung erhaben ist, da darf man auch eine gewisse Mäßigung der Meinungsäußerung, wenigstens in der öffentlichen Diskussion, fordern. Die Leidenschaftlichkeit der Rede, der den Gegner verletzende Ton kommt ja immer aus dem Gefühl, daß man diesen vernichten muß oder von ihm vernichtet werden wird. Sobald Gesetz und Sitte diese Versuchung, sich gegenseitig umzubringen, ausschließen, sobald die Verbreitung der eignen Ideen nur auf dem Wege der Ueberzeugung erstrebt wird, kann man in Presse und Parlament nicht nur Mäßigung der Worte, sondern auch eine Haltung fordern, die das Gefühl des Gegners respektiert. In dieser Kunst müssen sich wohl oder übel jetzt alle Parteien üben. Hoffentlich wird diese Uebung uns später zustatten kommen.

Zuletzt kommt doch alles darauf an, daß man nationale Einheit nicht mit Uniformität verwechselt. Es ist gewiß ein erhebender Anblick das Volk in Waffen in seiner feldgrauen Uniform und die Nichtsoldaten mit der Binde des Roten Kreuzes geschmückt. Alles von einem Gedanken erfüllt, zu einem Ziele strebend, eine grandiose Manifestation des Staatsgedankens und der Volkskraft. Aber wenn einst ein jeder zu seiner Arbeit zurückkehrt, so muß diese Uniformität verschwinden, und das Leben in Wirtschaft und Kultur wird wieder das Bild äußerster Mannigfaltigkeit bieten, starker Gegensätze, täglicher Reibungen und Kämpfe. Die nationale Einheit, die im Frieden Bestand hat, muß also Einheit in der Mannigfaltigkeit sein. Nicht nur in der Verschiedenheit der Arbeit und der Interessen, sondern auch in dem Gegensatz der Ideen und Gefühle, in Religion und Politik, Kunst und Wissen. Die innere Verbundenheit, welche in der Stunde der Entscheidung zutage trat, muß sich in der Arbeit des Alltags betätigen. In der Arbeit vor allem für den Ausbau des deutschen Staats, seine immanente Gerechtigkeit, seine wahrhaft volkstümliche Gestaltung, den Schutz der persönlichen Freiheit, die Toleranz gegen Minderheiten, für eine alles dies umfassende politische Kultur. Diese Arbeit für den inneren Frieden muß schon während des Kriegs vorbereitet werden, wenn der kommende Tag deutscher Geschichte sie vollenden soll.

Digitized by Google

Italienische Erinnerungen

Von

F. v. Wantoch-Rekowski

I

Kaiser Friedrich III. in Mailand. Eine letzte Begegnung 1886/88

Für den 1. November 1886 war mir die Ankunft Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, Höchstwelcher seine hohe Gemahlin, die in der Villa Carnarvon bei Portofino weilende Kronprinzessin, zu besuchen beabsichtigte, in Mailand angemeldet worden. Schon zu früher Morgenstunde wurde ich zum Dienst entboten und hatte das große Glück, den ganzen Tag in der Gesellschaft des verehrten und geliebten Fürsten zu verbringen.

Und wie unverändert schön und stattlich sah der Prinz, dem ich das letztemal gelegentlich der Kaiserproklamation im Schlosse zu Versailles begegnet war, in seiner hohen, männlichen, einnehmenden Erscheinung aus, eine Idealgestalt, wie ich gewohnt war, mir den großen Gotenkönig Theodorich zu denken. Der Prinz hatte die nachsichtige Güte, mich als seinen Führer in Mailand zu bestellen, doch erkannte ich sehr bald, daß er in meiner Residenz eine viel genauere Ortskenntnis besaß, als ich mir bis dahin hatte erwerben können; so wurde ich vom Führer der Geführte. Zunächst begab sich der Prinz in den herrlichen Dom, dann in die ehrwürdige Longobardenkirche S. Ambrogio und schließlich in die zierliche, von Bramante erbaute S.-Satiro-Kirche, überall in stiller Anschauung längere Zeit verweilend. Nach diesem Rundgange wurde das Mittagsmahl im Hotel eingenommen, an dem außer Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit nur der diensttuende Adjutant Graf Schlieffen teilnahm. Während der Mahlzeit lenkte der Prinz, welcher wußte, daß ich den Feldzug 1870/71 gegen Frankreich im Königsgrenadierregiment Nr. 7 mitgemacht und, als Führer der Fahne unsers Füsilierbataillons, in der Spiegelgalerie des Versailler Schlosses der Kaiserproklamation beigewohnt hatte, die Unterhaltung auf die damaligen großen Ereignisse und namentlich auch auf die Taten unsers alten berühmten Regiments. Er erinnerte sich, daß er die im Gefecht von Weißenburg zerschmetterte Fahne auf dem von uns erstürmten Gaisberg persönlich in die Hand genommen und geehrt hatte, und gedachte der dort als Helden gefallenen sowie tödlich oder schwerverwundeten Kameraden. Mehrere wußte der Prinz bei Namen zu nennen, so u. a. die Majore v. Kayßenberg und v. Unruh, die Hauptleute v. Beyer und Batsch, die Leutnants v. Loga, Scholz, Graf Carmer, Simon, v. Tschirschky, v. Maltitz, v. Lüttwitz, v. Philippsborn, v. Jordan, v. Jagwitz, v. Gersdorff. Danach sagte er, indem er mich mit seinen Adleraugen ernst und sinnend anblickte:

Digitized by Google

„Jawohl, mein lieber R., wenn es etwas Besonderes, Großes und Schwieriges zu leisten gab, dann mußte das Königsgrenadierregiment immer in der vordersten Reihe stehen. So war es auch im Jahre 1866. So war es immer und so wird es auch in Zukunft bleiben!"

Diese hohen und für mein altes Regiment ehrenvollen Worte enthielten ein Vermächtnis für die Zukunft! Ich bewahrte sie sorglich in meinem Herzen und beschloß, sie bei guter Gelegenheit meinem Regiment mitzuteilen.

Danach rief ich selbst alte Kriegserinnerungen in dem Prinzen wach, so an die von ihm in Versailles bewohnte „Villa des ombrages", die ich öfter mit zu bewachen gehabt hatte, das eine Mal gerade an dem Tage, an welchem der Staatsminister Delbrück über die Gestaltung der Verfassung des neuen Deutschen Reiches Vortrag hielt, sowie ferner an seine Begegnung mit unserm Regiment in Vaucresson vor Paris, als dieses am 19. Januar 1871 in der Schlacht am Mont Valérien vorrückte, um die von den Franzosen unter den Generalen Vinoy und Bellemare besetzte Höhe von Garches—Montretout zu stürmen, wobei ich verwundet wurde.

Im Laufe der Mahlzeit gab der Prinz dann wiederholt seiner und der Frau Kronprinzessin Vorliebe für Italien im allgemeinen und Mailand im besonderen Ausdruck. Für den Nachmittag schlug ich den Besuch des wegen seiner prachtvollen Denkmäler und schönen Anlagen berühmten Camposanto monumentale vor, auf welchem, da gerade Totensonntag war, ganz Mailand an unsern Augen vorüberzog. Mit fragender Bewunderung ruhten die Blicke der Vorüberschreitenden auf der heldenhaften Erscheinung unsers geliebten Kronprinzen, ohne indessen den in ganz Italien und besonders auch in Mailand allgemein beliebten und bewunderten hohen Herrn im schnellen Vorübergehen zu erkennen . . .

So traf auch unsre deutsche Ansiedlung in Mailand im folgenden Sommer die Kunde von der schweren Erkrankung des Prinzen wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel, und nur zu bald sollten wir uns von der drohenden Gefahr selbst überzeugen. Auf dem Wege nach San Remo, welches die behandelnden Aerzte als Winteraufenthalt anempfohlen hatten, traf Seine Königliche Hoheit im Spätherbst, von der weiten Reise ermüdet, zur Nachtruhe in Mailand ein. Zum Empfange auf den Bahnhof bestellt, fand ich die äußere Erscheinung des hohen Herrn nahezu unverändert. Freundlich wie immer ruhte der Blick seines Auges auf uns, aber kein Wort kam über seine Lippen. Aufrechten Ganges schritt er zu dem bereitgehaltenen geschlossenen Wagen, in welchem ich an seiner Seite Platz nehmen mußte. Auf der Fahrt in die Stadt standen trotz des trübseligen Wetters dichte Menschenmengen auf den Bürgersteigen, auf den Balkonen und an den Fenstern, um den Prinzen mit stillem Gruße ehrfurchtsvoll und taktvoll in ihrer Stadt willkommen zu heißen. Ernst ruhten seine Blicke auf der Volksmenge, nur als ich sagte: „Meine Mailänder würden Eure Königliche Hoheit auf Händen tragen, wenn sie dürften. Die französischen Anmaßungen

Digitized by Google

haben uns die italienischen Freunde noch viel näher gebracht," grüßte der Prinz mit schmerzlichem Lächeln zum Fenster hinaus ...

Am 7. November folgte ich einer Einladung des damaligen, mir persönlich näher bekannten Hofmarschalls Grafen Radolinski nach San Remo. Aber dort angekommen, wurde mir der trostlose Bescheid, daß der Zustand des hohen Herrn keinerlei Empfang gestatte, vielmehr eine gefährliche Operation in Frage stehe.

Auf der Rückreise nach Mailand in Genua angekommen, nahm ich Anlaß, meinen alten Chef und Freund, Generalkonsul Bamberg, der damals den altberühmten historischen Palazzo des ehemaligen Dogen Andreas Doria bewohnte, für einen Tag zu besuchen, und erhielt dort in langer schmerzlicher Aussprache die niederschmetternde, aber vorläufig noch verheimlichte Bestätigung der schrecklichen Wahrheit, daß der geliebte Prinz hoffnungslos verloren sei!

Mit dieser traurigen Kunde belastet, kehrte ich tief erschüttert nach Mailand zurück. Eine schwere Prüfung und Heimsuchung stand dem deutschen Vaterlande und dem jungen Prinzen Wilhelm, der auf dem Wege zum Vater Mailand demnächst berühren sollte, bevor: der Tod des erlöschenden greisen Heldenkaisers Wilhelm I., unter dessen weiser, langer Regierung so Großes vollbracht worden war, und der Verlust des Kronprinzen, an dessen künftige Regierung sich so viele vertrauensvolle Hoffnungen geknüpft hatten!

Wahrlich, ein tragisches Geschick! ...

Am 9. März des folgenden Jahres (1888) versetzte die Kunde von dem erfolgten Ableben unsers großen Heldenkaisers Wilhelm I. unsre deutsche Kolonie in tiefste Trauer. Ganz Mailand nahm mit herzlichen Kundgebungen an unserm Leide teil. Unzählige Leidtragende erschienen im Kaiserlichen Konsulat, um in die aufgelegten Register ihre Namen einzutragen, in erster Linie der Minister Visconti Venosta, die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, des Magistrats, der Aristokratie mit ihren altberühmten geschichtlichen Namen, die Spitzen der Geschäftswelt, einfache Leute aus dem Volk, sie alle kamen, um dem Deutschen Reiche ihre Teilnahme zu bezeigen.

Schon am 10. März berührte unser neuer Kaiser, Friedrich III., auf der Reise von San Remo nach Berlin den Bahnhof in Mailand, wo der Sonderzug eine kurze halbe Stunde Aufenthalt nahm. Obschon jede offizielle Begrüßung verboten war, wurde ich auf den Bahnhof und dort in den kaiserlichen Salonwagen befohlen, wo ich unserm teuern Kaiser noch einmal ins Auge blicken und seinen warmen Händedruck fühlen durfte! Noch einmal stand seine herrliche männliche Erscheinung vor mir, äußerlich unverändert, aber stumm, der Sprache beraubt, und mit einem dem hohen Herrn sonst fremden, tiefernsten, nach innen gerichteten Ausdruck des Auges! Wir sollten ihn niemals wiedersehen! ...

Digitized by Google

Die Neutralität Belgiens

Von

H. Wittmaack, Reichsgerichtsrat a. D.

Der Wiener Kongreß vereinigte im Jahre 1815 das Gebiet des gegenwärtigen Königreichs Belgien und dasjenige von Holland zu einem Staate unter der Herrschaft des niederländischen Königshauses. Diese Maßregel war keine glückliche. Die Belgier fühlten sich unter dem holländischen Regiment nicht wohl, und sie machten daher, angeregt durch die französische Julirevolution im Jahre 1830, ebenfalls eine Revolution, indem sie sich von der Vereinigung mit Holland lossagten. Frankreich betrachtete diesen Schritt mit Wohlwollen. Damit indessen dieser Staat von der belgischen Revolution keinen Vorteil zöge, legten sich die Großmächte Preußen, Oesterreich, England und Rußland ins Mittel. Frankreich konnte nicht ablehnen, sich den übrigen Großmächten anzuschließen. So vereinigten sich alle Großmächte zu einer Konferenz in London, die zwischen den streitenden Teilen, Holland und Belgien, zu vermitteln suchte. Nachdem ein Waffenstillstand zustande gekommen war, stellte die Konferenz in einem Protokolle vom 26./27. Juni 1831 in 18 Artikeln Friedenspräliminarien auf, die den streitenden Teilen vorgeschlagen werden sollten. Art. 9 und 10 des Protokolls bezogen sich auf die Neutralität. Es wurde bestimmt, daß Belgien für immer ein neutraler Staat sein solle, und daß die Großmächte ihm diese immerwährende Neutralität, sowie die Integrität und Unverletzlichkeit seines Gebiets garantieren. Als Gegenleistung wurde Belgien die Verpflichtung auferlegt, dieselbe Neutralität gegenüber allen andern Staaten zu beobachten und keinen Angriff auf deren innere oder äußere Ruhe zu machen. Der belgische Nationalkongreß nahm dieses Protokoll an, dagegen lehnte Holland dasselbe ab. Die Gründe für diese Ablehnung lagen nicht in den Bestimmungen über die Neutralität, sondern hauptsächlich in denjenigen über die Abgrenzung des holländischen Staatsgebiets und über die Teilung der gemeinsamen Staatsschuld. Die Ablehnung Hollands hatte neue Verwicklungen und neue weitläufige Verhandlungen zur Folge.

Der definitive Friedensvertrag zwischen den Niederlanden und Belgien kam erst am 19. April 1839 zustande. Der Art. 7 betrifft die Neutralität Belgiens. Er lautet: „La Belgique . . . formera un État indépendant et perpétuellement neutre.

Elle sera tenue d'observer cette même neutralité envers tous les autres États."

Ebenfalls am 19. April 1839 wurde zwischen den Großmächten und Belgien ein Vertrag geschlossen, wodurch die Bestimmungen des Friedensvertrages von den ersteren garantiert wurden (se trouvent ainsi placés sous la garantie de leurs dites Majestés).

Digitized by Google

Nach dem Völkerrecht verlieren Staatsverträge ihre verbindliche Kraft, wenn ein Krieg zwischen den beteiligten Staaten ausbricht. Diese Regel findet aber keine Anwendung auf Verträge, die auch für den Fall eines Krieges geschlossen sind und auch in einem solchen Falle Gültigkeit behalten sollen. Danach läßt sich nicht behaupten, daß die Verträge von 1839 durch den Ausbruch des gegenwärtigen Krieges ganz oder teilweise ihre Gültigkeit verloren haben, denn sie waren auch für einen solchen Fall geschlossen.

Die fünf Großmächte garantieren Belgien gegenüber dessen Neutralität. Die Garantie sollte namentlich auch dann zur Geltung kommen, wenn eine von den Großmächten, insbesondere Frankreich, die Neutralität Belgiens antasten sollte. Man muß daher den Garantievertrag so auffassen, daß jede Großmacht für sich allein von Belgien, im Falle dessen Neutralität angetastet werden sollte, zum Schutz aufgefordert werden konnte und dieser Aufforderung zu entsprechen hatte, ohne sich darauf berufen zu können, daß sie nur in Verbindung mit den andern Garantiemächten, also nur dann, wenn auch diese zur Unterstützung bereit seien, Hilfe zu leisten verpflichtet sei.

Es fragt sich nun, wie die Verträge von 1839 aufzufassen sind. Daß die Beantwortung dieser Frage nicht einfach ist, ergibt sich aus der großen Literatur über die Neutralität Belgiens.

Vergleicht man die Verträge von 1839 mit dem Protokoll von 1831, so fällt es sofort auf, daß die Redaktion der Bestimmungen über die Garantie der Neutralität in den beiden Urkunden erheblich voneinander abweicht. Nach dem Protokoll von 1831 garantieren die Großmächte die „neutralité perpétuelle, ainsi que l'intégrité et l'inviolabilité de son territoire". Der Friedensvertrag von 1839 enthält nur die Bestimmung, daß Belgien einen Staat „indépendant et perpétuellement neutre" bilden solle. Nur diese Bestimmung wurde von den Großmächten in deren Vertrag mit Belgien garantiert. Es ist also nicht mehr ausdrücklich l'intégrité et l'inviolabilité de son territoire garantiert. Alle diese Urkunden gingen von einer Konferenz der Großmächte in London aus. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die Abänderung der Redaktion eine rein zufällige gewesen ist. Nachdem einmal im Jahre 1831 die Fassung festgestellt war, ist es ausgeschlossen, daß hieran ohne erheblichen Grund gerüttelt worden ist, denn jeder Abänderungsvorschlag mußte weitläufige Verhandlungen herbeiführen und die Einigung verzögern.

Die Neutralität zeigt sich in zwei Beziehungen. Der neutralisierte Staat darf von keinem andern, insbesondere von keinem Staat, der die Neutralität garantiert hat, angegriffen und vernichtet oder in seinem Gebiet geschmälert werden. Das ist die „intégrité du territoire". Die Neutralität hat aber noch eine zweite Seite. Das Gebiet des neutralisierten Staates darf von keinem andern Staate benutzt, betreten werden, um einen dritten Staat anzugreifen, auch nicht, wenn der angreifende Staat die Integrität des neutralen Staats nicht antasten, das Gebiet desselben, vielleicht unter Ersatz des angerichteten Schadens, nach Beendigung der Feindseligkeiten mit dem dritten Staat wieder räumen will.

Digitized by Google

Dieses ist die inviolabilité du territoire. Wenn man nun von der Spezialisierung der Garantie, wie sie in dem Protokoll von 1831 enthalten war, Abstand genommen hat, so liegt die Annahme nahe, daß man zwar die Integrität, aber nicht die inviolabilité des belgischen Staatsgebiets hat schützen wollen.

Die Bestimmungen über die belgische Neutralität waren wesentlich gegen Frankreich gerichtet. Gegen diesen Staat bestand eine Quadrupelallianz der andern vier Großmächte. Man befürchtete, daß Frankreich den Versuch machen könnte, die ihm durch die Verträge von 1815 angewiesenen Grenzen auszudehnen, insbesondere sich das belgische Gebiet ganz oder teilweise anzueignen. Diesem Bestreben wollte man entgegentreten, und zu diesem Zwecke wurde die Neutralität Belgiens in den Verträgen erklärt. Die hierauf bezüglichen Bestimmungen sollten Frankreich beschränken, nicht aber die Quadrupelallianz in etwaigen kriegerischen Operationen gegen Frankreich behindern. Dieses ergibt sich aus einem nach dem Protokoll vom 26. Juni 1831 am 14. Dezember selbigen Jahres von der Quadrupelallianz mit dem König der Belgier geschlossenen Vertrage, dessen Inhalt später näher dargelegt werden wird. Man darf annehmen, daß dieser Vertrag für die Fassung der Verträge von 1839 bestimmend gewesen ist. Wenn die Quadrupelallianz sich vorbehalten hatte, in dem Falle eines Krieges mit Frankreich das belgische Gebiet zu kriegerischen Operationen zu benutzen, so konnte sie nicht wohl die absolute Unverletzlichkeit Belgiens zusichern und garantieren; es war daher natürlich, daß man im Jahre 1839 bei der Neutralitätserklärung aus der Garantieleistung den Ausdruck inviolabilité wegließ. Außerdem war Belgien wohl schon damals nicht imstande, bei einem Kriege zwischen den Großmächten die Unverletzlichkeit seines Gebiets wirksam zu verteidigen.

Die Verträge über die Neutralität waren, wie auch ausdrücklich erwähnt ist, gegenseitige, synallagmatische. Sie setzen eine Gegenleistung von seiten Belgiens voraus und gelten nur, soweit diese Gegenleistung erfolgt. In dem Protokoll von 1831 war in dieser Hinsicht neben der allgemeinen Bestimmung, daß Belgien auch seinerseits die Neutralität gegen die andern Staaten zu beobachten habe, noch insbesondere hinzugefügt, daß es sich jeden Angriffs auf einen andern Staat zu enthalten hätte. Diese Verpflichtung konnte Belgien erfüllen. Soweit als es sich um die Integrität des Territoriums handelte, war es zu der übernommenen Gegenleistung, auch seinerseits keinen Staat anzugreifen, imstande. Anders verhält es sich dagegen mit der zweiten Seite der Neutralität. Sollte es den andern Staaten untersagt sein, das belgische Territorium zu einem Angriff auf einen dritten Staat zu benutzen, so mußte Belgien seinerseits die Verpflichtung übernehmen, wenn ein solcher Angriff unternommen werde, den Angreifenden zurückzuweisen und den dritten Staat vor dem Angriff sicherzustellen. Es kann keinem Staat zugemutet werden, daß er ruhig zusieht, wenn ein andrer Staat einen Angriff auf ihn durch das Gebiet eines dritten Staates droht, falls nicht der dritte Staat genügende Sicherheit dafür bietet, daß dieser Angriff nicht zur Ausführung kommt. Der bedrohte Staat würde sonst genötigt sein, genügende Streitkräfte an der betreffenden Grenze bereitzuhalten für den Fall, daß der

Digitized by Google

Gegner einen Angriff durch das neutrale Gebiet trotzdem ausführen sollte. Diese Streitkräfte müßten der Armee entzogen werden, während der feindliche Staat schließlich von dem Angriff durch das neutrale Gebiet Abstand nehmen und seine Streitkräfte ungeschmälert im Kampf verwenden könnte. Ein Vertrag, wodurch die Staaten sich Belgien gegenüber verpflichtet hätten, im Falle eines Krieges den belgischen Staat auch insoweit als neutral anzuerkennen, daß ein Durchmarsch durch denselben gegen den Feind nicht stattfinden solle, wäre also wohl schon unter den damaligen Verhältnissen unwirksam gewesen, weil Belgien die entsprechende Gegenleistung nicht erfüllen konnte.

Man hat dieses auch im Jahre 1831 nicht verkannt. Das Protokoll von 1831 wurde dem belgischen Nationalkongreß vorgelegt. Bei den Verhandlungen wurden die Bestimmungen über die Neutralität von vielen Seiten beanstandet, indem man annahm, daß sie Belgien keinen ausreichenden Schutz gewähren, dagegen die belgische Regierung in ihrer auswärtigen Politik behindern könnten. Schließlich wurden die Bestimmungen angenommen. Bei den Beratungen des Kongresses äußerte der belgische Minister der auswärtigen Angelegenheiten folgendes: „Monsieur Lehon résume d'une manière heureuse l'économie générale de la neutralité belge en ces termes: Appliqué à la Belgique, ce système tend plutôt à la préserver de la convoitise des grandes puissances qu'à la restreindre dans ses droits: Si la neutralité est impuissante, comme tout autre traité, en cas de conflagration générale, elle est protectrice dans les autres cas d'invasion ou de guerre." Man ging also davon aus, daß die Neutralität einen Schutz gewähren könne gegen die convoitise des grandes puissances, aber wirkungslos sei en cas de conflagration générale. Selbstverständlich, denn Belgien war in einem solchen Falle nicht imstande, einer kriegführenden Macht eine Gewähr dafür zu bieten, daß ein Angriff auf sie durch belgisches Gebiet nicht erfolgen werde.

Für diejenigen, welche die Ansicht vertreten, daß die belgische Neutralität in dem weitesten Umfange völkerrechtlich verbürgt sei, ist die in dem Jahr 1839 erfolgte neue Redaktion der Bestimmungen des Protokolls von 1831 unbequem. Sie behaupten, daß es sich hier nur um eine redaktionelle und nicht um eine sachliche Aenderung handle, ohne jedoch hierfür irgendeinen Grund anführen zu können.

Darüber, welche Ansichten zur Zeit der Gründung des belgischen Staats bezüglich der Bestimmungen wegen der Neutralität herrschten, gibt eine geheime Klausel in dem bereits erwähnten Vertrage zwischen der Quadrupelallianz und Belgien vom 14. Dezember 1831 Auskunft. Die vier Großmächte hatten im Jahre 1815 vereinbart, daß von ihnen oder mit ihrer Hilfe in dem vereinigten Königreich der Niederlande Festungen gegen Frankreich errichtet werden sollten. Nach der Trennung Belgiens von Holland lagen diese Festungen auf belgischem Gebiet, Belgien aber war nicht imstande, sie zu unterhalten und zu besetzen. Es wurde daher in dem genannten Vertrage bestimmt, daß einige von diesen Festungen eingehen sollten. Zu dem Vertrag wurde eine geheime Klausel ver-

Digitized by Google

einbart. In dieser heißt es: „Il est également entendu qu'à l'égard de ces forteresses S. M. le roi des Belges se trouve placé dans la position où se trouvait le roi des Pays-Bas envers les quatre Cours ci-dessus nommés, sauf les obligations qu'impose à S. M. le roi des Belges et aux quatre Cours eux-mêmes, la neutralité perpétuelle de la Belgique.

En conséquence, dans le cas où, par malheur, la sûreté des forteresses, dont il est question, viendrait à être compromise, S. M. le roi des Belges concertera avec les cours d'Autriche, de la Grande Bretagne, de Prusse et de Russie toutes les mesures que réclamera la conservation de ces forteresses, toujours sous la réserve de la neutralité de la Belgique."

Der Allianzvertrag der vier Großmächte aus dem Jahre 1815 war gegen Frankreich für den Fall geschlossen, daß dieser Staat die Verträge antasten, insbesondere auch die Familie Napoleon Bonapartes in Frankreich wieder zur Regierung gelangen sollte. Für diesen Fall hatten sie ein bewaffnetes Einschreiten gegen Frankreich vereinbart. Ein Protokoll vom 15. November 1818 enthielt eine Uebereinkunft der Großmächte unter Zustimmung von Holland, wonach, wenn der casus foederis einträte, die in Holland von den Großmächten oder mit ihrer Hilfe errichteten Festungen zum Teil von englischen und zum Teil von preußischen Truppen besetzt werden sollten.

Die geheime Klausel ist etwas unklar, insofern es heißt, daß die Verpflichtungen Hollands bezüglich der Festungen auf Belgien nur übergehen sollten, sauf les obligations qu'impose la neutralité perpétuelle de la Belgique. Durch diesen allgemeinen Vorbehalt kann aber die ausdrückliche Bestimmung in bezug auf die Uebernahme der den Niederlanden auferlegten Verpflichtungen keinen Abbruch erleiden, denn sonst wäre die geheime Klausel überflüssig gewesen. Danach verpflichtet sich Belgien also, die Besetzung der Festungen zu dulden für den Fall eines Krieges zwischen den vier Großmächten und Frankreich, auch wenn seine eignen Grenzen von Frankreich nicht angegriffen würden. Eine solche Verpflichtung ist mit der absoluten Neutralität unvereinbar. Ebenso unvereinbar mit der Neutralität ist die weitere Bestimmung der geheimen Klausel, daß, wenn die Festungen gefährdet würden, der König der Belgier sich mit den vier Großmächten über die Abwehrmaßregeln verständigen solle. Eine solche Verständigung soll eintreten, nicht erst wenn Belgien angegriffen wird, sondern wenn die Sicherheit der Festungen gefährdet (compromise) ist. Es sollen also die Großmächte berechtigt sein, in Belgien einzurücken, wenn man eine drohende Haltung bei Frankreich zu bemerken glaubt. Man sieht, wie man damals die belgische Neutralität aufgefaßt hat. Sie ist gegen Frankreich gerichtet und soll aufhören, wenn zwischen den Großmächten und Frankreich Zwistigkeiten entstehen. Davon, daß, wenn eine von den andern Großmächten, insbesondere England, unter Betretung des belgischen Gebiets Frankreich angreifen sollte, die andern Großmächte verpflichtet seien, Belgien zu Hilfe zu kommen, ist nicht die Rede. In dem Kampfe der Großmächte untereinander konnten die belgischen Streitkräfte

Digitized by Google

nicht von Bedeutung sein, sie waren nicht imstande, die Neutralität zu schützen oder sonst wirksam einzugreifen.

Im Jahre 1866 legte der französische Botschafter in Berlin der preußischen Regierung den Entwurf eines Vertrages vor, nach welchem Frankreich der Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde keinen Widerstand entgegensetzen wollte; Preußen sollte sich dagegen u. a. verpflichten, wenn Frankreich eine Truppen in Belgien einrücken lassen oder diesen Staat sollte erobern wollen, gegen alle Mächte, die aus diesem Anlaß den Krieg erklären sollten, bewaffnete Hilfe zu leisten. Preußen hat damals den Vorschlag Frankreichs abgelehnt. Der Vertragsentwurf ist erst im Jahre 1870, als der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich bevorstand, veröffentlicht. Darüber, wer den Handel angefangen hat, ob Frankreich oder Preußen, sind die Angaben verschieden. Es ist aber in dem Vertragsentwurf keine Andeutung davon vorhanden, daß die Integrität Belgiens von den Großmächten garantiert sei. Ebensowenig hat Preußen, soweit bekannt, einen derartigen Einwand gegen den Vorschlag erhoben. Man hat zwar an die Möglichkeit eines kriegerischen Einschreitens der andern Großmächte gedacht, aber von einer Verpflichtung hierzu ist nicht die Rede. Der Vertrag von 1839 war allerdings von Frankreich unterzeichnet. Indessen war diese Macht durch die geheime Klausel des Vertrags von 1831 hintergangen, sie war daher an den Vertrag von 1839 nicht gebunden. Es ist deshalb erklärlich, daß sie sich im Jahre 1866 an den Vertrag von 1839 nicht kehren wollte. Preußen hatte bei dem Verfahren gegen Frankreich mitgewirkt, aber auch seine rechtliche Lage war dadurch eine andre geworden, daß die Quadrupelallianz inzwischen aufgelöst war. So mag es sich erklären, daß man sich über den Vertrag von 1839 hat hinwegsetzen zu dürfen geglaubt.

Bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1870 gab die französische Regierung gegenüber der belgischen die Erklärung ab, daß Frankreich entschlossen sei, à respecter la neutralité du territoire belge sous la condition qu'elle sera respectée par la Prusse et ses alliés. Der Norddeutsche Bund gab ebenfalls eine solche Erklärung ab. Diese Erklärungen sind mit einer Anerkennung der allgemeinen Neutralität Belgiens nicht vereinbar. Jeder Teil behielt sich vor, sich über die Neutralität hinwegzusetzen, wenn der andre Teil dieselbe nicht respektierte. Das ist unvereinbar mit dem Vertrage von 1839, wenn man denselben so auffaßt, daß jede Großmacht verpflichtet sei, der belgischen Regierung Hilfe zu leisten, wenn ihr Gebiet angetastet werde, denn solche Hilfeleistung ist etwas ganz andres, als ebenfalls das belgische Gebiet anzutasten. Ferner findet sich in den Erklärungen der unbestimmte Ausdruck respektieren (respecter). Wann der Fall vorliegt, daß die Neutralität von dem andern nicht respektiert wird, bestimmt jeder kriegführende Teil nach seinem Gutdünken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Fall schon angenommen wird, wenn man bei dem andern Teil eine drohende Haltung zu bemerken glaubt. Belgien war daher auch von den Erklärungen der beiden Großmächte nicht sonderlich erbaut, es ist ihm aber nicht gelungen, eine andre Zusicherung zu erwirken.

Digitized by Google

In Anlaß des deutsch-französischen Krieges wurden am 9. und 11. August 1870 zwei wichtige Verträge über die belgische Neutralität zwischen dem Norddeutschen Bunde und England, sowie zwischen Frankreich und England geschlossen. Der Norddeutsche Bund und Frankreich erklärten in diesen Verträgen (Art. 1), daß sie fest entschlossen seien, die Neutralität Belgiens so lange zu respektieren, als sie von der andern kriegführenden Partei respektiert werde. England erklärte dagegen, daß, wenn die Armee eines der kriegführenden Teile die erwähnte Neutralität verletzen (violer) sollte, es geneigt (disposé) sein werde, mit dem andern kriegführenden Teil unter Anwendung aller seiner Streitkräfte zu kooperieren, um die Unabhängigkeit und die Neutralität Belgiens aufrechtzuerhalten, es wolle sich aber nicht verpflichten, diese Kooperation über die Grenzen Belgiens hinaus zu erstrecken. Im Art. 2 verpflichten sich der Norddeutsche Bund und Frankreich für den Fall einer Verletzung der Neutralität Belgiens seitens des andern kriegführenden Teiles, zu dem angegebenen Zweck mit England zu kooperieren. Nach Art. 3 sollte der Vertrag die kontrahierenden Teile während der Dauer des Krieges und zwölf Monate nach dem Friedensschluß binden. Nach Ablauf dieser Frist sollten, soweit es die vertragschließenden Teile angehe, die Neutralität und die Unabhängigkeit Belgiens weiter auf dem Art. 1 des Vertrags der fünf Großmächte vom 19. April 1839 beruhen.

Wenn man diese Verträge liest, so erstaunt man darüber, daß die Verträge über die Neutralität Belgiens und die Garantie derselben überhaupt nicht erwähnt werden. Es ist darin nicht davon die Rede, daß die beiden kriegführenden Teile schon hiernach verpflichtet seien, die Neutralität Belgiens zu respektieren, und daß daher ein neuer Vertrag nicht erforderlich sei. Man hielt es vielmehr für notwendig, zur Wahrung der Neutralität Belgiens während der damaligen Feindseligkeiten neue Verträge zu schließen. Man ist davon ausgegangen und hat durch den Abschluß der Verträge anerkannt, daß die früheren Verträge nicht die Bedeutung hatten, den beiden kriegführenden Teilen eine besondere vertragsmäßige Verpflichtung zur Respektierung der belgischen Neutralität aufzuerlegen und die englische Regierung zu verpflichten, die Neutralität Belgiens zu verteidigen. Dieses erklärt sich einfach aus der damaligen Sachlage. Belgien war nicht imstande, seine Neutralität gegen einen Durchmarsch der großen deutschen und französischen Armeen zu wahren. Selbst wenn ihm im Jahre 1839 die wirksame Verteidigung seiner Neutralität nach dieser Richtung hin möglich gewesen sein sollte, so hatten sich inzwischen die Verhältnisse wesentlich geändert. Die Verträge würden also ihre Gültigkeit verloren haben nach der Regel, daß völkerrechtliche Verträge nur rebus sic stantibus verbindliche Kraft haben. So finden die Verträge von 1870 ihre natürliche Erklärung. Es ist also im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu England vertragsmäßig anerkannt, daß die Verträge von 1839, selbst wenn man ihnen nicht jede Gültigkeit absprechen will, doch nicht die Bedeutung haben, daß bei einem Konflikt unter den Großmächten, im Falle einer conflagration générale, wie es in dem belgischen Kongresse hieß, die vertragschließenden Teile verpflichtet sein sollten,

Digitized by Google

wenn das belgische Gebiet zu einem kriegerischen Angriff auf einen andern Staat benutzt würde, die belgische Neutralität mit Waffengewalt zu schützen. Diese Auffassung wird noch dadurch unterstützt, daß nach Ablauf der Zeit, für welche die Verträge von 1870 geschlossen waren, der Art. 1 des Vertrags von 1839, nicht der Art. 2 gelten soll. Der Art. 1 bestimmt, daß Holland sich verpflichte, die dem Vertrag angefügten Bestimmungen, die dem späteren Friedensvertrage entsprechen, unverzüglich in Vertragsform zu bringen. Erst in Art. 2 wird bestimmt, daß der Inhalt des Vertrags, welchen Belgien mit Holland abschließen sollte, unter die Garantie der Großmächte gestellt sein werde. Im Art. 1 ist von einer solchen Garantie nicht die Rede.

Die hier dargelegte Auffassung der Verträge von 1870 liegt auf der Hand und wird hier nicht zuerst aufgestellt. In dem im Jahre 1875 erschienenen Buche des angesehenen französischen Völkerrechtslehrers Albert Sorel, Histoire diplomatique de la Guerre franco-allemande, Bd. I, S. 224, heißt es in bezug auf diese Verträge: „Cette sorte de novation diplomatique était un premier symptôme de l'état de perturbation, où se trouvait alors l'Europe et qui ne cessa de s'aggraver pendant tout le cours de la guerre. La neutralité de la Belgique était établie par des actes solennels; ces actes avaient, en droit, conservé toute leur valeur; les belligérants avaient promis spontanément de les respecter; il fallut cependant, pour rassurer l'Angleterre que ce traité fut confirmé solennellement. C'était faire un étrange aveu de scepticisme politique et frapper, du même coup, d'une caducité anticipée, l'acte nouveau qu'on signait. S'il faut en effet renouveler les traités chaque fois que se présenteront les circonstances pour lesquelles elles ont été conclus, quelle valeur sera-t-il désormais possible de leur attribuer?“ Sorel erklärt die Verträge von 1870 für eine Novation der früheren Verträge und für frappé d'une caducité anticipée. Seine Unbefangenheit kann keinem Bedenken unterliegen. Er selbst scheint sogar die Verträge von 1839 so aufzufassen, als ob darin auch noch gegenwärtig die belgische Neutralität für den Fall eines Krieges zwischen den Großmächten wirksam garantiert sei.[1])

Sehen wir von dem vorstehenden ab und stellen wir uns auf den Standpunkt, daß die Verträge von 1839 für alle Beteiligten die Verpflichtung be-

[1]) Descamps, belgischer Senator und Professor an der Universität Löwen, hat in einem ausführlichen Buche aus dem Jahre 1902, „La neutralité de la Belgique“, die vertragsmäßige Neutralität Belgiens und deren Verbürgung durch die Großmächte in einem möglichst weiten Umfang verteidigt. Ihm paßt es nicht, daß nicht bloß in Zeitungsartikeln, sondern in dem erwähnten Werke von Sorel, das er selbst als „remarquable“ bezeichnet, die Ansicht vertreten wird, die Vereinbarungen über die Neutralität Belgiens aus dem Jahre 1839 seien durch die Verträge von 1870 beseitigt. Er meint, Sorel habe die Bedeutung der Verträge von 1870 verkannt oder sich über ihren genauen Inhalt geirrt. Dieser Einwand trifft nicht zu. Das entscheidende Moment liegt darin, daß man im Jahre 1870 neue Verträge für erforderlich gehalten hat, die ebenso überflüssig wie unerklärlich sein würden, wenn der Vertrag von 1839 zu Recht bestanden hätte. War denn Frankreich an den Vertrag von 1839, bei dem es benachteiligt war, gebunden?

Digitized by Google

gründeten, sich auch des Durchmarsches durch belgisches Gebiet zum Zwecke von kriegerischen Operationen gegen einen andern Staat zu enthalten, und daß Belgien damals imstande gewesen wäre, seine Neutralität in diesem Sinne zu verteidigen, sowie daß die Großmächte eine Garantie für die Neutralität Belgiens in einem solchen Umfange übernommen hätten, so würden doch die Verträge jetzt hinfällig geworden sein nach der Regel, daß alle Staatsverträge unter der stillschweigenden Klausel rebus sic stantibus geschlossen werden. Denn inzwischen ist eine wesentliche Veränderung der Umstände durch die ungeheuren Vermehrungen der militärischen Streitkräfte eingetreten; Belgien war jetzt jedenfalls nicht imstande, sein Gebiet gegen einen französischen Durchmarsch zu schützen, und die Quadrupelallianz der andern Großmächte gegen Frankreich war zerfallen. Deutschland war also genötigt, sich auf seine eignen Streitkräfte zu verlassen. Konnte man ihm nun zumuten, daß es innerhalb seines Gebiets an der belgischen Grenze große Armeen bereithalte, um einem französischen Angriff durch belgisches Gebiet zu begegnen, sich selbst aber jeden Eingriffs in dieses Gebiet enthalte? Sollte Deutschland das belgische Gebiet respektieren, so mußte es Sicherheit haben, daß solches auch von Frankreich geschehen werde. Diese Sicherheit konnte durch einen bloßen Vertrag nicht gewährt werden. In Kriegszeiten vor allem gilt die Regel: Salus rei publicae suprema lex. Diese Umstände drängten sich so auf, daß auch die deutsche Regierung, so peinlich sie sonst sich an die völkerrechtlichen Verträge hält, bestimmt wurde, sich über die Verträge von 1839, deren Gültigkeit sie bei Ausbruch des Krieges nicht beanstandete, hinwegzusetzen. Hiermit steht die englische Auffassung in Uebereinstimmung. Nach den in Brüssel aufgefundenen geheimen Akten hat der englische Militärattaché in Brüssel dem Chef des belgischen Generalstabes am 23. April, wahrscheinlich im Jahre 1912, erklärt, die englische Regierung würde während der letzten Ereignisse unmittelbar in Belgien eine Landung vorgenommen haben, selbst wenn Belgien keine Hilfe verlangt hätte. Auf den Einwand des belgischen Generals, daß dazu die Zustimmung der belgischen Regierung notwendig sei, entgegnete der Engländer, daß er das wisse; da Belgien aber nicht imstande sei, die Deutschen abzuhalten, durch belgisches Land zu marschieren, so würde England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet haben.

Wenn nun auch eine vertragsmäßige Garantie für die Neutralität Belgiens nicht bestand, so folgt daraus noch nicht, daß Deutschland Belgien mit Krieg überziehen durfte. Formell ist es zwar völkerrechtlich zulässig, daß ein Staat beliebig einem andern den Krieg erklärt, aber dieses formelle Recht findet in den zivilisierten Staaten eine wesentliche Beschränkung durch sittliche Rücksichten. Wie bereits oben erwähnt, war Deutschland zur Verteidigung seines Staatsgebiets genötigt, seine Truppen durch belgisches Gebiet marschieren zu lassen. Es handelte sich hierbei um eine Existenzfrage im wörtlichen Sinn, denn der Krieg wird von den Feinden Deutschlands ausgesprochenermaßen geführt, um das Deutsche Reich in seiner Existenz zu vernichten. Die Pflicht zur Selbsterhaltung zwang die deutsche Regierung zu der erwähnten Maßregel. Die

Digitized by Google

Regierung eines Staates ist verpflichtet, die Interessen desselben, wenigstens wenn sie von vitaler Bedeutung sind, mit allen Mitteln wahrzunehmen. Glauben die Personen, die an der Spitze des Staates stehen, eine solche Vertretung mit ihren sittlichen Anschauungen nicht vereinbaren zu können, so müssen sie andern Platz machen. Sie dürfen aus diesem Grunde ihre Pflichten gegen den Staat nicht verabsäumen. Man nehme den Fall, daß England imstande wäre, wenn es die holländische Neutralität verletzte, die in Belgien stehenden deutschen Truppen niederzurennen, in das deutsche Industriegebiet einzudringen und dieses Gebiet zu verwüsten. Würde irgendeine englische Regierung eine solche Gelegenheit, einen Hauptzweck des Krieges zu erreichen, verabsäumen oder verabsäumen dürfen, ohne ihre Pflichten gegen ihren Staat auf das schwerste zu verletzen? Wie man in Holland über diese Frage denkt, ergibt sich daraus, daß man es für geboten hält, sich gegen einen Neutralitätsbruch von seiten Englands zu rüsten, obgleich, wie die Verhältnisse liegen, England hierdurch jedenfalls nur einen unerheblichen Vorteil erlangen könnte.

Wenn aber eine Verletzung der Neutralität eines Staates nur durch den Notstand gerechtfertigt wird, so folgt hieraus, daß die Verletzung nicht weiter ausgedehnt werden darf, als der Notstand erfordert. Weiter darf das Gebiet des neutralen Staats von den Truppen nicht besetzt werden. Außerdem muß man den kriegführenden Staat als verpflichtet ansehen, in dem neutralen Staat allen Schaden zu ersetzen, welcher durch die kriegerischen Operationen verursacht wird. Deutschland verfährt in dieser Weise gegenüber Luxemburg und hatte sich gegenüber Belgien bereit erklärt, in diesem Staate in gleicher Weise zu verfahren, wenn dasselbe der durch die Notlage gebotenen Gebietsverletzung sich füge.

Dezember 1914.

Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850

Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell

Bearbeitet von

Martin Conrad

(Fortsetzung)

Eine diplomatische Sendung an den Zaren Nikolaus I. im November 1850

Aus den Gesprächen des Zaren Nikolaus I. mit dem preußischen Major v. Schlegell im Sommer 1850 war zu erkennen, wie der russische Kaiser trotz starken Mißfallens an der preußischen Politik der letzten Jahre doch seine alte Zuneigung zu dem Staate der Hohenzollern noch nicht verloren hatte. So war auch damals noch ziemlich unparteiisch gewesen seine Stellung zu dem durch die preußische Unionspolitik der Jahre 1849 und 1850 hervorgerufenen diplomatischen

Digitized by Google

Ringen der beiden deutschen Großmächte um die Vorherrschaft in Deutschland.[1]) Aber schon Ende August 1850 hatte Fürst Schwarzenberg den Zaren auf die österreichische Seite gebracht durch vollstes Entgegenkommen gegenüber den russischen Wünschen in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit im Gegensatze zu Preußen, dessen etwaigen Widerstand gegen die von Dänemark gewünschte Bundesexekution an Holstein der russische Kaiser Ende Oktober 1850 in Warschau[2]) sogar als Kriegsfall bezeichnete. Auch in dem kurhessischen Streitfalle, der in der Form eines bloßen Kompetenzzankes zwischen Union und Bundestag[3]) tatsächlich zur Machtprobe zwischen Preußen und Oesterreich geworden war, trat Rußland auf des letzteren Seite. Der preußische Ministerpräsident Graf Brandenburg kam also durch die Warschauer Verhandlungen zu der festen Meinung, Preußen stehe bei Fortsetzung seiner Unionspolitik vor einem aussichtslosen Kriege mit den beiden Kaisermächten,[4]) zu denen sich noch die deutschen Mittelstaaten gesellten. Diese Ueberzeugung Brandenburgs sowie die Erklärung des Kriegsministers v. Stockhausen, Preußen sei den vereinten Gegnern nicht gewachsen, führten in der Kabinettssitzung vom 2. November 1850 zur Ablehnung der vom Minister des Aeußern v. Radowitz geforderten und vom Könige selbst befürworteten Mobilmachung, für die besonders der Prinz von Preußen mit aller Kraft eingetreten war. Jetzt nahm Radowitz, der Hauptvertreter der Unionspolitik und des Königs bester Freund, seine Entlassung; sein Amt versah einstweilen der Minister des Innern v. Manteuffel, der schon seit langem im Kabinett der entschiedenste Gegner der Unionspolitik und für Verständigung mit Oesterreich war. Trotz der am 3. November nach Wien abgesandten friedlichen Depesche sah aber auch er[5]) sich gezwungen, infolge der von allen Seiten einlaufenden

---

[1]) Diese und die folgende Darstellung hauptsächlich nach Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. I und II (1889), Friedjung, Oesterreich von 1848 bis 1860, 2 Bde. (1908 und 1912), und Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution (1913).

[2]) Zusammenkunft zwischen Nikolaus I., Kaiser Franz Josef mit Fürst Schwarzenberg und dem preußischen Ministerpräsidenten Graf Brandenburg.

[3]) Oesterreich hatte den 1848 aufgelösten Bundestag 1850 wieder einberufen, Preußen erkannte ihn nicht an.

[4]) Seit Friedjungs hauptsächlich auf den österreichischen Akten beruhender Darstellung wissen wir allerdings genau, daß Rußland in Wirklichkeit nur für einen wegen Holstein etwa ausbrechenden preußisch-österreichischen Krieg dem Donaustaate seine militärische Unterstützung zugesagt hatte (Friedjung, II, S. 85). Bezüglich Hessens versprach Rußland für den Fall eines Krieges den Oesterreichern nur moralische Unterstützung, die aber immerhin wertvoll war. Brandenburgs damit feststehender Irrtum in diesem zweiten Punkte ist jedoch sehr erklärlich aus der Verheimlichung und Verschleierung, die die russische Diplomatie mit den wahren Absichten des Zarenreiches trieb, um eben Preußen auf jeden Fall vor einem Kriege mit Oesterreich zurückzuschrecken durch die angeblich stets drohende kriegerische Gegnerschaft auch Rußlands. (Genaueres über den augenblicklichen Stand dieser Frage bei Meinecke, Radowitz, S. 480 ff.)

[5]) Graf Brandenburg war durch seine plötzliche schwere Erkrankung in der Nacht vom 2. zum 3. November an der Führung der Geschäfte verhindert.

Digitized by Google

kriegerischen Nachrichten die Mobilmachung beim Könige zu beantragen;[1]) dadurch wollte die jetzt am Ruder befindliche Friedenspartei zugleich die seit dem 2. November bestehende Gereiztheit Friedrich Wilhelms mildern und der kriegerischen Stimmung sowohl der Prinzen als auch der großen Masse der Berliner Rechnung tragen.[2]) Die Verkündigung der preußischen Mobilmachung am 6. November erregte im ganzen Lande große Begeisterung, und der Ausbruch des Krieges schien unvermeidlich, zunächst da sich in Hessen die Truppen der beiden Parteien schon bedrohlich nahe gegenüberstanden. Trotz alledem erstrebte der König im Grunde immer noch eine friedliche Verständigung mit Oesterreich. Zu diesem Zwecke hoffte man aber jetzt in Preußen offenbar, nachdem man genügend Nachgiebigkeit gegen Oesterreich gezeigt zu haben glaubte, den Beistand Rußlands gewinnen zu können.[3]) In diesem Sinne schrieb Friedrich Wilhelm IV. am 6. November einen Brief an Nikolaus I.,[4]) den der gerade in Berlin weilende preußische Gesandte am Zarenhofe, v. Rochow, nach Petersburg bringen sollte. Der lehnte es aber ab, wie Abeken[5]) sagt, wegen der Mobilmachung, nach Gerlach[6]) deswegen, weil der russische Kaiser ministerielle Erklärungen und eine Garantie verlangte dafür, daß Radowitz nicht wieder Minister würde, was der König scheinbar nicht zugestehen wollte.[7]) So wurde denn der dem Zaren schon vom Sommer her gut bekannte Major v. Schlegell mit diesem eigenhändigen Brief und mündlichen Aufträgen des Königs nach Petersburg gesandt. Ueber seine Sendung hat er folgende interessante Aufzeichnungen[8]) hinterlassen:

---

[1]) Sybel, II, S. 37; v. Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministers O. Frhr. v. Manteuffel, I, S. 312; Meinecke, Radowitz, S. 501.

[2]) Leop. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, S. 552, und v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850—1858, I, S. 7 f.

[3]) Abeken (Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, 2. Aufl. 1898, S. 207) schreibt unterm 4. November: „Manteuffel sagt morgens: wir suchten jetzt hauptsächlich Rußland zu trennen; wir würden keineswegs alles aufgeben." Vgl. auch Meinecke, Radowitz, S. 499.

[4]) Teilweise abgedruckt bei Martens, Recueil des traités conclus par la Russie, VII, S. 385, nach dem in Petersburg befindlichen Originalbriefe. Das Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin, bei dem angefragt wurde, konnte das Konzept in Berlin nicht ermitteln. Meinecke, Radowitz, S. 502, erwähnt den Brief so, daß er selbst das Konzept des Briefes oder irgendeinen nicht öffentlichen Bericht darüber gelesen haben muß. Das Konzept ist also möglicherweise doch noch irgendwo vorhanden. Daß dieser von Martens und Meinecke angeführte Brief der durch Schlegell überbrachte ist, geht aus der Uebereinstimmung der gleichzeitigen mündlichen Instruktion Schlegells mit dem von jenen beiden angegebenen Briefinhalt und aus der gleichlautenden Anführung einer charakteristischen Redensart des Briefes durch Schlegell sowohl wie Meinecke hervor. Vgl. hierzu S. 225, Anm. 4.

[5]) Abeken, a. a. O., S. 208.

[6]) Gerlach, I, S. 554.

[7]) Das zeigt deutlich eine Stelle des Briefes, vgl. Meinecke, a. a. O., S. 502.

[8]) Sie befinden sich im Besitze der Frau E. v. Salisch, geborene v. Schlegell, und sind von Schlegells eigner Hand. Am Ende seiner Niederschrift steht als Datum: „Berlin, 5. Juni 1851." Zu dieser Zeit ist also zum mindesten der letzte Teil der Niederschrift erst in der uns vorliegenden Form abgefaßt worden, wahrscheinlich sogar das Ganze, da der Schriftcharakter des ganzen Stückes einen durchaus einheitlichen Eindruck macht. Dem

Digitized by Google

„7. November: Um 1/2 2 Uhr Befehl vom General v. Gerlach, nach Potsdam zu kommen, um mit Aufträgen des Königs nach Petersburg zu gehen. 3 Uhr: in Sanssouci zur Tafel. 5 Uhr: der König gibt mir in seinem Kabinett die mündliche Instruktion: Motive für die Mobilmachung — Wunsch, daß Oesterreich nun bis zur Verständigung haltmacht — Rechtfertigung von Radowitz. Schmerz über Brandenburgs Tod.[1]) Der König war sehr angegriffen. Er sagte u. a.: „Ich habe sehr gute Stabsoffiziere, aber keine Generale; man nennt mir Peucker,[2]) der eine Waffensammlung vortrefflich imstande halten würde; Dohna,[3]) den ich stets hoch stelle, hat keine Kraft in den Schenkeln mehr; Gröben[4]) ist der einzige; seine Manieren machen ihm Feinde; es sind aber nur Manieren; Radowitz versteht den großen Krieg; und wenn es zum Kriege kommt, mache ich ihn zum Generaladjutanten.[5]) — Am 2. November habe ich alles aufgeboten, um die Minister zu überzeugen, daß uns Schwarzenberg hinters Licht führt; aber sie waren unbeweglich; der gute, vortreffliche Brandenburg war in Warschau ganz kaptiviert worden von Schwarzenbergs Ehrlichkeit; Brandenburgs wegen habe ich nachgegeben. Was sollte ich tun? Das Ministerium hat das Vertrauen des Landes. Schon einmal hat es mir die Pistole auf die Brust gesetzt: ich hatte mich acht Tage gegen die Verfassung vom 5. Dezember[6]) gewehrt; endlich mußte ich unterschreiben, da sie die Alternative ihrer Entlassung stellten und es kein andres Ministerium gab. Jetzt habe ich ihnen gesagt: da sie keinen Krieg wollten, so möchten sie nun sehen, wie sie herauskämen, aber auf konstitutionellem Wege, wie ich das Beispiel gegeben hätte. Wir wollen sehen, wie dem Volk dieser Weg bis zu den äußersten Konsequenzen schmecken wird. — Niebuhr[7]) ist am 2. November von Hassenpflug gekommen, der ihm das Einrücken der Bayern[8]) und die Bregenzer Absichten[9]) mitteilte; abends

ganzen Stile nach aber könnte man, besonders im Anfang, gleichzeitige Tagebuchaufzeichnungen darin erblicken. Jedenfalls muß Schlegell solche seiner Niederschrift vom 5. Juni 1851 zugrunde gelegt haben, da sonst seine so genau ins einzelne gehenden Angaben, besonders über die Zeit (wie z. B. 3/4 9 bis 1/2 12 Uhr, 1 bis 3 Uhr, 4 Uhr usw.) einfach unmöglich wären. Diese also sicherlich bestehende Gleichzeitigkeit der ersten Aufzeichnungen mit den in ihnen geschilderten Vorgängen dürfte demnach volle Gewähr bieten für die unbedingte Glaubwürdigkeit der hier veröffentlichten Niederschrift vom Juni 1851, zumal ihren Angaben kein andrer quellenmäßiger Bericht widerspricht.

[1]) Graf Brandenburg starb am 6. November.

[2]) Ed. v. Peucker, 1848/49 Reichskriegsminister.

[3]) Graf Dohna, General der Kavallerie und kommandierender General des I. Armeekorps in Königsberg.

[4]) Graf v. d. Gröben, an der Spitze der in Kurhessen eingerückten preußischen Truppen.

[5]) Vgl. die ähnliche Aeußerung des Königs in seinem Briefe an den Zaren bei Meinecke, a. a. O., S. 502.

[6]) 1848, die oktroyierte preußische Verfassung.

[7]) Markus N., Kabinettsrat.

[8]) In Kurhessen; man wußte es übrigens schon am 1. Nov. in Berlin [Sybel, II, S. 23].

[9]) Vertrag von Bregenz 13. Oktober 1850 zwischen Oesterreich, Bayern und Württemberg gegen Preußen.

Digitized by Google

10 Uhr [ging er noch] zu Brandenburg, der darauf erkrankte."[1] ... Gerlachs Aeußerung: „Die Minister sind jetzt korrekt." 7 Uhr: nach Berlin zurück; ... Meine Meldungen: Kriegsminister nicht zu Hause; [aufs] Auswärtige Amt, um den Paß zu holen; zu Budberg[2] wegen des Visa; lebhafter Disput; sie prononcieren ihren Einfluß immer mehr; in vierzehn Tagen sei alles ausgeglichen, friedlich, wenn Manteuffel sich nur acht Tage halte. — Prittwitz[3] ungehalten, daß ich das Regiment verlasse, was mir ja selbst sehr unangenehm ist.[4] Minister Manteuffel [äußerte]: „Der Durchmarsch nach Holstein wird nicht gestattet; die Verfassung muß gehalten werden; man muß aber den Kammern keine Uebergriffe gestatten; der Siebenjährige Krieg wäre anders ausgefallen, wenn die Kaiserin Elisabeth nicht gestorben wäre; auch ist das heutige Rußland nicht so gering zu achten wie das von 1756. Nach den mündlichen Aeußerungen in Warschau

[1]) Diese Auffassung des Königs, Brandenburg sei infolge der Niebuhrschen Nachricht erkrankt, liest man auch bei Martens, a. a. O., VIII, S. 385, in dem Briefe Friedrich Wilhelms II. an den Zaren, ferner bei Friedjung, II, S. 554, und schließlich bei Leop. v. Gerlach, I, S. 552 f., der sie aber als irrig bezeichnet (vgl. S. 224 Anm. 1, und S. 228, Anm. 8). Bei einer genauen Prüfung auch der übrigen einschlägigen Quellenstellen [Leop. v. Gerlachs Denkwürdigkeiten, I, S. 549, 583, 620, und II, S. 430 ff., 438; Ludw. v. Gerlachs Aufzeichnungen, II, S. 114; Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit (2. Aufl., 1898), S. 208 f; Aus den Briefen des Grafen Prokesch-Osten, S. 175; Sybel, II, S. 23, 31 ff.; Friedjung, II, S. 91 unten, und 553 f.] muß sich diese Ansicht des Königs als unwahrscheinlich erweisen (vgl. S. 224, Anm. 1). Viel eher mit den Tatsachen vereinbar ist die Auffassung der österreichfreundlichen Gerlachpartei, die auch Prokesch mitteilt (bei Friedjung), und die in letzter Linie auf den Bericht des Ministers Manteuffel zurückgeht: Brandenburg sei erkrankt infolge der heftigen Vorwürfe, die ihm der König und der Prinz von Preußen wegen der von ihm durchgesetzten friedlichen Politik in der Kabinettssitzung vom 2. November gemacht hatten. Endlich findet sich teilweise die alte, in ihrer groben Form von Sybel mit Recht zerstörte Legende, nur in verfeinerter Auflage, bei dem sehr sachlich urteilenden Abeken, der noch am 2. November abends bei Brandenburg dienstlich zu tun hatte. Abeken meint nämlich, der nähere Grund zum Tode des Grafen Brandenburg sei die angreifende Reise nach Warschau und die furchtbare Spannung während dieser Krisis gewesen. Abekens Auffassung findet eine gewisse Stütze durch Leop. v. Gerlachs Angabe (II, S. 431): „Der arme Brandenburg war noch ganz angegriffen, wie er bei seiner Rückkunft sagte, von dem, was er dort [in Warschau von dem Zaren] hatte hören müssen." Dieser Unmut des russischen Kaisers hatte sich allerdings nicht gegen Brandenburg selbst, sondern nur gegen Radowitz gerichtet, dessen bekannte unvorsichtige Drohung Buol gegenüber den zu Brandenburg sonst sehr freundlichen Zaren völlig gegen Preußen aufgebracht und zu seinen heftigen Vorwürfen gegenüber dem Grafen hingerissen hatte. Immerhin dürfte nicht von der Hand zu weisen sein, daß diese schlimme Wendung der Dinge in Warschau den preußischen Ministerpräsidenten nach Gerlachs klarer Angabe sehr angegriffen hatte. Die alte Legende wäre damit zu einem guten Teile wieder zu Ehren gekommen. Jedenfalls ist aber ihr Kern heute doch mit Schiemann („Deutsche Rundschau", 1898/99, S. 308 bis 311) und Heinemann („Die Politik des Grafen Brandenburg", Berl. Diss. 1909) als wahr anzunehmen: Graf Brandenburg ist erkrankt und gestorben infolge der ungeheuren politischen Aufregung, die er besonders in den letzten Tagen und Wochen hatte durchmachen müssen.

[2]) Seit Oktober 1850 russischer Gesandter in Berlin.

[3]) Kommandierender General der Garde.

[4]) S. war damals Bataillonskommandeur im Kaiser-Franz-Gardegrenadierregiment.

Digitized by Google

muß das Vorgehen der Oesterreicher in der hessischen Sache allerdings, wie der König sagt, für perfide gehalten werden."[1]) — General Rochow [meinte]: „Wir werden Hessen allmählich ganz verlassen, wir werden den Durchmarsch nach Holstein gestatten usw." — Abends 11 Uhr: ... Der Brief vom König kommt an. 8. November: Morgens 4 Uhr auf den Frankfurter Bahnhof, um Graf Bernstorff[2]) noch zu sehen, der von Wien die neuesten Nachrichten bringen soll; ich habe deshalb einige Zeilen von Manteuffel als Legitimation. Er kam nicht an.[3]) 6 Uhr: Abschied zu Hause und zur Eisenbahn, und um 3/4 7 ab, über Stettin nach Woldenberg."

Von Woldenberg aus wurde die Reise am selben Tage, 8. November, gegen 4 Uhr nachmittags zu Wagen mit Kurierpferden fortgesetzt über Konitz und Elbing nach Königsberg, das am 10. November früh 2 Uhr erreicht war. Hier meldete Schlegell schriftlich dem kommandierenden General Graf Dohna, daß er ihm auf der Rückreise etwaige militärisch wichtige Beobachtungen mitteilen würde. Auf der Weiterreise war in Gumbinnen besonders deutlich zu bemerken, wie die Mobilmachung eine allgemein freudige Stimmung hervorgerufen hatte. Ueber Kowno, Wilkomir, wo Schlegell hörte, das russische Grenadierkorps

---

[1]) Diese Aeußerung M.s ist eine Stütze für Heinemanns Hypothese, a. a. O.; er schließt ähnlich wie Schiemann, a. a. O., aus den schon in Anm. 1 vorige Seite angeführten Stellen, Schwarzenberg habe in Warschau dem Grafen Brandenburg mündliche „Versprechungen" bezüglich des Einmarsches in Hessen gemacht, die er dann nicht gehalten habe. Das obenstehende Zeugnis M.s für diese Auffassung hat deshalb großen Wert, weil Manteuffel bezeugtermaßen (Gerlach, I, S. 583) noch am 3. November mit Brandenburg selbst gesprochen hat und weil er überhaupt die letzte Zeit mit Brandenburg sehr intim gewesen ist. Es ist höchst wahrscheinlich, daß ihm Brandenburg selbst von diesen „mündlichen Aeußerungen" erzählt hat. Ueber den Inhalt dieser „Versprechungen" Schwarzenbergs bleiben wir freilich auch weiterhin auf Vermutungen angewiesen, und da scheint die Hypothese Heinemanns immerhin die annehmbarste zu sein: Schwarzenberg habe danach nicht, wie Schiemann wollte, versprochen, überhaupt nicht in Hessen einzurücken [ein solches Versprechen ist nicht gut möglich nach Sybel, II, S. 17 f.; Friedjung, II, S. 85; Poschinger, Manteuffel, I, S. 287], sondern nur an Preußen bestimmte Garantien für die hessische Exekution zu geben [vgl. auch Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858, I, S. 15, und Martens, a. a. O., VIII, S. 384 f.]. Da diese nun offenbar trotz des Einrückens der Bayern unterblieben seien, so habe der König mit Recht von einer Perfidie Schwarzenbergs sprechen können. — Daß die, vorige Seite erwähnte, durch Niebuhr überbrachte Nachricht von dieser Perfidie und die angeblich daraus gewonnene Ueberzeugung von der gänzlichen Verkehrtheit seiner friedlichen Politik dem Grafen Brandenburg das Herz gebrochen habe, diese Auffassung des Königs als die richtige zu erweisen, ist aber auch Heinemann nicht gelungen, da Brandenburg bezeugtermaßen (Gerlach, I, S. 583) noch nach der Niebuhrschen Nachricht, am 3. November vormittags, von der Richtigkeit seiner friedlichen Politik völlig überzeugt war, wie schon Meinecke, Radowitz, S. 497 f., festgestellt hat. Eine spätere Aeußerung Nesselrodes zu Schlegell kann aber auch zur Ablehnung des ersten, oben als wahrscheinlich geschilderten Teils der Heinemannschen Hypothese führen, da die ihr zugrunde liegende Auffassung Brandenburgs dort als irrig bezeichnet wird (vgl. Bogen 28b, Anm. 2).

[2]) Preußischer Gesandter in Wien.

[3]) B. wurde durch plötzliche Erkrankung in Wien festgehalten (Ringhoffer, Im Kampf für Preußens Ehre; aus dem Nachlaß des Grafen Bernstorff [1906], S. 144, und Abeken, a. a. O., S. 208 und 210).

Digitized by Google

habe Befehl, sich wieder mobil zu machen,[1]) und Dünaburg gelangte er am 14. November nach Petersburg, wo er morgens 11 Uhr im preußischen Gesandtschaftshotel von Graf Münster[2]) und Graf Henckel sehr freundlich empfangen wurde.[3]) Bereits um 1 Uhr begab er sich dann nach Zarskoje Selo zum Kaiser. Hören wir, was Schlegell selbst weiter berichtet:

„Von 2½ bis 4 Uhr hatte ich die erste Unterredung mit dem Kaiser. Sehr freundlicher, ja herzlicher Empfang. Er liest mir den Brief des Königs vor (Cher Nise!).[4]) Der erste Teil des Auftrags, die Mobilmachung zu rechtfertigen, gelingt leicht; der Kaiser findet sie der äußeren Lage nach gerechtfertigt, wünscht nur, daß sie uns nach innen nicht inkommodiere und daß es nicht Gelegenheit zu Konflikten gebe. Der zweite Teil — Oesterreich möge bis nach den Konferenzen[5]) haltmachen (Cher Nise! je vous prie, commandez votre Halt! „Ich werde nie befehlen, wo ich es nicht darf, wo es nicht mein mir von Gott gegebenes Amt so verlangt. Damit würde ich meine Macht aus der Hand geben“[6]) — ist eigentlich erledigt, da Meyendorff[7]) auf eigne Hand in diesem Sinne in Wien gehandelt und der Kaiser schon den Kurier mit der

---

[1]) Vgl. Aus dem Leben Th. v. Bernhardis, II, S. 70.

[2]) Preußischer Militärbevollmächtigter in Petersburg.

[3]) Vgl. Politische Briefe Münsters an E. v. Manteuffel, in „Deutsche Revue“, Januar 1913, S. 16. Das wenig liebenswürdige Urteil des im Gegensatz zu Schlegell wohl etwas nüchternen Grafen Münster über Schlegell erscheint schon im Vergleich mit den bereits früher angeführten Aeußerungen Prinz Friedrich Karls und Roons als völlig schief und ungerechtfertigt. Vielleicht ist es auch dem Militärbevollmächtigten nicht gerade angenehm gewesen, durch das Erscheinen Schlegells für einige Zeit kaltgestellt zu werden.

[4]) Martens, a. a. O., VIII, S. 385, gibt von dem Briefe des Königs wörtlich nur die Stelle, in der Friedrich Wilhelm IV. seine von uns schon dargelegte Auffassung über die Todesursache des Grafen Brandenburg zum Ausdruck bringt. Ueber den übrigen Inhalt berichtet Martens: Le roi rappelait, non sans amertume, que toutes les concessions faites à l'Autriche jusqu'à la complète humiliation de la Prusse n'avaient été décidées que sur le conseil de l'Empereur. Le roi n'avait en raison de son sentiment de juste défiance à l'égard du Cabinet de Vienne, que parce que Sa Majesté l'Empereur l'avait voulu. Pour le moment, disait il, je ne dois compter que sur mes propres forces et c'est pourquoi j'ai signé le décret de mobilisation de toute l'armée prussienne. Meinecke, der, wie gesagt, den Brief aus einer andern Quelle kennen muß, sagt a. a. O., S. 502: „Er [der König] schrieb noch am 6. November dem Zaren, daß der edle Radowitz durch seinen freiwilligen Rücktritt den Grund eines unglückseligen Mißtrauens gegen Preußen aus dem Wege geräumt habe, und daß, wenn der Friede erhalten werde, er nicht an seine Stelle zurückkehren werde. Aber wenn der Krieg ausbräche, würde er ihn ... in seinen Kriegsrat berufen. Und sicher werde, schloß er, der Krieg ausbrechen, wenn der Zar nicht sein Halt rufe“ (vgl. S. 221, Anm. 4).

[5]) In Warschau zwischen Brandenburg und Schwarzenberg verabredet zur gemeinsamen Beratung aller deutschen Regierungen über die deutsche Verfassung.

[6]) Aus Schlegells Niederschrift geht nicht hervor, ob dies (außer dem französischen Satze) im Briefe des Königs stand, ob es Friedrich Wilhelm IV. zu Schlegell gesagt hatte oder ob es Worte des Zaren sind. Vermutlich ist es die Antwort des Zaren Schlegell gegenüber auf die Bitte seines Schwagers hin, Halt zu befehlen (nämlich den Feinden Preußens).

[7]) Peter Freiherr v. M., russischer Gesandter in Wien.

Digitized by Google

Approbation abgeschickt hatte. Der dritte Teil — Radowitz zu rechtfertigen — wird gar nicht von mir versucht, nachdem der Kaiser bei den betreffenden Stellen des Briefes, die dick unterstrichen waren, die Achseln zuckt. Ich nenne die Opfer, die der König gebracht, um gutes Einverständnis zu erhalten — Holstein und die Union aufgegeben, Hessen fallen lassen —, und bitte nun den Kaiser, davon zu abstrahieren, ob der König sich in Radowitz getäuscht, und nur in Betracht zu ziehen, daß der König auch ihn (den General Radowitz) hat fallen lassen, und daß dies für sein Herz das größte Opfer war. Der Kaiser nennt hierauf die früheren Freunde: Schön,[1]) Bunsen[2]) und den lahmen Arnim.[3]) Des Kaisers Stimmung gegen den König ist nicht zu mildern. Er hält ihn für verrückt, sonst würden ihn seine Briefe heftiger machen. Der Kaiser berechnete sich, wie stark wir wären, und es sah die Absicht durch, uns so gering wie möglich zu taxieren und die Landwehr zu unterschätzen. Ich gab zu, daß wir nahe an 100000 Mann in den Festungen brauchten, daß wir aber das zweite Aufgebot einberufen hätten, das erste schon jetzt beisammen sei und der Geist überall vortrefflich wäre.

Die Ansicht des Königs und auch Manteuffels, daß man nach Schwarzenbergs mündlichen Aeußerungen in Warschau jetzt ein Vorgehen in der hessischen Sache nicht hätte erwarten können und es daher für perfide halten müßte, wollte der Kaiser nicht gelten lassen;[4]) er meinte vielmehr, es sei von uns perfide, daß wir in Hessen eingerückt wären, während wir in Warschau unterhandelt hätten.[5]) Doch machte er auch die Aeußerung: „Ich kenne Schwarzenberg seit fünfundzwanzig Jahren; ich lasse mir alles schriftlich von ihm geben; warum habt ihr es nicht auch so gemacht?" Der Kaiser war übrigens der Ansicht, daß man mit der Räumung von Hessen unsrer Armee wegen vorsichtig sein müsse; er würde das nicht übereilen. Ich erwähnte auch Gerlachs Aeußerung, der Kaiser möge uns alle gegen Frankreich führen, worauf jedoch nicht eingegangen wurde. Im allgemeinen stützte ich mich wieder darauf, daß wir 1815 in eine zu schlimme Lage gekommen wären. — Ich wurde auf Sonntag[6]) früh wieder nach Zarsko bestellt. Abends von 8 bis 11 Uhr mit Münster und Henckel geplaudert. Münster ist sehr in Rochows Auffassung.

---

[1]) Staatsminister Heinr. Th. v. Schön, ehemals Oberpräsident von Preußen.

[2]) Preußischer Gesandter in London, liberal und deutschnational.

[3]) Heinr. Alex. Freiherr v. Arnim, deutschnational, veranlaßte als Minister des Aeußern den Umritt des Königs in den deutschen Farben (20. März 1848).

[4]) Vgl. hierzu S. 227, Anm. 7, und S. 228, Anm. 8.

[5]) 17. Oktober kam Brandenburg in Warschau an, wo Zar Nikolaus schon war. 22. Oktober erhielt Gröben Befehl, die preußischen Etappenstraßen in Kurhessen mit dem dazwischen liegenden Land zu besetzen, um womöglich die Bundestruppen mit Gewalt abzuwehren. 24. Oktober. Die Preußen rücken in Hessen ein. 25. Oktober. Ankunft von Kaiser Franz Josef und Schwarzenberg in Warschau. 26. Oktober. Beschluß des Bundestages, die Bayern in Hessen einrücken zu lassen.

[6]) 17. November.

Digitized by Google

15. November: Morgens Brief an den König und General Gerlach geschrieben.[1]) Von 1/2 2 bis 4 Uhr Visiten gefahren; ich fand nur Lieven, bei dem ich eine Stunde war und der für uns ganz der Alte ist. Er detestiert nie österreichische Politik und verachtet die Bayern. Er teilt alle Besorgnisse für die Zukunft und für das Entsetzliche, was eine zweite Revolution haben würde. Er sagte mir auch, daß Brandenburg seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei, daß der Kaiser es gefühlt habe;[2]) und obgleich er es nie geäußert, so wisse er doch, daß der Kaiser es eingesehen habe, daß es ein Fehler war, daß Radowitz nicht gekommen sei, und daß er ihn vielleicht hätte holen lassen, wenn es nicht zu spät gewesen wäre.

Mit Münster und Henckel zu Hause gegessen und nachher von 1/2 9 bis 1/2 10 bei Graf Orloff.[3]) Er spricht Französisch, ich Deutsch und Französisch. Er ist mit der Mobilmachung so einverstanden, daß er sich zu unsrer Ehre darüber freut und selbst dazu geraten hätte, wenn er im Konseil des Königs gesessen hätte. Die drohende Sprache von Radowitz hätte viel verdorben, und dabei hätte man nicht gerüstet; die andern hätten gerüstet und nicht gedroht. Oesterreich sei in schlimmerer Lage als wir; es sei abhängig von den kleinen Königreichen, in deren Arme es sich geworfen,[4]) nachdem wir den Fehler gemacht hätten, das Anerbieten von Schwarzenberg, was er im Juni 1849 in Warschau gemacht, selbst nach Berlin zu kommen, nicht angenommen hätten.[5]) Jetzt würden die Oesterreicher schwer zurück können: „Ils sont trop engagés par les articles de Bregenz!“ Feste Mitteilung, daß der Bundestag von Rußland anerkannt sei.[6]) Ich nannte es: très malheureux! Bei Holstein wird Orloff heftig: wir würden Krieg mit ihnen, und einen sehr populären für Rußland haben, wenn wir Holstein unterstützten. Er freut sich, als ich ihm beweise, daß die Artikel der „Times“, als täten wir es heimlich, eine Verleumdung sind. Ich suchte noch aus den Verträgen von 1815 und unsrer daraus folgenden geographischen Lage das Gefährliche unsrer Situation darzustellen. Graf Orloff gab das alles zu, meinte aber, es käme dann wohl darauf hinaus, daß wir uns vergrößern wollten. Ich bestritt das und nahm dafür das Wort „konsolidieren“.

16. November: Von 11 bis 1/2 1 Uhr bei der Großfürstin Helene,[7]) eine der angenehmsten und lebendigsten Unterhaltungen, deren ich mich entsinne. Die

---

[1]) Auf eine Anfrage an das Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin wurde festgestellt, daß sich der Brief an Gerlach unter den dortigen Akten befindet. Schlegells gleichzeitiger Brief an den König dagegen konnte von der Verwaltung des genannten Archivs weder bei sich noch beim Kgl. Hausarchiv ermittelt werden (vgl. dazu das Nachwort).

[2]) Vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, S. 628.

[3]) General, 1844 bis 1856 Chef der Geheimpolizei; Vertrauter des Zaren, gleich diesem voll Haß gegen alles Moderne und Liberale.

[4]) Vertrag von Bregenz, 13. Oktober 1850.

[5]) Vgl. Friedjung, II, S. 12.

[6]) 13. November durch Fürst Gortschakow in Frankfurt (Sybel, II, S. 42).

[7]) Geborene Prinzessin Charlotte von Württemberg, 1807 bis 1873, vermählt 1824 mit dem 1849 verstorbenen Großfürsten Michael, Bruder Nikolaus' I.

Digitized by Google

Großfürstin versteht uns vollkommen und sieht deutlich die Gefahren der Zukunft, die aus der jetzigen Politik entstehen können.[1]) Sie war sehr betreten über die Nachricht, die ich ihr brachte, daß der Bundestag anerkannt sei, und meinte, ich solle auf das Gemüt des Kaisers zu wirken suchen, das würde das einzige Mittel sein, ihn nicht ganz vom König abwendig zu machen. Sie sagte auch, daß die dynastischen Verwandtschaften der Konsolidierung Deutschlands so hinderlich wären. Namentlich schreibe die Großherzogin von Weimar[2]) fast alle Woche, daß ihre Souveränität einmal von Preußen, einmal von Oesterreich bedroht sei."

Am selben Tage sah Schlegell bei Professor Krüger ein Oelbild vom Großfürsten Konstantin,[3]) der dazu neben einem russischen wohl einen österreichischen Orden angelegt hatte, trotz aller Bitten Krügers bezeichnenderweise aber nicht den Pour le mérite, angeblich, weil der Orden sich mit dem obersten Knebel des Dolmans nicht arrangieren lasse. — Ein weiterer Besuch wurde dem General Berg[4]) abgestattet. Es heißt darüber:

„Seine Lage unsrer Frage gegenüber ist verschoben: seiner innersten Meinung nach, wie alle deutschen Generale, mehr auf preußischer Seite, ist er durch seine Stellung, wie er sie im ungarischen Feldzuge eingenommen,[5]) durch seine Opposition gegen Paskiewitsch[6]) auf die österreichische Seite gedrängt. Der Krieg war ihm deshalb ein sehr unangenehmer Gedanke; er wies mit der ihm eignen Lebhaftigkeit alle meine Gründe für unsre Sache zurück, ohne sie eigentlich zu widerlegen, immer wieder zu dem Satz zurückkehrend: „Ihr müßt euch nicht mehr schreiben; ihr müßt miteinander sprechen; dann werdet ihr euch gleich verständigen!" Uebrigens war auch er über die Nachricht, daß Rußland den Bundestag anerkannt habe, erschreckt.

Von $^3/_4$4 bis $^1/_4$5 bei Graf Nesselrode.[7]) Ich erzähle ihm, was ich dem Kaiser amtlich zu berichten hatte. Er behandelt besonders das Thema vom Mißtrauen, und wie ungerechtfertigt das unsre sei; namentlich habe Schwarzenberg niemals in Warschau gesagt, daß er mit den Operationen in Hessen einhalten wolle. Ich sagte, was mir der König und Manteuffel in dieser Beziehung aufgetragen. Nesselrode gab das nicht zu und bezeichnete eine Stelle aus dem Briefe des Königs (den er also gelesen) geradezu als Irrtum.[8]) — Er ließ sich unterbrechen und bestellte mich Sonntag 2 Uhr wieder zu sich in Zarskoje Selo.

[1]) Vgl. Bailleu-Schuster, Aus dem literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta, I, S. 423, Anm., und Bernhardi, II, S. 71.

[2]) Maria Paulowna, Schwester Nikolaus' I.

[3]) Bruder des Zaren.

[4]) Vgl. über ihn Gerlach, I, S. 671.

[5]) Berg war militärischer Begleiter des österreichischen Kaisers Franz Josef (siehe „Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis, II, S. 47).

[6]) An der Spitze der russischen Armee in Ungarn 1849.

[7]) Russischer Staatskanzler.

[8]) Vgl. S. 224, Anmerkung 1. Wenn N. hier, wie vorher schon der Zar selber (vgl. S. 225) erklärt, Schwarzenberg habe ja gar nicht versprochen, die Exekution in Hessen einzustellen, so ist schon früher gesagt worden, daß Schw. so etwas allerdings kaum versprochen haben kann. Wenn aber der König und Manteuffel die Auffassung hatten,

Digitized by Google

Abends zum Tee kam Leutnant v. Erkert, mit dem ich lange allein war, und der mir mitteilte, mit welcher gespannten Aufmerksamkeit die deutsche Bevölkerung von Petersburg es verfolgte, ob denn der König in allen Stücken nachgeben werde;[1]) die Achtung vor Preußen schwinde dadurch immer mehr und werde zur Verachtung werden, wenn man den Durchmarsch der Oesterreicher durch Preußen nach Holstein gestatte. Die Russen wären alle mit der Politik, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen, nicht einverstanden; sie wollten die großen Kräfte, die die Armee kostet, auf das Innere verwendet wissen. Der Haß gegen Oesterreich sei noch ebenso lebendig wie im Sommer.[2])

(Schluß folgt)

Krieg und Kolonien

Von einem alten Afrikaner

Fuimus Troes — Kolonialmacht sind wir gewesen! So hart und schmerzlich dies in deutschen Ohren klingen mag, tatsächlich und zurzeit jedenfalls — darüber muß man sich klar sein — verhält es sich so, wenn wir auch das Innere unsrer größeren afrikanischen Schutzgebiete teilweise noch mit Truppen besetzt halten und noch bis zu einem gewissen Grade Herren im Lande sind, zumal in Südwestafrika, wo uns die Wüste als beste Bundesgenossin zur Seite steht. Daß diese Tatsache nur eine vorübergehende sein wird, daß auch in Afrika da und dort mit Erfolg und sicherlich überall mit demselben Heldenmut gekämpft wird wie in der Heimat, und daß die Fortsetzung des obigen klassischen Zitats auf Deutschland keinerlei Anwendung findet, ist immerhin ein erhebendes und trostreiches Gefühl, ändert aber nichts an der augenblicklichen rauhen Wirklichkeit.

Schwarzenberg habe in Warschau mündlich Garantien für das Einrücken versprochen, so beruhte diese Auffassung auf dem Bericht Brandenburgs, der ja auch wirklich offenbar nicht erwartet hat, daß Schw. doch das Einrücken befehlen würde so ohne weiteres (Gerlach, I, S. 552). Wenn nun der Zar und Nesselrode mit ihrer Ablehnung dieser Brandenburgschen Auffassung wirklich recht haben sollten, wenn Schwarzenberg also in Wirklichkeit gar keine „Versprechungen", auch nicht im Sinne Heinemanns, in Warschau gemacht haben sollte, dann muß sich Schwarzenberg zum mindesten so zweideutig und unklar ausgedrückt haben, sei es nun absichtlich oder nicht, daß Brandenburg ihn völlig mißverstanden haben muß, wie er sich selbst ausdrückte. Wenn also, die Richtigkeit der Nesselrodeschen Auffassung gegenüber derjenigen Brandenburgs vorausgesetzt, damit die Hypothese Heinemanns zusammenfällt, zumal sich H. durch Sybel, II, S. 18 auf Nesselrode stützt, so darf man nicht mehr von einem Wortbruch Schwarzenbergs reden. Bestehen bleibt dann aber die Tatsache eines höchst merkwürdigen, folgenschweren Mißverständnisses, das einer absichtlichen Täuschung Brandenburgs durch Schwarzenberg verzweifelt ähnlich sieht.

[1]) Vgl. Bernhardi, II, S. 70 ff.

[2]) Vgl. Gerlach, I, S. 625.

Digitized by Google

Und diese ist nicht etwa die Folge vorhergegangener unglücklicher kriegerischer Ereignisse und schwerer Niederlagen, sondern die plötzliche, sozusagen automatische Wirkung der bloßen englischen Kriegserklärung. An dem Tag, wo diese erfolgte, war auch schon — das konnte sich jedermann sagen — das Los unsrer meisten Kolonien so gut wie besiegelt.

Daß wir Tsingtau dank seiner heldenmütigen Verteidigung noch einige Wochen halten konnten, steht damit nicht im Widerspruch, denn darüber war man sich von Anfang an klar, daß dort nicht um den Besitz, sondern nur um die Ehre gekämpft wurde.

Ohne jede Befestigung — von dem einen Tsingtau abgesehen —, ohne jede oder doch ohne genügende Truppenmacht, ohne geschützte Häfen, ohne Kriegsschiffe, ohne Minen, Kanonen und sonstiges Kriegsmaterial, ohne Zufuhr und ohne jede Verbindung mit dem Mutterlande waren die deutschen Kolonien von Anfang an beinahe wehrlos jedem feindlichen Angriff preisgegeben, und nicht nur von der Heimat, sondern überhaupt von der ganzen übrigen Welt vollständig abgeschnitten.

War dieser Zusammenbruch unvermeidlich? Gab es kein Mittel, der Gefahr vorzubeugen, die doch jeder, der Augen hatte, mit Sicherheit vorhersehen mußte? War es Leichtsinn, Ahnungslosigkeit, Unterschätzung oder Verkennung der Gefahr, oder war es eitel Vertrauensseligkeit des deutschen Michels, der als „reiner Tor" den englischen Vetter eines solchen Verrats an der angelsächsischen Rasse für gänzlich unfähig hielt, dieweil er all die schönen Redensarten von der Gemeinsamkeit der Kulturinteressen und des Blutes, das dicker als Wasser sein sollte, und wie sie sonst noch alle heißen mochten, bisher für bare Münze genommen hatte?

Wer die verblüffende Wirkung miterlebt hat, welche die englische Kriegserklärung in allen Kreisen Deutschlands bei hoch und niedrig — bei hoch vielleicht noch mehr als bei niedrig — hervorgerufen, wird über die Beantwortung dieser Fragen kaum im Zweifel sein.

Ob und inwieweit diese weitgehende Vertrauensseligkeit sich rechtfertigen, entschuldigen oder doch erklären läßt, dem soll hier nicht weiter nachgegangen, auch gegen niemand ein Vorwurf erhoben oder ein Sündenbock für die Gesamtheit gesucht werden. Denn im Grunde genommen waren wir allesamt Sünder und mußten es vielleicht sein, denn ohne diesen Optimismus und ohne dieses Gottvertrauen wäre das zarte Pflänzchen deutscher Kolonialpolitik vielleicht schon im Keime erstickt und somit wohl überhaupt niemals lebensfähig geworden.

Wenn es dafür aber auch eine Entschuldigung in der Vergangenheit gegeben haben mag, von nun ab, nachdem die Gefühle und Absichten der lieben Vettern in ihrer ganzen Brutalität enthüllt sind, kann es in dieser Beziehung für uns keine Illusionen mehr geben, sondern sich nur noch darum handeln, aus den Erlebnissen und Erfahrungen der Vergangenheit die nötigen Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Digitized by Google

Dazu gehört erstens einmal die Erkenntnis, daß das Dogma, wonach das, was während des Krieges draußen in den Kolonien vorgehe, von untergeordneter Bedeutung sei, weil, wie uns die Zeitungen täglich predigen, deren Los nicht dort draußen, sondern auf den europäischen Schlachtfeldern entschieden werde, wo nicht eine ganze Irrlehre, so doch zum mindesten nur eine halbe Wahrheit ist. Solange es sich bloß um Frankreich und Rußland handelte, die nicht wie England die Meere beherrschen, konnte man sich mit diesem Troste ja allenfalls abfinden, so wie die Dinge heute liegen, wird er sich bald als hinfällig erweisen. Oder wird etwa Japan, selbst wenn unsre übrigen Feinde am Boden liegen, sich von uns in Europa den Frieden diktieren lassen, und werden wir selbst noch Lust haben, den in Europa glücklich beendigten Krieg in Ostasien fortzusetzen oder von neuem zu beginnen? Wird es so leicht sein, England aus den von ihm besetzten deutschen Schutzgebieten ohne irgendwelche Gegenleistung wieder zu verdrängen und unser trotz aller europäischen Siege draußen schwer geschädigtes Ansehen bei wilden und halbwilden Völkern, die mehr wie je unter englischem Einfluß stehen, wiederherzustellen? Läßt sich leugnen, daß die ganze in den letzten vierzig Jahren von uns geleistete koloniale Arbeit zum größten Teil vergeblich gewesen sein wird und damit von neuem einsetzen muß? Soll, wenn uns die im gegenwärtigen Kriege gemachten Erfahrungen nicht zur Lehre dienen, nach abermals vierzig Jahren die Sisyphusarbeit wieder von vorn beginnen? Wer diese Fragen verneint, kann und darf sich dann aber auch nicht der weiteren Erkenntnis entziehen, daß unsre ganze koloniale und im Zusammenhang damit auch unsre Flottenpolitik — wenigstens soweit dabei unsre Auslandsflotte in Betracht kommt — diesen neuesten Erfahrungen wohl oder übel angepaßt werden muß. Unsre Flotte war niemals als Angriffsflotte gedacht; die ihr programmmäßig gestellte Aufgabe war, erstens die deutsche Küste und zweitens den überseeischen deutschen Handel und unsre Kolonien zu schützen. Daß sie den zweiten Teil dieser Aufgabe nicht erfüllen konnte, haben wir schaudernd miterlebt und erleben es noch heute. Alle Hochachtung vor unsern Kreuzern draußen, vor S. M. S. „Emden" und Genossen; sie haben dem Feinde verhältnismäßig viel Schaden und uns viel Ehre gebracht, aber gerade wie dies bei Tsingtau der Fall war, auch ihr Urteil war doch schon im voraus gesprochen. Ueber alle Meere zerstreut und an Zahl viel zu schwach, um irgendwo einen entscheidenden Schlag führen zu können, müssen unsre Kreuzer vom ersten Tage der englischen Kriegserklärung an schutz- und heimatlos — dem fliegenden Holländer gleich — durch die Meere irren, sich notdürftig durch einen kühnen Kaperkrieg flott erhaltend, nirgends einen Ruhe- oder Stützpunkt findend, um die erschöpfte Munition zu erneuern, die überanstrengten Kessel zu reinigen oder erlittene Schäden auszubessern, also früher oder später zu gänzlicher Untätigkeit verdammt oder einem unvermeidlichen Untergang entgegengehend.

Wenn somit der nächste Krieg — und daß ein solcher früher oder später kommen *muß*, können nur *diejenigen* bezweifeln, die mit einer völligen Niederwerfung Englands schon in *diesem* Kriege rechnen — unsre Kolonien nicht

Digitized by Google

wieder in demselben Zustande völliger Wehrlosigkeit finden soll, eine Aussicht, die auf das Kapital keine große Anziehungskraft ausüben dürfte — so bleibt kein andres Mittel als Vermehrung zum mindesten unsrer Auslandschiffe, Wehrhaftmachung unsrer Kolonien durch Hafenanlagen und Befestigungen zum eignen Schutze sowie zum Schutze unsrer Marine und endlich Errichtung von Flotten- und Kohlenstationen an sonstigen geeigneten überseeischen Punkten, wie sie ja schon den meisten, auch den bescheidensten, Seemächten zu Gebote stehen.

Wenn sich das deutsche Volk zu diesem Opfer nicht aufschwingen kann, wird es besser tun, künftig auf Kolonialpolitik und Seegeltung lieber ganz zu verzichten, denn ohne solche Garantien wird, wie der gegenwärtige Krieg zur Genüge beweist, jede koloniale Arbeit nur Arbeit für den König von England oder den Mikado sein.

Schwere pekuniäre Opfer werden zur Erfüllung dieser Aufgaben wieder erforderlich sein; eines der Mittel, diese Opfer wenigstens einigermaßen herabzumindern und in den Grenzen der Erschwinglichkeit zu halten, könnte vielleicht darin gefunden werden, daß an die Stelle der bisherigen kolonialen Zersplitterung eine größere Konzentrierung treten, mit andern Worten, daß die ostasiatischen Schutzgebiete oder wenigstens ein Teil davon gänzlich aufgegeben und statt dessen die Bildung eines großen Kolonialreichs angestrebt würde, dessen Verwaltung und wirtschaftliche Entwicklung und vor allem dessen Wehrhaftmachung und Verteidigung gegenüber dem jetzigen Zustand eine wesentliche Vereinfachung und Verbilligung, und zumal wenn sich Portugal auch noch zu unsern Feinden gesellen sollte, wohl auch eine leichtere Verbindung mit dem Mutterlande (Madeira, Kapverdischen Inseln) ermöglichen würde. Daß dieses neue Kolonialreich im großen Stile nicht erst entdeckt zu werden brauchte, sondern in seinen Ansätzen schon vorhanden ist, dazu genügt, ohne Namen zu nennen, ein Blick auf die afrikanische Karte. Den hier angedeuteten Gedanken weiter auszuführen, mag in Anbetracht, daß die Bären, deren Felle verteilt werden, heute noch nicht ganz erlegt sind, als verfrüht erscheinen und deshalb späterer, geeigneterer Zeit vorbehalten bleiben; aber auch diejenigen, welche in diesem Zukunftsprogramm vielleicht ein Zugeständnis der Schwäche und einen Akt der Resignation und Selbstbeschränkung erblicken wollen, werden doch hinwiederum zugeben müssen, daß damit dem deutschen Volke eine Aufgabe gestellt wäre, deren Bewältigung die Kräfte von Generationen vollauf in Anspruch nehmen würde und uns für manche zu Grabe getragene koloniale Hoffnung entschädigen könnte.

Ob für die Verwaltung der Kolonien selbst und die zu befolgende Eingeborenenpolitik sich aus den Erfahrungen dieses Krieges nicht auch noch manche nützliche Lehre wird ziehen lassen, darüber wird erst gesprochen werden können, wenn die Vorgänge, die sich während des Krieges und unmittelbar vorher in einzelnen Kolonien abgespielt haben, näher untersucht und bekannt geworden sind. Die Rolle, welche das edle Dualavolk in Kamerun hierbei gespielt haben soll — eine Rolle, die übrigens keinen Kenner dieses Gaunerpacks überraschen konnte —,

Digitized by Google

dürfte vielleicht nachträglich auch der Regierung und dem Reichstage die Augen öffnen und einige Zweifel über die Zweckmäßigkeit der diesen schwarzen Patrioten gegenüber bisher befolgten Politik der Milde und Großmut aufsteigen lassen.

Die Verwundungen des Weltkrieges

Von

Prof. Dr. Goebel (Breslau), zurzeit im Felde

Die Kriegschirurgie unterscheidet Verwundungen durch Infanterie- und Artilleriegeschoß, durch sog. blanke Waffen (Säbel, Bajonett, Dolch usw.) und durch indirekte Geschosse, d. h. durch von der Kugel fortbewegte Steine, Holzsplitter, Gegenstände am Körper des Verletzten, wie Taschenmesser, Uhren, Feldstecher, Knöpfe usw. Diese Einteilung ist für alle modernen Kriege maßgebend. Und doch haben die Verwundungen jedes Krieges ihre Besonderheiten. Das hängt in erster Linie von der Art des Infanteriegewehrprojektils ab, das bekanntlich bei den verschiedenen Heeren stark differiert hat und noch differiert. Zweitens von der Art des Kampfes, d. h. ob Nah- oder Fernkampf, ob mehr Infanterie- oder Artilleriegefechte, ferner von der Beschaffenheit des Grund und Bodens, auf dem der Kampf stattfindet usw.

Die Unterschiede in der Art der Verwundungen sind also qualitative und quantitative, insofern in einem Gefecht resp. Kriege die schweren oder leichten Verletzungen, die Verletzungen mehr oder weniger wichtiger Organe und endlich, wie gesagt, einmal die Infanterie-, einmal die Artillerieprojektilwunden, letztere als qualitativ schwerer, überwiegen. Das Seegefecht, das wir hier im allgemeinen nicht berücksichtigen, zeichnet sich durch fast ausschließliche Granatverletzungen und solche durch indirekte Geschosse, wie Holz- und Eisensplitter, aus.

Im Weltkrieg 1914 verwenden wir Deutsche das sog. S-Geschoß, ein Spitzgeschoß, dessen Mantel aus nickel-kupferplattiertem Flußeisenblech und dessen Kern aus Weichblei besteht. Es ist ein sog. Vollmantelgeschoß, im Gegensatz zum französischen Vollgeschoß, der sog. Bal-D, das durch und durch aus Kupfer besteht. Dieses Geschoß ist länger und größer an Kaliber als das deutsche. Beide Geschosse haben die Eigentümlichkeit, daß ihr Schwerpunkt mehr hinten nach der Basis zu liegt, so daß sie sich beim Auftreffen am Hindernisse sehr leicht überstürzen, zum sog. Querschläger werden und nun größere und gefährlichere Wunden reißen, als wenn sie in gerader Richtung, d. h. in ihrer Längsachse, durch die Körperteile gehen. Das französische Geschoß ist infolge seiner größeren Länge und Schwere gefährlicher, auch wird gerade dies Geschoß sehr leicht „deformiert", d. h. an der Spitze mehr oder weniger umgebogen, offenbar weil das Kupfer infolge der Erhitzung weich wird und viel eher eine andre Gestalt annimmt als der harte Nickelmantel des deutschen Geschosses. Ueber

Digitized by Google

das russische Geschoß vermag ich aus eigner Anschauung nichts zu sagen. Das belgische ist ein sog. ogivales, wie das vorletzte deutsche Projektil, d. h. ein zylindrisches, vorne stumpf abgerundetes Nickelvollmantelgeschoß. Das englische dagegen zeigt in seiner Konstruktion die ganze Tücke und Hinterlist Albions. Es ist ein Nickelvollmantelgeschoß mit Bleikern, das aber vorne eine Spitze von Aluminium trägt. Dieses Geschoß wird beim Aufschlagen sicher oft seiner weicheren Spitze beraubt, dadurch wird der innere Bleikern frei, das Blei staucht sich beim Aufschlagen und zerreißt den härteren, aber sehr dünnen Nickelmantel, so daß dieser breit auseinandergeht und große, zerfetzte Wunden schlägt. Insofern ist das englische Geschoß in seiner Wirkung den berüchtigten Dumdumgeschossen gleich. Ob alle Engländer mit diesen Geschossen ausgerüstet sind, entzieht sich meiner Kenntnis, jedenfalls hatten aber die wenigen englischen Geschosse, die ich sah, stets die beschriebene Konstruktion. Ueber die Dumdumgeschosse wurde in letzter Zeit in deutschen Zeitungen so viel geschrieben, daß ich hier nur erwähnen will, daß ich persönlich nicht an die allgemeine Anwendung dieser Geschosse glaube. Zunächst läßt sich das französische Projektil als Vollgeschoß gar nicht in ein Dumdumgeschoß umwandeln. Die französischen sog. Dumdumgeschosse, von denen ich eine Anzahl in Montmédy sah, sind aus dem früheren französischen ogivalen Nickelvollmantelgeschoß, das mit Bleikern versehen war, hergestellt. Ich möchte mich fast der Ansicht kompetenterer Beobachter anschließen, daß dieselben als Exerzierpatronen verwandt werden sollten und zur Vermeidung stärkeren Durchschlagens in der Weise der Dumdumgeschosse deformiert waren. Nichtsdestoweniger sind sicher Dumdumgeschosse angewandt. Einwandfrei läßt sich das durch Röntgenbilder nachweisen. Aber ich muß persönlich sagen: Solange die schauderhaften Granatverletzungen durch völkerrechtliche Abmachungen nicht vermieden werden können, so lange spielen vereinzelte Dumdumgeschoßverletzungen eine geringere Rolle (vom medizinischen Standpunkt), wenn auch ihre Anwendung zur Charakteristik unsrer „gentlemanliken“ Gegner nicht genug gebrandmarkt werden kann. Aber anderseits bin ich überzeugt, daß viele Wunden, auch von Aerzten, auf Dumdumgeschosse zurückgeführt werden, die durch die „normale“ Wirkung des Infanterieprojektils schon ihre Erklärung finden.

Damit kommen wir zur Betrachtung der Verwundungen durch Infanterieprojektil. Wenn dasselbe durch den Körper in gerader Richtung, d. h. in seiner Längsachse, durchgeht, so macht es einen glatten Schußkanal. Der Einschuß ist meist etwas kleiner als der Ausschuß, ersterer oft nur schlitzförmig. Bei richtiger Versorgung heilen die Wunden rasch, mit oft kaum sichtbaren Narben. Die äußere Wunde ist nicht die schlimme. Viel wichtiger ist die innere, d. h. die Verwundung innerer Organe, wie Hirn, Lungen, Herz, Darm, Knochen usw. Diese Organe verhalten sich sowohl untereinander verschieden, als auch reagieren sie ganz anders auf Schüsse aus verschiedener Entfernung. Schon die Hautwunde läßt einen gewissen Schluß auf die Entfernung zu, aus der das Geschoß gekommen. Nahschüsse, d. h. solche aus 50 bis 200 Meter, zeigen oft eine Sprengwirkung: Die Haut platzt entweder sternförmig auseinander oder in ovaler

Digitized by Google

Form, entsprechend ihren „Spaltlinien“. Das sind die, auch äußerlich für das Laienauge leicht erkennbaren Linien, in denen sich die Haut faltet und die durch den Zug sog. elastischer Fasern in der Haut hervorgerufen werden. Wenn die Haut dann platzt, so klafft sie auseinander wie eine gespannte Gummimembran, in welche wir ein Loch schlagen. Gerade diese großen Hautwunden sind im Weltkrieg 1914 besonders häufig. Sie haben auch sicher viele verführt, die Anwendung von Dumdumgeschossen anzunehmen. Aber selbst der Laie kann sich vorstellen, daß es sehr wohl zum Platzen der Haut kommen kann, wenn z. B. ein Geschoß ziemlich oberflächlich unter der Haut durchläuft. Die ungeheure Geschwindigkeit des Geschosses erzeugt in den wasserdurchtränkten Teilen der Gewebe (besonders der Muskulatur) einen starken Druck nach allen Seiten, die Haut kann diesem Druck nicht standhalten und platzt in ihrer Spaltrichtung; es entsteht eine große ovale Hautwunde. Viel zu dem Ueberwiegen dieser großen Wunden mag auch die erwähnte Eigenschaft des französischen Geschosses beitragen, sich leicht zu deformieren und zum Querschläger zu werden.

Das häufige Vorkommen dieser großen Wunden ist eine Eigentümlichkeit des jetzigen Krieges.

Eine weitere Eigentümlichkeit besteht in der Häufung besonderer Schüsse. Erstens gibt es relativ viel Längsschüsse. Es ist das ohne weiteres zu erklären durch die Lagerung der Soldaten während des Kampfes. Oft hat man Längsschüsse durch den ganzen Körper ohne wesentlichen Schaden gesehen (übrigens auch in früheren Kriegen!). So erinnere ich mich eines Fähnrichs, dem die Kugel in der linken Achselhöhle hinein und an der Außenseite des rechten Oberschenkels herausgegangen war. Er ist wohlbehalten in der Heimat eingetroffen. Sehr zahlreich sind die Knochenschußbrüche, besonders der Arme und des Oberschenkels, ferner Kopfschüsse. Von diesen verlaufen wunderbarerweise oft die Durchschüsse durch das Gehirn besser und leichter als die sog. Tangential- oder Rillenschüsse. Letztere pflügen nämlich gewissermaßen den Schädelknochen und das darunterliegende Gehirn auf, sie bewirken, daß sich eine Menge kleinerer und größerer Knochensplitter in das Gehirn einspießen, und bedingen durch die Größe der Wunde sehr oft eine tödliche Vereiterung (Infektion) der Wunde. Die Verletzung einzelner Nerven durch das moderne Infanterieprojektil, die im Buren- und Chinafeldzug, in dem Balkankriege und im Tripolisfeldzug beschrieben ist, sahen wir auch jetzt häufig, dagegen nur ausnahmsweise Teilverletzungen größerer Blutgefäße, die in den erwähnten Feldzügen als Besonderheit hervorgehoben wurden. Es scheint mir, daß das S-Geschoß und die Bal-D die großen Gefäße eher ganz zerreißt, ebenso wie die früheren Bleigeschosse.

Die Bauchverletzungen sind im modernen Kriege, wie auch aus den Erfahrungen andrer Kriegschirurgen hervorgeht, sehr schwere und führen fast stets zum Tode. Es hat eine Zeitlang als Axiom gegolten, daß die kleinkalibrigen Längsgeschosse recht oft durch den Bauch gingen, ohne schwerere tödliche Wunden zu reißen, daß selbst Darmwunden zur Heilung kämen, wenn der Darm zur Zeit der Verletzung nur leer wäre, und Verklebungen der Därme, die das Loch

Digitized by Google

meist rasch verstopften, nicht wieder gelöst würden durch unvorsichtigen Transport oder zu frühzeitige Nahrungsaufnahme. Leider zeigt sich doch, daß derartig günstig verlaufende Bauchschüsse zu den Seltenheiten gehören.

Dagegen sind zweifellos Brust- und Gelenkschüsse relativ gutartig, wenn das Projektil glatt durchgeht. Auch Brustschüsse hat uns der Krieg in reichlicher Menge zugeführt. Sie und die Kopfschüsse sind es neben den Armschüssen, die der jetzige Positionskrieg im Westen in erster Linie den Lazaretten zuführt.

Leider aber überwiegen in dieser zweiten Phase des Krieges die viel gefährlicheren und furchtbaren Artilleriegeschoßverletzungen über die Verwundungen durch das Infanteriegeschoß. Es ist das geradezu auffallend und ja leicht erklärlich.

Von den Artilleriegeschossen kommt das Schrapnell und die Granate in Frage. Ersteres setzt ähnliche Wunden wie das Bleigeschoß der früheren Kriege. Die Wunden sind größer und, besonders wenn sie innere Organe treffen, entschieden gefährlicher als die Infanteriegeschoßwunden. Ferner zeichnen sich Schrapnellverletzungen durch ihr gehäuftes Vorkommen bei demselben Mann — wir haben bis zu elf Wunden gezählt — und durch gehäuftes Auftreten in der oberen Körperhälfte aus. Endlich bleibt die runde größere Schrapnellkugel öfter im Körper stecken. Diese Eigenschaft zeigt aber anscheinend auch unser und das französische Infanteriegeschoß wegen ihrer Neigung zu Querschlägern resp. zur Deformierung in höherem Maße als die früheren kleinkalibrigen Geschosse. Es fällt natürlich hierbei die Geschwindigkeit des Geschosses, d. h. die Entfernung, aus der es kommt, sehr ins Gewicht.

Die furchtbarsten Verletzungen sehen wir durch Granatsplitter. Die modernen Explosivstoffe geben denselben eine große Durchschlagskraft. Auch kleinste Splitter können schwere Verletzungen bedingen. Mehrmals waren die äußeren Wunden ganz klein und doch schwere Zerreißungen innerer Organe, besonders der Bauchorgane (Darm, Leber, Milz) vorhanden. Besonders gefährlich erscheinen mir die Fliegerbomben. Eine ganz neue Waffe haben die Franzosen in den Fliegerpfeilen, schweren spitzen Eisenpfeilen, denen hinten zur Erhaltung der Fallrichtung leichte Aluminiumflügel angesetzt sind. Sie erreichen, aus 1500 Metern Höhe geworfen, eine Endgeschwindigkeit von 200 Metern in der Sekunde. Es ist ein Fall beschrieben, wo der Pfeil an der Schulter eingedrungen und in der Kniekehle ausgetreten war.

Die Gefährlichkeit der Artilleriegeschosse wird vermehrt durch die Neigung zur Infektion der Wunde. Die Infektion der Wunde ist bedingt durch das Eindringen von Bakterien, die eine Entzündung hervorrufen, welche zur Vereiterung, zu Brand, zu allgemeiner Blutvergiftung (Sepsis), zu Wundstarrkrampf, Wundrose usw. führen kann. Die Bakterien werden fast immer von den Kleidungsstücken und der äußeren Haut durch die Kugel mitgerissen. Ist der Schußkanal glatt, werden durch den Schuß keine größeren Zerstörungen im Innern des Körpers herbeigeführt, und ist der Verletzte widerstandsfähig, so gelingt es dem Körper meist, die eingedrungenen Bakterien (Spaltpilze) durch seine natürlichen

Digitized by Google

Schutzkräfte unwirksam zu machen, zumal wenn der Wundkanal gleich durch bakterienfreie (aseptische) Verbandstoffe geschlossen wird. So können wir im praktischen Sinne die meisten Kugelwunden (auch viele Schrapnellkugelwunden) als aseptisch (keimfrei), nicht infiziert ansehen. Werden aber größere, zerfetzte Wunden gesetzt, so finden die Bakterien in den absterbenden Gewebsfetzen der Wunde einen guten Nährboden. Dazu kommt, daß die Wunden oft nicht sogleich verbunden werden können, so daß Erde, Staub, Schmutz sekundär hineingelangt. Wir sprechen dann von sekundärer Infektion, im Gegensatz zur primären, durch das Projektil bewirkten. Auch kann natürlich ein Granatsplitter viel mehr Schmutz, Erde usw. mit sich in die Wunde reißen als eine glatte Kugel. Endlich sind größere Blutergüsse in die Wunden der geeignetste Nährboden für die Bakterien. Auch diese Blutungen beobachten wir erklärlicherweise mehr bei den Artillerieverletzungen. Die gefürchtetste Wundinfektion ist der Wundstarrkrampf (Tetanus). Es ist eine Begleiterscheinung aller Kriege, auch des jetzigen, ist aber sehr oft an den Grund und Boden geknüpft, insofern Erde, die viel faulende organische Stoffe birgt, auch bessere Wachstumsbedingungen für den Tetanusbazillus schafft. Derartige Erde ist besonders im Laubwald gegeben. Und deshalb sahen wir den Wundstarrkrampf sich häufen bei den Verwundeten in den Kämpfen im Argonnenwald und in den Waldgebirgen der Aisne.

Die zweite Phase des Krieges hier im Westen hat uns, wie aus dem vorhergehenden ohne weiteres hervorgeht, mit den gehäuften Artillerieverletzungen auch mehr Wundinfektionskrankheiten gebracht.

Jedenfalls aber können wir Aerzte das sagen, daß der Verlauf, die Dauer und die Folgen der auch jetzt noch unvermeidbaren Infektionen ganz wesentlich gemildert werden durch die moderne Wundbehandlung, dank unsern großen Chirurgen und Bakteriologen, dank deutschen Männern vor allen andern, wie v. Bergmann, Koch, Behring und viele andre. Nicht nur, daß wir die Leiden der Erkrankten abkürzen können, daß wir selbst gegen den gefürchteten Wundstarrkrampf ein Antitoxin beschert bekommen haben, insbesondere können wir die vielen verstümmelnden Operationen der früheren Kriege vermeiden und auch schwerst Verletzte ihrem bürgerlichen Beruf, ja oft selbst wieder der Front zuführen.

Digitized by Google

Ueber Neutralität

Zweiter völkerrechtlicher Brief

Von

A. v. Kirchenheim

Ueber Völkerrecht und Krieg habe ich Ihnen im vorigen Hefte geschrieben, über echtes und unechtes Völkerrecht haben Sie von andrer Seite ein Urteil bekommen, und es ist noch manches in Tages- und Monatspresse gesagt worden über diese Fragen. Aber allen, Juristen, Militärs, Politikern, ja dem ganzen Volke kam es doch vor allem darauf an, den Sinn dieses großen Völkerkriegs zu erfassen. Welches ist der weltgeschichtliche, göttliche Gedanke in diesem gewaltigen Ringen? Und da sahen wir, daß Weltgeschichte und Völkerrechtsentwicklung nicht so verschiedene Dinge sind: beide haben nur ein Ziel, und als solches erkannten wir das, was G. Freytag die Bändigung des Egoismus des einzelnen Volkes nennt! Wie die Menschen im Gemeinwesen, so sind auch die Staaten und Völker aufeinander angewiesen — in der Anerkennung dieses Gedankens unterscheiden sich antike und moderne Auffassung, Barbaren und Kulturvölker. So wird auch dieser Krieg nicht eher enden, bis aus der Völkergemeinschaft, ich will nicht sagen ausgestoßen, aber als einflußreich ausgeschieden sind die Trüger- und Krämervölker, die jenen barbarischen Anschauungen huldigen, dabei aber allerlei Friedensideale aufstellen. Taten, nicht Worte entscheiden!

Von allen völkerrechtlichen Begriffen ist seit Beginn des Kriegs bis heute wohl keiner so unsicher geworden wie der der Neutralität. Oder ist dies auch nur ein Wort? Jedenfalls liegt eine gewaltige Kluft zwischen den Worten der Haager Friedenskonferenz und der Handlungsweise Britanniens. Nicht allen wird bekannt sein, daß „Neutralität" etwas wesentlich Neues ist. Dem Altertum und Mittelalter ist der Begriff fremd, da gilt der Satz: wer nicht mit mir ist, ist wider mich, und erst seit etwa zweihundert Jahren taucht der Ausdruck auf. Eigentlich hat erst England durch seine Uebergriffe in der Rule of the war 1756 (Verbot des Handels von Neutralen mit den Kolonien der Kriegführenden) die Lehre zur Ausbildung gebracht, denn die Folge war die berühmte bewaffnete Neutralität von 1780, die erste formulierte Festsetzung des Seekriegsrechts zuerst seitens Rußlands, Dänemarks, Schwedens, denen sich die Niederlande, Preußen, Oesterreich, Frankreich und die Vereinigten Staaten anschlossen. Für England war dies ein harter Schlag, der zeigte, daß auch die stärkste Seemacht sich nicht isolieren kann. Bei dieser Erklärung handelt es sich natürlich nur um die eine Art Neutralität, die freiwillige: sie bedeutet ein Nichtbeteiligtsein am Kriege im einzelnen Falle. Mit dieser Art wollen wir uns hier nicht beschäftigen, es ist viel in den letzten Monaten in den Zeitungen darüber geschrieben, es sind viele Verletzungen mitgeteilt worden, und wenn auch manches, besonders auf dem Gebiete des Seehandels, streitig, so bleibt doch genug Unstreitiges, z. B. die

Digitized by Google

Verletzung der Korrespondenz, die Beschießung von Schiffen in neutralen Häfen und andres mehr. Es gibt eine reichhaltige Literatur darüber, vom dreizehnten Jahrhundert an bis zur Pariser Deklaration 1856 mit ihrem Satz: „die Flagge deckt die Ladung". Wollte man nun eine Geschichte der Neutralitätsverletzungen schreiben, so würde man bald sehen, daß man eine englische Geschichte schreiben müßte. Es genüge, einige Worte eines als ziemlich deutschfeindlich bekannten französischen Rechtslehrers anzuführen, der u. a. sagt:[1]) „Der Grund des steten Widerspruchs zwischen dem wirklichen Verhalten Englands und den Verpflichtungen, die es fast in allen Verträgen übernahm, liegt in seinem Handelsneide. Der einzige Beweggrund, der England leitet, ist sein selbstsüchtiges materielles Interesse. Alle Mittel, selbst die ungesetzlichen, scheinen ihm geeignet, wenn es gilt, den Grundpfeiler seiner Größe, seinen Seehandel, zu verteidigen. Mit seiner Macht wachsen seine Anmaßungen. Hält es sich für stark genug, so erklärt es, daß die Sorge um seine Seemachtstellung die Grundsätze seines Seerechts bestimme. Um seinen Handel auszudehnen, fühlt es sich gedrungen, gegen neutrale Völker unbillige Bestimmungen zu erlassen." Und in der Order in council vom 14. November 1807 heißt es: „Seine Majestät sieht sich genötigt, neue Maßregeln zu ergreifen, um seine berechtigten Ansprüche zu festigen und zu erhalten und um seine Seemachtstellung zu wahren, die sie dank der besonderen Fügung der Vorsehung durch die Tapferkeit seines Volkes innehat und deren Bestehen nicht weniger wesentlich für das Wohl der Menschheit (!) als für die Sicherheit und das Gedeihen der Staaten Seiner Majestät ist."

Weit wichtiger und lehrreicher ist augenblicklich die Frage nach der andern Art Neutralität. Von der Neutralität der Staaten während eines Kriegs ist zu unterscheiden der durch völkerrechtliche Akte geschaffene dauernde Zustand der Neutralität eines Staats oder Gebiets. Der Zweck ist im allgemeinen politischer Natur, oder es können höhere Zwecke in Betracht kommen: so wollte man z. B. nach der Kongoakte (1885 Art. 10) europäische Kriege nicht nach Afrika übertragen, und erklärte den Kongostaat usw. für neutral, „um dem Handel und der Industrie eine neue Bürgschaft der Sicherheit zu geben und durch die Aufrechthaltung des Friedens die Entwicklung der Zivilisation zu sichern!" ... „Hier stock ich schon", wenn ich an das Verhalten des christlichen England in Afrika denke! Neutralisierung von Staaten und Gebietsteilen gewährt diesen den Vorteil, daß sie von den Schrecken des Kriegs frei bleiben, legt ihnen aber für alle Zeiten große Verpflichtungen auf, nicht gerade die, rein passiv zu sein; aber immerhin sind sie in ihrer Selbständigkeit beschränkt und müssen sich von der großen Politik fern halten.

Auch diese Neutralität ist etwas Neues. Eine erste Andeutung findet sich in einem Geheimartikel[2]) 1791 hinsichtlich Polens; auch die Stellung der Hansestädte und der Reichsstädte Augsburg, Nürnberg, Frankfurt 1803 bis 1815 wurde

[1]) Bonfils, § 1520. Deutsche Ausgabe (1904). S. 765.
[2]) Vertrag vom 25. Juli 1791. (Martens, Bd. V, S. 238.)

Digitized by Google

so aufgefaßt, und 1802 wurde die Neutralität Maltas unter dem Johanniterorden proklamiert. 1815 wurde Krakau für neutral erklärt, ebenso die Schweiz, die es tatsächlich seit 1648 war, nach manchen sogar seit 1516 (Schlacht von Marignano), 1831 Belgien, 1863 die Jonischen Inseln (Korfu!), 1867 Luxemburg. Außerdem sind die Schiffahrtsanstalten der Donaumündungen und des Sueskanals „neutralisiert". Man sieht, das sind im großen Staatenleben neue Dinge und es sind sehr verschiedene Neutralitäten. Die der Schweiz ist vielleicht die natürlichste, geschichtlich und ethnographisch begründet, wie die Schweizer meinen. Jedoch sind etwa sieben Zehntel der Bevölkerung deutschen Stammes, und das merkt man an dem Verhalten der Behörden oft wahrlich nicht: die Handhabung der Zensur gegenüber der Presse, die Zulassung der geradezu feindlichen Agitation der massenhaft eindringenden Belgier, die Unterlassung schärferer Maßregeln gegen die ungezogenen Genfer Straßenbuben und die dito Studenten beweisen, daß da manches zu wünschen bleibt, zumal dies kleine Land doch Deutschland unendlich viel verdankt.

Nun Belgien! Wenn jemals ein völkerrechtlicher Begriff Fiasko gemacht hat, so ist es der der Neutralität Belgiens. Fides servanda! das ist die Grundlage des Völkerrechts und des Völkerlebens. Und für die Geschichte liegt ja nun kein Zweifel mehr vor, daß England, was man so sagt, einen Schurkenstreich begangen und Belgien zum Treubruch veranlaßt hat. Unserm Reichskanzler mag man es zugute halten, daß er „allzu gerecht" und damals noch ohne Kenntnis der Geheimakten von einer Verletzung der Neutralität sprach. Jetzt werden selbst Carnegie und Roosevelt, die damals ihre wahren Gedanken enthüllt und für alle Zeit viel an Achtung eingebüßt haben, und alle Historiker zugeben, daß der Vertrauens- und Neutralitätsbruch durch unsre Gegner längst erfolgt war, als wir in gerechter und unvermeidlicher Notwehr Belgien betraten. Dem Kenner des Völkerrechts und der englischen Politik war die Sache übrigens so wenig überraschend wie dem deutschen Generalstab. Wenn neulich in einem Leitartikel stand: „John Bull bricht Verträge, wie ein gewerbsmäßiger Geldschrankknacker Geldschränke", so kann man das genugsam belegen; nur drei Fälle (cases) lassen Sie mich in Erinnerung bringen: die Beschießung Kopenhagens und Wegnahme der dänischen Flotte (2. April 1801), den Kampf bei Navarino am 20. Oktober 1827 und die noch in vieler Gedächtnis stehende Beschießung Alexandrias am 11. Juli 1882. Jetzt dürfte das Maß voll sein! Was Belgien betrifft, so könnte man Bände schreiben über die Stellung Englands hierzu: das Leitmotiv war stets die Beherrschung der Nordsee, und die „Neutralität" war ein Vorwand für die Politik des eignen Vorteils. Hierfür nur ein kleines, weniger bekanntes Beispiel. Als 1842 Guizot einen Zollverein zwischen Frankreich und Belgien vorschlug, protestierte dagegen England als Verletzung der Neutralität, weil es französische Zollbeamte in Antwerpen fürchtete! Aber auch Belgien hätte die Pflicht gehabt, kriegerische Vorbereitungen zu unterlassen und von dem Ansinnen des Vertragsbruchs uns Kenntnis zu geben. Durch diese Versäumnis hat es sich außerhalb des Rechts gestellt. Schon Treitschke hob

Digitized by Google

einmal hervor, welche Lächerlichkeit es ist, daß Belgien sich mit Vorliebe als Zentrum der Völkerrechtswissenschaft betrachtet: in einem abnormen Staatswesen wie Belgien kann sich kein gesundes Völkerrecht ausbilden, das zur Voraussetzung wirkliche Gegenseitigkeit hat, eine sehr treffende Bemerkung des großen Historikers! So darf man wohl sagen, daß das neutrale Belgien nicht wieder aufleben wird. Wie sich die Verhältnisse gestalten werden, darüber wollen wir uns heute nicht den Kopf zerbrechen. Nur sollen von vornherein die unrühmlichen Gedankengänge vereinzelter professoraler Politiker abgelehnt werden, die schon durch das bekannte Spottgedicht „Mein Vaterland muß kleiner sein" hinreichend gekennzeichnet sind.

Ob nach dem Gesagten der Begriff der Neutralität im Völkerrecht der Zukunft eine Stelle finden wird, kann höchst zweifelhaft sein. Wünschenswert wäre er ja wohl am ersten für den großen Weltverkehr. Das war der Gedanke des Vertrags vom 29. Oktober 1888, wonach der Sueskanal „im Kriege wie im Frieden" den Schiffen aller Nationen zu freier Benutzung offenstehen solle. Die Ueberwachung dieser Bestimmung ist nach Artikel 8 desselben Vertrags den diplomatischen Agenten in Aegypten übertragen ... und diese hatte England, das bis 1904 nach Zählung eines Franzosen nicht weniger wie siebenundvierzigmal erklärt hat, es werde Aegypten räumen, gewaltsam entfernt! Man sieht, so geht es nicht. Soll Neutralität nicht ein bloßes Schlagwort sein, so muß reale, aber selbstlose, also in diesem Sinne ideale Macht dahinter stehen. Man könnte daran denken, am Sueskanal eine Kommission zu bilden nach Art der Internationalen Europäischen Donaukommission, die eigne Flagge und polizeiliche Rechte hat, aber würde das genügen bei ernstlichen Konflikten? Erwägenswerter wäre der Vorschlag, den 1904 ein französischer Kolonialpolitiker gemacht hat, *Aegypten zu neutralisieren*; ja, soll die Welt wirklich Ruhe haben, so müßte die Neutralität bis Gibraltar und bis Mekka reichen, und dann würde vielleicht auch der Traum über das Heilige Land (Revue, Dezember 1913) Wirklichkeit ... gleichviel, eine echte Neutralität ist nur möglich unter Anlehnung an reale Mächte, aber auch nur bei gewährleisteter aufrichtiger, ehrlicher Gesinnung, nicht, wo ungezügeltes Streben nach materiellen Gütern jeden Idealismus, jedes Rechtsgefühl überwuchert. Sonst wollen wir lieber das Wort Neutralität nicht hinübernehmen in eine neue Zeit, sondern zu den Aktenfaszikeln von Phrasen im Haager Friedenspalast legen.

So weit war der Artikel gedruckt, als plötzlich (7. Januar 1915) die Nachricht durch die Presse ging, England wünsche ein neutrales Königtum Juda! Es ist natürlich im gegenwärtigen Augenblick für einen deutschen Gelehrten nicht angenehm, wenn seine Vorschläge Englands Beifall finden, aber nach dem oben Gesagten dürfte es klar sein, daß das zweierlei ist und daß von wirklicher „Neutralität" eben nur in andrer Weise als bisher, nämlich unter Ausscheidung des „perfiden Albion", dessen völkerrechtliche Moral jenseits von Gut und Böse liegt, die Rede sein kann.

Digitized by Google

Berichte aus allen Wissenschaften

Deutsche Sprache und Literatur in Belgien

Die Zahl der Deutsch-Belgier, d. h. der belgischen Vollbürger, deren Muttersprache das Deutsche ist, beträgt nach der letzten statistischen Angabe des Ministeriums des Innern 112000. Es ergibt dies einen Prozentsatz von 1,65, nicht 0,54, wie in Meyers Konversationslexikon (6. Auflage, II. Bd., S. 594) zu lesen ist. Die Zahl von 112000 bestätigte auch kürzlich in einer Sitzung des Senates der Ministerpräsident de Broqueville, der gewiß nicht zu hoch griff, da seine Rede die Absicht verfolgte, den Deutsch-Belgiern das Recht auf die amtliche Anerkennung ihrer Muttersprache abzusprechen, eben weil sie zu wenig zahlreich seien. Wenn in belgischen statistischen Werken ausnahmslos die Zahl der Deutschen nur auf 0,50 Prozent eingeschätzt wird, so sind hiermit die Nurdeutschsprechenden gemeint, die selbstverständlich in einer fremdsprachlichen Umgebung immer weniger werden, um so mehr, da ein jeder, der über ein paar Brocken Französisch oder Flämisch verfügt, einen gewissen Stolz darin setzt, sich als ein Zwei-, sogar Dreisprachiger eintragen zu lassen. Die wirkliche Maßgabe für die Verbreitung der deutschen Sprache in Belgien ist nicht durch die Zahl der Nurdeutschsprechenden oder der Deutsch-Belgier gegeben, sondern durch die der Deutschsprechenden überhaupt. Ueber diese schweigt das belgische statistische Jahrbuch seit 1900. Die dort angegebene Zahl von 144888 ist heute mindestens verdoppelt. Zu den Deutsch-Belgiern kommen ja noch die rund 60000 Reichsdeutschen in Belgien und die vielen deutschsprechenden Flamen und Wallonen.

Es würde zu weit führen, hier die so verschiedenartigen Ursachen zu untersuchen, die einem Emporblühen der deutschen Sprache in Belgien hindernd in den Weg traten. Anstatt die Möglichkeit einer Blüte zu erwähnen, muß man sich vielmehr wundern, daß sie den zahllosen erlittenen Angriffen und Schlägen bisher nicht ganz erlegen ist. An ihrer jahrhundertelangen Leidensgeschichte ist die belgische Regierung nur seit 1830 beteiligt, ihr voran gingen die stets ihre Muttersprache verleugnende luxemburgische, die burgundische, die österreichische, die französische, die holländische. Den schlimmsten Schlag der Neuzeit brachte ihr der Londoner Vertrag vom Jahre 1839, der den tausendjährigen Zusammenhang der Deutsch-Belgier mit ihren deutschen Stammesgenossen jenseits der Grenze abbrach und sie der Französierung preisgab. Seit der Abtretung des Großherzogtums Luxemburg bestand die deutsche Sprache für die belgische Regierung nicht mehr. Sie wurde vollständig aus der Zentral- und Lokalverwaltung verdrängt, es blieb ihr nur, außer einer beschränkten Zulassung in der Volksschule, der häusliche Herd und die Straße.

Das Wiedererwachen des germanischen Bewußtseins in der flämischen Bewegung brachte der deutschen Sprache keine Vorteile. Ganz im Gegenteil widersetzten sich die Flamen der logischen Anwendung auf die Deutsch-Belgier derjenigen Rechte, die sie für sich beanspruchten, und verdrängten, wo sie nur konnten, das Deutsche als Pflichtfach des Unterrichts aus den Mittelschulen und Gymnasien, um es durch das Flämische zu ersetzen.

Von dem Vorhandensein einer wenn auch recht bescheidenen deutsch-belgischen Dichtung wissen in Belgien selbst nur einige wenige Gebildete, geschweige daß je etwas davon ins Ausland gedrungen. Recht bezeichnend für deutsch-belgische Zustände ist es, daß der Areler Volksdichter J. J. Ménard zweisprachig, zugleich deutsch und französisch, dichtete.[1]) Ein Name von etwas besserem Klang, schon allein weil er den Begründer der luxemburgischen Mundartdichtung bezeichnet, ist A. Meyer. Wenn auch in der Stadt Luxemburg geboren, so verbrachte er doch sein Leben in Belgien und ließ auch hier seine Ge-

[1]) Ménard, J. J., Poésies et chansons populaires françaises et allemandes. Arel, Brück, 1871.

Digitized by Google

dichte in luxemburgischer Mundart erscheinen.[1]) Meyer starb 1857 als Professor der Mathematik an der Lütticher Universität. Sein Kollege J. D. Fuß, Professor der klassischen Philologie, der sich in der lateinischen Uebersetzung klassischer deutscher Lyrik gefiel, bot auch im zweiten Bande seiner merkwürdigen Poemata latina[2]) eine reiche Sammlung deutscher Gedichte. Als hochdeutscher Lyriker trat auch der Areler L. Marchand in einer zweibändigen Sammlung auf.[3]) Fast ein halbes Jahrhundert verstrich, ehe die deutsche Lyrik sich wieder auf deutsch-belgischen Boden hervorwagte in einem Werke von N. Warker.[4]) Dieser pflegte auch die Dialektdichtung in seinen „Hiérschtliedern" (Arel, Willems, 1907) und in seinen Volksstücken „Kandsléift" (ebenda 1908) und „De Baltes vum Bichenhof" (ebenda 1909). Ein historisches Drama, „Papst und Fürst" (Dresden, Pierson, 1899), das die Geschichte des jungen Konradin behandelt, schrieb Ph. Bourg, der auch ein Familiendrama in Prosa aus dem modernen Leben: „Geistesproletarier" (Ath, Selbstverlag, 1902) veröffentlichte. Die Romandichtung ist meines Wissens nur durch ein paar Werke vertreten, nämlich „Die Laterne" von C. Hirsch (Brüssel 1878) und „Ambrosius Almé" von der Baronin de l'Etang (Leipzig 1881).

Eine Vermittlungsarbeit von fast unübersehbarer Fülle ward in Belgien geleistet zur Einführung in die Kenntnis deutscher Literatur. Reichliche Beachtung fand die mittelalterliche Literatur. Das Nibelungenlied wurde von E. de Laveleye, der Parsival von A. Grandmont ins Französische übersetzt. Gute Arbeiten über die Dichtung des Mittelalters veröffentlicht E. Glaesener in der „Revue Générale". Das Reformationszeitalter studierte der Vicomte de Villermont in seinen „Etudes sur la réforme". Zahlreiche Referate über die Literatur des achtzehnten Jahrhunderts brachte das in Bouillon erschienene „Journal Encyclopédique", das auch in die Anfänge der klassischen Zeit einführt und die französischen Arbeiten über Klopstock, Wieland, Lessing usw. genau verfolgt. Wielands „Musarion" wurde zweimal in französische Verse übertragen.

Von Goethes Werken drangen Werther, Hermann und Dorothea und Faust ein, weniger die Gedichte, wenn auch der Erlkönig das volkstümlichste Gedicht der deutschen Literatur in Belgien ward, das man unermüdlich ins Flämische sowie ins Französische übersetzte. Die Beachtung, die dem Egmont versagt blieb, ward desto reichlicher dem Don Carlos zuteil, nicht minder dem Tell. Von Schiller ging die Wiedergeburt des flämischen Schauspiels aus, seine Gedichte fanden viel größeren Beifall als die Goethes. Er blieb der einzige deutsche Dichter, dessen Gedenktage in Belgien gefeiert wurden. Zahlreich sind flämische Uebersetzungen und Aufführungen von Kotzebue aus den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu verzeichnen.

Sämtliche Hauptwerke der romantischen Schule wurden entweder flämisch oder französisch übertragen: Eichendorffs Taugenichts, Tiecks Schildbürger, Fouqués Undine, Hoffmanns Phantasiestücke. Maeterlinck widmete Novalis ein Buch hoher Begeisterung voll. Ungeheuren Beifall fand unter den Freiheitssängern Th. Körner.

Von den Dichtern des jungen Deutschland drang nur Heine ein, dessen Einfluß sich bis in die neueste Zeit sowohl in der französischen wie flämischen Lyrik Belgiens fühlbar macht. Ganz durchtränkt von ihm ist z. B. die Dichtung des Flamen Buylsteke. Uebersetzungen erschienen in Hülle und Fülle, worunter die des Intermezzos von Beltjens hervorragt. Neben dem Durchdringen und dem Einfluß Heines kommt Uhland kaum in Betracht, wie auch die schwäbische Schule wenig bekannt wurde. Großer Beliebtheit erfreuten sich hingegen im Flamenlande die Dialektdichter Hebel und Klaus Groth,

---

[1]) Meyer, A., Luxemburgische Gedichte und Fabeln. Brüssel, Delevingue & Callewaert. 1845. — Oilzegt-Kläng vum Antun Meyer. Lüttich, Dessain, 1854.

[2]) J. D. Fuß, Poemata latina. Leodii, F. Oudart, 1845. 2 Bände.

[3]) L. Marchand, Knospen und Blüten. Arel, Laurent, 1843.

[4]) N. Warker, Heideblümchen. Gedichte. Arel, Willems, 1890.

Digitized by Google

und die Flamen erwiderten auch Hoffmann v. Fallersleben reichlich die Sympathie, die er ihnen entgegenbrachte.

Unter den deutschen Erzählern steht Zschokke in Belgien obenan. Eine rührige Uebersetzertätigkeit entwickelten Herr und Fräulein Dandely, die sich namentlich auf Hauff und Mühlbach bezog. Ihre verdienstvollste Tat war die Uebertragung von O. Ludwigs Zwischen Himmel und Erde, die bereits ein Jahr nach dem Erscheinen des Werkes erfolgte.

Viel Anklang fanden Gerstäcker und Hackländer sowie die musikalischen Erzählungen von Elise Polko besonders bei den Flamen. Die Wallonen zeigten mehr Interesse für Spindler, Marlitt, Stifter, F. Lewald, Dincklage und Sacher-Masoch. Gegenstand von sorgfältigen Studien waren Meinhold, Keller, Spielhagen, Storm. Die neuere Erzählungskunst drang besonders unter der Flagge von Wildenbruch, Liliencron, Ebner-Eschenbach, O. Ernst und Clara Viebig ein.

Ziemlich aufmerksam wurde die deutsche Dorfdichtung verfolgt. Auerbach fesselte die Belgier so sehr, daß seine Schwarzwälder Dorfgeschichten dreimal ins Französische übertragen wurden. Klein war hingegen das Interesse am historischen deutschen Roman. Nur Ebers' Aegyptische Königstochter fand einen Uebersetzer.

Einen großen Beifall fanden Scheffels Trompeter von Säckingen, der bis heute in Belgien zur klassischen Schullektüre gehört, und Webers Dreizehnlinden, das der Kanonikus de Lepeleer trefflich ins Flämische übertrug. Bei der starken Anteilnahme für Weber spielte seine Konfession eine Rolle. So erklärt sich auch der Anklang, den minderwertige katholische Dichter wie Bolanden, Brackel, Balleſtrem, Herbert u. a. im katholischen Belgien fanden.

Außerordentlicher Verbreitung erfreute sich in Belgien die deutsche Märchendichtung. Grimm, Baumbach, Krummacher u. a. wurden fleißig übersetzt, auch sämtliche deutsche Jugendschriftsteller.

Fast ganz unbekannt blieb in Belgien das deutsche Drama nach Schiller. Erst vor ein paar Jahren sind in belgischen Zeitschriften die Namen von Hebbel und Wildenbruch als Dramatiker aufgetaucht, während Grillparzer noch bis heute unbeachtet bleibt. Benedix fand die gleiche Verbreitung wie ehedem Kotzebue, während ein Lustspiel wie Der zerbrochene Krug trotz seines niederdeutschen Charakters auch den Flamen gänzlich verhehlt blieb. In neuerer Zeit konnten nur Sudermann und Hauptmann einen bescheidenen Platz auf der belgischen Bühne erobern.

Eine Geschichte der deutschen Literatur: L'Allemagne dans sa littérature nationale, wurde in Belgien von einem Manne, F. Loise, geschrieben, der kein Wort Deutsch verstand. Wie er das Kunststück fertig gebracht, weiß ich von ihm selbst. Er ließ sich von einem Freunde Vilmars Literaturgeschichte mündlich übersetzen. Mit poetischem Feingefühl, Ahnungsvermögen und großer Schreibfertigkeit begabt, brachte er ein sehr lesbares Werk zustande, das seinerzeit, zu Anfang der siebziger Jahre, viel Anerkennung fand. Zahlreich erschienen in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sympathievolle Studien über Deutschland von Baron de Reiffenberg, A. Michiels, E. Frensdorff, E. Henaux u. a. Seitdem ist diese Sympathie immer mehr abgeflaut.

Gründliche Auskunft über die heutige Stimmung der Belgier Deutschland gegenüber gibt die anonyme Schrift von Integer: Belgique et Allemagne, Pensées de l'Heure (Brüssel 1913).

Heute steht den zahlreichen Vereinen, die für die Verbreitung französischer Sprache und Kultur in Belgien arbeiten: Association pour la culture et l'extension de la langue française, Amitiés françaises, Souvenir français nur ein belgischer gegenüber, der die Erhaltung und Pflege deutscher Sprache und Kultur bezweckt, nämlich der Lütticher Schillerverein. Er wurde gelegentlich des hundertjährigen Todestages Schillers gegründet und veranstaltete bisher 45 Vorträge namhafter deutscher Gelehrten, Schrift-

Digitized by Google

steller und Künstler über deutsche Sprache und Literatur, deutsches Land und deutsche Kunst. Eine rege Tätigkeit entfalten auch die deutschen Schulen und Schulvereine in Brüssel und Antwerpen, jedoch gehen diese Bestrebungen nur von Reichsdeutschen aus, wie auch die des kürzlich gegründeten deutschen Kunstvereins und deutschen Theatervereins in Brüssel. In weiter Ferne liegt das Ziel: die Durchdringung belgischen Lebens mit deutschem Geist und deutscher Kultur.

Universitätsprofessor Heinrich Bischoff (Lüttich).

Literarische Berichte

Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis des Heftes 50 Pf.

Die neuerscheinenden Hefte 22 bis 25, mit denen das erste Viertelhundert dieser Flugschriften voll wird, reihen sich den vorausgegangenen würdig an. Zwei von ihnen beschäftigen sich mit unsern Verbündeten: in Heft 22 stellt Richard Charmatz, ein schon durch mehrere volkstümliche, dabei gut fundierte Schriften zur neueren Geschichte der Habsburger Monarchie bekannt gewordener Autor, „Oesterreichs Erwachen" dar. Mit der Freude des guten Patrioten schildert er die überraschende Einigung, die sich mit dem Kriegsbeginn unter den bisher durch inneren Zwist zerrissenen Völkern des Doppelstaates an der Donau einstellte, und er knüpft an diese Tatsache Folgerungen für die Zukunft, denen wir Deutsche von ganzem Herzen Erfüllung und Bestand wünschen. Wie Charmatz uns hoffnungsvoll für die fernere Entwicklung Oesterreich-Ungarns denken lehrt, so Ernst Jäckh für die der Türkei. Der Herausgeber der ganzen Flugschriftenreihe hat es selbst übernommen, über „Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft" und damit über ein Kernproblem dieses Weltkrieges sich zu äußern (Heft 24). Seine Ausführungen erhalten dadurch besonderes Gewicht, daß, wie sich heute zeigt, die von Jäckh immer empfohlene, zielbewußte Orientpolitik die richtige war. Naturgemäß und naturnotwendig, weil auf dem Boden gemeinsamer, wichtigster Lebensinteressen begründet, ist die deutsch-türkische Freundschaft, während Rußland, das den Besitz Konstantinopels, und England, das den Besitz Kleinasiens erstrebt, beide auf den Untergang der Türkei hinarbeiten müssen. Die außerordentlich klare Darlegung dieses Sachverhalts ist das eine Verdienst der Jäckhschen Schrift, das andre der Ausblick, den er uns von der Schwelle des zu erhoffenden glücklichen Kriegsausganges eröffnet auf die Möglichkeiten und beiderseitigen Vorteile eines engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammengehens der Türkei mit den Zentralmächten. — Auf ähnliche Ziele, doch von andern Ausgangspunkten her, weist uns Alfons Paquets Schrift „Nach Osten!" (Heft 23). Daß Paquet einer der Besten unter unsern jüngeren Dichtern ist, verrät die wahrhaft künstlerisch anmutende Anschaulichkeit, mit der er zunächst das ungeheure, in sich formlose russische Riesenreich dem westlichen Europa gegenüberstellt. Aber der Dichter Paquet wurzelt fest im Boden der Wirklichkeit; aus vielfachen Reisen und eindringlichen Studien hat er sich die genaueste Kenntnis der russischen und asiatischen Zustände erworben, und von dieser Kenntnis aus gelangt er zu der Forderung, die europäische Kultur vor der moskowitischen Gefahr in Zukunft durch Bildung einer Reihe von Pufferstaaten zu schützen. Ein Gedanke, der bekanntlich nicht absolut neu ist, der aber wohl kaum noch so wohlbegründet und klar durchgeführt worden ist wie hier. — Die vielleicht wichtigste Frage unsrer inneren Politik behandelt Anton Fendrich in Heft 25: „Der Krieg und die Sozialdemokratie". Er stellt an den Beginn seiner Ausführungen den Namen Ludwig Francks, des hochbegabten sozialdemokratischen Parteiführers, der mit dem Tod fürs Vaterland den Anschluß seiner Partei an die opferwillige Kriegsbereitschaft des ganzen deutschen Volkes besiegelte. Unter schärfster Ablehnung der vaterlandsverräterischen Internationalität eines Georges Weill und des sterilen Radikalismus eines Liebknecht und der kleinen Gruppe der „Unentwegten" zeigt er, wie eng und unlösbar doch die Interessen und das innerste Fühlen der deutschen Arbeiterkreise mit der nationalen Wohlfahrt Deutschlands verknüpft sind und wie fruchtbar für unser ganzes politisches und geistig-soziales Leben die positive Mitarbeit der Sozialdemokratie, die als eine der schönsten Früchte dieser schweren großen Zeit zu erhoffen scheint, sich gestalten kann. Daß Fendrich selbst Sozialdemokrat ist, gibt seinen Ausführungen authen-

Digitized by Google

tischen Wert; daß er nicht Parteimann im engen Sinn, sondern ein warmherziger, für alles Gute und Schöne und darum auch für die Größe und Einigkeit des Vaterlands innig begeisterter Mensch ist, gibt seinen Worten eine Ueberzeugungskraft, die auch in manchen skeptisch Gesinnten Hoffnung auf die Ueberbrückung der bis vor kurzem noch unausführbar scheinenden Gegensätze erwecken wird. —s—

1848. Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit. Urkunden, Berichte, Briefe. Herausgegeben von Timm Klein. Verlag von Wilh. Langewiesche-Brandt, Ebenhausen-München. Preis M. 1.80.

Der Herausgeber will in dem vorliegenden Buche das Sturmjahr in Zeugnissen der Zeit auferstehen lassen. Vom Wartburgfest führt er durch den Kampf und Streit der vormärzlichen Jahre über das Ringen von 1848 in die Tage der Reaktion hinein. Von dem Inhalt des Buches sei nur so viel gesagt, daß durch die Reden und Briefe und Preßberichte, die hier auszugsweise mitgeteilt werden, all die markanten Persönlichkeiten jener Zeit leibhaft vor uns erstehen, die Herwegh und Uhland und Freiligrath, Robert v. Mohl, Gagern usw. Viel benutzte Klein Heinrich Laubes und Corvins 1848er Erinnerungen. Er führt uns u. a. auch in die Frankfurter Straßenkämpfe und an die Särge Lichnowskys und Auerwalds, an denen Wilhelm Jordan, heißen Grimms voll, die Leichenrede hielt. Das lehrreiche Buch verdient viele Beachtung. H. H.

Mecklenburgische Geschichte. Von Dr. Hans Witte. Band II. Wismar, Hinstorffsche Verlagsbuchhandlung.

Der erste Teil dieses streng wissenschaftlichen und dabei doch volkstümlich geschriebenen, auf drei Bände berechneten Werkes ist im Jahre 1912 an dieser Stelle gewürdigt worden. Es ist zu sagen, daß das Lob einer auf der einschlägigen Literatur und vielen versteckten oder bislang völlig unbekannten Urkunden aufgebauten, durchaus selbständigen Leistung auch für den zweiten Band aufrechterhalten werden darf, und daß dieser die Darstellung inhaltlich um ein gutes Stück fördert: er führt die mecklenburgische Geschichte von der Reformation bis zum landesgrundgesetzlichen Erbvergleich, also vom Anfang des sechzehnten Jahrhunderts bis zum Jahre 1755. Z.

Die Deutschen in Rußland 1812. Von Paul Holzhausen. Berlin, Morawe & Scheffelt.

Ein anerkannter Kenner der napoleonischen Zeiten entwirft in diesem gut ausgestatteten Band ein anschauliches Bild von den Taten und Leiden der deutschen Truppen bei dem russischen Feldzug von 1812. Alle waren da, Preußen, Bayern, Sachsen, Thüringer, Westfalen, Württemberger, Badener, Hessen. Das Einvernehmen mit den Franzosen war nicht das beste; namentlich die Intendanz, „diese anmaßenden Mehlwürmer", ließ sich jeden Laib Brot, jedes Pfund Fleisch nur mit Widerstreben abringen, und das willkürliche Schalten mit den Truppenverbänden, die beliebig zerrissen wurden, erregte große Mißstimmung. Trotzdem fochten die Deutschen tapfer wie immer; am Ruhm und am Elend dieses einzigartigen Krieges haben sie ihren vollen Anteil. Den Gefangenen erging es manchmal schon deshalb schlecht, weil sie von dem allgemein russischen Haß gegen „die französischen Hunde" mit getroffen wurden. E.

Charaktere und Menschheitsprobleme. Eine Sammlung öffentlicher Vorträge, gehalten von Dr. Carl Schirren, weil. ord. Professor der Geschichte an den Universitäten Dorpat und Kiel. Kiel, W. G. Mühlau. 271 S. M. 6.—.

Der Gelehrte, der diese Vorträge gehalten hat, ist im Jahre 1910 als Fünfundachtzigjähriger gestorben. Er war ein mannhafter Balte und ein bedeutender Forscher besonders auf dem Gebiet der nordischen Geschichte. So haben unter den hier von seinem Sohn herausgegebenen Vorträgen den größten wissenschaftlichen Wert auch wohl die über zwei führende Geister aus der Vergangenheit Livlands, Walter v. Plettenberg und Patkul. Noch über viele andre Gebiete erstreckt sich der Gesichtskreis in diesem Werk: der Verfasser führt uns nach Australien und den Südseeinseln, er würdigt Dante und in einer besonders tief angelegten Rede Macchiavelli, er spricht von der Geschichte der französischen Revolution und von der Aufrichtung des neuen Deutschen Reiches. Wenn die Forschung ihn auch in manchen Einzelheiten überholt hat, so bleibt doch ein bedeutender wissenschaftlicher Gewinn. Die Form zeigt den gewandten, oft hinreißenden Redner. Br.

Charakterköpfe aus Deutschlands großer Zeit. 16 Federzeichnungen von Karl Bauer. Leipzig, B. G. Teubner. M. 3.

An die vom Standort modernen Kunstgefühls zum mindesten gewagte Aufgabe, eine große historische Epoche in den Gestalten ihrer Herolde und Führer für die Anschauung lebendig zu machen, durfte nur ein Meister des Porträts vom Range eines K. Bauer herantreten. Mit jedem neuen Blatte stand der Künstler vor einem ungemein gefährlichen Problem: sowohl künstlerisch eminente als allgemein-begreifliche Typen zu bilden, eine lange Reihe physiognomischer Individualitäten hindurch ist nicht zu erschöpfen, seine

Digitized by Google

künstlerische Kraft lebendig und rege zu halten. Hier drohte die Klippe, ins Handwerkliche herabzusinken, zu einem billigen Schema zu greifen, das der Not immer neue Erfindung hätte entziehen können. — Blättert man die Zeichnungen dieser Mappe durch, wird man sich nicht verhehlen, daß nicht alles gelungen ist, ja nicht gelingen konnte, denn ein so auf seelische Besonderheit und geistige Vertiefung gerichteter Künstler wie Bauer wird aus dem Antlitz eines Friedrich Wilhelm III. und seiner Gattin, eines Körner, York oder Gneisenau nicht viel zu machen wissen, obwohl ihm auch unter ihm fernerliegenden Charakteren Helden der Tat wie Scharnhorst, Stein, Blücher oder Jahn psychologisch überaus gut gelungen sind. Doch erst im Kreise geistiger Beherrscher weiß man ihn ganz in seinem Reich (wie seine großen Steinzeichnungen schon längst bewiesen haben): hier repräsentieren ihn restlos die von innen her durchleuchteten Bildnisse eines W. v. Humboldt oder Kleist, vor allem aber das Fichteporträt, das die Wucht und Starrheit dieses Willensheroen mit nicht mehr überbietbarer Eindringlichkeit deutlich macht. Im übrigen läßt sich sagen, daß kaum ein Blatt ohne Kraft und Leben geblieben ist, daß man doch überall den Reichtum künstlerischer Invention, die allem Kleinlichen entrückte meisterliche Freiheit des Federzuges aufrichtig bewundern wird, und daß die weitgehende Schätzung des Münchner Meisters durch diese (wenn auch nicht überall befriedigende) Gabe nur noch wachsen wird.

Oskar Beyer.

Ueber Universitäten und Universitätsstudium. Sechs Vorträge von Theobald Ziegler. („Aus Natur und Geisteswelt", Band 411). Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. Geb. M. 1.25.

Theobald Ziegler, nach Paulsens Tod der Berufenste, redet in diesem Werkchen aus reichster eigner Erfahrung, kritisch, aber auch aufbauend, über die moderne deutsche Universität, ja auch über die künftige, insofern Fragen der Universitätsreform aufgeworfen und beantwortet werden, ferner Universitätsgründungen heute sozusagen in der Luft liegen. Das Buch ist eine Enzyklopädie der Universitätspraxis und darum namentlich allen Vätern zu empfehlen, die Söhne auf eine Hochschule zu schicken haben.

H. Z.

Otto Jahn in seinen Briefen. Leipzig, Verlag von B. G. Teubner.

Ein (52 Seiten starkes) Lebensbild des Archäologen und Musikforschers von seinem Neffen Michaelis leitet die Briefe ein. Wie fesselt die Beschäftigung mit der Persönlichkeit des Mannes, der in seinem klassischen Fach und als Mozartbiograph Weltruf genießt! Eine arbeitsgierige, ausdauernde Natur, hart und fein, hier zäh, dort zerbrechlich, macht Jahn, von schlimmen Schlägen des Geschicks heimgesucht, den Eindruck, als habe er die Arbeit vollbracht, um ein Maß von Glück zu ersetzen, das ihm vom Leben versagt blieb. Nächst diesem allgemein psychologischen Interesse nehmen die Briefe durch die wissenschaftlichen Winke und durch die Umgebung Jahns unsre Teilnahme in Anspruch. Früh kam er in den Kreis derer um Robert Schumann. Der Händelforscher Chrysander, der Bachkenner Wilhelm Rust, der Theoretiker Moritz Hauptmann, dann Joh. Brahms und Gustav Freytag und wie sie alle heißen, gehörten zu Jahns geistiger Umwelt. Nicht immer blieb er so kritisch unbefangen, wie Chrysander gegenüber. Im allgemeinen hatte die musikalische Empfindungskraft des Gelehrten (der selber Lieder komponierte) immerhin eine enge Grenze, und das war gut so: denn sein Mozartbuch wäre gewiß eingeschlafen, wenn er sich nicht so starr gegen Wagner abgeschlossen hätte. Warum der Herausgeber Eugen Petersen fast alles Polemische, das sich ohne Zweifel auch in den Briefen findet, weggelassen hat, ist leicht zu erraten: Jahn ist im Wagnerjahr 1813 geboren, und dem Wagnergedenken stünde es nicht gut an, wenn der Gelehrte mit voller Abneigung gegen den Bayreuther Meister hervorträte. Doch dies ist nicht stichhaltig. Wir sind doch hoffentlich so weitherzig, Gegner und Feind zu unterscheiden! Und außerdem, wer so vieles geleistet wie Jahn, hat das Recht, einseitig zu sein.

Dr. K. Gr.

Auf hoher See (Leuchtende Stunden). Zirka 150 Abbildungen mit Text. Von Georg Engel. Berlin, Vita. M. 1.75.

In der bekannten schönen Ausstattung, von G. Engels gehaltvollen Worten begleitet, ist ein Album erschienen, das die Beziehungen deutschen Lebens und Wirkens zum Meere in einer langen Bilderreihe vor Augen führt. Vor allem natürlich die deutsche Seemacht, der Bau der Schiffe und ihrer Maschinen, Seemanöver, das Leben an Bord, Menschen und Szenen von der Wasserkante in Kolonie und Heimat, Fischfang und andre Tätigkeiten, die mit dem Meere zusammenhängen. Auch die Ansichten des Meeres selbst, der verschiedenfach bewegten Fluten, der mannigfaltigen Wasserstimmungen werden dem Buche das dauernde Interesse sichern, das es verdient.

B.

Historische Studien und Skizzen. Von August Fournier. Dritte Reihe. Wien, Tempsky.

Der bekannte Biograph Napoleons, Professor Fournier von der Universität Wien, gibt hier zum drittenmal eine Reihe von historischen Studien und Skizzen heraus, im ganzen achtzehn, von denen sechs durch Mit-

Digitized by Google

teilung bisher ungedruckter Dokumente besonders interessant sind. Wir nennen die geheime Polizei unter Joseph II., welche bezeichnenderweise vor allem das Wohlverhalten und die Pflichttreue der Beamten kontrollierte, nicht die Regungen freisinniger Opposition, wie später; Schillers Wallenstein und die österreichische Zensur; Karl August in Karlsbad 1807; Zur Heirat Napoleons mit Maria Luise; Der sterbende Napoleon; Lola Montez, über welche geheime Berichte an Metternich im Wortlaut veröffentlicht werden; Laubes Berufung ans Burgtheater; Das Lebenswerk Franz Josephs I. Egelhaaf.

Carlyles Sartor Resartus. Ein Beitrag zum Verständnis Carlyles. Von Dr. Albrecht Ströle. Tübingen, J. C. B. Mohr (P. Siebeck). M. 1.20. (Sammlung gemeinverständlicher Vorträge und Schriften aus dem Gebiet der Theologie und Religionsgeschichte, Nr. 72.)

Der Verfasser hat mit viel Lust und Liebe seine Aufgabe gelöst und die Bedeutung dieses Werks, das seinem Gedankengehalt nach zu den hervorragenden Büchern der Weltliteratur gehört, gewürdigt. Insbesondere hat er die Geschichte der Entstehung der Dichtung erhellt, die ein Stück Selbstbiographie Carlyles ist und von gewaltigem Einfluß auf seine Zeitgenossen war und noch heute die alte Wirkung ausübt. Dr. E. M.

Korbs Diarium itineris in Moscoviam und Quellen, die es ergänzen. Beiträge zur moskowitisch-russischen, österreichisch-kaiserlichen und brandenburgisch-preußischen Geschichte aus der Zeit Peters des Großen. Von Friedrich Dukmeyer. Bd. I und II. Berlin, E. Ebering.

Im Jahre 1698 schickte Kaiser Leopold I. als seinen Gesandten den Hofkriegsrat v. Guarient mit zahlreichem Gefolge nach der Zarenstadt Moskau. Nach der am 27. September 1699 erfolgten Heimkehr veröffentlichte der Gesandtschaftssekretär Joh. G. Korb ein umfangreiches, mit vielen Kupfern geziertes Werk in lateinischer Sprache: „Diarium itineris in Moscoviam", das wegen seiner Enthüllungen über die Verhältnisse im Zarenreiche und besonders am Hofe zu Moskau überall große Beachtung fand, während Zar Peter es vergeblich zu unterdrücken suchte. Dr. Fr. Dukmeyer hat seine zweibändige kritische Ausgabe dieser äußerst interessanten Tagebuchaufzeichnungen, die in den von Dr. Ebeling herausgegebenen „Historischen Studien" (Heft LXX und LXXX) erschienen ist, durch die ihnen beigegebenen, sorgsam ausgewählten Ergänzungen aus andern zeitgenössischen Quellen zu einem umfassenden Gesamtbilde der politischen und kulturellen Zustände des damaligen Rußland und der Vorgänge am Hofe Peters des Großen erweitert. Höchst lebensvoll tritt namentlich die gewaltige Gestalt des großen Reformators selbst mit ihren Schatten- und Lichtseiten vor uns hin. A.

Die Tochter des Erbvogts. Roman aus Krakaus deutscher Zeit. Von Raimund Friedr. Kaindl. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Bei dem wiedererwachenden Interesse für historische Romane wird Kaindls Erzählung sich bald zahlreiche Freunde erwerben. Wer nur immer Anteil nimmt an der Geschichte der Deutschen, vor allem an den Kämpfen um die Bewahrung ihrer Eigenart mit und zwischen fremden Völkern, dem sei dieser Roman ans Herz gelegt. Den Hintergrund der Erzählung bildet der gewaltige Kampf, den im Anfang des vierzehnten Jahrhunderts die Krakauer Deutschen um ihr deutsches Recht und die Erhaltung ihrer deutschen Eigenart zu führen hatten und der in ihrem Versuch gipfelte, mit Hilfe ihrer Verbündeten einen deutschen Fürsten auf den kleinpolnischen Thron zu setzen. Ein reiches Kulturbild zeigt sich uns, um so fesselnder, da über das Leben dieser deutschen Vorposten bisher fast nichts bekannt war. Der Verfasser ist als Geschichtschreiber der Karpathendeutschen hochangesehen, und der Name Kaindl wird überall mit Verehrung genannt, wo Sinn für die Geschichte und die Erhaltung der Eigenart der Deutschen in den Karpathenländern ist. z.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Die Frauen um Goethe

Weimarer Interieurs
Von Dr. Paul Kühn

Band I: 7. Tausend, Band II: 5. Tausend

Mit 50 Tafeln

Geheftet . . . . . je M. 5.—
Kartoniert . . . . . je M. 6.—
In Leinen gebunden . . je M. 6.50
In Leder oder Seide geb. je M. 10.—

Die Frauen um Goethe, Weimarer Interieurs, heißt ein zweibändiges Werk von Dr. Paul Kühn. Das sollte jeder gelesen haben, gar jeder, der Goethe ganz erfassen, der Einblick in dieses wunderbar liebe Hofnest gewinnen will. Vor allem jedoch jene, die am unzerfaserten, durch eine liebevolle Tradition im deutschen Volke eingewurzelten Idealbegriff „Goethe" festhalten, dennoch aber eine verständnis- und liebevolle Sichtung auf Grund neuester Forschungsergebnisse nicht missen wollen, mögen darnach greifen. Ebenso jene, die das anheimelnde traute Alt-Weimar und alle seine Größen der goethischen Zeit kennen lernen wollen. Nicht zuletzt auch jene Leser, denen es um ein in edler Sprache geschriebenes Buch zu tun ist. „Grazer Tageblatt."

Johanna Schopenhauer

Ein Frauenleben aus der klassischen Zeit

Mit 8 Tafeln

Geheftet . . . . M. 4.—
Gebunden . . . M. 4.80

Jetzt, wo allenthalben die Erinnerung an die große Zeit vor 100 Jahren geweckt ist, ist es ganz besonders fesselnd, ein Buch zu studieren, das wie das vorliegende tiefen Einblick gewährt in das Leben und Treiben, die geistige und gesellschaftliche Kultur jener Periode. Unserer Frauenwelt sei es ebenso warm empfohlen, wie denen, die sich für die Goethezeit oder für Arthur Schopenhauer interessieren.

Pilgerfahrten in Italien

Von Olga von Gerstfeldt und ::: E. Steinmann :::

Mit 2 Heliogravüren und 24 Tafeln

Geheftet . . . . . M 6.—
Gebunden . . . . . M 7.50
In Leder gebunden M 10.—

Die 3. von Marcus Behmer prächtig geschmückte Auflage wurde soeben ausgegeben

Das „Berliner Tageblatt" urteilt über die 2. Auflage: „Reich und vielgestaltig ist der Inhalt dieses formvollen, farbensprühenden Buches. Es ist nicht nur ein poetisch empfundenes, sondern auch kulturgeschichtlich höchst wertvolles Werk, voll von bester Kennerschaft und deshalb für alle ein Gewinn, die vom Leben und Wesen Italiens eine tiefere Einsicht erwerben wollen."

Segantinis Briefe und Schriften

Volks-Ausgabe

Geheftet . . . M. 3.—
Gebunden . . M. 3.60

Der „Türmer" schreibt darüber: „Ein Buch von hoher Schönheit sind Giovanni Segantinis Schriften und Briefe, die die Tochter des großen Künstlers herausgegeben hat. Des großen Einsamen aus der gewaltigen Alpenwelt Selbstbiographie, Schriften und Gedanken über Kunst, Selbstbekenntnisse und Briefe, sind hier zusammengeschlossen zu einem Denkmal reinsten Künstlergeistes und edler starker Männlichkeit. Der Künstler Segantini ist in seinem Besten zu verstehen, wenn man auf diese Weise dem prächtigen Menschen nahegekommen ist."

Verlagsbuchhandlung von Klinkhardt & Biermann in Leipzig

Digitized by Google

Der Deutsche Krieg

Politische Flugschriften. Herausgegeben von **Ernst Jäckh**

Jedes Heft 50 Pfennig. **Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart**

— Neue Hefte: —

24: **Ernst Jäckh**, Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft.

25: **Anton Fendrich**, Der Krieg und die Sozialdemokratie.

26: Dr. **Hugo Böttger**, Das Geld im Kriege.

27: **L. Niessen-Deiters**, Krieg, Auslanddeutschtum und Presse.

Diese hochinteressanten Flugschriften eignen sich ganz besonders auch zur

Versendung an alle den gebildeten Ständen angehörenden Krieger im Feld.

Umschläge hierzu (Feldpostbrief, Porto 10 Pfg.) durch jede Buchhandlung, auf Wunsch auch direkt von der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart zum Preis von je 2 Pfennig.

Historisch-politische Aufsätze und Reden

von

Hermann Oncken

Professor an der Universität Heidelberg

2 Bände. 742 Seiten 8°. Elegant gebunden Preis M 12.50.

... Er behandelt also vorwiegend mit dem weiten, geschulten Blick des Historikers mancherlei Fragen, die auch für das pulsende Leben der Gegenwart Bedeutung haben. ... Mögen Onckens Reden und Aufsätze dazu beitragen, gerechtes und besonnenes politisches Denken in deutschen Landen zu verbreiten ... **Kölnische Zeitung.**

... Das zweibändige Werk enthält 24 kleinere historische Aufsätze und Reden, die zum größten Teil in engen Beziehungen mit der Gegenwart stehen und daher auch aktuelle politische Bedeutung haben ... **Heidelberger Tageblatt.**

... Oncken, der Heidelberger Historiker, wird mit seiner Geschichtsschreibung den Forderungen des Lebens wie kein zweiter gerecht ... Man liest darum die beiden Bände seiner kleinen Schriften wie ein Stück Gegenwartsgeschichte, mit so lebendigem Anteil, als gingen alle diese Probleme uns selbst an ... Im letzten Grunde ist damit das allgemeine Programm bezeichnet, das diese Aufsätze mitten in die Gegenwart stellt und zugleich zu starken Trägern der Zukunft macht: sie dienen „der Politisierung der Nation auf der Grundlage historischer Bildung". **Badische Neueste Nachrichten.**

... Ein Werk, das in seinem Charakter als historisch-politisch zu bezeichnen ist, das an Rankes rein historisches Erkenntnisstreben anknüpft, aber gern die befruchtenden Probleme der Gegenwart aufrollt, hat uns noch kurz vor dem Ausbruch des Weltkrieges der bekannte und bedeutende Heidelberger Historiker Hermann Oncken beschert. Politisierung der Nation auf der Grundlage der historischen Bildung bezweckt diese Zusammenstellung der meist als Broschüren schon herausgegebenen Reden und Aufsätze ... **Anhaltisches Tageblatt.**

Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin

Verantwortlich für den Inseratenteil: Richard Neff in Stuttgart.
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart. — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württbg.

Digitized by Google

Vierzigster Jahrgang — März 1915 — Preis viertelj. 6 Mark
Beim Postbezug ohne Bestellgeld

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Inhalts-Verzeichnis

Seite

Philipp Zorn: Wer trägt die Schuld? Eine völkerrechtliche Untersuchung . . 249
Dr. J. **Lulvès**, Archivrat (Hannover): In welcher Weise hat sich Englands Freundschaft für Italien in der Vergangenheit geäußert? 265
Reinhold v. Thadden-Trieglaff: Erinnerungen an den Fürsten Bismarck . . . 278
Professor **Otfried Müller**, Direktor der medizinischen Klinik in Tübingen: Die Bedeutung seelischer Kultur und Gesundheit im Kriege 291
Kirchhoff, Vizeadmiral z. D.: Englands Allmacht zur See?! 305
Zur heutigen Kriegslage: ist Italien auf dem Irrwege an der Adria? Von einem früheren österreichisch-ungarischen Diplomaten 311
D. v. Stockert-Meynert: Frankreich nach der Niederlage vom Jahre 1870. Ballonbriefe des Professors Henri Montucci von der französischen Militärschule St. Cyr (Schluß) 319
v. Görtz, Generalleutnant z. D.: Die Rückkehr Napoleons I. von Elba am 1. März 1815 328
Freiherr v. Hengelmüller: Englische Bemühungen um die Gewinnung amerikanischer Freundschaft. Ein Beitrag zur diplomatischen Geschichte der jüngsten Zeit. II. 335
F. v. Wantoch-Rekowski: Italienische Erinnerungen. II. 341
H. Wittmaack: Der Fall der „Dacia" 347
Martin Conrad: Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850. Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell (Fortsetzung) 351
Fritz Hoffmann, Konteradmiral z. D. (Kiel): Der deutsch-englische Seekrieg . . 358
Professor **J. Schwalbe**, Geh. Sanitätsrat (Berlin): Aus der Organisation der weiblichen Kriegskrankenpflege 361
England und die Neutralen. Eine Berichtigung von holländischer Seite . . 371
Literarische Berichte 372

Stuttgart — Deutsche Verlags-Anstalt — Leipzig

1915

Preis des Jahrgangs 24 Mark

Digitized by Google

Bromwasser von Dr. A. ERLENMEYER
Erprobt und bewährt bei

Schlaflosigkeit und Nervosität

In Apotheken und Handlungen natürlicher Mineralwässer. Einzelgabe 75 ccm = 1 gr Bromsalze. :: Diese 2 bis 3 mal täglich.
Größere Gaben auf ärztliche Verordnung.
Dr. Carbach & Cie. in Bendorf am Rhein

Wiesbaden ✱ Hotel Vier Jahreszeiten
Vornehmes Haus I. Ranges
Badehaus mit direkter Zuleitung von der Quelle

Deutsche Reden in schwerer Zeit
Buch-Ausgabe Gebunden 4 Mark

Die Reden Berliner Hochschullehrer, die in diesem Sammelbande vereinigt sind, erschließen einen Born, aus dem immer wieder neuer Mut, neue Kraft, neue Zuversicht fließen. Die inneren Werte, die wir in den ersten Wochen des Krieges gewonnen haben, uns als unverlierbares Eigentum zu erwerben, uns immer wieder daran zu erinnern, daß dieser Kampf den höchsten und heiligsten Gütern unseres Volkes gilt, die tiefsten Ursachen dieses Krieges verstehen zu lernen: das sind die Aufgaben, die diese Reden zu erfüllen haben. In verschiedenen Gegenden Berlins gehalten, versammelten sie eine vieltausendköpfige Zuhörerschaft aus allen Kreisen des Volkes. Aber über den naturgemäß beschränkten Teilnehmerkreis einer öffentlichen Veranstaltung mußten sie hinausgetragen werden, um im ganzen deutschen Volke, bei den Daheimgebliebenen und bei den Truppen ihre Wirkungen zu tun. Deshalb erschienen sie für das Bedürfnis des Tages in einzelnen Heften und gelangen nun in einem Bande gesammelt zur Ausgabe, in der Reihenfolge, in der sie gehalten wurden.

Der Band enthält folgende zwölf Reden:

Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff: Krieges Anfang Rede vom 27. August 1914
Gustav Roethe: Wir Deutschen und der Krieg Rede vom 3. September 1914
Hans Delbrück: Über den kriegerischen Charakter des deutschen Volkes Rede vom 11. September 1914
Otto von Gierke: Krieg und Kultur Rede vom 18. September 1914
Adolf Lasson: Deutsche Art und deutsche Bildung Rede vom 25. September 1914
Adolf von Harnack: Was wir schon gewonnen haben und was wir noch gewinnen müssen Rede vom 29. September 1914
Wilhelm Kahl: Vom Recht zum Kriege und vom Siegespreis Rede vom 9. Oktober 1914
Alois Riehl: 1813 — Fichte — 1914 Rede vom 23. Oktober 1914
Theodor Kipp: Von der Macht des Rechts Rede vom 30. Oktober 1914
Max Sering: Die Ursachen und die weltgeschichtliche Bedeutung des Krieges Rede vom 5. November 1914
Adolf Deißmann: Krieg und Religion Rede vom 11. November 1914
Franz von Liszt: Von der Nibelungentreue Rede vom 18. November 1914

Jede Rede ist auch einzeln für 50 Pfennig lieferbar.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 43 44.

Digitized by Google

Wer trägt die Schuld?

Eine völkerrechtliche Untersuchung

von

Philipp Zorn[1])

I

Bis in die letzten Tage des Julimonats 1914 ging die Welt, gingen insbesondere wir in Deutschland ruhig unsrer Arbeit und unsern Geschäften nach, das Unheil nicht ahnend, das nach wenigen Wochen die gesamte zivilisierte Welt, insonderheit die großen alten Kulturmächte Mitteleuropas, in grauenhafter Weise erfüllen sollte.

In den ersten Tagen des August war der Weltkrieg ausgebrochen, der wohl, angesichts der heutigen Heeresmassen und Zerstörungsmittel als der furchtbarste Krieg der ganzen Weltgeschichte bezeichnet werden darf. Tausende von blühenden Menschenleben sind dahingemordet, die friedliche Arbeit der Menschen ist in einem großen Teile der Kulturwelt in weitem Umfange darniedergeworfen, große Länderstrecken und blühende Städte sind zertreten, zertrümmert und vernichtet; Deutschland und Oesterreich-Ungarn bluten aus tausend, Frankreich und Rußland bluten aus hunderttausend Wunden, das alte Kulturland Belgien ist als Staat vernichtet und als Land und Volk den furchtbarsten Leiden ausgesetzt; England hat zwar, seinen alten Traditionen folgend, in erster Linie seine Bundesgenossen für sich bluten und sterben lassen, aber trotz der virtuosen Meisterschaft Englands in der Ausnützung anderer für seine Zwecke blutet auch England jetzt schon aus tausend Wunden, und von Tag zu Tag werden diese Wunden Englands furchtbarer und zahlreicher werden; im nahen und fernen Orient ist das Meer der wilden Volksleidenschaften teils schon zu furchtbarem Sturme entfesselt, teils gärt und brodelt es in der Tiefe und harrt nur des geeigneten Augenblicks zum Ausbruch des Sturmes; bis an die äußersten Enden der Erde tobt der furchtbare Kampf nicht nur in Belgien und Frankreich und Polen und am Kaukasus, auch am Kap Hoorn und den Falklandsinseln, in Nord- und Südafrika, in Mittel- und Ostasien fallen die vernichtenden Schläge, die

[1]) Reiches urkundliches Material gibt Strupp in „Deutschland und der Weltkrieg" (Breslau 1914); die Struppsche Arbeit ist mir erst nach der Vollendung meiner Abhandlung zugegangen.

Copyright 1915 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Tausende von Menschenleben und Milliarden von Werten rettungslos vernichten. Und die Erbitterung und Verbitterung der Menschen ist zu einem Grad der Siedehitze gestiegen, daß zurzeit noch jedenfalls kein Ende des unendlichen Jammers und Elends der Menschheit abzusehen ist.

Da erhebt sich mit furchtbarer Gewalt und mit furchtbarem Ernst die Frage: wer trägt die Schuld an diesem namenlosen Elend, das die ersten Tage des August 1914 über die Welt und insonderheit über denjenigen Teil der Welt gebracht haben, der die wunderbaren Schätze der Arbeit der Jahrhunderte, ja der Jahrtausende, in erster Linie in sich birgt, der großen Menschheitsarbeit, die wir als Kultur und Zivilisation zu bezeichnen uns gewöhnt haben, der Schätze, die jetzt täglich und stündlich in allen Teilen der bewohnten Erde mit wilder Gewalt in Trümmer geschlagen werden — wer trägt die Schuld?

Edle Menschenfreunde, denen freilich auch naive Phantasten und, was schlimmer ist, verbrecherische Betrüger sich gesellt hatten, ohne daß man diese drei Gruppen der „Pazifisten" voneinander klar unterscheiden konnte, hatten für das zwanzigste Jahrhundert eine Aera des Völkerfriedens prophezeit und verkündet — aber die Gruppe der verbrecherischen Betrüger hat gesiegt und die andern Gruppen der Pazifisten bis zur Lächerlichkeit erniedrigt. An Stelle des Weltfriedens trat der Weltkrieg: erst in verschiedenen Vorstufen, der allem Recht Hohn sprechenden Vernichtung der Burenrepubliken, dem wilden Gemetzel des Russisch-Japanischen Krieges in Ostasien und des großen Balkankrieges von 1912 — dann kam der furchtbare Weltkrieg von 1914.

Wer trägt die Schuld?

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Vor kurzem ist — von Harden — mit Energie die Ansicht vertreten worden, die Untersuchung über die Schuldfrage sei nunmehr nach Ausbruch des Krieges ganz gegenstandslos; wir teilen diese Ansicht nicht. Dieser Krieg ist ein so furchtbar schweres Verbrechen an der Menschheit, daß die Schuldfrage vielmehr heute und für alle Zeiten eine der größten Fragen ist und bleiben wird, die die Weltgeschichte zu beantworten verpflichtet ist. Und wohl dem Staate und seinen Staatsmännern, die aus dieser Untersuchung mit reinen Händen und reinem Gewissen hervorgehen werden. Man müßte an allen ethischen Werten der Menschheit — um des göttlichen Gerichtes gar nicht zu gedenken! — verzweifeln, wenn die Staaten und Staatsmänner, die den Weltkrieg von 1914 entfesselt haben, nicht ein furchtbares Strafgericht der Geschichte treffen würde. Darum hat seit Ausbruch des Krieges diese Schuldfrage in aller Welt die Geister und die Gewissen beschäftigt und diese Erörterung wird fortdauern, bis das Urteil gefällt ist. Ganz besonders haben über diese Frage auch die Amerikaner sich in Rede und Gegenrede ergangen. Vor mir liegen amerikanische Blätter[1]), in denen ein hervorragender Jurist, James M. Beck, former assistant Attorney General of the United States, die Frage behandelt, und zwar, wie

[1]) The „New York Times", 25. Oktober 1914.

Digitized by Google

er betont, nach den höchsten Gesichtspunkten, die er für anwendbar erachtet: nach den Gesichtspunkten des formalen Rechtes, nach denen der Richter einen Rechtsfall entscheidet. („In the Supreme Court of Civilization: The case of the Double-Alliance vs. The Triple Entente.")

Das Urteil, zu dem der amerikanische Jurist gelangt, ist falsch, und zwar besonders deshalb, weil Fragen des Staats- und Völkerrechtes niemals nach juristisch-formalen Gesichtspunkten allein entschieden werden dürfen, sondern immer nur unter Zuhilfenahme der historisch-dynamischen Gesichtspunkte, die den formalen Rechtsstreit beherrschen. In meiner fast zwei Menschenalter umfassenden Lehrtätigkeit als akademischer Lehrer des Staats- und Völkerrechts habe ich unzählige Male meinen deutschen und nichtdeutschen Schülern gegenüber mich dahin ausgesprochen, daß dies im Unterschied ja im Gegensatz zum bürgerlichen Recht der Kernpunkt der Methode des öffentlichen, des Staats- und Völkerrechts sein müsse, wenn man nicht einem öden Formalismus verfallen wolle, der die Gefahr in sich trage, höchstes Recht zum höchsten Unrecht zu erniedrigen oder höchstes Unrecht zum höchsten Recht zu verfälschen. Der amerikanische Jurist aber versäumt völlig, die großen historisch-dynamischen Gesichtspunkte zu würdigen, welche die Mordkatastrophe von Serajewo und den österreichisch-ungarisch-serbischen Streitfall beherrschen und gelangt deshalb zu lauter falschen Schlüssen. Deutschland ist im tiefsten Frieden von Rußland, Frankreich und England überfallen worden und ringt nun im schwersten Kriege um sein Dasein: das ist die einmütige Ueberzeugung des ganzen deutschen Volkes, und wenn der amerikanische Jurist jetzt nach fünf Monaten schwerster Kriegszeit nur einen Tag in Deutschland weilte, würde er erkennen, wie völlig sinnlos seine Scheidung zwischen dem deutschen Volk und seinem Kaiser, als dem Haupt der „Potsdamer Kamarilla", ist; der Kaiser und das deutsche Volk sind untrennbar verbunden und vereinigt auf Leben und Tod.

Der amerikanische Jurist beschuldigt neben zahlreichen anderweitigen Anklagen Deutschland der Unterdrückung der Urkunden von entscheidender Bedeutung, insbesondere der diplomatischen Korrespondenz mit Oesterreich-Ungarn, vor allem insoweit sie an den Verbündeten eine Mahnung zur Mäßigung enthielten. Aber, so fragen wir ihn im tiefsten Ernste: haben denn England, Rußland und Frankreich alle Urkunden, insbesondere diejenigen über ihre Kriegsvorbereitungen und Abmachungen gegen Deutschland veröffentlicht? Wir machen den Staaten des Dreibundes daraus keinen Vorwurf. Aber es ist sinnlos, Deutschland einen solchen Vorwurf zu machen. Kein Staat der Welt, auch nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, kann alle Urkunden seiner politischen und diplomatischen Arbeit veröffentlichen. Man braucht wahrlich kein Staatsmann zu sein, um dies als eine selbstverständliche Notwendigkeit anzuerkennen.

Inmitten des mörderischen Weltkampfes ist vielleicht der Zeitpunkt zu einer ruhigen Erörterung der Frage noch nicht gekommen. Dennoch unternehme ich das Wagnis in dem ernsten Bemühen, die Frage nach den strengen Erforder-

Digitized by Google

nissen des Staats- und Völkerrechts in gewissenhafter Weise zu behandeln und gedenke dabei hauptsächlich meiner amerikanischen Freunde, sie bittend, ja von ihnen fordernd, in ehrlicher ernster Prüfung zu meinen Ergebnissen Stellung zu nehmen. Mit inhaltslosen Redensarten wie dem „deutschen Militarismus", deren sich jeder denkende Mensch im Hinblick auf die andern Staaten der allgemeinen Wehrpflicht sowie auf den Anspruch Englands, mit seiner Seemacht das freie Meer und die Welt zu beherrschen, schämen müßte, will ich bei meiner Untersuchung allerdings nichts zu tun haben; die Gründe, die mich vollauf berechtigen, die Phrase vom „deutschen Militarismus und Imperialismus" als eines ernsten Menschen unwürdig abzulehnen, ergeben sich aus der späteren Untersuchung von selbst.

Und die schweren Beleidigungen, die der amerikanische Jurist gegen unsern Kaiser, gegen den Reichskanzler und die deutsche Diplomatie schleudert, weise ich in aller Ruhe als ebenso „arrogant" wie „most unreasonable" zurück, ohne mich damit weiter zu beschäftigen. Aber ich verweise als Jurist den amerikanischen Juristen in tiefem Ernste auf den obersten Grundsatz aller Rechtsprechung, den er aufs gröblichste und gewissenloseste verletzt und mit Füßen getreten hat: daß ein „Urteil" Beleidigungen oder gar rohe Schimpfworte nicht enthalten darf. Der Historiker darf sein Urteil auch in scharfe harte Worte kleiden, und ich selbst nehme dies Recht im folgenden auch für mich in Anspruch. Auch Herr James Beck hätte sich damit begnügen und sich nicht das Mäntelchen des „Juristen" umhängen sollen; er hätte sich damit vor der Heuchelei, die er fälschlich unserm Reichskanzler vorwirft und die Welt vor der bewußten Täuschung bewahrt, als sei sein politisches Pamphlet für den Dreiverband ein juristisches „Urteil".

II

In einer Unterredung mit Sir Edward Grey hat der österreichische Botschafter in London, Graf Mensdorff, erklärt: hätte Serbien seine Pflicht als ehrenhafter Staat erfüllt und sofort nach der grauenvollen Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares eine energische Verfolgung der Mörder in die Wege geleitet, so wäre der furchtbare Weltkrieg von 1914 ganz von selbst vermieden worden. (Vgl. Englisches Blaubuch S. 2.) Diese Erklärung des Grafen Mensdorff ist richtig und bildet den Kernpunkt der ganzen Untersuchung der Schuldfrage, soweit die unmittelbare Kriegsursache, die causa proxima, in Betracht kommt.

Schon 1909 nach der Einverleibung von Bosnien-Herzegowina in die österreichisch-ungarische Monarchie drohte der Bruch zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn und damit der Ausbruch des Weltkrieges. Unter König Milan war Serbien ein geordneter anständiger Staat, und ich werde nie das Wort eines jungen hochbegabten serbischen Staatsmannes vergessen, das er auf der ersten Haager Friedenskonferenz zu mir sprach: König Milan hat die für Serbiens Wohl allein richtige Politik befolgt, indem er Serbien an Oesterreich

Digitized by Google

anlehnte. — Dafür mußte die Dynastie Milan auf russisches Anstiften in grauenhafter Weise gemordet werden.

Unter ungeheuren Mühen der europäischen Staatsmänner wurde 1909 die Gefahr des Weltkrieges abgewendet. Serbien gab Oesterreich-Ungarn gegenüber die Erklärung vom 31. März 1909 ab, die dazu bestimmt war, Oesterreich-Ungarn zu sichern gegen die unaufhörlichen, den Frieden, ja die Existenz der Donaumonarchie bedrohenden Wühlereien Serbiens. Durch ihre Anerkennung dieser Erklärung hatten die Großmächte eine Art Gesamtbürgschaft für das Wohlverhalten Serbiens übernommen.

Aber die verbrecherischen Agitationen im Gebiete des serbischen Staates gegen Oesterreich-Ungarn hörten nicht auf; es ist zweifellos festgestellt, daß daran sowohl höhere Militärs als auch Zivilbeamte beteiligt waren, ohne daß von Staats wegen ein Einschreiten im Sinne der durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich übernommenen Verpflichtung stattfand.

In den Anlagen zum österreichisch-ungarischen Ultimatum ist dies des näheren dargelegt. (Deutsches Weißbuch S. 21 bis 23.)

Jahrelang enthielt sich Oesterreich-Ungarn in fast unbegreiflicher Geduld eines energischen Vorgehens gegenüber dieser gefährlichen Agitation eines kleinen, noch dazu übelbeleumundeten Staates gegenüber einer alten historischen Großmacht, an deren Spitze die verehrungswürdigste Herrscherpersönlichkeit der Welt stand, einer Wühlarbeit, die geradezu gegen die Grundlagen der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichtet war.

Da trat dann schließlich jenes grauenhafte Ereignis vom 28. Juni 1914 ein: der Mord des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares in Serajewo.

Nach den meisten Strafgesetzgebungen wird der Mord eines Menschen durch einen andern Menschen mit dem Tode, nach andern mit dem unbedingten Ausschluß aus der menschlichen Gesellschaft bestraft. Nach der einfachen Logik des menschlichen Denkens muß auch die Todesstrafe oder der dauernde Ausschluß aus der Staatengesellschaft über einen Staat verhängt werden, der zum Mörder geworden ist. Der Mörder des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares aber ist der Staat Serbien. Es war von Anfang an ganz klar, ist überdies durch die Gerichtsverhandlung zur vollen Evidenz sichergestellt worden, daß der Mord nicht allein auf serbischem Boden vorbereitet und mit serbischen Mordwerkzeugen ausgeführt worden ist, sondern daß die feigen Mordbuben mit hohen serbischen Militär- und Zivilpersonen in Verbindung standen und deren Unterstützung hatten, ja daß ihre Verbindungen direkt bis ins serbische Königshaus, dem ja der Meuchelmord nichts Fremdes ist, reichten.

Wir müssen von allen ehrlich und gerecht denkenden Menschen der Welt, wir müssen insonderheit von allen, die auf das Ehrenwort Christenmenschen Anspruch erheben — und ich persönlich denke dabei in erster Linie an meine amerikanischen Freunde —, fordern, daß sie sich über die Lage der Dinge in strengster Gewissensprüfung Rechenschaft ablegen. Die Welt, wenn auch nicht ohne Anzeichen politischer Unruhe, doch im ganzen im tiefsten Frieden der

Digitized by Google

Arbeit und des Schaffens; die Fürsten und Staatsmänner bis dahin, wenigstens dem äußeren Anscheine nach, ehrlich und in angestrengtestem Mühen darauf bedacht, der Welt die Segnungen des Friedens zu erhalten; der Deutsche Kaiser, gegen den man bald nachher die unerhörtesten und niederträchtigsten Vorwürfe zu schleudern sich nicht entblödete, zur Erholung in den norwegischen Meeren weilend und sich in tiefster Ruhe der wunderbaren Landschaft und erhebender poetischer Erinnerungen altnordischer Heldensagen freuend; die Menschen allüberall in emsiger und arglosester Friedenstätigkeit.

In diese im ganzen immerhin ruhige Weltlage dröhnt plötzlich der Donnerschlag einer der gemeinsten Mordtaten, die die Weltgeschichte zu verzeichnen hat: feige Mordbuben töten ein edles Menschenpaar, morden in scheußlichster Weise den durch schönste menschliche Eigenschaften ausgezeichneten Thronfolger einer der größten Monarchien der Welt, einer alten ehrenvollen Groß- und Kulturmacht der europäischen Völkerfamilie und beflecken dadurch die Geschichte der Welt und besonders der alten europäischen Kulturvölker mit einer Schandtat ohnegleichen. Und die Verantwortung dieser Schandtat ohnegleichen tragen nicht in erster Linie die verkommenen Subjekte, die sie begangen haben, sondern ein europäischer Staat, allerdings ein Staat, dessen neueste Geschichte eine Kette von Ruchlosigkeiten und Mordtaten enthält, ein Staat, derart mit Schandtaten befleckt, daß der alte, einst so hochstehende und von wahrer Frömmigkeit erfüllte Aristokrat unter den Staaten Europas, daß England — England! — es jahrelang für unter seiner Würde hielt, mit diesem Staat amtlichen Verkehr zu pflegen, ein Zeichen der Verachtung, wie es in so markanter Weise im internationalen Staatsleben der Neuzeit sonst niemals vorgekommen ist. Der Staat Serbien ist der wahre Mörder des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares, und heute ist England — der intime Bundesgenosse dieses Mörders! Können die alten vornehmen Familien Englands, können die englischen Christen den Gedanken dieser intimen Bundesgenossenschaft mit einem Mörderstaat ertragen? Für diese gewaltigen Dinge hat der große amerikanische Jurist James Beck kaum ein Wort, geschweige denn, daß er sie, wie er mußte, zur Grundlage seiner ganzen Untersuchung genommen hätte. Darum aber ermangelt dieses ganze „juristische" „Urteil" jedes festen Bodens.

Ein Schrei des Entsetzens ging — das stellen wir gerne fest — durch die ganze gesittete Welt, durch alle Völker diesseits und jenseits der Meere. Das Mitgefühl aller anständigen Menschen wandte sich allgemein dem hochbetagten, schwergeprüften Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn zu.

Wie aber verhielten sich die Staaten? Und nun hat die Weltgeschichte eines ihrer traurigsten, ja es muß ausgesprochen werden: eines ihrer schändlichsten Kapitel zu berichten. Nun beginnt die Wirksamkeit dessen, was ich oben die historisch-dynamischen Kräfte nannte, und aus der gemeinsten Mordtat der Weltgeschichte, dem Mord von Serajewo, glaubten große Groß- und Kulturmächte — England und Frankreich! — ihre politischen Vorteile zur Vernichtung Deutschlands ziehen zu müssen. Die Weltgeschichte wird, das ist unsre felsenfeste

Digitized by Google

Ueberzeugung in Deutschland, die weiteren Vorgänge als eines ihrer schändlichsten und zugleich raffiniertesten Kapitel buchen müssen.

Zunächst verhielt sich Oesterreich-Ungarn fast einen Monat lang abwartend, in der Hoffnung, daß Serbien das Erforderliche zur Sühne des grauenhaften Mordes tun würde. Serbien aber tat nichts, um die Schandtat zu sühnen, und keine der Mächte, die in Serbien maßgebenden Einfluß hatten, weder Rußland noch England noch Frankreich, rührten auch nur den Finger, um Serbien zur Erfüllung seiner Ehrenpflicht der Sühne der grauenhaften Mordtat anzuhalten.

Nach längerem Zuwarten erging dann das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien, das unter eingehender Begründung (vgl. besonders Deutsches Weißbuch, S. 21 bis 23) zehn Forderungen an Serbien stellte, die sich auf Verfolgung der Mordtat und endgültige Abstellung der serbischen Wühlereien gegen die Donaumonarchie durch Vereine und Presse bezogen. Es ist hier nicht erforderlich, alle Einzelpunkte des Ultimatums zu besprechen.

Für Annahme des Ultimatums war die kurzbemessene Frist von achtundvierzig Stunden gestellt (Deutsches Weißbuch, S. 11 bis 14).

Es muß ohne weiteres zugegeben werden: die Forderungen des österreichisch-ungarischen Ultimatums waren scharf, und die Zeitbemessung für dessen Annahme war kurz. Aber das hatte seine guten Gründe.

Hier muß ein Punkt aufs schärfste hervorgehoben werden: Bei den weiteren Unterhandlungen, speziell mit England und Rußland, hat Oesterreich-Ungarn immer aufs neue betont: jeder Gedanke an Gebietserweiterung auf Kosten Serbiens liege ihm durchaus fern (Deutsches Weißbuch, S. 5 und an andern Stellen). Und zweitens muß betont werden: so entschieden und streng auch die Forderungen Oesterreich-Ungarns in bezug auf Sühne der Mordtat und Abstellung der serbischen Wühlereien gegen die Donaumonarchie waren: keine dieser Forderungen enthält eine „Erniedrigung" Serbiens oder gar die Aufrichtung eines „Vasallenverhältnisses" Serbiens gegenüber Oesterreich-Ungarn.

Dies wird alsbald näher zu begründen sein.

Serbien hat dann innerhalb der ihm gesetzten Frist den Forderungen des Ultimatums gegenüber Erklärungen abgegeben, die im wesentlichen genügen konnten. Nur in zwei Punkten hat es der österreichisch-ungarischen Forderung ein starres Nein entgegengesetzt, und daraus hat sich dann — äußerlich — der Krieg ergeben.

Diese Punkte waren: Die Teilnahme und Mitwirkung österreichisch-ungarischer Beamten an der „Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung" (Ziff. 5) und der „Untersuchung gegen die Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni" (Ziff. 6), also der Mordtat von Serajewo. Oesterreich-Ungarn hat weiterhin diese „Teilnahme" näher dahin umgrenzt: nicht eine Teilnahme an der Urteilsfällung, sondern nur an der Untersuchung und Feststellung der Tatsachen sei mit der Ziffer 6 des Ultimatums gefordert worden (Deutsches Weißbuch, S. 19). Es ist also eine einfache Fälschung, wenn der amerikanische Jurist von der Forderung einer Teilnahme österreichisch-

Digitized by Google

ungarischer Beamten an serbischen Gerichtshöfen (courts) spricht. Serbien erklärte dies für eine Verletzung seiner Souveränität und lehnte die Forderung ab. Rußland und ebenso weiterhin England billigten das Verhalten Serbiens, und weithin in der Welt, besonders auch in neutralen Ländern, vor allem in Amerika, wurde die schwere Anklage gegen Deutschland erhoben, es habe nur eines deutschen Druckes in diesem Punkte bedurft, um Oesterreich-Ungarn zur Nachgiebigkeit zu bewegen und damit den Weltkrieg zu verhindern; da Deutschland diesen Druck nicht ausgeübt habe, sei es für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich, und daß Deutschland diesen Druck auszuüben abgelehnt habe, sei der klare Beweis dafür, daß Deutschland diesen Krieg durchaus gewollt habe.

III

Prüfen wir die Einzelpunkte dieses Gegensatzes näher.

Erstens. Es ist oben bereits zugegeben worden: die Forderungen in Ziff. 5 und 6 des Ultimatums gehen weit. Aber es kann nicht zugegeben werden, daß sie eine Verletzung der serbischen Souveränität bedeuten. Nicht, wie oben bereits festgestellt, eine Teilnahme von österreichisch-ungarischen Beamten an der Urteilsfällung, also an der souveränen Rechtsprechung, war gefordert, sondern lediglich an der Untersuchung und Feststellung der Tatsachen. Mit der Souveränität hat dies nichts zu tun. Derartige Mitwirkungen, wie sie die beiden genannten Ziffern des Ultimatums fordern, sind oft genug im Völkerrecht vorgekommen, noch zuletzt in der berühmten Doggerbankaffäre zwischen England und Rußland, und das ganze Kapitel der Haager Schiedsgerichtskonvention über die Untersuchungskommissionen („commissions d'enquête") (Art. 9 bis 36) beruht auf diesem Gedanken der gemeinschaftlichen Untersuchung und Feststellung von Tatbeständen durch Beamte der verschiedenen beteiligten Staaten. Erklärte sich Serbien mit der Bildung einer solchen Untersuchungskommission einverstanden, so erfuhr seine Souveränität nicht die geringste Minderung. Allerdings hat Serbien erklärt, daß es „jede Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würde", worauf Oesterreich-Ungarn erwiderte, das „allgemeine Völkerrecht" ebenso wie der Strafprozeß habe mit dieser Frage nichts zu tun, es handle sich um eine Angelegenheit staatspolizeilicher Natur, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen ist (Deutsches Weißbuch, S. 19). Hätte Serbien sich einfach zur Bildung einer Untersuchungskommission im Sinne der Haager Schiedsgerichtskonvention bereit erklärt, so wäre über diesen Punkt ganz sicher ein Einvernehmen erzielt worden; die allgemeinen Vorbehalte aber, die Serbien machte, müssen als Ausflucht bezeichnet werden, die Oesterreich-Ungarn zurückweisen mußte.

Man halte sich doch nur gegenwärtig: Dieses Serbien war in der Staatengeschichte der Neuzeit als Mörderstaat schwer kompromittiert und hatte in der Zwischenzeit zwischen dem Mord und dem Ultimatum nicht das mindeste zur Verfolgung der grauenhaften Mordtat getan — wahrlich, dieses wie jenes Grund

Digitized by Google

genug für Oesterreich-Ungarn, um Serbien zu mißtrauen und behufs Erforschung der Wahrheit und genauer Feststellung des wirklichen Tatbestandes eine Mitwirkung von eignen Beamten zu fordern.

Die russisch-englische Behauptung, die auch der amerikanische Jurist in allen möglichen Tonarten vorträgt, ja die er geradezu zur Grundlage seines „juristischen Urteils" macht: Ziff. 5 und 6 des Ultimatums seien eine Vernichtung der serbischen Souveränität und Unabhängigkeit, entbehrt durchaus des Grundes und muß als ein trügerischer Vorwand zur Verhüllung der wirklichen Absichten dieser Staaten betrachtet werden. Und die Behauptung des amerikanischen Juristen, das Ultimatum Oesterreich-Ungarns sei „arrogant and most unreasonable" gewesen, muß mit Entrüstung als „arrogant and most unreasonable" zurückgewiesen werden. Hat der amerikanische Jurist gar kein Verständnis dafür, was es bedeutet, daß der Thronfolger einer altehrwürdigen Großmacht von den Kreaturen eines kleinen, in der Geschichte bereits durch Mordtaten aufs schwerste belasteten Staates grauenhaft gemordet wurde? Wir können nicht annehmen, daß dies Verständnis dem ehrlichen und christlichen Volke der Vereinigten Staaten fehlen sollte.

Zweitens. In allen Tonarten wird in der Presse der uns feindlichen Staaten, in den amtlichen Erklärungen der Staatsmänner dieser Staaten, aber auch in der Presse der neutralen Staaten, besonders Amerikas, die Behauptung wiederholt: es habe nur eines ernsten Druckes Deutschlands bedurft, um Oesterreich-Ungarn zum Verzicht auf die Forderungen der Ziff. 5 und 6 des Ultimatums zu veranlassen, dann sei der Weltkrieg verhindert gewesen.

Es mag dahingestellt bleiben, ob Oesterreich-Ungarn nach der ganzen Lage der Dinge einem solchen deutschen Druck nachgegeben hätte, sicher ist dies keineswegs, aber es mag angenommen werden.

Deutschland aber lehnte es ab, diesen Druck auszuüben, und lehnte weiterhin gleichfalls ab, die ganze Sache, wie England wollte, einem internationalen Rate zur Erledigung zu unterbreiten (Note des deutschen Botschafters in London, vgl. Weißbuch, S. 11 ff.).

Diese Stellungnahme Deutschlands war durchaus richtig und korrekt, ja Deutschland konnte ehrenhafterweise überhaupt keine andre Stellung einnehmen.

Der österreichisch-ungarische Thronfolger war — ich muß diese Tatsache nochmals wiederholen — mit seiner Gemahlin in der niederträchtigsten Weise hingemordet worden; die bestimmtesten Anzeichen führten zu der Annahme, daß dieser gemeine Mord nicht ohne Schuld des Staates Serbien begangen war, ja daß dieser Staat Serbien der eigentliche Mörder war; dieser Staat Serbien war in der Staatengeschichte der Neuzeit als Mörderstaat aufs heilloseste kompromittiert, er hatte durch sein ganzes Verhalten in den letzten Jahren Oesterreich-Ungarn fortwährend aufs äußerste gereizt, ja in schwere Gefahren gebracht; er tat nicht das mindeste, um gegen die Mörder von Serajewo vorzugehen.

Wahrlich — wenn einmal in der Weltgeschichte die Ehre eines Staates, die in den Haager Verhandlungen so eingehend erörterte „honneur national",

Digitized by Google

in Frage stand, die unbedingt und ausnahmslos das Schiedsgericht, d. i. die Mitwirkung dritter Mächte für Erledigung des Streitfalles, als eine Verpflichtung ausschließt, so war dies hier der Fall. Sowohl auf der ersten wie auf der zweiten Friedenskonferenz war unter allen Staaten ohne Ausnahme der Grundsatz anerkannt worden, daß in Fragen der staatlichen Ehre, der „honneur national", jeder Staat allein souveräner Richter sein müsse, und daß ein Staat niemals verpflichtet sein könne, Fragen der nationalen Ehre zur Entscheidung dem Urteil dritter Staaten in irgendwelcher Form, insbesondere derjenigen des Schiedsgerichts, zu unterbreiten. Und Rußland hatte diesen Standpunkt nicht nur anerkannt, sondern jener Grundsatz war geradezu der Haupt- und Kernpunkt des ersten russischen Entwurfs der Schiedsgerichtskonvention, den Rußland durch v. Martens auf der ersten Friedenskonferenz einbrachte. Auf dieser Grundlage ist dann auch nach langen und schwierigen Verhandlungen der Schiedshof im Haag errichtet worden. Daran war ich selbst aufs stärkste beteiligt, und ich habe es später bei jedem Anlaß als Ergebnis der großen Haager Verhandlungen von 1899 aufs schärfste betont: in Fragen seiner nationalen Ehre kann ein selbstbewußter Staat nur allein Richter sein.

Wo aber wäre je in der ganzen Weltgeschichte ein internationaler Streitfall zu finden, in dem die Ehre eines Staates in höherem Grade auf dem Spiele stand als in dem Mordfall von Serajewo, und noch dazu die Ehre einer altberühmten historischen Großmacht gegenüber einem kleinen, in der Geschichte aufs schwerste mit Mordtaten belasteten Staate?

Alle ehrlichen Menschen — und ganz besonders fordern wir dies von den Amerikanern — sind im Gewissen verpflichtet, diesen Punkt aufs schärfste festzuhalten und durchzudenken.

Deutschland tat in dem Falle das einzige, was es tun konnte und was es auch hätte tun müssen, wenn es nicht mit Oesterreich-Ungarn durch einen Bündnisvertrag aufs engste verbunden gewesen wäre, es erklärte: Der Mord von Serajewo ist, als im denkbar höchsten Grade nationale Ehrensache, für Oesterreich-Ungarn eine Sache, die zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien allein ausgetragen werden muß. Damit hielt Deutschland streng an dem Standpunkt fest, den auf den beiden Haager Friedenskonferenzen alle Staaten der Welt als einen ganz unzweifelhaften und unbestreitbaren Grundsatz des Völkerrechts feierlich anerkannt hatten. Ob Deutschland den Inhalt des österreichisch-ungarischen Ultimatums kannte oder nicht — der amerikanische Jurist legt darauf das allergrößte Gewicht —, ist für die Beurteilung dieser Frage gänzlich gleichgültig.

Aber dieser Standpunkt hinderte nicht, daß Deutschland bei der notorischen und zu jedem nur möglichen Opfer bereiten Friedensliebe des Deutschen Kaisers alle seine Kräfte einzusetzen versprach, um in Wien zum Entgegenkommen und zu jeder mit der nationalen Ehre vereinbaren Nachgiebigkeit zu mahnen (Note des englischen Botschafters in Berlin vom 29. Juli, Englisches Weißbuch, S. 40), Bemühungen, die vielleicht doch noch zum Erfolge geführt hätten, hätte nicht

Digitized by Google

Rußland diesen Erfolg zur Unmöglichkeit gemacht. Noch am 29. Juli hatte der deutsche Reichskanzler dem englischen Botschafter erklärt, daß er alles tun würde, was in seiner Macht stehe, um europäische Komplikationen zu verhüten (Englisches Weißbuch, S. 42).

Der amerikanische Jurist sagt: „Friedensbeteurungen gehören zum diplomatischen Geklingel („to the cant of diplomacy") und haben immer das kriegslüsternste aller Völker gekennzeichnet." Soll damit Deutschland gemeint sein? Dann erinnern wir den großen amerikanischen Juristen nur daran, daß das Deutsche Reich die einzige Großmacht ist, die — trotz vieler und schwerer Provokationen und trotz seiner gewaltigen Waffenmacht — in den letzten vierzig Jahren keinen Krieg geführt hat.

Deutschland hielt streng an dem richtigen Standpunkt fest: Die Streitfrage des Mordes von Serajewo ist eine Frage zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien allein. Aber Deutschland erklärte sich bereit, falls aus diesem Streit Irrungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland hervorgehen sollten, nach seinen besten Kräften an der Vermittlung teilnehmen zu wollen. Der amerikanische Jurist meint, diese Unterscheidung sei schwer zu begreifen, und glaubt dies durch einen schalen Witz begründen zu können. Der Unterschied aber liegt so klar zutage, daß jeder, der ihn begreifen will, ihn auch begreifen kann. Wir halten jede Erörterung darüber für überflüssig. Der amerikanische Jurist will ihn nicht begreifen, und es ist, um mit seinen eignen Worten zu sprechen, eine „Beleidigung jeden Sinnes internationaler Moral", Deutschland einen Vorwurf zu machen, daß es auf Oesterreich-Ungarn keinen Druck der serbischen Mordtat gegenüber ausgeübt habe. Das sind nicht „armselige Ausflüchte" („pitiful quibbles") oder „Heuchelei („hypocrisy") oder „dumme Falschheit" („stupid falsehood") — einige der Schimpfworte des amerikanischen Juristen — sondern es ist der Kernpunkt des Daseins für jeden Staat und jedes Volk. Und „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre," ruft uns Deutschen unser großer Schiller zu.

IV

Drittens. Mußten wir somit zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschland den Druck auf Oesterreich-Ungarn, den man weithin in der Welt, besonders auch in der neutralen Presse, von ihm forderte, und den nicht geübt zu haben man ihm zum schwersten Vorwurf macht, ja dessen Nichtausübung man geradezu als die alleinige Ursache für den Ausbruch des Weltkrieges erklärt, gar nicht ausüben konnte, ohne mit den elementarsten und von aller Welt feierlich anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts sich in Widerspruch zu setzen, so liegt die Sache ganz entgegengesetzt mit Rußland. Es sei ohne weiteres zugegeben, daß Rußland ein hohes Interesse an Serbien hat; freilich nicht in dem Sinne, daß Serbien Bestandteil oder Vasall Rußlands wäre, für den dieses in jedem Fall eintreten mußte. Diesem Interesse hat das österreichisch-ungarische Ultimatum Rechnung getragen, indem es jede territoriale Schädigung Serbiens ausschließt, wie dies überdies bei den Verhandlungen noch wiederholt und aufs klarste betont

Digitized by Google

wurde. Ebenso hatte Oesterreich-Ungarn die Unabhängigkeit Serbiens ohne weiteres anerkannt. Wenn der russische Minister des Auswärtigen nach der Note des englischen Botschafters in Petersburg vom 27. Juli an Sir Edward Grey die „Garantie der territorialen Integrität für Serbien und seiner Rechte als souveräner Staat, so daß es nicht Oesterreichs Vasall werden würde", als die Erfordernisse für die Erhaltung des europäischen Friedens bezeichnete (Englisches Blaubuch, S. 35), so waren diese Erfordernisse von Oesterreich-Ungarn in vollem Umfange erfüllt (Englisches Blaubuch, S. 70).

In den obigen Darlegungen ist nachgewiesen, daß kein Punkt des Ultimatums die serbische Souveränität verletzte, daß insbesondere Ziff. 5 und 6 des Ultimatums keine Verletzung der serbischen Souveränität und Unabhängigkeit enthielten, sondern lediglich eine Anwendung des durch die beiden Haager Friedenskonferenzen feierlich anerkannten Prinzips der gemeinsamen internationalen Untersuchungskommissionen zur friedlichen Beilegung von internationalen Streitfällen waren. Mit Recht konnte der österreichisch-ungarische Botschafter in London gegenüber Sir Edward Grey erklären, daß Serbien gerade diejenigen Punkte des Ultimatums abgelehnt habe, die allein eine wirkliche Garantie böten, daß die serbischen Wühlereien gegen Oesterreich-Ungarn endgültig aufhören würden.

Unter diesen Umständen war die Stellung, die Rußland in dem österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt völkerrechtlich einnehmen mußte, vollkommen klar vorgezeichnet: Rußland mußte das von ihm ganz abhängige Serbien veranlassen, das österreichisch-ungarische Ultimatum in seinem gesamten Umfange anzunehmen, zumal da Serbien ausdrücklich erklärt hatte, jeden russischen Rat befolgen zu wollen (Russisches Orangebuch, S. 9). Rußland konnte als ehrenhafter Staat gar nicht anders als anerkennen, daß die Ehre der österreichisch-ungarischen Monarchie im allerhöchsten Grade auf dem Spiele stand, und daß Serbien, dessen Souveränität und Unabhängigkeit von Oesterreich-Ungarn garantiert waren, Sühne leisten müsse für den gräßlichen Mord von Serajewo. „Zum drittenmal im Laufe der letzten sechs Jahre führt Serbien auf diese Weise Europa an den Rand eines Weltkrieges" (Deutsches Weißbuch, S. 3). Noch am 20. Juli erklärte es Sir Edward Grey für „detestable", daß eine von den Großmächten durch Serbien in einen Krieg gerissen werden könne (Englisches Weißbuch, S. 1).

Indem Rußland aber Serbiens Widerstand gegen Oesterreich-Ungarn unterstützte und sich dafür auf die völkerrechtlich ganz unhaltbare Behauptung festlegte, das Ultimatum enthalte eine Verletzung der serbischen Souveränität und Unabhängigkeit, hat es vor dem Weltgericht der Weltgeschichte sich zum Mitschuldigen des Mörderstaates Serbien gemacht und den Ausbruch des furchtbaren Weltkrieges verschuldet.

Nicht an Deutschland war es, einen Druck auf die altberühmte und in ihrer nationalen Ehre von Serbien aufs äußerste verletzte Großmacht Oesterreich-Ungarn auszuüben, sondern an Rußland war es, diesen Druck auszuüben auf den kleinen Mörder- und Verbrecherstaat Serbien, der Oesterreich-Ungarn gegenüber die schwerste Schuld auf sich geladen hatte. Die „Pflichten gegenüber der Zivilisation",

Digitized by Google

von denen der amerikanische Jurist spricht, hatte nicht Deutschland gegen Oesterreich-Ungarn, sondern Rußland gegen Serbien! Und nicht genug, daß Rußland Serbien in seinem ganz ungerechtfertigten Widerspruche gegen die Forderungen Oesterreich-Ungarns bestärkte, es hat, während die Verhandlungen noch schwebten und der russische Zar in warmen Worten noch am 29. Juli die Vermittlung des Deutschen Kaisers anrief (Deutsches Weißbuch S. 34), die Mobilisation nicht allein gegen Oesterreich-Ungarn, sondern auch gegen Deutschland am 30. Juli angeordnet und damit Deutschland zu dem Ultimatum genötigt, durch das verhindert werden mußte, daß Deutschland mit seinen militärischen Vorbereitungen Rußland gegenüber vollständig ins Hintertreffen geriet. Am 1. August bereits, noch vor erfolgter Kriegserklärung, überschritten russische Truppen die deutsche Grenze und rückten auf deutschem Gebiete vor (Deutsches Weißbuch S. 10. Englisches Blaubuch S. 65. Erklärung des deutschen Staatssekretärs an den englischen Botschafter in Berlin: „Russia's mobilisation has spoilt everything," ferner S. 70: „had not Russia mobilised against Germany, all would have been well").

Noch in letzter Stunde schlug Deutschland direkte Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg vor, die es mit allen Kräften zu unterstützen versprach — aber die allgemeine russische Mobilmachung in der Nacht vom 30./31. Juli machte allen Friedensbestrebungen ein gewaltsames, brüskes Ende (Englisches Blaubuch S. 43).

So hat Rußland den großen Weltkrieg von 1914 ganz unmittelbar verschuldet. Ein ernstes Wort Rußlands an Serbien hätte den Krieg verhindert. Dies Wort zu sprechen war Rußland verpflichtet, während Deutschland Oesterreich-Ungarn gegenüber, dessen nationale Ehre aufs schwerste verletzt war, keine Berechtigung zu irgendwelchem Drucke haben konnte. War etwa Oesterreich-Ungarn der Mörder des serbischen Thronfolgers, daß man es für diese Schandtat züchtigen mußte?! — Rußland trägt die unmittelbare Schuld für den Ausbruch des Weltkrieges. Auch der englische Arbeiterführer J. Ramsay Macdonald erkennt es als zweifellos an: die russische Mobilmachung hat Deutschland zum Krieg gezwungen („Kölnische Zeitung" Nr. 1352). Wenn der amerikanische Jurist betont, die russische Mobilmachung sei nur gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet gewesen, so begeht er abermals eine bewußte Fälschung: die russische Mobilisation war eine allgemeine. Und daß bei den aufs höchste zugespitzten Verhältnissen die Mobilisierung „only preparation" gewesen sei, ist eine geradezu kindliche Behauptung: die allgemeine Mobilmachung Rußlands war der bewußte und gewollte Krieg.

Viertens. Frankreich hat sich an den diplomatischen Erörterungen des österreichisch-ungarisch-serbischen Streitfalles wenig beteiligt. Jedermann in der Welt wußte, daß, sobald Rußland den Krieg beginnen würde, auch Frankreich alsbald in den Krieg eintreten werde. Trotz aller unsrer Bemühungen hat Frankreich die Katastrophe von 1870/71 nicht nur nicht vergessen, sondern ununterbrochen bis heute als Richtschnur seiner Weltpolitik festgehalten; für unsern

Digitized by Google

Standpunkt, daß wir durch den Krieg von 1870 nur altdeutsches, uns durch Ludwig XIV. räuberisch entrissenes Land in ehrlichem Waffengange wiedergewonnen haben, hat Frankreich nie das mindeste Verständnis gezeigt; den französischen Standpunkt, daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen französisch sein wolle — es bleibe dahingestellt, ob dies heute überhaupt noch zutrifft —, erkennen wir nicht an, sondern halten daran fest, daß diese Bevölkerung nach Geschichte und Sprache deutsch ist und demgemäß ihre Pflicht als Bestandteil des deutschen Nationalstaates zu erfüllen hat, genau so wie die Gascogne und Vendee gegenüber dem französischen Nationalstaate. Aber wir erkennen bei Frankreich immerhin den edlen Vaterlandsgedanken an, auch wo er zu falschen Schlüssen führt, und so ist auch Frankreich gegenüber in dem gegenwärtigen Weltkriege deutscherseits im allgemeinen kein Haß und keine Erbitterung vorhanden; eher bedauern wir Frankreich, daß es die schwersten Schläge dieses furchtbaren Weltkrieges erdulden muß um der Räuberpolitik Englands willen. Wilde Brandreden, die geradezu als ein blutiger Hohn auf die tatsächliche Kriegslage erscheinen, wie eine solche Herr Viviani im französischen Parlament gehalten hat, müssen allerdings auch bei uns die mildere Stimmung für Frankreich vernichten. Und noch mehr ist dies der Fall nach der unerhört niedrigen Behandlung deutscher Frauen in Marokko durch französische Offiziere, durch die sich Frankreich in Wahrheit „außerhalb der Menschheit" gestellt hat.

V

Fünftens. Auch England hat an den Erörterungen über den österreichisch-ungarisch-serbischen Streitfall zunächst keinen scharfen Anteil genommen. Es bestand doch offenbar ein starkes Schamgefühl, daß England, das alte, vornehme, christliche England, sich wie Rußland zum Genossen der serbischen Mordbuben erniedrigen sollte (höchst charakteristisch in dieser Beziehung ist der Bericht des englischen Botschafters in Petersburg, Englisches Blaubuch S. 10), denen, eben weil sie Mordbuben seien, England noch bis vor kurzem den diplomatischen Verkehr, die notdürftigste internationale Höflichkeit versagt hatte; noch bis vor kurzem war England zu vornehm und zu stolz, eine Mörderhand zu drücken — und nun ist die englische und diese Mörderhand eng verschlungen! Ein Schauder wird spätere englische Geschlechter ergreifen, wenn sie dieses Blatt der englischen Geschichte lesen. Später hat auch England die ganz grundlose Behauptung, Oesterreich-Ungarn wolle Serbien zum „Vasallen" erniedrigen, aufgenommen und in starken Worten das Ultimatum für eine Forderung erklärt, die einem unabhängigen Staate nicht gestellt werden könne (Englisches Blaubuch S. 49, 55).

Nach den amtlichen Aeußerungen Sir Edward Greys zu den Botschaftern Englands, Deutschlands und Oesterreich-Ungarns schien es der englischen Regierung wahrer Ernst zu sein mit den Bemühungen um Aufrechterhaltung des Weltfriedens; die im englischen Blaubuch enthaltenen Depeschen erwecken durchaus die Vorstellung, als ob Sir Edward Grey alle Kraft aufwenden wolle, um den Weltfrieden zu sichern. Darauf vertrauend hoffte man deutscherseits,

Digitized by Google

daß England in dem drohenden Konflikte neutral bleiben und dadurch den Weltkrieg verhindern werde; der deutsche Botschafter forderte schließlich England auf, die Bedingungen seiner Neutralität positiv zu formulieren auf der Grundlage, daß Deutschland die Integrität des französischen Territorialbestandes selbst einschließlich der Kolonien zusicherte (Englisches Blaubuch S. 46 und besonders S. 66).

Darauf gab man englischerseits überhaupt keine Antwort, und alles Drängen Deutschlands hatte nur zur Folge die wiederholte Erklärung, daß England sich freie Hand wahren müsse (Englisches Blaubuch S. 46, 47, 66), und daß aus dem freundlichen Tone der bisherigen deutsch-englischen Verhandlungen nicht gefolgert werden dürfe, daß England unbeteiligter Zuschauer bleiben werde. Damit endeten alle die ernsten Bemühungen Deutschlands, den Weltfrieden zu erhalten. Daß Rußland es nicht gewagt haben würde, den Krieg zu erzwingen, wenn England eine strikte Neutralitätserklärung abgegeben hätte, darf als so gut wie zweifellos angenommen werden. Auch der englische Arbeiterführer J. Ramsay Macdonald erklärt rundweg, daß England eine Antwort auf die deutsche Neutralitätsanfrage geben mußte, wenn es ihm wirklicher Ernst um Erhaltung des europäischen Friedens war (vgl. „Kölnische Zeitung" Nr. 1352).

England aber gab diese Erklärung nicht, und so kam es zur Kriegserklärung zwischen Rußland und Deutschland, der gewissermaßen automatisch die Kriegserklärung zwischen Deutschland und Frankreich folgte. Wir sehen ja heute vollkommen klar in diesen Fragen. Alle Bemühungen Deutschlands, England zur Neutralitätserklärung zu bewegen und damit nach aller Voraussicht den Weltkrieg überhaupt zu verhindern, waren vergeblich, weil England diesen Weltkrieg durchaus wollte und mit Frankreich und Rußland längst bindende Abmachungen hierüber abgeschlossen hatte. Alle die Bemühungen Sir Edward Greys um Erhaltung des Friedens waren leere Scheingefechte. England mußte auf den deutschen Antrag, seine Neutralitätsbedingungen zu formulieren, eine bestimmte Antwort geben, zumal nach der deutschen Zusicherung der unbedingten Gebietsintegrität Frankreichs, wenn es wirklich den Frieden erhalten wollte. Jetzt lag der Weltfriede in der Hand Englands, aber England wollte nicht den Weltfrieden, sondern den Weltkrieg.

Warum? Die Antwort auf diese Frage soll in einer besonderen Abhandlung gegeben werden.

Aber England schämte sich doch, sich wie Rußland einfach als Genossen der serbischen Mordbuben oder wie Frankreich einfach als Gefolgsmann Rußlands zu erklären, und es folgte nun jene abgefeimt raffinierte Operation Englands, um sich vor der Welt und besonders vor den neutralen Mächten mit einem Heiligenschein zu umgeben. Unbegreiflicherweise ist ihm dies auch, besonders bei den Amerikanern, die ihren sonst so klaren politischen Blick hier völlig verloren zu haben scheinen, vollkommen gelungen. Der amerikanische Jurist kann nicht scharfe Worte genug finden, um Deutschlands Vorgehen gegen das „unschuldige" Belgien zu brandmarken. Als er seine Untersuchung veröffentlichte,

Digitized by Google

waren die Urkunden noch nicht bekannt, nach denen Belgiens Neutralitätsbruch klar vor den Augen der Welt liegt. Heute würde er als ehrlicher Jurist den Abschnitt über Belgien nicht mehr schreiben können: der ganze Abschnitt über Belgien ist vollkommen falsch. Belgien war vielmehr seit 1906 ganz in das Weltkomplott gegen Deutschland eingetreten durch feste Abmachungen mit Frankreich und England. Darüber war Deutschland unterrichtet, wenn es auch nicht wie heute die urkundlichen Beweise hierfür in der Hand hatte. Damit war seit 1906 die Neutralität Belgiens rechtlich vollkommen dahingefallen, und zwar durch den Willen und die Handlungen von Belgien selbst. Daß Deutschland von der feindlichen Stellung Belgiens genaue Kenntnis hatte, ergibt sich auch aus der Note des englischen Botschafters in Berlin nach London vom 31. Juli 1914 (Englisches Blaubuch S. 65); der Vormarsch der Franzosen durch Belgien war bestimmt in Aussicht genommen, somit war der Vormarsch der Deutschen durch Belgien eine Frage auf Leben und Tod für Deutschland (vgl. Englisches Blaubuch S. 77). Danach mußte Deutschland seine militärischen Maßnahmen treffen. Unser Reichskanzler hat in seiner ersten großen Kriegsrede im Reichstag das Vorgehen gegen Belgien mit Notwehr begründet; auch das wäre völkerrechtlich vollkommen ausreichend, ist aber heute längst nicht mehr nötig. Der Boden, auf dem Deutschland in der belgischen Frage steht, ist heute ethisch und juristisch viel klarer und sicherer, als der Grund der Notwehr ihn bieten könnte; nach den in deutscher Hand befindlichen und jetzt längst veröffentlichten Urkunden ist der Neutralitätsbruch Belgiens seit 1906 völkerrechtlich so unanfechtbar, daß kein ehrlicher Jurist in der ganzen Welt ihn leugnen kann, ohne daß ihm die Schamröte der Lüge ins Gesicht steigen muß.

Demgemäß marschierten die deutschen Truppen, nachdem deutsche Vermittlungsangebote von Belgien rundweg und schroff abgelehnt worden waren, in Belgien ein und stürzten den belgischen Staat in einem kurzen, glänzenden Siegeszuge vollständig um. Weder Frankreich noch England konnten dem verbündeten Belgien rechtzeitig Hilfe bringen.

England nahm nun dies deutsche Vorgehen gegen Belgien zum Vorwand der Kriegserklärung — eine eitle Spiegelfechterei vor der Welt, da England natürlich wußte, daß Belgien längst nicht mehr neutral war. In lebhaften Tiraden über die Heiligkeit der Verträge, die Deutschland gebrochen habe, während doch in Wirklichkeit Belgien sie seit 1906 gebrochen hatte, spielte sich England in bewußter Lüge als Schutzmacht internationaler Verträge, die es selbst gleichfalls längst gebrochen hatte, und als Hüterin der Unabhängigkeit der kleinen Staaten auf. Ein Hexensabbat von Lug und Trug, wie er in der Weltgeschichte nie zuvor dagewesen war.

Die Ablehnung des deutschen Neutralitätsbegehrens, dessen Annahme den Weltkrieg voraussichtlich verhindert hätte, sowie die englische Kriegserklärung wegen des deutschen Durchmarsches durch das „neutrale" Belgien, während doch Belgien selbst im Bunde mit England und Frankreich diese Neutralität längst völlig zerbrochen hatte, nötigen somit den Historiker und Juristen zu der zweifellos

Digitized by Google

sicheren Annahme, daß England längst entschlossen war, an dem Weltkriege teilzunehmen, und daß es durch Ablehnung der Neutralitätserklärung den Ausbruch des Weltkrieges ebenso unmittelbar verschuldet hat wie Rußland. Alle Friedensbemühungen Sir Edward Greys waren leere Spiegelfechterei, um die Welt zu täuschen.

Dies ist der zweifellose völkerrechtliche Nachweis, daß nicht Deutschland, sondern Rußland und England auf Grund eines längst vorher mit Frankreich und Belgien verabredeten Planes den Weltkrieg von 1914 verursacht haben.

Wir fassen, dem amerikanischen Juristen folgend, unser Urteil in wenige kurze Sätze zusammen und sind der festen Ueberzeugung, daß dies das Urteil des Obersten Gerichtshofes der Weltgeschichte — entgegen dem amerikanischen „Urteil" des Obersten Gerichtshofes der Zivilisation — sein wird:

1. Serbien wird wegen wiederholter grauenhafter Mordtaten aus der europäischen Staatengesellschaft ausgeschlossen, wie dies England für sich bereits eine Reihe von Jahren hindurch getan hatte.

2. Deutschland wird von der Verletzung der Neutralität Belgiens freigesprochen, da Belgien seit 1906 bereits diese Neutralität im Bunde mit den Mächten des Dreiverbandes ge- und zerbrochen hatte.

3. Deutschland wird der Verletzung der Neutralität von Luxemburg schuldig erklärt und zu vollem Schadensersatz verurteilt.

4. Rußland ist schuldig, durch seine allgemeine Mobilisierung den Weltkrieg verschuldet zu haben; Frankreich ist unmittelbar, England durch seine Ablehnung des deutschen Neutralitätsangebotes in diese Schuld Rußlands mit eingetreten. Die Absicht des Dreiverbandes war und ist die Vernichtung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

In welcher Weise hat sich Englands Freundschaft für Italien in der Vergangenheit geäußert?

Von

Archivrat Dr. J. Lulvès (Hannover)

Englands traditionelle Freundschaft für Italien! Wie oft ist die gelegentlich einmal im italienischen Senate (1896) vom Ministerpräsidenten Marchese di Rudini in diese Worte gekleidete Ueberzeugung im großen Publikum, vornehmlich von italienischen Politikern,[1]) zum Ausdruck gebracht worden!

Daß eine derartige günstige Ansicht über die politischen Gefühle der Engländer für Italien aufkommen und verbreitet werden konnte, liegt wohl an der

[1]) „Der einzige wohlwollende Freund Italiens" (De Renzis, 6. Mai 1885, ähnlich Fortis am gleichen Tage im Parlament) u. dgl.

Digitized by Google

sanguinischen Auffassung der Italiener, liegt aber mehr noch an der Geriebenheit und Heuchelei der englischen Politik. Als ihr Ruhmestitel darf jetzt gelten, was einst den Italienern selbst, in Verbindung mit dem Namen Machiavelli, bis zum Ueberdruß nachgesagt zu werden pflegte.

Den Italienern sind peinliche und folgenschwere Erfahrungen mit jenen charakteristischen, raffiniert ausgebildeten Eigenschaften der englischen Politik nicht erspart geblieben. Das beweist die Geschichte der Wechselbeziehungen zwischen beiden Völkern.

Wir gehen nicht näher auf die alten Handelsverbindungen zwischen ihnen ein; sie reichen bis ins dreizehnte Jahrhundert mindestens zurück. Ihre Hauptträger waren zuerst die vorzugsweise Wollhandel treibenden Florentiner, bis die Zahlungsunfähigkeit ihres großen Schuldners, König Eduards III. (1327 bis 1377), in erster Linie den Zusammenbruch mehrerer Bankhäuser (Bardi, Peruzzi usw.), ja sogar, fürs erste wenigstens, den Niedergang des gesamten Handels der Arnostadt verursachte, dann die Genuesen und bedeutender noch die Venezianer. Sie waren es, welche die ferne Insel mit der fast ausschließlich ackerbautreibenden Bevölkerung erst dem mitteleuropäischen Verkehr im eigentlichen Sinne erschlossen, ihr exotische Produkte, sogar aus Südasien, übermittelten, ihren Königen reiche Geschenke, reichen Zoll und starke Darlehen zubrachten, bis von der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts ab die Handelskraft einheimischer Schiffer und Kaufherren allmählich erstarkt war, ein heftiger Zollkrieg den damals auch von andrer Seite bedrängten Venezianern die Absendung von Handelsgaleeren verleidete, deren letzte 1533 an der britischen Insel erschien.

Englands Expansionskraft hatte sich ausgebildet. Es wollte jetzt nur allein empfangen, allein Vorteil ziehen. Seine Kaufleute befuhren nun das Mittelmeer und vermittelten ihrerseits die Handelsbeziehungen, deren Träger bis dahin die jetzt verdrängten Italiener gewesen waren. Zu deren Schaden hatte sich eine wenig erfreuliche Seite des englischen Nationalcharakters in schroffer Form ausgebildet.

In höherem Maße wandte die britische Politik, nachdem sie ihre Seeherrschaft weit ausgedehnt, Kolonialreiche in allen Weltteilen begründet hatte, erst am Ende des achtzehnten Jahrhunderts ihre Aufmerksamkeit der Apenninhalbinsel und ihrem Inselkreise zu.

Korsika, seit einem halben Jahrtausend im Besitze Genuas, war 1768 an Frankreich abgegeben worden. Gegen die französische, königsmordende Republik, gegen den Konvent, hatte der große korsische Patriot Pasquale Paoli mit einem Teile seiner Landsleute den Kampf aufgenommen und dazu sich im Jahre 1794 um Hilfe an Frankreichs Gegner England gewandt, damit die Korsen „die Rechte eines freien und unabhängigen Volkes wieder erlangen möchten".

Diese Worte sind ihm nachgesprochen in einem proklamationsartigen Schreiben, das (am 21. April 1794) die mit einer Flotte erschienenen englischen Oberbefehlshaber, Admiral Hood und Sir Gilbert Elliot, an Pasquale Paoli gerichtet haben. Als Zweck ihres Eingreifens erklärten sie feierlich die „Sicherung der

Digitized by Google

Unabhängigkeit Korsikas und der Aufrechterhaltung seiner alten eignen Verfassung, seiner Gesetze und seiner Religion".

Daraufhin proklamierte eine für den 10. Juni zusammenberufene Versammlung von Vertretern des korsischen Volkes unter Paolis Vorsitz die Trennung von Frankreich und die Vereinigung mit Großbritannien. Sie genehmigte am 19. Juni eine bereits im April zwischen Paoli und Elliot vereinbarte Verfassung nach dem von letzterem energischst empfohlenen Muster der englischen, „die auf den sichersten Grundsätzen ruht, welche Weltweisheit, Staatskunst und Erfahrung jemals zum Glücke eines großen Volkes zu vereinigen vermochten".

Danach war die gesetzgebende Gewalt auf der Insel in die Hände des (englischen) Königs und eines dortigen Parlamentes gegeben; dessen Beschlüsse bedurften, um Gesetzeskraft zu erlangen, der Bestätigung des Königs.

Zum Vizekönig ward aber nicht Paoli, sondern Elliot eingesetzt, und der suchte jenen, dem England hinsichtlich der Eroberung der Insel so viel schuldete, aus seinem Vaterlande zu entfernen, denn er fürchtete die Größe und wachsende Bedeutung des Mannes. Pasquale Paoli ward im Oktober 1795 vom König nach London berufen, wo ihm eine Pension von 2000 Pfund jährlich bis zum Lebensende (1807) gewährt wurde.

Der Fehler einer kurzsichtigen und undankbaren Politik sollte sich bald rächen. Nach Paolis Abgang wurden unter dem Vizekönigtum Elliots so viel Ungeschicklichkeiten und Unterlassungssünden begangen, daß die vorher den Engländern so freundlich gesinnten Korsen jenen vollständig entfremdet und verfeindet wurden.

Dazu kam die erwachende Begeisterung für ihren neuen Nationalhelden, Napolione Buonaparte, den Sieger von Mondovi und Melesimo auf seinem glänzenden ersten italienischen Feldzuge. Ende Juli 1796, als die Abfahrt von 800 bis 900 korsischen Republikanern aus Livorno drohte, war die Herrschaft der Engländer auf Korsika bereits unhaltbar geworden. Freiwillig, aber unrühmlich, verließen sie die Insel unter dem Schutze der von Horatio Nelson befehligten Flotte.

An dieser Stelle des Mittelländischen Meeres war also der Versuch Englands fehlgeschlagen, eine Frankreich und Italien bedrohende Seeherrschaft zu begründen. Wenige Jahre darauf sollte er an einer andern Stelle wieder aufgenommen werden.

Nach seinem vernichtenden Seesiege über Bonapartes Flotte bei Abukir (am 1. August 1798) mußte Nelson, selbst leicht verwundet, zur Ausbesserung der Schiffe nach Neapel fahren. Als Triumphator ward er von der franzosenfeindlichen Bevölkerung empfangen, verpflegt im Hause des englischen Gesandten Sir William Hamilton, dessen schöne Frau, Emma Lyons, als seine Geliebte bekannt geworden ist.

In Neapel ward eine Allianz zwischen dem Bourbonenkönig und Großbritannien abgeschlossen, der Grundstock zur zweiten Koalition gegen Frankreich. Als vor siegreichen, aus dem Kirchenstaate heranrückenden französischen Truppen

Digitized by Google

die neapolitanische Königsfamilie nach Sizilien flüchten mußte, fand die Fahrt unter Nelsons Geleit und Kommando auf seinen Schiffen statt. Monatelang blieb der Admiral in Palermo, während in dem teilweise blockierten Neapel unter Mitwirkung von Adel und Mittelstand und unter Frankreichs Schutz die parthenopäische Republik errichtet wurde.

Königliche Truppen nahmen aber bald die Stadt Neapel selbst ein. Auch die drei noch Widerstand leistenden Forts mit Franzosen und neapolitanischen Republikanern ergaben sich auf Grund einer ehrenvollen Kapitulation; sie war am 21. Juni 1799 vom Kardinal Ruffo, dem Führer der königlichen Freischaren, von einem königlichen Kommissar, von den Kommandanten des englischen Blockadegeschwaders und der anwesenden türkischen und russischen Schiffe unterzeichnet. Dessenungeachtet ward sie von dem Engländer Nelson eigenmächtig gebrochen, ihr zuwider der Admiral Caracciolo gemäß Urteil eines durchaus nicht freien[1]) Kriegsgerichts gehenkt. Es folgten ebenso noch weitere 99 Justizmorde, 222 Urteile auf lebenslängliche Kerkerhaft, 228 Deportationen nach Strafkolonien und 67 Verbannungen. In Haft genommen waren mindestens 8000, nach dem Berichte des jüngeren Zeitgenossen Pietro Colletta sogar 30 000 Menschen.

Mitten in diese nur durch ehrlosen Wort- und Treubruch ermöglichten Greuel- und Wutszenen — zweifellos war ihr letzter Anlaß die Rücksicht auf den Rachedurst der grausamen Bourbonenkönigin — fiel Nelsons Freuden- und Jubelfest, der Jahrestag der Schlacht bei Abukir (1. August 1799), glänzend und berauschend prächtig begangen.

Mit dem Namen des gefeiertsten Seehelden Englands ist unzertrennlich verknüpft die traurige und beschämende Erinnerung an eine der *fürchterlichsten* Schreckenszeiten Neapels und Unteritaliens.

Dem strikten Befehle Lord Keiths, im Juli 1799 gegen die französisch-spanische Flotte mit seinem Geschwader nach Menorka selbst aufzubrechen, verweigerte Nelson den Gehorsam; nur einen Teil seiner Schiffe entsandte er, um vor Neapel und in den Banden seiner Buhlerin Hamilton bleiben zu können. Das trug ihm einen Verweis der Admiralität ein. Für den Kapitulationsbruch und die ihm folgenden Schrecken hatte die englische Regierung unter Pitt unerhörterweise *kein* Wort des Tadels! Im Parlament jedoch ertönte aus den Reihen der Opposition die furchtbare Anklage: „In Neapel sei Schlimmeres begangen worden als in Frankreich während der Revolution!"

Erst nachdem im Juli 1800 Nelson mit den Hamiltons die Rückfahrt nach England, wo auch seine Gattin weilte, angetreten hatte, kam eine der wichtigsten britischen Erwerbungen im Mittelmeere zum Abschluß: die Besetzung der übrigens von ihm in ihrer Bedeutung unterschätzten Insel Malta nach zweijähriger Blockade durch die Kapitulation La Valettas am 5. September 1800.

---

[1]) Pietro Colletta, Storia del Reame di Napoli, I, L. 5, c. 1, p. 266.

Digitized by Google

Auf der Fahrt nach Aegypten hatte Bonaparte die Insel eingenommen. Sie galt, seit ihrer Eroberung durch die Normannen im Jahre 1090, als zu Sizilien gehörig, auch nachdem sie 1530 in den Besitz des Johanniterordens gelangt war. Der König von Neapel machte deshalb Suzeränitätsrechte auf sie geltend. Aber weder seine noch des Ordens Ansprüche achtete die britische Politik.

Im Frieden zu Amiens (März 1802) sagte England die Rückgabe Maltas an den Orden zu, jedoch unter einer bei der damaligen politischen Lage nicht so leicht zu verwirklichenden Bedingung, nämlich, daß Oesterreich, Preußen, Rußland und Spanien sich für die Unanfechtbarkeit dieses Ordensbesitzes verbürgen sollten. In der Tat aber gewährten bis zum Ausgang des Jahres sämtliche vier Kabinette die erforderliche Garantie. Trotzdem hielt England vertragsbrüchig die Insel weiter besetzt, allerdings in der nicht unbegründeten Befürchtung, daß später doch Bonaparte gelegentlich selbst von Malta Besitz ergreifen könnte. Das gab den Anlaß zu neuen feindlichen Verwicklungen zwischen beiden Mächten, die 1805 zum dritten Koalitionskriege führen sollten.

Während der Napoleonischen Kriege wußten die Engländer den Besitz der Insel zu behaupten; im ersten Pariser Frieden 1814 wurde er ihnen zuerkannt. Sie waren die Herren der Meere geworden, sie beherrschten sie durch ihre Kreuzer, durch ihre Kaper sowie — durch geheime oder offene Seeräuberei. Nunmehr allein Besitzer einer wirklich großen Flotte, bedrückten sie den fremden Seehandel; die Flotten der anderen Staaten waren ja zumeist vernichtet. Die britische Politik hatte es verstanden, zu ihrem Vorteil die Hauptmächte Europas sich im gegenseitigen Kampfe fast verbluten zu lassen!

Noch bevor das Pariser Friedensprotokoll unterzeichnet wurde, hatte eine Abordnung italienischer Wahlkollegien Audienz bei dem englischen Staatssekretär Castlereagh[1]) und bei Lord Aberdeen. Sie bat diese, für Italiens nationale Unabhängigkeit und für eine konstitutionelle Verfassung einzutreten. Der Mailänder Patriot Federigo Confalonieri war ihr Sprecher. Castlereagh lehnte kühl ihre Wünsche ab; er gab unzweideutig zu verstehen, daß eine Verfassung, besonders eine so hoch ausgebildete wie die englische, für Italiener nicht angebracht sei, mit anderen Worten, daß diese für eine solche noch nicht reif seien. Als Freund und Verehrer Oesterreichs, das nun nach dem Willen der Großmächte die absolute Vormacht in Italien werden sollte, tröstete er sie: Gegen Oesterreichs väterliche Regierung liege kein Grund zu Befürchtungen vor.

Korsikas großer Sohn Bonaparte hatte einmal den schon lange in der Literatur gepflegten Gedanken der Einheit Italiens verwirklichen wollen.[2]) Er hatte die Italiener, wie der Dichter Ugo Foscolo sagte, politisch „belebt, sie mit selbständigen Meinungen, Gesetzen, Waffen, mit dem Sinn für die Unabhängig-

[1]) Diesen Typus des gewissenlosen englischen Politikers nannte sein Zeitgenosse, der auch in Italien gefeierte Dichter Lord Byron, einen „kaltherzigen Sklavenhändler und Kesselflicker", einen „intellektuellen Eunuchen des korrumpierten, plutokratischen Parlaments".

[2]) „Ich brauche," sagte er 1815, „zwanzig Jahre, um die italienische Nation zu schaffen." Vgl. Korresp. XXIX, 313/14.

Digitized by Google

keit, mit der Sehnsucht nach einem freien Vaterlande ausgestattet, ... sie binnen wenigen Jahren in ihren inneren Verhältnissen um eine Entwicklung von sonst drei oder vier Generationen weitergebracht."

England suchte nun, im Verein mit den übrigen auf dem Wiener Kongreß versammelten Mächten, diese nur in der beweglichen und scharfen Fassungsgabe des Italieners mögliche Entwicklung für ein halbes Jahrhundert gewaltsam zurückzuschrauben.

Noch ehe der Kongreß zu Wien förmlich eröffnet war, hatte Talleyrand die Zusage Castlereaghs erhalten, für die Vertreibung König Murats aus Neapel und für die Wiederherstellung des dortigen Bourbonenthrons wirken zu wollen. Dafür ist Castlereagh tatsächlich eingetreten, unbekümmert darum, daß Lord William Bentinck in Englands Namen dem von Oesterreich mit Murat geschlossenen Bündnisvertrag kurz zuvor, am 26. Januar 1814, beigetreten war.[1])

Skrupellos und aller Rücksichten bar, setzte sich auch hier England über die Heiligkeit von Verträgen und Versprechungen hinweg!

An der so überaus willkürlichen Staateneinteilung Italiens, an den jahrzehntelangen Kämpfen und an all dem Unheil, das nun für Italien folgen sollte, hatte England einen großen Teil schwerer Schuld. Aber gerade England war es, das sich als uneigennütziger Gönner der italienischen Einheitsbestrebungen aufspielte, seitdem diese nunmehr gegen Oesterreich auf dem Pariser Kongreß 1856 durch Camillo Cavour's energisches Vorgehen auf die politische Tagesordnung Europas gesetzt worden waren.

Es war ihm dabei nicht um die Einheit, Größe und den Aufschwung Italiens zu tun, sondern um die Schaffung einer rivalisierenden Macht seinem alten Gegner Frankreich gegenüber, dem es unter keinen Umständen eine Stärkung seiner Herrschaft auf dem Mittelmeere gönnen wollte. Gleichzeitig kam es ihm darauf an, eine Schwächung Oesterreichs in Italien herbeizuführen. Das entsprach der von Bolingbroke[2]) einst ausgesprochenen Maxime: In Englands Interesse läge es, die Kontinentalmächte sich gegenseitig bekriegen zu lassen, ohne sich selbst zu tief dabei einzumischen. Schon darum gewährte England den Vorkämpfern für die Einheit Italiens gegen Oesterreich in den Zeiten der Verbannung bei sich ein Asyl, förderte im geheimen, besonders durch Vermittlung der Freimaurer, Unabhängigkeits- und Freiheitsbestrebungen auf der Halbinsel.

Auf dem Pariser Kongreß kamen die italienischen Zustände in der Sitzung vom 8. April 1856 zur Sprache. Mit anscheinender Wärme trat der eng-

---

[1]) Derselbe Bentinck hatte im April 1814, nachdem er kurz zuvor Napoleons Schwester Elisa Bacciochi als Großherzogin von Toscana entthront, den Aufstand Genuas gegen die Franzosen unterstützt und die alte republikanische Verfassung unter britischem Schutz wiederhergestellt. Trotzdem ging das englische Ministerium über die Genua zugesagte Freiheit hinweg und willigte in seine Vereinigung mit dem Königreich Sardinien durch die Wiener Schlußakte ein. — Vgl. M. Brosch, Geschichte von England, XI, S. 132, 214, 422 u. ff.

[2]) Ausspruch Bolingbroke's in seinen „Bemerkungen über die Geschichte Englands", zitiert in H. St. Chamberlains Kriegsaufsätzen (1914) S. 52.

Digitized by Google

lische Bevollmächtigte Lord Clarendon für die Beendigung der österreichischen Okkupationen in Italien, für die Einführung des Laienregiments im Kirchenstaate und für die Verbesserung des neapolitanischen Regierungssystems in längerer Rede ein. In vertraulichen Verhandlungen zwischen Kaiser Napoleon III., Cavour und Clarendon wurde sogar die Frage des Krieges gegen Oesterreich ausführlich erörtert; Cavour hätte mit der rückhaltlosen Versicherung des englischen Vertreters heimkehren können: Bei einer ernsten Verwicklung können Sie auf uns rechnen, und Sie werden sehen, mit welcher Energie wir Ihnen zur Hilfe kommen werden! Er hätte es können, wenn er nicht vor der Rückkehr nach Turin in seinem hoffnungsvollen Vertrauen erst nach England gefahren wäre. Dort ward er einer sehr starken Gegenströmung, einer „Tatenscheu dieses Hofes", wie Treitschke sagte, inne, die der Verwirklichung seiner großen Pläne gar nicht förderlich sein konnte.

Und dem entsprach auch das Weitere. Ohne englische Hilfe sind gegen Oesterreich Piemontesen und Franzosen 1859 in den Krieg gezogen, der ersteren die Lombardei einbrachte, wofür sich letztere mit Piemonts Kernland Savoyen und mit Nizza entschädigen ließen.[1]) „Im Sinne Napoleons III. war jener Krieg," wie Crispi sagt, „tatsächlich nur ein Geschäft."

Als der französische Imperator den Preis des „Geschäftes" mit unwiderstehlicher Dringlichkeit einforderte, da stand Cavour mit seinem König allein und ohnmächtig da. Wohl hatte England gegen diese Gebietsvergrößerung Frankreichs, die dem Lande ein schönes Stück an der mittelländischen Küste einbrachte, mehrfach durch Diplomaten, Minister und im Parlamente Einwendungen erhoben, so daß die Vorkämpfer der Einheit Italiens sich auf eine Hilfe von dorther Hoffnung machen durften. Im entscheidenden Augenblick aber brachte es die englische Politik nicht einmal bis zu einem formellen Proteste. Wichtiger für sie war der vorteilhafte Handelsvertrag, zu dem sich Napoleon damals verstanden hatte (der sog. Cobdenvertrag, abgeschlossen am 24. Januar 1860). —

Zu den Annexionen Sardiniens in den päpstlichen Legationen und im Königreich Neapel hat die britische Regierung vorsichtigerweise erst dann offen Stellung genommen, als sie darüber sicher war, daß keine der übrigen Großmächte sich ihnen mit den Waffen widersetzen würde.

Noch am 12. Oktober 1860 hatte Lord John Russell bei der Zusammenkunft der Königin Viktoria mit dem Prinzregenten von Preußen dessen Minister v. Schleinitz erklärt, daß man bei aller Freundschaft für Italien doch im Falle einer erneuten Einmischung Frankreichs sich lediglich von den eigenen Interessen leiten lassen würde. Daß diese auf dem Adriatischen Meere lagen, war Ende August dem Turiner Kabinett angedeutet worden. Sie ließen einen italienischen Angriff im Verein mit Frankreich auf das noch österreichische Venetien nicht zu.

---

[1]) Der „Abtretung Nizzas und Savoyens an Frankreich 1859/60" habe ich in der „Deutschen Revue", Dezember 1914, S. 245 ff., eine längere Untersuchung gewidmet.

Digitized by Google

Als jedoch Venetien wenigstens für diesmal aus dem Spiele blieb, da durfte Lord Russell vierzehn Tage später in seiner Note vom 27. Oktober 1860 mit leicht zu durchschauender, hohler Emphase die Frage bejahen: „Hatte das Volk Italiens ein Recht, des Königs von Sardinien Beistand anzurufen, um sich von Regierungen zu befreien, mit denen es unzufrieden war?" Da wandte sich die englische Regierung „lieber dem erfreulichen Anblicke zu, den ein Volk gewährt, welches unter den Sympathien und guten Wünschen Europas das Gebäude seiner Freiheiten errichtet und den Bau seiner Unabhängigkeit befestigt". — Daß aber in Wahrheit die vier andern Großmächte über Sardiniens Vorgehen einen strengen Tadel ausgesprochen hatten, stand im vorhergehenden Satz derselben Note zu lesen! —

Italien war ohne Englands Hilfe mit der Einnahme Roms am 20. September 1870 ein einheitlicher, geschlossener Staat geworden; es zählte zu den Großmächten Europas. Die sich gewissermaßen daraus ergebende Expansionspolitik, die schon von König Viktor Emanuel für die Zukunft in Aussicht genommen war, mußte wegen der wirtschaftlichen und Handelsinteressen, sowie in Rücksicht auf seine bedeutende Auswanderung, Italiens Augenmerk notwendigerweise zuerst auf Tunis lenken, auf das am meisten italianisierte Gebiet Nordafrikas.

Das sahen auch die übrigen Mächte ein. Deutschland und Oesterreich wollten Italien nach dieser Seite hin unterstützen, ja sie schlugen ihm einen derartigen Eintritt in die Kolonialpolitik direkt vor, wie ich das kürzlich in anderm Zusammenhang dargelegt habe.[1])

Anders England! Es überblickte sehr wohl die Situation in seinem Interesse: Besaß Italien mit den Inseln Sardinien, Sizilien und Pantelleria noch von der afrikanischen Küste Kap Bon, Karthago und Biserta, dann gebot es über die Meerverbindungen zwischen Europa und dem Orient, über den Zugang zu Aegypten und Indien, dann war der Besitz von Malta und Cypern für England beträchtlich entwertet. Die Neutralität im Mittelmeer konnte für England nur gesichert sein, wenn die beiden durch Lage und Geschichte verbundenen Küsten Siziliens und Afrikas in verschiedenen Händen waren. Darum wies auf dem Berliner Kongreß von 1878 Lord Salisbury, und nicht Bismarck, Frankreich auf Tunis. Salisbury verpflichtete sich für seine Regierung, es bei einer Besitzergreifung dieses Landes, sobald Frankreich dazu ein geeigneter Zeitpunkt gekommen zu sein schien, nicht zu stören. England selbst war durch Cypern entschädigt, das es sich soeben vom Sultan gesichert hatte.

Somit war das Schicksal von Tunis, ohne Wissen Italiens, entschieden; dessen Bemühungen um jene Regentschaft mußten scheitern. Alle Versuche und Vorstellungen des arglosen Ministerpräsidenten Benedetto Cairoli, sogar noch im letzten Momente eine Unterstützung der italienischen Interessen und Bestrebungen

[1]) Vgl. den Aufsatz „Auf welche Weise machte sich Frankreich zum Herrn von Tunis?" in der „Deutschen Revue", Februar 1915, S. 125 ff.

Digitized by Google

bei dem englischen Freunde zur Aufrechterhaltung des Status quo zu erwirken, konnten nur zu Ausflüchten, im besten Falle zu ergebnislosen Scheinmanövern führen.

Aeußerlich waren die Beziehungen zwischen England und Italien durchaus freundschaftliche. Italien hatte England bei dessen Vorgehen gegen die Türkei im Herbste 1880 durch Teilnahme an der Flottendemonstration wegen Dulcigno seinen Beistand gewährt, als sich das Kabinett Gladstone in arger Verlegenheit befand.

Aber daraus folgte doch nicht für einen englischen Staatsmann, nun seinerseits Italien auch da zu unterstützen, wo spezifisch englische Interessen nicht in Betracht kamen.

Als Italien in Tunis hintergangen war — anders läßt sich das „Fait accompli" nicht bezeichnen, wenn man sich nicht auf die Sophistik der damaligen französischen Zusicherungen einlassen will,[1]) — als Frankreich sich zum tatsächlichen Herrn von Tunis durch den Bardovertrag vom 12. Mai 1881 gemacht hatte, da erinnerte sich England seiner gewohnten politischen Grundsätze gegen seinen alten Gegner Frankreich. Sie waren in Tunis von seinem Geschäftsträger Richard Wood fast ein Vierteljahrhundert hindurch (1856—79) unentwegt angewandt, letzthin durch die künstlich aufgebauschte Enfida-Affäre und durch das Urteil des Obersten Londoner Gerichtshofes in dem Streite um die Eisenbahnlinie Tunis—Goletta wieder in Erinnerung gebracht worden. Der Staatssekretär des Auswärtigen Granville erhob in einer Depesche an den französischen Gesandten vom 20. Mai 1881 gegen den Bardovertrag Einwendungen, allerdings wieder keinen formellen Protest; jedoch flocht er dabei gleichzeitig den Ausdruck der Bereitwilligkeit ein, den neugeschaffenen internationalen Zustand anerkennen zu wollen.

Im folgenden Jahre (1882) schritt die britische Regierung zur Okkupation Aegyptens; sie machte Italien vorher (am 28. Juli) den Vorschlag, sich mit ihr und Frankreich zu verbinden, um für die Sicherheit des Suezkanals Gewähr zu leisten, womöglich bei einer direkten Aktion im Innern des Landes mitzuwirken.

Der Minister des Auswärtigen, Mancini, der sich wohl vergegenwärtigte, in wie beleidigender Weise Italien 1879 mit seinem Wunsche, im ägyptischen Ministerium, wie vordem im dortigen obersten Schatzrat, auch einen Vertreter seiner Interessen zu haben, von England und Frankreich abgewiesen worden war — Mancini lehnte jetzt Englands Vorschlag ab. Darüber quittierte dann Lord Granville, trotzdem gerade er so oft seine Freundschaft für Italien hervorgehoben hatte, in einer auch im englischen Blaubuch veröffentlichten Note an die italienische Regierung, in der er ihr in wenig feiner Weise die Ohnmacht ihrer Armee und Marine vorhielt.[2]) Sicherlich hat Mancini durch jene Ablehnung seinem

[1]) Der oft genannte Brief Barthélemy-Saint-Hilaire's und Jules Ferry's an die Estafette vom 22. Oktober 1892 (abgedruckt z. B. bei A. Billot, La France et l'Italie [1905], I, S. 27) gibt durchaus nicht die Klärung, wie sie von französischer Seite gewünscht wird.

[2]) Erwähnt im italienischen Parlament vom Deputierten Di Sant' Onofrio am 30. Mai 1884.

Digitized by Google

Vaterlande manche Enttäuschung mit Englands Politik erspart, mochte auch ein so gewiegter Staatsmann wie Crispi darüber andrer Ansicht gewesen sein.

Es war natürlich, daß Italien nach dem schmerzlichen Verluste des ihm einst so sicher erscheinenden Tunis an eine andre Kolonialerwerbung dachte, war doch sein staatliches Selbstbewußtsein gestiegen, seitdem es durch den Anschluß an die Zentralmächte Deutschland und Oesterreich (1882) als einer der Dreibundstaaten nicht mehr isoliert dastand.

Die britische Politik wußte dieses Streben für ihre eigennützigen Zwecke sehr geschickt auszunutzen. Durch den gemeinsamen Unwillen über die Besetzung von Tunis hatte sie Italiens Zuneigung in noch höherem Maße als zuvor gewonnen. Crispi's und seiner Parteifreunde Absichten auf ein größeres Gebiet für Italien am Roten Meer, an dem es bereits 1881 Assab, den Grundstock seiner Kolonie Erythräa, erworben hatte, unterstützte sie in der Berechnung, daß Italien weder im Innern noch nach außen hinsichtlich seiner Großmachtstellung so gefestigt sei, um wirklich, ohne Schaden für sich selbst, die Rolle durchführen zu können, welche ihm die Engländer zuweisen würden.

Es war im Jahre 1884. Durch den Aufstand im Sudan und durch das unglückliche Ende der Expedition Gordon's war Englands Position in Aegypten, besonders am Weißen Nil, sehr bedenklich geworden. Bedroht war sie durch die unruhigen und feindlich gesinnten Stämme am Roten Meer. Die italienische Expedition nach Massaua kann man eher als das Werk britischer Politik als der Italiens ansehen, wo sich im Parlament gewichtige Stimmen gegen eine noch unzeitgemäße Kolonialpolitik erhoben, die zu einem Sturze des Ministeriums Depretis-Mancini führten.

Daß England die von ihm selbst angeregte Expedition, welche dann zur Einnahme der Stadt Massaua, des Zugangs Abessiniens zum Roten Meer, geführt hatte, 1885 mißbilligte, war im Gesamtrahmen seiner Politik nicht sonderlich auffallend. Mit seiner Zustimmung jedoch übernahm Italien 1889 das Protektorat über den größten Teil der Somaliküste.

Italien stand damals, wie es besonders auf internationalen Konferenzen während der Jahre 1882 bis 1888 zutage zu treten schien, in einem so nahen Freundschaftsverhältnis zu Großbritannien, daß die Vermutung des Vorhandenseins eines Bündnisses nahe lag. Salisbury ließ aber in einer Bankettrede im November 1887 durchblicken, daß beide Staaten nur durch „tiefe Sympathien" und durch Interessengemeinschaften „in vielen Hinsichten" verbunden seien, aber nicht durch einen Vertrag. Natürlich! Durch die Unterzeichnung eines Vertrags wollte sich England nicht binden, um jederzeit freie Hand haben und seinen Alliierten nach Belieben fallen lassen zu können. Dieses von Rudini 1891 als herzliche Beziehungen bezeichnete Verhältnis zwischen den beiden Staaten erreichte seinen Höhepunkt in den Abmachungen vom 24. März und 15. April 1891, die dann durch das Protokoll vom 5. Mai 1894 bestätigt und bekannt wurden: Beide Staaten teilten sich Abessinien nebst Harrar in zwei Einflußsphären. Betreffs letzterer Landschaft erhielten die Abmachungen 1894 einen

Digitized by Google

sehr charakteristischen geheimen Zusatz: „Italien gestattet für das ihm überlassene Gebiet Harrar Großbritannien einen zeitweiligen Beitritt (Intervention temporaire), nämlich bis zu dem Zeitpunkte, wo es selbst in der Lage sein würde, sein Protektorat dort auszuüben." Das hieß nichts andres, als daß das nominell Italien überlassene Harrar tatsächlich in Englands Händen sein sollte. Denn dieses kannte die Machtverhältnisse zu gut, um sich nicht darüber klar zu sein, daß der Protektoratstermin imaginär war.

Bei jenen Abmachungen, die über große Gebiete schwungvoll verfügten, waren nur zwei Faktoren übersehen worden: Frankreich und der tatsächliche Besitzer Abessiniens. Ersteres legte durch seinen Minister des Auswärtigen, Gabriel Hanotaux, Protest ein, da französisches Gebiet dabei verteilt worden sei. Es berief sich auf ein französisch-englisches Abkommen von 1888.

Bedenklicher für Italien sollte der Widerstand Meneliks von Abessinien werden. Mit Italien hatte er am 2. Mai 1889 den Vertrag von Uccialli abgeschlossen. Ehe es aber zur Abrechnung mit ihm kam, mußte Italien noch gewisse, bei kühler Betrachtung ernüchternde Erfahrungen mit England erst einmal in Aegypten machen.

Am 17. Juli 1894 hatten die Italiener bei Kassala über die Derwische einen wichtigen Sieg erfochten. Daß sie nun gegen Chartum vorgehen wollten, beunruhigte die braven britischen Freunde. Heimlich sorgten sie für Aufreizung und Unterstützung der Derwische zum Widerstande gegen die Italiener. Gemäß den Angaben des „Journal égyptien" von 1894 ließen sie ihnen Waffenladungen auf Kamelen, zur See und auf dem Nil zukommen. Lord Kitchener wurde der Mithilfe durch Beschaffung der erforderlichen Geldkredite beschuldigt.[1]) Trotz der Einnahme von Kassala und Adrigrat blieb Italien nichts anderes übrig, als seine Pläne auf das Niltal aufzugeben; gerade darauf hatte England seit 1893 unter Vermehrung seiner Truppen in Aegypten hingearbeitet, statt die wiederholt versprochene Räumung des Landes einmal wirklich auszuführen.

Sir Edward Grey, damals Unterstaatssekretär, konnte nunmehr am 28. März 1895 Großbritannien als „beauftragte Schützerin und Verteidigerin der Interessen Aegyptens" erklären!

Die Kolonialpläne der Italiener mußten sich jetzt auf Abessinien beschränken, wo ihnen bereits ein unglücklicher, aber ruhmreicher Kampf beschieden gewesen war: die Vernichtung von 500 Mann der tapferen Besatzung von Massaua bei Dogali (26. Januar 1887). Der mit dem Negus Menelik abgeschlossene Vertrag von Uccialli ergab wegen Auslegung einzelner seiner Bestimmungen (Art. 17) Differenzen, sie führten zur Kündigung des Vertrages am 12. Februar 1893 durch Menelik. Da, sowie in dem sich anschließenden Feldzuge, der für Italien mit der fürchterlichen Schlacht bei Adua am 1. März 1896 und mit dem Frieden zu Addis-Abeba am darauffolgenden 26. Oktober endigte, erfreute sich der Negus auch der geheimen Unterstützung der britischen

[1]) Henri Pensa, L'Egypte et le Soudan égyptien (Paris 1895), S. 320; E. Lémonon, L'Europe et la Politique Britannique (Paris 1912), S. 130, 188.

Digitized by Google

Freunde Italiens: Abessinien ward unabhängig, frei von den Italienern, die sich nun mit Massaua begnügen mußten. Ihre afrikanische Kolonialpolitik hatte vorerst ein Ende. Die englischen Gefühle für Italien erkalteten jetzt selbstverständlich; nur von italienischer Seite (Rudini) ward noch von einer „traditionellen Freundschaft" gesprochen.

Wollte sich Italien als Großmacht mit Kolonialplänen befassen, so blieb in Afrika, nach den Fehlschlägen in Tunis, am Nil und in Abessinien, nur Tripolis übrig. Bereits besaß es dort Missionen, Ackerbau- und Handelsstationen, bereits hatte die italienische Dampfschiffahrtgesellschaft Florio Rubattino einen regelmäßigen Dienst zwischen Italien, Tripolis und Cyrenaica (Barca) eingerichtet. 1901 wurde unter dem Schutze zweier Panzerschiffe und eines Kreuzers ein Postbureau in Bengasi installiert. Immer deutlicher ward Italiens Absicht, in Tripolis eine italienische Kolonie einzurichten. Da schloß England mit Frankreich den Vertrag vom 21. März 1899 ab, welcher das Wertvollste, das ganze Hinterland von Tripolis, den wichtigsten Teil des Sudan, das Hauptabsatz- und Warenbezuggebiet für Tripolis, zur französischen Einflußsphäre machte. Obendrein drückte es seine Mißbilligung über jegliche Ausdehnung Italiens in Tripolis durch abkühlende Artikel in der „Times" und durch Entsendung zweier Kreuzer im Januar 1902 als Gegendemonstration aus; dabei war es einst (1878) Salisbury selbst gewesen, der Italien auf Tripolis, als Kompensation für das ihm mit seiner Hilfe entgangene Tunis, hingewiesen hatte!

Wenn dann die britische Politik trotzdem die Besetzung von Tripolis durch Italien 1911/12 zugelassen hat, so geschah das zweifellos in Voraussicht des geplanten Vernichtungskrieges gegen Italiens treuen Bundesgenossen Deutschland, um jenes für sich auf seine Seite zu bringen.

England sowohl wie Frankreich versicherten sich sogleich, als Italiens tapfere Söhne zum Kampfe hinauszogen, zweier wertvoller Anteile aus dem mit italienischem Blute zu erkaufenden Gebiete und entrissen sie, Hyänen gleich, der Siegesbeute: England nahm sich Solum! Italien mußte das zulassen, um sich dadurch die Zustimmung der übermächtigen Nachbarn zu seiner Erwerbung zu sichern, deretwegen es bereits der französischen Politik in Marokko freie Hand gelassen hatte.[1])

Während England derartig in Nordafrika bald Italiens Kolonialbestrebungen für seine eigenen Zwecke geschickt ausnutzte, bald dessen Interessen brutal mißachtete und verriet, zeigte es während derselben Zeitspanne die gleiche Geringschätzung für italienische Nationalität und Kultur auf der Nordafrika vorgelagerten italienischen Insel, die es in seinen Besitz zu bringen gewußt hatte, auf Malta.

[1]) Wie England auch im gegenwärtigen europäischen Kriege das angeblich befreundete Italien ohne Rücksicht auf seine Neutralität recht gewalttätig behandelt, geht aus der brutalen Durchsuchung italienischer Dampfer, aus der Festhaltung italienischer Getreideschiffe in Gibraltar, aus der scharfen Zensur der Depeschen, die per Kabel von Italien, sei es über Malta, sei es über Marseille abgehen, und aus ähnlichen Gewaltmaßregeln zu Genüge hervor.

Digitized by Google

Im Hinblick auf die 160000 Köpfe zählende maltesische Bevölkerung war die dortige Sprache der Gerichte und des aus 20 Mitgliedern bestehenden sogenannten gesetzgebenden Rates, der neben dem Exekutivrate der englischen Regierung zur Seite steht, naturgemäß die italienische. Nach einem Besuche des Ministers Joseph Chamberlain im Jahre 1899 erfolgte aber eine rigorose Sprachenverordnung: im Gerichte sollte die englische Sprache zulässig sein, sobald die Verhandlung einen englischen Untertan beträfe. Nach fünfzehn Jahren, vom 22. März 1899 an gerechnet, sollte sie völlig obligatorisch werden. Des weiteren sollte in den Schulen während der ersten zwei Jahre das Maltesische obligatorisch sein, statt wie bisher Maltesisch, Italienisch und Englisch, dann, nach Entscheidung der Eltern, englischer oder italienischer Unterricht.

Trotz aller Freundschaft für England, trotz aller Verehrung für seine vorgeblich so freiheitlichen Institutionen bäumte sich nun endlich doch das italienische Nationalgefühl mächtig auf! Zum Träger desselben machte sich außer der italienischen Presse die „Società Dante Alighieri". Auf Malta trat die Entrüstung in einzelnen Kundgebungen so stark zutage, daß die Sprachenverordnung im Juli 1902 wesentlich gemildert, teilweise aufgehoben wurde.

Aber auf wie lange? Sicherlich nur für solange als die britische Politik die Geneigtheit dieser Dreibundmacht für ihre Zwecke gegen Deutschland nötig hat. Was dann folgt, läßt sich bei ihrer gewissenlosen Hinterhaltigkeit leicht ausrechnen.

Malta steht zum italienischen Mutterlande hinsichtlich seiner geographischen Lage, seiner strategischen Bedeutung, in einem ähnlichen Verhältnisse, wie Helgoland vor 1890 zum Deutschen Reiche: Beide wichtige Stützpunkte für eine Seeherrschaft in englischen Händen. Die deutsche Politik hat nicht geruht, bis sie unter Benutzung günstiger Umstände, war es auch um einen ungeheueren Preis, das ihm unersetzliche Helgoland zurückgewonnen hatte. Aber das italienische Malta bleibt englisch, wie das ebenso italienische Korsika französisch!

Schon ohne die beiden so wichtigen Inseln, die Italien wie die Korsika gegenüberliegende Küste von Nizza, und anderseits der Abschluß im Süden, Tunis mit Biserta, zugehören, ist seine Herrschaft auf dem Mittelmeer naturwidrig beschränkt! —

Aus unserer Betrachtung der Wechselbeziehungen zwischen Italien und England ergibt sich aber als leitendes Grundmotiv: die britische Treulosigkeit.

Und wer hat das „unmenschliche" Volk als erster gekennzeichnet, soweit unsere Quellenkenntnis reicht? Es war ein Italiener: Einer der Chronisten von Este.[1]) Er nennt es: „Gens inhumana, Gens perfida Britonum!"

[1]) Das Blutbad, welches englische Söldner 1377 wegen eines Streites aus geringfügiger Ursache in Caesena angerichtet hatten, gibt ihm jene Bezeichnung ein (L. A. Muratori, Rerum ital. scriptores XV, 500). — An denselben Ausdruck erinnert Legationsrat A. Zimmermann in seiner sehr instruktiven Betrachtung: „Wie der Briten Kolonialherrschaft begründet und behauptet wurde" (Velhagen & Klasings Monatshefte, Januar 1915).

Digitized by Google

Erinnerungen an den Fürsten Bismarck

Von

Reinhold v. Thadden-Trieglaff

Die nachfolgenden Aufzeichnungen meines Vaters, des 1904 verstorbenen Landschaftsrats Reinhold v. Thadden-Trieglaff, des ältesten Sohnes des bekannten Adolf v. Thadden-Trieglaff, sind für die engere Familie geschrieben. Sie umfassen einen Zeitraum von fast sechzig Jahren und beweisen ein ungewöhnlich sicheres Gedächtnis, das jede irgend bemerkenswerte Redewendung Bismarcks wörtlich so lange Zeiträume hindurch festzuhalten imstande war. Auf Wunsch der Redaktion dieser Zeitschrift werden sie ohne Kürzung veröffentlicht, obwohl sie vielfach rein Persönliches berühren, weil jede getreu wiedergegebene Aeußerung Bismarcks geschichtlichen Wert hat und an sich Unbedeutendes dadurch bedeutsam wird.

Trieglaff, 1915. Landrat v. Thadden-Trieglaff.

Trieglaff 13. Mai 1899.

Von verschiedenen Seiten bin ich aufgefordert worden, aus meinen Lebenserfahrungen über die Eindrücke zu berichten, welche ich aus eigener Anschauung von dem Auftreten des Fürsten Otto von Bismarck gehabt habe. Denn wenn ich auch viel weniger Berührungspunkte mit dem gewaltigen Helden des Jahrhunderts gehabt habe als meine Eltern und Geschwister, so hat der Glanz dieses Sterns doch auch in meine Jugendtage hineingeleuchtet ohne jemals in meiner Erinnerung erloschen zu sein.

Den späteren ersten Reichskanzler Otto von Bismarck habe ich zum ersten Male hier mit seinem Vater gelegentlich einer Mittagsgesellschaft im J. 1839 zur Winterszeit gesehen. Herr von Bismarck-Schönhausen war eine vornehme ritterliche Erscheinung. Von seinem Sohne Otto ist mir von damals nur das Bild zurückgeblieben, wie er in dem jüngeren Kreise mit uns spielte.

Ich habe Herrn von Bismarck dann erst in meinen Michaelis-Ferien 1842 wiedergesehen, als in Plathe die Hochzeit des Grafen Karl von der Osten mit Frl. Maria von Kessel, Bismarcks Cousine, gefeiert wurde. Die geladenen Gäste waren nach der in der Kirche vollzogenen Trauung in 2 Reihen im Gobelin-Zimmer aufgestellt. O. B., der damals in Gesellschaften täglich mit einem blauen und einem schwarzen Leibrock abwechselte, stand in schwarzem Fracke, von mir angestaunt, mir schräg gegenüber, schritt aber, meiner ansichtig geworden, auf mich zu und sagte, mich mit stolzer Freude erfüllend: „Sie waren früher in Frankfurt a. O. auf der Schule, auf welchem Gymnasium sind Sie jetzt?“ Als ich diese Frage mit „Berlin“ beantwortet hatte, zog sich die ritterliche Pelham-Gestalt wieder zurück. Es lag etwas so Gewaltiges in Haltung und Blick dieser Erscheinung, daß ich sie mir damals schon in Gedanken auf die

Digitized by Google

höchsten Stufen des Erdenlebens versetzen konnte. O. B. war dann viel hier im Hause meiner Eltern, wo er uns von seiner kürzlich vollendeten Reise nach England, Frankreich und der Schweiz erzählte. Mit gespannter Aufmerksamkeit habe ich ihm bouche-béante zugehört. Ich hatte in so bezaubernder Weise noch nie sprechen und darstellen gehört. O. B. schilderte uns, wie er's 38 Jahre später im Reichs- oder Landtage gethan hat, sein Feiertagserlebniß bei seiner Landung auf britischem Boden, wo er ein Lied pfeifend, durch einen Herrn, der ihn auf die Schulter geklopft habe, mit der Erinnerung daran, daß es Sonntag sei, ermahnt worden sei, das störende Geräusch nicht fortzusetzen. Daß Bismarck hierdurch veranlaßt worden sei, wieder zu Schiff zu gehen, hat er uns damals verschwiegen. Vom parliament erzählt Bismarck, daß er gesehen habe, wie die lords im foyer sich ihre beefsteaks, vor dem Kamine sitzend, selbst bereitet hätten und daß der Vorplatz vor dem Gebäude mit den gesattelten Reitpferden der noble-men und dem dazu gehörigen Troß besetzt gewesen sei, unter Ausschluß jeglichen Fuhrwerks. In Zimmerhausen — ich war nicht gegenwärtig — hat B. von einer Hinrichtung, der er als Augenzeuge beigewohnt habe, berichtet. Der Strick, von welchem der Verurteilte umschlungen gewesen sei, habe nicht gehörig angezogen. Da hätte sich dann der Henker zur Vermehrung des Körpergewichts selbst an die Beine seines Opfers angehängt und so den Erstickungstod des Sträflings rasch herbei geführt. B. führte bei seiner Reiseschilderung auch einmal an, daß er von dem Vorurteile der Unzulässigkeit des Galoppfahrens in England geheilt worden sei, da er auf dem Postwagen oft erlebt hätte, wie diese schleunigere Fortbewegungsart gewählt worden wäre. Bei Bismarck's „Vorliebe für die Franzosen" hat ihm die Heimat unserer bedeutungsvollsten Nachbarn natürlich sehr gut gefallen. Das Land, „wo die kleinsten Kinder schon französisch sprechen", habe ihm einen sehr gebildeten Eindruck gemacht. An der Schweiz wußte B. weniger die hohen Berge als die hohen Preise zu tadeln, obschon er Strand, Ebene u. selbst „Wüste" mehr liebte als Gebirge.

B's fesselnde Unterhaltung beschränkte sich nicht auf seine Wanderfahrten. Bei einem Rückblicke auf alte Zeiten kam 1806 zur Sprache. B. glühte voll Zorn wider die Feiglinge, welche landesverräterischer Weise die preußischen Festungen übergeben hatten. Er äußerte, er begriffe nicht, daß sich nicht ein Leutnant gefunden hätte, der einem so frevelhaft handelnden Generale, eine Kugel durch den Kopf zu jagen ermutigt gewesen wäre! Das Gespräch wendete sich den Bestrebungen der Landesfürsten im Allgemeinen zu, wobei B. hervorhob, daß es das Hauptziel dieser Gewaltigen auf Erden sei, ihr Herrschaftsgebiet auszudehnen, ihre Grenzen zu erweitern. „Ich bin der Meinung, daß wir auch noch einmal eine Zeit bekommen werden, wo das Königreich Preußen einen bedeutenden Zuwachs erhalten wird," meinte B. Ich weiß nicht wie sich der Vortrag weiter entwickelte, ich entsinne mich nur noch des Gefühls, das mich durchzuckte, daß wir einen „solchen Mann" einmal an der Spitze der Staatsleitung haben müßten, wozu ich allerdings damals nicht die mindeste Aussicht vermutete. Wir hatten in jenen Tagen noch kein öffentliches Leben; wie sollte

Digitized by Google

sich ein schlichter Grundbesitzer, wenn er auch noch so sehr in seinen Kreisen als bedeutend und geistreich auffiel, sich derartig hervorzuthun Gelegenheit haben, daß er eine solche Stufe erklimmen könnte!? Ich entsinne mich aus jener Zeit noch einer Reise nach Gramenz, das damals meinem Oheim Ernst Frhrn. Senfft von Pilsach gehörte. Die Versteigerung von Vollblutpferden war die Veranlassung, welche auch O. B. dorthin gelockt hatte. B. bewunderte das einzigartige freundliche Verhältniß meines Onkels zu seinen Leuten und wie dieser jeden Angestellten für sein Fach zu begeistern wußte. In einem Tischgespräche wurde auch Bismarcks berühmtes Gutachten über das vorgeschlagene Enteignungsgesetz erwähnt, welches Senfft zur Gegenäußerung zugeschrieben gewesen war. B. hatte auf die mutmaßlichen Folgen des zur Erlangung der Rechtskraft bestimmten Entwurf's in nachdrucksvollen Sätzen hingewiesen; z. B.: „Aus dem Grabmal meiner sel. Tante wird ein Aalfang gemacht." u. s. w.

In England habe die bill die Wirkung gehabt, daß ein Lord deßwegen ausgewandert sei.

Senfft rühmte die Arbeit seines jungen Freundes ungemein, meinte aber als Verteidigung der Expropriation, daß jener Pair von Groß-Britanien und Irland sich durch seine Landesflucht „sein Urteil selbst gesprochen" habe.

Der Ausflug nach Gramenz, wo B. auch das kleine „plattdeutsche Mädchen" Frida Senfft sehr bewundert hatte, endete mit einem heiteren Mahle und dem damals noch durch „Champagnerthaler" bezahlbaren Sekt in Körlin.

Aus Gesprächen in den 40ger Jahren erinnere ich mich nur noch einer Verurteilung der Unwahrhaftigkeit, indem Bismarck meinte, daß das Lügen ja tadelnswert sei, daß es für ihn aber einen unwiderstehlichen Reiz habe, in dem salon der Frau v. Natzmer in Greifenberg eine „Geschichte" in Umlauf zu setzen. Die Wahrheitsliebe, Aufrichtigkeit und furchtlose Offenheit ist ja immer ein hervorstechender Zug in dem Charakter des großen Mannes gewesen.

„Es giebt Menschen" sagte mein Bruder Gerhard der leider früh verstorbene Freund Bismarcks, „welche nie eine Unwahrheit sagen würden, die aber doch durch und durch unaufrichtige Naturen sind. Bei Bismarck kann ich mir es sehr wohl denken, daß er mit Bewußtsein einmal zu lügen vermöchte. Dabei ist er aber doch eine unerschütterlich aufrichtige Charaktergestalt." Man vergleiche damit, was Bismarck in dieser Beziehung selbst über sein Verhältniß zu seinem großen Kaiser geäußert hat.

Hinsichtlich des Schuldenmachens der Studenten hörte ich Bismarck einmal in Zimmerhausen erklären, die Väter möchten doch bedenken, daß ihre Söhne auf Universität ihren Wechsel mindestens um 60 pc. überschreiten müßten. Ich habe nicht verfehlt, mir diese Lebensweisheit zu nutzen zu machen.

Bm. hatte keine Spur von médisance an sich, doch wußte er die Ausdrucksweise seiner Nachbarn sehr launig zu schildern und wie sie sich ganz mit ihrer Wirtschaft identifizirten. So habe ein nach seinem Befinden getragter Gutsbesitzer ernsthaft geantwortet: „Mir geht es ganz gut, nur habe ich leider im Winter sehr stark die Räude gehabt."

Digitized by Google

Bism. wurde bei uns einmal wegen seiner Neigung, am Glücksspiele sich zu beteiligen, angegriffen. Er verteitigte sich gegen diesen Vorwurf, indem er angab, daß er niemals einem Mitspieler im hasard mehr abnähme, als dieser, ohne empfindlich unter der Einbuße zu leiden, verlieren könne.

Er selbst mache sich immer gewiße Verlustsätze, und wenn er die Grenze erreicht habe, überschreite er sie nie, sondern spiele den ganzen Monat nicht wieder.

Hinsichtlich der Berechtigung des Zweikampfs äußerte Bismarck, daß er diese Streitart für gewisse Verhältnisse für unentbehrlich halte. Gesetzte Männer hätten sich dieser Ausgleichsweise zu enthalten, bei jungen Offizieren müßte aber das Duell so herkömmlich sein „wie das Frühstück". Bei Prinz Kraft Hohenlohe ist zu lesen, daß B. erst als Bundestagsgesandter französisch und englisch gelernt habe. B. beherrschte beide Sprachen schon in früher Jugend mit Meisterschaft. Sein Beispiel veranlaßte mich, schon während meiner Schulzeit englisch zu treiben. Bücher wie Bulwers Night and Morning verschlang er in wenigen Stunden.

Ich war immer glücklich, wenn ich einmal eine französische phrase aus seinem Munde erhaschen konnte. Einmal brachte unser Diener einen Brief in den Saal indem er unterwegs die Aufschrift zu entziffern suchte: „Ce jeune homme, est-il doué de la faculté de lire?" fragte Bismarck und entzückte mich durch diese Musterleistung.

Bismarck liebte das Vorlesen nicht, er meinte, wenn dazu geschritten würde, nähme er ein Buch und läse für sich. Ich bin dadurch in meiner gleichartigen Abneigung bestärkt worden.

Bism. wußte auf allen Gebieten der Bildung Bescheid. Mein Vater fragte ihn einmal, ob er Schlossers, von dem Frager sehr geschätzte Geschichte des 18. Jahrhunderts gelesen habe. „Ich habe sie gelesen wie ich alles gelesen habe, ich habe darin geblättert," war die Antwort. Seine Leseweise schilderte B. so: „Ich lese den Anfang des Buchs, dann das Ende, dann in der Mitte dies und das. Wenn mir die Proben gefallen, lese ich das ganze Werk, sonst lege ich's bei Seite."

Bism. war, wie bekannt, ungemein schlagfertig. Die Behandlung der religiösen Bekenntnisse gehörte in den 40 Jahren zu den Tagesfragen.

Bism. meinte, daß die Stellung des Staatsbürgers nicht von seiner Glaubensmeinung abhängig gemacht werden dürfe. Der Präsident Ludwig v. Gerlach entgegnete: „Dann ist es auch wohl Grundsatz:

Erfülle Deine Bürgerpflicht,
Nach Deinem Glauben frag' ich nicht!?"

„Allerdings," erwiderte Bismarck. „Dann" hielt ihm Gerlach vor, „müssen Sie auch für die Emanzipation der Juden eintreten." „Keineswegs," schloß Bismarck die Unterhaltung, „den frage ich nicht, dem sehe ich's an."

Bismarck war wie alle großen Männer anspruchslos in Beziehung auf das was Andere ihm boten. So belustigte es ihn sehr, als er klagte, er wisse nicht, wo er mit seinen Spickgänsen bleiben solle, daß ich ihm anbot, sie abholen zu

Digitized by Google

lassen, und auf seine Frage, was ich geben wolle, mich bereit erklärte, den Botenlohn zu bezahlen.

Bismarck hat immer sehr gern geschrieben. „Es ist herrlich," sagte er einmal, „glattes Briefpapier zu haben, dann kann man so wundervoll lange Buchstaben machen." — Als meine Schwester Marie mit Moritz Blanckenburg verlobt war, besuchte er uns eines Morgens im „Dachsbau" beim Professor von Lancizolle in der Marienstraße in Berlin. Die Fenster des ehemaligen Stallgebäudes waren mit eisernen Stäben vergittert. „Ich dachte schon," äußerte Bismarck eintretend, „sie hätten Moritz wieder unter Schloß und Riegel gebracht", was sich auf die Festungshaft bezog, welche mein Schwager wegen Duellbeteiligung in Magdeburg einige Jahre früher durchzumachen gehabt hatte. Das Gespräch kam vom 100sten aufs 1000ste, auf die Vergrößerung der Heeresmassen, wobei Bismarck hervorhob, daß in den Schlachten bei Oudenarde und Malplaquet im spanischen Erbfolgekriege höchstens 6000 Mann auf jeder Seite gefochten hätten. Er selbst, bekannte Bismarck, habe sich immer sehr versucht gefühlt, an kriegerischen Unternehmungen teil zu nehmen, und hätte schon daran gedacht gehabt, unter englischen Fahnen in Indien Dienste zu nehmen, dem Beispiele des Prinzen Waldemar folgend. „Indessen", schloß Bismarck, „was haben mir denn die Indier zu leide gethan, dachte ich mir." (Bei mir hat dies Gespräch die Wirkung gehabt, daß ich 1849 bei Schwarzenberg-Ulanen gegen die aufständischen Ungarn kämpfte und die Verteidigung von Temesvar mitmachte.) Beim Heimwege von der Marienstraße begleitete ich Bismarck, der aber innerlich so arbeitete, daß er kein Wort für mich übrig hatte, und als ich eine Frage an ihn richtete, mich nicht verstand, sondern nur verlauten ließ: „Wie beliebt?", womit die stille Unterhaltung ihr Ende erreichte. Im Jahre 1843 hat B. mit uns hier den heiligen Abend und das Weihnachtsfest gefeiert, wobei er es rügte, daß mir und meinem Bruder Gerhard, welcher eine prächtigere Flinte als ich erhielt, Gewehre geschenkt worden wären, da er dies für verfrüht hielt. Schüler, meinte er, müßten noch keine Schußwaffen besitzen. Als Harry Arnim in Halle seinen Dr. juris, mit unerhörtem Glanze übrigens, gemacht hatte, wurde diese That als ein bloßer Eitelkeitsbeweis bespöttelt, was B. mit den Worten zurückwies: „Na, H. Arnim ist nicht dumm." In der Zukunft hat sich dieser Ausspruch bewahrheitet.

Das Jahr 1844 ist für B's inneren Entwicklungsgang entscheidend gewesen. Seine Teilnahme an dem Polterabend und der Hochzeit (4. Okt) meiner Schwester Marie mit Moritz Blanckenburg ist oft geschildert worden. B. hat sich tatkräftig bei der Löschung der verhängnißvollen Hochzeitsfackel beteiligt und bei der Entschädigung der mitabgebrannten Bauern echt diplomatisch und sehr ersprießlich mitgewirkt. Die ruhige Haltung meiner Eltern bei dem entsetzlichen Brandunglücke hat auf B. einen tiefen Eindruck gemacht. Auf einem Gange durchs Dorf wurde das Benehmen verschiedener Instleute geschildert, wobei erwähnt wurde, daß eine Frau vom Feuerlöschen abgeraten und zum Beten ermahnt hätte. B. belächelte dies, indem er Cromwells Ausspruch: „Betet, aber haltet Eure Patronen in

Digitized by Google

Ordnung," als deutsche Uebersetzung des: pray and keep your powder dry, wiedergab.

Bei einer andern Gelegenheit wurde angeführt, daß jemand an der Zulässigkeit der Feuerversicherung für christliche Gewissen gezweifelt habe, weil dadurch Gott ein Züchtigungsmittel geraubt würde. B. erklärte: „Das ist ja die reine Blasphemie, denn Der kann uns doch schon kriegen."

An einem Vormittage nach dem Brande hatte B. in dem Zimmer, in welchem ich schreibe, Muße, meiner Schwester den damals erscheinenden Roman von Eugen Sue: Le juif errant auszugsweise vorzutragen. Der Schlußauftritt zeigte ihn in Kamschatka, sie in Alaschka und das Nordlicht beide umspannend. B. schilderte in so hinreißender Weise, daß Wilh. Kardorff, welcher noch weiter gelesen hatte, sich außer stande erklärte, die Erzählung fortzusetzen.

Am Abend eines folgenden Tages hatten wir ein ernstes Gespräch im Familienkreise. Mein Vater brachte im Laufe der Unterhaltung das Wort Georg Herweghs an Friedrich Wilhelm IV. vor: „und wer mit seinem Gott gegrollt, — kann auch mit seinem König grollen". B. meinte: Freilich, wenn man Gott lieben könne, so könne man auch mit Gott grollen. Mein Vater entgegnete: „Da sind Sie also Pantheist", was B. bejahte.

Die Erörterung des Gegenstandes wurde mit äußerer Ruhe und großer Schärfe der Dialektik fortgesetzt, so daß die innere Bewegung erst nach dem Auseinandergehen der kleinen Familienversammlung zu Vorscheine kam. W. Kardorff meinte, daß er noch nie eine Frau mit solchem Maße von Denkkraft und Logik habe diskutiren gehört, wie meine Mutter. B. war auch sehr erbaut von P. Nagels Predigt am Sonntage nach dem Brande und erklärte diese Trost- und Angriffsrede für ein demosthenisches Meisterwerk. B. ist in den kurzen Tagen des Kardeminer Eheglücks viel im Hause Blanckenburg gewesen und hat sich eifrig an den Shakespeare-Abenden mit verteilten Rollen beteiligt, wobei er unentbehrlich war, weil er allein wußte, daß Shrewsbury nicht so, sondern Schrusberi auszusprechen war. Als Rollen-Leser soll sich B. nicht hervorgethan haben. Er hat im Leben immer nur seine eigene Rolle zu geben gewußt, wie Mit- und Nachwelt behaupten, mit künstlerischer Gewandtheit. — Auf unser geselliges Verhalten ist B. nicht ohne nachhaltige Wirkung geblieben. So hatte er das aus England mitgebrachte Verbot, Fische mit Anwendung des Messers zu verspeisen, hier eingeführt, da man ihn dort bei einem bezüglichen Versuche, sich des schneidenden Werkzeugs zu bedienen, gefragt hatte, ob er sich den Hals abschneiden wolle. Bs. Verkehr mit geringen Leuten war mustergültig. Nie habe ich ein aufgeregtes Wesen an ihm bemerkt oder ein heftiges Wort von ihm gehört. Mein Schwager Blanckenburg rühmte von ihm, daß er mit jedem seiner Dienstleute so spräche, wie er es in vornehmen Kreisen gewohnt sei. Als ihn meine Mutter einmal nötigte, noch zu bleiben, obschon seine Pferde schon vor der Thür warteten, erwiderte er: „Nein, ich muß aufbrechen, denn sonst schilt mich mein Reitknecht".

Digitized by Google

B. wollte nur einmal in den Augen der Gesellschaft die Sitte verletzt haben: als er, in die Bewunderung seiner neuen Stulpstiefeln versunken, auf einer Gartenbank liegend, in dieser Beschaulichkeit sich selbst durch die Nähe lustwandelnder Damen habe nicht stören lassen. Bismarck hatte am 4. Oktober 1844 bei der Hochzeit meiner Schwester deren innig geliebte Freundin Frl. Johanna von Puttkamer zur Tafel geführt und wundervoll unterhalten. In meinen Hundstagsferien 1846 wurde mir der Auftrag erteilt, die uns so nahe stehende junge Dame von Reinfeld zur Harzreise mit Blanckenburgs, Bismarck und Dr. Wangemann abzuholen. Mit Freuden und Erfolg unterzog ich mich diesem Schnellpostunternehmen. Ich weiß nicht mehr genau, ob Elisabeth v. Mittelstedt, Wangemann's spätere erste Frau, auch an der Harzfahrt teilgenommen hat, wie es geplant war. Auf der Rückkehr der Harzgenossen von dem Ausfluge verlebte ich einen frohen Sonntag mit der um Wangemann verminderten Zahl in Berlin. Wir hörten vormittags Büchsel in der neuen Mathäuskirche predigen, speisten mit Onkel Ludwig, General Gerlach u. Berndt bei Milentz unter den Linden, wo B. die Zeche mit „deux et dix" machte, und genossen dann Keudells Klavierspiel im Bechsteinschen Saal in der Friedrichstraße. Hier lernten sich B. und Keudell kennen. Der Abend führte uns in's Opernhaus, wo wir die durch die Tuczek dargestellte Regimentstochter hörten. Da meine Schwester während der Vorstellung das Textbuch entfaltete, zog sie sich eine rügende Bemerkung Bismarck's zu, welcher sie belehrte, daß man das libretto auswendig wissen oder doch so scheinen müßte, als ob man es so kennte.

Nach dem Theater begaben wir uns in einer Droschke weit hinaus zu Onkel Otto Gerlach. Unterwegs hielt sich B. mit scharfen Worten über die Gerlachs auf, die besser sein wollten als andre Leute, mußte sich aber, noch ehe er uns gegen das Ende der Fahrt verließ, eine derbe Zurückweisung seiner Anklage seitens meiner Schwester gefallen lassen.

Bald nach Beendigung der lustigen Harzreise begannen die thränenreichen Tage für unser Haus. Am 19. Aug. 46 starb mein Bruder Adolf. Meine Mutter erlag gleichfalls dem Nervenfieber am 4. 10. 46. B. war hier zum Begräbniß. Am 11. Oktober feierten wir hier noch in wehmutsvoller Stille den Geburtstag meiner Schwester, woran auch B. teilnahm.

Bald nach meiner Rückkehr nach Berlin eilte ich wieder nach Kardemin, weil auch meine Schwester schwer erkrankt war. Auf dem Stettiner Bahnhofe in Berlin traf ich B., welcher in Angermünde ausstieg, aber verhieß, daß er bald mir folgen werde.

Er erschien auch 1 oder 2 Tage später in Trieglaff und war sehr still und traurig. Am 10. Nov. starb meine Schwester. Ich war nicht bei ihrer Bestattung zugegen.

Da ich Abiturient war, fand ich Trost und Erleichterung in der Arbeit.

Das Weihnachtsfest feierten wir in Reinfeld. Ich war immer ein eifriger Bewunderer Bismarcks gewesen, verschloß aber meine Gefühle im Gegensatze zu der mich umgebenden lauten Bewunderung, was Johanna, meine Stellvertretungsschwester, veranlaßte zu äußern: „Reinhold mag Bismarcken nicht."

Digitized by Google

Wenige Tage nach meiner Wiederankunft in Berlin erfuhr ich die Ursache der für mich so anzüglichen Behauptung meiner Abneigung gegen B.: Johanna und O. B. waren verlobt. Das Brautpaar habe ich nie vereint gesehen. Ostern 1847 verließ ich das Gymnasium.

Bei meinem Abgange nach Bonn ließ mir Bm. durch seine Braut sagen, ich möchte mich vor den Quarten in acht nehmen. Dieser Warnung habe ich's aber kaum zu verdanken, daß ich mit einer Tiefquart und 2—3 Nadeln davon gekommen bin. Erst im Frühjahr oder Sommer 1848 habe ich Bismarck mit Gemahlin in Zimmerhausen, wo ich Salz-Brunnen trank, wieder gesehen.

Bm. hielt mir allein einmal in Onkel Eduards Zimmer in der Sofaecke einen langen Vortrag über die Lage der Verhältnisse. Das Schreckwort war damals: Reaktion. B. sagte aber, „eine Reaktion müssen wir haben". Er wollte dem Könige zumuten, selbständig seinem Volke eine Verfassung zu geben, es sollten in die Urkunde aber nur einige liberale Redensarten, wie Aufhebung der Patrimonialgerichte u. dgl. aufgenommen werden, womit sich die Demokratie würde abspeisen lassen. Sehr eingehend ließ sich B. über die Dänische Erbfolgefrage aus, verglich das Verhältnis Dänemarks zu Schleswig-Holstein und Deutschland mit den Beziehungen Hollands zu Luxemburg und dem Deutschen Bunde und gelangte zu dem Ergebnis, daß die dänischen Ansprüche eigentlich ganz berechtigt wären.

Wie fern war doch der damals schon so große Mann von aller Eitelkeit; wie würde er sich sonst herabgelassen haben, unaufgefordert von einem auf Grasung befindlichen Studenten so gründliche Erörterungen anzustellen. Im August sah ich B. auf dem sog. Junkerparlamente wieder. Hans Kleist hatte die Versammlung statt des stimmlich weniger bemittelten Bülow-Cummerow eröffnet. Als Zweck war Schutz der materiellen Interessen angegeben, ein Ziel, welches Ludwig Gerlach sofort umkehrte, indem er forderte, daß man Front nicht nach dem Mist, sondern gegen den Feind zum Schirm für ideale Güter machen solle. Am 2. Tage wurde die Notwendigkeit einer Adresse erörtert. Hinsichtlich der Empfangsbestimmung gingen die Meinungen auseinander. Bism. war der Ansicht, daß eine an die Minister zu richtende Vorstellung nicht empfehlenswert sei, denn es sei doch unzweifelhaft, daß mit Vernunftsgründen bei den jetzt leitenden Staatsmännern nichts auszurichten sei. Eine Adresse an die Nationalversammlung habe schon eher etwas für sich, denn es wäre doch nicht zu leugnen, daß immerhin einige ganz vernünftige Leute in der Versammlung enthalten seien. Am meisten empfehle es sich aber, sich unmittelbar an S. M. den König zu wenden, denn wenn der König auch nicht verantwortlich vor Menschen sei, so sei er es doch vor Gott und seinem Gewissen. Ich war entzückt über diese Rede und daher sehr verwundert, als ich später einen Mecklenburger (Lj. Ö.) sich äußern hörte: „Was B. sagte, war ja sehr treffend, er scheint ein bedeutender Mann zu sein, aber reden muß er nicht, er stottert ja!"

Mich hat das Stocken in B's Redefluß niemals peinlich berührt. Es gehörte zu ihm und rührte von seinem beständigen Suchen nach dem richtigen Ausdruck, nach der allerpassendsten Wiedergabe des Gedankens her.

Digitized by Google

Ich habe B. im Herbste 1848 in Berlin und Potsdam oft wiedergesehen. Einmal speiste ich mit Leopold und Ludwig Gerlach auf dem Bahnhof in Potsdam im Freien. Als Bism. vorüberging, sagte L. G.: „Ich sehe nicht ein, warum das kein Minister sein soll?"

B. traf ich einmal abends bei seinem Vetter, dem Grafen Bismarck-Bohlen, in Potsdam. Es war in den Tagen, als der General v. Pfuel das Präsidium des Staatsministeriums übernommen hatte. Es wurde vielfach bezweifelt, ob diese Wahl eine glückliche zu nennen sei. B. erzählte, er habe den englischen Gesandten Grafen Westmoreland gefragt, was er von dem neuen Ministerpräsidenten hielte, und die Antwort erhalten: O! my dear, what is to be expected from a fool?

Da mir mein Vater vorgeschlagen und erlaubt hatte, den Feldzug in Ungarn mitzumachen, teilte ich dies B. auf einer Bahnfahrt von Berlin nach Potsdam mit. „Da werde ich Sie dem Grafen Brühl (Flügel-Adjutanten des Königs) vorstellen." Ein weiteres Eingehen auf mein Vorhaben erfolgte nicht. Wir saßen schweigend neben einander, Bismarck augenscheinlich in schwere Gedankenarbeit vertieft. Am Ziele angelangt, erfolgte die verheißene Vorstellung, welche mir einen Empfehlungsbrief an den österreichischen General Frhr. v. Ramberg einbrachte. Ich habe Bm. dann erst im Sommer 1851 (auf dem Bahnhofe) in Halle, wo ich meine Studien wieder aufgenommen hatte wiedergesehen. Er war vom Prinzen Lynar, seinem attaché, begleitet. Ich fragte B., der seit einigen Wochen Bundestagsgesandter war, ob es sich in Frankfurt nicht ganz nett mit den Oesterreichern lebte, was B. verneinte, „weil sie zu verlogen wären". B. äußerte sich sehr mißfällig darüber, daß meine Schlankheit der Körperfülle gewichen sei („Sie sind zu dick"). Daß es mit der Präsidialmacht nicht besonders stimmte, hatte ich schon im Frühjahr (durch seine Gemahlin) in Külz erfahren, wo mir seine Gemahlin eine Stelle aus seinem Brief mitteilte, welche lautete: „die Oesterreicher machen hier jeden Brief auf, wie Dir der Esel bezeugen kann, der dies eben liest".

Lord Byron hat sich in Venedig ähnlich ausgesprochen. Am 7. März 1854 wurde Onkel Ludwig Gerlachs Geburtstag feierlich konservativparteilich bei Milenz Unter den Linden begangen. Stahl brachte die Gesundheit des Wiegenfestkindes mit einer packenden Tischrede aus. Die Tafel war in Hufeisengestalt aufgebaut. Nach beendetem Festmahle, an welchem auch General v. Gerlach teil genommen hatte, stand ich mit diesem auf der Außenseite des linken Tafelflügels, als Bismarck auf der Innenseite erschien. Gerlach winkte den Bundesgesandten zu sich. Statt nun aber einen Umweg zu machen, um zu dem Winkenden zu gelangen, trat Bismarck, ohne zu zaudern, auf einen Stuhl, dann zwischen Teller und Gläser auf den noch nicht abgedeckten Tisch und hatte im Umsehn dem Winke folge geleistet. In einem Sonderraume beglückwünschte mich B. flüchtig zu meiner Verlobung, hänselte mich mit meiner Beleibtheit und wendete sich dann dem Tagesgespräche, der Erhöhung der Spiritus-Steuer, zu, der er nicht feindlich gegenüber stand. Er meinte, daß bei ihm diese Gesinnung natürlich sei, bei

Digitized by Google

Moritz Blanckenburg, der mit uns war, sei das etwas anderes, „denn der lebe ja vom Schnaps". Ich begegnete am andern Tage dem Bundestagsgesandten Unter den Linden, als er Schaufenster-Bilder betrachtete. Er schien es zu bedauern, daß ich mich vermählen wolle, ohne eine entsprechende Lebensstellung erlangt zu haben.

Einige Zeit nach meiner Verheiratung traf ich B. in Magdeburg in der Nähe des Bahnhofs, als er Ludwig Gerlach einen Besuch machen wollte. Er ging dann auch zum Oberpräsidenten von Witzleben, welcher unbedeckten Hauptes ihn zum Bahnhofe begleitete. Als W. fortgegangen war, um sich Kopfbedeckung zu holen äußerte B. zu X: „Dieser W. hat wirklich ein Talent, seine Stirn in Falten zu legen, das erstaunlich ist."

Ich klagte diesmals selber über mein zunehmendes Schwergewicht. B. meinte, ihm ginge es ebenso, er führe ein Leben wie ein Schirrmeister, und doch würde es immer vollständiger.

In Magdeburg 1856 fragte ich auf dem Bahnhofe B. nach seinen Militärverhältnissen. Er erzählte, daß er Second-Leutnant sei, und daß Friedrich Wilhelm IV. sich sträube, ihn zu befördern, weil S. M. etwas darein setze, einen Gesandten zu haben, der nur Second-Leutnant wäre. „Ich werde den König aber doch überlisten", verriet B. „Ich werde mich zu den 8. schweren Reitern versetzen lassen, da stehe ich bezüglich meines Dienstalters besser, und da muß ich denn doch gleich Premier-Leutnant werden." Das war damals der Ehrgeiz des nachherigen Grafen, Fürsten, Reichskanzlers und General-Obersten der Kavallerie!

Im Sommer 1859 war Bm. an seinem kranken Beine leidend aus Petersburg mit Gemahlin nach Berlin gekommen, wo er im Hôtel royal in der Wilhelmstraße abgestiegen war. Frau Johanna forderte mich auf, ihren an das Zimmer gefesselten Gemahl zu besuchen. Ich fand Bm. auf einem Polster-Lager ausgestreckt und beschäftigt, in Kinderbüchern und Jugendschriften zu blättern, da seine sorgsame Gattin diesen Zeitvertreib aus der nahen Besserschen Buchhandlung hatte kommen lassen, um ihren Gatten, dem jede schwerere Lesewaare untersagt war, zu unterhalten. Es war die Zeit des Krieges in Oberitalien. Obschon Frau v. Bismarck sich an den für Oesterreich eintretenden Reden Reichenspergers gefreut hatte, wie sie am Abend vorher im Hôtel des Princes zu meiner Ueberraschung offenbarte, so unterließ ich's natürlich doch, auf diesen gemütbewegenden Gegenstand zurück zu kommen, und lenkte das Gespräch auf die damals in vollem Gange befindliche russische Bauernbefreiung, von welcher B. sehr eingenommen war. Der russische Bauer in seiner Genügsamkeit, welcher zufrieden ist, wenn er täglich in seinen Kohltopf greifen kann, hatte sein Herz gewonnen.

Auch die lustige Harzreise von 46 erwähnte Bm. damals. Der Zustand des leidenden Botschafters gestattete mir ein längeres Verweilen an seiner Raststätte nicht.

Als 1862 B. Minister d. Auswärtigen und Präsident des Staatsministeriums geworden war, traf ich ihn und Roon bei Blanckenburg in Zimmerhausen. Es war

Digitized by Google

die Rede von außerordentlichen Maßnahmen, einem Sondererlasse. B. meinte, das wäre nicht zulässig, „wenn man nicht nachwiese oder wenigstens behauptete", daß die solch Mittel begründenden Umstände vorhanden wären; auf die wehmütige Klage, daß man zur Auswanderung nach Amerika durch die obwaltenden Verhältnisse versucht sein könnte, erwiderte er, daß es anderwärts auch nicht besser sei. Das Gespräch wendete sich aber bald von der Politik ab und seinen russischen Jagderlebnissen zu. Er schilderte uns sehr spannend, wie er, um einen Bären zu erlegen, im winterlichen Walde auf einem hohen Holzhaufen gestanden habe, dem ein toter Schimmel vorgelagert gewesen. Sobald Petz dem seiner Witterung entrückten Nimrod sich schnüffelnd genähert hatte, ist er von dem Blitzstrahle der Jägerbüchse getroffen worden, aber entwichen. Der waidkundige Schütze hat nicht gewagt, in dem dichten Gebüsch dem vermöge seiner Verwundung vielleicht um so gefährlicheren Raubthiere nachzufolgen. Am andern Morgen hat B. nebst Hülfsmannschaft sein Opfer zwischen 2 Baumstämmen eingeklemmt im Dickicht des Waldes aufgefunden; der Schimmel war unberührt geblieben. Alle nie jille, hat der enttäuschte Bauer ausgerufen, als er bemerkt hatte, daß der Bär „nicht angebissen" habe, was in gewissen Kreisen als Hauptzweck des Vergnügens gegolten zu haben scheint.

B. erzählte auch noch, daß bei einer von ihm mitgemachten Bärenjagd auch eine Dame, die Frau des belgischen Gesandten teilgenommen hätte. Die Diana neuerer Ausgabe habe sich bei dem Treiben, mittels dessen der Honigfresser beschlichen werden sollte, so laut und geräuschvoll betragen, daß Petz, aus dem Schlummer erweckt, bei Zeiten das Lager geräumt und das Weite gesucht habe. B. sei auf die Jagdverderberin so ergrimmt gewesen, daß er, dem jede andere Rüge versagt war, als er einige Tage oder Wochen später auf der Fahrt nach Swinemünde 3 Tage lang mit der übrigens sehr hübschen Frau auf dem Dampfer zusammen war, kein Wort mit ihr gesprochen habe. — Die Gefährlichkeit der Bärenjagd belegte B. damit, daß er erwähnte, wie ein russischer Pope, der sich bei einem Treiben auf diesen Pelzträger beteiligt hätte, von einer angeschossenen Bärin, der er sich nicht behutsam genug genähert hätte, durch einen Tatzengriff von hinten nach vorn skalpirt worden sei.

Bismarck sah in Zimmerhausen sehr wohl und heiter aus, deutete aber doch an, daß er einem ehrgeizigen Freunde sehr gern seinen Posten abtreten würde.

Ich bin zwar 1864 in Bismarcks bescheidenem Hause in der Wilhelmstraße gewesen, habe ihn aber, der der Ansicht war, daß das kgl. Palais Unter den Linden sich allenfalls mit einer pariser Minister-Wohnung vergleichen lasse, erst am Samstag vor Ostern 1867 wiedergesehen. Er war mit Gemahlin u. Herbert besuchsweise in Zimmerhausen und, nachdem er am Charfreitag dem altlutherischen Gottesdienste in Trieglaff beigewohnt, zu einem Abendbesuche mit den Seinigen in Vahnerow. Als ich in den Saal eingetreten war, erhob sich B. von seinem Ruheplatz am Kamin und trat mir mit den Worten: Wir haben uns ja lange nicht gesehen, freundlich entgegen. Graf Bismarck war im Begriffe seine Dotation in Grundbesitz anzulegen, weßhalb er mit Hrn. v. Blumenthal wegen Ankaufs

Digitized by Google

der Herrschaft Varzin in Unterhandlung getreten war. Bm. äußerte, daß er nicht begreife, was seinen in's Auge gefaßten Verkäufer zu solcher Eile nötigen könne, da nach seiner (B.'s) „Rechtskunde" Blm. doch nichts mehr zu befürchten habe. Die Unterhaltung wendete sich englischen Staats-, Gesellschafts- und Vermögensverhältnissen zu, wobei B. vorbrachte, daß ein Pair mit 8000 £ Einkommen für so unbemittelt gegolten habe, daß ihm durch eine unter seinen Standesgenossen veranstaltete Sammlung hätte aufgeholfen werden müssen. Eine sehr anschauliche Beschreibung gab uns auch B. von einer Göttinger Mensur. Ein angehender Arzt habe sich daran gewöhnen wollen, Blut sehen zu können, und hätte deshalb auch einem bismarckschen Zweikampfe beigewohnt. Der abhärtungsbeflissene Schüler Aeskulaps habe sich anfangs dem grausigen Anblicke gegenüber sehr fest gezeigt, als aber Bismarck eine tüchtige Quart wegbekommen und mit der Zunge untersucht habe, ob die Wunde durchgekommen sei, wäre bei dem Anblicke seiner aus der Wange hervortretenden Zungenspitze der junge medicus erblaßt und sofort in Ohnmacht gefallen.

Grf. Bismarck unterließ es nicht, auch in den Albums meines Bruders zu blättern. Als er das Bild der Charlotte Corday betrachtete, meinte er, sie solle ja auch ganz hübsch gewesen sein und nur etwas starke Züge gehabt haben. (Marat umzubringen, war allerdings ein ziemlich grober Zug der Heldin.) Mein Bruder Gerhard hatte den böhmischen Feldzug 66 als Eskadrons-Führer im 1. Garde-Dragoner-Regiment mitgemacht und ein darauf bezügliches Album zur Erinnerung an seine Waffentaten angelegt, welches aber nur zur Hälfte mit Bildern ausgestattet war.

Als B. an's Ende der Sammlung, welche er durchmustert hatte, gelangt war, äußerte er hocherfreut: „Da ist ja noch Platz für den nächsten Feldzug!" Als ich einwarf, „für den gegen Frankreich", erwiderte Bm.: „den meine ich!"

Der Krieg war also damals schon deutlich in Sicht. Bei dem Anblicke des Bildes des General v. Steinmetz, kamen wir auch auf die Rede des Helden von Skalitz zu sprechen, worin er die alle Kosten erstattende Produktivität des Heeres hervorgehoben hatte, eine Anschauung, welche B. mit einem sehr drastischen Ausdruck bespöttelte. — Von seiner wunderbaren Gedächtnißstärke lieferte B. auch in Vahnerow Beweise. Ich erzählte ihm, daß ich ihm auf batzwitzer Gebiet einen Denkstein mit passender Inschrift habe setzen wollen, wo er in seiner kniephöfer Zeit den Zusammenstoß mit dem Fuhrwerke des Bauern Herman Schnuchel gehabt hätte, der ihm u. seinen 2 Gefährten nicht hätte ausweichen wollen, aber als Sieger unbeschädigt davon geeilt sei, während B.'s Wagen in Stücke gegangen wäre und ihn zu einem Ersatzholungsritte nach Vahnerow gezwungen hätte.

B. bestätigte die richtige Darstellung des Vorganges, fügte aber hinzu, „das war garnicht auf der batzwitzer Strecke, das war auf der vahnerower Feldmark, die sich da herüber zieht." — Auf der chaise-longue liegend klagte B., daß er zu gut und viel in Z. gespeist habe und fühle, daß er „gesündigt" hätte. Seine Besinnung hatte von der Mahlzeit aber nicht gelitten, denn als er von einem Unwetter sprach, welches „von Gruchow nach Batzwitz" gezogen sei, gab er von

Digitized by Google

seiner Lagerstätte aus die Richtung der Wolkenbewegung vollkommen zutreffend an. Eine Fahrt durch eine von Ueberschwemmung bedrohte Gegend beschrieb B. mit kartographischer Genauigkeit. Ebenso einen Ritt von Arnshagen nach Plathe, wo er in einem Forst das Unglück gehabt hatte, vom Pferde gegen einen Stein zu stürzen. Moritz fügte hinzu: „ach, ja der Stein hat davon eine Berste bekommen!“ was B. sehr belustigte.

Als B. zum Aufbruche rüstete, forderte er die Döberitzer Frau von Bülow wiederholt neckisch auf, ihn am ersten Ostertage nach Varzin zu begleiten, was dieselbe aber standhaft und beharrlich abwies. B. vermißte seinen schwarzen Klapphut; ich suchte, fand ihn und konnte der Versuchung nicht widerstehen, ihn heimlich aufzuprobieren, wobei ich zu meiner freudigen Genugthuung entdeckte, daß die Kopfbedeckung des staatsklugen Denkers für meinen Schädel zu groß war. Ich habe B. beim Einzuge der siegreichen Truppen im Juni 71 nur von Weitem in Berlin gesehen.

Am 6. August 1892 gehörte ich mit meiner Tochter Hildegard und Frl. v. Golejewska zu der Schaar, welche den Fürsten B. auf dem Naugardter Bahnhofe empfing.

Nachdem ich mich bei seiner Gemahlin in Erinnerung gebracht hatte, bekundete die Fürstin ihrem Gebieter ebenfalls mein Vorhandensein. Der Fürst legte seinen Arm leicht auf meine Schultern, mit den Worten mich begrüßend: „Wir beide sind auch nicht jünger geworden.“ Mein damals kaum zu verbergender leidender Zustand verbot es mir von selbst, den Helden der harrenden Menge noch länger vorzuenthalten.

Am Montage den 8. August wiederholte sich meine Huldigung auf dem Bahnhofe zu Greifenberg, wo Frl. v. Golejewska durch meine Schwiegertochter ersetzt war und wir einen Augenblick in den Salon-Wagen des Sonderzuges hineingewinkt wurden.

„Wer nicht mitfahren will, für den ist's jetzt Zeit auszusteigen!“ waren die letzten Worte des mich verabschiedenden Altreichskanzlers. 1897 habe ich den Fürsten noch dadurch erfreuen können, daß ich, gelegentlich einer tatsächlichen Ergänzung meinerseits, meinem jetzigen literarischen Korrespondenten Horst Kohl eine Beschreibung des von mir geschilderten Harzreise-Nachklanges sandte, welche mir einen herzlichen Gruß von dem Abendsterne des Jahrhunderts einbrachte.

Als ich mich am 30. Juli 1898 an einem heiteren bienenfreundlichen Mahle in Greifenberg beteiligte, ahnte ich nicht, daß das Licht, das die Welt so oft und lange erleuchtet und entflammt hatte, im Erlöschen begriffen sei.

Die erschütternde Kunde durchzuckte die Menschheit am folgenden Tage.

Digitized by Google

Die Bedeutung seelischer Kultur und Gesundheit im Kriege[1])

Von

Professor Otfried Müller,

Direktor der medizinischen Klinik in Tübingen

„Vor jedem steht ein Bild dess', das er werden soll!
Und eh' er das nicht ist, wird nicht sein Friede voll."

Man kann diesen Rückertschen Satz auf den einzelnen Menschen beziehen und auf das ganze Volk. Man kann ihn für das innere wie für das äußere Leben deuten. Sprechen wir zunächst vom einzelnen und seinem Seelenleben.

Immer mehr bricht sich die Meinung Bahn, daß unsre ganze Anschauungsweise bis zu den letzten Dingen hin abhängig sei von unserm Charakter, d. h. von der bei jedem einzelnen vorliegenden psychischen Struktur. Den einen wird das Gemisch von Gefühls- und Verstandesmomenten, das seinem Charakter eigen ist, zu dieser, den andern das seine zu jener Weltanschauung führen.

Bezeichnend ist dabei, daß die Betonung der Abhängigkeit von Charakter und Anschauungsweise sowohl von philosophischer wie auch ärztlicher Seite ausgeht. Halten wir uns hier an eine vorwiegend praktischen Zwecken dienende mehr ärztliche Betrachtung der Frage. Für die praktische Beurteilung der Dinge ist es gleichgültig, ob man den Charakter und die aus ihm entspringende Anschauungsweise im Sinne der Religion als gottgegeben, d. h. also vom dualistischen Standpunkte aus betrachtet, oder ob man das Verhältnis im monistischen Gedankenkreise als ein innerlich gesetzmäßig gebundenes auffaßt. Das mag jeder tun, wie eben sein Charakter ihn drängt. Hier genügt der einfache tatsächliche Hinweis, daß es nützlich und fruchtbar erscheinen mag, die Weltanschauung eines Menschen oder eines ganzen Volkes als den Ausfluß seines Charakters zu diskutieren. Daß dann eine gesunde psychische Struktur, ein annähernd normaler Charakter ein gesundes natürliches Weltbild widerspiegeln wird, und umgekehrt ein krankhaft entarteter ein unnatürliches, liegt auf der Hand.

Bleiben wir heute und hier bei den im großen und ganzen normalen psychischen Strukturen, den im wesentlichen noch als gesund zu betrachtenden Charakteren, und halten wir uns von den entarteten in der heutigen Darstellung ganz fern. Für die ungeheure Zahl und Mannigfaltigkeit der sich noch in annähernd normalen Grenzen bewegenden Charaktere und die von ihnen widergespiegelten

---

[1]) Vortrag, gehalten auf Veranlassung des Deutschen Frauenvereins für die Krankenpflege in den Kolonien, Stuttgart, Februar 1915.

Digitized by Google

Weltbilder hat mein Kollege, der Tübinger Philosoph Adickes,[1]) vor Jahren eine Einteilung gegeben, die sich mir in der ärztlichen Tätigkeit und überhaupt im praktischen Leben oft bewährt hat und die ich in dem folgenden zugrunde lege. Naturgemäß kann es sich bei einer solchen Einteilung der unendlich vielen Spielarten menschlicher Charaktere immer nur um ein mehr oder weniger künstliches Schema handeln, dessen einzelne Fälle selten rein, sondern in der Regel als Uebergänge und Mischformen vorkommen. Immerhin gewinnt man durch Zugrundelegung eines derartigen Schemas einen gewissen Ueberblick, der für die Verständigung nützlich erscheinen mag.

Adickes unterscheidet zunächst die sog. autonomen, d. h. nach jeder Richtung hin selbständigen, in sich selbst ruhenden, von den heteronomen, unselbständigen, bewußt oder unbewußt von andern geführten Charakteren und Anschauungen. Bei dem autonomen, dem originellen Geist kommt alles von ihm selbst. Mit innerer Notwendigkeit drängt er allein aus sich heraus in diese oder jene philosophische oder religiöse oder auch politische Richtung und deren Konsequenzen und findet nicht eher Ruhe und Frieden, als bis er das seiner psychologischen Notwendigkeit entsprechende Weltbild erfaßt und die praktischen Folgerungen daraus gezogen hat. Dabei kommt es immer wieder vor, daß jemand sich ein ganz präzises, durchaus originales Bild von den Dingen gemacht hat und erst später erfährt, daß schon lange vor ihm ein andrer aus gleicher innerer Notwendigkeit die gleiche Kombination der möglichen Dinge erkannt und beschrieben hat. Bezüglich der Art, in der die selbständigen Köpfe nun gerade den letzten Dingen gegenübergetreten, unterscheidet man sie am besten als Dogmatiker, d. h. Gläubige aller Arten und Formen, und Positivisten, d. h. geborene Kritiker und Zweifler.

Betrachten wir zunächst die autonomen Dogmatiker, die selbständigen Gläubigen. Das Charakteristische an ihnen ist, daß ihre Glaubensbildungen ihnen von innen heraus zu absoluter Gewißheit und Wahrheit werden. Zweifel oder Ungewißheit gibt es für sie überhaupt nicht. Was andre Menschen sagen und meinen, hören sie wohl, aber irgendwelchen Einfluß hat es nicht auf sie. Sie kommen zur stärksten, intensivsten Lebensbejahung und sind imstande, als Konsequenzen ihrer Ueberzeugungen gewaltige Taten auch nach außen hin zu vollbringen. Ihre ruhige innere Sicherheit spiegelt sich schön in den Worten wider, die Goethe im „Epimenides" der Göttin der Hoffnung in den Mund legt:

„Denn wie ich bin, so bin ich auch beständig,
Nie der Verzweiflung geb' ich mich dahin;
Ich mildre Schmerz, das höchste Glück vollend' ich;
Weiblich gestaltet bin ich männlich kühn.
Das Leben selbst ist nur durch mich lebendig,
Ja, übers Grab kann ich's hinüberziehn,
Und wenn sie mich sogar als Asche sammeln,
So müssen sie noch meinen Namen stammeln."

[1]) Adickes, Charakter und Weltanschauung. Tübingen 1905, Paul Siebeck.

Digitized by Google

In unserm Volke, soweit es sich zu selbständigen Charakteren und Anschauungen durchgerungen hat, tritt dieser autonome Dogmatismus im wesentlichen in zwei Formen auf: einmal entsprechend der Entwicklung unsrer Kirchen als der reine Glaube an einen persönlichen Gott, und zweitens entsprechend der Ausbreitung gewisser philosophischer Richtungen und teilweise auch der Naturwissenschaften als der Glaube an „die Einheit der Seele mit der ganzen Natur“ [1]) und mit Gott in Gestalt des Pantheismus in irgendeiner der vielen Formen und Schattierungen, die ihm gegeben worden sind.

Im ersten Fall wird es heißen:

„Herr Gott, du bist unsre Zuflucht für und für. Ehe denn die Berge worden und die Erde und die Welt geschaffen worden, bist du Gott von Ewigkeit zu Ewigkeit.“ Und aus diesem Glauben wird auch heute noch so viel Großes und Gewaltiges entspringen können, als im Laufe der Menschheitsgeschichte daraus schon immer erwachsen ist.

Im zweiten Fall sagt sich der Philosoph: „Ich erkenne, daß alles durch die Macht Gottes nach einer unveränderlichen Notwendigkeit geschieht, und diese Einsicht gewährt mir die größte Befriedigung und Gemütsruhe.“ Und er sagt sich weiter: „Wir begreifen die Dinge vollkommen klar, wenn wir ihre Notwendigkeit einsehen. Darum ist die Erkenntnis der Notwendigkeit die Macht, an welcher die Leidenschaften scheitern. Es gibt aber keine Leidenschaft, die uns ohnmächtiger, unruhiger, unfähiger macht als die Furcht; es gibt nichts, das wir mehr fürchten als den Tod. Die Todesfurcht ist der größte Feind der Freiheit. Freisein von Todesfurcht der größte Sieg der Erkenntnis, das vollkommenste Bewußtsein unsrer Macht, der echteste Ausdruck unsrer Freiheit.“ [2]) „Hier weht,“ wie Kuno Fischer sagt, „die Friedensluft des Spinozismus, in welcher sich manche unsrer größten Geister erquickt haben, wo Goethe ausruhte von den Stürmen des Lebens und die Kraft jener Entsagung fand, die seine Lebensweisheit wurde, wo Schleiermacher, als die Vorstellungen der kindlichen Zeit dem Auge entschwanden, das Wesen der Religion und Frömmigkeit wieder entdeckte.“

„Wie man es wendet und wie man es nimmt,
Alles geschieht, was die Götter bestimmt.“
„Und Glück und Unglück tragen so sich besser,
Die eine Wage sinkt, die andre steigt,
Das Unglück mindert sich, das Glück wird größer,
So auf den Schultern trägt man beide leicht.“

In jedem Fall werden in einer Zeit wie dieser großes aus solchen autonom Dogmatischen Anschauungen entspringen können, die den Tod überwinden:

„Denn wer Gefahr und Tod nicht scheut,
Ist Herr der Erde, Herr der Geister;

[1]) Spinoza, Ethik.
[2]) Spinoza, zitiert nach Kuno Fischer, Geschichte der Philosophie.

Digitized by Google

Was auch sich gegen setzt und bräut,
Er bleibt zuletzt allein der Meister." [1])

Gehen wir von den autonomen Gläubigen zur zweiten großen Hauptgruppe selbständiger Charaktere und Anschauungen über, zu den sog. Positivisten, den Menschen vorsichtigen Zuwartens und Erwägens! Ihr Wesen ist es, nicht ohne weiteres Stellung zu nehmen. Sie suchen die Wahrheit, wie die andern auch, aber sie meinen nicht, sie je voll und absolut zu finden. In der Regel liegt ihnen besonders am Herzen, die Wissenschaft ganz und ausschließlich im Auge zu behalten und demgemäß ihre Anschauungsweise mehr der Verstandestätigkeit zu reservieren. Speziell dulden sie nicht, daß die Ansprüche, welche die gefühlsbetonte Seite unsers Innern macht, verwirrend in die Klarheit des mit dem Verstande konstruierten Weltbildes eingreifen. Am reinsten tritt uns dieser Typ bei unsern kritischen Philosophen und bei zahlreichen großen Naturforschern entgegen. So hörte ich z. B. von dem bekannten Botaniker Pringsheim, dem ersten Bahnbrecher der Keimlehre, sagen: „Das habe ich erst dreimal gesehen, das glaube ich noch nicht." Naturgemäß tut sich eine Riesenkluft auf zwischen dieser und der vorigen Gruppe. Niemand aber, der einige Einsicht in die Dinge besitzt, wird behaupten wollen, daß die Positivisten im Haushalte der menschlichen Gemeinschaft weniger nützlich wären als die Dogmatiker. Sie handhaben das Steuerruder der Philosophie, sie haben den größten Anteil am Aufbau der wissenschaftlichen Erkenntnisse, ihnen verdanken wir zum guten Teil das, was heute in der ärztlichen Praxis und in der Technik geleistet wird. Dabei können sie sich auch mit Ueberzeugung diesem oder jenem dogmatischen Bekenntnis anschließen und dessen festigende Kraft an sich erfahren. Nur bleiben sie sich dabei stets bewußt, daß dieses Bekenntnis nicht der absoluten, für alle Menschen unterschiedslos gültigen Wahrheit entspricht, sondern daß es dasjenige Bild der Wahrheit ist, das ihnen bei der Eigenart ihres Charakters am meisten liegt.

Wir kommen zu der zweiten großen Hauptgruppe von Charakteren und daraus entspringenden Anschauungen, von den Autonomen, den Führenden, zu den Heteronomen, den bewußt oder meist unbewußt Geführten. Naturgemäß sind diese unendlich in der Ueberzahl. Sogar für unsre Hochschulen habe ich einmal das Wort fallen hören, es gäbe dort produktive und reproduktive Köpfe, die letzteren seien in der Mehrzahl. So haben wir es bei den Autonomen mit dem wirksamen Ferment, gleichsam mit dem Sauerteig zu tun, bei den Heteronomen mit der davon in Gärung versetzten Masse. Beides ist gleich wichtig.

Adickes macht bei den Heteronomen drei Unterabteilungen, deren erste die weitaus wertvollste ist. Es handelt sich hier um diejenige Gruppe von Menschen, welche die Ueberlieferungen jeder Art einfach hinnehmen. Sie haben nicht Trieb noch Neigung, selbst zu urteilen und zu prüfen. Im Gegenteil scheint ihnen jede Abweichung von der Tradition Sünde zu sein. Sie empfinden sich in die

[1]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

überkommenen Anschauungen hinein, diese brechen nicht mit zwingender innerer Notwendigkeit aus ihnen hervor:

„In dein Erbarmen hülle mein schwaches Herz
Und mach es endlich stille in Freud' und Schmerz.
Laß ruhn zu deinen Füßen dein armes Kind;
Es will die Augen schließen und glauben blind."[1])

Selbstverständlich ist diese Art von heteronomen Charakteren in gewissem Sinne suggestibel, und das macht sie zu einem außerordentlich brauchbaren Werkzeug richtig geleiteter Massenbewegungen. Trotz vorhandener großer Energie und Tatenlust nach außen hin wird diesen Menschen die innere Nachgiebigkeit nicht schwer, und so erfüllt sich an ihnen das heute so aktuelle Goethesche Wort:

„Der Geist, der alle Welten schafft, durch mich belehrt er seine Teuren:
Von der Gefahr, der ungeheuren, errettet nur gesamte Kraft.
Das, was ich lehre, ist so leicht und fast unmöglich zu erfüllen:
Nachgiebigkeit bei großem Willen."[2])

In der zweiten Unterabteilung der Heteronomen finden sich alle jene nur zu wohlbekannten Naturen, die selbständig zu sein glauben, wenn sie mit den Ueberlieferungen ihrer Jugend, ohne die Tiefe der Probleme erfaßt zu haben, mehr oder weniger frivol brechen und andre neue, aber in der Regel nicht weniger autoritative Bahnen wandeln. Sie wähnen dabei, wenn sie ihre modernen Propheten verkünden, eigne Wege zu gehen und vergessen ganz, daß sie tatsächlich aus einem Joch ins andre geraten sind, ohne es auch nur gewahr zu werden. Auch diese Menschen sind enorm suggestibel, würden das aber weit von sich weisen, wenn man es ihnen sagen wollte. In der Tat nämlich üben gerade diejenigen Autonomen, deren halb oder ganz unbewußte Nachbeter solche Naturen sind, das auf sie aus, was Liebermeister als Suggestion definiert hat, nämlich „die Methode, einen Menschen zu einem Gedanken, einem Entschluß, einer Handlung in der Art zu veranlassen, daß er glaubt, aus eigner Initiative zu handeln."[3]) Es liegt auf der Hand, daß diese gleichen Verhältnisse auch in der Politik und nicht zuletzt bei den extremen Parteien in Friedenszeiten eine große Rolle gespielt haben.

Adickes hat gemeint, und viele mußten ihm darin zustimmen, in diesem Schlage Menschen ein besonderes Charakteristikum der Gegenwart sehen zu müssen. Es wird sich zeigen, ob das nur für den Frieden galt oder ob es auch im Kriege standhielt. Im Frieden waren jedenfalls die Leute, die früher Büchners Kraft und Stoff, später Haeckels Welträtsel und noch später vielfach Chamberlains Grundlagen verschlangen und dann als deren Propheten auftraten, in breiten Massen zu finden. Auch das Gros der Anhänger Nietzsches

[1]) Gesangbuch für die evangelische Kirche in Württemberg, Lied 340.

[2]) Goethe, Epimenides.

[3]) Zitiert nach Reinert, zum Andenken an Karl v. Liebermeister. Tübingen 1902, Franz Pietzcker.

Digitized by Google

gehörte dazu und bildete die vielzuvielen, derentwegen er selbst den höheren Menschen zurief: „Geht weg vom Markt!"

Endlich gibt es noch eine dritte Gruppe von unselbständigen Charakteren, die in ihrer ganzen Anschauung lediglich durch Rücksichten auf Geld, Gut und Ehrsucht bestimmt sind. Für sie kann man Spinozas Wort in Anspruch nehmen: „Denn was zumeist den Inhalt des Lebens ausmacht, und was die Menschen, wie man aus ihrem Tun schließen darf, als höchstes Gut schätzen, kann auf drei Dinge zurückgeführt werden: Reichtum, Ehre und Sinnenlust. Durch diese drei wird die Seele so in Anspruch genommen, daß sie an irgendein andres Gut zu denken nicht imstande ist." Diesem Typ entspricht zu einem großen Teil der Charakter unsrer Feinde, insonderheit der Engländer. Er kommt in ihrer Lügenpresse zum Ausdruck, die man nicht besser kennzeichnen kann als mit den Worten des Dämons der List im Epimenides:

„Zu bringen und zu weichen,
Das ist die größte Kunst,
Und so zu überschleichen
Das Glück und seine Gunst.
Die Wege, die sie gehen,
Sie sind nach meinem Sinn;
Der Uebermut muß gestehen,
Daß ich allmächtig bin." [1])

Dieser Dämon der List und der Machtgier hat von England aus den Krieg heraufgeführt. Er ist es, der im Laufe der Zeit mit innerer Notwendigkeit Schiffbruch leiden muß und wird.

Wir haben bisher von den Zusammenhängen zwischen Charakter und Anschauungsweise beim Einzelnen gesprochen, die innere Bedeutung des Problems erörternd, die äußere nur andeutungsweise streifend. Hat es nun wirklich auch eine äußere, eine eminent praktische für das einzelne Individuum und für das ganze Volk? Ich will die Antwort durch den amerikanischen Philosophen Chesterton geben lassen. Er sagt: „Es gibt Leute — und ich gehöre zu ihnen —, die meinen, das praktisch bedeutsamste Ding an einem Menschen sei seine Weltanschauung. Für eine Wirtin, die einen Mieter ins Auge faßt, ist es zwar wichtig, daß sie sein Einkommen kenne, noch wichtiger aber ist es für sie, daß sie seine Philosophie kenne. Für einen Feldherrn, der einen Feind zu bekämpfen hat, ist es zwar wichtig, daß er die Truppenzahl des Feindes kenne, aber noch wichtiger ist es für ihn, daß er die Philosophie des Feindes kenne. Ja es ist nach meiner Ueberzeugung gar nicht die Frage, ob die Weltanschauung eines Menschen auf seine Umgebung einen Einfluß ausübt, es fragt sich vielmehr, ob überhaupt etwas andres als die Weltanschauung einen solchen Einfluß ausübt." [2]) Soweit Chesterton! Was unsre Feinde betrifft, so müssen wir ihm unbedingt recht geben. Wir kannten ihre Psychologie und damit auch ihre Philosophie

[1]) Goethe, Epimenides.

[2]) Chesterton zitiert nach William James, Pragmatismus. Leipzig 1908, Dr. Klinkhardt.

Digitized by Google

zu wenig und waren zu sehr überrascht, als der Dämon der List sein brutales Lied anstimmte. Sie kannten aber auch unsre Weltanschauung nicht hinreichend, und darum ist ihnen ein Fehler in ihrer Rechnung untergelaufen.

Ich bin aber noch beim Einzelnen, nicht bei den ganzen Völkern. Nach meiner ärztlichen Erfahrung kann man die Tatsachen der gegenseitigen Abhängigkeit von Charakter und Anschauungsweise direkt therapeutisch verwerten. Selbstverständlich darf der seelenkundige Arzt bei der praktischen Handhabung dieser außerordentlich schwierigen Frage nicht ausschließlich nach der ihm persönlich eignen Anschauungsweise verfahren und diese dem Patienten aufdrängen wollen. Er muß sich vielmehr in die psychische Struktur seines Patienten und das daraus sich ergebende, oft recht andersartige Weltbild zu versetzen streben. Viele Menschen sind dadurch innerlich unfriedlich und, wie man so zu sagen pflegt, „nervös", daß sie sich zu keiner ihrem wahren Naturell entsprechenden Anschauung haben durchringen können. Sie sind vielleicht von Haus aus zum Kirchenglauben veranlagte Dogmatiker, getrauen sich aber innerlich und äußerlich aus gewissen unverständigen Rücksichten nicht, das Bekenntnis zu bewähren. Andre wieder sind geboren zu kritischen positivistischen Vorstellungen, finden aber aus Scheu vor der Ueberlieferung oder der Umgebung nicht den Mut, ihnen unumwunden nachzugehen.

Auch ein andres Dilemma trifft man oft: Die Leute glauben autonom, selbständig, original zu sein, entwickeln demgemäß einen hohen Ehrgeiz nach großen Anschauungen und noch größeren Taten und leiden kläglich Schiffbruch an ihrer heteronomen, unselbständigen Natur, die den gesteckten Zielen niemals gewachsen ist. Romberg pflegte hier von der Neurasthenie der Unbegabten zu sprechen. In allen diesen Fällen kann man als Arzt manches nützen, wenn man sich nicht nur mit dem Körper beschäftigt, sondern auch etwas Psychologie treibt. Man hebt dann die Menschen aus dem Prokrustesbett für sie unpassender Anschauungen heraus und bettet sie auf das sanfte Lager der ihnen natürlichen Auffassungen. Dogmatiker darf somit der Arzt, wenn es ihm liegt, nur für seinen Privatgebrauch, nie aber für seine Tätigkeit sein. In dieser muß er stets auf dem Boden des Realen, des Tatsächlichen stehen bleiben und mit dem bedeutendsten Kopf, der aus Stuttgart erwachsen ist, mit Hegel sagen: „Was wirklich ist, das ist vernünftig." Möchten wir uns dieses Wortes in dieser schweren Zeit auch sonst immer wieder erinnern!

Aus diesen Gesichtspunkten erklärt sich denn auch die unbestreitbare und nicht ganz unbedenkliche Tatsache, daß heute manche Menschen mit manchen Anliegen zum Arzt kommen, mit denen sie früher zum Pfarrer gegangen sind. Der Arzt führt sie unter Umständen auf dem Wege der Suggestion zum gewünschten Ziele, so daß sie — um bei den Worten Liebermeisters zu bleiben — schließlich glauben, von selbst dahin gelangt zu sein.

Fragen wir uns endlich: Kann ein seelischer Ausgleich in der Richtung auf die rechte, dem betreffenden Menschen natürliche Auffassung nun auch körperliche

Digitized by Google

Vorteile haben, kann er gesundheitlich auch nach außen hin sichtbar und greifbar in Erscheinung treten? Ich bin sicher sehr weit davon entfernt, in diesen seelischen Fragen ein Allheilmittel für den Körper sehen zu wollen und die somatische Therapie irgendwie zu unterschätzen. Aber das Wort: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut", ist doch kein leerer Wahn. Mein Berliner Kollege Friedrich Krauß[1]) hat an dieser Stelle über unsre Kenntnis der Zusammenhänge körperlicher und seelischer Zustände gesprochen. Ich selbst[2]) habe vor Jahren im Stuttgarter Goethebund einen ähnlichen Vortrag gehalten. Niemand kann die Zusammenhänge und die daraus sich ergebenden Fingerzeige für eine gewisse Einheitlichkeit unsrer körperlichen und seelischen Funktionen heute mehr ganz unbeachtet lassen. Wir wissen bestimmt, daß Frieden und Ruhe als lustbetonte Empfindung vorteilhaft auf Blutumlauf, Herztätigkeit, Atmung, Verdauung und Stoffumsatz einwirken, und daß Unfrieden und Unruhe den umgekehrten Effekt haben. Erst neulich habe ich wieder, wie schon so oft, im Röntgenbild den Magen eines Menschen gesehen, der unter dem Einfluß intensivster trauriger Vorstellungen sanduhrförmig krampfhaft zusammengezogen war und sich erst nach Beruhigung der Magennerven durch Atropin wieder löste und seine normale Gestalt annahm.

Kurz, ich bin mit vielen andern der Meinung, daß auch für die Gesundheit des Körpers manches, wenn auch sicher nicht alles gewonnen werden kann, wenn der Einzelne das Bild, das vor ihm steht, verifiziert und so sein Friede voll wird. Daß er dann auch widerstandskräftiger gegen Strapazen und Entbehrungen aller Art sein dürfte, kann füglich nicht bestritten werden.

Wie übertragen sich nun diese für den Einzelnen geltenden Dinge auf ein ganzes Volk, insonderheit auf unser deutsches Volk? Wenn man unser Volk bei seiner Friedensarbeit sah, so konnten einen wohl hin und wieder leise Zweifel beschleichen an der völligen Gesundheit seiner Anschauungen und seiner „Nerven", wie man so zu sagen pflegt. Ich[3]) habe noch im vorigen Winter hier an der gleichen Stelle bei Besprechung unsrer Kulturschäden gesagt: „Wir haben zwar eine hohe äußere, aber eine relativ geringe innere Kultur." Demgemäß habe ich mir die seelische Widerstandskraft unsers Volkes geringer vorgestellt, als sie sich de facto erwiesen hat. Ich teile mich in diese irrtümliche Annahme mit vielen Aerzten und sehe mich nur allzugern belehrt. Es ist überhaupt etwas Großes an diesem gewaltigen Kriege, daß er ein biologisches Experiment allererster Ordnung darstellt. Alle hypothetischen Annahmen der Militärs, der Politiker, der Historiker, der Volkswirtschafter, der Philosophen, der Aerzte und noch vieler andrer Berufskategorien werden durch den unwiderleglichen experimentellen Beweis, durch das Rollen der weltgeschichtlichen Begebenheiten verworfen oder bestätigt.

---

[1]) „Deutsche Revue", Oktober 1901.
[2]) „Die Umschau", Juli 1907.
[3]) Arterienverkalkung. Stuttgart 1914, Strecker & Schröder.

Digitized by Google

Woher kommt es nun, daß wir Aerzte uns teilweise in der Abschätzung der kulturellen Gesundheit und der seelischen Widerstandskraft des Volkes getäuscht haben? In erster Linie wohl daher, daß wir doch zu viel mit dem angekränkelten Teil der Bevölkerung zu tun hatten. Wir sahen zu wenig von den großen Autonomen, den selbständigen Persönlichkeiten, die uns in unserm Volke überhaupt seltner geworden zu sein schienen, wie um die Wende der siebziger Jahre herum. Wir sahen anderseits zu viel von den heteronomen, unselbständigen Charakteren der zweiten und dritten Kategorie, den Leuten, die nach Geld und Gut und Ehren strebten und dabei innerlich und äußerlich krank wurden, und jenen andern, die sich im blinden Gefolge moderner Propheten naturwissenschaftlicher, philosophischer und politischer Art befanden und dabei wurzellocker geworden waren. So mußten wir unsre Männer vielfach nach dem Scheffelschen Wort beurteilen:

„Blasse Menschen seh' ich wandeln,
Und die Klag' tönt allerorten:
Schal ist unser Tun und Handeln,
Siech und alt sind wir geworden." [1])

Unsre Frauen aber sahen wir teilweise — ich sage teilweise — in zerstreuendem, nicht sammelndem gesellschaftlichem Treiben oder in ästhetischen Bestrebungen aufgehen. Die Aesthetik aber ist ein böses Ding für den, der sich getrösten soll.

„Daß sie am Schmerz, den sie zu trösten
Nicht wußte, still vorüberführt,
Erkenn' ich als der Zauber größten,
Womit uns die Antike rührt," [2])

singt Lenau und man darf ihm wohl recht geben.

Wer freilich nicht der vor zwanzig oder dreißig Jahren jung gewesenen Generation, sondern der jetzt jungen zusah, konnte schon in Friedenszeiten bemerken, daß wieder etwas im Werden war in unserm Volke. Unter den jungen Männern die Jugendbünde aller Arten, die wahrlich in keiner Weise angekränkelt waren. Unter den Mädchen die Frauenbewegung, die sich mehr und mehr von den Schlacken persönlicher Eitelkeit einzelner befreit und bescheiden an realer Arbeit jeglicher Art nutzbringenden Anteil nimmt.

So kam es denn, daß wir mit dem Kriege große und erhebende Ueberraschungen erleben durften. Jedem lag anfangs die bange Frage vor: Haben wir große, selbständige, autonome Führer? Niemand wußte es, konnte es wissen. Einer hat sich uns bald gezeigt, bei dem alles und alles von ihm selbst kommt — Hindenburg. Das ist ein Autonomer, wenn es einen gibt. Man redet und schreibt jetzt, dieses habe er von Hannibal, jenes vom großen Friedrich, andres von Napoleon, noch anderes von Moltke. Gewiß, er wird sie alle

---

[1]) Scheffel, Trompeter, Lieder des stillen Mannes.
[2]) Lenau, Savonarola.

Digitized by Google

studiert haben — wir haben ja immer von seinem nie rastenden Fleiß gelesen —; aber das, was er jetzt tut, kommt doch sicher zuerst und zuletzt von ihm selbst. Das ist gewachsener Fels, das ist naturnotwendiges oder unmittelbar göttlich gegebenes Geschehen.

Und wie wirkt dieser eine Mann nun auf die Abhängigen, die Heteronomen, auf die große Menge, die wir ja schließlich alle ihm gegenüber darstellen? Wir wissen es an uns selbst und an der Tatsache, daß wir uns doch eigentlich alle von dem Russenalp nicht allzusehr haben bedrücken lassen.

„Wenn Wahn und Bahn der Beste brach,
Kommt an und an der Letzte nach."[1])

An Hindenburg können wir auch so recht studieren, was die Massensuggestion bedeutet. Wenn wir als Suggestion des einzelnen die Methode ansehen, einen andern zu Gedanken oder Handlungen zu veranlassen in der Art, daß er glaubt, aus eigner Initiative zu handeln, so haben wir es bei der Massensuggestion mit ähnlichen Dingen zu tun. Hindenburg sagt: „Der Krieg dauert hoffentlich so lange, bis sich alles unserm Willen fügt;" und wir meinen, es könne gar nicht anders sein, gleichsam als ob wir das aus eignem Urteil geradeso gut wissen könnten wie er. Davon kann ja aber natürlich nicht entfernt die Rede sein, selbst bei den vielzuvielen nicht, die sich als eine allgemeine Plage mit ihren geheimnisvollen „Informationen" so besonders wichtig machen. Hindenburg hat uns die Massensuggestion gegeben, die schon Gustav Adolf benutzte:

„Verzage nicht, du Häuflein klein,
Ob auch die Feinde willens sein,
Dich gänzlich zu zerstören!"[2])

Wir haben sie aufgenommen, und was nun das Wesentliche bei allen Massenerscheinungen ist, in vergrößertem Maße weitergetragen. Wir sind vollständig beruhigt, wenn er uns im Bericht nur die knappen Worte gönnt: „Unsere Angriffe nehmen einen normalen Verlauf"; und wir sprechen dann weiter: es steht gut in Polen, wir kommen voran, wir siegen. Genau das Umgekehrte kann aber natürlich geschehen, wenn negative Töne angeschlagen werden, dann überstürzen sich die fortgreifenden Gerüchte und Gespräche zu immer trüberen Resultaten, und es kommt schließlich zu einer allgemeinen Herabstimmung. Darum ist jeder, der auf irgendeinem führenden Posten steht, heute so doppelt verantwortlich, und darum ist es so übel, wenn vielfach Gebildete ihrem Kleinmut und ihrer Skepsis so unverhohlenen Ausdruck geben. Das wirkt deletär. Ich sehe es immer wieder an meinen nervösen Kranken. Die kommen und sagen: Ich habe heute wieder den „Soundso" getroffen, der hat gesagt, die Sache stände ganz schlecht usw. Den „Soundso" sollte man einsperren, daß er nicht auf der Straße herumlungern und andre Leute psychisch infizieren kann.

---

[1]) Goethe, Epimenides.

[2]) Zitiert nach Konrad Ferdinand Meyer, Gustav Adolfs Page.

Digitized by Google

Nun, im ganzen wiegen die positiven Suggestionen, welche auf die unselbständigen Gemüter einwirken, vor den negativen weit vor. Die Mehrzahl unsrer Mitbürger hält sich an Goethes Wort:

„Denn alle Kraft dringt vorwärts in die Weite,
Zu leben und zu wirken fort und fort.
Dagegen regt und hemmt von jeder Seite
Der Strom der Welt und reißt uns mit sich fort.
In diesem inneren Drang und äußeren Streite
Vernimmt der Mensch ein schwer verstanden Wort:
Von der Gewalt, die alle Wesen bindet,
Befreit der Mensch sich, der sich überwindet." [1])

Soviel von den Autonomen, den Führern, und ihrem Einfluß. Wie steht es nun mit den Heteronomen, den Geführten, in ihrem allgemeinen Verhalten? Da hat sich das Bild gegen Friedenszeiten wesentlich gewandelt. Die verschütteten Brunnen sind wieder aufgetan. Die blassen Männer, die wir auf der Jagd nach Gold und Ehren sahen, sind wie verwandelt. Das Gold ist auf der Reichsbank. Es gehört allen gemeinsam. Wir haben Papierscheine dafür bekommen und vertrauen in selbstverständlicher Zuversicht, daß sie uns seinerzeit den unsrer Leistung entsprechenden Anteil an dem dann vorhandenen Volksvermögen bringen werden. Das „Ich" muß überwunden werden, sagt Fontane im „Stechlin". Wir dürfen heute mit Befriedigung und Dankbarkeit konstatieren, daß es stark eingeschränkt ist gegen die Zeit vor einem Jahr. Mindestens ist es aus dem Einzel-Ich zum Massen-Ich, zum gesunden, für die Existenz notwendigen Volksegoismus geworden. Das geht so recht aus einem Feldpostbriefe hervor, den mir vor kurzem mein Oberarzt schrieb. Darin heißt es: „Auch sonst ist der Gesundheitszustand ein sehr guter, besser als in Friedenszeiten, trotz den Unbilden, die die Soldaten in ihrem Schlamme auszuhalten haben. Sehr selten sind auch nervöse Störungen, ganz gegen mein Erwarten, und auch Drückeberger gibt's wenig. Unser Volk hat doch einen guten, guten Kern. Das vergißt man zuweilen, wenn man in Friedenszeiten mit Rentenjägern und hysterischen Frauen zu tun hat."

Wenn ich nun auch selbst nicht so ganz rosig sehen kann, weil wir jetzt hinter der Front im Lande mehr als anfangs mit nervösen Störungen, zukünftigen Rentenjägern und Drückebergern zu tun bekommen, so muß ich doch auch von diesem Standpunkt aus sagen: Es ist unendlich viel besser gegangen, als sich in Friedenszeiten hätte erwarten lassen. Möchte uns auch nach dem Friedensschlusse nicht wieder aus einem gefühls- und nicht realpolitischen Entschädigungswesen nervöser Störungen und daraus entstehender Rentenjägerei größten Stiles ein moralischer Rückschlag treffen!

Sind diejenigen heteronomen Charaktere, die sich von Rücksicht auf Geld und Gut leiten ließen, im Kriege erfreulich zurückgetreten, so läßt sich das gleiche auch für die zweite Gruppe, die blinden Nachbeter moderner Propheten,

[1]) Goethe, Die Geheimnisse.

Digitized by Google

wie Nietzsche, Häckel u. a. sagen. Man kann von ihnen jetzt mit einem Male Feldpostbriefe lesen, in denen steht: „Wir haben wieder beten gelernt und schämen uns dessen nicht." Das hätten sie im Frieden nicht so leicht gesagt, jetzt aber erfahren sie, daß es an irgendeiner Stelle doch zuletzt heißt:

„Du mußt glauben, du mußt wagen,
Denn die Götter leih'n kein Pfand." [1])

So zeigt sich denn, daß in der Tat viel mehr als zu Friedenszeiten erkennbar war, die große Masse unseres Volkes letzten Endes der ersten Gruppe der heteronomen Charaktere angehört, denjenigen, die sich im großen und ganzen an die Traditionen halten, die Goethes Nachgiebigkeit bei großem Willen besitzen und damit das Rückgrat der deutschen Musterorganisation bilden, mit der wir letzten Endes siegen werden. Sie führen heute das aus, was unsre Führer planen, sie retten unser Volk von der ungeheuren Gefahr und tragen bei zum Klarwerden des Bildes, das vor ihm steht, und das nach innen wie nach außen aus ihm werden soll. Ihnen sind wir nächst den Führern den eigentlichen Dank schuldig.

So dürfen wir es angesichts dieser klärenden Verschiebung der Anschauungen, der Enthüllung der eigentlichen wahren Charakterstrukturen verstehen, daß die blassen Männer, die wir Aerzte oft sorgenvoll wandeln sahen, bei Kriegsausbruch mit einem Male hinauszogen, wie eine Schar von längst erprobten Kriegern.

„Der Ruf des Herrn
Der Herrn ertönt.
Wir folgen gern,
Wir sind's gewöhnt.
Geboren sind
Wir all zum Streit,
Wie Schall und Wind
Zum Weg bereit." [2])

Und nun unsre Frauen! Von den schon erwähnten Ansätzen zu neuartiger Betätigung abgesehen, noch vielfach scheinbar in der weichen Kultur gesellschaftlichen und ästhetischen Treibens aufgehend, tritt mit einem Schlage das ungeheure Schicksal unter sie:

„Ihr Frauen in Zwilch und in Seiden,
Nun gebet den Gatten darein!
Reicht ihm die Kinder zum Scheiden
Und lächelt und segnet ihn ein!
Ihr alle werdet ja liegen
Schlaflos so manche Nacht,
Und träumen von nahenden Siegen
Und was euer Helde vollbracht,
Und träumen von Lorbeer und Myrte,
Bis er einst wiedergekehrt,

[1]) Schiller, Gedichte: Sehnsucht.
[2]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

Bis er, der Herr ist und Hirte,
Ihn euch aufs neue beschert."[1])

Das war die große Seelen- und Nervenprobe. Da mußte sich zeigen, was charakterlich in der Tiefe schlummerte, und demgemäß als gesunde, rettende Anschauung zutage treten konnte. Und es zeigte sich:

„Komm, wir wollen dir versprechen
Rettung aus dem tiefsten Schmerz,
Pfeiler, Säulen kann man brechen,
Aber nicht ein freies Herz."[2])

Und mit der befreienden inneren Stimme kam die äußere rettende Tat. Sie gingen zu helfen:

„Euch zu laben, laßt uns eilen,
Unsre Gaben auszuteilen,
Eure Wunden auszuheilen:
Sel'ge Stunden sind gegeben
Unserm Leben."[3])

So steht unser Volk die schwere Prüfung durch, hochgemut und gesundheitlich nach außen und innen besser, als wir Aerzte zu hoffen wagten. Ausnahmen will ich gewiß nicht leugnen, noch auch die Tatsache verschweigen, daß Mut und Nerven bei manchem allmählich nachgeben. Das tut dem großen Gesamtbild keinen Eintrag. Vor allem behindert es nicht die Tatsache, daß unser Volk das innere Bild wieder deutlicher sehen lernt, das vor ihm steht. Dieses innere Bild aber hat ihm von jeher bedeutet, das wahre Kulturvolk zu sein. Wir waren das Volk der Dichter und Denker, wir werden es bleiben, auch wenn man uns als Barbaren noch so sehr verschreit. Man hört jetzt vielfach einen Vers: „Es soll am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen." Der Vers ist ganz richtig, nur ist er nicht ganz geschmackvoll gefaßt. Er klingt etwas aufdringlich, und man muß sich nicht allzu sehr wundern, wenn bei andern eine Reaktion auf ihn folgt. Man kann das gleiche Ideal haben und braucht es doch etwas weniger schulmeisterlich auszusprechen. Ich glaube, daß es den andern Völkern leichter werden wird, die Präponderanz unsrer Kultur, die fraglos heute schon längst vorhanden ist, anzuerkennen, wenn sie, wie der Patient suggestiv vom Arzt geführt, schließlich von sich aus zu der Meinung zu kommen glauben, daß das, was wir fühlen, denken und treiben, gut und richtig und darum nicht bekämpfenswert ist. Zwingen wird man sie zu dieser Meinung jedenfalls niemals können.

Nun würde man uns diese geistige Ueberlegenheit, das innere Bild unsers Volkes, auch ganz gern gelassen haben, wenn nicht daraus ganz konsequent und naturgemäß auch äußere Ansprüche erwachsen wären, wenn unser Volk nicht

---

[1]) Sudermann, Die große Stunde.
[2]) Goethe, Epimenides.
[3]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

auch nach außen hin ein Bild vor sich gehabt hätte. Inneres pflegt Aeußeres nach sich zu ziehen. Wer etwas lernt, der kann was, und wer was kann, der braucht Platz und Raum, um sich zu betätigen. Da liegt die Wurzel des Konfliktes, den jeder schon in seinem Privatleben durchmachen muß. Wären wir das Volk der Dichter und Denker allein geblieben, niemand hätte uns bekriegt. Daß wir aus unserm Dichten und Trachten allmählich auch sehr reale Werte schufen und diese voll in Anspruch nahmen, das wollte man nicht zugeben. Andre wollten mit geringeren inneren Werten größere äußere schaffen und erhalten. Sie wollten sich nicht so anstrengen wie wir und doch mehr ernten. Da es beim Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt jeder Art nicht gelang, so schuf man die akute Krise, um den unbequemen Konkurrenten mit roher äußerer Uebermacht niederzuzwingen und zu vernichten. Es ist nicht gelungen und es wird nicht gelingen.

„Sterne versanken und Monde in Blut,
Aber nun wittert und windet es gut." [1])

Der Herrgott ist diesmal nicht mit den zahlenstärkeren, sondern mit den seelenstärkeren und -gesunderen Bataillonen. Diesen Fehler haben unsre Feinde in ihrer Rechnung, weil sie jetzt in der Krise, wie schon vorher im chronischen Konkurrenzkampf, die inneren Werte nicht hinreichend berücksichtigt haben. Sie haben diese Werte aber nicht berücksichtigt, weil sie ihnen großenteils unbekannt sind. Und sie müssen nun erst lernen, was unser Volk schon immer wußte, daß die Weltgeschichte zugleich auch das Weltgericht ist und somit unmöglich nach Art eines Gewinn- und Verlustkontos geführt werden kann.

So werden wir uns durchsetzen, werden mit unserm inneren Bild im Herzen siegen und damit auch das äußere schließlich verwirklichen, das vor uns steht. Das ist aber lediglich das Bild gediegener Macht und Sicherheit, nicht das öder Weltherrschaft. Wie weit die Grenzen dieser Macht gezogen sein werden, das wissen wir heute noch nicht, noch sorgen wir Einzelnen augenblicklich darum. Wir vertrauen aber mit ruhiger Zuversicht, daß diese Grenzen geräumig genug sein werden, um uns und unsre Nachkommen vollständig frei und sicher zu machen für die kulturellen Werte unsrer inneren und äußeren Friedensarbeit.

Vieles davon ist jetzt schon erreicht. Was würden die andern, deren Land verwüstet liegt, darum geben, wenn sie gleich uns sagen dürften:

„Hast du ein gegründet Haus,
Fleh die Götter alle,
Daß es, bis man dich trägt hinaus,
Nicht zu Schutt zerfalle
Und noch lange hinterdrein
Kindeskindern diene
Und umher ein frischer Hain
Immer neu ergrüne." [2])

[1]) Goethe, Epimenides.
[2]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

Vieles aber wird noch erreicht werden. Doch machen wir in dieser ernsten Zeit keinerlei eitle Zukunftspläne! Halten wir uns noch ganz an das, was wirklich ist und darum, wie Hegel sagt, auch vernünftig. Unser Volk ist wieder verinnerlicht und vertieft; außen aber gehen schon heute deutsche Eisenbahnen von Lodz bis Lille, und es dürfte recht schwer werden, ihre Länge gewaltsam zu verkürzen. Ich denke, wir dürfen mit diesen Faustpfändern vollauf zufrieden sein, und haben keinerlei Grund, über die Langsamkeit der Entwicklung zu klagen. So ist es denn nicht übertrieben, wenn wir jetzt schon die Worte gebrauchen, mit denen Goethe vor hundert Jahren sein Befreiungsfestspiel schloß, und mit frohem Stolz bekennen:

„So rissen wir uns rings herum
Von fremden Banden los.
Nun sind wir Deutsche wiederum,
Nun sind wir wieder groß.
So waren wir und sind es auch
Das edelste Geschlecht,
Von biederm Sinn und reinem Hauch
Und in der Taten Recht.“ [1])

Englands Allmacht zur See?!

Von

Vizeadmiral z. D. Kirchhoff

Das Abbröckeln der Allmacht Englands zur See zeigt sich an vielerlei Dingen offenkundig.

Im Dezember war es der Dank Churchills für die unschätzbare Hilfe Japans bei der Schlacht nahe den Falklandsinseln.

Wenn wir nun den Worten Churchills nachgehen, so finden wir darin aber mehr als eine Unwahrheit enthalten. Die deutschen Schiffe unsers Kreuzergeschwaders sind von niemand aus dem Osten vertrieben worden. „Nürnberg“ war seit langer Zeit vor dem Kriege an der Küste von Mexiko tätig gewesen. Vor Beginn des Krieges eilte „Leipzig“ ebendorthin, um sie abzulösen, während die „Emden“ sich auf das Feld ihrer großartigen Tätigkeit im Indischen Ozean begab. Die „Dresden“ gehörte überhaupt nicht zu den Schiffen der ostasiatischen Station, sondern war an der südamerikanischen Küste und in Westindien tätig gewesen.

Die beiden Panzerkreuzer unter der Führung des Geschwaderchefs, des Vizeadmirals Graf Spee, aber fuhren durch die Südsee, wo sie Papeete zer-

---

[1]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

störten, nach Chile, und vereinten sich dort mit den drei andern Schiffen, was als eine glänzend gelungene strategische Leistung zu bezeichnen war.

Nach dem glorreichen Seetreffen bei Coronel oder Santa Maria mußten sie wieder ihre ureigenste Kriegstätigkeit aufsuchen. Diese ist aber für unsre Auslandskreuzer nie das Gefecht gewesen. Sie mußten möglichst vermeiden zu kämpfen, ihre erste Hauptaufgabe war stets, dem Handel und der Schiffahrt all und jeden erdenkbaren Schaden zuzufügen und beim Gegner möglichst viele Schiffsverluste herbeizuführen.

Hierfür war aber die Ostküste von Südamerika eines der günstigsten Gebiete, weil dort nicht nur die vom Westen Amerikas kommenden Schiffe vorbeiziehen, sondern vor allen Dingen die Ausfuhr von Getreide und Gefrierfleisch aus Argentinien nach England unterbunden werden konnte. In England hat sich das zeitweilige Ausbleiben von Gefrierfleisch schon unangenehm fühlbar gemacht. Hier war ein schönes Feld für Kreuzertätigkeit, das nunmehr von unsern Schiffen aufgesucht wurde. Leider haben unsre Kreuzer dort nicht lange tätig sein können. Aber einem unsrer Hilfskreuzer sind dort noch zu Ende vorigen Jahres schöne Erfolge beschieden gewesen.

Somit kann von einer „kräftigen und unermüdlichen Hilfe" der japanischen Flotte keine Rede sein. Nicht vor dieser sind sie aus dem Stillen Ozean gewichen, sondern aus dem eben angeführten Grunde sind sie in den Atlantik gefahren. Wenn es sich um die Wahl gehandelt hätte, lediglich gegen eine japanische oder englische, zur Verfolgung ausgesandte Flotte zu kämpfen, so wäre erstere wohl ein willkommenerer Gegenstand des Bekämpfens gewesen; diesem Gegner nach dem Siege bei Coronel auch einen kräftigen Streich zu versetzen, wäre dem deutschen Geschwaderchef wohl erfolgreicher erschienen und ihm voraussichtlich geglückt.

So schaute es aus mit der „unschätzbaren Hilfe Japans". So spricht darüber der Vertreter der ersten Weltseemacht, der Minister von Großbritanniens übermächtiger Armada!

Er scheint kaum ein Gefühl dafür zu haben, wie sehr er den Nimbus der englischen Flotte mit seinen vielen Worten stets von neuem zerstört und die Furcht vor ihrer Allmacht ständig untergräbt. Um so besser für uns und die ganze Welt.

Ein schweizerisches Blatt äußerte sich darüber, daß das Seetreffen bei den Falklandsinseln eigentlich als deutscher Erfolg zu werten sei, da es England erst nach vier Monaten geglückt sei, das seit langer Zeit erstrebte Ziel zu erreichen. Und daß schwerere Havarien und auch Verluste an Besatzungen eingetreten sind, was die englischen Berichte ganz verschwiegen, haben wir noch nachträglich zu unsrer großen Genugtuung erfahren. Albion hat wohl wieder, wie zu Lande, die Absicht gehabt, die andern für sich ins Feuer zu schicken und sich erst mit aller Kraft selber herangemacht, als dies dann doch gar zu lange währte und die deutschen Schiffe seiner Schiffahrt gar zu große Wunden schlugen. Dasselbe erfahren wir am Ende noch bei dem großen Streit zu Lande!

Digitized by Google

Ein österreichisches Blatt schreibt dazu: „So paradox es klingen mag, diese Seeschlacht hat dem wankenden Ruf Großbritanniens den letzten Streich zugefügt ... auch die englische Flotte ist unfähig, aus eigner Kraft und mit eignen Mitteln einen ehrlichen Waffengang auszutragen. Die junge deutsche Flotte hat in der kurzen Spanne Zeit seit Beginn des Weltkrieges Großes geleistet."

Begnügen wir uns einstweilen mit diesen Anerkennungen, die trotz des englischen „Erfolges" den Unsrigen den „Ruhm" zusprechen. Churchill schließt, daß die Rückkehr der Deutschen nach Ostasien „äußerst schwierig und gefährlich" sein dürfte. Gefahr hat noch kein Deutscher gescheut, und äußerst Schwieriges zu überwinden, darin besteht deutsches Wesen.

Der jetzt herrschende Krieg ist auch für uns ein „heiliger Krieg". Englischer Materialismus steht Deutschlands Idealismus gegenüber. Warten wir in Ruhe ab, was die Zukunft in dieser Beziehung bringen wird. Die Stellungnahme Japan gegenüber ist ein Kapitel über das Abbröckeln von Englands Allmacht zur See. Die Maßnahmen an den eignen Küsten, das Verhalten der eignen Hochseeflotte gegenüber unsrer „Pestpflanzen", sowie die in ohnmächtiger Wut gegen die Neutralen ausgeführten ewigen Nadelstiche und Vergewaltigungen, weil England die deutsche Küste nicht ohne schwere Schädigungen der eignen Schiffe effektiv blockieren kann, stellen andre Kapitel in dem Buche dar, dessen Inhalt bereits aller Welt laut verkündet, wie es eigentlich mit Englands Allmacht bestellt ist. —

Aber weit wichtiger sind noch die Ereignisse zu Ende Januar und Anfang Februar. Nach dem wohlgelungenen Vorstoß unsrer Kreuzer gegen die englische Küste bei Hartlepool, gegen den die englische Armada nichts zur Abwehr tat; nach der Abwehr des englischen erfolglosen Vorstoßes gegen Kuxhaven, wo die deutsche Luftflotte die englischen Flugzeuge und Schiffe mit Verlusten und Havarien abwies; da war es ein Neues, dem England ohnmächtig gegenüberstand: der erste Angriff unsrer Zeppeline.

Drei Marineluftschiffe kamen nach erfolgreichem Vorgehen, das sie zu einer Fahrt von mehr als 600 Seemeilen über die Nordsee zwang, unbeschädigt wieder heim.

Auch der englische Vorstoß am 24. Januar wurde noch weit von Helgoland entfernt mit blutigen Köpfen abgewiesen, in einem Kampfe, bei dem die englischen Verluste und Havarien weit schwerer als die unsrigen waren. Es stellte sich dabei wieder einmal vor aller Welt klar heraus, daß englische Schiffsverbände deutsche Verbände nur dann zu besiegen und zu vernichten vermögen, wenn sie stark an Uebermacht sind. Veranlaßten diese letzten Vorstöße oder ihre Abwehr auch Unzufriedenheit und Erregung in England, wo man schon Zeppeline über London zu sehen glaubte, so war das alles nichts gegen die Nachricht von dem Vorgehen eines deutschen Unterseebootes inmitten der Irischen See, dem ureigensten Binnenhoheitsgewässer Altenglands.

Das zog, dieser Kampf gegen den Handel, gegen die so notwendigen Zufuhren von Westen her, hier wurde Englands Allmacht zur See ganz empfindlich

Digitized by Google

getroffen und ihr Nimbus gebrochen, hiergegen gab es anscheinend kaum ein Mittel.

Manche Schiffslinien der Irischen See gaben den Dienstbetrieb auf und die Sicherheitsprämien für die Küstenschiffahrt stiegen ganz außerordentlich hoch. Das alles wegen kleiner winziger Feinde, die es wagten, 1000 Seemeilen von der Heimat her Albion zu bekämpfen.

Und als das sich darob erhebende Wutgeschrei kaum beendet war, da kam die Bekanntmachung des Chefs des deutschen Admiralstabes, die den Kampf „mit allen zu Gebote stehenden Kriegsmitteln" gegen die von England nach Frankreich fahrenden militärischen Transporte offen ankündigte. Ein ohnmächtiges Wutgeheul durchfuhr den Blätterwald Großbritanniens, von dem Irland sich ausschloß. Eine böswillige Verleumdung, eine Beschimpfung Deutschlands folgte der andern.

Man sprach von rechtloser Blockade, die ja ganz und gar nicht beabsichtigt und auch nicht angekündigt war. „Schändung des Völkerrechtes" hatte man schon vorher das Vorgehen der Unterseeboote genannt. Man griff zu den seltsamsten Mitteln der Abwehr, von denen ein Vorschlag, dem die englische Admiralität mit ihrem neuesten Befehl gefolgt ist, hier wegen seiner ganzen Erbärmlichkeit aufgeführt sei: die englischen Schiffe sollten fortan die Flagge eines neutralen Staates hissen. Englische Schiffe! Nebenbei ein ganz gegen jedes Völkerrecht gehendes Verfahren. Soweit ist man in England schon mit seinen Gedanken gekommen! Die Neutralen wird ein derartig maßloser Bruch des Völkerrechts nur auf unsre Seite bringen.

Noch eins sei mit Bezug auf die deutsche Bekanntmachung betont. Rücksichtslos „zwingt" England alle Neutralen, mit ihren Schiffen gefährliche Zwangskurse einzuhalten, während Deutschland ihnen einen ganz sicheren Weg nur „empfiehlt", damit keine „Verwechslungen mit Schiffen" eintreten, die für Kriegszwecke der Gegner dienen.

Es wird also von uns der „friedlichen Schiffahrt" geholfen, während England sie gewaltsam behandelt und schwer schädigt, weil es anders seine Kriegsschiffe bei der Durchsuchung nach Konterbande nicht zu schützen imstande ist.

Kaum hat die englische Admiralität ihren von krämerhafter Habgier und Feigheit eingegebenen Befehl erlassen, der doch vor allem in hinterlistiger Art die Neutralen auf uns hetzen sollte, da folgt in herzerquickender Schnelle, überall in Deutschland mit lautem Jubel begrüßt, die zweite Bekanntmachung unsers Admiralstabschefs, gefolgt von einer großzügigen und klaren Denkschrift der kaiserlichen Reichsregierung.

Alle feindlichen Handelsschiffe, die sich in dem von uns nach englischem Muster festgesetzten neuen Kriegsgebiet zeigen, sollen vernichtet werden. Keine Blockade erklären wir, als Kriegführende bestimmen wir nur, daß das Meeresgebiet rings um beide feindlichen Länder fortan auch Kriegsgebiet sei.

Die Neutralen werden dadurch nicht verletzt, wie durch England, das auch neutrales Küstengebiet mit in den Kriegsbereich hineinbezog. Wir warnen auch die Neutralen, wir weisen ihnen sichere Wege an.

Digitized by Google

Ein Wutgeheul sondergleichen erhebt sich jetzt in dem armen vergewaltigten schwachen Großbritannien, das uns natürlich wieder schwersten Völkerrechtsbruchs zeiht, obwohl wir gar nichts andres tun, als daß wir ihm genau mit derselben Münze dienen.

Die Wirkung unsrer Maßnahmen zeigt sich in England schon überall in schöner Weise, Prämien und Preise steigen zu fabelhafter Höhe an.

So sehen wir ein Schwinden der britischen Allmacht zur See allerorten; ein Eingeständnis der eignen Schwäche folgt unbewußt dem andern. Und noch vieles werden wir in dieser Beziehung erleben. Minen, Unterseeboote, Kreuzer, Luftschiffe werden unentwegt weiter an den Beständen der britischen Kriegs- und Handelsflotte herumknabbern; ein Vorgehen aller Arten, wogegen die bisherige Allmacht zur See des die Wogen vermeintlich noch beherrschenden Albion sie nicht mehr sicher zu schützen vermag.

Nachwort

Im Auslande ist die deutsche Erklärung der großbritannischen und irischen Küstengewässer als Kriegsgebiet vielfach in einer wichtigen Beziehung mißverstanden worden. Man hat gesagt, sie sei eine ganz neue, beispiellose Maßnahme und habe in der ganzen Seekriegsgeschichte keinen Vorgang. Die Note der Vereinigten Staaten an die deutsche Regierung hob diesen Punkt ganz besonders hervor und bemerkte dazu: sie könne kaum glauben, daß die deutsche Regierung einen solchen beispiellosen Schritt wirklich tun wolle. — Das ist ein Irrtum: ohne Beispiel und ohne Vorgang ist die deutsche Erklärung nicht, denn vor wenigen Monaten, im vergangenen November, erklärte die großbritannische Admiralität große Gebiete des internationalen freien Gewässers der Nordsee zum Kriegsgebiete und schärfte allen neutralen Schiffen ein: es sei auf ihre eigne Gefahr, wenn sie jene Kriegsgebiete beträten. Sie würden sich der Gefahr aussetzen, durch großbritannische Kriegsfahrzeuge vernichtet zu werden. Jene Verfügung der großbritannischen Admiralität erklärte ausdrücklich, daß man zur Anwendung dieser Maßnahme und zur Legung eines ungeheuren Minenfeldes auf hoher See durch das neue Kriegsmittel des Unterseebootes gezwungen worden sei, denn das Unterseeboot und die Mine hätten das bisher übliche Absperrungsmittel: die Blockade der Küsten des Gegners, veraltet gemacht. — Dieser ungemein wichtigen amtlichen britischen Erklärung ist seitens der neutralen seefahrenden Mächte bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Sie beweist unwiderleglich, daß die deutsche Kriegsgebietserklärung auf den Vorgang der großbritannischen erfolgt ist. Die großbritannische Erklärung hat von seiten keiner neutralen Macht entschiedenen Einspruch gefunden, von keiner Seite ist sie als völkerrechtswidrig bezeichnet. Warum werden diese Fragen denn in dem Augenblick aufgeworfen, wo Deutschland dem britischen Beispiele gefolgt ist? Dazu kommt noch, daß die deutsche Erklärung nicht die hohe See sperrt, wie die britische, sondern lediglich die Küsten des Gegners. Die deutsche Erklärung weist der neutralen Schiffahrt nicht eine enge, gefahrvolle,

Digitized by Google

mit Minen gepflasterte Durchfahrt nahe der englischen Küste an, gleichzeitig mit zwangsweiser Durchsuchung in englischen Häfen, sondern die deutsche Erklärung zeigt den Neutralen einen freien, vollkommen sicheren Weg, um in die Nordsee zu gelangen.

Die großbritannischen und irischen Küstengewässer sind also seit dem 18. Februar Kriegsgebiet. Eine neutrale Schiffahrt in diesen Gewässern geht auf eigne Gefahr. Diese Gefahr wäre nicht groß gewesen, wenn nicht die britische Schiffahrt, und noch dazu auf Anweisung der großbritannischen Admiralität, sich der Flaggen neutraler seefahrender Staaten bediente. In Deutschland wird diese Schändung der Idee der Neutralität gerade um der neutralen Mächte willen tief betrauert. Wie aber nicht begründet zu werden braucht, steht man deutscherseits diesem englischen Verfahren machtlos gegenüber. Hier könnten nur die Neutralen Wandel schaffen, wenn sie sich vereinigten und mit allem Nachdruck den Mißbrauch ihrer Flaggen sich verbäten. Damit allein freilich wäre es nicht getan, denn Großbritannien würde sich nicht daran kehren, auch wenn die britische Regierung vorher feierliche Versicherungen abgegeben hätte. Nein, die neutralen Mächte müßten zeigen, daß sie sich mit einem papiernen Protest und mit einer papiernen Versicherung nicht begnügten. Außerdem müßten sie verlangen und durchsetzen, daß die kriegführenden Parteien sich auf den Boden der Londoner Deklaration stellten. Von dem Augenblick an, wo das geschehen wäre, würden die jetzigen Fragen und Sorgen der Neutralen in Nichts zerfließen.

Wie die Dinge vorläufig tatsächlich liegen, ist selbstverständlich, daß die deutschen Kriegsfahrzeuge, soweit ihnen nur möglich ist, alle denkbare Rücksicht auf solche Schiffe nehmen, die sie nach Maßgabe der militärischen Lage der Verhältnisse als wirklich neutrale Kauffahrer festzustellen vermögen. Wie sehr der deutschen Reichsregierung gerade die Rücksicht auf die neutralen Mächte maßgebend war, geht schon aus der Tatsache hervor, daß durch die Kriegsgebieterklärung der Handelskrieg gegen England volle vierzehn Tage vorher öffentlich angekündigt wurde. Vom reinen Standpunkte des deutschen militärischen Interesses wäre es naturgemäß vorteilhafter gewesen, entweder eine ganz kurze oder gar keine Frist zwischen die Ankündigung und die Ausführung zu setzen.

Die Gefahren, welche neutrale Schiffe in den Gewässern des Kriegsgebietes erwarten, bestehen in erster Linie in den englischerseits dort gelegten Minen. Das ist ein Punkt, der größte Aufmerksamkeit verdient. Es kommt nämlich noch dazu, daß das britische Minenmaterial sehr mangelhaft ist, auch nicht den Vereinbarungen der Haager Konvention von 1907 entspricht, denn die von ihren Ankertauen losgerissenen englischen Minen werden nicht, wie es die Vorschrift erheischt, nach dem Losreißen unschädlich, sondern werden vielmehr, blind umhertreibend, eine furchtbare Gefahr für die neutrale Schiffahrt. Die deutschen Minen werden nach wie vor an den feindlichen Küsten gelegt. Das ist seit dem Beginn des Krieges geschehen und amtlich veröffentlicht worden.

Digitized by Google

Alles in allem ist selbstverständlich, daß die Zeiten auch für die neutrale Schiffahrt schwer sind. Deutschland hat gezeigt und wird weiter zeigen, daß es jede mögliche Rücksicht auf die neutrale Schiffahrt und die von ihr naturgemäß angestrebte Freiheit nehmen wird. Um eine Blockade handelt es sich, wie aus der Erklärung der deutschen Regierung hervorgeht, keineswegs. In diesem Sinne ist die neutrale Schiffahrt also nicht gebunden. Der Sinn der deutschen Erklärung und ihr alleiniger Zweck ist der der Warnung an die Neutralen: sich bewußt zu bleiben, daß die großbritannischen und irischen Küstengewässer vom 18. Februar an ein gefährliches Gebiet bilden, daß die deutsche Regierung eine Verantwortung für etwaige Unfälle, die dort neutralen Schiffen zustießen, nicht übernehmen kann.

Zur heutigen Kriegslage: ist Italien auf dem Irrwege an der Adria?

Von einem früheren österreichisch-ungarischen Diplomaten

Schon währt der dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn aufgenötigte Verteidigungskampf mehr als sechs Monate und noch immer ist das Ende des opfervollen Krieges, den die beiden mitteleuropäischen Großmächte gegen eine Welt von Feinden zu führen haben, nicht abzusehen. Ebensowenig in Frankreich und Belgien, wie in Polen und auf der Balkanhalbinsel — diese kommt allerdings nur als Nebenkriegsschauplatz in Betracht — ist vorerst ein durchschlagender, den Feldzug entscheidender Erfolg zu verzeichnen gewesen. Ungeheuer wie das Aufgebot der Kräfte in dem den Erdball umfassenden Zusammenstoß sind auch schon die bisherigen Verlustziffern, mehrere der in diesem Krieg gelieferten Schlachten kosteten mehr Blut als manche Aktion, die in den Blättern der Geschichte ein weit hinragendes Wahrzeichen darstellt. Diesmal ist trotz der über alles Lob erhabenen Hingebung und Tapferkeit der deutschen und der österreichisch-ungarischen Streitkräfte, trotz so vieler glorreicher Waffentaten zu Land wie zu Wasser der endgültige siegreiche Abschluß ihres bewundernswerten Ringens erst zu gewärtigen. Der anfängliche Siegeslauf der deutschen Armeen im Westen gelangte nach der erstaunlich rasch erfolgten Eroberung von Belgien und der nordfranzösischen Departements zum Stillstand, den Millionenheeren Rußlands gegenüber war ungeachtet der glänzenden Siege Hindenburgs und der nach Kongreßpolen eingedrungenen österreichisch-ungarischen Abteilungen ein zeitweiliges, freiwilliges Zurückweichen ebenso geboten wie die Räumung des größten Teiles der jenseits der Karpathen gelegenen österreichischen Länder; in Serbien hatten die Truppen der Monarchie ihr allzu ungestümes Vorwärtsdrängen damit zu büßen, daß sie das unter den schwierigsten Verhältnissen dem kriegsgeübten Gegner abgerungene Gebiet bis auf weiteres

Digitized by Google

wieder preisgeben mußten, um neue Kraft zu dem von ihnen ungeduldig erwarteten abermaligen Vormarsch zu sammeln.

So sind die hochfliegenden Hoffnungen jener, die in Unterschätzung der gegen uns ins Feld geführten Kräfte an dem ungehemmten Siegeszug der gerechten Sache nicht zweifelten, durch den Verlauf der Ereignisse allerdings enttäuscht worden. Dies offen zu bekennen, brauchen wir indes um so weniger zu scheuen, weil auch nicht der mindeste Grund zu Verzagtheit vorliegt. Im Gegenteil, wir blicken mit wohlbegründetem Vertrauen in die Zukunft und konstatieren, daß die Halbjahrbilanz der schweren Zeit offensichtlich zugunsten der verbündeten Zentralmächte abschließt. Dies gilt nicht nur in militärischer Hinsicht. Gewiß, die Armeen der Ententemächte haben noch keine vernichtende Niederlage erlitten, sowohl im Westen wie im Osten wird seit Wochen und Monaten um Schützengräben gerungen, im großen ganzen steht der Kampf. Unsre Gegner hatten sich vermessen, die bald bevorstehende Eroberung von Berlin und Wien prahlend anzukündigen; wer könnte in Abrede stellen, daß sie von jenem Ziel weiter entfernt sind denn je, daß ihre Kräfte zu erlahmen beginnen, wogegen jene der beiden Kaiserreiche erst wieder in den Kämpfen der letzten Tage vielversprechende Teilerfolge errungen haben. Selbst die vermeintliche Allgewalt Englands zur See, durch die unübertreffliche Tatkraft und technische Vollendung der deutschen Marine schon arg zerpflückt, ist auf dem besten Weg zu einer historischen Erinnerung herabzusinken. Und ist es nicht auch auf wirtschaftlichem Gebiet ganz anders gekommen, als unsre Feinde gehofft und auch so manche ängstliche Gemüter bei uns selbst befürchtet hatten? Die finanzielle Rüstung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zeigt sich auf der Höhe ihrer Aufgabe und das in England erdachte grausame System der Aushungerung der Zentralmächte, ins Werk gesetzt mit brutaler Verletzung des Völkerrechts wie der Interessen der Neutralen, droht mit weit stärkerem Effekt gegen seinen eignen Urheber sich zu kehren. Vollends dem sittlichen Ernst, den die Bevölkerung Deutschlands und der Donaumonarchie in dieser schweren Zeit betätigt, ihrer Entschlossenheit, ohne Rücksicht auf die Opfer, die es kosten mag, bis zum Ende durchzuhalten, der patriotischen Begeisterung, mit der ihre Wehrmacht den Kampf führt, dem rückhaltlosen gegenseitigen Vertrauen, das den Bund der beiden Mächte wie zu einem Block von Granit gefestigt hat, haben unsre Feinde keine gleichwertigen moralischen Faktoren gegenüberzustellen. Rachebedürfnis, Eroberungslust und Geschäftsneid sind die eigentlichen Motive, welche Frankreich, Rußland und England zu ihrer Allianz zusammengeführt haben, und wie sehr dieser unnatürliche Bund durch gegenseitigem Argwohn angekränkelt ist, illustriert wohl am treffendsten die Tatsache, daß es eines eignen Vertrages zur Abwehr der Besorgnis bedurfte, es könnte der eine oder der andre Teilnehmer auf separate Friedensverhandlungen eingehen. Ob dieser Eventualität dadurch wirksam begegnet wurde, bleibt abzuwarten. Einstweilen mehren sich im gegnerischen Lager die Zeichen von Kriegsmüdigkeit, während die da und dort lautwerdenden Vorwürfe über unzureichendes Zusammenwirken zum gemeinsamen Zweck, die

Digitized by Google

Betrachtungen darüber, daß der eine Kriegsteilnehmer auf Kosten der andern seine Kräfte schont, ihre Solidarität einigermaßen erschüttert zeigt. Das Ergebnis des Lügenfeldzugs, den unsre Gegner in einer käuflichen Presse und unter schrankenloser Ausnutzung des für einen großen Teil der Welt zu ihrer Verfügung stehenden Nachrichtenmonopols unternommen haben, um durch gefälschte Darstellungen über die Vorgeschichte des Krieges und dessen Verlauf die öffentliche Meinung in neutralen Ländern irrezuführen, verfehlt mehr und mehr sein Ziel und ist nicht imstande, das allmähliche Durchdringen der Wahrheit zu hindern. Aller großsprecherischen Versicherungen ungeachtet scheint bei den Dreiverbandsmächten auch der Ersatz der enormen Verluste im Feld auf Schwierigkeiten zu stoßen, nicht zu reden davon, daß deren improvisierte Neuformationen, geschweige das Aufgebot zusammengewürfelter exotischer Kontingente, keinen Vergleich mit den ethischen wie physischen Qualitäten der Nachschübe auf deutscher und österreichisch-ungarischer Seite zulassen.

Wie hier angedeutet wurde, stellt sich das Ergebnis des ersten Kriegshalbjahres für die Staaten des Dreiverbandes nach jeder Richtung hin als unbefriedigend heraus. Je weniger sie hoffen können, aus eigner Kraft eine Wendung zum Besseren herbeizuführen, desto heißer ist ihr Bemühen um Hilfe von außen. Japan und Portugal wurden bisher ohne den erhofften Erfolg umworben, an Rumänien wurde die Zumutung gestellt, Oesterreich-Ungarn in den Rücken zu fallen, doch scheint die Bukarester Regierung, von andern naheliegenden Gründen zu schweigen, schon darum weiterhin neutral bleiben zu wollen, weil andernfalls die unter ihren Auspizien geregelte Balkanfrage wieder aufgerollt würde. Schwerwiegender als das Gelingen all dieser Kapazitierungsversuche, ja geradezu das diplomatische Meisterstück der Politik der Ententemächte wäre nun freilich die Sprengung des Dreibundes und sohin der Uebergang Italiens in das Lager unsrer Gegner. Angesichts der großen Tragweite dieser Eventualität verdient sie selbstverständlich allgemein die ernsteste Beachtung; der Versuch, im Rahmen des vorliegenden Aufsatzes zu der Klärung des Problems beizutragen, scheint daher gerechtfertigt. Doch sei, um jeder Mißdeutung zu begegnen, vorausgeschickt, daß der Schreiber dieser Zeilen von der vollen Loyalität der italienischen Politik überzeugt ist und seine Ausführungen somit streng akademischer Natur sein sollen.

Fast ebenso alt wie der nunmehr durch das auf den Schlachtfeldern gemeinsam vergossene Blut unlöslich zusammengekittete Bund der beiden mitteleuropäischen Kaisermächte ist die Allianz der Donaumonarchie mit Italien; dort blieb sie indes für die Regierung stets mehr Verstandes- als Herzenssache, während ein namhafter Teil der Bevölkerung besonders Norditaliens und ein vielstimmiger Chor der Publizistik ihre Abneigung gegen das Bündnis laut bekunden und jede Gelegenheit — vor allem die durch den Weltkrieg geschaffene Situation — benutzen, um einer der Donaumonarchie direkt feindlichen Politik das Wort zu reden. Es sei bereitwillig zugestanden, daß diese Erscheinung bis zu einem gewissen Grad durch Fehler mitverschuldet ist, welche dem Wiener Kabinett zur

Digitized by Google

Last fallen. Hierzu gehört beispielsweise dessen durch innerpolitische Opportunitätsrücksichten bestimmte schwächliche Haltung in der Angelegenheit der italienischen Rechtsfakultät, einer Frage, in der die österreichischen Italiener bis heute vergebens auf die Gutmachung des Unrechts warten, das sie erlitten haben, als die Innsbrucker Hochschulkurse infolge der von unduldsamen Elementen eines Teiles der dortigen Studenten arrangierten Tumulte sistiert wurden. Kein Wunder, daß solche Vorkommnisse, zumal in der tendenziösen Beleuchtung, die ihnen in der italienischen Presse gegeben zu werden pflegt, mit nur zu starkem Erfolg als Agitationsstoff verwendet und dazu mißbraucht werden, um stets wieder den Haß gegen das Donaureich als den Erbfeind Italiens anzufachen. Eine unbefangene Prüfung der einschlägigen Verhältnisse führt indes zu dem Ergebnis, daß keineswegs die angeblich großen Verstöße Oesterreichs gegen Italien und dessen Interessen, sondern daß gerade umgekehrt gewisse österreichfeindliche Stimmungen und Tendenzen im Königreich, kurz gesagt der Irredentismus und die Eifersucht gegen die Stellung der Monarchie an der Adria als die Grundursache der beklagenswerten, den Spott unsrer Gegner herausfordernden Tatsache anzusehen sind, daß die beiden Nachbarmächte während der langen Dauer ihres Bündnisses sich nicht so nahe kommen konnten, als ihre wahren Interessen es erforderten.

Ist einmal der Schlachtendonner des Weltkrieges verhallt, so wird Europa jedenfalls tiefgreifende Veränderungen seiner politischen Gestalt aufweisen. Deren Umrisse sind heute noch nicht erkennbar, daß aber dabei die Politik der einzigen in diesem Riesenkampf bisher neutral gebliebenen Großmacht entsprechend zur Geltung kommen wird, liegt auf der Hand. Angesichts des weltgeschichtlichen Wendepunkts, vor dem wir stehen, ist es mehr denn je geboten, daß die Oeffentlichkeit in Italien wie in Oesterreich-Ungarn der Größe der Interessen, welche die beiden Adriastaaten dauernd verbinden, sich voll bewußt bleibe. Dieser Erkenntnis werden — dies hoffen wir bestimmt — im Drange der schicksalsschweren Jetztzeit auch jene Kreise in Italien sich nicht verschließen, welche in veralteten Traditionen befangen und wohl auch irregeleitet durch Ermunterung selbstsüchtiger falscher Freunde im Ausland, vermeinen, durch die Bekämpfung Oesterreich-Ungarns sich patriotisch zu betätigen, dabei aber übersehen, daß die von ihnen empfohlene Politik — deren Durchführbarkeit und ethische Qualität nicht weiter erörtert werden soll — im Schlußeffekt nicht bloß den weiteren Aufstieg ihres Heimatlandes hemmen, sondern geradezu dessen Rang als Großmacht in Frage stellen müßte.

Die als Irredentisten sich bezeichnende Partei strebt bekanntlich dahin, die „unerlösten", unter fremder Herrschaft stehenden Gebietsteile, deren Bewohner dem italienischen Sprachstamme angehören, ihrem derzeitigen Staatsverband zu entreißen, um sie dem Königreich anzugliedern. Als solche Gebietsteile würden, ethnographisch genommen, Südtirol, die italienische Schweiz, Korsika, Nizza und Malta in Betracht zu ziehen sein. Das Programm der genannten Partei ist aber einesteils enger, indem es wenigstens vorläufig die zu schweizerischem bzw. zu

Digitized by Google

französischem und englischem Besitz zählenden Territorien nicht in den Kreis seiner Betätigung zieht, anderseits greift es viel weiter aus, insofern nämlich auch Gebiete, wo die Einwohnerschaft italienischer Zunge mit andern Elementen stark vermischt ist, ja selbst nur einen verschwindenden Prozentsatz bildet, wie das österreichische Küstenland mit Triest, Istrien, Fiume und Dalmatien, für Italien reklamiert werden. Hieraus ergibt sich, daß die Tendenz des Irredentismus nicht so sehr eine nationale als eine politische ist, und daß seine Bestrebungen in erster Linie auf die Bekämpfung Oesterreich-Ungarns gerichtet sind.

Ein Völkerstaat wie die Donaumonarchie kann seine Aufgabe nur in der Weise erfüllen, daß jeder Volksstamm innerhalb der durch die Rücksicht auf das Wohl des Ganzen gezogenen Grenzen nach jeder Richtung hin die Möglichkeit freier Entwicklung findet, und es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß in dieser Hinsicht auch die einer kulturell so hervorragenden Nation wie die Italiener angehörenden österreichischen Staatsbürger schon heute in der Monarchie weit besser gestellt sind als beispielsweise ihre unter französischer Herrschaft stehenden Konnationalen. Wenn dieser Tatsache ungeachtet die irredentistische Bewegung gerade gegen Oesterreich-Ungarn sich kehrt, so ist dies dadurch zu erklären, daß in Italien der grundlegende Wandel nicht genügend gewürdigt wird, der sich seit zwei Menschenaltern in Oesterreich-Ungarn vollzogen hat. Nicht weniger als dies in Deutschland der Fall ist, sollte auch bei unserm in derselben Zeit wie das Deutsche Reich zur nationalen Einigung gelangten südlichen Nachbarn die Erkenntnis allgemein durchgreifen, daß das Metternichsche Oesterreich schon längst der Geschichte angehört und daß eine anachronistische Anschauung hinsichtlich der Politik Oesterreich-Ungarns gegenüber Italien die Lösung der den beiden Adriamächten gestellten und zu deren Bestem nur einvernehmlich zu lösenden Aufgaben zum Schaden beider erschwert.

Bei oberflächlicher Betrachtung kann man allenfalls verstehen, daß die Irredenta ihre Blicke begehrlich nach dem Trentino richtet. Dieser durch eine scharfe Sprachgrenze vom übrigen Tirol getrennte und fast ausschließlich von Italienern bewohnte Distrikt ragt wie eine Landzunge ins reichsitalienische Gebiet hinein. Dennoch sind die heutigen politischen Grenzen durch die Geschichte des Gebietes wie durch seine wirtschaftlichen Verhältnisse gut begründet. Das Trentino umfaßt im großen und ganzen das Territorium des ehemaligen geistlichen Fürstentums Trient. Dieses war eine Schöpfung des deutschen Kaisers Konrad II., der im Jahre 1027 das Trentino als eine selbständige Grafschaft von der Mark Verona abtrennte und dem Bischof von Trient übergab. Auf Grund des Besitzes der Grafschaftsrechte gestalteten die Bischöfe von Trient im Laufe des elften und zwölften Jahrhunderts ihre landesherrliche Gewalt in diesem Gebiet aus und erscheinen seit der Ausbildung des Reichsfürstenstandes (zwölften Jahrhundert) als Reichsfürsten; als solche werden sie auch in dem Diplom Kaiser Friedrich Barbarossas von 1171 bezeichnet. Diesen Charakter eines Reichsfürstentums behielt das Bistum Trient bis zu seiner Säkularisierung im Jahre 1803 bei. Der Bischof von Trient war Reichsvasall, seine Besitz-

Digitized by Google

und Herrschaftsrechte waren an die Belehnung durch den deutschen Kaiser gebunden, er hatte bis zur Säkularisierung Sitz- und Stimmrecht auf dem deutschen Reichstag. Unbeschadet seiner Stellung als Reichsfürstentum war das Bistum Trient (ebenso wie das Bistum Brixen, dessen Geschichte im wesentlichen jener des Bistums Trient analog ist) zur gefürsteten Grafschaft Tirol in ein Rechtsverhältnis gelangt. Die äußeren Formen der Staatshoheit blieben gewahrt, die tatsächlichen Herrschaftsrechte aber (Militär- und Finanzhoheit) gingen allmählich an den Schutzstaat über. Die allgemeinen politischen Verhältnisse hatten dazu geführt, die rechtliche Grundlage war durch das Recht der Vogtei gegeben, das die gefürsteten Grafen von Tirol über die Trienter Besitzungen ausübten. Urkundlich schon 1363 in einem Vertrag zwischen dem ersten Tiroler Landesherrn aus dem Hause Habsburg, Rudolf IV., und dem Bistum Trient niedergelegt, wurde dieses Verhältnis nach und nach im Sinne einer noch engeren Abhängigkeit Trients von Tirol ausgestaltet, so daß man schon in sehr früher Zeit von Tirol, in den heutigen Grenzen genommen, als einem auch staatsrechtlich zusammenhängenden Territorium sprechen konnte. Mit Tirol war auch Trient im Preßburger Frieden (1805) an Bayern gekommen, das seinerseits im Vertrage mit Frankreich vom 14. Oktober 1809 „Italienisch-Tirol" an das napoleonische Königreich Italien abtrat. Durch Art. 103 der Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 gelangte das Gebiet des ehemaligen Fürstbistums Trient wieder an Oesterreich.

Die Angliederung des Trentino an Italien könnte sonach durch historische Momente in keiner Weise begründet werden. Ebensowenig aber wäre es zulässig, wirtschaftliche Gründe dafür geltend zu machen, im Gegenteil, die der Hauptsache nach vom Ertrag des Bodens wie Wein, Obst, Seide lebende Bevölkerung würde, wenn infolge der Annexion ihre Produkte den Schutz gegen die italienische Konkurrenz verlieren sollten und durch eine Zollgrenze von ihrem jetzigen Absatzgebiet ferngehalten würden, dem Ruin preisgegeben sein. Diese Erkenntnis ist gewiß nicht ohne Einfluß darauf geblieben, daß die südtirolischen Bauern den Agitationen aus dem Regno ihr Ohr verschließen. Die Haltung der aus Südtirol rekrutierten Truppen sowohl im Kriege vom Jahre 1866 wie im jetzigen liefert den besten Beweis für die volle Loyalität der weit überwiegenden Mehrzahl der dortigen Einwohnerschaft, und nur eine kleine, meist aus Angehörigen der intellektuellen Berufe bestehende Minderheit wünscht die Annexion wohl kaum so sehr aus nationalen Motiven als in der Hoffnung, in einem einheitlichen großen Sprachgebiet bessere Daseinsbedingungen zu finden.

Schließlich drängt sich noch die Frage nach dem Vorteil auf, den Italien zu erwarten hätte, falls es der Irredenta gelänge, die Grenze des Königreichs bis gegen Deutschtirol vorzuschieben. Was bedeutet ein Plus von einer Drittelmillion Einwohner, der Gewinn eines kleinen industriearmen Gebirgslandes für eine Großmacht wie Italien, mit einer Bewohnerzahl, die jene Frankreichs bald erreichen wird, mit einem gesegneten Boden von sprichwörtlicher Fruchtbarkeit, mit einer Industrie, die sich sprunghaft entwickelt! Das sympathievolle Interesse

Digitized by Google

der Reichsitaliener an den Geschicken ihrer Konnationalen in der Monarchie ist ebenso begreiflich wie legitim; es wird aber die verantwortlichen Faktoren in Rom sicherlich nicht zu einer Politik verleiten, die sie in Widerstreit mit Oesterreich-Ungarn bringen und zugleich in einem für die ganze Zukunft des Königreichs vielleicht entscheidenden Zeitpunkt ihre Hände binden würde.

Insofern die Bestrebungen der Irredenta nach andern österreichischen Gebietsteilen zielen, sind sie wohl schon nach deren Lage und ethnographischer Zusammensetzung zur Unfruchtbarkeit verdammt. Unverkennbar liegt auch ihnen eine historische Tradition zugrunde, die Erinnerung an die glorreichen Zeiten, wo die Königin der Adria durch ihre Galeeren bis ins östliche Mittelmeer herrschte. Diese Zeit ist aber längst verrauscht; das geeinigte Italien sieht sich vor andre und größere Aufgaben gestellt und kann seine Mission nicht darin erblicken, Ueberlieferungen aus den Glanztagen Venedigs künstliches Leben einzuhauchen.

Immerhin ist nicht zu übersehen, daß diese Traditionen bei einem Teile des für Illusionen leicht zu entflammenden italienischen Volkes lebendig sind und daß auch die Regierung, ohne aus ihrer korrekten Haltung herauszutreten und speziell mit den erwähnten Bestrebungen sich zu identifizieren, schon seit geraumer Zeit ein lebhaftes Interesse für die „altra sponda“, das östliche Ufergebiet der Adria bekundet. Neuestens ist dieses Interesse in der Weise praktisch zum Ausdruck gekommen, daß italienische Streitkräfte von Valona Besitz ergriffen haben. Gewiß, es lagen überzeugende Gründe für diese vom römischen Kabinett als Akt polizeilicher, im Namen der Mächte ergriffene Maßregel vor. An der vollen Aufrichtigkeit der bei diesem Anlaß italienischerseits abgegebenen Erklärung zu zweifeln, liegt kein Grund vor, doch darf, von dem Einzelakt absehend, in diesem Zusammenhang im allgemeinen die Frage aufgeworfen werden, ob Italien nicht überhaupt an der Adria auf dem Irrweg sei, wenn es das Schwergewicht seines Einflusses nach dem Osten legen wollte. Die Beantwortung dieser Frage muß freilich dem Zeitpunkt vorbehalten bleiben, wo die Absichten der offiziellen italienischen Politik deutlichere Umrisse zeigen werden, als dies bisher der Fall war. Nichtsdestoweniger dürfte eine flüchtige Erörterung der hierbei in Betracht kommenden Gesichtspunkte am Platz sein.

Die Ostküste des Adriatischen Meeres kann für Italien keineswegs den ausschließlichen oder auch nur einen andre Rücksichten aufwiegenden Gegenstand des Interesses bilden, insoweit dasselbe über die Aufrechterhaltung der Freiheit dieses Meeresarmes hinausginge. Schon die Konfiguration der Küsten der Halbinsel — abgesehen von Venedig und Ancona liegen alle bedeutenden Häfen im Westen und Süden des Landes, am Ligurischen, Tyrrhenischen und Jonischen Meere — scheint darauf hinzuweisen, daß das Königreich zu einer führenden Rolle als Mittelmeermacht berufen ist; nach der gleichen Richtung deuten auch historische Erinnerungen, die der Stolz eines jeden Italieners sind. Ein bedeutsamer Schritt auf diesem Weg ist durch die Besetzung Libyens gemacht worden. Italien hat damit festen Fuß in Afrika gefaßt; war die Freiheit des Meeres

Digitized by Google

schon früher für Italien von größter Wichtigkeit angesichts der bedeutenden Küstenentwicklung, des zunehmenden maritimen Handels und der zahlreichen, direkt an der See gelegenen blühenden Städte — so ist die Sicherung jener Freiheit seither eine Lebensfrage für das Königreich geworden. Ohne seinen berechtigten Interessen, seinem Ansehen als Großmacht etwas zu vergeben, kann Italien nicht darauf verzichten, unter allen Umständen seine Verbindungen mit der sehr entwicklungsfähigen afrikanischen Kolonie zu sichern oder, was das gleiche bedeutet, als große Mittelmeermacht im Weltkonzert aufzutreten.

Darüber, daß eine solche Rolle dem Widerstreben der heutzutage im Mittelmeer maßgebenden Weltmächte begegnet, hatte Italien wiederholt Gelegenheit, unerfreuliche Erfahrungen zu machen. Die Erinnerung an die im Königreich wie ein Keulenschlag empfundene Besetzung von Tunis durch Frankreich ist gewiß nicht vergessen, auch seither liegen Beweise dafür vor, daß die gegenwärtigen Beherrscher jenes Meeres die koloniale Expansion Italiens an der nordafrikanischen Küste mit Mißgunst und Uebelwollen begleiten. So zeigten Frankreich und England, als sie gelegentlich des über Nordafrika geschlossenen Abkommens Tripolis und die Cyrenaika als italienische Einflußsphäre anerkannten, sich in dem Bestreben geeint, die Grenzen dieses Gebietes im Süden möglichst zu beschneiden, um die dort ziehenden wichtigen Karawanenwege für sich zu reservieren. Noch neueren Datums sind nach erfolgtem Uebergang jener türkischen Provinz in italienischen Besitz als Illustrationsfakten zu nennen: die Wegnahme des Hafens von Solum durch die angloägyptische Regierung, sowie das rücksichtslose Auftreten Frankreichs in der Streitfrage wegen des Dampfers Majouba.

Keinem Zweifel kann es unterliegen, daß beide Mächte ebenso einer Erweiterung der Machtsphäre Italiens an der Adria abgeneigt wären. Hierzu würde aber außerdem der nachdrückliche Widerstand Rußlands sich gesellen, da diese Macht, wie ihre Haltung bei den Verhandlungen über die Räumung von Durazzo durch die Serben bewies, die Küstenplätze Albaniens im Besitze Serbiens als eines von Rußland abhängigen Staates zu sehen wünscht, um auf diese Weise den lang ersehnten Flottenstützpunkt im Mittelmeer zu gewinnen.

Nicht weniger als die Träume der Irredenta bilden auch die Eifersüchteleien gegen Oesterreich-Ungarn für Italien Hemmnisse auf seinem Weg zu weiterer Größe; die freie Entfaltung seiner Kraft und Unabhängigkeit ist nicht von Gebietserwerbungen im Norden oder jenseits der Adria, sondern davon abhängig, daß Italien, wie kein andres Land durch seine geographische Lage und durch seine Geschichte hierzu berufen, im Mittelmeer volle Seegeltung gewinne, zur eigentlichen Mittelmeergroßmacht sich entwickle. Auch die Zukunft dieses Landes liegt, um ein bekanntes Wort zu wiederholen, das heute wahrer ist als je, auf dem Wasser.

Anfang Februar 1915.

Digitized by Google

Frankreich nach der Niederlage vom Jahre 1870

Ballonbriefe des Professors Henri Montucci von der französischen Militärschule St. Cyr

Mitgeteilt von

D. v. Stockert-Meynert

(Schluß)

Paris, den 4. April 1874.

Wie es bei uns steht, läßt sich schwer beurteilen. Der Unsinn ist so heillos, die Schwäche der Regierungsmaßregeln so unerklärlich, der Skandal in den Sitzungen der Nationalversammlung so unerträglich, daß ich bisweilen vermute, es läge irgendein Plan dahinter. Ich will versuchen, das Problem, wo nicht zu lösen, wenigstens auseinanderzusetzen. Eins ist richtig: schon zweimal hatte Mac Mahon offiziell ganz frei erklärt, er bestehe auf seinen sieben Jahren, als Dahirel auf einmal, ohne sein Vorhaben anzukündigen, mit seinem Antrage, der darauf spielte, des Marschalls Regierungszeit abzukürzen, die Tribüne bestieg. Der Antrag wurde zwar durch eine Mehrheit von 75 Stimmen zurückgewiesen, aber woraus bestand diese Mehrheit? Aus allen Parteien, man stimmte in den Tag hinein. Das heißt so viel, daß der Marschall durchaus nicht so fest sitzt, als man es hoffen dürfte. Kommt so ein Antrag wieder einmal vor, wer weiß? Der Marschall ist so ein Esel nicht, das selbst nicht einzusehen. Was tut er aber? Er schreibt gleich den folgenden Tag dem Broglie einen Brief, in welchem er nochmals auf seinem Recht besteht, sieben Jahre lang zu regieren.

Soweit ist alles Tatsache. Versuchen wir nun einen Schluß daraus zu ziehen. Ich setze voraus, der Marschall sei von Fleisch und Blut wie andre Leute. In dem Falle haben die Legitimisten durch ihren tollen Versuch weiter nichts gewonnen, als es mit ihm von Grund aus zu verderben. Von jetzt an heißt es zwischen ihnen Krieg auf Leben und Tod. So etwas verzeiht sich nicht. Anderseits ist der Aumale da: der hofft nun des Marschalls Nachfolger zu werden; das kann er nur unter einer Republik werden, und darum geht wahrscheinlich die jetzige orleanistische Regierung so glimpflich mit den roten Blättern um.

Nun liebt aber in der Regel niemand seinen präsumierten Nachfolger; folglich ist Mac Mahon auch den Orleanisten nicht sehr gewogen, ob sie gleich in diesem Augenblicke seine beste Stütze sind. Nun kommt noch dazu, daß die Orleanisten nie bei den Wahlen durchdringen; sie haben keinen Fuß im Lande. Dagegen haben in der letzten Zeit die Imperialisten ungeheure Fortschritte gemacht. Was wird nun Mac Mahon tun? Daß er sich wird stürzen lassen, glaub' ich nicht, wenn ich dem festen Tone seiner Erklärungen trauen soll; die Armee hat er für sich, das leidet keinen Zweifel. Versuchen also die Legitimisten nochmals ihn zu stürzen, so ist er kapabel, einen plausibeln Staatsstreich zu

Digitized by Google

machen, und einen solchen erwartet man wirklich. Gelingt es ihm aber, es so weit zu bringen, daß das neue Wahlgesetz votiert wird, so löst sich notwendig die Versammlung von selbst auf und dann, wenn er seine Karten zu spielen versteht, kannst Du Dich darauf verlassen, daß sehr wenige Legitimisten oder Orleanisten erwählt werden. Die neue Versammlung wird fast ausschließlich aus Republikanern und Bonapartisten bestehen; die Mehrheit gehört den letzteren, wenn sie nicht dumm sind. Du siehst also, daß die Schraubenlinie Frankreichs noch manchen Ring wird beschreiben können, ehe wir viele Monate älter werden.

*

Paris, den 3. Juni 1874.

Lieber alter Bruder!

Seit meinem letzten hat sich der Broglie, was zu vermuten war, nicht aus der Patsche geholfen, sondern ist gefallen. Wie ein Esel hat er regiert, wie ein Ritter ist er verblichen! Mein Gott, es war doch so leicht, Minister zu bleiben! Wozu des Marschalls Gewalten zu organisieren? Er besitzt ja dieselben, die Thiers hatte, und damit hätte er es weit genug bringen können, um die neuen Wahlen abzuwarten. Hätte denn Broglie nicht auf den Fingern zählen können, daß er für die hohe Kammer nimmermehr auf eine Mehrheit rechnen konnte? Was das Wahlgesetz betrifft, so brauchte er sich nur auf einen einzigen Artikel, die Hauptsache zu beschränken, nämlich auf die Abschaffung des Scrutin de liste. Das hätte er mit 500 Stimmen durchgesetzt. Hätte er hernach nun so viel Menschenverstand übrig gehabt, um einen Freund sub rosa zu bitten, einen zweiten Artikel vorzuschlagen; demzufolge niemand anderswo als in seinem eignen Departement als Kandidat auftreten dürfte — das hätten wenigstens 400 Stimmen angenommen —, da wäre er über alle Berge gewesen! Da hätte er auch gleich zur Auflösung schreiten können, die er gar nicht selber, sondern durch einen andern hätte vorschlagen lassen. Fehlten ihm einige Stimmen dazu, hätte er sie leicht dadurch gewinnen können, daß er den Wackligsten die Unterstützung der Regierung bei den neuen Wahlen gesichert hätte. So wären wir diese tolle Kammer losgeworden, er hätte sich eine Menge Rote vom Halse geschafft und sie durch seine Orleanisten ersetzen können. Dergleichen übrigens heutzutage ganz ehrliche Kniffe hat er verschmäht, und nachdem er sich durch seine ungeschickten Briefe und Rundschreiben so viel geschadet, wie nur möglich, hat er sich wie ein Kind umstoßen lassen.

Wer hat nun dabei gewonnen? 1. Der Marschall, der nicht nur dadurch neue Gelegenheiten erlangte, die Leute direkt oder indirekt vernehmen zu lassen, daß er sich durchaus nicht will absetzen lassen, sondern, nachdem sich die Versammlung durch ihre eigennützigen Intrigen hübsch im Angesicht der Nation abgenutzt, den ungeheuren Vorteil errang, ein parlamentarisches Ministerium proprio motu zu ernennen, wodurch er sein persönliches Ansehen hundertfach vermehrt hat (abgesehen davon, daß er dem Kriegsminister den Vorsitz gegeben — sapienti sat!). 2. Die Bonapartisten, die geschworenen Feinde des Parlamentarismus, die jetzt mit Hohn auf die Vorgänge der Versammlung weisen

Digitized by Google

können, auf das wenige, das sie in nahezu vier Jahren vollbracht hat, und auf ihre Unmacht, irgend etwas nicht sowohl zu gründen als auch zu befördern. Die Wahl in der Nièvre ist auch ein Vorzeichen dessen, was jetzt in ganz Frankreich vorgeht. Im Verlauf eines Jahres haben die Radikalen sowohl als konservative Republikaner nicht nur ihre Mehrheit von 11 000 eingebüßt, sondern eine Minderheit von 11 000 realisiert. Differenz: 22 000. Uebrigens habe ich immer einen Staatsstreich vor Augen, falls die Auflösung nicht auf gütlichem Wege stattfindet; und in dem Falle ist eine bonapartistische Mehrheit das Wahrscheinlichste; die übrigen werden Republikaner sein: Royalisten und Orleanisten so gut wie Null.

*

Paris, den 4. Juli 1874.

Lieber alter Bruder!

Ich hatte Dich darauf aufmerksam gemacht, daß Mac Mahon bei jeder Gelegenheit entweder selbst oder durch einen Vertreter der Nationalversammlung in die Ohren zu bellen pflegte, er wolle durchaus seine sieben Jahre vollenden, sie mögen wollen oder nicht. Ein solches Verfahren bemerkte ich zugleich, ließe sich nicht anders erklären, als daß es ihm vollkommener Ernst sei; und so ein Versprechen ließe sich schwerlich anders als durch einen Staatsstreich lösen. Seitdem ist nun sein Tagesbefehl veröffentlicht worden, der allen Nebel, welcher noch die Frage verhüllte, gänzlich verscheucht. Also so viel scheint mir richtig: er hat der Versammlung zu verstehen gegeben, sie müßte ihm Wort halten oder sich zum Teufel scheren.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Wahl in der Nièvre, einem Departement, in welchem bisher die Radikalen an 11 000 Mehrheit hatten, die sich jetzt in 11 000 Minderheit verwandelt hat. Es mag sein, daß diese unerhörte Aenderung sich aus natürlichen Gründen erklären lasse, mir aber kommt es vor, als rühre sie eher vom Einfluß der Regierung her. Diese wäre also kaiserlich gesinnt. Dieses ersieht sich auch daraus, daß Lissey, ein General, der sich niemals für Chambord oder die Orleans erklärte und gewiß kein Republikaner ist, als Vizepräsident eines unparlamentarischen Kabinetts figuriert, und daß de Fourtou, der Minister des Innern, erstlich im Reden einen kaiserlichen Ton annimmt und zweitens offenbar nur zum Spaße einige Haussuchungen bei den Bonapartisten veranstaltet hat. Dazu kommt noch der Prozeß gegen den Pays. Es war da nicht der kleinste Stoff zu einer gerichtlichen Untersuchung: aber einerseits wurde dadurch den Radikalen das Maul verstopft und anderseits wurde dem Cassagnac eine prächtige Gelegenheit dargeboten, ein bonapartistisches Glaubensbekenntnis abzulegen und zugleich den Gambetta tüchtig beim Kragen zu packen, worin ihm nicht nur sein Anwalt Lachaud kräftig half, sondern sogar der Generaladvokat, der die Klage führte. Daß es der Regierung ernst mit diesem Prozesse gewesen sei, glaub' ich nimmermehr. Der eigentliche Verklagte war Gambetta.

Gewiß scheint es mir also, daß die jetzige Regierung bonapartistisch gesinnt ist, und daß sie gerade jetzt, nach dem merkwürdigen Tagesbefehl Henris V., wieder

Digitized by Google

einmal mit einem Manifest herausrückt, ist ein denkwürdiger Zufall — wenn's einer ist und nicht vielmehr eine Antwort. Ist es letztere, so hat sie fehlgeschlagen, denn die Sachen stehen jetzt so: Vor einigen Tagen bebten die Radikalen vor dem bonapartistischen Gespenst, und der Marschall, dem man schon weniger Vertrauen, aber mehr Furcht erweist, hatte moralisch gegen sich die Radikalen, die Linke, das linke Zentrum und die äußerste Rechte, für sich nur die gemäßigte Rechte, das schon schwankende rechte Zentrum und die Bonapartisten; so konnte also sein persönliches Kabinett von einem Augenblick zum andern in eine Minderheit geraten. Das wäre ein fataler Streich gewesen, denn zum Staatsstreich wäre es viel zu früh.

Nun aber hat das chambordistische Gespenst das bonapartistische verscheucht. Die Radikalen, die bisher gegen den Marschall gestimmt, mußten nun für ihn stimmen, denn er ist doch vorderhand die Republik. Also stünden ungefähr die Parteien so:

Für Mac Mahon:		Gegen Mac Mahon:	
Radikale	100	Aeußerste Rechte . .	53
Linke	150	Rechte	108
Linkes Zentrum . .	80	Rechtes Zentrum . .	150
Bonapartisten . . .	28		311
Schwankende . . .	40		
	398		

Gesetzt, das wäre nicht ganz genau, etwa 50 Stimmenmehrheit gegen Chambord sind doch gesichert. Uebrigens dürfte sich das rechte Zentrum teilen, denn Aumale hofft auch einmal Präsident der Republik zu werden, folglich ist seine Partei dem Chambord nicht besonders gewogen. Auch von der Rechten dürften manche zur rechten Zeit Schnupfen oder Kopfweh bekommen und wegbleiben.

Soeben bekomme ich die Abendzeitung, in welcher ich lese, daß das königlich legitimistische Organ, die „Union", auf vierzehn Tage suspendiert worden; daß der Hauptlegitimist Lucien Brun in der Versammlung der Minister darüber befragt und daß dieser unverhohlen geantwortet, es sei darum geschehen, weil das Blatt die Dauer der Gewalten Mac Mahons angegriffen. Das ist schon unter den besonderen Umständen an sich eine Art Staatsstreich gegen die Rechte.

Ich bleibe dabei: Die Regierung ist bonapartistisch gesinnt. Zwar soll die Herzogin legitimistisch sein, und man schreibt ihr einen großen Einfluß auf ihren Mann zu; jedoch ist es eine allgemein anerkannte Sache, daß die Bourbonen keine Wurzel mehr im Lande haben, also schwerlich bestehen könnten. Hingegen weiß der Marschall, daß der Bonapartismus täglich zunimmt, und er hat eine dreizehnjährige Tochter, welche dem jungen Kaiser leicht gefallen dürfte. Das mag Klatscherei sein, es ist dennoch wahr, daß es keine Mesalliance wäre, da Mac Mahon aus königlichem Blute stammt. — Kurz, ich denke mir die Sache so: die Versammlung wird sanft gezwungen, ein Wahlgesetz zu votieren, und hernach ebenso sanft gezwungen, sich aufzulösen. Geht's auf gütlichem Wege,

Digitized by Google

desto besser, wo nicht — ein Staatsstreich! Bei den Neuwahlen wird die gut mit Gesetzen bewaffnete Regierung mit aller Macht den Bonapartismus begünstigen, und so nimmt die Krisis ein Ende. Dein alter Bruder.

*

Paris, den 14. August 1874.

Alter Bruder!

Nee, so kann's nicht fortgehn! Ich bin schon seit ein paar Jahren Dein Prophet, habe Dir immer treu geweissagt, aber wenn Du mir mein Gehalt nicht verdoppelst, so schreibe ich Dir nicht wieder bis aufs nächstemal.

Was hab' ich Dir neulich gesagt? Die Regierung ist bonapartistisch gesinnt — und was geschieht vierzehn Tage darauf? Bazaine ist entsprungen! Wie ist das zugegangen? Vom Port St. Marguerite herunterzuklettern, das mache man einem andern weis, nicht mir! Ein kugelrunder fünfundsechzigjähriger Marschall, der sich bei stürmischem Wetter von einer Höhe von 30 Metern herunterbaumelt, das muß man erst sehen, eh' man's glaubt. Nein, nein, man hat unversehens die Tür offenstehen lassen und rechts geguckt, während er links ging. Ohne Erlaubnis entspringt man nicht. Das ist klar wie Kloßtitsche, wie wir im großen Garten zu sagen pflegten. Und wer hat die Erlaubnis geben können?

Meine übrigen Weissagungen sind auch eingetroffen, Nichterklärung der Republik und Auflösung. Auf eine so lange Vertagung hatte ich zwar nicht gerechnet. Genug, gleich bei der Rückkehr kommt's ans Wahlgesetz, und wenn das einmal im Trocknen ist, dann kommt bald die Auflösung auf gütlichem Wege.

Liest Du manchmal die „Augsburger Zeitung"? Die hat einen Pariser Korrespondenten, der ist ein rasender Republikaner, kann schimpfen wie ein Fuhrmann; ich lese ihn mit einer wahren Wonne. Je weniger seine Weissagungen eintreffen, desto mehr besteht er darauf, daß sie eingetroffen sind. Leb wohl. Es hat mir Spaß gemacht, Dir über Bazaine zu schreiben. Montag früh rolle ich nach La Flèche. Dein alter Bruder.

*

Paris, den 14. November 1874.

Du fragst, was ich von der Arnimschen Geschichte denke? Es kommt mir vor, als habe der Bismarcksche Stern seinen Wendepunkt erreicht, so daß er sich wieder zum Aequator neigt. So ging es Napoleon I., so geht's gewöhnlich einem jeden, dem das Glück eine Zeitlang unmäßig gehuldigt. Cavour starb zur rechten Zeit, sonst wär's ihm wohl auch so gegangen. Der machttrunkene Bismarck fängt an, dumme Streiche zu machen, und dieser ist nur der erste — wird schon besser kommen.

Und umgekehrt, wen das Unglück unmäßig verfolgt hat, der kann auch auf einen Wendepunkt hoffen. Wir sehen das jetzt in Frankreich, wo es freilich langsam, aber doch vorwärts geht. Wie ich Dir immer gesagt, hebt sich der Bonapartismus täglich. Bei den Wahlen der Generalräte hat er einen ungeheuren Vorsprung gewonnen, wo denn freilich auch die Legitimisten etwas

Digitized by Google

abbekommen haben, die Orleanisten fast gar nichts. Im Pas de Calais hat der Bonapartist gegen die orleanistische Regierung den Sieg davongetragen; in der Oise hat er beide Republikaner durch und durch geschlagen; aber was noch viel bedeutender ist, überall haben die Radikalen und die mit ihnen demütig verbündeten Republikaner (Thieristen) an den vielen Orten, wo sie gewannen, eine ungeheure Abnahme von Stimmen erlitten. Die Taktik der Parteien besteht jetzt einfach darin, sich für Septenalisten auszugeben. Die Radikalen lügen sich als solche vor, weil sie dadurch die Republik für proklamiert ansehen wollen, um künftig einen der Ihren (Gambetta) einsetzen zu können. Aus demselben Grunde, aber um den Duc d'Aumale einsetzen zu können, sind die Orleanisten wirkliche Septenalisten, die Bonapartisten sind es auch aufrichtig, weil binnen sechs Jahren der Prinz fünfundzwanzig Jahre alt sein wird; nur die Legitimisten wollen von einem zweiten Septenat nichts wissen. Mac Mahon ist jetzt, dank seiner Heftigkeit, seiner übrigen sechs Jahre gewiß, und kann er das neue Wahlgesetz durchsetzen, muß sich die Versammlung auflösen, und die neue wird nur zwei Farben enthalten, die radikale und die bonapartistische.

*

Paris, den 12. Februar 1875.

Von den jetzigen parlamentarischen Umständen in Versailles läßt sich gar nichts sagen. Solange man die Gesinnungen der verschiedenen Mitglieder einer Versammlung berechnen kann, läßt sich manches erraten und vorhersehen. Wenn es aber so weit kommt, daß es einem jeden freisteht, gegen seine eigne Ueberzeugung und gegen seine eigne Partei zu stimmen, da hört alle Rechenkunst auf. Aus Furcht vor dem Bonapartismus (ein Beweis, daß ich recht hatte, Dir dessen ungeheures Zunehmen anzudeuten) sind die Orleanisten zur gemäßigten Republik übergegangen. Gestern aber kommt ein radikaler Vorschlag, und er wird unvermuteterweise angenommen. Die geschlagenen Orleanisten schwören Rache, aber heute wird wieder ein Vorschlag angenommen, der zwar dem ersten eine Mäßigung beibringt, aber doch das widrige (und logisch unsinnige) Prinzip des Stimmrechtes für die Wahl der Senatoren bestätigt. Dieser wird mit bloß zwanzig Stimmen angenommen; gleich darauf werden die beiden Vorschläge mit über hundert Stimmen votiert. Da werde nun einer daraus klug! Bedeutete dieses letzte Votum, daß man so schnell wie möglich damit fertig werden wollte, um hernach das Ganze über den Haufen zu werfen? Das könnte wohl sein. Nun hat aber der Marschall eben heute der Versammlung eine Botschaft gesandt, in welcher er ganz bestimmt sagt, er könne das gestrige Votum nicht genehmigen, und er sage ihr das im voraus, ehe es zu spät ist. Wenn der Marschall so weit gegangen, ohne einen Staatsstreich im Schilde zu tragen, so muß er ein Narr sein, und das ist er nicht.

In diesem Augenblick erhalte ich das Ende der Sitzung. Der Gesetzentwurf ist über den Haufen geworfen! Ich hatte es also erraten.

Leb wohl! In meiner jetzigen Stimmung kann ich nicht mehr schreiben.

* Dein alter Bruder.

Digitized by Google

Paris, den 23. Januar 1875.

Ich möchte Dir gerne über den jetzigen Zustand der Sachen hier etwas beifügen, habe aber darüber selbst keine recht klare Idee. Warum hat der Marschall so hartnäckig auf die konstitutionellen Gesetze gedrungen, da er doch wußte, daß sie durchfallen mußten? Da es nicht zu vermuten ist, daß er nicht ebenso tief über die Sache nachgedacht wie wir, so müssen wir annehmen, daß er gute Gründe dafür gehabt. Der Hauptgrund scheint nun der gewesen zu sein, seine jetzigen Minister loszuwerden, und indem er seine verschiedenen Trümpfe fertig hatte, sobald die Verfassungsgesetze zu Grabe getragen werden. Diese Trümpfe scheinen Broglie und Fourtou zu sein. Letzterer ist ein Imperialist, ersterer riecht nach Orleanismus, ist aber ad utrumque paratus. Was nun dieser Lösung eine große Wahrscheinlichkeit verleiht, ist eben die Lazeausche Wahl in den X. Pyrénées. So einen vollkommenen Sieg gegen die Radikalen, gegen den orleanischen Minister, gegen den Präfekten hatten Bonapartisten noch nie errungen, und er hat eine ungeheure Wirkung hervorgebracht. Schon haben wir Symptome von Desertion vom rechten Zentrum zum Appel au peuple! Mancher, der sich noch nicht zu sehr kompromittiert hat, will sich den Rücken freihalten, um wieder in den Schoß des Kaisertums zurückkehren zu können; andern wäre es lieb, wenn sich eine Gelegenheit darböte, durch irgendeinen eklatanten Dienst ihre Abtrünnigkeit wieder gutzumachen. Der Imperialismus nimmt erstaunlich zu. Die gestrige Sitzung war eine Niederlage für die Republik. Mac Mahon bleibt!

*

Paris, den 25. Mai 1875.

Lieber alter Bruder!

Was ich Dir von unsern hiesigen Verhältnissen schrieb, bewährt sich. Mac Mahon hat die Republik angenommen, weil er seine sieben Jahre vollenden will. Das ist richtig! Daß die Bonapartisten immer stärker im Lande werden, das beweisen die Verfolgungen, denen sie ausgesetzt sind. Die Republik, die wir haben, ist de facto eine Alfanzerei. Die Republikaner — ich meine die echten, nicht die falschen — sind nicht besser daran wie die Bonapartisten: man verfolgt sie ebensogut. Darum wird auch die „Rep.-Orl. Heirat" bald zur Scheidung kommen. Die Nationalversammlung wird täglich schlimmer und verrückter; sie spricht viel von Nachhausegehen, es ist ihr aber nicht ernst damit. Mac Mahon träumt von weiter nichts, als sie loszuwerden; das wird aber schwer halten, wenn er nicht endlich Schrauben ansetzt. Er geht gewiß nicht fort — die Nationalversammlung will nicht fort — beisammen können sie nicht leben — ergo muß es endlich auf irgendeine Art zur Krise kommen.

*

Paris, den 21. Juli 1875.

Die Walpurgisnacht und Gambetta — Latet anguis in herba!

„Ei, wißt Ihr nicht klüglich durch Blumen zu sprechen? Ihr schleicht zu dem Ziele feinlistig und krumm!"

Digitized by Google

„Wohlan! Dieser Pfaffenkniff soll Euch gelingen!"

Ich gehe von dem alten Punkte aus, daß Mac Mahon innerhalb vierundzwanzig Stunden auf einmal Republikaner geworden, um seine sieben Jahre zu vollenden. Darum hat er sich mit Büffet einverstanden, eine Republik aus Pfefferkuchen zusammenzukneten, um sie dem Cerberus Gambetta ins Maul zu werfen. Besagter Cerberus ließ sich auch beschwichtigen, weil er hoffte, ein halbes hundert Präfekturen darin zu finden. Da nun aber der Pfefferkuchen schon verdaut ist und die Herren Präfekten noch immer an Ort und Stelle sind, da ist ihm endlich der dünne Geduldsfaden zerrissen, und er hat gebrüllt: „So war's nicht gemeint!" — „Ja, das sage ich auch," antwortete Büffet. „Ihr dachtet wohl gar, wir würden so dumm sein, Eure Republik einzusetzen? Nee, eine Republik haben wir Euch gegeben, aber die unsrige, die heißt Mac Mahon, Büffet und der Säbel! Gefällt's Euch nicht, so schert Euch zum Teufel! Wir brauchen Euch nicht mehr und haben uns auch nie von Euch wollen auffressen lassen!"

Das ist nun sowohl der Rechten als den Bonapartisten aus der Seele gesprochen, und bald wird die Regierung mit deren vollem Beifall die radikalen Komitees angreifen und im Ernste konservative Wahlen vorbereiten. Diese werden nun nicht alle bonapartistisch ausfallen, aber doch wird die kaiserliche Partei unendlich besser dran sein wie jetzt.

Vorderhand ist das auch genug.

Leb wohl Dein alter Bruder.

*

Paris, den 5. Dezember 1875.

Ob ich nun noch Dein Prophet bin oder ob Du Dir einen andern angeschafft, so will ich als Volontär mein altes Amt wieder aufnehmen. Daß die ganze Wichtigkeit des Gesetzes im 14. Artikel stak, der das Stimmen nach Arrondissement und nicht nach Departement festsetzt, das hast Du wohl von selbst weggehabt. Die Arrondissements sind durchgesetzt, und somit ist den Radikalen das Gras unter den Füßen weggeschnitten. Jetzt läßt sich wohl die Zukunft mit einiger Zuverlässigkeit berechnen. Von den von der Generalversammlung zu erwählenden 75 Senatoren wird wohl schwerlich einer ein Bonapartist sein, noch viel weniger aber ein Radikaler. Es werden wohl alle Orleanisten und Legitimisten sein! Aber was die übrigen 225 von den Generalräten zu Erwählenden betrifft, so hoffe ich auf 150 offene und 25 verkappte Bonapartisten. Gelingt das, so darf man wohl auf eine Mehrzahl Bonapartisten in der unteren Kammer rechnen; wenn die Partei so gescheit ist, dem Marschall seine übrigen fünf Jahre zu sichern. Die Radikalen aber und sogar die gemäßigten Republikaner werden in einer erbärmlichen Minderheit stehen, wofern nicht die meisten heimliche Bonapartisten sind. Die Republik ist aber moralisch zum Teufel!

Schreib bald! Dein alter Bruder.

*

Digitized by Google

Paris, den 22. Dezember 1875.

Lieber alter Bruder!

Dein Brief vom 9. d. hat mir nach so langer Zeit viel Freude gemacht, ich hätt' ihn aber liegen lassen, stünde mein Prophetenruhm nicht auf dem Spiele: der liegt mir aber am Herzen, denn ich hatte Dir geschrieben, es würde kein Radikaler in den Senat kommen, und Du hast in den Zeitungen gelesen: die ganze Linke habe gesiegt. Ueberhaupt haben in dieser Sache die Zeitungsschreiber so brav drauflosgelogen, daß sie ihren proverbialen Ruf schon überschritten haben.

Laß Dir die Sache recht auseinandersetzen. Die Linken haben nicht gesiegt, sondern die Orleanisten haben verloren. Hätt' ich die Sterne recht gelesen, so hätt' ich die Koalition gleich weggehabt, und es ist jetzt klar, daß ohne Koalition man nichts hätte zustande bringen können. Das beweisen die Sitzungen, wo nur einer, und sogar keiner ist erwählt worden, weil ein jeder mal ausnahmsweise hat ehrlich sein wollen. Ja, was die Ehrlichkeit anbelangt, so sieht's sauber aus! Am 25. Februar gehen die Orleanisten zu den Linken über, um die Republik zu machen, weil sie hoffen, ganz allein im Senat zu schalten. Ehrlich! Die Linken lassen ihnen diesen Glauben, um die Republik zu bekommen. Ehrlich! Die dadurch geprellte äußerste Rechte verbindet sich mit der Linken, um den Orleanisten die Türe des Senats vor der Nase zuzuschlagen. Ehrlich! Die Linken prellen wiederum die äußerste Rechte um einige ihr versprochene Sitze. Ehrlich! Nur die Bonapartisten haben sich mit niemand verbunden, sondern gegen die Orleanisten, ihre natürlichen Feinde, votiert.

Kurzum, man sagt, die Linken haben gewonnen, aber man hätte sagen sollen, die Liste der Linken, die allerlei Farben bekannte — die Orleanisten und Bonapartisten ausgenommen — habe gesiegt. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß 6 Radikale erwählt wurden. Die Bonapartisten haben lächelnd zugesehen, denn sie wissen, daß das Land ganz anders stimmen wird. Die 75 sind meistens Nullitäten:

1. Die sich zu keiner Farbe bekennen . .	16
2. Centre Gauche	20
3. Gauche républicaine	15
4. Radikale	8
5. Legitimisten	9
6. Gemäßigte Legitimisten	6
7. Orleanisten	1
Summa	75

Nun ist aber zu bemerken, daß Nr. 1 es mehrere verkappte Bonapartisten gibt und so auch unter Nr. 2, Leute, die zum neuen Jahr ihre Karte sowohl Hh. Rouher als dem Hh. Gambetta schicken werden. In dem künftigen Senat brauchen Nr. 4 und 5 nicht mitgezählt zu werden, denn sie fressen einander auf!

Und nun leb wohl.

*

Digitized by Google

Paris, den 29. Mai 1877.

Lieber alter Bruder!

Deinen Brief vom 27. beantworte ich auf der Stelle, sonst müßtest Du bis Oktober warten. Von morgen an gehöre ich mir nicht mehr an.

Die Frage bezüglich des Marschalls Mac Mahon liegt in einer Nußschale. Hat er sich im voraus eine zuverlässige Auflösungsmehrheit gesichert? Hat er das nicht, so ist er ein Tor, hat er es aber, so hat er höchst vernünftig gehandelt.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß die Sache seit sehr langer Zeit vorbereitet worden ist, vielleicht von dem Tage an, da Jules Simon zum Minister ernannt wurde. Dann stehen Broglie und Fourtou dem Marschall zur Seite; das sind doch Leute, die sich nicht in ein schlechtes Fahrzeug wagen würden. Haben sie es also gewagt, so sind sie ihrer Sache gewiß; sie können die Auflösung durchsetzen. Was die Neuwahlen betrifft, so müßten sie ja so albern wie Büffel sein, um die nicht zu erzwingen.

Summa Summarum: Entweder haben wir es mit drei Dummköpfen zu tun — und in dem Falle sind wir verloren! — oder wir haben drei gescheite, geübte und entschlossene Leute vor uns — und das glaub' ich — so haben wir gewonnenes Spiel!

Leb wohl, alter Bruder!

Die Rückkehr Napoleons I. von Elba am 1. März 1815

Von

Generalleutnant z. D. v. Görtz

Napoleon hatte in Elba mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Verhältnisse in Frankreich und die Vorgänge auf dem Wiener Kongreß (Oktoberheft 1914) verfolgt. Die Regierung Ludwigs XVIII. hatte in weniger als einem Jahre so gründlich abgewirtschaftet, die Unzufriedenheit in Frankreich war aus verschiedenen Gründen eine so allgemeine, daß der Kaiser, dem die aufgezwungene Untätigkeit bei seinem unruhigen, rastlosen Geiste unerträglich war, sich im Februar 1815 einzugreifen entschloß. Es kam hinzu, daß König Ludwig die zwei Millionen Franken nicht zahlte, welche er als jährliche Gegenleistung für die eingezogenen Güter der Bonapartes zu entrichten sich verpflichtet hatte. Auch für seine persönliche Sicherheit hegte Napoleon Besorgnisse, seit er wußte, daß sein alter Minister Talleyrand auf dem Kongreß dafür eintrat, den Kaiser nach den Azoren oder St. Helena weiter abzuschieben. Nachdem er anfänglich den 1. April 1815 als Abreisetag in Aussicht genommen, aber wieder aufgegeben hatte, bestimmte er den 26. Februar als solchen. Begleitet von den Generalen Cambronne, Drouot und Bertrand, verließ er mit etwa 1100 Mann

Digitized by Google

und einigen Kanonen auf sieben kleinen Schiffen Portoferrajo und erreichte ungehindert am 1. März den kleinen Golf Jouan östlich Cannes. Unter Vermeidung der königlich gesonnenen Provence marschierte er über die Seealpen nach Grenoble (Dauphiné!). Proklamationen an Heer und Volk wurden erlassen. Vor Grenoble ereignete sich das Zusammentreffen des Kaisers mit dem 5. Regiment, an welches der Kaiser allein mit weit geöffnetem Rock und der Frage herantrat: „Erkennt ihr mich?“ Es folgte die bekannte Szene, wie die Mannschaften auf den Kaiser unter jubelndem „Vive l'empereur!“ zustürzten, sich ihm anschlossen. General v. Friederich sagt im vierten Bande seines bedeutenden Werkes „Die Befreiungskriege“: „Den Offizieren blieb nichts übrig, als ihren Soldaten zu folgen, und sie taten es gern.“ Die Tore von Grenoble wurden von der Besatzung eingeschlagen, und der Kaiser konnte seinen Einzug halten. „Bis Grenoble war ich ein Abenteurer, dort wurde ich zum Herrscher,“ sagte der Kaiser später über den 7. März. Ludwig XVIII. erklärte Napoleon als Verräter und Rebell, dessen Verhaftung und Ablieferung ins Gefängnis jedermann befohlen wurde. Im Lande schieden sich der alte Adel, die Geistlichkeit, die Industrie vom Heere und dem Bauernstand. Jene waren dem Könige treu, diese stellten sich auf des Kaisers Seite. Mit Jubel wurde dieser auch am 10. März in Lyon empfangen. Die gegen ihn unter Graf v. Artois geschickten Truppen gingen zu Napoleon über. Des Königs Bruder mit dem Marschall Macdonald mußten fliehen. In Lyon begann Bonaparte bereits zu „regieren“. Er erließ Gesetze über Beschlagnahme der Güter der seit 1. Januar 1814 heimgekehrten Emigranten, schaffte den alten Adel ab, erklärte Talleyrand, Augereau und Marmont als Vaterlandsverräter, beseitigte die weiße Kokarde und die Orden der Bourbonen, berief die Volksvertretung nach Paris zu einer Tagung, forderte die Kaiserin und seinen Sohn auf, zu ihm zu kommen. Marschall Ney, der sich beim Abschiede von Ludwig XVIII. ehrenwörtlich verpflichtet hatte, den gefangenen Kaiser im Käfig nach Paris zu bringen, ging zu diesem über. Die alte Garde in Metz, welche nach Lyon gegen den Kaiser marschieren sollte, wartete nur auf die Gelegenheit, sich ihm anzuschließen, und auch die Truppen in Paris waren unsicher. Am 19. März entschloß sich der König zu fliehen, und am 20. bereits traf der Kaiser im Postwagen in den Tuilerien ein, wo die Königin von Holland (Hortense), der Herzog von Bassano (Maret), Davout, Arrighi, Exelmans, Dejean und eine große Menge jubelnder Menschen ihn empfingen. Ohne Schuß war die Hauptstadt erreicht! —

In Wien hatte des Kaisers Rückkehr die monatelangen Kampfdebatten schleunigst beendet. Am 7. März wurde die umstrittene Teilung Sachsens beschlossen, Napoleon als Feind des Weltfriedens erklärt und geächtet. General v. Friederich betont in seinem obengenannten Werke, dem ich folge, daß dieser Spruch des Kongresses zwar der allgemeinen Stimmung entsprach, aber mit den Gesetzen des Völkerrechtes nicht übereingestimmt habe. Frankreich, d. h. Ludwig XVIII., hatte — wie schon erwähnt — die ausbedungene Rente an Napoleon nicht gezahlt, dem Sohne des Kaisers wurde das Herzogtum Parma

Digitized by Google

von den Mächten vorenthalten, Eugen Beauharnais hatte die ihm als Bonapartes Stiefsohn zugebilligte Schenkung (Dotation) nicht erhalten, des Kaisers Ueberführung nach einer andern Insel wurde erwogen. Daß der souveräne Herrscher von Elba daraufhin dem Könige von Frankreich den Krieg erklärte, sei kein rechtmäßiger Grund gewesen, ihn zum gemeinen, rechtlosen Verbrecher zu erklären. Tatsächlich wurde der Krieg gegen den Ruhestörer beschlossen. Der Vertrag von Chaumont (1. März 1814) wurde erneuert, nach welchem der Krieg gegen Napoleon „in der einmütigsten Weise und mit allen Mitteln" fortzusetzen sei. Jede der vier Mächte (Rußland, Preußen, Oesterreich, England) hatte 150000 Mann ins Feld zu stellen, England wurde jedoch anheimgegeben, anstatt des Heeres für jeden Mann 16 Pfund zu zahlen. Ueber diese Zahlung hinaus bewilligte England seinen Verbündeten für ein Jahr eine Beihilfe von fünf Millionen Pfund, die zu gleichen Teilen den drei andern Staaten zugute kommen sollten. Es wurde betont, daß der Krieg nicht dem Lande Frankreich, nicht Ludwig XVIII., sondern Napoleon gelte. Wenige Stunden nach Eingang der Nachricht von Napoleons Landung in Frankreich ergingen von den Monarchen Preußens, Oesterreichs und Rußlands Befehle an ihre auf dem Heimmarsch befindlichen Truppen, zu halten. Die Arbeiten des Kongresses kamen in ganz ungeahnter Weise in Fluß. Das Verhältnis der Schweiz wurde festgesetzt, Lombardei und Venetien wurden von Oesterreich übernommen, das Patent von der Besitzergreifung Posens wurde von Preußen, dasjenige vom Königreich Polen durch Rußland erlassen, die Schiebung Hildesheim—Ostfriesland, Lauenburg, Schwedisch-Pommern wurde getätigt, Sachsen schloß seinen Frieden mit Preußen, der Deutsche Bund wurde so geschaffen, wie er noch 51 Jahre zusammenhielt. Die Notwendigkeit, die durch Wiederausbruch des Krieges erforderlichen Rüstungen beschleunigt durchzuführen, hatte all dem Feilschen und Handeln auf dem Kongreß ein schnelles Ende bereitet.

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen nahm Blücher mit Gneisenau für die Heerführung wieder in Aussicht und ordnete am 23. März die Mobilmachung sowie Gneisenaus Abreise nach dem Rhein an, während Blücher noch in Berlin zu bleiben hatte. Wellington reiste auf eigenen Entschluß nach Brüssel, um den Befehl über die englisch-niederländischen Truppen zu übernehmen. Sie waren etwa 30000 Mann stark und hatten bisher unter dem Erbprinzen von Oranien gestanden. Bei Köln standen 14000 Mann Sachsen unter Thielmann, 30000 Mann Preußen unter Kleist zwischen Maas und Mosel, endlich schwache bayerische und österreichische Kräfte südlich letzterer. Mit Eintreffen Gneisenaus und später Blüchers ging der preußische Befehl an diese über. General Kleist wurde Kommandierender des norddeutschen Bundeskorps im Osten. Blüchers Operationsarmee am Niederrhein wurde in die Korps Zieten (1.), Borstell I (2.), Thielmann (3.), Bülow (4.) geteilt. Zwei weitere Korps (Yorck und Tauentzien) versammelten sich an der Elbe, die Garden dienten als Reserve. Ueber die Vorgänge bei den Sachsen wird an entsprechender Stelle berichtet. Aus vorstehendem erhellt, daß der Gegner, welcher dem Kaiser Napoleon zunächst

Digitized by Google

gefährlich werden konnte, zwischen Niederrhein und Schelde stand. Die russischen und österreichischen Kräfte befanden sich erst in weitem Anmarsche, und die österreichischen und bayerischen vorher erwähnten kleineren Postierungen faßten für den Fall eines französischen Angriffes in östlicher Richtung, welchem sie ja auch nie gefährlich werden konnten, den Rückzug aufs rechte Rheinufer ins Auge. So ist denn tatsächlich der kurze Feldzug von 1815 auf seiten der Verbündeten lediglich durch Preußen und Engländer nebst Niederländern geschlagen worden.

In militärischer Beziehung sind für die Vorgeschichte zwei Punkte wichtig. Einmal ist es das Verhältnis der Preußen unter Kleist, später unter Gneisenau und dann Blücher zum Erbprinzen von Oranien und später zu Wellington. Der Erbprinz, besorgt für Brüssel, wünschte Annäherung der Kleistschen Korps an die Niederländer. Tatsächlich wurde das I. Korps in die Gegend von Namur, das II. nach Lüttich, das anfänglich noch sächsische Korps Thielmann nach Aachen vorgeschoben. Wellington, der schon mit Rücksicht auf seine Engländer und deren Verbindung mit den Schiffen sich des Erbprinzen Wünsche zu eigen machte, wünschte Vorrücken der Preußen in den Raum Charleroy—Namur—Huy, um sie im Falle einer Schlacht südlich Brüssel besser zur Hand zu haben. Gneisenau konnte auf diesen Wunsch nicht eingehen, um nicht die Verbindung mit der Maas und seinen auf den Rhein gehenden rückwärtigen Verbindungen zu verlieren. Die Engländer freilich hatten es nach Antwerpen von Brüssel aus bequemer. In diesem Gedankengange planten der Erbprinz wie Wellington eine Vereinigung ihrer Kräfte zwischen Nivelles und Braine le Comte gegen einen Vormarsch Napoleons, dem die Preußen dann in die rechte Flanke gehen sollten. Die vorgefaßte Meinung von des Kaisers zu erwartender Vormarschrichtung über Nivelles erhielt sich bei Wellington bis zur Entscheidung in Mitte Juni. Sie ist die Ursache, weshalb er Blücher am 16. Juni im Stiche ließ. Gneisenaus Gründen für Ablehnung konnte Wellington sich freilich nicht entziehen. Er begnügte sich mit der Hilfe nur eines Korps und erklärte, im Falle eines Mißerfolges auf Lüttich—Maastricht zurückgehen zu wollen. Preußischerseits war man mit diesem Gedanken sehr einverstanden, denn mit ihm kamen ja beide Heere aufs rechte Maasufer. — Gneisenau kam Wellingtons Annäherungswünschen insofern weiter entgegen, als er das I. Korps von Namur nach Charleroy, das II. von Lüttich nach Namur—Huy schob, das neu gebildete III. Korps sammelte sich in Diekirch, das IV. Korps wurde in Koblenz zusammengestellt. Anfang Mai sollte, den Abtretungen Sachsens an Preußen entsprechend, auch das sächsische Korps (bisheriges III.) geteilt werden. Ihrer Heimat entsprechend hatten 6807 Mann in den preußischen Verband zu treten, 7968 Mann sollten als Brigade v. Leyser unter Wellington kommen. Unter den widerstrebenden Sachsen brach eine Meuterei in Lüttich aus, bei welcher Blücher selbst in ernste Gefahr geriet, der er sich nur mit Flucht durch die Hintertür seines Quartiers zu entziehen vermochte. Die Sache endete mit Erschießung der Rädelsführer und Rücksendung des Korps in die Heimat. Auch der Ersatz des Generals v. Borstell (II. Korps) durch General v. Kleist und bei

Digitized by Google

dessen Abwesenheit durch General v. Pirch I stand mit dieser unerquicklichen Angelegenheit in Zusammenhang.

Am 3. Mai hatten Blücher, dessen Hauptquartier, wie schon gesagt, Lüttich war, und Wellington eine Zusammenkunft in Tirlemont (südöstlich Löwen). Sie fand unter dem Eindruck von bei Wellington eingegangenen Nachrichten statt, nach denen Napoleons Offensive mit 250000 Mann bevorstünde. In solchem Falle hatte das I. preußische Korps sich bei Fleurus, das II. bei Namur zu versammeln, das III. von Diekirch—Trier nach Arlon—Bastogne zu marschieren, das IV. von Koblenz nach Malmedy vorzurücken. Das I. Korps hatte Fleurus so lange zu halten, bis die Armee bei Sombreffe versammelt wäre, wozu man zweier Tage bedurfte. Noch engere Versammlung war durch Verpflegungsschwierigkeiten verhindert. Man behielt diese Aufstellung im ganzen bis zum 15. Juni bei.

Ehe ich mich dem zweiten in der Vorgeschichte von Waterloo wichtigen militärischen Punkte zuwende, möchte ich noch zeigen, wie die gegenwärtig oft beobachtete Unwahrhaftigkeit englischer Geschichtschreibung auch in der Vergangenheit uns Deutschen gegenüber sich geltend machte. Vor etwas mehr als einem Jahre erschien in England ein Buch des auch sonst bekannten englischen Generals Robinson: „Waterloo". Der französische Hauptmann Lesèble übersetzte es in seine Sprache. Bezüglich der soeben erwähnten Verpflegungsschwierigkeiten heißt es da im Robinsonschen Buche: „Blücher war einen Augenblick auf dem Punkte, seine Standorte zu räumen. Wellington allein hinderte ihn daran." Nun ist unter „Räumung der Quartiere" die Absicht zu verstehen, aufs rechte Maasufer zurückzugehen. Das ist falsch! Blücher gerade ist — wie das ja ganz seinem Charakter entspricht — immer ein ausgesprochener Gegner der zaghaften Kriegführung Schwarzenbergs gewesen. Ich komme hierauf noch zurück. So ist denn in dem Lettowschen Werke „Napoleons Untergang" ein Brief Blüchers an Schwarzenberg veröffentlicht, in welchem es heißt: „Die Schwierigkeiten, noch einen Monat in diesen Gegenden zu leben, müssen in mir den Wunsch erwecken, daß die Operationen mit den ersten Junitagen ihren Anfang nehmen." Das ist doch gerade das Gegenteil von Zurückgehen hinter die Maas! Wellington hatte also auch durchaus nichts in dieser Richtung „zu hindern". Der Herzog freilich hatte es in bezug auf die schon erwähnte Verpflegung leichter, die er von seinen Schiffen beziehen konnte, wenn das Land versagte.

Der zweite Punkt, der für die Vorgeschichte des kurzen Feldzuges 1815 wichtig ist, betrifft Blüchers bzw. Wellingtons Verhältnis zu Schwarzenberg, der als Oberfeldherr der Verbündeten sich in erheblichen Meinungsverschiedenheiten den ersten beiden gegenüber befand. Wellington wollte schon am 1. Mai 1815 mit 60000 Mann zwischen Sambre und Maas auf Maubeuge—Avesnes in Frankreich einrücken, während die Preußen 67000 Mann stark auf Chimay(Belgien)—Rocroy vorgehen sollten. 146000 Oesterreicher-Bayern sollten von der Provinz Luxemburg aus nach Frankreich marschieren. Diese 267000 Mann

Digitized by Google

wären Napoleons Kräften schon überlegen. Mitte Mai würden die verbündeten Engländer 40 000, Preußen 90 000, Oesterreich 180 000 Mann folgen lassen können. Das sei Napoleons Verderben.

Auch Gneisenau sprach sich seinem König gegenüber für baldige Offensive aus. Er rechnete mit drei Armeen von je 200 000 Mann am Ober-, Mittel- und Niederrhein, mit denen man direkt auf Paris losgehen sollte.

Schwarzenberg dagegen bezeichnete erst den 16., später den 27. Juni (18. Belle-Alliance) für den Operationsbeginn, da die Russen nicht früher eintreffen könnten, welche man abwarten müsse. Dann habe man 710 000 Mann erster Linie, denen 140 000 noch nicht mobile Deutsche in zweiter folgen sollten. Wellington fügte sich aus diplomatischen Gründen, Blücher weigerte sich solcher Verzögerung gegenüber, drang aber nicht durch. Auch hieraus erhellt, wie falsch die oben angeführte Behauptung des Generals Robinson ist, Wellington habe Blücher gehindert, über die Maas zurückzugehen.

*

Die preußische Armee war am Schluß ihrer Organisation 136 Bataillone, 135 Eskadrons, 288 Geschütze (rund 113 000 Mann) in den vier Armeekorps stark. Wellington hatte ein Korps unter dem Erbprinzen von Oranien, ein zweites Korps unter dem Lord Hill und ein Reservekorps unter seinem unmittelbaren Befehl unter sich. Erstere beiden bestanden aus Engländern, Hannoveranern, Belgiern und Holländern, letzteres aus Engländern, Hannoveranern, Braunschweigern und Nassauern. In der Gesamtstärke von 93 000 Mann befanden sich 36 000 Deutsche.

Napoleon war seit seiner Rückkehr auf Wiederherstellung der Armee bedacht. Sein Programm war den Aufrufen nach „Friede und Freiheit". Da er aber nicht die Anerkennung der Mächte fand, blieb nur der Krieg. Hierfür rechneten der Kaiser, sein Generalstabschef Soult und sein Kriegsminister Davout auf folgende Truppenstärken. Bei Absetzung Napoleons 1814 waren einschließlich der Festungsbesatzungen 225 000 Mann in Frankreich vorhanden gewesen. Aus den durch die Franzosen noch besetzt gewesenen Festungen andrer Länder kehrten 1814 186 000, aus der Kriegsgefangenschaft 150 000 Mann zurück, ebensoviele verabschiedete, aber noch dienstfähige Soldaten und Matrosen befanden sich im Lande, und den auszuhebenden Jahrgang 1815 rechnete man 160 000 Mann stark. Von diesen 8- bis 900 000 Mann standen am 1. Juni aber erst 550 000 unter den Waffen, und von ihnen waren nur 230 000 für den Feldkrieg verwendbar. Von ihnen standen in der Nordarmee in sieben Korps und vier Kavalleriedivisionen 124 500 Mann. Die andern 100 000 Mann waren bei Belfort, Lyon, in Marseille, in der Vendée, in den Pyrenäen und in den Festungen. Die Nordarmee, an der belgischen Grenze, zählte in jenen 124 500 Mann durchweg altgediente, kriegserfahrene Soldaten. General v. Friederich meint, sie sei vielleicht die beste Armee gewesen, die Napoleon je gehabt. Die einzelnen Bataillone und Kavallerieregimenter aber waren an Kopfstärke schwach. Die Offiziere waren

Digitized by Google

dem Kaiser fanatisch ergeben, nur die höheren erkannten das Mißverhältnis der Kräfte des Kaisers zu denen der Verbündeten. „Die Truppen empfanden nicht Patriotismus, nicht Begeisterung, sondern eine wahre Rage für den Kaiser, gegen seine Feinde." Tief eingewurzelt war das Mißtrauen gegen die Offiziere. Man konnte es den Mannschaften nicht verdenken, denn wieviel Verrat, Undank, Gemeinheit hatten sehr hochstehende Offiziere dem von den Soldaten vergötterten Kaiser gegenüber bewiesen!

Die gesamte Lage des Kaisers wies diesen auf baldiges Handeln hin. Schneller Erfolg konnte die im Lande Widerstrebenden fortreißen, auch dem Heere die Säumigen zuführen. Er entschloß sich zur Offensive, bestimmte den 15. Juni zum Operationsbeginn. Aus der Versammlung bei Maubeuge ergab sich des Kaisers Absicht, sich zwischen Blücher und Wellington durch Vormarsch über Charleroy—Sombreffe—Quatrebras zu wenden. So konnte er hoffen, die Gegner getrennt zu halten, denen er, wenn sie vereint waren, doch zu sehr numerisch unterlegen war (124500 gegen 200000). Ein Vorgehen gegen einen Flügel hätte sich aus der Versammlung bei Maubeuge nur noch gegen den rechten Flügel Wellingtons ermöglichen lassen. Dann konnte aber leicht der Fall eintreten, daß er diesen, wenn er ihn schlug, gerade auf Blücher warf und so wider Willen die Vereinigung herbeiführte.

Weder Wellington noch Blücher glaubten noch am 13. Juni an nahe bevorstehende Offensive des Kaisers. Blücher wurde erst in der Nacht zum 15. durch Zieten unterrichtet. Da Blücher sich schon zur Ruhe begeben hatte, als die Meldung Zietens einlief, befahl Gneisenau sogleich die Vereinigung des III. Korps auf dem linken (nördlichen) Maasufer bei Namur, die des II. zwischen Mazy und Onoz, des IV. bei Hannut. Zieten mit dem I. Korps hatte als eine Art Heeresavantgarde bei Fleurus den andern die erforderliche Zeit für ihre Bewegungen zu schaffen. So geschah auch hier, was sich oft im Leben ereignet, das lange ins Auge gefaßte Ereignis trat schließlich doch unerwartet ein und überraschte. Zweiundsiebzig Stunden später war alles vorüber und entschieden!

Ich trage noch den Fall Murat nach, mit dessen Erwähnung ich die Darstellung nicht unterbrechen mochte.

Zu den Gemütsmenschen, welche den Kaiser im Unglück verlassen hatten, gehörte bekanntlich auch sein Schwager Murat, den er zum König von Neapel gemacht hatte.

Das war im Februar 1814 geschehen. Auf dem Wiener Kongreß hatte dann Talleyrand, der ebenso schnell „umgelernt" hatte, Neapel für den Bourbonen Ferdinand von Sizilien verlangt. Murat hatte von den gegen ihn gerichteten Umtrieben Kenntnis erhalten und beschloß, gegen das königliche Frankreich zu Felde zu ziehen. Er wurde damit Bundesgenosse seines vorher verratenen Herrn. An sämtliche Italiener richtete er Aufrufe, sich zum Kampfe für die Unabhängigkeit des Landes ihm anzuschließen. Damit rief er Oesterreich, dem Oberitalien zugesprochen war, auf den Plan. In der Schlacht von Tolentino wurden Murats 34000 Mann von 32000 Oesterreichern völlig

Digitized by Google

geschlagen. Vor Neapel erschien eine englische Flotte, und so endete mit Murats Flucht die kurze Epoche seiner Herrschaft (seit 1808) in Neapel. Er wurde bei einem Landungsversuche an der Küste Kalabriens ergriffen und erschossen.

Englische Bemühungen um die Gewinnung amerikanischer Freundschaft

Ein Beitrag zur diplomatischen Geschichte der jüngsten Zeit

Von

Freiherrn v. Hengelmüller

II

Den entschiedensten Beweis seines Wunsches für Gewinnung amerikanischer Freundschaft gab England durch seine Nachgiebigkeit in der Frage der Aufhebung des im Jahre 1850 geschlossenen Clayton-Bulwer-Vertrages. Bekanntlich hatten die beiden Mächte in diesem vereinbart, daß keine von ihnen über einen in Nikaragua oder anderswo in Zentralamerika zu erbauenden interozeanischen Kanal ausschließliche Kontrolle ausüben solle. Ueberdies war die Neutralisierung eines solchen Kanals für eine gemeinsame Angelegenheit beider Staaten erklärt und auch die Heranziehung andrer Mächte zu diesem Zweck in Aussicht genommen worden. Die Vereinigten Staaten hatten in diesen Vertrag aus dem Beweggrund eingewilligt, um der damals im Zuge begriffenen Ausbreitung britischer Herrschaft in Nikaragua und Honduras eine Schranke zu setzen, aber die öffentliche Meinung des Landes hatte denselben sehr bald als Fessel und Stachel im eignen Fleische zu empfinden begonnen.[1]) Die ersten Reibungen mit England über dessen Auslegung fanden schon in den fünfziger Jahren statt und wurden so scharf, daß Präsident Buchanan 1857 erklärte, daß die Vereinigten Staaten den Vertrag nie geschlossen hätten, wenn sie an die Möglichkeit der ihm von England gegebenen Interpretierung geglaubt haben würden. Mit der Erstarkung des Landes nach dem großen Sezessionskriege wurde das Verlangen nach Beseitigung des Vertrages, sei es im Wege gütlicher Vereinbarung, sei es durch einseitige Lossagung, immer allgemeiner und lauter. Staatssekretär Blaine erklärte 1881 das Abkommen öffentlich für ein „mißverständlich abgeschlossenes, unvollkommen verstandenes, widersprechend interpretiertes und gegenseitig vexatorisches". Die zu jener Zeit zu dessen Aufhebung in London unternommenen diplomatischen Schritte begegneten aber dort ablehnender Aufnahme, worauf Mr. Blaines Nachfolger ein direktes Abkommen

---

[1]) Foster nennt denselben den größten Mißgriff in der Geschichte der amerikanischen Diplomatie. S. 456 bis 458 seines im Februar-Heft der „Deutschen Revue" angezogenen Werkes.

Digitized by Google

mit Nikaragua zur alleinigen Erbauung des Kanals durch die Vereinigten Staaten schloß, welches indessen, wie schon erwähnt,[1]) vom Präsidenten Cleveland aus dem Senate zurückgezogen wurde. Die Frage ruhte nun durch mehrere Jahre; mittlerweile aber hatte sich die öffentliche Auffassung in den Vereinigten Staaten immer entschiedener in der Richtung entwickelt, daß die Erbauung eines Kanals durch den amerikanischen Kontinent alleinige Sache Amerikas sei. Dementsprechend hatten auch dort Regierung wie öffentliche Meinung das Lesseps'sche Unternehmen mit Antagonismus betrachtet, und diesem Gefühle war auch die Popularität entsprungen, welches das Projekt eines Nikaraguakanals damals fand und durch Jahre genoß.

Akut wurde die Frage nach dem Kriege mit Spanien. Die mit gefesselter Spannung begleitete Fahrt der „Oregon" hatte die strategische Bedeutung eines zentralamerikanischen Kanals für die Vereinigten Staaten aller Welt vor Augen gebracht. 13400 Seemeilen hatte das Schiff in 66 Tagen zurücklegen müssen, um von San Franzisko aus sich mit der atlantischen Flotte vereinigen zu können. Mittlerweile war auch die Erkenntnis reif geworden, daß jener Kanalbau nicht als geschäftliches, sondern nur als nationales Unternehmen zustande gebracht werden könne. Volk und Regierung waren hierzu entschlossen, vorher aber mußte durch Beseitigung des Clayton-Bulwer-Vertrages reiner Boden geschaffen werden.

Diesmal zeigte sich England gefügiger. Die Verhandlungen wurden 1899 in Washington zwischen Staatssekretär Hay und dem Botschafter Lord Pauncefote aufgenommen und führten im Februar 1900 zum Abschluß des ersten, nach den beiden Unterhändlern benannten Vertrages, durch welchen Bau, Verwaltung und Kontrolle des Kanals den Vereinigten Staaten überlassen, zugleich aber dessen Neutralisierung unter Beitritt der übrigen Mächte bedungen und dessen militärische Befestigung untersagt wurde. Diese Beschränkungen fanden nicht die Gutheißung des amerikanischen Senates, welcher überdies die Unterlassung der ausdrücklichen Aufhebung des Clayton-Bulwer-Vertrages bemängelte. Die englische Regierung nahm den vom Senat modifizierten Vertrag nicht an, erklärte sich aber zur Aufnahme neuer Verhandlungen bereit. Diese fanden denn auch statt und endigten im November 1901 mit der Vereinbarung des heute noch in Kraft stehenden zweiten Hay-Pauncefote-Vertrages, welcher das alte Uebereinkommen vom Jahre 1850 ausdrücklich für aufgehoben erklärte, nicht nur Bau, Verwaltung und Kontrolle des Kanals, sondern auch die Sicherung seiner Neutralität ausschließlich Amerika überließ, keinerlei beschränkende Bedingung hinsichtlich seiner militärischen Befestigung enthielt und den Vereinigten Staaten nur das eine Zugeständnis auferlegte, daß die Benützung des Kanals den Kriegs- und Handelsschiffen aller Nationen unter den gleichen Bedingungen offen stehen solle. Dieser Vertrag fand auch die Genehmigung des Senates, und hochbefriedigt äußerte sich damals Staatssekretär Hay zum Verfasser dieser Erinnerungen, wie diese

[1]) Siehe Februar-Heft S. 163.

Digitized by Google

Frage seit zwei Jahren der Hauptgegenstand seiner Sorge und Arbeit gewesen sei und er kaum noch glauben könne, endgültig von ihr befreit zu sein.

Wieder hatte Amerika von England das, was es wollte, erreicht. Aber unzweifelhaft hatte auch England die von ihm angestrebten moralischen Werte gewonnen. Der Umschlag der Stimmung in Amerika zeigte sich während des Burenkrieges. Alle fundamentalen Prinzipien, auf welchen die Struktur ihres Landes beruht, wie alle Traditionen ihrer Geschichte hätten die Sympathien der Vereinigten Staaten an die Seite des Volkes gewiesen, welches für seine Existenz gegen denselben Feind kämpfte, gegen den sie die eigne im gleichen Kampfe errungen hatten, und jeder Kenner amerikanischer Verhältnisse wird sich unschwer vorstellen können, wie leidenschaftlich diese Sympathien aufgeflammt und manifestiert worden wären, wenn der Burenkrieg wenige Jahre früher stattgefunden hätte. Wie es war, schwankte die öffentliche Meinung in ihrem Wohlwollen nach beiden Seiten hin und her. Man sympathisierte mit den Buren, würdigte aber zugleich die Motive Englands, welches den Vereinigten Staaten während ihres Krieges mit Spanien so wertvolle Beweise seiner Freundschaft gegeben habe. Der Gegensatz der Auffassung und Gefühle, die damals in Amerika einerseits, Deutschland und Frankreich anderseits zum Ausdruck kamen, war auffallend und um so auffallender, wenn man erwog, wie anders dies vor einigen Jahren gewesen wäre.

Noch markanter womöglich trat der beregte Stimmungswechsel kurze Zeit später anläßlich der von England gemeinsam mit Deutschland in Venezuela unternommenen Flottendemonstration zutage, bei welcher es sich, wie erinnerlich, um die Erzwingung finanzieller Verpflichtungen seitens der Regierung des Präsidenten Castro an beiderseitige Staatsangehörige handelte. Der ganze Zorn der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten wider die europäische Intervention auf amerikanischem Boden flammte gegen Deutschland auf, während diejenige Englands unbeachtet blieb. Eines der führenden Mitglieder des Bundessenates äußerte sich damals zum Schreiber dieser Zeilen, wie ungeschickt es von England gewesen wäre, gemeinsam mit Deutschland in Venezuela vorzugehen, denn hätte es allein gehandelt, so würde in den Vereinigten Staaten kein Hahn danach gekräht haben. Diese Auffassung war begründet und erhielt Bekräftigung durch die Haltung der englischen Presse, welche das Vorgehen der eignen Regierung mißbilligte. Deutschland hatte durch den acht Monate vorher erfolgten Besuch des Prinzen Heinrich einen eklatanten Beweis seines Wunsches nach freundschaftlichen Beziehungen zur großen Union gegeben, aber der — wohl auch von außen genährte — Argwohn, daß es nach territorialen Erwerbungen in Zentral- oder Südamerika ausgehe, schlummerte dort unter der Decke und konnte jeden Augenblick zum Erwachen gebracht werden, während England wenige Jahre vorher durch sein Verhalten eben in der Venezuelafrage die Monroedoktrin implizite anerkannt hatte. Allerdings äußerte sich die Verschiedenartigkeit der Beurteilung nur seitens der unverantwortlichen öffentlichen Meinung, während die Bundesregierung allen an der Demonstration beteiligten drei Mächten gegen-

Digitized by Google

über — Italien war an derselben auch beteiligt, blieb aber im Hintergrunde — die gleiche Haltung einnahm; aber die Strömung jener Meinung war so stark, daß die Gefahr der Rückwirkung auf die Regierung zu befürchten stand. Die Frage endete mit einem neuen Triumph der Monroedoktrin, denn wenn auch Deutschland und England die Bezahlung oder Sicherstellung der in Rede stehenden Zahlungsforderungen erhielten, so lag doch in dem Umstande, daß die Verhandlungen hierüber mit Venezuela in Washington gepflogen wurden und die Regierung Herrn Castros bei denselben durch den bei ihr beglaubigten Gesandten der Vereinigten Staaten vertreten war, eine neue Bekräftigung der von diesen aufgestellten und stets festgehaltenen politischen These.

Mit der Einigung über den interozeanischen Kanal waren alle Streitfragen, die zwischen den Vereinigten Staaten und England als Weltmächten schwebten, erledigt. Was noch zu bereinigen war, waren die vielen seit Jahren mit Kanada schwebenden Fragen über Grenzen, Fischereirechte usw. Diesfalls dauerten die Unterhandlungen länger, da Englands Geneigtheit zum Entgegenkommen durch die gebotenen Rücksichten auf die große Kolonie beengt war. Aber auch hierin wurde die volle Einigung noch im Laufe desselben Dezenniums erzielt.

Was Englands Regierung begonnen, pflegte und entwickelte seine Gesellschaft und Presse. Die Anziehungskraft der ersteren auf die ihr durch Abstammung, Sprache und viele soziale Gewohnheiten verwandten oberen Kreise der Union, namentlich in deren Oststaaten, ist eine natürliche. Hierin hatte immer nur Paris England Konkurrenz gemacht. Uebrigens handelt es sich hierbei um Imponderabilien, deren Erörterung unfruchtbar wäre, schon aus dem Grunde, weil der einen Behauptung stets die gegenteilige ohne Möglichkeit eines wirklichen Beweises entgegengestellt werden kann. Beachtung aber verdient die von der englischen Presse bewiesene politische Schulung. Sie hat sich durch alle die Jahre — vom Beginn der Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen bis zum Ausbruch des jetzigen Weltkrieges — bei Besprechung aller amerikanischen Fragen unentwegt eines freundschaftlichen Tones befleißigt, auf die amerikanische Publizistik Einfluß zu gewinnen verstanden, und dies so sehr, daß in einzelnen aufgetauchten Kontroversen das englische Interesse in amerikanischen Zeitungen schärfer verfochten wurde als in den eignen. So geschah es, als der Kongreß die Befestigung des Panamakanals beschloß und der „New York Herald" dieselbe als Vertragswidrigkeit gegen England bekämpfte, obgleich von einer solchen aus diesem Anlaß keine Rede sein konnte. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich, als 1912 in beiden Häusern des Kongresses der Gesetzentwurf über Regelung der Schiffahrtsgebühren im Kanal eingebracht wurde, in welchem für die amerikanischen Kriegsschiffe Gebührenfreiheit und für die Küstenhandelsschiffe Begünstigungen vorgesehen waren. Die Anhänger der Vorlage verteidigten ihren Standpunkt mit der Begründung, daß die im Vertrage von 1901 bedungene Gleichheit aller Nationen sich nicht auf die eigne, sondern nur auf alle andern Nationen bezöge, und tatsächlich hatten auch einzelne Senatoren dieser Anschauung schon bei Ratifizierung des Vertrages Ausdruck gegeben. Die ablehnende Haltung,

Digitized by Google

welche die Verfechter dieser Auffassung gegen die angeregte schiedsgerichtliche Austragung der Sache einnahmen, deutete allerdings darauf hin, daß sie von der Wahrscheinlichkeit, dieselbe durchzubringen, nicht sehr überzeugt waren. Wie bekannt, hat auch die nachfolgende Administration die rechtlichen Bedenken gegen das Gesetz geteilt, und dasselbe ist wieder aufgehoben worden. Anderseits ist es aber sicher, daß, insofern hier eine widerrechtliche Vertragsverletzung vorlag, England allein zu einem Einspruch berechtigt war, da der Vertrag von 1901 mit diesem allein abgeschlossen war. Es war daher auffallend, daß die deutsche Presse damals an dem amerikanischen Vorgehen herbere Kritik übte als die englische. Die damaligen Kabelmeldungen in den amerikanischen Zeitungen wenigstens mußten diesen Eindruck erwecken, und wenn derselbe richtig war, so ist dieser Fall geradezu ein Schulbeispiel.

III

In der Geschichte Englands findet sich wohl kaum ein zweites Beispiel ähnlichen Werbens um die Freundschaft eines andern Staates. Spät erwachte Liebe zu dem solange mit Abneigung und sozialer Geringschätzung angesehenen Vetter war diesfalls sicher nicht das treibende Motiv. England befand sich, als es jene Werbung begann, in jener Lage „prächtiger" Isolierung, deren es sich zwar berühmte, aus der es aber herauszukommen trachtete. Ein Bündnis oder eine politische Entente nach später beliebten Mustern war mit den Vereinigten Staaten nicht zu erreichen, weil dies allen Grundsätzen ihrer auswärtigen Politik widersprochen hätte. Um so wichtiger war die Rückendeckung durch Gewinnung ihrer freundschaftlichen Stimmung. Als dies erreicht war, schloß England das Bündnis mit Japan und dann seine Ententen mit Frankreich und Rußland. Wenige Jahre vor deren Abschluß hatte es das erstere bei Faschoda gedemütigt, zur Demütigung des zweiten aber während des Japanischen Krieges direkt und indirekt das Seinige beigetragen.

Wie bei früheren Gelegenheiten zeigte sich der erzielte Umschlag der amerikanischen öffentlichen Meinung auch beim Ausbruch des jetzigen Weltkrieges. Es ist kein Zweifel, daß dieselbe sich in jenem Moment auf seiten der wider Deutschland und Oesterreich-Ungarn verbündeten Mächte stellte, obgleich sicherlich kein amerikanisches Interesse an der Aufrechterhaltung von Englands Suprematie zur See, an der Etablierung russischer Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent oder an der Erhöhung von Japans Machtstellung im Stillen Ozean beteiligt ist. Wie weit diese Sympathien verbreitet waren und noch sind, wie tief sie gehen und wie lange sie vorhalten werden, entzieht sich wegen Mangels nachweisbarer Daten der Beurteilung; außer Zweifel steht aber ihr hoher Wert. Mehr noch als anderwärts fällt in Amerika der Wille der öffentlichen Meinung für folgenschwere Entscheidungen der äußeren Politik ins Gewicht. Die Vereinigten Staaten haben bisher zwei Kriege gegen europäische Mächte geführt, den vom Jahre 1812 gegen England und den von 1898 gegen Spanien. Beide sind Angriffskriege gewesen und beide den jeweiligen Regierungen von der

Digitized by Google

Stimmung des Landes aufgezwungen worden. Anderseits ist zu beachten, daß Präsident Cleveland anläßlich der schiedsgerichtlichen Entscheidung der Venezuelafrage sein Land vor die Gefahr eines Krieges mit England gestellt hat, ohne von dessen damaliger Stimmung im geringsten gedrängt zu werden und ohne daß ein vitales Interesse desselben im Spiel gewesen wäre, das Land ihm aber ohne Widerspruch zu folgen bereit war.[1])

Diese beiden Faktoren, nämlich die zum Willen gewordene Stimmung der öffentlichen Meinung und die Entschlossenheit des jeweiligen Präsidenten zur Ausführung einer für recht erkannten Auffassung, sind in allen wichtigen Momenten amerikanischer Geschichte entscheidend gewesen, und sie werden auch bei anläßlich des jetzigen Weltkrieges eventuell auftauchenden Kontroversen schwerer ins Gewicht fallen als die dabei in Betracht kommenden Rechts- und Interessenfragen, die auf Grund des jetzigen Seerechtes ohnehin nicht in gerechter und billiger Weise zu lösen sind.

Daß ein derartiges Seerecht sich ausbilden und Anerkennung finden konnte, erscheint unsinnig und erklärt sich eben nur durch den Gang der neueren europäischen Geschichte. Durch mehr als zwei Jahrhunderte haben die Völker des europäischen Kontinents sich gegenseitig bekämpft, verwüstet und gemordet, sei es, um Land zu erobern, sei es, um eine Hegemonie herzustellen. Aus diesen Kämpfen ist die Idee eines europäischen Gleichgewichts hervorgegangen, und unter ihrem Zeichen sind nach allen Koalitionskriegen die Friedensschlüsse erfolgt. Die durch jene Kriege gebotene Gelegenheit hat England benutzt, um seine alleinige Herrschaft zur See und damit über die außereuropäische Welt herzustellen. Seerecht ist dann geworden, was es dafür erklärt hat. Hätte es zu jenen Zeiten eine Macht gegeben, welche England auch nur annähernd das Gleichgewicht zur See hätte halten können, so würde sich jenes Seerecht und namentlich dessen auf die Neutralen bezüglichen Sätze wohl ganz anders entwickelt haben. Wie es ist, benachteiligen diese nicht nur den schwächeren kriegführenden Teil zugunsten des Stärkeren, was ja natürlich ist, sondern auch die Neutralen. Amerikanische Lieferanten verkaufen heute an England und seine Verbündeten Waffen, Munition, Lebensmittel und jegliche unbedingte und bedingte Konterbande. Dies wäre mit der Neutralität nicht nur juridisch, sondern auch moralisch vereinbar, wenn sie es an beide Teile, in diesem Falle auch an die Zentralmächte, täten. Dieselben Lieferanten wären hierzu zweifelsohne gern bereit, wenn sie könnten. Warum aber ein neutraler Staat die Anhaltung seiner Schiffe auf offener See und die Beschlagnahme der auf denselben geführten Waren sich gefallen lassen soll, wenn er nicht muß, ist an und für sich unverständlich und erklärt sich eben nur aus der ausgesprochenen und anerkannten Suprematie einer einzigen Macht. Seitens der in Europa in einem Seekriege als Neutrale in Betracht kommenden Staaten war diese Anerkennung und jenes Müssen ein gezwungenes. Seitens Amerikas ist dies nicht der Fall, und die

[1]) Siehe „Deutsche Revue", Februar-Heft, S. 161 bis 163.

Digitized by Google

Erkenntnis hiervon ist wohl auch der tiefste Grund des englischen Werbens um seine Freundschaft. Ob das Bündnis mit Japan dann nicht als weitere Rückendeckung für den Fall des Versagens dieser Freundschaft gedacht ist, wäre eine weitere, im vorliegenden Rahmen indessen nicht zu erörternde Frage.

Für die künftige Entwicklung des Seerechtes und die Feststellung der aus wahrer Neutralität hervorgehenden Rechte und Pflichten könnte die weitere Haltung Amerikas von epochaler Bedeutung sein. Es scheint indessen nicht, daß die Auffassung der dortigen öffentlichen Meinung und Regierung sich diesfalls schon in bestimmter Richtung ausgebildet hat. Wegen vexatorischer Anhaltung amerikanischer Schiffe auf offener See hat zwar die Bundesregierung in London Vorstellungen erhoben, soweit aber aus den vorliegenden Meldungen ersichtlich, kein konkretes Verlangen gestellt. Bezüglich des Ankaufs fremder Schiffe schwebt die Vorlage noch im Kongreß, und bezüglich des Verkaufs von Konterbande an jene Kriegführenden, die sie abholen können, ist eine Bewegung im Zuge, welche sich indessen ausschließlich auf Gründe der Billigkeit und Menschlichkeit stützt und die wahren Gebrechen des sog. Seerechts unberührt läßt.

Italienische Erinnerungen

Von

F. v. Wantoch-Rekowski

II

Neapel 1899

Der jugendliche Kronprinz von Italien, Viktor Emanuel, Prinz von Neapel, hatte in unsrer Stadt, nach der er benannt war, schon längere Zeit residiert und zur Vollendung seiner militärischen Ausbildung anfangs ein Regiment, dann eine Brigade, eine Division und schließlich im Jahre 1897 das X. Armeekorps kommandiert. Er führte damals keine größere offizielle prinzliche Hofhaltung, sondern verkehrte, von seiner militärischen Umgebung abgesehen, nur in einem kleinen Kreise der neapolitanischen Gesellschaft, ohne in der Oeffentlichkeit persönlich besonders hervorzutreten. Wohl aus diesem Grunde beschäftigte sich diese nur erst wenig mit dem künftigen Thronfolger.

Hierin trat eine Veränderung erst ein, als er am 24. Oktober 1896 mit der anmutigen Tochter Elena des Fürsten der Schwarzen Berge den Bund fürs Leben schloß, nachdem sie bei ihrer Landung in Bari in der dortigen ehrwürdigen Palatinkathedrale zum römisch-katholischen Glaubensbekenntnis übergetreten war. Viel wurde damals über diese unerwartete Wahl gesprochen! Daß der Ministerpräsident Francesco Crispi der intellektuelle Urheber der Wahl gewesen sei, wurde allgemein behauptet und dabei die Meinung laut, daß der alte, kluge Staatsmann der Dynastie zur Kräftigung ganz neues Blut habe

Digitized by Google

zuführen und daneben auch eine Brücke nach dem nahen Orient habe schlagen wollen. Eingesegnet wurde die Ehe in Rom in der Kirche S. Maria degl'Angeli von Monsignore Piscicelli, Erzbischof zu Bari, der ebenfalls nach dem Orient blickenden, im Altertum und zur Zeit der Kreuzzüge blühenden süditalienischen Hafenstadt am Adriatischen Meere.

Seine erste Residenz nahm das von den Neapolitanern freundlich und erwartungsvoll begrüßte junge Kronprinzenpaar im Palazzo Reale zu Neapel und hielt, nunmehr von einem größeren Gefolge umgeben, in förmlicher Weise Hof. Nach und nach gelang es der jungen Prinzessin, sowohl durch ihr sehr einnehmendes Aeußere als auch durch ihr einfaches, leutseliges, der neuen, nicht leichten hohen Stellung durchaus entsprechendes Auftreten, die Zuneigung aller Volkskreise zu gewinnen. Neben der ortsansässigen italienischen Gesellschaft wurden die Mitglieder des in Neapel residierenden Konsularkorps am kronprinzlichen Hofe empfangen, und so hatten auch wir, meine Frau und ich, alljährlich öfter Gelegenheit, dem Kronprinzenpaare bei verschiedenen Anlässen, als bei sommerlichen Gartenfesten im Schloßpark von Capodimonte, bei großen Empfängen, Hofbällen und Diners in der prachtvollen ehemaligen Bourbonenresidenz zu begegnen. Dabei stellte es sich sehr bald heraus, daß das hohe Paar auf dem besten Wege war, sich nicht nur in Neapel, sondern im ganzen Lande und für alle Zukunft eine sichere und anerkannte Stellung zu schaffen.

Interessanter als diese großen offiziellen Gelegenheiten gestalteten sich die alljährlichen Privataudienzen bei den hohen Herrschaften. Dabei entfaltete die Kronprinzessin, wie wir uns immer wieder sagten, eine bestrickende, vornehme und doch echt weibliche Anmut, und noch heute erinnern wir uns mit Rührung, wie die jugendliche Fürstin wiederholt ihre anfängliche Kinderlosigkeit beklagte und eingehend und schmerzlich bewegt nach unseren Kindern fragte, bis dann ihre eigene Ehe mit schönen und gesunden Nachkommen reich gesegnet wurde.

Der Kronprinz war und blieb im Grunde eine mehr zurückhaltende und etwas wortkarge Natur, was wohl die Ursache war, daß er anfänglich unterschätzt wurde. In Wahrheit war er eine vielseitig gebildete, sehr belesene, zu ernsten Studien geneigte Persönlichkeit von festem Willen und Charakter. In der Folge hat man ihn nach Verdienst voll bewerten und schätzen gelernt. Und als dann im Jahre 1900 sein erlauchter Vater, der gute König Humbert, in Monza einem schrecklichen Attentate zum Opfer gefallen war, hat sein Nachfolger, der junge König Viktor Emanuel III., sehr bald den Beweis geliefert, daß er seine hohe Stellung ganz und voll auszufüllen wußte. Ein Schattenkönig ist er keineswegs. Wenn er sich nach Maßgabe und unter strenger Beobachtung der italienischen Verfassung in den stattfindenden parlamentarischen Kämpfen auch große Zurückhaltung auferlegt, darf man als sicher annehmen, daß sein persönlicher Einfluß in wichtigen Fragen voll zur Geltung gelangt und im äußersten Falle, namentlich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und des Heerwesens, schwer ins Gewicht fallen dürfte!

Digitized by Google

Was dann die savoyische Dynastie als solche und ihre Stellung im Lande betrifft, so ist sie mit dem Gedanken und der Tatsache der nationalen Einheit, der „Italia unita", so eng und unlöslich verknüpft und so sehr das „bindende Glied" im Widerstreit der gelegentlich widerstreitenden Sonderinteressen zwischen den einzelnen Landesteilen, daß ein geeinigtes Italien ohne die jetzige nationale und überall volkstümliche Königsfamilie kaum denkbar ist. „Die Monarchie eint uns, die Republik trennt uns," sagte einst der Minister und Patriot Francesco Crispi.

Neben der regierenden Linie der italienischen Königsfamilie kommt ferner die vom Bruder des Königs Umberto II., dem Herzog von Aosta, und der Marchesa della Cisterna abstammende jüngere Linie in Betracht, die von dem jetzigen Herzoge von Aosta, dem Grafen von Turin und dem Herzog von Kalabrien vertreten wird, alle drei stattlich schöne Männer, die sich in ihrem militärischen Berufe bewähren. Der Herzog von Kalabrien hat sich daneben als Weltreisender, namentlich in arktischen Gegenden, als Geograph und Seemann einen Namen gemacht. Außer ihnen hatte der Bruder des Königs Humbert aus seiner zweiten Ehe mit der Prinzessin Lätitia Bonaparte einen vierten Sohn, den Grafen von Salemi, hinterlassen.

Endlich besteht noch eine dritte, vom Herzog Thomas von Genua, Bruder der Königin Margherita, und seiner Gemahlin Isabella, geborenen Prinzessin von Bayern, abstammende Linie, die zurzeit drei Prinzen und eine Prinzessin zählt. Demnach verfügt die Dynastie über zahlreiche Vertreter.

*

Ein freundliches Wort möchte ich noch den an der Spitze der Provinzialverwaltungen stehenden Präfekten widmen, unter denen ich in meinen verschiedenen Residenzen, Messina, Mailand und Neapel, eine lange Reihe bedeutender und pflichttreuer Verwaltungsbeamten kennen gelernt habe. Zu ihnen zählten der ehemalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Tittoni, jetzt Botschafter in Paris, und Cavasola, jetzt landwirtschaftlicher Minister. Welche Schwierigkeiten und Hemmungen diese Herren unter den so häufig wechselnden Regierungen und den drückenden Einflüssen des Parlaments und einzelner Parlamentarier zu überwinden haben, davon macht man sich bei uns daheim gar keine Vorstellung!

Ebenso verdient das Offizierkorps des Landheeres und der Marine alles Lob. Auch das Soldatenmaterial ist ausgezeichnet, findig, willig und tapfer. Ueberaus schwierig in diesem gebirgigen Lande ist der Felddienst und sowohl in den Alpengebieten als in den kalabrischen und sizilischen Bergen und in den sonnendurchglühten, wasserlosen apulischen Ebenen ungeheuer anstrengend. Der italienische Offizier ist diensteifrig, anspruchslos, mäßig, nüchtern und ein guter Kamerad. Das kärgliche Diensteinkommen und seine vorwiegende Mittellosigkeit legen ihm große Entbehrungen auf. Weder findet er in behaglichen Offizierskasinos einen freundlichen Ruhepunkt, noch vermag er sich im Durchschnitt

Digitized by Google

gesellschaftlich zu betätigen. Besonders schlimm daran sind die verheirateten Offiziere, die auch in ihren eigenen Kreisen auf geselligen Zusammenhalt, ja, wegen des häufigen Garnisonwechsels der Regimenter, selbst auf eine eigene behagliche Einrichtung oft genug verzichten müssen. Von einer gesellschaftlichen Repräsentation, auch im Kreise der höheren Offiziers- und Beamtenfamilien, wie sie uns daheim in Deutschland, leider in überspannter Weise, auferlegt wird, ist in Italien keine Rede. Auch spielen die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, als solche, in der führenden Gesellschaft ihrer Residenz keine maßgebende Rolle, es sei denn, daß ihre persönlichen Eigenschaften, ihre eigenen Wünsche und ihre materielle Lage sie eine bevorzugte Stellung gewinnen lassen.

Falls die Oberleitung auf der Höhe steht und nicht versagt, wird das Heer sicherlich immer seine Pflicht tun und im Ernstfalle seinen Mann stehen, wie einst die römischen Kohorten und Legionen!

*

Im übrigen hat die Entwicklung des jungen Königsreichs seit seiner Errichtung im Jahre 1860 einen ganz außerordentlichen Aufschwung genommen und dabei alle verfügbaren Kräfte mächtig angespannt. Auch fanden sich noch immer tüchtige Männer, die den Antrieb und die Führung erfolgreich übernahmen. L'Italia farà da se!

„Anfänglich," so sagt der neapolitanische Professor der Volkswirtschaft Francesco L. Nitti in seiner im Jahre 1900 in Turin herausgegebenen Schrift „Nord e Sud", „besaß Italien nur seine Begeisterung und seine Hoffnung. Das war viel, denn beide Elemente bereiteten das nationale Gewissen vor, doch es war andrerseits auch wenig, denn es übertrug sich zunächst nicht in materielle Güter!

Seit dem Jahre 1860 aber bis heute, also in vierzig Jahren, hat die Bevölkerung des Landes um 44 % zugenommen. Das Nationalvermögen dürfte sich verdreifacht haben. 13000 Kilometer Eisenbahnen wurden gebaut und bedeutende Straßennetze angelegt. Ein stattliches Landheer und eine ansehnliche Seemacht wurden geschaffen. Vor vierzig Jahren war Italien ein ackerbautreibendes, an Kapital armes Land, heute blüht im Lande eine Fülle bedeutender Großindustrien. Die italienische Handelsbewegung hat sich um 99 % gehoben, die Ausfuhr um 120 %. 50000 Elementarschulen und 1000 höhere Lehranstalten sind seit dem Jahre 1860 im Lande eröffnet worden. 1898/99 studierten auf den 17 Universitäten des Landes 22700 Studenten, davon allein 5536 in Neapel. Italienische Auswanderer haben die weiten, fruchtbaren Gefilde Argentiniens erschlossen." —

Die Ersparnisse, welche diese fleißigen, nüchternen und sparsamen Landeskinder an ihre zurückgebliebenen Familien heimsenden, werden von der amtlichen italienischen Statistik auf jährlich 300 bis 400 Millionen Lire in Gold geschätzt. Die meisten von ihnen kehren in gegebener Zeit ins heißgeliebte und nie vergessene Vaterland zurück, um ein Haus oder ein kleines Landgut zu erwerben

Digitized by Google

und den Ihren ein menschenwürdigeres Dasein zu schaffen. Man nennt sie dann die „Americani"! Während meiner späteren Seßhaftigkeit in Ligurien habe ich sie kennen gelernt, selbstbewußte Leute, die drüben, jenseits des Meeres, ganz klein angefangen, dann Reichtümer erworben hatten und nun wohlhabende, stattliche Besitzer, „Signori", geworden waren. Und mit welcher dankbaren Verehrung hängen sie an ihrem großen Seefahrer „Cristoforo Colombo", dem Entdecker Amerikas, wo sie, wenngleich anfänglich unter den größten Entbehrungen, zu Reichtum und Menschenwürde gelangt, von Sklaven der Arbeit zu Herren geworden waren. Auf Schritt und Tritt, in den größten und in den kleinsten Ortschaften, begegnet man ansehnlichen Marmordenkmälern, welche die „Americani" ihrem Kolumbus errichtet haben! —

*

Die italienischen Ausdehnungsbestrebungen am Roten Meere, besonders gegen Abessinien, hatten einstweilen nur zum Erwerbe des Hafens von Massaua mit einem Küstenstreifen — Colonia Eritrea — genannt, sowie zu einem durch die französische Besitzung Gibuti davon getrennten Streifen an der Somalikküste geführt, aber dort zunächst keine weiteren lohnenden Ausblicke wirtschaftlicher und politischer Natur eröffnet. Darum wurde die öffentliche Meinung im Lande sowie die Presse nicht müde, zur noch besseren Nutzbarmachung der gewaltigen Auswandererbewegung die Notwendigkeit noch anderer, aussichtsreicherer kolonialer Stützpunkte zu erörtern und zu verlangen. Eine Hauptrolle spielte dabei die schon seit der Festsetzung Frankreichs im nahen Tunis ins Auge gefaßte, unter türkischer Oberhoheit stehende Regentschaft Tripolis. Namentlich zur Herstellung des bedrohten Gleichgewichts im Mittelmeere, also auch aus politischen Gründen, wurde der Erwerb dieses der Insel Sizilien nahegelegenen Gebietes befürwortet und schon vom Minister Crispi auch vorbereitet. Sein Sturz unterbrach vorübergehend diese Aktion. Indessen blieb der Gedanke daran stets lebendig, und die zwischen Crispis Nachfolger, Visconti Venosta, mit Frankreich eingeleiteten bezüglichen vertraulichen Verhandlungen führten dann bekanntlich zu dem erst 1902 vom Minister Prinetti veröffentlichten Marokko-Tripolis-Abkommen. Immerhin sollten noch zehn Jahre vergehen, ehe der Stoß erfolgte, der ganz Tripolitanien, von der französischen Grenze in Tunis bis zur Westgrenze Aegyptens bei Solum, endgültig in italienischen Besitz bringen und Italien als dritte europäische Großmacht an der nordafrikanischen Küste festen Fuß fassen lassen sollte. Diese Politik konnte Italien nur als Mitglied des Dreibundes und in diesem Verbande gestützt und geschützt gegen die beiden eifersüchtigen Mächte Frankreich und England wagen und durchführen. Mit ihr wurde Italiens strategische Position im Mittelmeere ganz wesentlich erweitert und mit seiner geographischen Lage in Einklang gebracht. Der im geheimen und aus langer Hand vortrefflich vorbereitete Feldzug wurde im Jahre 1912 mit dem bekannten glänzenden Erfolge und unter dem lauten und einmütigen Beifall der öffentlichen Meinung im Lande durchgeführt, wobei die Landtruppen mit

Digitized by Google

der Marine den Siegesruhm teilten. Ungeheuer waren die zu überwindenden Schwierigkeiten und Strapazen, und oft wurde die Frage aufgeworfen, ob die gebrachten großen Opfer an Menschenleben und Geld schließlich ihren Lohn finden würden. Aber bereits hat der betriebsame Italiener in Tripolis eifrige Kulturarbeit aufgenommen, und sein Fleiß, seine Geduld und seine Genügsamkeit werden wohl das weite Land in gegebener Zeit erschließen und durch Bewässerung und rationellen Anbau wiederum in die fruchtbare Kornkammer verwandeln, die es im Altertum gewesen ist. Sogleich aber sind folgende drei Momente von großer Bedeutung vorteilhaft in die Erscheinung getreten: erstens die Begeisterung und einmütige Opferbereitschaft des ganzen Landes und der gesamten Bevölkerung für das nationale Unternehmen, zweitens die Tüchtigkeit der Heeresleitung und die nie versagende Tapferkeit und Ausdauer der Truppen, drittens das gesteigerte Selbstvertrauen und Selbstgefühl des italienischen Volkes, verbunden mit der unzweifelhaften Erhöhung des italienischen Prestige im Rate der europäischen Kulturstaaten.

Die während der tripolitanischen Kriegführung immer von neuem versuchten französischen Anfeindungen haben in Italien natürlich schwere Verstimmung erzeugt, sonst aber gar keinen Eindruck gemacht und jedenfalls den erhofften Erfolg der Einschüchterung in keiner Weise gehabt. Sie haben den Italienern lediglich abermals vor Augen geführt, wo der mißgünstige und streitsüchtige Gegner seines Landes sitzt, und alsbald zur Erneuerung des Dreibundes mit den Zentralmächten, noch vor seinem Verfalle, geführt. —

Neben diesen gegen Tripolis gerichteten Bestrebungen gingen schon damals verschiedene andre Unternehmungen mit politischem und wirtschaftlichem Hintergrunde her, die eine Geltendmachung des italienischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel, zunächst in Albanien, zum Gegenstand hatten. Es wurden dort italienische Schulen gegründet, ein regelmäßiger Dampferverkehr auf dem Bojanafluß nach Skutari eingerichtet und regere Handelsbeziehungen angeknüpft. Als treibendes Element stand dabei nicht nur der Wunsch, dort die italienische Flagge zu zeigen und handelspolitische Vorteile zu erlangen, im Vordergrunde, sondern auch die eifersüchtige Sorge, auf diese Weise den Bestrebungen andrer Länder nach Erweiterung ihres Machtgebiets am jenseitigen Ufer des Adriatischen Meeres wirksamer entgegenzutreten.

Obschon Italien die ganze, allerdings an sicheren Häfen arme Westküste des Adriatischen Meeres besitzt und beherrscht, wirkte der Gedanke, Oesterreich-Ungarn oder Griechenland könnten über ihre seestrategische Machtstellung hinaus einerseits in Dalmatien mit dem gewaltigen Stützpunkte Cattaro, andrerseits an der noch südlicheren albanischen Küste Fuß fassen, auf die italienischen Politiker fortlaufend in hohem Grade beunruhigend. Dabei wurde stets laut ausgesprochen, daß ein solches Vorrücken der genannten beiden Mächte oder einer von ihnen gegen die Meerenge von Otranto diese schwer bedrohe und den Verkehr zwischen der italienischen Ostküste und Westküste allzuleicht unterbinden könne, daß mithin ein Lebensinteresse Italiens in Frage stehe.

Digitized by Google

Dieser mehr oder minder begründete Interessengegensatz hat dann bekanntlich schon vor dem Ausbruch des Balkankrieges im Jahre 1913, zunächst zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn, zu dem bekannten Abkommen geführt, nach welchem beide Staaten von Ländererwerb auf der Balkanhalbinsel abzusehen und für die Errichtung eines selbständigen Fürstentums Albanien einzutreten hätten. Im Interesse eines fortdauernd guten Einvernehmens zwischen unsern beiden Bundesgenossen wollen wir hoffen, daß sie die erforderliche endgültige Verständigung in dieser Frage früher oder etwas später auf freundschaftlichem Wege finden werden. —

Der Fall der „Dacia“

Von

H. Wittmaack

Das deutsche Schiff „Dacia“ befand sich in den Gewässern der Vereinigten Staaten von Nordamerika, auf neutralem Gebiet. Die deutsche Reederei des Schiffes konnte dasselbe nicht zur Seeschiffahrt benutzen, denn sonst würde es von feindlichen Kriegsschiffen genommen worden sein. Die Reederei hat deshalb das Schiff an einen Nordamerikaner verkauft. Der Verkauf entspricht den nordamerikanischen Gesetzen, insbesondere auch insofern, daß der Käufer nach diesen Gesetzen berechtigt ist, das Schiff unter nordamerikanischer Flagge fahren zu lassen. Die deutsche Reederei hat kein Interesse an dem Schiff behalten. Die englische Regierung will trotzdem den Flaggenwechsel nicht anerkennen; sie droht, das Schiff auch unter nordamerikanischer Flagge aufbringen und durch die englischen Prisengerichte verurteilen zu lassen. Das Schiff muß nach englischer Ansicht entweder für die Dauer des Krieges ungenutzt im Hafen liegen bleiben und vielleicht, falls der Krieg lange dauern sollte, auf solche Weise mehr oder weniger zugrunde gehen, oder die Reederei muß das Schiff aufbrechen lassen.

Durch die Maßnahme der englischen Regierung soll nicht bloß deutsches Privatvermögen auf dem Lande zum Teil zerstört, sondern auch der Seehandel eines neutralen Staates eingeschränkt werden, indem man den Angehörigen dieses Staates den Ankauf deutscher Seeschiffe verwehren will. England sucht durch die Kriege auf dem Kontinent nicht bloß die Industrie und den Handel der kriegführenden Teile, einerlei ob Freund oder Feind, möglichst zu ruinieren, sondern es bestrebt sich auch beiläufig, soweit möglich, den Handel der neutralen Staaten zu schädigen und zu beeinträchtigen. Daher erklären sich die endlosen Beschwerden der Neutralen gegen die englische Kriegführung, die nicht bloß eine Erscheinung der Neuzeit sind.

Aber wie kann die englische Regierung berechtigt sein, einen auf nordamerikanischem Gebiet nach den dortigen Gesetzen vollkommen rechtsgültig

Digitized by Google

erfolgten Uebergang des Eigentums an einem dort befindlichen Schiffe, einen Vorgang, der sich ganz innerhalb des Gebiets der Vereinigten Staaten abspielt, als angeblich völkerrechtswidrig anzutasten?

Im Anschluß an die Beschlüsse der zweiten Haager Friedenskonferenz trat im Jahre 1908 in London eine Konferenz von Vertretern der hauptsächlichsten Seemächte zusammen, um eine Kodifikation des materiellen Seekriegsrechts vorzunehmen. In der von der Konferenz beschlossenen Deklaration wird im Art. 55 der Fall behandelt, daß vor Ausbruch des Krieges ein feindliches Schiff an eine neutrale Flagge übertragen wird.

Der Art. 56 lautet: „Le transfert sous pavillon neutre d'un navire ennemi, effectué après l'ouverture des hostilités, est nul, à moins qu'il soit établi que ce transfert n'a pas été effectué en vue d'éluder les conséquences qu'entraîne le caractère de navire ennemi. Toutefois il y a présomption absolue de nullité: 1) Si le transfert a été effectué pendant que le navire est en voyage ou dans un port bloqué. 2) S'il y a faculté de réméré ou de retour. 3) Si les conditions auxquelles est soumis le droit de pavillon d'après la législation du pavillon arboré, n'ont pas été observées."

Dieses ist eine schlimme Bestimmung für die deutschen Reedereien. Dieselben dürfen, wenn sie ihre Schiffe in neutralen Häfen, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, belassen haben, sie nach Ausbruch des Krieges nicht an einen Neutralen veräußern, wenn dieser sie zur Seefahrt benutzen will. Die Schiffe müssen während der Dauer des Krieges ungenutzt liegen bleiben oder abgebrochen werden. Bei dieser Regel wird allerdings eine Ausnahme, aber mehr zum Schein, hinzugefügt. Die Folge soll nicht eintreten, wenn erwiesen wird, d. h. von der Reederei, daß die Eigentumsübertragung nicht stattgefunden habe, um die Folgen, welche der feindliche Charakter eines Schiffes mit sich führt, zu vereiteln. Diese Ausnahme greift wohl nur Platz, wenn nachgewiesen wird, daß die Reederei schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten das Schiff in einem neutralen Hafen zu veräußern beabsichtigt habe, denn in keinem anderen Falle wird sich feststellen lassen, daß die Veräußerung nicht erfolgt sei, um die mit dem feindlichen Charakter des Schiffes verbundenen Folgen zu vereiteln. Die Ausnahme sowie die späteren Bestimmungen können nur hinzugefügt sein, um zu verhüten, daß die Härte der Regel sofort allgemein erkannt werde. Dieses wird bestätigt durch die Ausführungen in dem Generalbericht des Redaktionsausschusses der Konferenz. Hierin wird als Beispiel für die Ausnahme nur der Uebergang durch Erbfall angeführt.

Die Londoner Seekriegsrechtdeklaration ist nicht von allen Regierungen, namentlich nicht von der britischen, angenommen. Die Deklaration bildet daher keinen völkerrechtlichen Vertrag. Formell ist keine Regierung an sie gebunden. Die britische Regierung hat zwar erklärt, daß sie die Grundsätze der Deklaration in dem gegenwärtigen Kriege befolgen werde, aber nicht, indem sie eine verpflichtende Kraft derselben behauptet oder anerkennt. Wir müssen daher fragen, welches Recht bezüglich des Flaggenwechsels, abgesehen von der Deklaration, besteht.

Digitized by Google

In Frankreich wird nach einer langen Praxis der Verkauf eines feindlichen Schiffes an einen Neutralen, wenn derselbe nach Ausbruch des Krieges oder nach Beginn der Feindseligkeiten erfolgt, nicht anerkannt. Es scheint aber, daß die französische Regierung diese Auffassung gegenüber den Vereinigten Staaten nicht aufrecht zu erhalten beabsichtigt, denn es ist von ihr bei der Frage der „Dacia“ nie die Rede.

Was den englischen und nordamerikanischen Rechtszustand anlangt, so gibt eine Note des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten aus dem Jahre 1856 hierüber Auskunft. Es heißt hierin: Der Grundsatz, daß ein Neutraler vollständig berechtigt ist, ein Kauffahrteischiff von einem Angehörigen eines kriegführenden Staates zu kaufen, ist von Rußland, England und den Vereinigten Staaten vertreten worden, und es ist mit dieser historischen Tatsache unverträglich, zu behaupten, daß die entgegengesetzte Ansicht, zu welcher sich Frankreich bekennt, die Billigung der bedeutendsten Seestaaten habe, oder daß sie einen Teil des Seerechts überhaupt bilde.

In einem Urteil des englischen Admiralitätsgerichtshofs aus dem Jahre 1807 heißt es: „Es ist vorgekommen, daß feindliche Kauffahrteischiffe, die in einen Hafen getrieben wurden, woraus sie nicht entkommen konnten, dort an einen Neutralen verkauft wurden, in solchen Fällen wurde nach langen Erörterungen und etwas zögernd die Gültigkeit des Verkaufs anerkannt.“ Bei dem Urteil aus dem Jahre 1807 handelt es sich um ein holländisches Kriegsschiff, das nach einem Kampf mit einem englischen in Bergen Zuflucht gesucht hatte, dort seiner Kanonen und andern kriegerischen Ausrüstung entledigt und dann an den Grafen Bentinck verkauft war. Das Schiff wurde, als es unter Knyphausenscher Flagge fuhr, von den Engländern genommen. Der Richter Scott erklärte die Wegnahme für gültig, da es an einem Präzedenzfall, worin das Gegenteil anerkannt sei, fehle. Das Gewicht wird auf den Umstand gelegt, daß das Schiff früher ein feindliches Kriegsschiff gewesen sei.

In einem Urteil des englischen Privy Council, des höchsten Gerichtshofs für Prisensachen, aus dem Jahre 1857 wird folgendes ausgeführt: „Die allgemeine Regel unterliegt keinem Zweifel. Ein Neutraler ist auch dann, wenn ein Krieg droht oder nach dem Beginn desselben, befugt, Waren oder Schiffe, die keine Kriegsschiffe sind, von jeder kriegführenden Partei zu kaufen, und der Verkauf ist gültig, gleichviel, ob dessen Gegenstand in einem neutralen oder feindlichen Hafen liegt. Dieses sind die bekannten Regeln der englischen Prisengerichtshöfe, bezüglich deren keine Kontroverse erhoben werden kann.“

Hiermit steht die englische Literatur in Uebereinstimmung. Die insbesondere in dem letzten Falle ausgesprochenen Regeln werden wiedergegeben, ohne daß ein Bedenken dagegen angedeutet wird.

Was die Vereinigten Staaten von Amerika anlangt, so mag noch bemerkt werden, daß in einer Note des Staatssekretärs aus dem Jahre 1855 folgendes ausgeführt ist: „Ein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten darf ein Schiff eines kriegführenden Staats in den Vereinigten Staaten selbst oder außerhalb

Digitized by Google

in einem Hafen einer kriegführenden Partei oder auf hoher See kaufen, vorausgesetzt, daß der Kaufvertrag bona fide geschlossen und das Eigentum vollständig und ohne Vorbehalt übertragen ist; das Schiff erhält das Recht, die Flagge der Vereinigten Staaten zu führen und deren Schutz zu verlangen. Neutrale haben das Recht, Schiffe einer kriegführenden Partei zu kaufen."

Der Rechtszustand in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika war danach folgender: Feindliche Schiffe dürfen auch nach Ausbruch des Krieges an einen Neutralen veräußert und mit dessen Flagge versehen werden, falls der Veräußerungsvertrag in formell gültiger Weise geschlossen ist und die Eigentumsübertragung tatsächlich und nicht bloß vermittelst eines mündlichen oder schriftlichen Vertrages stattgefunden hat. Diese Voraussetzungen liegen bei der „Dacia" vor.

Formell gilt dieser Rechtszustand noch. Wird die „Dacia" von den englischen Kriegsschiffen genommen, so müssen die englischen Prisengerichtshöfe über die Rechtmäßigkeit der Nehmung entscheiden. In England gilt die Regel, daß ein Gerichtshof an die in den früheren gerichtlichen Urteilen aufgestellten Grundsätze gebunden ist, und man könnte daher die Frage aufwerfen, wie es denn möglich sein sollte, daß angesichts der früheren Entscheidungen, insbesondere der in dem Urteil des Privy Council ausgesprochenen Grundsätze, die „Dacia" für gute Prise erklärt werden könnte. Mit den englischen Prisengerichten ist es aber eine eigne Sache. Jeder Untertan einer feindlichen Macht wird als persönlicher Feind angesehen, und man ist daher wenig geneigt, seinen Interessen Rechnung zu tragen. In dem Völkerrecht des russischen Professors Friedrich v. Martens aus dem Jahre 1886 heißt es: „Viele englische Juristen sind als Prisenrichter weithin berühmt geworden. Eines besonderen Ansehens erfreuen sich in England die Entscheidungen William Scotts (Lord Stowell), der sich durch große Gewandtheit in der Auffindung von Gründen, aus welchen die aufgebrachten Prisen zum Besten der englischen Nehmer kondemniert werden müßten, auszeichnete."

Sollte es jetzt keinen Lord Stowell in England geben und kein Prisenrichter vorhanden sein, der einen Grund ausfindig machen könnte, weshalb die „Dacia", ungeachtet der seither anerkannten Rechtsgrundsätze, für gute Prise erklärt werden müßte? Der Art. 56 bietet einen vortrefflichen Vorwand, von den früheren Grundsätzen abzugehen.

Digitized by Google

Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850

Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell

Bearbeitet von

Martin Conrad

(Fortsetzung)

17. November.

Morgens 8 Uhr mit Postpferden von Petersburg nach Zarskoje Selo. Von 1/2 11 bis 11 Uhr bei der Kaiserin, der ich den Brief der Gräfin Brandenburg überreichte. „Hat die arme Frau noch Kräfte gehabt, mir zu schreiben?" Die Kaiserin war wohl, aber nicht heiter. Die Ursache war ein neuer Brief des Königs vom 10. November, den der Kaiser in der Hand hielt. Der König hatte darin geäußert, daß er nötigenfalls den Schatz des Kurfürsten aus Kassel mitnehmen lassen werde (wohl als Garantie für die Etappenstraßen?).[1]) Der Kaiser war sehr entrüstet darüber, die Kaiserin traurig. „Jede Aussicht, daß die Antwort, die ich in einigen Tagen erhalten sollte, eine freundliche sein könnte, war nun verschwunden."

Um 2 Uhr nachmittags begab sich Schlegell befohlenermaßen zu Graf Nesselrode, der aber eben zum Kaiser ging. So folgte er denn einer Aufforderung des Generals Berg, ihn zu besuchen, und hatte mit ihm wieder eine sehr lebhafte zweistündige Unterredung über alle schwebenden Fragen, worüber er u. a. folgendes berichtet:

„Berg war bemüht darzutun, daß keine Ursache zum Streit vorhanden sei, auch nicht zum Mißtrauen; ich glaubte, daß beides nicht aufhören würde, solange die Kräfte so ungleich wären. Am interessantesten war mir, als Berg gewissermaßen zu der Aeußerung als Schluß hingeführt wurde: „Rußland würde sehr, sehr ungern den Krieg machen."

Nach dieser Unterredung wurde Fürst Dolgoruki[2]) aufgesucht, der den Abgesandten des Königs von Preußen auch hatte sprechen wollen. Hierüber heißt es in den Aufzeichnungen:

„Soweit es sich um Mitteilung der offiziellen Fragen handelte, ging das Gespräch ganz gut. Als ich Erwähnung tat, daß die Anerkennung des Bundestages für uns fast die Bedeutung habe, als wenn der Kaiser aus der Stellung des Vermittlers auf die Seite des Gegners herübergetreten sei, wurde er weniger

---

[1]) Vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, S. 555 (unterm 14. November): „In Bellevue fertigte der König noch einen Befehl aus, unter gewissen Umständen dem Kurfürsten von Hessen den Krieg zu erklären und sich seines Schatzes zu bemächtigen." Vgl. auch Poschinger, Preußens auswärtige Politik, I, S. 9. Offenbar ist aber der Schatz in dem von preußischen Truppen besetzten Kassel geblieben.

[2]) Generaladjutant und General der Kavallerie.

Digitized by Google

eingehend, und ich empfahl mich bald. — Dolgoruki ist vollständiger Russe; der liebenswürdigste von ihnen, aber doch ohne Verständnis für deutsche Dinge. Der gelehrigste Schüler des Kaisers für die militärischen Angelegenheiten,[1]) hat er mir schon im Sommer den Eindruck gemacht, als wenn er sich wenig um die Politik kümmere."

Vom 17. bis 19. November blieb Schlegell in Zarskoje Selo, wo er seine Zimmer im großen Schlosse, nahe denen des Grafen Münster erhielt. Am Abend des 17. nahm er noch an einer großen Gesellschaft bei der Kaiserin im Alexanderpalast teil, wo ihn der Kaiser wieder in ein längeres Gespräch zog, das uns im folgenden geschildert wird:

„Der Kaiser geht, als er erscheint, schnell auf mich zu und führt mich in den Durchgangssaal, wo er sich mit mir auf die Wippbank setzt und mir die Nachricht von dem Renkontre bei Bronzell[2]) mitteilt. Der Kaiser fügte hinzu: „Glücklicherweise kann dies Ereignis, das so schwere Folgen haben konnte, vielleicht wesentlich zur Verständigung und zur Erhaltung des Friedens beitragen; Prokesch[3]) hatte seine Pässe gefordert; der König hat ihn darauf nach Sanssouci kommen lassen; es hat eine lange Unterredung stattgefunden, infolge deren man sehr zufrieden voneinander geschieden ist.[4]) Wenn nun keine neuen Unbesonnenheiten stattfinden, so ist es noch möglich, daß der Friede erhalten wird." Der Kaiser war zufrieden mit der Art, wie Major v. Manteuffel[5]) in seinem Briefe an Münster die Angelegenheiten von Bronzell geschildert hatte; nicht so mit der Aeußerung von Gröben, daß die Spitzkugeln ihr Ziel nicht verfehlt hätten. Ich freute mich im stillen über ihre Wirkung und den wenn auch sehr kleinen Erfolg. — Im ferneren Verlauf des Gesprächs wunderte sich der Kaiser über den allgemeinen Haß gegen Bayern, den ich damit zu erklären suchte, daß sie es nie recht ehrlich mit Deutschland gemeint, so alt die Geschichte sei. Ich fand auch Gelegenheit, meine Meinung über die Anerkennung des Bundestags auszusprechen: daß es nämlich bei uns einen niederschlagenden Eindruck machen werde, damit den Kaiser aus der Stellung des Vermittlers auf die Seite des Gegners treten zu sehen.[6]) Er ging leicht darüber hinweg, meinte, es sei nur formell, und schien die Wahrheit meiner Bemerkung zu fühlen, wenn er sie auch nicht zugab. — Mit sehr hübscher Ironie sagte er seine Gratulationen, als ich bemerkte, daß nun auch bald unsre Kammern wieder zusammenkommen würden. Ich schloß daran das, was Minister Manteuffel über die Art und Weise gesagt hatte, wie man mit ihnen verfahren müsse, wenn sie etwa selbst regieren wollten,

[1]) D. wurde 1852 Kriegsminister. Ueber seine militärischen Fähigkeiten urteilt aber sehr abfällig A. Kleinschmidt in „Rußlands Geschichte und Politik, dargestellt in der Geschichte des russischen hohen Adels" (Kassel 1877).

[2]) 8. November.

[3]) v. Prokesch-Osten, österreichischer Gesandter in Berlin.

[4]) Vgl. Gerlach, I, S. 554; v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858, I, S. 13 und 14, und Friedjung, II, S. 95 ff.

[5]) Edwin Freiherr v. Manteuffel, dienstthuender Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV. später Feldmarschall.

[6]) Das war eigentlich schon in Warschau geschehen (Oktober 1850).

Digitized by Google

und fügte hinzu, daß der König, ohne daß er es bestimmt ausgesprochen habe, doch zu beabsichtigen scheine, das konstitutionelle Regiment seinen schärfsten Konsequenzen zuzuführen und dadurch beim Volk die Ueberzeugung von seiner Unzweckmäßigkeit hervorzurufen. Der Kaiser sagte: „Der Gedanke ist ganz richtig, aber die Ausführung würde Schwierigkeiten und Gefahren haben." Dann kam auf die Warschauer Verhandlungen die Rede, und ich äußerte: Bei dem Mißtrauen gegen Schwarzenberg habe man gefürchtet, Brandenburg sei zu offen und gerade gegen ihn gewesen und dadurch in Nachteil geraten. Der Kaiser sagte: „Brandenburg war herrlich, wie ein Edelmann, ganz ohne Rückhalt und ganz ohne Mißtrauen." Er gab aber doch auch zu verstehen, daß er der diplomatischen Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei, und schloß: „Aber warum waren Sie besorgt? Sie hatten ja drei Freunde in Warschau: Brandenburg, Rochow und mich!" [1]) Der Kaiser kam übrigens auch zu der Bemerkung, daß Oesterreich in einer viel übleren Lage sei als wir, da es durch den Vertrag von Bregenz gezwungen sei, den kleinen Königreichen zu folgen. Von den freien Konferenzen versprach er sich keinen großen und gewiß keinen raschen Erfolg und bezeichnete die deutsche Weitschweifigkeit mit einer sehr komischen Bewegung der Hand, als wenn er einen Brei rührte. Von Radowitz, sagte der Kaiser, was mir auch schon Budberg in Berlin gesagt hatte, sei eine Korrespondenz mit Kossuth aufgefangen; er verpflichtete mich darüber zum Schweigen. Ich kann es nicht glauben.[2]) Es kam gegen den Schluß noch auf die Absichten des Königs gegenüber den kleinen deutschen Staaten die Rede, und ich führte zum Beispiel der Uneigennützigkeit das an, was mir der König in Sanssouci gesagt hatte: daß er nämlich nicht allein jedem der jetzt Regierenden seine vollen Rechte gewahrt wissen wollte, sondern es auch gar nicht ungern sehen würde, wenn es möglich wäre, sie alle denen wiederzugeben, die jemals Souveränitätsrechte gehabt hätten, nur wolle er, daß die Rechte im Verhältnis zu der Macht ständen. Der Kaiser knüpfte hieran die Erzählung, wie er im Jahre 1834, ich glaube von Schwedt aus, mit dem damaligen Kronprinzen nach Münchengrätz gereist sei, und wie der letztere unterwegs die Aeußerung gemacht habe, er werde sich glücklich schätzen, wenn er den Deutschen Kaiser als Reichserzkämmerer wieder

[1]) Diese Aeußerung des Zaren ist höchst charakteristisch für seine Auffassung von seinem Verhältnis zu Preußen. Er betrachtete sich offenbar immer noch als dessen väterlichen Freund, der in Warschau schließlich nur zum eignen Besten des unartigen Preußens sich auf Oesterreichs Seite geschlagen habe, um seinen königlichen Schwager Friedrich Wilhelm IV. vor einem seiner Ansicht nach stets unheilvollen Kriege gegen Oesterreich abzuschrecken durch die drohende Gegnerschaft des mächtigen Rußlands. Durch einen derartigen deutsch-nationalen Krieg Preußens wäre ja möglicherweise die dem Zaren so verhaßte „revolutionäre" Partei der meist liberal gesinnten Nationalen in Deutschland an Preußens Seite zur Durchsetzung ihrer Ideen gekommen, was durchaus nicht im russischen Interesse lag, und des Zaren Lieblingsgedanke einer Allianz der drei Ostmächte gegen die „Revolution", d. h. gegen alle liberalen Errungenschaften und Forderungen, hätte scheitern müssen, die Reaktion wäre unmöglich gewesen.

[2]) Vgl. Friedjung, II_1, S. 35, und Meinecke, Radowitz, S. 357, Anmerkung 2.

Digitized by Google

die Schüssel halten könne. „Was sagen Sie dazu?“ fragte der Kaiser. „Was würden Sie tun, wenn das geschähe?“ — „Ich würde auf das kleine Gut meiner Frau gehen und Kohl bauen!“ erwiderte ich. — „Und ich würde auch den preußischen Rock nicht mehr tragen!“ fiel der Kaiser ein.

Ich kam den Abend noch in ein Gespräch mit General Korff (der bei den jungen Großfürsten ist), und wir begegneten uns in der Ansicht, daß man uns mit Oesterreich allein gewähren lassen sollte, und daß das monarchische Prinzip untergraben werde, wenn die hohen Mächte nicht den Kurfürsten auch zur Rechenschaft zögen.

Nachts von 11 bis 1 Uhr war General Berg noch bei uns; es war eine der interessantesten Unterhaltungen, deren ich mich entsinne. Münster teilte zuerst den Brief vom Major Manteuffel über das Renkontre in Hessen mit und brachte dann Berg auf die griechischen Angelegenheiten und die Spannung mit England, indem er die Meinung aussprach: Rußland werde doch noch in einen Krieg mit England verwickelt werden, da es nicht umhin können werde, die Türkei zu erobern, um Konstantinopel zu haben. Berg bestritt das entschieden, da dies für Rußland nur eine Last sein könne und es nichts andres brauche, als daß die Dardanellen dem Welthandel geöffnet, und zwar sicher und ungestört geöffnet würden. Das habe Rußland durch die Verträge und durch seine stets bereite Macht im Süden erreicht; alles Weitere könne Rußland nur in Verlegenheiten bringen und Angriffen aussetzen, die dann England scheinbar zum Schutz der türkischen Selbständigkeit unternehmen würde; jetzt hingegen sei Rußland die wahre Schutzmacht der Türkei, da es deren scheinbare Selbständigkeit im eignen Interesse mit dem letzten Soldaten, den Rußland habe, verteidigen müsse und werde und niemals dulden könne, daß sich eine andre Macht in einer Weise festsetze, die die freie Bewegung in den Dardanellen alteriere. England wisse das und werde es auf einen solchen Kampf nicht ankommen lassen. — Schon im Jahre 1829, als der Türkische Krieg eine günstige Wendung genommen habe, sei diese Frage von einem eignen, durch den Kaiser eingesetzten Konseil sehr gründlich beraten worden, und man sei zu dem Resultat gekommen, daß das türkische Reich nicht mehr gehalten werden könne, wenn Konstantinopel besetzt würde, und daß dies letztere daher aus den oben angeführten Gründen nicht geschehen dürfe.[1]) Dies Memoire habe er, Berg, im Portefeuille gehabt, als er im Generalstab von Diebitsch in Adrianopel eingerückt sei; und als nun die Nachrichten einliefen (zuerst durch den preußischen Gesandten Royer[2]), daß der

[1]) Schiemann, Geschichte Rußlands unter Nikolaus I., Bd. II., S. 367, berichtet von einer unter Vorsitz des Zaren abgehaltenen Komiteesitzung, in der man gegen eine Eroberung Konstantinopels entschied. Sie fand am 16. September 1829 statt. Die hier von Berg erwähnte Konseilsitzung muß aber schon vor dem Frieden von Adrianopel (14. September), ja schon vor der Einnahme Adrianopels (20. August) erfolgt sein. Diese ist nicht erwähnt bei Schiemann, der auch nichts davon sagt, daß Diebitsch diesen Petersburger Entschluß vor dem Friedensschluß gekannt habe.

[2]) v. Royer, preußischer Gesandter in Konstantinopel.

Digitized by Google

Divan dem Sultan erklärt habe, Konstantinopel sei mit den noch übrigen 5000 Mann nicht zu halten, man könne nicht einmal die Verteidigung damit versuchen, da sei diese sehr verlockende Aufforderung zum Vorrücken durch jenes Memoire zurückgedrängt worden. (Viel Einfluß hat doch auch wohl die Haltung der andern Mächte gehabt und die darauf gestützten Unterhandlungen Müfflings,[1]) in dessen Memoiren sich wohl etwas darüber finden wird.[2]) Mich erinnerte das Gespräch an ein ähnliches mit Lieven im Sommer, der dieselbe Ansicht hatte, aber der Meinung war, daß man doch durch die Ereignisse und den Verfall der Türkei gezwungen werden würde, Konstantinopel zu besetzen; daß aber in solchem Fall — ich weiß nicht, ob das Lieven selbst oder ein andrer hinzusetzten — der Zar in Moskau schwören müsse, seine Residenz nie in Konstantinopel zu nehmen, daß sie aber dann selbstredend von Petersburg nach Moskau übergehen müsse).

Tags darauf, am 18. November, besuchte Major Schlegell den General Korff, der Verständnis für die deutschen Angelegenheiten zeigte und u. a. meinte, in einem österreichisch-preußischen Kriege würden die Russen wahrscheinlich am liebsten neutral bleiben, da sie die Oesterreicher nicht liebten und kein rechtes Interesse an den Details der deutschen Angelegenheiten nähmen. Schließlich ließ er sich noch eine Schilderung von Willisen[3]) machen, nach dem man übrigens ebenso wie nach Radowitz öfter fragte. Für die weiteren Tagesereignisse dürfte Schlegells eigner Bericht von Interesse sein:

„1 bis 3 Uhr Messe und Parade in der mit acht Oefen wohlgewärmten Reitbahn des Gardehusarenregiments. Das Regiment hatte das Fest seines Heiligen. Sieben oder acht Geistliche fungierten in reichen grünen Ornaten mit Gold; der Kaiser in der Uniform des Regiments sah süperb aus; sehr niedlich der kleine Großfürst Alexander, fünf Jahre alt, in voller Uniform von Grodnohusaren, deren Chef er ist. Nach der Messe wurde das Regiment die Front herunter mit Weihwasser besprengt, dann dreimal in verschiedenen Formen Vorbeimarsch, für den das Regiment wegen seiner großen Gewandtheit belobt

---

[1]) General v. Müffling wurde von Friedrich Wilhelm III. auf Bitten des Zaren als Friedensvermittler nach Konstantinopel geschickt.

[2]) Müffling, Aus meinem Leben, Berlin 1851, gibt hierüber keine Aufklärung. Aus Schiemann, a. a. O., geht hervor: Davon, daß die Russen den Frieden ebenso nötig hatten wie die Türken, hatten Müffling wie auch die Botschafter in Konstantinopel keine Ahnung. Diebitsch befand sich in Wirklichkeit in sehr schwieriger Lage und nur durch Entfesselung der Balkanvölker hätte er Konstantinopel erobern können. Zu diesem Aeußersten war er auch entschlossen, um so, wenn nicht anders möglich, einen für Rußland vorteilhaften Frieden herbeizuführen. Diese Drohung, deren Verwirklichung den Untergang der Türkei zur notwendigen Folge zu haben schien, führte zu eindringlichen, fast flehenden Vorstellungen des englischen und französischen Botschafters bei Diebitsch. Der bald darauf auf Grund der Müfflingschen Vermittlung abgeschlossene, für Rußland günstige Frieden von Adrianopel war der Erfolg der Drohung, die aber doch weniger Aussicht auf Verwirklichung, als Sch. annimmt, gehabt haben würde, wenn die hier bei Schlegell gegebene Darstellung Bergs richtig ist.

[3]) Wilh. v. Willisen erhielt 1849 den Abschied als preußischer Generalleutnant und trat 1850 an die Spitze der schleswig-holsteinischen Armee.

Digitized by Google

wurde. Kollation für die Leute in einer andern Reitbahn (ganze gebratene Hammel mit vergoldeten Hörnern usw.) und für die Offiziere (und mich auch) beim Kommandeur, General Budberg.

4 bis 6 Uhr Galadiner beim Kaiser für das Gardehusarenregiment; ich weiß nicht mehr, neben wem ich saß; meine Gedanken waren nicht beim Diner.

3/4 9 bis 1/2 12 Uhr Tee bei der Kaiserin; ich mußte mich zur Kaiserin setzen mit der Fürstin Soltikow,[1]) Generalin Frederiks und Frau v. Baranow; letztere las aus einem kleinen französischen Roman von Balzac; ich drillte dazu Goldfaden auf. Der Kaiser spielte in demselben Zimmer Whist mit Apraxin,[2]) Patkul[3]) und noch einem Herrn und machte sehr oft Apraxin seine Art zu lachen nach. — Der Kaiser sprach mit Münster und mir von den Besichtigungen der Musterabteilungen, die er am 20. beginnen wollte und die mich interessieren würden. Es kam dabei auf meine Rückreise die Rede, und der Kaiser sagte, er sei mit seinen Briefen so weit, daß ich andern Tags reisen könne, wenn ich nicht noch länger hier bleiben wolle. Ich konnte nichts mehr helfen oder ausrichten und führte an, daß ich zu Hause ein Regiment mobil zu machen habe; das wurde anerkannt und danach meine Abreise auf den folgenden Tag, den 19., festgesetzt."

Nach verschiedenen Abschiedsbesuchen in Petersburg, am Morgen des 19. November, fuhr Schlegell um 3 Uhr nachmittags in dem kaiserlichen Extrazuge wieder nach Zarskoje Selo zurück. Es heißt:

„Der Kaiser nimmt mich neben sich in sein Coupé. Er hatte noch einem Komitee der Eisenbahn von Moskau nach Petersburg präsidiert, die trotz aller Gegner zustande gekommen ist, um Petersburg dem eigentlichen Reich näher zu bringen. Der Kaiser hatte seine schließliche Entscheidung dahin abgegeben, daß er zwar nicht wisse, warum Peter der Große die Stadt gerade auf diesen Fleck gesetzt habe; da sie aber da sei, müsse sie erhalten und mit dem Reich möglichst verbunden werden; die Frage über die Richtung hatte der Kaiser mit dem Lineal entschieden, was er auf dem mit den verschiedenen Trakten bezeichneten Plan an die beiden Endpunkte anlegte; sie wird fast geradeaus gehen.

4 Uhr: Tafel bei der Kaiserin. Der Kaiser fragte, welcher Williesen über die Marschfähigkeit der spanischen Infanterie geschrieben habe; „ist es der, den ich will hängen lassen?"[4]) fügte er scherzhaft hinzu."

Die von Berlin aus angekündigte baldige Antwort Rochows in Petersburg abzuwarten hielt Schlegell für überflüssig, da bei der ihm bekannten Gesinnung des Gesandten keine plötzlichen Entschlüsse und Wendungen der russischen Politik, eher eine Verstärkung der friedlichen Absichten zu erwarten war. Es blieb also bei der Abreise noch den 19. November.

„Um 6 Uhr, gleich nach der Tafel, verabschiedete ich mich bei der Kaiserin; dann nahm mich der Kaiser in sein Arbeitszimmer und übergab mir den Brief

---

[1]) Geborene Dolgoruki, Oberhofmeisterin der Zarin.

[2]) Graf Apraxin, Generaladjutant und General der Kavallerie.

[3]) Flügeladjutant.

[4]) Vgl. Sybel, II, S. 9.

Digitized by Google

an den König[1]) mit der Bemerkung, daß er seine Meinung über das, was der König geschrieben habe, offen ausgesprochen habe. Ich war sehr bewegt; ich hatte die Verhältnisse in meinem Vaterland in einem kritischen Moment verlassen, dessen Folgen noch niemand, und ich am wenigsten, berechnen konnte; es war mein sehnlichster Wunsch, einen, wenn auch nicht sehr freundlichen, doch milden Brief des Kaisers zu erlangen; es wäre dies eine feste, wohltuende Stütze für das vielfach bekümmerte Gemüt meines Königs gewesen. Das war nun nicht erreicht, und das Gefühl, daß nun der Moment gekommen sei, von wo an nichts mehr dafür getan werden könne, drückte mich sehr nieder. Ich habe mich nachher oft gefragt, ob es nicht tunlich gewesen sei, in Erwartung, daß der General Rochow den Kaiser milder stimmen und ihn zu einem andern Brief bewegen könnte, jetzt noch darum zu bitten, denselben abwarten zu dürfen. Das Ungehörige, was dem Kaiser gegenüber in einer derartigen, wenn auch nur angedeuteten Zumutung gelegen hätte, ließ mich wohl nicht auf den Gedanken kommen. Auf den Gang der nächsten Ereignisse wäre es auch ohne Einfluß gewesen, da ich dann zwei Tage später nach Hause gekommen wäre und Minister Manteuffel schon am Abend meiner wirklichen Ankunft nach Olmütz abreiste.

Ich erwähnte also nur noch einmal kurz die Opfer, die der König gebracht hätte, und wie wir nicht aufhören würden, auf des Kaisers Freundschaft und Vermittlung zu bauen. Ich erhielt noch besonders herzliche Grüße für die Königin; dann umarmte mich der Kaiser und entließ mich sehr gnädig und herzlich.

Abends 8 Uhr (19. November) Abreise von Zarskoje Selo. Ich gab in der Nacht sehr acht, ob ich General Rochow nicht begegnete, erfuhr aber erst am andern Morgen, daß er mir doch vorbeigefahren war und sich sehr friedlich geäußert hatte. Bei der Spannung, in der die politischen Verhältnisse waren, wurde ich fast auf jeder Station im Preußischen, und auch oft in Rußland befragt; ich hatte mir dafür die Redensart, daß das niemand wissen könne, zurechtgelegt und bin natürlich nirgends darüber hinausgegangen; bei den Russen pflegte ich noch hinzuzusetzen: „Die Preußen und Russen sind ja immer gute Freunde gewesen!“ In Stallupönen[2]) erzählte mir der Posthalter, wie vortrefflich es mit der Mobilmachung gegangen wäre. Es bestände die allgemeine Hoffnung, daß Rußland ruhig bleiben würde, und große Lust, gegen Oesterreich vorzugehen. Er erzählte sehr komisch, wie übel er bei Rochow angekommen wäre, als er von der Kriegslust der Leute gesprochen hätte.[3]) (Schluß folgt)

---

[1]) Kurze Inhaltsangabe bei Martens, Recueil des traités conclus par la Russie, VIII, p. 386: „L'Empereur Nicolas dans ses réponses du 31 octobre et du 7 novembre (v. st.) 1850 [der 2. also wahrscheinlich der Schlegell übergebene] regrettait vivement que le roi ait cru devoir céder aux exhortations de Brandenbourg et n'ait pas mobilisé l'armée comme il le voulait et le croyait nécessaire.“ Weitere Angaben fehlen.

[2]) In Ostpreußen an der russischen Grenze.

[3]) Rochow war wie Gerlach und seine Freunde gegen den Krieg mit Oesterreich.

Digitized by Google

Der deutsch-englische Seekrieg

Von

Fritz Hoffmann, Konteradmiral z. D. (Kiel)

Die Ergebnisse des deutsch-englischen Seekriegs 1914 lassen sich am Jahresschluß mit kurzen Worten dahin zusammenfassen, daß die englische Flotte die deutschen Auslandskreuzer und den deutschen Seehandel vernichtet sowie den letzteren durch Blockade der Nordsee am Wiederaufleben verhindert, aber auch die deutsche Flotte der englischen nicht unwesentliche Verluste beigebracht hat, die, soweit sie ausgebildetes Flottenpersonal betreffen, von England nicht sofort ersetzt werden können, da die Ausbildung von Seeleuten, sowohl Offizieren wie Mannschaften, längere Zeit erfordert. Auch hat Deutschland teils durch Kreuzer-, teils durch Minen- und Unterseebootskrieg erreicht, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands bereits wesentlich verschlechtert haben, daß beispielsweise die Preise der meisten Lebensbedürfnisse außerordentlich gestiegen sind, sowie ferner, daß sich weiter Kreise der englischen Bevölkerung nervöse Angst vor deutschen Angriffen durch ein Landungsheer, durch Kreuzer und Luftfahrzeuge bemächtigt hat.

Demgegenüber herrscht in Deutschland dank der Tatsache, daß es seinem Heere gelang, den Kriegsschauplatz bis auf kleine Grenzgebiete ins feindliche Land zu verlegen und die feindlichen Heere so zu schwächen, daß ihr Vordringen auf deutsches Gebiet für ganz ausgeschlossen gelten kann, völlige Ruhe und Sicherheit der Gemüter sowie ungetrübte wirtschaftliche Lage. Zwar sind hier und da die Preise mancher Lebensmittel etwas gestiegen, aber im allgemeinen liegt kein Grund vor, der Zukunft in wirtschaftlicher Hinsicht weniger zu vertrauen als in militärischer. Ist doch nach einer kürzlich durch die Presse bekannt gewordenen Aeußerung des deutschen Reichskanzlers Deutschland sowohl mit Lebensmitteln als mit Rohstoffen so reichlich versehen, daß ein Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft auch ohne Zufuhr vom Auslande nicht gefürchtet zu werden braucht.

Ob in England die Kriegslage ebenso oder ähnlich beurteilt wird, ist hier zwar nicht bekannt; immerhin ist anzunehmen, daß England früher oder später einsehen wird, daß die Absperrung des neutralen Handels von der Nordsee, um dadurch Deutschland auszuhungern, den gewünschten Erfolg nicht haben wird.

Schließlich aber besitzt Deutschland auch noch Mittel und Wege, um ohne Hilfe der Neutralen zu seinem Ziel zu gelangen:

Der Kriegsverlauf des Jahres 1914 hat die vor dem Kriege England wohl unbekannte Tatsache offenbart, daß Deutschland über zwei Waffen verfügt, gegen die England bisher machtlos war und voraussichtlich machtlos bleiben wird. Dieses sind die Minensperren und die Unterseeboote. Was den Minenkrieg anbetrifft, so sind nach englischen Nachrichten von Beginn des Krieges an in englischen Küstengewässern sowohl Kriegs- als besonders zahlreich Handelsschiffe

Digitized by Google

durch Auflaufen auf deutsche Minen verloren gegangen, wodurch der Handel der innerhalb dieser Minensperren gelegenen Hafenplätze zeitweise oder gänzlich lahmgelegt wurde. Wenn inzwischen diese Minensperren durch die englische Flotte weggeräumt sein sollten, so ist doch anzunehmen, daß sie immer wieder ergänzt werden können, solange nicht die Deutsche Bucht selbst durch die englische Flotte blockiert wird.

Was die in diesem Krieg zum erstenmal zur Verwendung gelangte Waffe, die Unterseeboote, anbetrifft, so hat Deutschland mit ihr Erfolge erzielt, die die Welt mit Staunen betrachtete. Auch der Gegner dürfte zugeben, daß die Leistungen der deutschen Unterseeboote ganz über jedes Erwarten hervorragend sind; haben sie es doch oft genug fertiggebracht, rundherum um die Britischen Inseln zu fahren und dabei ihrer Aufgabe, feindliche Schiffe aufzusuchen und anzugreifen, nachzugehen. Sind sie doch oft genug zehn bis vierzehn Tage auf See gewesen, bei Sturm und winterlicher Kälte, lediglich auf Dauerproviant angewiesen, unter Entbehrungen und Strapazen allerschwerster Art.

Und was die Erfolge anbetrifft, die mit dieser Waffe erzielt werden können, so genügt es, nur anzuführen, daß das eine Unterseeboot U 9 in wenigen Wochen vier große englische Kreuzer vernichtete. Daran, daß die englische Flotte sich seit dem großen Erfolge von U 9 angstvoll versteckt hält, daß sie es nicht mehr wagt, auf der hohen See im Bereich deutscher Unterseeboote zu erscheinen, daran allein liegt es, daß sie nicht bereits wesentlich in ihrem Bestande geschwächt ist. Welche Erfolge diese Unterseeboote aber haben würden, wenn man sie dazu verwendete, die englischen Häfen zu blockieren, wenn man ihnen gestattete, jeden Blockadebrecher zu vernichten, das bedarf keiner Erläuterung, das ist aus obigem ohne weiteres ersichtlich.

Eine Uebersicht über die Ergebnisse des Seekrieges 1914 wäre nicht vollständig, wenn sie nicht eine Betrachtung enthielte, inwieweit der Krieg unter Innehaltung der völkerrechtlichen Grundsätze geführt wurde, zu denen sich die kriegführenden Parteien vor dem Kriege verpflichtet hatten.

Daß Deutschland die völkerrechtlichen, von ihm angenommenen Grundsätze stets und überall aufs peinlichste beobachtet hat, ist bisher von niemand angezweifelt worden.

Demgegenüber kann Englands Verhalten hinsichtlich der Wahrung der völkerrechtlichen Vereinbarungen nicht anders als schamlos bezeichnet werden. Denn es hat sich so viele bewußte Verstöße dagegen zuschulden kommen lassen, daß wohl jenem Rechtslehrer zuzustimmen ist, der erklärte, das Völkerrecht habe in diesem Kriege Bankerott gemacht.

In folgendem seien einige der Völkerrechtsbrüche, ohne die England diesen Krieg nicht zu gewinnen oder nicht für ein gewinnreiches Geschäft anzusehen glaubte, aufgeführt.

1. Der Minenkrieg

England hat, wie es selbst öffentlich bekanntgemacht hat, zwischen der belgischen und englischen Küste auf offenem, zu keinem Hoheitsgebiet gehörigen

Digitized by Google

Meeresgebiet eine Minensperre gelegt zu dem ausgesprochenen Zweck, diese Fahrstraße für jeglichen Schiffsverkehr zu sperren. Das widerspricht den völkerrechtlichen Grundsätzen.

England hat ferner die Minen dieser Sperre nicht gegen Vertreiben durch Strom oder Seegang gesichert, wie daraus hervorgeht, daß an der holländischen und belgischen Küste eine große Zahl dieser Minen antrieben, von denen ein Teil bei der Berührung mit dem Lande explodierte. Aus letzterer Tatsache ist weiter zu folgern, daß die englischen Minen nicht der völkerrechtlichen Vorschrift entsprechen, daß sie bei etwaigem Losreißen von der Verankerung selbsttätig entschärft werden müssen.

2. Die Absperrung der Nordsee

England hat durch Bekanntmachung an die neutralen Staaten die nördlichen Zugänge der Nordsee für gesperrt erklärt und empfohlen, nur den südlichen Weg durch den Kanal zu benutzen, auf dem es möglich sei, mit Hilfe englischer Lotsen eine sichere Fahrstraße zu benutzen. England hat sich zur Rechtfertigung dieser ungeheuerlichen Tat darauf berufen, daß Deutschland in der Nordsee Kriegshandlungen vorgenommen habe, was beweise, daß die ganze Nordsee kriegerischen Zwecken diene, also von den kriegführenden Parteien gesperrt werden dürfe. Da das Völkerrecht eine Absperrung ganzer Meere nicht kennt, vielmehr nur eine Blockade von Küstengewässern gestattet, so bedeutet diese Rechtfertigung Englands eine Verdrehung der völkerrechtlichen Grundsätze oder sogar eine offene Lüge. England bezweckt mit dieser Blockade der Nordsee, die ganze neutrale Schiffahrt in der Nordsee zu kontrollieren, sie deshalb an einen bestimmten Weg, der natürlich über englische Häfen führt, zu binden und sich so in aller Bequemlichkeit und völlig gefahrlos der Ladung der neutralen Schiffe, soweit es selbst sie für Konterbande hält, als Beute zu bemächtigen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sperrung der Nordsee eine Blockade darstellt, der jedoch die völkerrechtlich vorgesehene Eigenschaft fehlt, daß sie effektiv sein muß; England hat eben nur einen Umweg gesucht, um den Verpflichtungen einer Blockade zu entgehen, aber ihren Nutzen zu ernten.

3. Konterbande

England hat außer der reinen Konterbande, d. h. Waffen und solchen Dingen, die unmittelbar als Mittel zur Kriegführung zu bezeichnen sind, alle Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände und ihre Rohstoffe usw. für bedingte Konterbande erklärt, d. h. ihre Wegnahme angedroht, falls sie für das feindliche Land bestimmt oder dahin auf Umwegen geschafft werden können, trotzdem dieses den völkerrechtlichen Grundsätzen durchaus widerspricht. Es hat dies ausgesprochenermaßen getan, um Deutschland auszuhungern, eine Art der Kriegführung, die das Völkerrecht wohl im Festungskriege gestattet, aber nicht im Seekriege.

Digitized by Google

4. Untersuchungsrecht

Nach völkerrechtlichen Grundsätzen steht das Recht, neutrale Handelsschiffe auf Konterbande zu untersuchen und letztere mit Beschlag zu belegen, den Kriegführenden nur bei der Blockade oder im feindlichen Hoheitsgebiet zu. England hat sich aber dieses Recht in der ganzen Nordsee angemaßt, obgleich es die über die Nordsee verhängte Sperre nicht für eine Blockade angesehen wissen will.

England hat ferner das Untersuchungsrecht in der Form ausgeübt, daß es die zu untersuchenden Schiffe zwang, sich in englische Häfen zu begeben, wo es in seiner Hand lag, die Untersuchung zu verzögern und dadurch die neutrale Schiffahrt unberechtigterweise zu schädigen. Es sind dieses Handlungen der ungeheuerlichsten Willkür, die einer gesitteten, mit dem Völkerrecht sich im Einklang befindenden Kriegführung vollkommen widersprechen.

Im Bewußtsein seiner Uebermacht zur See hat sich England bisher vollkommen über jede von ihm vor dem Kriege anerkannte völkerrechtliche Abmachung hinweggesetzt, hat seine Verpflichtungen nicht nur gegenüber dem Feinde, sondern auch gegen die Neutralen nicht nur nicht eingehalten, sondern bewußt und absichtlich gebrochen. Ein solches Volk hat die Daseinsberechtigung verloren, sollte dafür aus der Reihe der Kulturvölker ausgestoßen und von jedermann durch Verachtung bestraft werden.

Aus der Organisation der weiblichen Kriegskrankenpflege

Von

Geh. Sanitätsrat Prof. J. Schwalbe (Berlin)

Zu den wenigen Tugenden, die uns von unsern Feinden auch jetzt noch trotz unsrer Sünden wider Zivilisation und „culture“ zugebilligt werden, gehört unser Organisationstalent. In einem sonst von irrigen Vorstellungen strotzenden Aufsatz, den ich jüngst in der angesehensten Pariser medizinischen Wochenschrift, der „Presse médicale“, aus der Feder eines ihrer ständigen Mitarbeiter gelesen habe, wird uns allen Ernstes sogar der nicht übel klingende Stempel „Le peuple-organisateur“ aufgedrückt. Unser Ordnungssinn, die Fähigkeit, unsre Arbeit zu systematisieren und damit ihren geregelten Ablauf zu fördern, die gründliche Ausnützung unsrer Zeit hat sich schon immer der Anerkennung bei den andern Völkern erfreut, wenn sich auch bei der Grande nation und den Söhnen John Bulls ein deutlicher Spott über unsre Pedanterie dazugesellt hat. Die Schnelligkeit unsrer Mobilmachung, die derjenigen unsrer Gegner nicht nachgestanden, ja sie sogar teilweise übertroffen hat, trotzdem namentlich die Russen schon Wochen vorher kriegsbereit waren, dürfte den Respekt vor unsrer Organisationskraft in allen Lagern noch gesteigert haben. Zu den glänzen-

Digitized by Google

den Leistungen unsrer Heeresführung in diesem Kriege bildete in der Tat die Planmäßigkeit, die Ruhe und Sicherheit, mit der die Truppen gesammelt und nach Ost und West den Feinden entgegengeführt wurden, eine Einleitung, die die Vertrauensstimmung unsers Volkes für die weitere Entwicklung des Krieges stärkte und festigte.

Dieses Zeugnis gilt nicht nur für die eigentliche Leistung der kämpfenden Heeresmassen, sondern auch für alle Einrichtungen, die der Beförderung, Verpflegung und sonstigen Versorgung der Soldaten dienen. Welche wichtige Rolle unter ihnen das Heeressanitätswesen spielt, bedarf keines besonderen Hinweises. Auch seine Organisation wurde für den Krieg gerüstet und ständig vervollkommnet, und auch seine Bataillone waren zur Stelle, als das Volk zu den Waffen gerufen wurde.

Das aktive Sanitätsoffizierskorps, das schon in Friedenszeiten aus Gründen, die hier übergangen werden müssen, manche Lücken aufwies und für die Kriegsheere selbstverständlich erst recht nicht ausreichte, wurde zunächst durch die Sanitätsoffiziere des Beurlaubtenstandes — gemäß der alljährlich erneuerten Aufstellung — ergänzt. Später wurden, als die Bedürfnisse der Verwundeten- und Krankenpflege nach einer weiteren Vermehrung der ärztlichen Kräfte verlangten, inaktiv gewordene Militärärzte und nichtgediente Zivilärzte in steigender Zahl zur Front und in die Lazarette berufen.

Noch früher und in noch schnellerer Folge war eine Auffüllung des Bestandes des Pflegepersonals notwendig.

Bekanntlich haben wir das eigentliche Militärsanitätspersonal von dem Personal der freiwilligen Krankenpflege zu unterscheiden. Zu dem ersteren gehören u. a. die Sanitätsmannschaften und die Militärkrankenwärter. Jedes Armeekorps verfügt über 1 Sanitätsbataillon, bestehend aus (in der Regel) 3 Sanitätskompagnien, und 12 Feldlazarette. Jede Sanitätskompagnie enthält 8 Krankenwärter, jedes Feldlazarett 14. Den Kriegslazarettabteilungen sind je 36 Krankenwärter zugeteilt, der Krankentransportabteilung — die die Ueberführung der Kranken von der Etappe in die Heimat zu besorgen hat — je 8, jedem Lazarettzug 16. In den Hilfslazarettzügen, den Lazarettschiffen usw. werden Militärkrankenwärter nach Bedarf eingestellt.

Das zur Unterstützung und Ergänzung des staatlichen Sanitätsdienstes im Kriege verwandte Personal der freiwilligen Krankenpflege wird von bestimmten Verbänden und Vereinen gestellt: dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz mit den ihm angehörenden und den angegliederten Vereinen — nämlich den vaterländischen Frauenvereinen in den einzelnen Bundesstaaten mit ihren 2000 Zweigvereinen, den Samaritervereinen, den Sanitätskolonnen, den Genossenschaften freiwilliger Krankenpflege im Kriege —, ferner dem Johanniterorden, den Genossenschaften rheinisch-westfälischer Malteserdevotions- und schlesischer Malteserritter, dem bayerischen St. Georgsritterorden.

Das für den Kriegsfall ausgebildete weibliche Pflegepersonal zerfällt seit dem Jahre 1908 in drei Kategorien: die Schwestern (Berufsschwestern), Hilfsschwestern und Helferinnen. Die Ausbildung der Schwestern dauert nach den

Digitized by Google

Vorschriften vom 10. Mai 1907 ein Jahr; nach einer vor einem Regierungsvertreter bestandenen Prüfung wird der Pflegerin die staatliche Anerkennung als Krankenschwester gewährt. Die Einführung der beiden andern Gruppen von Krankenpflegerinnen wurde durch den Mangel an geeigneten Vollschwestern notwendig. Die Hilfsschwestern müssen mindestens sechs Monate theoretisch und praktisch unterrichtet sein und dann eine Abschlußprüfung bestehen. Die Helferinnen endlich werden bei einem Zweigverein vom Roten Kreuz oder des Vaterländischen Frauenvereins oder einer Schwesternschaft vom Roten Kreuz vier bis sechs Wochen theoretisch und praktisch ausgebildet und haben ebenfalls sich einer Abschlußprüfung zu unterziehen. Die beiden Unterrichtskurse können nacheinander oder gleichzeitig abgehalten werden; im ersteren Falle findet die Zulassung zum praktischen Teil erst nach der Absolvierung einer theoretischen Prüfung statt. Die Ausbildung der Schülerinnen ist kostenfrei. Dagegen haben sie für Wohnung und Unterhalt selbst zu sorgen. Auswärts Wohnende haben bei der Eisenbahnfahrt zum Antritt des Lehrgangs und während desselben keinen Anspruch auf Fahrpreisermäßigung; dagegen steht ihnen ein solcher zu nach erfolgreicher Prüfung als Helferin vom Roten Kreuz für die Rückreise zum Ausbildungsort und für Reisen von und zu weiteren Uebungen. — Solche Wiederholungen, die vier bis sechs Wochen dauern, sollen für die Helferinnen wenigstens alle zwei Jahre einmal obligatorisch sein, im ganzen wenigstens dreimal. Die Helferinnen müssen sich verpflichten, im Kriegsfall mindestens drei Monate im Dienste der freiwilligen Krankenpflege sich verwenden zu lassen.

Das der freiwilligen Krankenpflege zugehörige Personal von Pflegerinnen findet niemals auf dem Schlachtfelde, nur ausnahmsweise, und zwar nur mit Genehmigung des Armeeoberkommandos, in den Feldlazaretten, prinzipiell lediglich in den stehenden Kriegs-, Etappen-, Reserve- und andern Lazaretten, Genesungsheimen usw. seine Anstellung. In den Kriegs- und Etappenlazaretten sollen nur staatlich geprüfte Schwestern zugelassen werden. Die Helferinnen sind zunächst nur zur Unterstützung von Schwestern und Hilfsschwestern bestimmt, und zwar nur im Heimatgebiet.

An weiblichem Krankenpflegepersonal verfügte das Rote Kreuz bei Ausbruch des Krieges über rund 9170 Köpfe, darunter 570 Hilfsschwestern und 2540 Helferinnen. Daß diese Kräfte für die enormen Anforderungen des Krieges mit seinen Schlachten auf zwei Kriegsschauplätzen, den Millionenheeren, den von den weittragenden und explosiven Geschossen zu erwartenden Verlusten nicht ausreichen würden, war mit Sicherheit anzunehmen. Und so erging alsbald nach der Mobilmachung von der Leitung des Roten Kreuzes namentlich an die deutschen Frauen der Aufruf, sich zur Ausbildung in der Verwundeten- und Krankenpflege zu melden, um als Helferinnen dem Vaterlande und den zu seiner Verteidigung kämpfenden Truppen ihre Dienste zu widmen.

Gewaltig war die Zahl der Frauen, die diesem Rufe Folge leisteten. In dem unser ganzes Volk durchglühenden Verlangen, an der Rüstung der Heimat mitzuwirken, mit dem durch die moderne Frauenbewegung geförderten Eifer zu

Digitized by Google

Werken der sozialen Wohlfahrt strömten Tausende und aber Tausende zu den Meldestellen des Roten Kreuzes. Wie der nächste Gedanke beim Ausbruch des Krieges sich auf Kampf und Wunden richtete, so drängten sich zunächst die weiblichen Hände, an der Pflege und Wartung der Verletzungen, die die mörderischen Geschosse reißen würden, sich zu beteiligen. Allein beim Zentralkomitee vom Roten Kreuz in Berlin haben sich 4000 Mädchen und Frauen in wenigen Tagen zur Ausbildung als Helferinnen bereit erklärt.

Auf die Blüten des idealen Wollens legte sich leider — wie es nun einmal im Leben nur zu oft sich ereignet — der Meltau des realen Dürfens, Sollens und Könnens.

Die Notwendigkeit, die Zahl der Schülerinnen dem voraussichtlichen Bedarf wenigstens annähernd anzupassen, lieferte das erste Sieb, durch welches nicht wenige Frauen ausgeschaltet wurden. Eine weitere Verminderung trat ein, als manche sich außer Lage sahen, die Bedingungen für die Ausbildung (Verpflichtung zu mindestens drei Monate dauerndem Helferindienst, Verzicht auf jede Entschädigung und auf freie Beköstigung u. dgl.) zu erfüllen. Eine mehrfache weitere Auslese vollzog sich dann bei dem sechswöchentlichen theoretischen Unterricht, bei der Abschlußprüfung dieser Periode, beim praktischen Lehrgang und bei dessen Beendigung. Als aber alle diese Klippen eine noch ganz stattliche Zahl von Frauen umschifft und nunmehr als richtige Helferinnen vom Roten Kreuz, mit der Helferinnenbrosche geschmückt, in Tätigkeit treten wollten und sollten, da brach der schon vorher in mündlichen Debatten und Zeitungsartikeln sich kundgebende Kampf aus, und die Forderung wurde aufgestellt, daß den Helferinnen die Ausübung ihrer neugewonnenen Fähigkeiten beschränkt werden sollte.

Hervorgerufen wurde der dem Fernerstehenden völlig unverständliche und wenig erquickliche Streit durch den auch im Frieden sehr oft sich geltend machenden Zwiespalt zwischen den berechtigten Bedürfnissen der Berufsarbeiter und den idealen Angeboten der Wohlfahrtstätigkeit. Ueberall da, wo das charitative Schaffen den Verdienst der auf Erwerbsnotwendigkeit gestellten Personen schmälert, wird ein Konflikt entstehen, dessen Schlichtung nur bei sorgfältiger Abwägung der sich entgegenstehenden Interessen möglich ist.

Gegen die weitgehende Verwendung der unentgeltlich tätigen Helferinnen in der Kriegskrankenpflege erhoben sich die freien, d. h. nicht dem Roten Kreuz angehörenden Berufskrankenpflegerinnen. Ein nicht geringer Teil von ihnen hat schon in normalen Zeiten mit Beschäftigungsmangel und daraus entspringender Not zu kämpfen: vorwiegend ein Ergebnis des Ueberangebots der weiblichen Krankenpflege. Dieser Mißstand wurde durch den Krieg gesteigert, weil eine Reihe von Privatkliniken infolge des Kriegsdienstes ihrer Inhaber oder Leiter geschlossen bzw. erheblich verkleinert wurden, weil ferner Krankenhausabteilungen für militärische Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, endlich weil — eine merkwürdige Erscheinung, deren psychologische Erklärung an dieser Stelle übergangen werden soll — die Zahl der Kranken in der Privat- und Krankenhauspraxis überhaupt herunterging. Alle die auf diese Weise freigewordenen Pflegekräfte

Digitized by Google

nebst den schon vorher Feiernden hofften zur Kriegskrankenpflege herangezogen zu werden, sobald die zum Roten Kreuz gehörenden Schwestern Unterkunft gefunden hätten. Als aber statt dessen Helferinnen herangezogen wurden und die Aussicht drohte, daß in gleicher Weise auch weiterhin so verfahren werden würde, kam es zu erregten Protesten in Eingaben und Zeitungsartikeln. Namentlich in der Presse erschienen Erörterungen von hüben und drüben, bei denen es an Unklarheiten und Schiefheiten nicht fehlte.

Man erhob Bedenken gegen die ethischen Qualitäten der Helferinnen. Trübe Erfahrungen, welche einige Aerzte in den letzten Balkankriegen beim österreichischen Roten Kreuz veröffentlicht hatten, unpassendes Benehmen einiger Schülerinnen bei der Anmeldung und im weiteren Verlaufe der Kurse wurden verallgemeinert, man warf den jungen Damen — namentlich der Großstadt — vor, daß sie nur ihrer Eitelkeit und noch schlimmeren weiblichen Eigenschaften mit der Anlegung der Schwesterntracht und bei der Verwundetenpflege frönen wollten. Sicher waren die Vorwürfe bei einem Teil der Novizen berechtigt. Bei der ersten Verleihung der Helferinnenbrosche, die am 10. November in Berlin stattfand, hatte der sehr verdiente Generalarzt Werner vom Zentralkomitee Anlaß, nachdrücklich zu betonen, daß nicht Sensationslust oder sonstige Anreize zum Pflegedienst treiben dürfen und daß die Würde einer Helferin auch in der äußeren Haltung gewahrt werden müsse, z. B. in der Kleidung und den Haarfrisuren. Einige Schülerinnen wurden ausgeschieden, weil sie nur Verwundete und nicht auch Kranke pflegen wollten — offenbar weil sie den ersteren Dienst für „interessanter" hielten. So bedauerlich alle derartige weiblichen Schwächen waren, bildeten sie doch unter der großen Zahl von Schülerinnen seltene Entgleisungen, die der Gesamtheit nicht zur Last gelegt werden können. Anderseits wäre es ungerecht, derartige Fehler in dem Streite „Helferinnen — Berufsschwestern" ausschließlich zum Nachteil der ersteren auszubeuten; denn daß auch unter den Schwestern bisweilen Verfehlungen gegen Anstand und Sitte festgestellt werden, ist jedem Arzte wohlbekannt. Keine aus den beiden Lagern darf hier mit Steinen werfen. Auf diesem Gebiete weiblicher Charakterfehler erhebt sich die Scheidegrenze weniger zwischen Helferinnen und Schwestern als zwischen weltlicher und religiöser Krankenpflege.

Höchst seltsame Vorzüge wurden anderseits zugunsten der Helferinnen von einem Landtagsabgeordneten geltend gemacht. Die Behauptung, daß die Qualität zahlreicher Helferinnen „über allen Zweifel erhaben", dagegen die Qualität der in Berlin aus der Provinz zuströmenden Berufsschwestern „nicht bekannt sei", wird man als Uebertreibung eines günstigen Vorurteils noch passieren lassen. Eine scharfe Zurückweisung verdient aber die Ansicht, daß es sich bei den Schwestern „nur" um eine „Brot- und Magenfrage" handle, die als „Vorwand" bei dem Kampfe gegen die ausgedehnte Verwendung der Helferinnen eine Rolle spiele, und daß dadurch „die weitsichtigen und hohen Ziele, die das Rote Kreuz auf dem Gebiet der freiwilligen Kriegskrankenpflege durch die Ausbildung eines ansehnlichen Teiles der weiblichen Bevölkerung aus den gebildeten

Digitized by Google

Gesellschaftsklassen anstrebte, zu einer ökonomischen Frage degradiert werden". Der Herr Abgeordnete hat sich offenbar wenig theoretisch oder praktisch mit der Prüfung einer „Brot- und Magenfrage" zu beschäftigen brauchen, geschweige denn, daß er je ihren peinlichen Inhalt am eigenen Leibe gespürt hätte; trotzdem sollte ein Volksvertreter so viel Verständnis für eine soziale Frage besitzen, daß er auch Angelegenheiten der Krankenpflege durch die Betonung berechtigter ökonomischer Gesichtspunkte nicht als „degradiert" ansieht. Er könnte sonst jede Erwerbstätigkeit auf den Gebieten der sozialen und charitativen Hilfe, darunter auch die ganze ärztliche Tätigkeit, unter dem Gesichtswinkel der „ökonomischen" Minderwertigkeit betrachten. — Um den ganzen Standpunkt dieses Lobredners der Helferinnen voll zu würdigen, seien von seinen sachfremden und „nichts als gefühlsvollen" Anschauungen noch folgende wiedergegeben. Nach dem Urteil von Aerzten und Oberinnen der Militärlazarette soll es angeblich geradezu unentschuldbar sein, wenn die Verwundeten der Pflege der Helferin entbehren müßten, die durch eine Durchschnittsschwester (!) niemals zu ersetzen sei. „Es heißt der Wahrheit die Ehre geben, wenn ich es ausspreche, daß in den Helferinnen für die Kriegskrankenpflege Kräfte schlummern, welche in solchem Reichtum nur einmal, d. h. eben im Kriege, lebendig werden." „Ein Recht auf Arbeit besteht für die Schwestern nicht, ein Recht auf Unterstützung steht ihnen zweifellos zu. Was der Staat und die Verbände durch Einstellung freiwilliger Krankenpflegerinnen sparen, das werden sie sicher gern in Teilen zu diesem Zweck verwenden, wenn ihnen einerseits der ökonomische Vorteil und auf der andern Seite dargetan wird, daß eine Summe und ein Maß von unschätzbaren Gütern des nationalen Geistes und des Herzens durch die freiwillige Kriegskrankenpflege wachgerufen wurden, die ohne sie in einem tauben Leergang (!) des Gefühlslebens bei Tausenden von Frauen und Mädchen veröden müßten."

Bei solchen und weiteren Aeußerungen könnte man zu der Auffassung gelangen, daß dem Verfasser die wesentliche Frage, nämlich die beste Versorgung der Verwundeten, ganz aus dem Sinn gekommen ist, daß es sich vielmehr bei der Ausbildung und Verwendung der Helferinnen zum mindesten in erster Linie um eine — wie er an einer andern Stelle sagt — „sittliche Einwirkung auf die Helferinnen" handelt!

In den zahlreichen Erwiderungen, die dieser Aufsatz von Helferinnen und andern Frauen erfuhr, hat man sich leider ebenfalls nicht vor Uebertreibungen gehütet und ist nicht selten über das Ziel hinausgeschossen. So wurde gegenüber den Leistungen einer durch längere Zeit ausgebildeten und erfahrenen Berufsschwester der Nutzen, den eine im Marschtempo angelernte Helferin für die Krankenpflege bietet, sehr gering veranschlagt. Gewiß bedeutet die Uebung in der Krankenpflege einen ebenso wertvollen Faktor wie auf jedem andern Arbeitsgebiet. Aber sie gewährt doch nur ein Uebergewicht bei sonst gleichen Vorbedingungen. Fraglos ist die Befähigung zur Krankenpflege eine weitverbreitete natürliche Gabe des weiblichen Geschlechts, sie ist, wie man sich oft genug bei kleinen Mädchen überzeugen kann, angeboren und kann schon bei geringer

Digitized by Google

Anleitung einen hohen Grad von Wirksamkeit erlangen. Jeder Arzt vermag aus seinem Berufskreis zu berichten, mit welchem Geschick Töchter und Frauen ihre erkrankten Angehörigen pflegen, ohne jede theoretische und praktische Vorbildung — oft genug besser als manche langgediente Berufsschwester mit reicher Erfahrung. Unzweifelhaft spielt hierbei die starke seelische Hilfsbereitschaft, die um keinen andern Lohn als um die Liebe wirkt, die an sich die höchsten Anforderungen stellt lediglich zum Wohle der mit dem Herzen umschlossenen Kranken, eine große Rolle. Daß von dieser psychischen Triebkraft sehr viele Helferinnen auch bei der Pflege — nicht verwandter, aber in idealem Sinn nahestehender — verwundeter Soldaten, die ihr Blut für ihr Vaterland und damit auch für jeden von uns hingegeben haben, ein gut Teil aufwenden, mehr als manche Berufsschwester, wird nicht bestritten werden können. Feiner Herzenstakt, gutes Verständnis für die körperlichen und seelischen Bedürfnisse der Pflegebefohlenen, tieferes, durch lange Berufsarbeit noch nicht abgestumpftes Mitgefühl, größere Zartheit und Geschicklichkeit in den Hilfeleistungen werden sicher manche nur kurze Zeit im Dienst stehende Helferin für die Kriegskrankenpflege geeigneter und wertvoller machen als diese oder jene praktisch geübte Berufsschwester. Erfahrung und Uebung ist gerade in der Krankenpflege nicht alles.

Man wird mich hoffentlich nicht mißverstehen und mir nicht zutrauen, daß ich alle die gerühmten Fähigkeiten einer echten Krankenpflegerin den Berufsschwestern absprechе: jeder Arzt weiß, wie außerordentlich oft sie bei ihnen zu finden sind.

Eine neue Gegenströmung gegen die Verwendung von Helferinnen in der Kriegskrankenpflege entstand an einer Stelle, an der sie am wenigsten zu erwarten war — nämlich bei der Leitung des Roten Kreuzes selbst. Offenbar unter dem Eindruck der Proteste und Klagen vieler Berufsschwestern über ihre mangelhafte Versorgung und über ihre Beeinträchtigung durch die Helferinnen erschien von Frau Wild v. Hohenborn ein Aufsatz, der die Helferinnen auf die zahlreichen Arbeitsstätten des Roten Kreuzes hinwies, an denen sie ebenso gut oder noch besser als in der Verwundetenpflege wertvolle Dienste leisten könnten, ohne den Erwerb bedürftiger Krankenschwestern zu verkümmern. Dieser Appell wurde von verschiedenen Seiten aufgenommen, am eindrucksvollsten wohl von Gabriele Reuter, die im Rahmen eines in der „Woche“ veröffentlichten Artikels ebenfalls für den „freiwilligen Verzicht“ der Helferinnen zugunsten der geübten und geschulten Krankenpflegerinnen ihre Stimme erhob. Eine andre Frau ruft in demselben Sinne den Helferinnen zu: „Mögen sie dankbar sein für die Ausbildung, die sie durch unsere Aerzte genossen haben, dankbarer noch, wenn man ihnen jetzt Gelegenheit gibt, die ausrückenden Berufsschwestern zu vertreten — das ist ihr eigentlichster Zweck und ihr vornehmster! ... „Seid Mütter vor allem, seid Lehrerin und Erzieherin, seid soziale Hilfsarbeiterin und bleibt in eurem Beruf, wenn er euch nährt und euch Arbeitsgelegenheit schafft: es ist eure Pflicht und euer Anrecht. Und ihr, die ihr in Friedenszeiten, ob freiwillig oder unfreiwillig, müßig gewesen seid, seht zu, wo Lücken sind, wo ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, und lernt zuzugreifen und euch einzuordnen!“

Digitized by Google

Daß sich die Helferinnen gegen diese und ähnliche Aufforderung zur Selbstausschaltung energisch wehrten, wird man ihnen gewiß nicht verdenken können. Mit unverkennbarer Bitterkeit wurde in den Entgegnungen darauf hingewiesen, daß man nach Ausbruch des Krieges in dringenden Worten ihre Mitarbeit verlangt habe und ihnen nun, nachdem sie die Unbequemlichkeiten und Kosten der Ausbildung nicht gescheut hätten, zumute, freiwillig vor den Schwestern zurückzutreten, von denen manche aus diesem oder jenem Grunde keine Arbeitsgelegenheit gewollt oder gefunden habe und jetzt nach Versorgung rufe. Die Helferinnen wären einzig für die Kriegskrankenpflege unterrichtet, und nun sollten sie gerade in andern Zweigen der Wohlfahrt tätig sein, für die sie keine Vorbildung und noch weniger Erfahrung mitzubringen vermöchten. Viele Stellen der Gemeindekrankenpflege seien durch den Eintritt der Schwestern in den Lazarettdienst verwaist, und diese verantwortungsvollen Posten würden besser durch erprobte Berufsschwestern ausgefüllt als durch Helferinnen, deren Tätigkeit nur als eine unterstützende neben Vollschwestern unter Aufsicht der Aerzte ausgeübt werden dürfe.

Diese tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten und anscheinend unüberbrückbaren Gegensätze hat die versöhnende Zeit und die praktische Erfahrung bereits ausgeglichen. Nicht mehr sind heute, wie Gabriele Reuter am 7. November — allerdings mit rhetorischer Uebertreibung — schrieb, die freien Pflegerinnen fast alle verdienst- und beschäftigungslos, und die Helferinnen haben sich als brauchbare Mitarbeiterinnen in den Lazaretten erwiesen. Das Rote Kreuz hat „offiziell" bereits vor einigen Wochen bekanntgegeben, daß jetzt kaum noch eine Pflegerin, die die Ausbildung als Vollschwester nachweisen kann und auch sonst geeignet ist, von der Kriegskrankenpflege ausgeschlossen bleibt, wenn sie sich hierzu meldet. „Helferinnen vom Roten Kreuz nehmen den Pflegerinnen besoldete Stellungen nicht weg, da sie in solchen nicht Verwendung finden."

Es ist natürlich kaum anzunehmen, daß von dieser Angabe sich nicht hier und da Ausnahmen finden sollten. Nach meinen Informationen waren Mitte November in 21 Reservelazaretten Berlins[1]) mit 6230 Betten 220 Vollschwestern, 25 Hilfschwestern und 390 Helferinnen beschäftigt. Danach kamen also auf je 1 Vollschwester durchschnittlich etwa 2 Helferinnen. Im einzelnen schwankte das Verhältnis stark. Während in zwei Lazaretten überhaupt keine Helferinnen eingestellt waren, fanden sich in einem andern 10 Helferinnen neben einer einzigen Schwester, in einem dritten 90 Helferinnen neben 45 Schwestern.

Hinsichtlich der Qualifikation der Helferinnen haben sich die Chefärzte der betreffenden Lazarette fast durchgehends außerordentlich anerkennend geäußert. Als ungeeignet waren im ganzen nur 7 von ihnen entlassen worden. Dabei waren die Helferinnen zumeist in der eigentlichen Pflege beschäftigt und nur nebenbei zu niederen Hilfeleistungen herangezogen. Manche Chefärzte haben ihnen allerdings Nachtwachen nicht anvertraut, doch wird es sich bei diesen

[1]) In ganz Deutschland sind jetzt rund 8000 Reservelazarette zur Aufnahme von verwundeten und kranken Kriegern bereit.

Digitized by Google

Ausnahmen nur um einen vorübergehenden Zustand gehandelt haben, der so lange dauerte, als die Helferinnen noch nicht genügend Gelegenheit zu ihrer Erprobung darboten.

Erwägt man, daß diese lobenswerten Leistungen sämtlich ohne jede Entschädigung gewährt wurden, zumeist in reiner Opferwilligkeit für vaterländische Interessen, aus idealer Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft, so kann man diese hohe ethische Gesinnung und treffliche Fähigkeit mit großer Genugtuung hervorheben.

Nur ausnahmsweise werden die Helferinnen in den Lazaretten, und zwar wohl durchweg gegen Entgelt, beköstigt, in den meisten wird ihnen diese Vergünstigung nicht zuteil. Ich halte diese Maßregel nicht für zweckmäßig und gerechtfertigt. Dort, wo nicht gerade die räumlichen Verhältnisse des Lazaretts eine Verpflegung der Helferinnen unmöglich machen (was wohl in den seltensten Fällen vorkommen dürfte), führt die Notwendigkeit, die größeren Mahlzeiten außerhalb des Hauses einzunehmen — namentlich in größeren Städten —, zu einer Unterbrechung des Dienstes, die für letzteren sicher oft mit Unbequemlichkeiten und Unzuträglichkeiten verknüpft ist. Diese Erfahrung hat denn auch auf das dringende Verlangen der Chefärzte — die fast durchweg die Bestimmung als lästig beurteilen — dazu geführt, daß in manchen Lazaretten die Beköstigung der darauf Anspruch erhebenden Helferinnen zum mindesten gestattet wird. Daß damit eine wesentliche Mehrbelastung der Küche oder sonstigen wirtschaftlichen Einrichtungen verbunden ist, kann kaum angenommen werden. Um so mehr ist eine Verallgemeinerung dieser Erlaubnis zu befürworten. Dabei ist aber gleichzeitig die Uebernahme der Verpflegung auf Rechnung des Militärfiskus oder des Roten Kreuzes wahrlich keine unbillige Forderung. Daß für eine Massenwirtschaft, wie sie in den Lazaretten betrieben werden muß, die Vermehrung der Verpflegten um ein oder zwei Dutzend Köpfe verhältnismäßig wenig bedeutet, wird jede Hausfrau zu bestätigen in der Lage sein. Mit der Unentgeltlichkeit der Verpflegung wird aber einerseits den Helferinnen wenigstens ein materielles Aequivalent für ihre Tätigkeit, anderseits auch Minderbemittelten die Möglichkeit des Helferinnendienstes gewährt und damit das Odium, als ob diese Liebesarbeit für die Wohlhabenderen monopolisiert sei, beseitigt. Gar manche für die Krankenpflege besonders befähigte Frau, deren Mann und Söhne im Feld weilen und die ihre quälende Einsamkeit durch die Verwundetenpflege verscheuchen möchte, würde durch die unentgeltliche Beköstigung in die Lage versetzt werden, sich am Helferinnendienst zu beteiligen.

Diese Vergünstigung für die Helferinnen wird hoffentlich um so weniger auf Schwierigkeiten bei der Militärverwaltung oder andern maßgeblichen Stellen stoßen, als das Rote Kreuz in letzter Zeit sich bestrebt gezeigt hat, in einer Beziehung den Helferinnen seine Fürsorge angedeihen zu lassen. Zwischen dem Zentralkomitee des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz und dem Stuttgarter Deutschen Versicherungsverein ist nämlich jüngst ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die preußischen Helferinnen für die Zeit vom 10. Oktober 1914 bis 1. April 1915 gegen Unfälle, die den Helferinnen im Dienst des Roten Kreuzes zustoßen,

Digitized by Google

versichert werden — mit Ausschluß der Unfälle auf dem Kriegsschauplatz und Etappengebiet. Eine Ausdehnung dieser dankenswerten Wohlfahrtseinrichtung sollte nach Möglichkeit betrieben werden. Wesentlich dafür wäre freilich der Bruch mit der bisherigen Begriffserklärung des Kriegsministeriums, wonach die Helferinnen nicht zum eigentlichen Personal der freiwilligen Krankenpflege gerechnet werden.

Allerdings wird diese harte Bestimmung durch den Umstand gemildert, daß die Helferinnen bei anerkannten Leistungen jetzt bereits nach drei Monaten — im Einzelfall auf Befürwortung der Chefärzte wohl auch noch früher — zu Hilfsschwestern befördert werden und damit aus dem losen Verhältnis zur Kriegskrankenpflegeorganisation herauswachsen. Sie erhalten dann 23 Mark monatlich, freie Unterkunft und freie Verköstigung, rücken also nicht nur nach ihrer äußeren Stellung, sondern auch in ihrer Entlohnung nahe an die Vollschwestern heran. Deren Rangstufe erreichen die Hilfschwestern bestimmungsgemäß erst nach anderthalbjähriger Pflegetätigkeit; auch in dieser Beziehung werden die Kriegsverhältnisse wohl manche Ausnahme zur Folge haben.

Das Gehalt der Vollschwestern beträgt durchgängig für den Monat 33,30 Mark. In Friedenszeiten war es für die Schwestern im Etappengebiet auf 30 Mark festgesetzt, ist aber bereits wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges von dem kaiserlichen Kommissar für die freiwillige Krankenpflege erhöht und seitens des Kriegsministeriums teilweise auch für das Heimatgebiet erweitert worden. Außer ihrem Gehalt steht den Schwestern freie Reise, Unterkunft und Verpflegung, ärztliche Behandlung und Versorgung im Invaliditätsfall zu.

An Stelle der freien Beköstigung kann ihnen eine entsprechende Geldvergütung gewährt werden. Diese Leistungen der Militärverwaltung sollen zwar bei dem Personal der freiwilligen Krankenpflege, das an seinem Wohnort verbleibt, vom Nachweis der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden, doch wird wohl von der Durchführung dieser (seit dem Jahre 1907 bestehenden) ungerechtfertigt erscheinenden, von der verdienten Vorsitzenden der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands, Schwester A. Karll, nicht ohne Grund als unwürdig bezeichneten Bestimmung vielfach abgesehen.

Auch sonst dürfte sich manches im Dienste der freien Schwestern innerhalb der Organisation der Kriegskrankenpflege gebessert haben. Die Klagen über ihre drückende Unterordnung unter das niedere männliche Sanitätspersonal, über hochmütige Behandlung seitens der „echten" Rote-Kreuz-Schwestern u. dgl. werden gewiß bei denjenigen, die sich durch ihre Persönlichkeit und insbesondere durch ihre Leistungen eine achtungsvolle Stellung zu erringen wissen, verstummen. Daß den freien Pflegerinnen die gebührende Anerkennung in der Armee zuteil wird, beweist u. a. die Tatsache, daß auch einer von ihnen für ihre ausgezeichnete Hilfe in den östlichen Kämpfen das Eiserne Kreuz verliehen worden ist.

Für ihre materiellen Verhältnisse von großem Wert ist die Entscheidung der Steuerbehörde, daß die Schwestern auf Grund der Anteilnahme an der Kriegspflege von der Steuerpflicht befreit werden. Nach der gleichen Richtung

Digitized by Google

zielt der noch nicht endgültig genehmigte Antrag, daß ihnen die Zeit des Kriegsdienstes bei den staatlichen Versicherungen ohne Beitragsleistung angerechnet werden soll.

Wenn trotzdem noch mancher Wunsch der Pflegerinnen unerfüllt geblieben ist und unbefriedigt bleiben wird, so muß man berücksichtigen, daß die unerwartet großen Anforderungen dieses Krieges auch teilweise völlig neue Verhältnisse geschaffen haben, die trotz aller Bereitwilligkeit und Anpassungsfähigkeit nicht in kurzer Zeit restlos mit den vorhandenen Kräften und Mitteln bewältigt werden konnten. Wenn Agnes Karll in ihren schon erwähnten Ausführungen Anfang November feststellt, daß es an einheitlicher Organisation der Kriegspflege gefehlt hat und daß nach dem Kriege wohl eine gründliche Revision der bisherigen Anschauungen und Maßnahmen erforderlich sein dürfte, so wird man ihr darin für manche Punkte recht geben müssen.

Auch ein an hervorragender Stelle stehender, um die Organisation der freiwilligen Krankenpflege sehr verdienter Militärarzt bekennt in seinem an mich gerichteten Schreiben freimütig: „Die rauhe Wirklichkeit hat uns gezeigt, daß auf mehr als einem Gebiet manches zu ändern sein wird, wenn wir in die Lage kommen, den nunmehr gewonnenen Maßstab an Bestimmungen zu legen, die in bester Absicht im Frieden gemacht wurden, sich aber im Kriege nicht als vollgültig erwiesen haben. Auf dieser Grundlage wird eine vielseitige Erörterung einsetzen, viele Aenderungen herbeiführen und neue Bestimmungen begründen."

Freilich knüpft er daran in Resignation das treffende Wort: „Wird dann nach vierzig Jahren einmal wieder das Schwert gezogen, so werden die neuen Bestimmungen auch nicht mehr passen. Denn die Zeiten ändern sich und wir uns mit ihnen."

England und die Neutralen

Eine Berichtigung von holländischer Seite

In dem Artikel, der unter diesem Titel im Januar-Heft d. J. erschien, ist auf Seite 55 nachstehende Stelle enthalten: „Die Niederlande haben sich sogar gefallen lassen müssen, daß England in Rotterdam einen Kommissar eingesetzt hat, der die Ausschiffung und weitere Verfrachtung solcher Waren beaufsichtigt, die nach Deutschland weiterbefördert werden."

Hierüber wird uns von einer der niederländischen Regierung nahestehenden Seite mitgeteilt: „Der niederländischen Regierung, welche an der strengen Neutralität festhält, kam es unbegreiflich vor, daß ein solcher Kommissar zugelassen sein soll, und nach eingezogenen Erkundigungen wurde von bestunterrichteter Seite berichtet, daß dieser Kommissar nicht existiert."

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

Digitized by Google

Literarische Berichte

Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis des Heftes 50 Pf.

Die Flugschriftensammlung „Der Deutsche Krieg", die allgemein als die beste und reichhaltigste Veröffentlichung dieser Art anerkannt wird, ist in den letzten Wochen bis zu Nummer 30 gediehen. — Heft 26, „Das Geld im Kriege", hat den bekannten Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo Böttger zum Verfasser. Von unsrer Geldwirtschaft während des Friedens ausgehend, schildert Böttger die auf dieser soliden Grundlage sich aufbauenden finanziellen Kriegsmaßnahmen, die sich gleichermaßen durch glänzende Organisation und durch erfreulichste Erfolge auszeichnen: die Kriegsanleihe, die Einrichtung der Darlehnskassen, die Ausgabe neuer Umlauf- und Zahlungsmittel usw. Es sind allgemeinverständliche, gründlich orientierende Aufschlüsse von einem bewährten Sachkenner. — Auf ein ebenso wichtiges Gebiet eigentlich friedlicher Betätigung führt uns Prof. Dr. Arthur Binz in der Schrift „Die chemische Industrie und der Krieg" (Nr. 28 der Sammlung). „Ein Kapitel aus der Weltmachtstellung deutscher Wissenschaft" hat Professor Binz im Untertitel seine Abhandlung genannt; und in der Tat, wenn wir aus ihr den Unterschied zwischen der deutschen und der englischen Art praktisch wissenschaftlicher Arbeit, den Weitblick und die Anpassungsfähigkeit unsrer Gelehrten und Fabrikanten an glücklich gewählten, wirklich überraschenden Beispielen kennen gelernt haben, dann können wir nicht zweifeln, daß hier wirklich von einer Weltherrschaft deutschen Geistes und Fleißes gesprochen werden darf, und daß diese Weltherrschaft siegreich das Feld behaupten wird. Wir wollen besonders darauf aufmerksam machen, daß der Verfasser ein Meister allgemeinverständlicher, fesselnder und dabei nichts weniger als seicht populärer Darstellung ist. — Nicht um tatsächliche, sondern um eine erst zu erringende Weltherrschaft deutscher Art und Arbeit handelt es sich in Dr. Norbert Sterns Schrift: „Die Weltpolitik der Weltmode" (Doppelheft 30/31). Wenn es bei uns immer noch Leute genug gibt, denen die Mode als eine von Männern nicht ernst zu nehmende Angelegenheit der Damen gilt, so zeigt Stern sie in ihrer ganzen Bedeutung als wichtigen Faktor der Gesellschaft, der Industrie, der Kultur — ja der Politik; zeigt, wie gerade die Franzosen es meisterhaft verstanden, durch dauernde Führerschaft in der Weltmode ihre Stellung in der Weltpolitik zu festigen. Der Deutsche Werkbund hat die Arbeit Dr. Sterns als klarstellend und wegweisend angelegentlich empfohlen. — Ein wenig erfreuliches Kapitel — nichts weniger als von deutscher Weltherrschaft — hat sich Leonore Niessen-Deiters gewählt: „Krieg, Auslanddeutschtum und Presse" (Heft 27). Sie beklagt tief die Unzulänglichkeit unsers deutschen Nachrichtendienstes und das Fehlen einer ausreichenden Organisation, welche die vielen Millionen Deutschsprechender in der ganzen Welt in Fühlung bringen könnte. Jedermann wird der Verfasserin mit Interesse folgen, wenn sie einige Mittel und Wege angibt, wie diesem Mißstand abgeholfen werden könnte. — Lebhaftes Interesse wird auch den vortrefflichen Ausführungen zuteil werden, die Prof. Martin Rade, der hochangesehene Herausgeber der „Christlichen Welt", niedergelegt hat unter dem Titel: „Dieser Krieg und das Christentum" (Heft 29). Wer an den geistigen und religiösen Strömungen unsrer Zeit nicht vorbeigehen will, dem wird der Verfasser nachhaltige Anregung bieten. Er untersucht, welche Rolle in diesem Kriege das Christentum bei den einzelnen Völkern spielt und insbesondere bei unserm deutschen Volke. Seinem Wunsche, daß die innere Erneuerung, die bei Kriegsausbruch zutage getreten ist, nach dem Friedensschluß auch auf die Weitergestaltung der kirchlichen Dinge wirken möge, werden wir gewiß von ganzem Herzen zustimmen.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Schont die Nerven.

Wirklicher Bohnenkaffee · Kein Surrogat.

Zum 100. Geburtstag des großen Kanzlers erscheint:

Bismarck und seine Zeit

Von Privatdozent Dr. **V. Valentin**

Mit einem Bildnis Bismarcks. Gebunden in Leinwand M. 1.25, in Halbpergament M. 2.—

In eine eiserne Zeit fällt der hundertste Geburtstag des eisernen Kanzlers. Vor jedem Deutschen steigt darum heute seine Gestalt auf, jeden bewegt die Frage, was uns dieser Mann und sein Werk bedeutet. Sie sucht dieses Bändchen, das zugleich als würdiger Markstein in der weltbekannten Sammlung, der es angehört, das erste Halbtausend ihrer Reihe abschließt, zu beantworten. Es will Bismarcks Entwicklung aus dem Persönlichen zur Zeitgeschichte, das Entstehen einer Bismarckischen Epoche in einer knappen Darstellung einem weiten Kreise nahebringen, zu zeigen, wie der Mensch Bismarck wird, aus dem wilden Studenten und eleganten jungen Herrn sich zu starker klarer Mannesart und Mannestat findet, wie der Preuße seinen Staat zu einem neuen Rang in Deutschland und Europa führt, wie er als Staatsschöpfer und Staatserhalter zum Führer des Deutschtums wird, wie er, im Innern um das Reich und seine Gestaltung kämpfend, es nach außen schirmt und bereichert. Ohne Verweilen bei wissenschaftlichen Einzelfragen galt es, die Ergebnisse, das Lebendige und Bleibende, das Allgemeine und Menschliche, das Geistige und Wirkende nach Möglichkeit zu begreifen und vorzutragen und so in dem Leser ein Bild aufzurichten dieses Einzigen und Einsamen, dieses Gewaltigen unter den Menschen, vor dem sich zu seinen Lebzeiten Europa beugte und dessen Schöpfung heute der Welt zu trotzen vermag.

Aus Natur und Geisteswelt

500. Band

Verlag B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Digitized by Google

Der Deutsche Krieg

Politische Flugschriften. Herausgegeben von **Ernst Jäckh**

Jedes Heft 50 Pfennig. **Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart**

Neue Hefte:

29: **Prof. D. Martin Rade**, Dieser Krieg und das Christentum.

30/31: **Dr. Norbert Stern**, Die Weltpolitik der Weltmode.

32: **G. von Schulze-Gaevernitz**, Freie Meere!

33: **Dr. E. Lewicky**, Die Ukraine, der Lebensnerv Rußlands.

Diese Flugschriften behandeln alle politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Fragen, die das deutsche Volk jetzt bewegen; sie eignen sich ganz besonders auch zur Versendung an alle

den gebildeten Ständen angehörenden Krieger im Feld.

Umschläge zur Versendung der Hefte als Feldpostbrief (Porto 10 Pfg.) sind zum Preis von je 2 Pfg. durch jede Buchhandlung oder die oben genannte Verlagshandlung zu erhalten, die auf Wunsch auch einen Prospekt mit dem vollständigen Verzeichnis der erschienenen Hefte übersenden.

Dietrich Reimer's

Kartenschutztaschen

mit durchsichtigen Zelluloidtafeln, mit cm-Einteilung und Lederfalten für aufgezogene Karten bieten den besten

Schutz gegen Regen, Wind und Schmutz.

In folgenden Größen und Ausführungen vorrätig:

Nr. II	zweiseitig Zelluloid. Format 13×22 cm mit Trageschnur und Kunstleder-Einfassung	1.60
Nr. III	Vorderseite Zelluloid, andere Seite abwaschbares Kunstleder. Format 16½×21 cm	3.50
Nr. IV	zweiseitig Zelluloid. Format 16½×21 cm mit Kunstlederein-fassung	4.—
Nr. V	Vorderseite Zelluloid, andere Seite steifes braunes Rindleder mit Klappe und Ledertragriemen. Format 18×26 cm	5.—
Nr. VII	dieselbe wie Nr. V aus grauem Schafleder mit Extratasche für Meldeblock etc.	7.50
Nr. VIII	Besonders starke Rindledertasche, Zelluloidtafel durch Klappe verschließbar, nebst 2 Taschen für Meldeblocks etc. M. 18.—. Dieselbe Tasche aus Kunstleder	7.—

Nr. V, VII, VIII sind wegen der besond. gediegenen Ausführung u. des bewährten Formates in erster Linie zu empfehlen. Bei Bestellungen genügt Angabe der Nr.

Kartenzirkel	zum Abgreifen von 4 Verhältnissen 1:75-, 80-, 100-, 125000	4.—
Büchsentaschenzirkel	vernickelt 8½ cm mit runden Spitzen	2.—
Kurven- oder Entfernungsmesser	in Nickelgestell, mit Teilungen auf zweiseitigem Zifferblatt 100000, 80000, 40000, 20000, 126000, 84000, 42000 (russisch)	5.—
Radium-Kompass	Nickel, 40 mm Durchmesser. Punkte und Nadelspitze nachtleuchtend, Nadel auf Achad gehend, mit Feststellvorrichtung	4.—
Schrittzähler	Nickelgehäuse mit automatischer Zeigerstellung, bis 100000 Schritte anzeigend, 45 mm Durchmesser, mit Haken-Anhängevorrichtung	7.50

DIETRICH REIMER (ERNST VOHSEN)

Landkartenhandlung, **BERLIN SW 48,** Wilhelmstraße 29.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Richard Neff in Stuttgart.
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart. — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württbg.

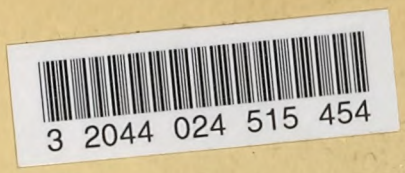
Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google



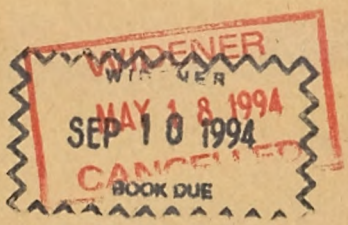
This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine of five cents a day is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

DUE NOV 2 1918

DUE JUN 23 1923



Digitized by Google

Digitized by Google